Deutscher Bundestag **Drucksache 17/7700**

17. Wahlperiode 10. 11. 2011

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus

Antisemitismus in Deutschland – Erscheinungsformen, Bedingungen, Präventionsansätze

Inhaltsverzeichnis

Zugeleitet mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 9. November 2011.

Seite

I. Antisemitismus – Kontext und Definition

1. Einleitung: Auftrag, Selbstverständnis und Arbeitsweise des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus

Auftrag

Auf Antrag der Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des gesonderten identischen Antrags der Fraktion „Die Linke“ fasste der Deutsche Bundestag am 4. November 2008 den Beschluss, „Den Kampf gegen Antisemitismus zu verstärken und jüdisches Leben in Deutschland weiter zu fördern“.[1] Der Deutsche Bundestag forderte die Bundesregierung auf, ein Expertengremium aus Wissenschaftlern und Praktikern einzusetzen, das in regelmäßigen Abständen einen Bericht zum Antisemitismus in Deutschland erstellt und dabei Empfehlungen ausspricht, wie Programme zur Bekämpfung von Antisemitismus entworfen und weiterentwickelt werden können. Am 5. August 2009 informierte der damalige Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble das Bundeskabinett über die bevorstehende Arbeitsaufnahme und Zusammensetzung des unabhängigen Expertenkreises aus Wissenschaft und Praxis und lud den Expertenkreis zu dessen konstituierender Sitzung am 9. September 2009 in das Bundesministerium des Innern ein. Die Expertinnen und Experten[2] wurden entsprechend der Aufgabenstellung unter fachlichen und sachlichen Kriterien ausgewählt und repräsentieren profundes Fachwissen aus unterschiedlichen Theorie- und Praxisperspektiven.

Der unabhängige Expertenkreis Antisemitismus setzt sich wie folgt zusammen (in alphabetischer Reihenfolge):

- Aycan Demirel, Mitbegründer und Leiter der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus, Berlin
- Dr. Olaf Farschid, Islamwissenschaftler und wissenschaftlicher Referent bei der Senatsverwaltung für Inneres, Berlin
- Elke Gryglewski, Haus der Wannseekonferenz, Berlin
- Prof. Dr. Johannes Heil, Leiter der Hochschule für Jüdische Studien Heidelberg
- Prof. Dr. Peter Longerich, University of London, Holocaust Research Center
- Prof. Dr. Armin Pfahl-Traughber, Politikwissenschaftler und Soziologe an der Fachhochschule des Bundes, Brühl
- Dr. Martin Salm, Vorstandsvorsitzender der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ), Berlin (Ende 2010 aus gesundheitlichen Gründen ausgeschieden)
- Prof. Dr. Julius H. Schoeps, Direktor des Moses Mendelssohn Zentrums für europäisch-jüdische Studien, Potsdam
- Dr. Wahied Wahdat-Hagh, Senior Research Fellow bei der „European Foundation for Democracy“ in Brüssel
- Dr. Juliane Wetzel, wissenschaftliche Angestellte am Zentrum für Antisemitismusforschung, TU Berlin

Der unabhängige Expertenkreis wählte zunächst Dr. Martin Salm und Prof. Dr. Peter Longerich zu seinen Koordinatoren.[3] Nachdem Dr. Salm aus dem Gremium ausgeschieden war, wurde am

[1] Deutscher Bundestag Drucksache 16/10775 (neu) sowie 16/10776 vom 4. November 2008, http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/107/1610775.pdf; http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/107/1610776.pdf [eingesehen am 12. Mai 2011].

[2] Obgleich besonders im Bereich der Pädagogik großer Wert auf die Nennung beider Geschlechter gelegt wird, hat sich der Expertenkreis dazu entschlossen, alle personenbezogenen Begriffe aus Gründen der leichteren Lesbarkeit im generischen Maskulinum zu verwenden.

[3] Seit März 2010 arbeitet Frau Dr. Miriam Bistrović als „Freie Mitarbeiterin des Expertenkreises“, um die Koordinatoren zu unterstützen, Rechercheaufträge der Experten zu erledigen, organisatorische Fragen zu klären und die Koordination des Berichts zu terminieren.

29. November 2010 Dr. Juliane Wetzel zu seiner Nachfolgerin gewählt.

Selbstverständnis und Arbeitsweise des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus

Kontext

Erscheinung, Deutung und Bekämpfung des Antisemitismus sind, ungeachtet der verschiedenen Perspektiven von Juden und Nichtjuden darauf, nach 1945 von der zeitlichen Nähe zum Nationalsozialismus und dessen langfristigen Folgen bestimmt. Erfahrungen, Erwartungen, Beobachtungen und Deutungen, aber auch unterschwellige Befürchtungen und unbewusste Verhaltensweisen bestimmen diese Wahrnehmung. Deshalb sind zum Verständnis gegenwärtiger Erscheinungsformen von Antisemitismus im Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus nicht nur Momentaufnahmen aus der jüngsten Gegenwart, sondern auch klärende Analysen über die jüngere Geschichte zu unternehmen. Einzelne Manifestationen von Antisemitismus oder Ereignisse, die entsprechend zugeordnet werden – man denke nur an NPD-Aufmärsche und die dagegen mobilisierten Abwehrrituale samt entsprechender medialer Präsenz – reichen aus, um Besorgnisse über die weitere Verbreitung von Antisemitismus in der Gesellschaft und damit auch hinsichtlich ihrer inneren Verfassung und Stabilität zu wecken. Antisemitische Tendenzen berühren nicht nur die Frage nach Verlässlichkeit und Funktionstüchtigkeit der demokratisch-pluralen Grundlage dieses Staates und seiner Gesellschaft, sondern auch die notwendige Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, der zum größten Völkermord in der Menschheitsgeschichte geführt hat. Vor dem Hintergrund der historischen Verantwortung der Bundesrepublik ist eine besondere Sensibilität im Umgang mit Antisemitismus unerlässlich, die ebenso die Traumatisierungserfahrungen der jüdischen Bevölkerung im Blick hat. Die Auseinandersetzung mit Antisemitismus darf allerdings nicht in der historisch-politischen Beschäftigung mit dem Thema verharren, sondern muss die Bekämpfung all seiner aktuellen Erscheinungsformen als Teil der bundesrepublikanischen Staatsräson begreifen.

Umfrageergebnisse und Vorfälle, die beinahe im Tagesrhythmus in kleinen Meldungen oder Beiträgen in den Medien begegnen, belegen das Vorhandensein antisemitischer Vorurteile und zählen Vorfälle auf, aber das Ausmaß *des* Antisemitismus lässt sich – ebenso wenig wie seine Wirkung auf Einzelne, auf Gruppen und auf die Gesellschaft insgesamt – nicht verbindlich bestimmen. Die Wirkung hängt letztlich von individuellen Standorten und Einbindungen ab. Individuelle Einschätzungen, persönliche Dispositionen, mediale Verdichtungen und momentane Auffälligkeiten entscheiden über die Bedeutungszumessung von Antisemitismus. Antisemitismus ist also mitnichten ein in reinen Zahlen zu erfassendes Moment gesellschaftlicher Wirklichkeit. Zudem unterliegen Manifestation wie auch Wahrnehmung von Antisemitismus ganz eigenen Konjunkturen, auf die Wahlkämpfe, nationale Großdebatten mit weiter öffentlicher Anteilnahme, soziale Bewegungen und Netzwerke (Attac), politische Krisen und globale Themenfelder, aber auch gesellschaftliche Großereignisse (Sportveranstaltungen, Kirchentage etc.) zusätzlich einwirken.[4]

Die Wahrnehmung von Antisemitismus und einzelner Ereignisse im öffentlichen Raum verbleibt hinsichtlich des Gegenstands selbst diffus, ist sie doch kaum angehalten, sich um begriffliche oder inhaltliche Differenzierungen zu bemühen.

Antisemitismus hat in der politischen Kultur des demokratischen Deutschland keinen Platz, denn er gilt als historisch delegitimiert. So zumindest lautet der Soll-Zustand des Konsenses, auf den sich die deutsche Gesellschaft in einem langen Lernprozess verständigt hat. Der Weg, der seit 1945 bis hierher unternommen wurde, war lang, auch keineswegs zielgerichtet oder gradlinig und erweist sich als Abfolge komplexer, teilweise unabsehbarer Ereignisse. Im Unterschied zu den Jahren unmittelbar nach 1945 provozieren antisemitische Manifestationen heute unmittelbare Entgegnungen: Wo sie sich unverblümt oder auch in Andeutungen äußern, greift gesellschaftliche Selbstkontrolle auf unterschiedlichen Ebenen und mit verschiedenen Formen der Entgegnung. Im öffentlichen Raum kommt es zu einer eingespielten Abfolge von Publikation, Skandalisierung, Formulierung kollektiver Gegenpositionen durch Leitmedien, politischen Stellungnahmen und dergleichen. Zu Gegenständen von Disputen geraten dann jene Momente, in denen die Bewertung umstritten ist oder mit offensichtlich antisemitischen Inhalten der Versuch unternommen wird, Grenzen zu überschreiten. Dies gilt für die verschiedenen Etappen der Fassbinder-Kontroverse[5],

[4] Es wäre noch näher zu bestimmen, inwieweit antisemitische Manifestationen diesen Zyklen folgen.

[5] Heiner Lichtenstein (Hrsg.), Die Faßbinder-Kontroverse oder: Das Ende der Schonzeit, Königstein 1986; Janusz Bodek, Die Fassbinder-Kontroversen. Entstehung und Wirkung eines literarischen Textes. Zu Kontinuität und Wandel einiger Erscheinungsformen des Alltagsantisemitismus in Deutschland nach 1945, seinen künstlerischen Weihen und seiner öffentlichen Inszenierung, Frankfurt a. M. 1991; Werner Bergmann, Antisemitismus in öffentlichen Konflikten. Kollektives Lernen in der politischen Kultur der Bundesrepublik 1949–1989, Frankfurt a. M. 1997, S. 424–440; Wanja Hargens, „Der Müll, die Stadt und der Tod“. Rainer Werner Fassbinder und ein Stück deutscher Zeitgeschichte, Berlin 2010.

die Auseinandersetzung zwischen Martin Walser und Ignatz Bubis[6] oder die Diskussion um Walsers Roman „Tod eines Kritikers“ (→ **Antisemitismus im politischen Diskurs, in Kultur und Alltag**)[7] und zuletzt auch für die Reaktionen auf die Tendenzen, die in Teilen der Partei „Die Linke“ öffentlich wurden und im Mai 2011 zu einer „Aktuellen Stunde“ im Deutschen Bundestag führten (→ **Präventionsmaßnahmen**).

Gerade ob seiner Bannung im öffentlichen Raum ist Antisemitismus – so paradox das klingen mag – in der Realität der Bundesrepublik überaus präsent, und das auf vielschichtige Weise. Antisemitismus wird erfahren und erlebt; er wird, wo er sich bemerkbar macht, benannt und bekämpft, aber er wird auch erwartet und befürchtet.[8]

Diese Gesellschaft hat nach der Shoah eine ganz eigene Erfahrung mit Antisemitismus gesammelt, sowohl was den Umgang mit diesem Vorurteil angeht, als auch mit seiner Bewertung. Damit ist eine ganz spezielle, aus den deutschen Verhältnissen und der Nachkriegsgeschichte erwachsende Dynamik der Beurteilung des Ausmaßes und des Charakters von Antisemitismus entstanden, aber – auf der anderen Seite – auch eine Dynamik der aktiven Manifestation von Antisemitismus, der im Wissen um die leicht zu erzielende öffentliche Wirkung eingesetzt werden kann. Die Abwehr von Antisemitismus im Mehrheitsdiskurs und sein aktiver Einsatz durch interessierte Gruppen und Einzelpersönlichkeiten, der von gezielten Anspielungen bis zu offen formulierten antisemitischen Provokationen und Gewalttaten reichen kann, bilden die ungleichen Seiten ein- und derselben Medaille, die von diametral entgegengesetzten Seiten beschrieben werden.

Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und dessen Verbindung mit der jahrhundertealten Tradition des Antisemitismus samt seinen aktuellen Erscheinungs- und Äußerungsformen ist somit ein, nach zögerlichen Anfängen, allmählich zugewachsener Teil der politischen Kultur Deutschlands geworden, in der DDR als staatstragender Antifaschismus, in der Bundesrepublik als Gegenstand einer Auseinandersetzung im pluralen Raum der Gesellschaft. Insgesamt betrachtet haben der Antisemitismus und die Auseinandersetzung mit ihm eine ganz wesentliche Rolle für das Selbstverständnis der deutschen Gesellschaft gespielt.

Die Ursprünge des Diskurses über den Antisemitismus reichen in die frühen 1950er-Jahre zurück, fallen also unmittelbar mit der Gründung der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik sowie der Übergabe der kontrollierten Souveränität an die beiden deutschen Staaten aus den Händen der Alliierten zusammen. Sie waren dabei wesentlich von Vorgaben und Erwartungen der Alliierten bestimmt, haben aber rasch selbständige Konturen gewonnen. Die Umrisse der im Staats-Antifaschismus aufgehobenen Antisemitismus-Verbannung (DDR) und die Etappen des kollektiven Lernprojekts Antisemitismusabwehr (Bundesrepublik) sind in den vergangenen Jahren ausführlich erforscht worden, zumal in Hinblick auf die offenen Bedingungen, die die Situation in der Bundesrepublik bestimmten: Antisemitische Skandale und ihre Erfassung waren öffentlich ausgetragene Konflikte und trugen wesentlich zur Politisierung der Öffentlichkeit bei.[9] Von Initialkonflikten wie dem um die Rückkehr des NS-belasteten Filmregisseurs Veit Harlan („Jud Süss“) ins Studio und auf die Leinwand sowie vergleichbaren Auseinandersetzungen der frühen Jahre[10] führt eine direkte Linie bis in die jüngste Gegenwart hinein. Man denke nur an die Mobilisierung antisemitischer Denkmuster und Traditionen durch Jürgen W. Möllemann (FDP) oder die Debatte um den Fuldaer CDU-Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann.

Was sich als primär deutsche Form des Antisemitismus nach 1945 manifestierte, wurde konzise als „Schuldabwehr-Antisemitismus“ beschrieben. Diese immer wieder formulierte Entlastungsstrategie führt mit Verweis auf die behaupteten„endlosen Wiedergutmachungszahlungen“ und deren insinuierte Unrechtmäßigkeit mit neuer Aufladung das althergebrachte Motiv vom „gierigen Schacherjuden“ mit – gelegentlich unterschwellig, oft auch offensiv. Diese Verknüpfung hat auch alle

6 Frank Schirrmacher (Hrsg.), Die Walser-Bubis-Debatte. Eine Dokumentation, Frankfurt a. M. 1999.

7 Frank Schirrmacher, Lieber Martin Walser, Ihr Buch werden wir nicht drucken, in: FAZ, vom 29. Mai 2002; als Beispiele für die anhaltend unterschiedlichen Bewertungen Matthias N. Lorenz, Auschwitz drängt uns auf einen Fleck. Judendarstellung und Auschwitzdiskurs bei Martin Walser, Stuttgart 2005; Daniel Hofer, Ein Literaturskandal, wie er im Buche steht. Zu Vorgeschichte, Missverständnissen und medialem Antisemitismusdiskurs rund um Martin Walsers Roman „Tod eines Kritikers“, Berlin 2007.

8 Carsten Heinze, Identität und Geschichte in autobiographischen Lebenskonstruktionen. Jüdische und nichtjüdische Vergangenheitsbearbeitungen in Ost- und Westdeutschland, Wiesbaden 2009.

9 Bergmann, Antisemitismus in öffentlichen Konflikten; ferner jetzt Monika Halbinger, Das Jüdische in den Wochenzeitungen Zeit, Spiegel und Stern (1946–1989) – Berichterstattung zwischen Popularisierungsbemühung, Vereinnahmung und Abwehr, München 2010, S. 147 ff.

10 Bergmann, Antisemitismus in öffentlichen Konflikten, zu Harlan ebd., S. 86–117; dazu auch Francesca Falk, Grenzverwischer. „Jud Süss“ und „Das Dritte Geschlecht“: Verschränkte Diskurse von Ausgrenzung, Innsbruck 2008; Langlebigkeit und Gewicht solcher Debatten unterstreicht auch ein ganz junger Versuch der Revision des Konsenses über Harlan: Ingrid Buchloh, Veit Harlan – Goebbels’ Starregisseur, Paderborn 2010.

Restitutionsverhandlungen und vertraglichen Übereinkünfte mit Opfergruppen der NS-Herrschaft von Anfang an begleitet und wird bis heute, auch in ganz andere Zusammenhänge hinein – etwa die Entschädigung von nichtjüdischen Zwangsarbeitern –, fortgeschrieben.[11]

Dazwischen stehen allerlei ähnliche Ereignisse in der Skandalchronik der Bundesrepublik. Eine Vielzahl von Kampagnen und Fehlgriffen, unbedachte wie gezielt platzierte, haben mit der ihnen entgegengesetzten medialen Skandalisierung letztlich gezeigt, dass prononciert antisemitische Haltungen nicht mehrheitsfähig, aber immerhin zur Gewinnung von Aufmerksamkeit dienlich sind und sich als Instrument der Polarisierung vorzüglich eignen.

Auf extreme Weise gehören gewaltsame Angriffe auf Juden und jüdische Einrichtungen in diesen Zusammenhang. Neben Synagogen und Gemeindeeinrichtungen erzeugen besonders Schändungen ungeschützter jüdischer Friedhöfe in Städten und ob ihrer meist abseitigen Lage besonders in Dörfern verlässlich hohe emotionale Wirkung und garantieren einen hohen medialen Effekt bei zugleich geringem Entdeckungsrisiko für die Täter. Entsprechend gehen die Zahlen solcher Angriffe in die Hunderte, allein für das Jahr 2008 wurden 53 Schändungen jüdischer Friedhöfe gezählt[12] (→ **Antisemitisch motivierte Straftaten**). Ebenso wie die antisemitische Schmierwelle gegen Synagogen und andere jüdische Einrichtungen zur Jahreswende 1959/60[13] sowie vergleichbare Ereignisse entfaltet die bis heute fortdauernde, lange Reihe von Schändungen jüdischer Friedhöfe besonders auf Juden in Deutschland und jüdische Gemeinden eine nachhaltige Wirkung. Gleich mehrfach wurden, um nur ein Beispiel zu nennen, gewaltsame Anschläge auf die Berliner Grabstätte des früheren Zentralratsvorsitzenden Heinz Galinski (1912–1992) verübt.[14] Hier richtete sich die Attacke symbolträchtig gegen eine herausragende Persönlichkeit jüdischen Lebens in Deutschland, aber jeder derartige Angriff wird nicht nur als brutale Störung der Totenruhe erlebt, sondern soll als am besonders sensitiven Ort hinterlegtes Zeichen der umfassenden Ablehnung von Juden einzig ob ihres Judeseins verstanden werden. Die Gesellschaft reagiert auf solche Übergriffe (meist) mit Abscheu, unter Juden als speziellen Adressaten zielen sie auf Verletzung und sollen ein Klima der Angst schaffen.

Arbeitsweise

Der Expertenkreis traf sich in regelmäßigen Abständen, um Inhalt, Struktur und einzelne Teile des ersten Berichts, der im November 2011 dem Deutschen Bundestag vorgelegt wird, zu besprechen. Für Fragen der Empirie und der beiden großen Kirchen wurden Experten von außen hinzugezogen. Ihre Expertisen werden über die Webseite des Expertenkreises[15] zur Verfügung gestellt.

Dieser Bericht des unabhängigen Expertenkreises erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, er ist eine erste Bestandaufnahme, die den Fokus auf bestimmte Schwerpunkte legt und die Grundlage für mögliche spätere Berichte bilden soll.

Dem Bericht ist eine vom Expertenkreis erarbeitete Antisemitismusdefinition vorangestellt. Die hier definierten Antisemitismen sind häufig latent, können aber in verschiedenen Zusammenhängen oder situativ auch manifest auftreten. In der Definition nicht enthalten sind solche, für die Erfassung des Gegenstands durchaus wichtigen Formen, in denen es sich eher um Stereotypisierungen von Juden oder um Klischees, Vorurteile und Ressentiments gegenüber Juden handelt. Die Begriffe Stereotyp, Klischee, Vorurteil und Ressentiment, die in diesem Bericht weitgehend synonym Verwendung finden,[16] markieren häufig Grauzonen, die je nach Kontext – also was sagt wer, wann und mit welcher Absicht – unterschiedlich lesbar sind. Große Teile

[11] Werner Bergmann, „Störenfriede der Erinnerung" – zum Schuldabwehr-Antisemitismus in Deutschland, in: Klaus M. Bogdal (Hrsg.), Literarischer Antisemitismus nach Auschwitz, Stuttgart 2007, S. 13–35; ferner Benno Nietzel, Die jüdische Presse und die Debatte um die Rückerstattung entzogenen Eigentums 1945–1952, in: Susanne Schönborn (Hrsg.), Zwischen Erinnerung und Neubeginn – Zur deutsch-jüdischen Geschichte nach 1945, München 2006, S. 150 ff.; Halbinger, Das Jüdische in den Wochenzeitungen, S. 126–134, 286–295; ferner Norbert Frei u. a. (Hrsg.), Die Praxis der Wiedergutmachung, Geschichte, Erfahrung und Wirkung in Deutschland und Israel, Göttingen 2009, S. 15 ff.

[12] Der Tagesspiegel, 20. April 2009, http://www.tagesspiegel.de/politik/deutschland/53-angriffe-auf-juedische-friedhoefe-in-einem-jahr/v_default,1793710.html [eingesehen am 22. Januar 2011]; ferner Marion Neiss, Schweigen mit fatalen Folgen. Das Schänden jüdischer Friedhöfe hat in Deutschland Tradition, in: Jüdische Zeitung, November 2007, http://www.j-zeit.de/archiv/artikel.826.html [eingesehen am 22. Januar 2011]; Marion Neiss, Schändungen jüdischer Friedhöfe in Deutschland, in: Wolfgang Benz/ Angelika Königseder (Hrsg.), Judenfeindschaft als Paradigma. Studien zur Vorurteilsforschung, Berlin 2002, S. 319–326; Monika Schmidt, Schändungen jüdischer Friedhöfe in der DDR, Berlin 2007.

[13] Shida Kiani, Zum politischen Umgang mit Antisemitismus in der Bundesrepublik, in: Stephan A. Glienke u. a. (Hrsg.), Erfolgsgeschichte Bundesrepublik? Die Nachkriegsgesellschaft im langen Schatten des Nationalsozialismus, Göttingen 2008, S. 115–145.

[14] Siehe etwa den taz-Artikel vom 19. Juli 2002 bei http://www.klick-nach-rechts.de/gegen-rechts/2002/07/galinski.htm [eingesehen am 6. März 2011].

[15] http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/PolitikGesellschaft/PolitBildGesellZusammen/Expertenkreis/expertenkreis_node.html [eingesehen am 27. Mai 2011].

des Berichts behandeln eben diese Grauzone, also Vorurteile, die nicht eindeutig verfestigten antisemitischen Haltungen zuzuordnen sind. Dass der deutsche Diskurs über Juden voller Anspielungen, subtiler Zuschreibungen und Klischees ist, hat viel mit dem anti-antisemitischen Grundkonsens der Bundesrepublik, aber auch mit vom Strafrecht gesetzten Grenzen zu tun.

Nicht jedes Stereotyp über Juden muss eine antisemitische Konnotation haben. Wenn etwa Artikel zu jüdischen Themen aller Art in der Tagespresse in einer Art Automatismus mit Bildern von ultraorthodoxen Juden illustriert werden, die inhaltlich keinerlei Verbindung mit dieser Form des Judentums haben, sondern zum Beispiel in Zusammenhang mit der Berichterstattung über Wahlen in Israel Verwendung finden, sind das zumeist gedankenlose Stereotypisierungen, mit der keine antisemitische Absicht verbunden sein muss. Allerdings können sie durchaus dazu führen, dass vorhandene antisemitische Haltungen bedient werden oder gar erst eine Basis für solche Vorurteile geschaffen wird. Im öffentlichen Diskurs spielt es keine Rolle, ob antijüdische Statements ein geschlossenes antisemitisches Weltbild ergeben oder nicht, sondern einzig das Faktum ihrer Verwendung. In den Debatten um Äußerungen der ehemaligen Bundestagsabgeordneten Jürgen W. Möllemann (FDP) und Martin Hohmann (CDU), deren antisemitisch konnotierten Aussagen in den Jahren 2002 und 2003 Skandale auslösten, wurde immer wieder die Frage gestellt, ob es sich bei den beiden Abgeordneten um Antisemiten handele. Dagegen zählt allein, dass beide aus wahltaktischen Gründen antijüdische Stereotype bedient haben. Dass beide ihre Ämter verloren haben, zeigt einmal mehr, dass in der Bundesrepublik mit solchen Äußerungen kein erfolgreicher Wahlkampf betrieben werden kann, der anti-antisemitische Grundkonsens im öffentlichen Raum also trägt. Komplizierter allerdings wird die Sachlage bei israelkritischen Aussagen. Trotz fast schon ritualisierter Behauptungen, eine Kritik an Israel, der israelischen Regierung oder dem israelischen Militär sei in Deutschland ein Tabu, wird diese für legitim gehalten: Zu prüfen ist, ob die Israelkritik ohne jeglichen antisemitischen Hintergrund auskommt oder ob sie nur als Plattform für im Kern doch antisemitische Vorurteile dient. Die Grenzen sind hier häufig fließend.

Demgegenüber stehen Äußerungen und Handlungen, die dem extremen politischen Umfeld zuzurechnen sind. Sie werden im zweiten Teil des Berichts (Bestandsaufnahme) in Bezug auf Rechtsextremismus,[17] Linksextremismus und Islamismus behandelt, wobei auch auf das Phänomen antisemitischer Straftaten eingegangen wird. Darüber hinaus identifiziert der Bericht die extremistische Ideologie des Islamismus als einen neuen Träger von Antisemitismus, erfasst dessen wichtigste Argumentationsmuster und beschreibt hiervon ausgehende Gefahren. Mit der Behandlung des islamistischen Antisemitismus ist

[16] Wir verwenden in diesem Bericht die umgangssprachliche Lesart dieser drei Begriffe. Auf eine Berücksichtigung der in der Vorurteilsforschung diskutierten Begriffsdefinitionen verzichtete der unabhängige Expertenkreis in diesem ersten Bericht.

[17] Im alltäglichen Sprachgebrauch werden die Bezeichnungen „Rechtsextremist", „Rechtsradikaler" oder „Neonazi" oftmals synonym verwendet. Eine analytische Trennung ist zwar im Rahmen der verfassungs- und demokratietheoretischen Auswertung möglich, doch scheitert diese Unterscheidung in der Praxis häufig an den vorhandenen ideologischen, personellen und politischen Schnittmengen. Stattdessen führt der undifferenzierte Gebrauch der Formulierungen zu „Begriffsverwirrungen", was sich zum Beispiel beim „Rechtsradikalismus" beobachten ließ, der mitunter als undifferenzierter „catch-all-term" fungiert. Die Bezeichnung „Rechtsextremismus/rechtsextremistisch" ist in erster Linie ein Arbeitsbegriff der Ämter für Verfassungsschutz. Ihr Sprachgebrauch in den öffentlich wahrgenommenen Publikationen (zum Beispiel den alljährlichen Verfassungsschutzberichten) prägt zunehmend die gesellschaftliche und zum Teil auch die wissenschaftliche Diskussion über den Extremismus und das in diesem Zusammenhang verwendete Vokabular. Dieser Sprachgebrauch betont vor allem die Rechts-Links-Achse und den Gegensatz von Extremismus und Demokratie, was bei der Evaluierung des Phänomens Antisemitismus nicht immer hilfreich ist. Denn es besteht die Gefahr, die für die Organe der Inneren Sicherheit rechtlich verbindliche Problemwahrnehmung, die politischen Extremismus anhand des Kriteriums der Verfassungswidrigkeit bestimmt, auch zum Maßstab der gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Problemdefinitionen zu machen. Vorurteilsbehaftete Einstellungsmuster und Haltungen, die nach Ergebnissen der Meinungsforschung kein Alleinstellungsmerkmal von politischen Randgruppen, sondern ein Phänomen in der Gesamtbevölkerung sind, können und sollen allerdings mit dem Konzept der Verfassungsschutzämter nicht hinreichend beschrieben werden. Wir verwenden den Begriff „extremistisch" in unserem Bericht daher in erster Linie dann, wenn von verfassungswidrigen Aktivitäten die Rede ist, und verzichten auf den Zusatz „-istisch" dann, wenn von einer Beschreibung eines politischen Lagers die Rede ist, ohne das im Einzelnen eine Aussage über die Verfassungswidrigkeit getroffen werden soll und muss. Damit soll ein möglichst breites Spektrum an Vorfällen, Äußerungen und Überzeugungen erfasst werden. Diese Überlegungen basieren auf: Hans-Gerd Jaschke, Politischer Extremismus, Wiesbaden 2006, S. 25 f.; Richard Stöss, Zur Charakterisierung von Rechtsextremismus. Theoretische Verständigungen, in: Robert Harnischmacher (Hrsg.), Angriff von rechts, Rostock 1993, S. 5–29, hier: S. 5, 12; Hans-Gerd Jaschke, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, Wiesbaden 2001, S. 23, 27 ff.; Andreas Klärner/Michael Kohlstruck, Rechtsextremismus – Thema der Öffentlichkeit und Gegenstand der Forschung, in: Andreas Klärner/Michael Kohlstruck (Hrsg.), Moderner Rechtsextremismus in Deutschland, Hamburg 2006, S. 7–41, hier: S. 11–14. Die vorgenannten Fragen werden in der Wissenschaft kontrovers diskutiert, es gibt auch anderslautende Positionen wie zum Beispiel Uwe Backes/Eckhard Jesse, Die „Extremismus-Formel". Zur Fundamentalkritik an einem historisch politischen Konzept, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie 13, Baden-Baden 2001; Mathias Brodkorb, Eine Kritik der Kritik. Über die missverstandene Extremismustheorie, in: Jüdische Zeitung, Nr. 64 vom Juni 2011, S. 17; Armin Pfahl-Traughber, Extremismus und Terrorismus. Eine Definition aus politikwissenschaftlicher Sicht, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2008, Brühl 2008, S. 9–33.

allerdings keine Gewichtung gegenüber den anderen Erscheinungsformen des Antisemitismus in Deutschland verbunden. Dies gilt insbesondere für die aufgrund unzureichender empirischer Untersuchungen weiterhin ungeklärte Frage, ob und inwieweit antisemitische Anschauungen unter den in Deutschland lebenden Muslimen verbreitet sind.

Der dritte Teil des Berichts befasst sich mit Antisemitismus beziehungsweise antisemitischen Stereotypisierungen in der pluralen Gesellschaft. Neben den Befunden der Meinungsforschung, die eine Einordnung der Verbreitung antisemitischer Haltungen ermöglichen, werden Vorurteile gegenüber Juden im politischen Diskurs, in Kultur und Alltag thematisiert und wird der Frage nachgegangen, inwieweit Antisemitismus tatsächlich – wie die Medien in den letzten Jahren Glauben machen – unter Migranten besonders verbreitet ist. Im Kapitel „Tradierung antisemitischer Stereotype durch gesellschaftliche Sozialisationsinstanzen“ wird deutlich, dass es vielen Institutionen und Einrichtungen, die prägend für Entwicklung und Diskurs in der Bevölkerung sind, bisher an Sensibilität für die aktuellen Formen des Antisemitismus fehlt. Sie setzen noch immer ihren Fokus allzu sehr auf tradierte historische antisemitische Inhalte, insbesondere solche der NS-Rassenideologie.

Dieser erste Bericht setzt einen wesentlichen Schwerpunkt auf die Medien, die den öffentlichen Diskurs beeinflussen beziehungsweise ihn in einer Art Wechselwirkung rezipieren und damit eine zentrale Funktion erfüllen. Sie können durch Stereotypisierungen und die Verbreitung von Klischees antisemitische Haltungen bedienen oder gar befördern, andererseits aber durch differenzierte Berichterstattung und Wissensvermittlung präventiv gegen solche Phänomene vorgehen beziehungsweise antisemitische Vorkommnisse thematisieren und damit ein ausgewogeneres Meinungsbild in der Bevölkerung begünstigen. Thema sind hier nicht nur die deutschen, sondern vor allem auch türkische, arabische und deutschsprachige iranische Medien, soweit sie in Deutschland durch Menschen mit Migrationshintergrund rezipiert werden. Da über die Inhalte und die Verbreitung dieser ausländischen Medien relativ wenig bekannt ist, hat sich der Expertenkreis entschlossen, ihnen in diesem ersten Bericht relativ breiten Raum einzuräumen, ohne dass damit eine Aussage über Ausmaß und Wirkung der Rezeption verbunden wäre.

Schließlich werden Präsenz und Wahrnehmung von Antisemitismus in der Gesellschaft eingehend diskutiert, um vor dem Hintergrund des Bundestagsbeschlusses vom November 2008, der als eine zentrale Botschaft die Förderung jüdischen Lebens in Deutschland enthält, die Perspektive der Opfer solcher judenfeindlichen Haltungen und Vorkommnisse zu beleuchten. Antisemitismus, das kann nicht oft genug betont werden, ist das Ergebnis einer verzerrten Wahrnehmung gesellschaftlicher Realität und damit ein Problem der Mehrheitsgesellschaft. Sie ist aufgerufen, sich mit allen Facetten dieses Problems auseinanderzusetzen, und nicht etwa die Repräsentanten der von den Anfeindungen und Diskriminierung Betroffenen.

Schließlich wird in dem Beitrag „Internationales Engagement gegen Antisemitismus und Befunde anderer europäischer Länder“ ein Blick über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus geworfen, der zum einen die Initiativen der internationalen Staatengemeinschaft beleuchtet und zum anderen zum besseren Vergleich der deutschen Situation beispielhaft einige europäische Länder (Frankreich, Großbritannien, die Niederlande, Schweden) aufführt, in denen der Antisemitismus in den letzten Jahren zum Gegenstand öffentlicher Debatten und der Arbeit entsprechender Nichtregierungsorganisationen wurde.

Im vierten Teil des Berichts geht es um die Frage, inwieweit gesellschaftlich und politisch relevante Institutionen (Justiz, Polizei, Kirchen, Parteien, Sportvereine, Feuerwehr) Präventionsmaßnahmen gegen Antisemitismus initiiert haben beziehungsweise Programme zu seiner Bekämpfung durchführen und welche Schwerpunkte sie setzen. Der unabhängige Expertenkreis diskutiert dabei auch die gängigen Instrumente zur Prävention und Bekämpfung von Antisemitismus wie die historisch-politische Bildung, gegenwartsbezogene themenspezifische Ansätze, Begegnungspädagogik und die „Pädagogik der Anerkennung“. Schließlich werden die verschiedenen von der Bundesregierung und von den Ländern unterstützten Projektförderprogramme vorgestellt und einzelne Modellprojektbeispiele dargestellt, die innovative Ansätze verfolgen. Trotz einer Vielzahl von positiven Erfahrungen und Ergebnissen der Programme sind nach wie vor Defizite hinsichtlich des Programmdesigns, der engen Themensetzung, der geforderten Ko-Finanzierung, des modellhaften Charakters und des zum Teil einseitigen Fokus auf Jugendliche mit Migrationshintergrund zu erkennen, die kritisch beleuchtet werden und für die künftige Arbeit überdacht werden müssen.

Im Anschluss an die Präventionsmaßnahmen und gemäß dem Auftrag des Deutschen Bundestages listet der Expertenkreis abschließend eine Reihe von Empfehlungen auf, die sich aus dieser ersten Bestandsaufnahme zum Stand des Antisemitismus in der Bundesrepublik ergeben haben.

2. Antisemitismus – Begriffsbestimmung und Erscheinungsformen

Der Begriff „Antisemitismus“, der von politisch aktiven Judenfeinden in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts geprägt wurde, ist der Linguistik entlehnt. Obwohl unter die sprachwissenschaftliche Definition von „Semiten“ Sprachen wie Hebräisch, Arabisch oder Aramäisch fallen, richtet sich der Terminus „Antisemitismus“ ausschließlich gegen Juden.

Bis heute gibt es keine allgemein gültige Definition des Begriffs „Antisemitismus“. Internationale Experten und Institutionen haben sich in den Jahren 2003 bis 2005 darum bemüht, eine praxisorientierte Definition zu erarbeiten, die der Europäischen Union als Grundlage für die Bekämpfung des Antisemitismus dienen sollte.[1] Im Jahr 2005 lag die von der Menschenrechtsabteilung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (ODIHR/OSZE), der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (heute Agentur der Europäischen Union für Grundrechte, FRA) und einigen Vertretern jüdischer Organisationen entwickelte „EU-Arbeitsdefinition Antisemitismus“ vor. Sie hat folgenden Wortlaut: „Der Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum, sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.“[2] Hierbei handelt es sich lediglich um eine „Arbeitsdefinition“ ohne offiziellen oder verbindlichen Charakter, sie sollte vor allem den Behörden in den verschiedenen Ländern als Handreichung dienen. Dies erklärt auch, warum diese „EU-Arbeitsdefinition Antisemitismus“ für die Zwecke des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus nur eingeschränkt verwendbar ist. In dem hier vorgelegten Bericht soll es um eine Experten-Beschreibung und Bewertung der Erscheinungsformen des Antisemitismus in seinen unterschiedlichsten Inhalten und Ausprägungen gehen, was eine eigene Begriffsbestimmung notwendig macht.

Im Folgenden wird eine erweiterte Definition verwendet, die sowohl die Komplexität des Phänomens erfassen als auch eine inhaltliche Trennschärfe gegenüber anderen Vorurteilen aufweisen soll.[3] Drei Kriterien hält der Expertenkreis für maßgeblich: Erstens, Antisemitismus meint Feindschaft gegen Juden als Juden, das heißt der entscheidende Grund für die artikulierte Ablehnung hängt mit der angeblichen oder tatsächlichen jüdischen Herkunft eines Individuums oder einer Gruppe zusammen, kann sich aber auch auf Israel beziehen, das als jüdischer Staat verstanden wird. Zweitens, Antisemitismus kann sich unterschiedlich artikulieren: latente Einstellungen, verbalisierte Diffamierungen, politische Forderungen, diskriminierende Praktiken, personelle Verfolgung, existenzielle Vernichtung. Drittens, Antisemitismus kann in verschiedenen Begründungsformen auftreten: religiös, sozial, politisch, nationalistisch, rassistisch, sekundär und antizionistisch.

Auf grundsätzlicher Ebene ist Antisemitismus eine Sammelbezeichnung für alle Einstellungen und Verhaltensweisen, die den als Juden wahrgenommenen Einzelpersonen, Gruppen oder Institutionen aufgrund dieser Zugehörigkeit negative Eigenschaften unterstellen. Ist etwa die Abneigung gegen Juden ausschließlich durch deren individuelles Auftreten motiviert, so kann man nicht von einer antisemitischen Einstellung sprechen. Ergibt sich die Abneigung gegen eine jüdische Person aus deren Zurechnung zur jüdischen Religionsgruppe, ist demgegenüber sehr wohl von einer antisemitischen Haltung auszugehen.

Antisemitismus, verstanden als Feindschaft gegen Juden, bezieht sich demnach auf eine Aversion gegen eine Gruppe beziehungsweise ein Kollektiv. Der einzelne Jude wird nicht als Individuum, sondern als Angehöriger eines konstruierten Kollektivs mit verbindender Agenda wahrgenommen. Im antisemitischen Diskurs erfolgt so die Konstruktion einer Vorstellung von „dem Juden“, die als ressentimentgeladenes Vorurteil und Zerrbild

[1] Dina Porat, The Road that led to an internationally accepted definition of Antisemitism, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 16 (2007), S. 117–137.

[2] Englische Originalfassung: http://fra.europa.eu/fraWebsite/material/pub/AS/AS-WorkingDefinition-draft.pdf; die deutsche Übersetzung wird auf der Internetplattform des European Forum on Antisemitism, Task Force Education on Antisemitism beim American Jewish Committee bereitgestellt.

[3] Siehe auch: Armin Pfahl-Traughber, Ideologische Erscheinungsformen des Antisemitismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 31 vom 30. Juli 2007, S. 4–11; Werner Bergmann, Was heißt Antisemitismus?, Bundeszentrale für politische Bildung, http://www.bpb.de/themen/CHJOW7,0,0,Was_hei%DFt_Antisemitismus.html [eingesehen am 16. Mai 2011].

[4] Der Begriff „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ ist Grundlage der von Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer und seinem Team im Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld durchgeführten Langzeituntersuchungen zu verschiedenen Phänomenen feindseliger Mentalitäten und Ausgrenzungen von Minderheiten, die regelmäßig in der Reihe „Deutsche Zustände“ veröffentlicht werden. Wilhelm Heitmeyer, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und erste empirische Ergebnisse, in: Deutsche Zustände, Folge 1, Frankfurt a. M. 2002, S. 15–34.

alle zugeschriebenen negativen Eigenschaften enthält. In dieser Hinsicht bestehen in der formalen Struktur des Feindbildes Gemeinsamkeiten mit anderen Varianten gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gegen Angehörige von Minderheiten.[4] Ähnlich wie in diesen Fällen kann der Antisemitismus auch unabhängig von einer Präsenz von Juden vorkommen. Weitaus häufiger lässt sich aber die ideologisch verzerrte Wahrnehmung der sozialen Realität ausmachen. In antisemitischen Auffassungen werden angebliche Besonderheiten von Juden aufgegriffen, um nach inhaltlicher Manipulation und Verallgemeinerung daraus das Feindbild des „Juden“ zu konstruieren.

Bei der Beantwortung der Frage, ob eine bestimmte Aussage als antisemitisch einzuschätzen sei, bedarf es immer der Beachtung des Kontextes. Hierfür sind die eigentlichen Motive des Akteurs, die Rahmensituation des Diskurses und die spezifische Situation des Objektes von Bedeutung. Dies sei hier anhand eines Beispiels erläutert: Viele Jugendliche benutzen heute das Schimpfwort „Jude“ ohne Bewusstsein für den diffamierenden Inhalt und mögliche antisemitische Konnotationen. Überwiegend dürfte das Objekt der Beschimpfung selbst kein Jude sein, und insofern lässt sich hier nur bedingt von einer antisemitischen Motivation sprechen. Gleichwohl reproduziert der Jugendliche in der beschriebenen Situation unbewusst einen antisemitischen Diskurs.

Hinsichtlich der Handlungsformen können im Sinne von Eskalationsstufen folgende Varianten unterschieden werden: erstens latente Einstellungen, die als nicht öffentlich geäußerte diffuse Mentalitäten bestehen (zum Beispiel als Ressentiments gegenüber Menschen im Alltagsleben), zweitens verbalisierte Diffamierungen, also offen bekundete Abneigungen gegen alle Juden (zum Beispiel Zuschreibung angeblich jüdischer Eigenschaften), drittens politische Forderungen, die auf die Benachteiligung von Juden als Juden abzielen (zum Beispiel Eindämmung des angeblich jüdischen Einflusses), viertens diskriminierende Praktiken, also die direkte Umsetzung einer eingeforderten Vorgehensweise gegen Juden (zum Beispiel durch den Ruf nach explizit antijüdischen Gesetzen), fünftens die Übergriffe auf Personen oder Einrichtungen (zum Beispiel in Form von Friedhofsschändungen) durch Gewaltakte oder Vertreibung. Hiervon ist sechstens die systematische Vernichtung, also die Ermordung von Juden aufgrund dieser Zugehörigkeit, abzugrenzen.

Idealtypisch lassen sich bezüglich der inhaltlichen Begründung verschiedene Formen von Antisemitismus unterscheiden: Beim religiösen Antisemitismus bilden die christlichen Religionen in Inhalten und Ritualen den Bezugspunkt. Diese Form entwickelt sich aus dem glaubensimmanenten Überlegenheitsgefühl und -bedürfnis gegenüber dem Judentum. Für solche Auffassungen stehen etwa die Vorwürfe des „Gottesmordes“ und „Ritualmordes“, die in der christlich geprägten Welt von Spätantike und Mittelalter vorherrschten und in ähnlicher Form in sektiererischen christlichen Gruppierungen auch weiterhin existieren. Heute finden sie im Nahen Osten vor dem Hintergrund der Agitation gegen Israel Verwendung. Häufig geschieht dies in Verbindung mit einem Bild von den Juden, das sie als abweichlerisch, betrügerisch, eigenmächtig oder verräterisch zeichnet.

Der soziale Antisemitismus geht hingegen über übliche Konflikte im Aufeinandertreffen verschiedener Gruppen hinaus, seien diese kulturell, politisch oder sozial bestimmt. In der Wahrnehmung der feindlich gesinnten Umwelt galten Juden seit dem Mittelalter als ausbeuterische und unproduktive „Händler“ und „Wucherer“. Später wurden derartige Vorurteile mit dem Schlagwort vom „jüdischen Finanzkapital“ verbunden, und heute dient die Formulierung „Ostküste“ als Synonym für die angebliche Vorherrschaft jüdischer Bankiers in den USA.

Beim politischen Antisemitismus wird den als homogenes Kollektiv gedachten Juden eine Machtstellung zugeschrieben, deren Ziel die Erlangung der Herrschaft im jeweiligen Land oder in der ganzen Welt sei, die durch eine Verschwörung erreicht werden solle. Insofern stünden jüdische Kräfte hinter Kriegen, Revolutionen oder Wirtschaftskrisen. Im 20. Jahrhundert unterstellten Antisemiten mit Verweis auf die gefälschten „Protokolle der Weisen von Zion“, es gebe eine systematische „jüdische Verschwörung“ hinter den Kulissen. Und selbst um die Terroranschläge vom 11. September 2001 ranken sich antisemitische Legenden, die ein angebliches konspiratives Wirken des israelischen Geheimdienstes behaupten.

Der nationalistische Antisemitismus sieht in den Juden eine ethnisch, kulturell oder sozial nicht zur jeweiligen Nation gehörende Minderheit, die als fremd wahrgenommen und der Illoyalität gegenüber der Nation unterstellt wird. Zumindest theoretisch konnte durch Assimilation und Religionsübertritt die Diskriminierung überwunden und die Integration in die Gesellschaft erreicht werden, was beim rassistischen Antisemitismus nicht möglich war. Der nationalistische Antisemitismus hebt darüber hinaus nicht allein auf die angeblichen ethnischen Unterschiede ab, er betont auch behauptete kulturelle Gegensätze oder mangelnde Loyalitätsgefühle gegenüber der jeweiligen Nation. Durch eine solche Ausgrenzung kann der nationalistische Antisemitismus ausgesprochen fremdenfeindliche Züge annehmen.

Der rassistische Antisemitismus weist Gemeinsamkeiten mit dem nationalistischen Antisemitismus

auf, jedoch werden alle Juden aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einem angeblich biologischen Kollektiv negativ bewertet und können einer solchen Einschätzung weder durch Änderung ihres sozialen Verhaltens noch durch die Abkehr vom jüdischen Glauben entgehen. Insofern gelten Juden in dieser Perspektive als Angehörige einer „Rasse“ und nicht allein einer Religion. Dies geschieht, obwohl die Vorstellung einer „jüdischen Rasse“, also eines vermeintlich genetisch bestimmten Kollektivs, wissenschaftlich völlig unhaltbar ist. Diese Form der Judenfeindschaft richtete sich demgemäß nicht gegen das vermeintliche Verhalten, sondern gegen die unterstellte biologische Zugehörigkeit aller Juden.

Mit dem Begriff des sekundären Antisemitismus werden im Allgemeinen verschiedene Phänomene bezeichnet, die sich aus dem Bedürfnis einer Schuldabwehr nach der Shoah ergeben und für die auch die Formel „Antisemitismus wegen Auschwitz“ verwendet wird. Zu den gängigen Topoi gehören der Vorwurf einer jüdischen Mitschuld an der Verfolgung, der Versuch einer Täter-Opfer-Umkehr, Forderungen nach einem Schlussstrich und die Behauptung, die Erinnerung an den Holocaust diene zur Erpressung finanzieller Mittel. Als extreme Variante des sekundären Antisemitismus gilt die Relativierung oder Leugnung des Holocaust. Sekundärer Antisemitismus äußert sich auch in der angeblich ständigen Erinnerung an den Holocaust durch jüdische Organisationen als „Moral-Keule“, die als Angriff auf die eigene nationale Identität empfunden wird.

Der antizionistische Antisemitismus tritt unter dem Deckmantel einer Ablehnung der Innen- und Außenpolitik des Staates Israel auf, der im Kern aus einer besonderen ideologischen Verzerrung und pauschalen Diffamierung des jüdischen Staates besteht, die sich zugleich traditioneller antisemitischer Stereotype bedient. Dabei lässt sich das eigentliche Motiv für die Aversion gegen Israel einzig in der Tatsache der Existenz eines jüdischen Staates ausmachen. Nicht jede einseitige oder undifferenzierte Kritik an Israel ist jedoch antisemitisch.

In der wissenschaftlichen Debatte sind gegen den Begriff des „Neuen Antisemitismus“, wie er seit der Jahrtausendwende Verwendung findet, erhebliche Vorbehalte geltend gemacht worden. Die angeblich „neuen“ Elemente – entweder der Bezug auf Israel oder auf Muslime als antisemitische Akteure – erweisen sich bei näherer Betrachtung als Fortschreibung altbekannter Phänomene. Aus diesem Grund verwendet der unabhängige Expertenkreis diesen Begriff in seinem Bericht nicht.

Die hier vorgetragene Begriffsbestimmung sieht bei allen erwähnten Erscheinungsformen eine Gemeinsamkeit: die Feindschaft gegen Juden aufgrund der angeblichen oder tatsächlichen Zugehörigkeit der jeweiligen Individuen oder Institutionen zum Judentum. Hervorzuheben ist, dass die Unterscheidung von Formen des Antisemitismus als idealtypisch verstanden werden soll, denn in der Realität treten meist Mischformen der genannten Varianten auf. Vor allem beim antizionistischen und beim sekundären Antisemitismus lassen sich immer wieder Rückgriffe auf die traditionellen Varianten der Judenfeindschaft ausmachen.

II. Bestandsaufnahme

1. Antisemitismus im Rechtsextremismus – externe und interne Funktionen, formale und ideologische Varianten

Rechtsextremistische Organisationen sind aus historischen und ideologischen Gründen nach wie vor der bedeutsamste politische Träger des Antisemitismus. Im Unterschied zur Weimarer Republik existiert heute allerdings ein anti-antisemitischer Konsens in Medien und Politik, und rechtsextremistische Organisationen sind vor dem Hintergrund der Geschichte des Dritten Reiches weitgehend isoliert. Antisemitismus ist auch heute eines der zentralen ideologischen Elemente im Rechtsextremismus, wobei sich das damit verbundene Feindbild häufig hinter anderen Agitationsthemen wie „Globalisierung“, „Systemkritik“, „Überfremdung“, „Israelkritik“, „Nahostkonflikt“ und „Vergangenheitsbewältigung“ verbirgt. Hierbei lassen sich ideengeschichtliche Kontinuitäten mit früheren Formen und Inhalten des Antisemitismus, aber auch einige neuere Bezugspunkte zu aktuellen Diskursen und Themenfeldern ausmachen.

Gegenwärtige Situation im Rechtsextremismus

Dem rechtsextremistischen Lager werden heute etwa 26.000 Anhänger zugerechnet,[1] die in unterschiedlichen Zusammenschlüssen, seien es Parteien oder Vereine, Publikationsorgane oder Subkulturen, organisiert sind. Idealtypisch lassen sie sich in zwei Richtungen aufteilen: Die als „gemäßigt“ geltende Form bekennt sich aus taktischen Gründen offiziell zu Demokratie und Verfassung, um so breiter in die Gesellschaft hinein wirken zu können. Die „harte“ Variante formuliert ihre Ablehnung der Bundesrepublik und des Grundgesetzes in aller Deutlichkeit, wobei die Handlungsoptionen von legalen Aktivitäten bis zur Gewalttat reichen können. Die konkrete Artikulation des Antisemitismus entspricht meist der jeweiligen Ausrichtung der Organisationen.

Zur „gemäßigten“ Form kann im Parteienspektrum die „Deutsche Volksunion“ (DVU)[2] mit 4.500 Mitgliedern und die ihr nahestehende Wochenzeitung „National-Zeitung“ mit einer Auflage von 33.000 Exemplaren gerechnet werden. Die Partei, die vor einem Aufgehen in der NPD steht, gibt sich offiziell eine demokratische und verfassungstreue Ausrichtung. Sie propagiert antisemitische und fremdenfeindliche Positionen meist nicht in direkter Form, sondern mittels suggerierender, dabei oft aggressiv vorgetragener Anspielungen, wie insbesondere die Lektüre der „National-Zeitung“ verdeutlicht. Die DVU hält sich in einschlägigen Stellungnahmen – wie andere entsprechende Organisationen auch – mit unverblümten Äußerungen, nicht zuletzt wegen befürchteter strafrechtlicher Folgen, zurück. Dies gilt auch für die Partei der „harten“ Variante des Rechtsextremismus, die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)[3] mit ihren 6.800 Mitgliedern und ihrem Monatsorgan „Deutsche Stimme“ mit einer Auflage von 25.000 Exemplaren. Offen lehnt die Partei die bestehende Demokratie ab und will sie durch ein neues „Reich“ abgelöst sehen, wobei auch immer wieder deutlich formulierte antisemitische Positionen auszumachen sind.

Noch weniger Zurückhaltung wird in der Neonazi-Szene[4] geübt, die über ein Potenzial von etwa 5.000 Anhängern verfügt. Mit dem offenen Bekenntnis zum historischen Nationalsozialismus geht auch eine deutlich antisemitische Ausrichtung einher. Gleichwohl vermeiden Neonazis im öffentlichen Raum aus Rücksicht auf mögliche

[1] U. a. Armin Pfahl-Traughber, Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, München 2006; Richard Stöss, Rechtsextremismus im Wandel, Berlin 2011. Alle Zahlenangaben – hier bezogen auf das Jahr 2009 – nach: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2009, Berlin 2010.

[2] U. a. Everhard Holtmann, Die angepassten Provokateure. Aufstieg und Niedergang der rechtsextremen DVU als Protestpartei im polarisierten Parteiensystem Sachsen-Anhalts, Opladen 2001; Annette Linke, Der Multimillionär Frey und die DVU. Daten, Fakten, Hintergründe, Essen 1994.

[3] U. a. Uwe Backes/Hendrik Steglich (Hrsg.), Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei, Baden-Baden 2007; Armin Pfahl-Traughber, Der zweite Frühling der NPD. Entwicklung, Ideologie, Organisation und Strategie einer rechtsextremistischen Partei, Berlin/Sankt Augustin 2008.

[4] U. a. Andrea Röpke/Andreas Speit (Hrsg.), Braune Kameradschaften. Die neuen Netzwerke der militanten Neonazis, Berlin 2004; Martin Thein, Wettlauf mit dem Zeitgeist. Der Neonazismus im Wandel. Eine Feldstudie, Göttingen 2009.

juristische Folgen eine klare Darstellung ihrer Positionierung. Sie organisieren sich in „Kameradschaften“, deren ideologische Basis die Verherrlichung des Nationalsozialismus sowie Rassismus und Fremdenfeindlichkeit bilden, dennoch ist Antisemitismus ebenfalls ein prägendes Element. Die ersten „Kameradschaften“ entstanden im Zuge der Verbote rechtsextremistischer Vereinigungen in den 1990er-Jahren und bestehen aus informellen regionalen Personenzusammenschlüssen mit durchschnittlich zehn bis 25 Mitgliedern. Den auch unter der Bezeichnung „Freie Nationalisten“ firmierenden Gruppierungen gelingt es trotz ihres geringen Personenpotenzials gesellschaftlich in Erscheinung zu treten, indem sie sich zum Beispiel für einzelne Aktivitäten zu „Aktionsbündnissen“ zusammenschließen oder im Internet agieren und dabei mehrere Alias-Namen verwenden, um Stärke und festere Strukturen zu simulieren.[5] Am rituellen Habitus linksautonomer beziehungsweise linksalternativer, revolutionärer Subformen orientieren sich die „Autonomen Nationalisten“, deren ideologische Kernelemente der völkische Antikapitalismus, aber auch der Antisemitismus sind, die wiederum in entsprechend aktualisierter moderner Form propagiert werden, um jüngere Anhänger zu gewinnen.[6] Darüber hinaus besteht eine rechtsextremistische Skinhead[7]-Szene, zu der etwa 9.000 Personen zählen und in der einschlägige Stereotype und Vorurteile gegen Juden große Verbreitung finden.

Antisemitismus in der Ideologie des Rechtsextremismus

Der Antisemitismus gehört zu den wichtigen Merkmalen der Ideologie des Rechtsextremismus. Ganz allgemein lässt sich sogar sagen, dass der sowohl programmatisch wie organisatorisch und strategisch keineswegs homogene Rechtsextremismus in dieser Hinsicht über ein bindendes Element verfügt. „Rechtsextremismus“ ist eine Sammelbezeichnung für politische Bestrebungen, die sich zum einen gegen die Normen und Regeln eines demokratischen Verfassungsstaates wenden und zum anderen dabei die ethnische Zugehörigkeit zum zentralen Kriterium des politischen Selbstverständnisses machen. Letzteres artikuliert sich meist in einer nationalistischen beziehungsweise rassistischen Grundposition. Sie steht für die Auffassung von einer Ungleichwertigkeit von Menschen: Aus angeblichen oder tatsächlichen ethnischen Unterschieden wird sowohl die Höherwertigkeit der Eigengruppe („Arier“, „Deutsche“) als auch die Minderwertigkeit der Fremdgruppe („Ausländer“, „Juden“) abgeleitet.

Daher spielt auch der nationalistische und rassistische Antisemitismus eine besondere Rolle: Die erstgenannte Form sieht in den Juden eine ethnisch, kulturell oder sozial nicht zur jeweiligen Nation gehörende Minderheit, die als gesellschaftlicher Fremdkörper gilt und der eine andere Loyalität unterstellt wird. Auffassungen, die den Angehörigen der Minderheit absprechen, Deutsche zu sein, stehen hierfür exemplarisch. Diese Positionen prägten auch den nationalistischen Diskurs in der deutschen Geschichte. Der rassistische Antisemitismus betrachtet Juden als von Natur aus „böse“ oder „minderwertig“. Insbesondere im Nationalsozialismus fand diese Auffassung offizielle Akzeptanz, galten Juden doch nicht mehr als Angehörige einer Religionsgemeinschaft, sondern einer „verderblichen Rasse“.

Darüber hinaus gibt es noch andere Bezüge, die mit der Form des sekundären Antisemitismus und der Zeit nach dem Nationalsozialismus zusammenhängen. Mit der Erinnerung an die Judenvernichtung verbindet sich für Rechtsextremisten eine moralische Last, die um der Aufrechterhaltung ihrer politischen Wertvorstellungen willen überwunden werden muss. Der damit verbundene „Schuldabwehr-Antisemitismus“[8] wirft Juden vor, sie nutzten die Erinnerung an den Völkermord für ihre eigenen Vorteile aus. In dem von dem NPD- Landtagsabgeordneten Jürgen W. Gansel verfassten Beitrag „Der Spaltpilz in der jüdischen Schuldkult-Zentrale“ auf der Internetseite der Partei heißt es – unter signifikanter Anleihe bei Begrifflichkeiten des nationalsozialistischen Wirtschaftsdiskurses – unter anderem, dass der Zentralrat der Juden in Deutschland eigentlich „Zentralrat der Juden gegen Deutschland“ heißen müsste, da „die Zentralratsjuden selbst die vierte deutsche Nachkriegsgeneration in eine groteske, aber für sie nützliche Schuldknechtschaft“ nähmen.[9] Durch dieses Argumentationsmuster wird eine Täter-Opfer-Umkehr vorgenommen: Die Mahnung der Nachkommen und Überlebenden des Massenmordes wird als Akt der Aggression dargestellt, die eigenen Aversionen gegen Juden gelten in dieser

[5] Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2009, Mainz 2010, S. 30 f.; Niedersächsisches Ministerium für Inneres, Sport und Integration (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht Niedersachsen 2009, Hannover 2010, S. 122.

[6] Jan Schedler, „Autonome Nationalisten“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 44 (2010), S. 20–26, hier: S. 22.

[7] U. a. Klaus Farin (Hrsg.), Die Skins. Mythos und Realität, Berlin 1997; Christian Menhorn, Skinheads: Portrait einer Subkultur, Baden-Baden 2001.

[8] Werner Bergmann, „Nicht immer als Tätervolk dastehen“. Zum Problem des Schuldabwehr-Antisemitismus in Deutschland, in: Dirk Ansorge (Hrsg.), Antisemitismus in Europa und in der arabischen Welt, Paderborn/Frankfurt a. M. 2006, S. 81–106.

[9] Zitiert nach: Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2009, Kiel 2010, S. 47.

Perspektive als eine Art Notwehrreaktion. Dabei ignorieren solche Auffassungen und Reaktionen, dass der – inhaltlich auch absurde – Vorwurf einer Kollektivschuld gegen die heute lebenden Deutschen gar nicht erhoben wird.

Antisemitismus im historischen Rechtsextremismus

Die Auffassung, Antisemitismus sei ein integraler Bestandteil der Ideologie des Rechtsextremismus, lässt sich auch anhand der historischen Entwicklung vor und nach 1949 belegen. Aus heutiger Sicht können sogar die „Antisemitenparteien“ im Wilhelminischen Kaiserreich[10] als Vorläufer der gegenwärtigen rechtsextremistischen Parteien gesehen werden. Seit Ende der 1870er-Jahre entstanden insbesondere in ländlichen Räumen des Reichs organisierte Formen der Judenfeindschaft: Die Antisemitenparteien vermischten in ihrer Agitation Sozialprotest gegen die Folgen ökonomischer Umbrüche im Agrarbereich mit dem von Antisemitismus geprägten Hass gegen die angeblich verantwortlichen jüdischen Zwischenhändler. Auch wenn diese politische Bewegung nicht reichsweit, sondern nur regional von Bedeutung war, ließ sich hier bereits die massenmobilisierende Funktion des Antisemitismus in inhaltlicher Verbindung mit den sozialen und wirtschaftlichen Alltagsproblemen beobachten.

Nahezu zeitgleich mit der antisemitischen kam die völkische Bewegung im Wilhelminischen Kaiserreich[11] auf: Dabei handelte es sich um eine ideologisch an Antisemitismus, Lebensraumgedanke, Rassismus und Sozialdarwinismus ausgerichtete Strömung, die trotz ihrer gesellschaftlichen Verankerung aufgrund der internen Zersplitterung keine breitere politische Wirkung entfalten konnte. Während bei den Antisemitenparteien die soziale Ideologieform der Judenfeindschaft mit den Behauptungen des „Schacherns“ und „Wucherns“ dominierte, propagierte die völkische Bewegung bereits die rassistische Variante der Judenfeindschaft mit der Unterstellung der biologisch bedingten Minderwertigkeit. Seit Mitte der 1920er-Jahre wandten sich deren Anhänger zunehmend der „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“ (NSDAP) zu, die ideologisch kaum Unterschiede zu den Völkischen aufwies, aber fortan politisch weitaus erfolgreicher Anhänger und Wähler mobilisierte.

Offener Antisemitismus in Hassbildern

Nach 1945 beziehungsweise 1949 änderte sich die gesellschaftliche Rahmensituation, wuchs doch im offiziellen Meinungsklima der politischen Elite allmählich ein anti-antisemitischer Konsens. Gleichwohl existierten weiterhin judenfeindliche Einstellungen, die sich meist aber nur in der „Kommunikationslatenz“ des privaten Raumes äußerten.[12] Dies stellte die rechtsextremistische Agitation fortan vor das Problem, beim Anknüpfen an derartige Einstellungen und dem Schüren von einschlägigen Ressentiments stärker auf die damit verbundenen juristischen Folgen und politischen Gegebenheiten achten zu müssen. Daher artikuliert sich der Antisemitismus in diesem politischen Lager auch in unterschiedlicher Art und Weise: in der insinuierenden Form der Andeutungen und in der offenen Form der Hassbilder. Letztere sind aktuell nur bei jenen Strömungen innerhalb des Rechtsextremismus anzutreffen, die auf den politischen Imageschaden und die rechtlichen Konsequenzen ihrer Hetze keine Rücksicht nehmen müssen.

Dies gilt vor allem für die rassistisch eingestellten Skinheads, die ihre antisemitischen Auffassungen über die Texte illegal hergestellter Tonträger verbreiten. Zwar richten sich die darauf enthaltenen Diffamierungen und Gewaltaufrufe meist gegen andere Minderheiten wie Schwarze und Türken, immer wieder wird dort aber auch Hetze gegen Juden betrieben,[13] wie die folgenden Beispiele verdeutlichen. Auf der CD „Geheime Reichssache“ der Band „Kommando Freisler“ heißt es etwa: „Mit deinen Ohren groß wie Segel, ja, diese Nase im Gesicht, dein hutbedeckter Wasserschädel, Jude dich verkennt man nicht. Du solltest besser fliehen, wenn die Braunen durch die Straßen ziehen. Denn in Deutschland weiß ein jedes Kind, dass Juden nur zum Heizen sind.“ Und in einem anderen Lied findet sich eine offene Aufforderung zum Mord: „Erschießen und erhängen, dann allesamt verbrennen und nicht nur hier, in anderen Ländern auch. Und gibt es auf der Welt dann keinen Juden mehr, wird unser Deutschland endlich wieder frei.“[14]

Ähnliche Aussagen enthalten die Texte auf der CD „The Hateshow“ der Band „Murder Squad“, wo es heißt: „Die Deutschen kommen, ihr Juden habt

[10] U. a. Paul W. Massing, Vorgeschichte des politischen Antisemitismus, Frankfurt a. M. 1959; Peter G. J. Pulzer, Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867 bis 1914, Gütersloh 1966.

[11] U. a. Uwe Puschner/Walter Schmitz/Justus H. Ulbricht (Hrsg.), Handbuch zur „Völkischen Bewegung“ 1871–1918, München 1996; Uwe Puschner, Die völkische Bewegung im wilhelminischen Kaiserreich. Sprache – Rasse – Religion, Darmstadt 2001.

[12] U. a. Werner Bergmann, Antisemitismus in öffentlichen Konflikten; Werner Bergmann/Rainer Erb, Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der empirischen Forschung von 1946–1989, Opladen 1989.

[13] Rainer Erb, „Er ist kein Mensch, er ist ein Jud’“. Antisemitismus im Rechtsrock, in: Dieter Baacke/Klaus Farin/Jürgen Lauffer (Hrsg.), Rock von Rechts II. Milieus, Hintergründe und Materialien, Bielefeld 1999, S. 142–159.

[14] Kommando Freisler, Geheime Reichssache, o. O. u. o. J. (2004), Lieder „Judenschwein“ und „Im Wagen vor mir“. Die Band benannte sich nach dem ehemaligen Präsidenten des NS-Volksgerichtshofes Roland Freisler.

acht, denn eure Vernichtung wird zum Ziel uns gemacht." Und in einem anderen Lied des gleichen Tonträgers wird folgendes Vorgehen beschworen: „Mit Panzern und Granaten und schwerem MG, mit Mörsern, Raketen und TNT, die Terrorwelle, sie schwappt über's Land, wir stecken den Zentralrat der Juden in Brand."[15] Auszüge aus den Texten des Tonträgers „Noten des Hasses" der Band „Sturmkommando" lauten wie folgt: „Seht, das Pack dort auf den Straßen – überall nur krumme Nasen, doch mit uns ist nicht zu spaßen, wir wollen sie duschen sehen [...]". Die damit verbundene Anspielung auf die Morde in den Gaskammern der NS-Vernichtungslager wird in einem anderen Lied noch deutlicher hinsichtlich der beabsichtigten Konsequenzen formuliert: „Sieg Heil! Sieg Heil! Die einzige Lösung ist sie alle zu vernichten. Sechs Millionen mehr! Sechs Millionen mehr."[16] Die Gruppe „S.K.D" forderte auf ihrem 2008 indizierten Album „Eisen und Stolz" unmissverständlich: „Hängt sie auf, die Volksverräter, an Laternen oder Baum. [...] Jagt das Pack das einst sie holten raus aus jedem deutschen Gau, aus ihren Banken, Synagogen raus, raus, raus!"[17]

Antisemitismus in Insinuationen und Codierungen

Da derartige Äußerungen strafrechtlich relevant sind und selbst manche antisemitisch eingestellte Menschen verschrecken dürften, artikulieren sich Ressentiments und Vorurteile gegen Juden in der Regel in anderer Form. Hierbei arbeiten Rechtsextremisten mit Anspielungen, Insinuationen oder Codierungen, die in der direkten Formulierung und Wortwahl häufig keine negativen Wertungen gegen Juden enthalten. Werden aber der inhaltliche Kontext und die spezifische Zielgruppe der Äußerungen betrachtet, so lässt sich aus dem Subtext eine antisemitische Wirkungsabsicht beziehen. Für eine Codierung steht etwa der Begriff „Ostküste", womit die angeblich allmächtigen jüdischen Bankiers in New York gemeint sind. Nur selten wird dies so offen eingeräumt wie von dem früheren Linksterroristen und heutigen Rechtsextremisten Horst Mahler: „Damit erweist sich dies Jahrhundert in Wahrheit als das Jahrhundert der Ostküsten-Juden. Denn das Machtzentrum des Dollarimperialismus [...] ist das von Juden beherrschte Bankensystem der USA."[18] In der Szene werden solche Codierungen und deren antisemitischer Unterton verstanden, der sich diskursiv im inhaltlichen Kontext eines sozialen Antisemitismus bewegt.[19] So schrieb der bereits erwähnte Jürgen W. Gansel in einem Artikel zur Finanzkrise im NPD-Parteiorgan „Deutsche Stimme": „Ausgelöst wurde die Kernschmelze auf dem globalen Finanzmarkt durch die Pleite der Investmentbank Lehman Brothers [...]. 158 Jahre existierte dieses Geldhaus, das von aus Deutschland ausgewanderten Juden gegründet wurde." Und weiter heißt es: „Persönliche Verantwortung dafür trägt Alan Greenspan, [...] der vom gleichen Stamm wie die Wall-Street-Größen Alan Greenberg und Lloyd Blankfein ist."[20] Mit den inhaltlich an diesen Stellen eigentlich völlig überflüssigen Hinweisen auf eine jüdische Herkunft der genannten Bankhäuser und Personen suggeriert der Autor Zusammenhänge im Sinne eines sozialen Antisemitismus.

Überhaupt stellt die besondere Hervorhebung der jüdischen Herkunft einer als mächtig oder negativ beschriebenen Person eine häufige Form der Insinuierung antisemitischer Einstellungen dar. Dies veranschaulicht exemplarisch ein Beispiel aus einem Artikel der (zwischenzeitlich eingestellten) Zeitschrift „Nation & Europa", worin es unter anderem um Auseinandersetzungen im Rahmen des Aufstandes vom 17. Juni 1953 in der damaligen DDR ging. Über einige Mitglieder des SED-Regimes heißt es: „Einer war [...] das Mitglied des ZK der SED Kurt Barthel. [...] Er hatte [...] in der Jüdischen Liberalen Jugendorganisation mitgewirkt. [...] Ein anderer [...] wurde verprügelt von Berliner Arbeitern: der amerikanisch-jüdische Schriftsteller Stefan Heym. [...] Stephan Hermlin, der eigentlich Rudolf Leder hieß und der deutsch-jüdischen Bourgeoisie entstammte, traf der 17. Juni 1953 wie ein Donnerschlag."[21] Die Hervorhebung der jüdischen Herkunft macht hier keinen Sinn – zumal bei anderen Genannten die christliche Herkunft nicht betont wird – und dient offenkundig dem Schüren antisemitischer Ressentiments.

Ein Beispiel aus früheren Jahren macht deutlich, wie selbst Artikel über Backwaren dazu dienen, indirekt antisemitische Inhalte zu verbreiten. In einem Beitrag des NPD-Blattes „Zündstoff. Deutsche

[15] Murder Squad, The Hateshow, o. O. u. o. J. (2005), Lieder „Panzer rollen in Israel vor" und „Kameraden steht auf". Die Band ist nicht mit der gleichnamigen schwedischen Death-Metal-Band identisch.

[16] Sturmkommando, Noten des Hasses, o. O. u. o. J. (2008), Lieder „Nicht nett" und „6 Millionen mehr". Diese und die beiden vorgenannten CDs wurden von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien indiziert.

[17] Zitiert nach: Thüringer Innenministerium (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht Freistaat Thüringen 2009, Erfurt 2010, S. 98.

[18] Horst Mahler, Guten Tag, Herr Friedman ... Unter Berufung auf Christus, Marx und deutsche Philosophen lädt der Vordenker Horst Mahler führende Köpfe zu erstem kritischen Dialog, Malmö (Schweden) 2002, S. 58.

[19] Andere Codewörter in diesem Sinne sind die Abkürzung „ZOG" für „Zionist Occupied Government" („zionistisch beherrschte Regierung") als Bezeichnung für eine angebliche jüdische Dominanz über die nationalstaatlichen Regierungen oder die Formulierung „Usrael" als Bezeichnung für einen angeblich homogenen Block USA und Israel unter jüdischer Dominanz.

[20] Jürgen Gansel, In der Geiselhaft des Finanzkapitals, in: Deutsche Stimme, Nr. 11 vom November 2009, S. 8.

[21] Wolfgang Strauss, Der 17. Juni 1953, in: Nation & Europa, Nr. 6 vom Juni 2003, S. 60 ff.

Stimme für Berlin und Brandenburg“ mit der Überschrift „Achtung an der Bäckertheke: Koscher durch die Hintertür“ aus dem Jahr 2001 warnt der Autor vor Bagels: „Den meisten ist dieses Erzeugnis aufgrund seines mäßigen Geschmacks hinreichend verdächtig, ein [...] aus den USA eingeschlepptes Massenprodukt zu sein, das ist auch weitgehend richtig, dennoch ist diese Backware **nicht** [Hervorhebung im Original] nordamerikanischen Ursprungs. Tatsächlich handelt es sich dabei um ein osteuropäisches Erzeugnis, das jüdische Auswanderer nach Amerika brachten.“[22] Die eigentliche Botschaft bleibt implizit: Über den Umweg einer „Warnung“ vor einem Gebäck, das aus der jüdischen Kultur stammt, wird indirekt vor den Juden als Juden gewarnt: Man soll sich von ihrer Kultur und ihrer Art des Lebens fernhalten. Die Warnung vor dem Bagel präsentiert die These von der vermeintlichen Unvereinbarkeit der Kulturen in der harmlosen Form einer kulturhistorischen Bemerkung über ein Gebäckstück. Der Autor kann auf ein Lesepublikum zählen, das auch kleinste Andeutungen und Anspielungen versteht. Diese Rezeptionsbedingung ermöglicht es, antisemitische Sinngehalte indirekt zu präsentieren. In Texten etwa aus dem Umfeld der NPD finden sich immer wieder vereinzelte Elemente, die für sich allein betrachtet nicht alle eine antisemitische Bedeutung haben. In ihrer Kombination und Häufung jedoch und vor allem durch die Kontextualisierung mit Schlüsselbegriffen eines rassistischen Antisemitismus fügen sie sich zu einem antisemitischen Gesamtbild.[23]

Klassische Formen des Antisemitismus

Ganz allgemein kann bezüglich der bereits vor 1945 existierenden klassischen Formen des Antisemitismus konstatiert werden, dass die religiöse Variante in Deutschland kaum noch Verbreitung findet. Demgegenüber lassen sich die soziale, politische und rassistische Form direkter und insinuierend weiterhin ausmachen. Im erstgenannten Sinne geht es vor allem um Behauptungen, wonach „die Juden“ das Finanzwesen und die Wirtschaft dominieren und kontrollieren. So heißt es etwa im NPD-Parteiorgan „Deutsche Stimme“: „Wie ein Krake hat der Dollar-Imperialismus die Welt im Würgegriff, und er unternimmt nicht einmal mehr die geringsten Anstren[g]ungen, dies irgendwie zu verschleiern. Denn die Weltmachtstellung jüdischer Kapitalstrategen – gleich welche Staatsangehörigkeit sie zufällig haben – scheint ihrem weltgeschichtlichen Höhepunkt entgegenzutreiben. [...] Deshalb existieren die Erbhöfe der Ostküste in Institutionen der Weltwirtschaft weder zufällig noch sind sie ungefährlich.“[24]

Der politische Antisemitismus unterstellt das Bestehen einer „geheimen jüdischen Macht“, die „hinter den Kulissen“ der etablierten Politik die eigentlichen Fäden zieht. Die damit verbundene Verschwörungsideologie artikuliert sich dabei meist in Verweisen auf das Wirken einer angeblichen „Israel-Lobby“. Exemplarisch dafür steht der folgende Auszug aus einem Artikel der Zeitschrift „Nation & Europa“, worin es nach einer Auflistung von angeblichen oder tatsächlichen jüdischen Beratern des US-Präsidenten Barack Obama heißt: „Der Befund lässt sich schwer vom Tisch wischen, dass die Israel-Lobby das Weiße Haus mit Obama als Präsidenten-Darsteller fester im Griff hat als jemals zuvor.“[25] Das Titelblatt dieser Ausgabe des rechtsextremistischen Publikationsorgans zeigt den US-Präsidenten vor einer israelischen Flagge und trägt den Titel „Obama – der Hintergrund“. Dies suggeriert Betrachtern und Lesern, der Präsident sei lediglich ein Erfüllungsgehilfe und eine Marionette der vermeintlich die USA beherrschenden jüdischen Lobbyorganisationen.

Bezüglich der rassistischen Variante des Antisemitismus hält sich der gegenwärtige Rechtsextremismus meist zurück, gilt doch die dualistische „Arier“-„Jude“-Agitation als historisch und politisch diskreditiert. Sie tritt meist nur noch im Kontext der offenen Formen des Antisemitismus auf, wie etwa in den Hassbildern der Songtexte von rechtsextremistischen Skinhead-Bands. Exemplarisch dafür steht folgender Auszug aus einem Lied der CD „Keine Gnade“ der Band „Mass Destruction“: „Ihr seid das Geschwür, das in unserem Volke sitzt. [...] Ich bring Euch alle um! [...] Ich sitze hier und denke an die alte schöne Zeit, von Kristallnacht und der Schlag gegen die Juden weit und breit [...].“[26] Mit der Formulierung „Geschwür“ und der Erinnerung an die „Kristallnacht“ bezieht sich die Band affirmativ auf den rassistischen Antisemitismus der Nationalsozialisten.

Neuere Erscheinungsformen des Antisemitismus

Der antizionistische, aber auch der sekundäre Antisemitismus werden auf Ereignisse wie den

[22] Zündstoff, Deutsche Stimme für Berlin und Brandenburg 10 (2001), Nr. 2, S. 8.

[23] Christina Herkommer/Juliane Wetzel, Zum Antisemitismus der NPD. Eine Analyse von drei Zeitungen von NPD-Landesverbänden 1998–2001, Manuskriptfassung eines Gutachtens für die Partei „Die Grünen/Bündnis 90“, Juni 2002, S. 3 ff.

[24] Thoralf Trenkmann, Erbhof jüdischer Kapitallenker, in: Deutsche Stimme, Nr. 5 vom Mai 2005, S. 2.

[25] Karl Richter, Wer steckt hinter Obama?, in: Nation & Europa, Nr. 1 vom Januar 2009, S. 5–9, hier S. 8.

[26] Mass Destruction, Keine Gnade, o. O. u. o. J. (2006), Lied „Ihr seid“. Auch dieser Tonträger wurde von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien indiziert.

Holocaust und den Nahostkonflikt bezogen. Sie stellen keine originär neuen Begründungen der Judenfeindschaft dar, artikulieren sich doch bekannte Stereotype und Vorurteile lediglich im Kontext aktueller Ereignisse und Themenfelder. Dies sind zum einen die politische Kommentierung des Nahostkonflikts sowie der Rolle Israels und zum anderen der öffentliche Umgang mit der Erinnerung an die Judenvernichtung und den Nationalsozialismus. Da in der breiteren Öffentlichkeit sowohl eine Kritik an der israelischen Politik gegenüber den Palästinensern als auch eine „Schlussstrichmentalität" gegenüber der angeblich ständigen Erinnerung an den Holocaust kursiert, erhoffen sich Rechtsextremisten mit diesen Themen ein stärkeres Hineinwirken in die Mehrheitsgesellschaft. Darüber hinaus können in diesem Kontext auch noch Behauptungen und Stereotype im Sinne des klassischen nationalistischen Antisemitismus ausgemacht werden.

In der damit einhergehenden Perspektive gilt die Erinnerung an die Judenverfolgung und -vernichtung als Ausdruck der Schmähung des deutschen Nationalgefühls, woraus eine feindliche Einstellung antisemitischer Ausrichtung gegen jüdische Interessenorganisationen abgeleitet wird. In der vom NPD-Parteivorstand herausgegebenen Broschüre „Argumente für Kandidaten & Funktionsträger", die der Argumentationshilfe und Schulung ihrer Aktivisten dienen soll, heißt es in diesem Sinne: „Der von jüdischer Seite seit 60 Jahren betriebene Schuldkult und die ewige jüdische Opfertümelei muss sich kein Deutscher gefallen lassen. Es muss endlich Schluss sein mit der psychologischen Kriegsführung jüdischer Machtgruppen gegen unser Volk. Schließlich ist klar, dass die Holocaust-Industrie mit moralischen Vorwänden die Deutschen immer nur wieder finanziell auspressen will. [...] Selbstverständlich nehmen wir uns das Recht heraus, die Großmäuligkeit und die ewigen Finanzforderungen des Zentralrats der Juden in Deutschland zu kritisieren."[27]

Nach rechtsextremistischer Lesart dient die Erinnerung an den Holocaust der moralischen Demütigung der Deutschen, wobei mit einer Täter-Opfer-Umkehr bei diesem „Schuldabwehr-Antisemitismus" den Juden bösartige Absichten unterstellt werden: Sie beherrschten die Deutschen und erpressten hohe Wiedergutmachungszahlungen, wofür die Dramatisierung oder Erfindung des Holocaust die Legitimation liefere.

Bei der Kommentierung des Nahostkonflikts nehmen Rechtsextremisten eine antiisraelische und propalästinensische Haltung ein. Mitunter tragen Neonazis bei Demonstrationen sogar eine Palästina-Fahne oder ein Palästinenser-Tuch, um ihre diesbezügliche Solidarität öffentlich unter Beweis zu stellen. Die damit verbundene Positionierung hat indessen kaum etwas mit einer menschenrechtlich begründeten Kritik am israelischen Umgang mit den Palästinensern zu tun. Vielmehr dient deren Thematisierung dazu, antisemitische Auffassungen insinuierend unter dem „Deckmantel" der Israelkritik artikulieren zu können. Gelegentlich verbinden sich bei dieser Absicht auch antizionistische und sekundäre Judenfeindschaft, wofür folgendes Zitat aus der DVU-nahen „National-Zeitung" steht: „Die Belastung Deutschlands mit der Alleinschuld auch an beiden Weltkriegen dient gleichzeitig dazu, die Entsetzlichkeiten unserer Zeit wie die Massakrierung von Palästinensern und Libanesen zu verdrängen, ja sogar die Untaten im Nahen Osten mit Waffengeschenken zu fördern."[28]

Geschichtsrevisionismus als Antisemitismus

Der Geschichtsrevisionismus[29] umfasst die politisch motivierte Absicht einer Relativierung, Verharmlosung oder Leugnung des Massenmordes an den Juden im Zweiten Weltkrieg. Rechtsextremisten im In- und Ausland weisen seit Beginn der 1950er-Jahre in relativierender Absicht immer wieder darauf hin, dass auch Kriegsverbrechen an den Deutschen und nicht nur an den Juden begangen worden seien, die Zahl der Ermordeten in den Konzentrations- und Vernichtungslagern viel zu hoch beziffert werde oder die systematische Tötung von Juden durch Erschießungen und Ersticken im Gas nicht durch glaubwürdige historische Quellen belegbar sei. Medienwirksam ist hierbei der alljährliche „Trauermarsch" durch die Dresdner Innenstadt im Gedenken an die mitunter zum „Bombenholocaust"[30] stilisierte Bombardierung Dresdens am 13./14. Februar 1945. An dieser Veranstaltung nahmen 2010 etwa 6.400 Rechtsextreme aus ganz Deutschland teil.[31] Aber auch das Schicksal der „Heimatvertriebenen" wird zur Marginalisierung des Holocaust instrumentalisiert: „Bisher

[27] NPD Parteivorstand/Amt für Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.), Argumente für Kandidaten & Funktionsträger. Eine Handreichung für die öffentliche Auseinandersetzung, Berlin 2006, S. 10.

[28] Ohne Autor, Wollte Hitler den Krieg?, in: National-Zeitung, Nr. 30 vom 21. Juli 2006, S. 1.

[29] U. a. Brigitte Bailer-Galanda/Wolfgang Benz/Wolfgang Neugebauer (Hrsg.), Die Auschwitzleugner. „Revisionistische" Geschichtslüge und historische Wahrheit, Berlin 1996; Deborah E. Lipstadt, Betrifft: Leugnen des Holocaust, Zürich 1994.

[30] Homepage der DVU vom 16. November 2009, zitiert nach: Bundesministerium des Innern, Verfassungsschutzbericht 2009, S. 92.

[31] Im Vergleich zum Vorjahr (2009 mit 7.800 Teilnehmern) ist hier ein Rückgang zu verzeichnen. Hingegen stiegen die Zahlen zuvor stark an: so hatten sich 2007 nur 1.750 Personen an den Märschen beteiligt, 2008 waren es bereits 4.550. Bundesministerium des Innern, Verfassungsschutzbericht 2009, S. 91; Drucksache des Deutschen Bundestages 17/4763, S. 2.

haben wir wie hypnotisiert auf dieses Fremdwort Holocaust gestarrt. Doch plötzlich fällt es uns wie Schuppen von den Augen: es gibt tatsächlich ein solches, über alle Maßen schreckliches und nicht in Zweifel zu ziehendes Verbrechen, eben ein offenkundiges und unvergleichbares Verbrechen. Das wurde aber nicht von den Deutschen, sondern an den Deutschen begangen. Es ist die Vertreibung von 14 oder 15 oder mehr Millionen Deutscher aus ihrer angestammten, uralten Heimat in Ostdeutschland, das nicht Mitteldeutschland ist."[32] Der rechtsextremistische Hintergrund derartiger Aussagen sowie die damit verbundenen Manipulationen bis hin zu Verfälschungen sind offensichtlich.[33] Da die angebliche „Auschwitz-Lüge" in der Perspektive der Rechtsextremisten zur Ausbeutung der Deutschen durch die Juden oder zur Legitimation der Gründung des Staates Israel entwickelt wurde, läuft diese Auffassung auf Verschwörungsvorstellungen im Sinne des politischen Antisemitismus hinaus.

Interne Bedeutung des Antisemitismus im Rechtsextremismus

Antisemitische Einstellungen lassen sich in allen Bereichen des Rechtsextremismus mehr oder weniger deutlich ausmachen. Gleichwohl handelt es sich hierbei im Unterschied zu der Gewichtung des Antisemitismus in diesem Lager vor 1945 nicht mehr um das herausragende Themenfeld. Eine stärkere Fixierung auf die Probleme der Gegenwart und eine Zurückdrängung von Themen der Vergangenheit sind deutlich erkennbar. Zentrale Agitationsinhalte sind heute „Einwanderung", „Globalisierung" und „Wirtschaftskrise" sowie die Feindbilder „Amerika", „Fremde" und das „System", die allerdings allesamt auch immer wieder in einer antisemitischen Konnotation auftreten können. Insbesondere sei, in den Worten des NPD-Strategen Jürgen W. Gansel, „noch stärker die soziale Frage [zu] nationalisieren".[34]

Die Fortexistenz der Judenfeindschaft als inhaltliches Identifikationsmerkmal erklärt sich zunächst durch die historische Prägung und Tradition. Für das rechtsextremistische Lager spielte der Antisemitismus immer eine große Rolle, wie die Entwicklung vom Wilhelminischen Kaiserreich bis in die Bundesrepublik Deutschland zeigt. Außerdem lassen sich die meisten anderen ideologischen Deutungen der rechtsextremistischen Themenfelder mit antisemitischen Einstellungen koppeln: Amerikas und Israels „Eroberungskriege" werden als Schritte zur Erlangung der jüdischen Weltherrschaft gedeutet, „Einwanderung" und „Überfremdung" gelten als Beiträge zur Errichtung einer jüdisch initiierten „One-World"-Politik, „Globalisierung" und „Wirtschaftskrise" führen Rechtsextremisten auf das Wirken jüdischer Bankiers an der „Ostküste" zurück, Erinnerungen an „Holocaust" und „Kriegsschuld" sollen „Moralkeulen" jüdischer Interessenorganisationen sein.

Außerdem erfüllt der Antisemitismus bestimmte Funktionen:[35] So sehr es sich dabei um eine ideologisch verzerrte Wahrnehmung sozialer Realität handelt, so darf doch dessen unterschiedlicher Nutzen für den Rezipienten nicht ignoriert werden. Die Abgrenzung von „den Juden" als negativ angesehene fremde Gruppe gestattet die Identifizierung mit der als positiv bewerteten eigenen Gruppe. In der Vergangenheit diente dies zur Selbstdefinition als „Arier", „Christ" oder „Deutscher", im Fall des gegenwärtigen Antisemitismus im Rechtsextremismus als „Nationalist". Dies verdeutlicht unter anderem der Refrain des wegen Volksverhetzung (§130 StGB) strafbaren Liedes „Ihr seid…!" der Band „Skalinger": „Denn ihr seid Juden und wir nicht! Ihr seid krumme Nasen und wir nicht! Ihr seid beschnitten und wir nicht! Denn wir sind arisch und ihr nicht!"[36] Ein weiteres einschlägiges Zitat ist dem Intro der CD „In den Krieg" der Gruppe „Reichspogrom" entnommen: „Wie erkennt man einen Juden? Setzen! Das ist ganz einfach – das jüdische Blut hat eine völlig andere Zusammensetzung als das unsere. […] Sein Blick ist listig und hinterhältig […]. Er kriecht vor Euch, aber lässt Eure Aufmerksamkeit nach, springt er Euch an die Kehle. Der nordische Mensch ist das Prachtstück dieser Erde. Er ist das strahlendste Beispiel für die Schöpfungsfreude. Er ist nicht nur am begabtesten, sondern auch am schönsten. […] Seine Bewegungen sind voller Harmonie, sein Körper ist vollkommen."[37]

Neben dieser Identitätsfunktion verbindet sich mit dem Feindbild „Jude" auch eine zweite Erkenntnis-

[32] Ursula Haverbeck-Wetzel, Götterdämmerung, in: Stimme des Reiches, 1 (2009), S. 1 f., zitiert nach: Verfassungsschutzbericht Niedersachsen 2009, S. 104.

[33] Wolfgang Benz (Hrsg.), Legenden, Lügen, Vorurteile. Ein Wörterbuch zur Zeitgeschichte, München 1991; Armin Pfahl-Traughber, Revisionistische Behauptungen und historische Wahrheit. Zur Kritik rechtsextremistischer Geschichtsverfälschungen, in: Aufklärung und Kritik, 7 (2000) 2, S. 84–97.

[34] Jürgen W. Gansel, Gegen Einwanderung, europäische Union und Globalisierung, in: Deutsche Stimme, Nr. 11 vom November 2005, S. 16.

[35] Armin Pfahl-Traughber, Antisemitismus in der deutschen Geschichte, Opladen 2002, S. 155–159.

[36] Zitiert nach: Innenministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2009, Schwerin 2010, S. 19.

[37] Intro der CD „In den Krieg" der Gruppe „Reichspogrom", zitiert nach: Bundesministerium des Innern, Verfassungsschutzbericht 2009, S. 109.

funktion, vor allem bezüglich des politischen Antisemitismus. Komplexe gesellschaftliche Entwicklungen wie etwa der „Börsencrash“ oder die „Globalisierung“ können durch das konspirative Wirken der „Ostküste“ scheinbar einfach erklärt werden. Derartige Verschwörungstheorien wurden zum Beispiel zu Beginn des Jahres 2009 in der Zeitschrift „Volk in Bewegung & Der Reichsbote – Das nationale Magazin“ geäußert: „Die Wirtschaftskrise ist für Europa Anlass zum Nachdenken und vielleicht die letzte Gelegenheit zur Tat. [...] Amerika kontrolliert die Welt – und die Israel-Lobby kontrolliert Amerika. Via Medien manipulieren die Zionisten die öffentliche Meinung der ganzen westlichen Hemisphäre. Die EU mit ihren Denkverboten, Maulkörben und Haftbefehlen ist nicht viel mehr als der Laufbursche Washingtons. Und die gegenwärtige Finanzkrise ist in Wirklichkeit eine gigantische Umverteilungsaktion zugunsten der Macht dieser Lobby. Das dreivereinte Gaunertum von Wallstreet, Pentagon und Hollywood scheint alles in der Hand zu haben.“[38] Darüber hinaus lässt sich drittens eine Mobilisierungsfunktion ausmachen, die aber mit der externen Wirkung zusammenhängt. Zwar tritt der Antisemitismus in der Außenwerbung gegenüber aktuellen sozialen Problemstellungen zurück, bleibt aber lagerintern ein zentrales, ja unverzichtbares Ideologieelement.[39]

Externe Bedeutung des Antisemitismus im Rechtsextremismus

Die Bedeutung antisemitischer Agitation und Berichterstattung im Rechtsextremismus nimmt bei öffentlichen Skandalen mit einschlägigen Bezugspunkten zu. Dafür standen in der jüngeren Vergangenheit die „Hohmann-Rede“, der „Möllemann-Skandal“ und die „Walser-Kontroverse“ (→ **Antisemitismus im politischen Diskurs, in Kultur und Alltag**), wobei es jeweils um den öffentlichen Umgang mit der Kritik an Israel oder der Schuld am Holocaust ging. In allen Fällen versuchten rechtsextremistische Medien diese Debatten aufzugreifen, um ihnen in ihrem Sinne eine politische Richtung zu geben. Dafür steht etwa ein Titelbild von „Nation & Europa“, das einerseits Porträts von Jürgen W. Möllemann und Martin Walser, andererseits von Michel Friedman und Marcel Reich-Ranicki zeigte. Dazwischen finden sich die Formulierungen „Deutsche und Juden“ sowie „Wer hat das Sagen?“[40] Friedman und Reich-Ranicki sprach die Zeitschrift auf diese Weise ihr „Deutschsein“ ab und stellte sie den „Deutschen“ pauschal als feindlich gesinnte „Andere“ gegenüber.

Darüber hinaus suggeriert die Formulierung, nicht mehr die Deutschen, sondern die Juden hätten im Land „das Sagen“. So soll auch in anderen Kontexten die Legitimation der bestehenden Gesellschafts- und Staatsordnung in Frage gestellt werden. Dafür steht ein Beitrag in der „National-Zeitung“, worin etwa die Verleihung eines als Gegenentwurf zum Bundesverdienstkreuz geschaffenen „Großen Verratskreuzes“ angeregt und Bundeskanzlerin Merkel als Empfängerin auserkoren wird, was der Artikel wie folgt kommentiert: „Der aus Vererbung vermeintlich polnischen, aus Zuneigung amerikanischen, aus Leidenschaft israelischen, aus Gleichgültigkeit deutschen Bundeskanzlerin der BRD wird diese Auszeichnung verliehen in Würdigung ihrer Politik gegen die Interessen ihres eigenen Landes.“[41] Exemplarisch zeigt sich hier die Legitimationsfunktion des Antisemitismus: Merkel gilt als Dienerin Israels und Verräterin Deutschlands. Mit ihrer Delegitimierung beabsichtigen die Rechtsextremisten, sich selbst als die einzig rechtmäßigen politischen Repräsentanten des eigenen Landes darzustellen.

Antisemitismus, dies belegen die Ergebnisse der empirischen Sozialforschung, lässt sich nicht auf die 26.000 organisierten Rechtsextremisten reduzieren. Je nach gewählten Abgrenzungskriterien und Einstellungsstatements sprechen die einschlägigen Untersuchungen von bis zu 20 Prozent der Bevölkerung.[42] Aufgrund des anti-antisemitischen Konsenses in Medien, Öffentlichkeit und Politik artikuliert sich dieses Potenzial meist nur im privaten Bereich. Dessen quantitatives Ausmaß und inhaltliche Richtung ist auch den führenden Aktivisten des rechtsextremistischen Lagers bekannt. Letztendlich hoffen sie, in einer für antisemitische Agitation günstigeren Zeit eben dieses Einstellungspotenzial auch ansprechen und mobilisieren zu können. Da der organisierte Rechtsextremismus mit Ausnahme bestimmter Regionen in den neuen Bundesländern bislang gesellschaftlich marginalisiert blieb, war den Absichten eines breiten Hineinwirkens in die Mehrheitsgesellschaft bislang aber noch kein Erfolg beschieden.

38 Bernhard Schaub, Europa: Reconquista – oder Requiem?, in: Volk in Bewegung & Der Reichsbote – Das nationale Magazin, 1 (2009), S. 15, zitiert nach: Innenministerium Baden-Württemberg (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 2009, Stuttgart 2010, S. 220.

39 Rainer Erb/Michael Kohlstruck, Die Funktionen von Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit für die rechtsextreme Bewegung, in: Stephan Braun/Alexander Geisler/Martin Gerster (Hrsg.), Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, Wiesbaden 2009, S. 419–439, hier: S. 426 f.

40 Nation & Europa, Nr. 7/8 vom Juli/August 2002, S. 1 (Titelblatt).

41 Gerald Menuhin, Jetzt hat sie's!, in: National-Zeitung, Nr. 25 vom 15. Juni 2007, S. 2.

42 → **Antisemitische Einstellungen in Deutschland**

Fazit

Bilanzierend lässt sich konstatieren: Das rechtsextremistische Lager stellt, was die motivische Verdichtung angeht, den bedeutendsten politischen Träger der Judenfeindschaft dar. In keinem anderen organisierten Bereich kommt dem Antisemitismus als Agitationsfeld und Identifikationsmerkmal eine so hohe Bedeutung zu. Gleichwohl wird im Rechtsextremismus die damit verbundene Propaganda gegenwärtig durch andere Feindbilder und Themenkomplexe überlagert, die eine größere Anbindungsfähigkeit zu Diskursen versprechen, die auch in der Mitte der Gesellschaft Akzeptanz finden. Dazu gehören Angehörige anderer Minderheiten wie „Ausländer“, „Fremde“ und „Muslime“, inhaltlich geht es stärker um die „Globalisierung“, „Sozialpolitik“ und „Überfremdung“. Damit sank die Bedeutung des Antisemitismus in der Selbstdarstellung dieses politischen Lagers. Gleichwohl lässt er sich nach wie vor als ideologischer Hintergrund vieler Statements ausmachen – sei es bei den genannten aktuellen Themenschwerpunkten, sei es zu „Nahostkonflikt“ und „Vergangenheitsbewältigung“.

Dabei können zwei verschiedene Varianten unterschieden werden: die insinuierende Form von Andeutungen und die offene Form von Hassbildern. Im letztgenannten Sinne artikuliert sich die Judenfeindschaft in aller Deutlichkeit, mitunter mit direkten Gewaltaufforderungen und eindeutigen Vernichtungsphantasien verbunden. Die insinuierende Form arbeitet demgegenüber mit Anspielungen, Codierungen oder Subtexten, die den Rezipienten eine antisemitische Botschaft vermitteln wollen, ohne die judenfeindliche Einstellung dabei deutlich zu formulieren. Einerseits sollen so juristische und politische Folgen vermieden, andererseits soll an ein bereits bestehendes antisemitisches Ressentiment angeknüpft werden. Als Erscheinungsformen spielen dabei der rassistische und religiöse Antisemitismus nur noch eine geringe Rolle. Weitaus höhere Bedeutung kommt von den klassischen Formen dem nationalistischen, politischen und sozialen sowie den modernen Formen des antizionistischen und sekundären Antisemitismus zu.

Bei der diesbezüglichen Agitation erfüllen die judenfeindlichen Inhalte verschiedene Funktionen, die als individueller oder kollektiver Nutzen erst die Akzeptanz und Wirkungsabsicht des Antisemitismus erklären: Die Identifikationsfunktion erlaubt eine Abwertung von „Juden“ und eine Aufwertung der „Nationalisten“. Die Erkenntnisfunktion liefert mit dem angeblichen Wirken von Juden eine einfache Erklärung für komplexe gesellschaftliche und politische Phänomene. Beide Funktionen beziehen sich auf die interne Bedeutung des Antisemitismus für den Rechtsextremismus.

Für die lagerexterne Wirkung der Judenfeindschaft bestehen zwei andere Funktionen: Mit der Mobilisierungsfunktion geht es um die Gewinnung von latent antisemitisch eingestellten Personen in der Mehrheitsgesellschaft als Anhänger. Und mit der Legitimationsfunktion soll die etablierte Politik als „im jüdischen Interesse“ in Zweifel gezogen und die Rechtmäßigkeit der eigenen Positionen als „im deutschen Interesse“ betont werden.

2. Antisemitismus und Linksextremismus. Eine Analyse zur Israel- und Kapitalismuskritik im öffentlichen Diskurs

Antisemitismus gilt als ein Kernelement der Ideologie des Rechtsextremismus. Ob auch von einem Antisemitismus im Linksextremismus gesprochen werden könne, wird in Öffentlichkeit und Wissenschaft kontrovers diskutiert. Auf der einen Seite stehen Auffassungen, die in abwertenden Kommentaren gegenüber Juden bei den „Klassikern" des Sozialismus und in rigorosen Verdammungen der Politik Israels durch heutige Linksextremisten einen Beleg für das Bestehen eines spezifischen Antisemitismus in diesem politischen Lager sehen. Auf der anderen Seite finden sich Positionen, die die Existenz judenfeindlicher Tendenzen im Linksextremismus abstreiten und gegenteilige Meinungen als eine Verharmlosung des tatsächlichen Antisemitismus interpretieren. Im Folgenden wird eine differenzierte Position zwischen den beiden Deutungen eingenommen, die sehr wohl Antisemitismus unter Linksextremisten, aber keinen genuinen linksextremistischen Antisemitismus erkennt.

Gegenwärtige Situation im Linksextremismus

Zunächst soll die Situation im gegenwärtigen Linksextremismus[1] kurz skizziert werden, handelt es sich trotz der grundlegenden Gemeinsamkeit im Streben nach einer „herrschafts- und klassenlosen Gesellschaft" doch um kein politisch homogenes Lager. Ihm können aktuell 31.900[2] Personen in unterschiedlichen Zusammenschlüssen zugerechnet werden. Sie lassen sich bezüglich ideologischer, organisatorischer und strategischer Kriterien unterscheiden: Im erstgenannten Bereich bestehen anarchistisch beziehungsweise kommunistisch ausgerichtete Bestrebungen, die die Auflösung der Institution des Staates in Gänze beziehungsweise die Errichtung einer kommunistischen Diktatur anstreben. Organisatorisch artikuliert sich der Linksextremismus in allen möglichen Facetten: als Partei, Publikationsorgan, Subkultur und Verein. Auch in strategischer Hinsicht bestehen Unterschiede: Ein Teil will mit dem Einsatz von Gewalt „Freiräume" erkämpfen, ein anderer Teil wirbt gewaltfrei und öffentlich für seine Positionen.

Zu letzterem gehören die marxistisch-leninistisch ausgerichteten Organisationen und Parteien. Als mit 4.000 Mitgliedern größte Vereinigung in diesem Bereich gilt die „Deutsche Kommunistische Partei" (DKP)[3], die ganz offen für die revolutionäre Überwindung der bestehenden Ordnung plädiert, dafür aber noch nicht einmal ansatzweise über die nötigen politischen Potenziale verfügt. Während sich diese Partei an Ideologie und System der ehemaligen DDR orientiert, sieht die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands" (MLPD)[4] mit ihren 2.000 Mitgliedern in Maoismus und Stalinismus ihr politisches Vorbild. Darüber hinaus bestehen noch 28 trotzkistische Gruppen[5] mit insgesamt 1.600 Anhängern, wovon aber lediglich „marx21" und die „Sozialistische Alternative Voran" (SAV) aufgrund ihrer partiell faßbaren Unterwanderungspolitik gegenüber der Partei „Die Linke"[6] von Bedeutung sind. Als linksextremistisch gilt auch die Tageszeitung „Junge Welt", die mit einer Auflage von über 17.000 Stück erscheint.

Zu den gewaltbereiten Angehörigen des hier zu behandelnden politischen Lagers gehören die Autonomen,[7] eine subkulturell geprägte Bewegung von etwa 6.000 Personen mit diffusen anarchistischen Einstellungen. Im Spektrum der Autonomen steht weniger eine ausgeprägte Ideologie als vielmehr emotionale Subjektivität im Zentrum des Selbstverständnisses. Gleichwohl lässt sich bei den Autonomen aufgrund ihrer Positionen, die bei

[1] U. a. Bundesministerium des Innern, Verfassungsschutzbericht 2009, S. 144–211; Patrick Moreau/Jürgen P. Lang, Linksextremismus. Eine unterschätzte Gefahr, Bonn 1996. An aktuellen und seriösen Gesamtdarstellungen zum Linksextremismus aus politikwissenschaftlicher Sicht mangelt es.

[2] Alle Zahlenangaben – hier bezogen auf das Jahr 2009 – nach: Bundesministerium des Innern, Verfassungsschutzbericht 2009.

[3] U. a. Gerhard Hirscher/Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Was wurde aus der DKP? Beiträge zu Geschichte und Gegenwart der extremen Linken in Deutschland, Brühl 2008; Manfred Wilke/Hans-Peter Müller/Marion Brabant, Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP). Geschichte, Organisation, Politik, Köln 1990.

[4] U. a. Rudolf van Hüllen, Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands, in: Frank Decker/Viola Neu (Hrsg.), Handbuch der deutschen Parteien, Wiesbaden 2007, S. 329 ff.; Armin Pfahl-Traughber, Die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands" (MLPD). Eine analytische Betrachtung zu Entwicklung und Stellenwert einer politischen Sekte, in: www.bpb.de/themen/KT8PGR [eingesehen am 5. Mai 2011].

[5] U. a. Bundesministerium des Innern, Verfassungsschutzbericht 2008, Berlin 2009, S. 184–187; Rudolf van Hüllen, Das trotzkistische Spektrum im Linksextremismus, in: www.bpb.de/themen/1RQDMP [eingesehen am 5. Mai 2011].

[6] Da die Einschätzung dieser Partei im Kontext des Linksextremismus sowohl in der Öffentlichkeit und Politik wie bei den Verfassungsschutzbehörden und der Wissenschaft umstritten ist, soll auf nähere Betrachtungen im vorliegenden Kontext verzichtet werden.

[7] U. a. Thomas Schultze/Almut Gross, Die Autonomen. Ursprünge, Entwicklung und Profil der Autonomen Bewegung, Hamburg 1997; Jan Schwarzmeier, Die Autonomen zwischen Subkultur und sozialer Bewegung, Göttingen 2001.

Erklärungen oder im Kontext von Gewalttaten geäußert werden, von einem politischen Phänomen sprechen. Bei ihnen spielen auch die „Antideutschen" eine wichtige Rolle: Sie lehnen die Existenz einer deutschen Nation und eines deutschen Staates rigoros ab und erklären sich gleichzeitig bedingungslos solidarisch mit Israel als Staat der Opfer des deutschen Nationalsozialismus. In diesem Kontext werfen die „Antideutschen" mitunter auch den propalästinensischen Linksextremisten selbst Antisemitismus vor. „Antideutsche" Positionen findet man vor allem auch in Publikationsorganen wie „Bahamas", „Jungle World" oder „Konkret".

Antisemitismus in der Ideologie und Historie des Linksextremismus

Ganz allgemein lässt sich konstatieren, dass das politisch-ideologische Selbstverständnis des Linksextremismus für sich reklamiert, dem Antisemitismus keinen Platz zu bieten, dieser in der Praxis aber durchaus eine Rolle spielen kann. Sowohl für den Anarchismus wie für den Kommunismus ist die ethnische oder religiöse Zugehörigkeit von Menschen nicht relevant. Die Ablehnung von Kapitalisten richtet sich in der Theorie dieses politischen Lagers sowohl gegen jüdische wie nichtjüdische Kapitalisten. Die Aversion gegen Religion wendet sich gegen alle Glaubensrichtungen. Obwohl der Antisemitismus ideologisch kein Bestandteil des Linksextremismus sein soll, gab beziehungsweise gibt es in diesem politischen Lager Anhänger mit offenkundig judenfeindlichen Einstellungen, wobei diese Prägungen meist aber keinen unmittelbaren Einfluss auf die politischen Handlungen und Programme hatten beziehungsweise haben. Juden als besondere religiöse oder soziale Gruppe spielen im ideologischen Selbstverständnis von Linksextremisten keine Rolle.

Daher können auch für die Geschichte des Linksextremismus keine feststehenden antisemitischen Grundpositionen ausgemacht werden. Judenfeindschaft galt aus ideologischen und strategischen Gründen den kommunistisch ausgerichteten Parteien stets als Ausdruck eines „falschen Bewusstseins" im Klassenkampf. Mit antisemitischen Ansichten, so der häufig erhobene Vorwurf, wollten die Herrschenden die Massen von ihrem Weg zum Sozialismus abbringen. Aus diesem Grund – und nicht aus Solidarität mit den Juden – wandten sich die Kommunisten gegen den Antisemitismus. Dessen Bekämpfung wurde allerdings kein besonderer Stellenwert zugewiesen, galt doch das Engagement für eine Minderheit per se als politisch irrelevant.

Mitunter bedienten die Kommunisten sich aber judenfeindlicher Einstellungen, um sie aus politisch-strategischen Gründen zu nutzen. Diese Strategie soll hier anhand der „Kommunistischen Partei Deutschlands" (KPD) in der Weimarer Republik kurz aufgezeigt werden.[8]

Als Beleg für den Antisemitismus der KPD findet man in der Literatur häufig eine Aussage von Ruth Fischer, Mitglied des Zentralkommitees der KPD und Leiterin der Berliner KPD, die 1923 in einer Rede vor nationalistischen Studenten äußerte: Wer gegen das „Judenkapital" aufrufe, sei schon Klassenkämpfer, auch wenn er es nicht wisse. Die Gegnerschaft zu „Börsenjobbern" und „Judenkapital" sei zutreffend. Man müsse die „Judenkapitalisten" aufhängen, niedertreten und zertrampeln.[9] Die Gewaltaufforderung und Wortwahl sprechen scheinbar eindeutig für Antisemitismus. Bei der Beachtung des Kontextes entsteht aber ein differenzierteres Bild: Die Aussage fiel in die nur kurze „Schlageter"-Phase, während der die KPD auf Aktionsbündnisse mit den Völkischen setzte. Fischer spielte auf deren Antisemitismus an, um ihn in Richtung ihres Antikapitalismus umzudeuten: Man sollte aber gegen alle und nicht nur gegen die jüdischen Kapitalisten vorgehen. Insofern nahm Fischer selbst keine antisemitischen Positionen ein, sie bediente sich ihrer aber in agitatorischer Absicht.

Antisemitismus in der Geschichte des bundesdeutschen Linksextremismus

Der bundesdeutsche Linksextremismus knüpfte wesentlich an die ideologischen und thematischen Positionen der Weimarer KPD zum Antisemitismus an. Die KPD zwischen 1945 beziehungsweise 1949 und 1956 sowie die DKP ab 1968 als politisch bedeutsamste Kräfte in diesem politischen Lager können bis 1989 als „Interventionsapparate der SED" angesehen werden. Demnach richtete man sich auch in dieser Frage ganz im Sinne der DDR-Interessen aus. Dies bedeutete eine offizielle Distanzierung und Verurteilung des Antisemitismus als Ideologie des Faschismus, wobei es allerdings mit dem Kalten Krieg und den stalinistischen Säuberungen in den frühen 1950er-Jahren in der DDR zugleich zur Übernahme einer antiimperialistischen Rhetorik in Bezug auf Israel entsprechend dem staatsdoktrinären Antizionismus der DDR kam.[10] Die SED beharrte zwar immer auf einer Differenz zwischen ihrer antizionistischen Politik und Antisemitismus; zugleich mündeten die angewandten antiamerikanischen und antizio-

[8] U. a. Mario Kessler, Die KPD und der Antisemitismus in der Weimarer Republik, in: Utopie kreativ 173 (2005), S. 223–232; Olaf Kistenmacher, Vom „Judas" zum „Judenkapital". Antisemitische Denkformen in der Kommunistischen Partei Deutschlands der Weimarer Republik, 1918–1933, in: Matthias Brosch u. a. (Hrsg.), Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland, Berlin 2007, S. 69–86.

[9] „Hängt die Judenkapitalisten". Ruth Fischer als Antisemitin, in: Vorwärts vom 22. August 1923.

nistischen Argumentationsmuster häufig in der (Weiter-)Verwendung antisemitischer Phrasen. So definiert zum Beispiel das „Kleine Politische Wörterbuch" von 1977 den Begriff „Zionismus" als „weitverzweigtes Organisationssystem [...] der jüdischen Bourgeoisie".[11] Diese Traditionen finden wir bis heute in der DKP und in Teilen der Partei „Die Linke"[12]. Nach SED-Vorbild nahm die DKP judenfeindliche Ereignisse in der Bundesrepublik auf, um damit die bundesdeutsche Gesellschaft im Rahmen der „Antifaschismus"-Agitation als politisch anfällig für derartige Tendenzen kritisieren zu können, und behielt die eindeutig antiisraelische und proarabische Grundposition bis in die Gegenwart bei.

Diese Disposition zu antisemitischen Positionen gilt auch für die „K-Gruppen", worunter kommunistische Kleingruppen mit allgemein maoistischer, teilweise auch stalinistischer Ausrichtung der 1970er-Jahre zu verstehen sind, die in den 1980er-Jahren an Bedeutung verloren. Auch sie positionierten sich auf der arabischen beziehungsweise palästinensischen Seite, die als Bündnispartner im Kampf gegen „Imperialismus" und „Kapitalismus" willkommen war. Israel galt demgegenüber nur als „Marionette" oder „Vorposten" der USA und des Westens im Nahen Osten. Diese Grundposition steigerte sich aber noch, indem die Existenz und Legitimation des jüdischen Staates in Gänze in Frage gestellt wurde. In den einschlägigen Publikationen der K-Gruppen fanden sich kaum verhüllte Anklänge an antisemitische Diskurse, etwa wenn von „zionistischen Multimillionären" oder einem „parasitären Charakter" der Juden die Rede war. Deutlich sprach man von einer „blutrünstigen und machtgierigen Bastion gegen die Völker" und forderte offen die „Zerschlagung des zionistischen Gebildes".[13] Hier offenbarten sich gar nationalistische Ideologiefragmente.

Später kam es zu einer verbalen Mäßigung solcher Stimmen, erhob man doch kaum noch die direkte Forderung nach Vernichtung des Staates Israel. Die damit verbundenen Grundpositionen blieben gleichwohl bestehen. Dies zeigte sich etwa auch während des Einmarsches der israelischen Armee in den Libanon 1982, der eine Reihe von indirekten Gleichsetzungen mit der NS-Vergangenheit in der Wortwahl auslöste wie etwa „Endlösung der Palästinenserfrage".[14] Ähnliche Reaktionen ließen sich in den folgenden Jahren immer wieder bei der Eskalation des Nahostkonflikts vom Golfkrieg 1990/1991 bis zum Gaza-Krieg 2009 ausmachen.[15] Dass hinter den scharfen „antizionistischen Positionen" der Israelkritik unter Linksextremisten antisemitische Haltungen erkennbar sind, wurde zunehmend auch in diesem politischen Lager selbstkritisch thematisiert.[16]

Die antisemitische Konsequenz von Aktionen des Linksterrorismus

Zunächst bedarf es noch der Differenzierung zwischen einer subjektiven Einstellung und objektiven Wirkung bezüglich der Motive mit Antisemitismusbezug. Es geht hierbei darum, dass im Linksextremismus im Unterschied zum Rechtsextremismus vom ideologischen Selbstverständnis her kein Platz für eine derartige Position ist. Insofern lässt sich dort keine Feindschaft gegen Juden als Juden ausmachen. Indessen sind Aktionen von Linksextremisten möglich, die sich zwar nicht auf eine solche Einstellung berufen, gleichwohl aber in der inneren Konsequenz einer solchen Grundauffassung liegen. Demnach kann es zu Handlungen kommen, denen scheinbar keine antisemitischen Einstellungen zugrunde liegen, die aber zu antisemitischen Konsequenzen führen. So etwas lässt sich insbesondere im Kontext der Israelkritik ausmachen und soll hier anhand von zwei Aktionen aus dem Linksterrorismus exemplarisch veranschaulicht werden:

[10] Ausführlich: Thomas Haury, Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR, Hamburg 2002; ders., Von der linken Kritik des Zionismus zum antisemitischen Antiszionismus von Links, in: Samuel Salzborn (Hrsg.), Antisemitismus – Geschichte und Gegenwart, Gießen 2009, S. 127–158; zur Auseinandersetzung mit dem Phänomen in der DDR siehe auch: „Das hat es bei uns nicht gegeben!" Ausstellung der Amadeu Antonio Stiftung zu Antisemitismus in der DDR, http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/die-stiftung-aktiv/gegen-as/was-tut-die-stiftung/as-ddr/ [eingesehen am 16. Mai 2011].

[11] Zitiert nach: Haury, Von der linken Kritik des Zionismus, S. 144.

[12] Jüngstes Beispiel sind Boykottaufrufe gegen israelische Waren einzelner Ortsverbände der Partei „Die Linke" beziehungsweise einseitige antiisraelische Positionierungen einzelner Parteimitglieder, die sich an der Gaza-Flottille im Mai 2010 beteiligten (→ **Präventionsmaßnahmen**).

[13] U. a. Henryk M. Broder, Antizionismus – Antisemitismus von links?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 24 (1976), S. 31–46; Thomas Haury, Der Antizionismus der Neuen Linken in der BRD. Sekundärer Antisemitismus nach Auschwitz, in: Arbeitskreis Kritik des deutschen Antisemitismus (Hrsg.), Antisemitismus – die deutsche Normalität. Geschichte und Wirkungsweise des Vernichtungswahns, Freiburg 2001, S. 217–229. Die Zitate entstammen diesem Aufsatz, ebenda, S. 223, 227.

[14] Martin Kloke, Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses, Frankfurt a. M. 1994, S. 220–229.

[15] Philipp Gessler, Antisemitismus und Antizionismus in der bundesrepublikanischen Linken bis 1989/90 und ihr Fortleben bis zur Diskussion über den Libanon-Krieg 2006, in: Brosch u. a., Exklusive Solidarität, S. 347–365.

[16] Initiative Sozialistisches Forum (Hrsg.), Furchtbare Antisemiten, ehrbare Antizionisten. Über Israel und die linksdeutsche Ideologie, Freiburg 2002; Irit Neidhardt/Willi Bischof (Hrsg.), Wir sind die Guten. Antisemitismus in der radikalen Linken, Münster 2000.

Bei dem ersten Ereignis handelt es sich um den geplanten Bombenanschlag auf das Jüdische Gemeindehaus in Berlin am 9. November 1969.[17] Die verantwortliche Gruppe „Tupamaros West-Berlin“ beabsichtigte damit laut Bekennerschreiben, gegen die Unterdrückung der Palästinenser durch Israel zu protestieren. Bei dem ausgewählten Ort des geplanten Anschlags handelte es sich aber um keine Institution dieses Staates, sondern um eine davon unabhängige Einrichtung einer jüdischen Gemeinde. Die Attentäter gingen demnach möglicherweise davon aus, dass die Juden in Deutschland und in Israel einen homogenen Block darstellen. Mit der Auswahl des Tatortes konstruierten sie das Bild von einem „Weltjudentum“, dessen deutsche Sektion angegriffen werden sollte. Bestätigung erfuhr diese Einschätzung noch durch das Bekennerschreiben, in dem die Lähmung der „Linken“ bezüglich der Kritik an Israel auf ein „deutsches Schuldbewusstsein“ wegen des Holocaust zurückgeführt wurde.

Das zweite Beispiel bezieht sich auf die Entführung einer Air-France-Maschine am 27. Juni 1976 auf dem Weg von Tel Aviv nach Paris.[18] Das vierköpfige „Kommando Che Guevara“ der „Volksfront für die Befreiung Palästinas“, das diese Aktion durchführte, stand unter der Führung des deutschen Terroristen Wilfried Böse von den „Revolutionären Zellen“. Das Kommando beabsichtigte die Freipressung von über fünfzig Gesinnungsgenossen aus den Gefängnissen verschiedener Länder. Nach einigen Zwischenstopps landete das entführte Flugzeug in Entebbe in Uganda. Von dort aus wollten die Terroristen in Verhandlungen mit der israelischen Regierung eintreten. Bereits zuvor hatten sie allerdings einige Geiseln freigelassen. Dem ging eine Selektion in jüdische und nichtjüdische Passagiere auch durch die deutschen Linksterroristen voraus. Die israelischen Geiseln – darunter auch überlebende Häftlinge aus deutschen Konzentrationslagern – sollten ausnahmslos an Bord bleiben.[19]

Inhaltliche Berührungspunkte und strukturelle Gemeinsamkeiten von Antisemitismus und Linksextremismus

Lässt sich somit einerseits die grundsätzliche Ablehnung des Antisemitismus im ideologischen Selbstverständnis des Linksextremismus, andererseits jedoch das Vorhandensein von antisemitischen Diskursbestandteilen in diesem politischen Lager konstatierten, so ist konkret die Frage zu beantworten, worin nun inhaltliche Berührungspunkte von Antisemitismus und Linksextremismus bestehen? Zum erstgenannten gehören Israel- und Kapitalismuskritik. Hierbei gilt es um einer differenzierten Betrachtung und Einschätzung willen, den besonderen Unterschied zwischen einer Anschlussfähigkeit an den Antisemitismus und dessen Erscheinungsformen zu beachten. Nahezu jede kritische Äußerung zu jüdischen Einzelpersonen oder Gruppen beziehungsweise über die Politik Israels kann als judenfeindliche Absicht begriffen werden. Gleichwohl müssen nicht alle Bekundungen in diesem Sinne selbst antisemitisch motiviert sein, kommt es doch bei einer Einschätzung auf die Absicht und Grundposition der Kritik an.

Bevor darauf noch gesondert hinsichtlich der inhaltlichen Anknüpfungspunkte in der Israelkritik und der Kapitalismuskritik eingegangen werden soll, bedarf es einer Analyse und Einschätzung zu den behaupteten strukturellen Gemeinsamkeiten. Zwischen linker Ideologie und Antisemitismus existieren nach den Anhängern dieses Ansatzes bestimmte übereinstimmende formale Merkmale: Hierzu gehört erstens ein ausgeprägter „Manichäismus“ mit dem Ergebnis der umfassenden Verwerfung des Bestehenden, verbunden zweitens mit der bewertenden Einteilung der Gesellschaft in „böse“ und „gute“ Akteure. Damit geht drittens ein Feindbild bezogen auf einen alleinigen Verantwortlichen für die beklagten Missstände einher, das viertens nicht in einem sozialen Entwicklungsprozess verortet, sondern in einem individuell Schuldigen personifiziert wird. Diese Denkstrukturen prägten die marxistisch-leninistische Ideologie mit dem Gegensatz „Kapital“ und „Proletariat“ ebenso wie den Antisemitismus mit dem Gegensatz „Arier“ und „Jude“.[20]

Obwohl die genannten formalen Merkmale in beiden Ideologien vorhanden sind, reicht dies jedoch nicht aus, um bezogen auf den Marxismus-Leninismus von einem „strukturellen Antisemitismus“ zu sprechen. Mit dem Antisemitismus verbunden ist konstitutiv eine Feindschaft gegen eine besondere Personengruppe in Gestalt der Juden, also handelt es sich um einen inhaltlichen und nicht um einen strukturellen Gesichtspunkt in einer Ideologie. Alle genannten vier Merkmale können sehr wohl auch mit einer nichtantisemitischen Haltung einhergehen, wofür gerade die Positionen Lenins als nichtantisemitischer Begründer des Marxismus-Leninismus exemplarisch stehen. Daher muss die Auffassung von einem „strukturellen Antisemitismus“ als Analyseinstrument aus methodischen Gründen verworfen werden. Der damit einhergehende Ansatz kann allenfalls erklären, warum

[17] Wolfgang Kraushaar, Die Bombe im Jüdischen Gemeindehaus, Hamburg 2005.

[18] William Stevenson (mit Uri Dan), 90 Minuten in Entebbe, Frankfurt a. M. 1977.

[19] Wolfgang Kraushaar, Abspaltung und Potenzierung. Zum Verhältnis von Antizionismus und Antisemitismus in der militanten Linken der Bundesrepublik, in: Brosch u. a., Exklusive Solidarität, S. 325–346.

[20] Haury, Antisemitismus von links, S. 157 ff., 284–287.

Personen mit den genannten Denkstrukturen potenziell anfälliger für den Antisemitismus als Ideologie mit den gleichen Denkstrukturen sein dürften.

Inhaltliche Anknüpfungspunkte für Antisemitismus in der Israelkritik

Zu den politischen Themenfeldern, die für den Zusammenhang von Antisemitismus und Linksextremismus von herausragender Bedeutung sind, gehört die Israelkritik.[21] Deren Einseitigkeit und Intensität, Schärfe und Unangemessenheit ist evident: Im angeblich aggressiven Vorgehen Israels wird die alleinige Ursache für den Nahostkonflikt gesehen, die arabische beziehungsweise palästinensische Seite wird hingegen nur als unschuldiges Opfer wahrgenommen, die legitimen Sicherheitsinteressen Israels werden nicht beachtet; auch finden die bedenklichen Ansichten und Handlungen der islamistischen und nichtislamistischen Gegner des Staates kaum kritische Aufmerksamkeit. Die besondere Empörung über angebliche oder tatsächliche Menschenrechtsverletzungen durch Israel steht für Doppel-Standards bei der Einschätzung, direkte und indirekte Anspielungen deuten auf eine Gleichsetzung mit dem Apartheidstaat oder dem Nationalsozialismus hin.

Derartige Auffassungen finden sich etwa in der Tageszeitung „Junge Welt“ bei deren Leitkolumnisten Werner Pirker:[22] Da ist die Rede von einem „Apartheid-Staat“ und einem „Staat aus der Retorte“, der „im Ergebnis eines ethnischen Säuberungsprozesses, der seinesgleichen sucht“[23], entstanden sei. Solche Positionen zeigen klare Berührungspunkte zu antisemitischen Diskursen: Hier gilt Israel als künstlicher Staat ohne Existenzberechtigung, der mit Genozid und Rassismus in Verbindung gebracht wird. Gerade bei Letztgenanntem erfolgt eine indirekte Gleichsetzung mit dem Nationalsozialismus. Dabei muss die historische Unangemessenheit solcher Haltungen nicht näher begründet werden, steht doch das Vorgehen Israels in keinem Verhältnis zur Praxis des NS-Regimes. Derartige Aussagen laufen auf eine Dämonisierung Israels als Verbrecherstaat hinaus. Gleichzeitig gehen mit solchen Diskursinhalten eine Relativierung der NS-Untaten und eine Täter-Opfer-Umkehr einher.

Allerdings müssen derartige Auffassungen nicht vordergründig antisemitisch motiviert sein.[24] Betrachtet man die linksextremistische Ideologie bezüglich ihrer Einschätzung des Nahostkonflikts, so lassen sich für die genannten Positionen auch andere politische Begründungen ausmachen: Israel gilt demnach nicht primär als jüdischer, sondern als imperialistischer und kapitalistischer Staat. Araber beziehungsweise Palästinenser werden als Opfer eines westlichen Dominanzstrebens gesehen, das insbesondere Israel zur Durchsetzung seiner Interessen im Nahen Osten nutzt. Hier besteht auch ein Unterschied zu einer antisemitischen Position, sieht diese doch nicht in Israel ein Instrument der USA, sondern umgekehrt in den USA ein Instrument Israels beziehungsweise der Juden. Die indirekten Gleichsetzungen mit dem Nationalsozialismus ergeben sich aus dem „Antifaschismus“ des Linksextremismus,[25] der mit einem inflationären Faschismusverständnis gern alle nur möglichen Gegner mit einschlägigen Etiketten als Inkarnation des „Bösen“ an sich belegt.

Inhaltliche Anknüpfungspunkte für Antisemitismus in der Kapitalismuskritik

Als zweites Themenfeld, das für den Zusammenhang von Antisemitismus und Linksextremismus auch aus historischen Gründen von herausragender Bedeutung ist, kann die Kapitalismuskritik gelten. Hierbei sieht man in einer personalisierten und verkürzten Ausrichtung inhaltliche Anknüpfungspunkte.[26] Um die damit verbundenen Einwände besser nachvollziehen zu können, bedarf es einer Unterscheidung von links- und

[21] Armin Pfahl-Traughber, Antisemitische und nicht-antisemitische Israel-Kritik. Eine Auseinandersetzung mit den Kriterien zur Unterscheidung, in: Aufklärung und Kritik 14 (2007) 1, S. 49–58.

[22] Auf dessen Publikationen weist die Literatur immer wieder hin; sie sieht in solchen Aussagen eine Form von Antisemitismus, etwa Lars Rensmann, Demokratie und Judenbild. Antisemitismus in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2004, S. 319.

[23] Werner Pirker, Einen anderen Zionismus gibt es nicht, in: Junge Welt vom 25. April 2002, worauf sich Rensmann, Demokratie und Judenbild, bezieht.

[24] Doron Rabinovici, Ulrich Speck und Natan Sznaider, die Herausgeber eines Sammelbandes zum „Neuen Antisemitismus“, wiesen diesbezüglich auf die methodische Problematik einer „Rhetorik des Verdachts“ hin: Der Antisemitismusvorwurf gründe auf der Vermutung, dass das Gesagte nicht das Gemeinte sei, dass Kritik an Israel nur ein Vorwand sei, um antisemitische Gefühle und Ideen zu artikulieren. Doron Rabinovici/Ulrich Speck/Natan Sznaider, Einleitung, in: Doron Rabinovici/Ulrich Speck/Natan Sznaider (Hrsg.), Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte, Frankfurt a. M. 2004, S. 7–18, hier: S. 9.

[25] Armin Pfahl-Traughber, Antifaschismus als Thema linksextremistischer Agitation, Bündnispolitik und Ideologie. Zu den ideologischen Hintergründen und politischen Implikationen eines Kampfbegriffs, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010, Brühl 2010, S. 273–300.

[26] U. a. Andreas Exner, Antisemitismus und Globalisierungskritik. Thesen zu einem Verhältnis, in: Attac Österreich (Hrsg.), Blinde Flecken der Globalisierungskritik. Gegen antisemitische Tendenzen und rechtsextreme Vereinnahmung, Wien 2005, S. 9–12; Marcus Meier, „Wie die Heuschrecken kommen sie über unser Land“. Über die Fallstricke einer verkürzten Kapitalismuskritik, in: Richard Gebhardt/Dominik Clemens (Hrsg.), Volksgemeinschaft statt Kapitalismus? Zur sozialen Demagogie der Neonazis, Köln 2009, S. 147–169.

rechtsextremistischer Kapitalismuskritik. Die erstgenannte Form beruft sich auf die Positionen der „Klassiker“ Karl Marx und Friedrich Engels: Demnach soll sich die Kritik gegen die kapitalistische Produktionsweise in Gänze richten. Nicht in den Handlungen einzelner Kapitalisten oder in Problemen bestimmter Wirtschaftsbereiche bestehe die Ursache für Krisen und Verelendung. Und bezüglich der angestrebten Transformation von Gesellschaft und Wirtschaft sollte auch kein Unterschied zwischen Finanz- und Realkapital gemacht werden.

In diesen beiden Punkten bestanden und bestehen die entscheidenden Unterschiede zur Kapitalismuskritik, die mit der Fixierung auf das Finanzkapital und einer Personalisierung von Ursachen auch inhaltliche Anknüpfungspunkte für Antisemitismus enthält. Der historische und gegenwärtige Rechtsextremismus richtete und richtet seine Kritik denn auch keineswegs gegen den Kapitalismus in Gänze: Vielmehr trat und tritt er für die Beibehaltung der Marktwirtschaft und des Privatunternehmertums ein. Die Kapitalismuskritik in diesem politischen Lager konzentriert sich primär auf das Finanzkapital, das mit seinem spekulativen Vorgehen für Krisen und Umbrüche verantwortlich gemacht wurde und wird. Das Realkapital steht demgegenüber kaum oder gar nicht in der Kritik. Darauf bezogen entwickelte sich auch schon in der Frühgeschichte der NSDAP die von deren Wirtschaftstheoretiker Gottfried Feder geprägte Unterscheidung von „raffendem“ und „schaffendem Kapital“. Mit ersterem war das „jüdische Finanzkapital“ im Sinne des sozialen Antisemitismus gemeint.

Der angesprochene zweite Gesichtspunkt, die Personalisierung, bezieht sich darauf, dass im Handeln besonderer Individuen und nicht in der spezifischen Struktur der Wirtschaft die Ursache für ökonomische und soziale Miseren gesehen wird. Und hier stellt die antisemitische Kapitalismuskritik eben auf das angebliche Wirken von „jüdischen Bankiers“ in Deutschland oder den USA ab. In dieser Schuldzuschreibung kann denn auch ein wichtiger Unterschied zwischen links- und rechtsextremistischer Globalisierungskritik gesehen werden. Die letztgenannte Form führt die beklagte Entwicklung auf internationaler Ebene auf das Agieren der „Ostküste“ zurück, was als Code beziehungsweise Synonym für die „jüdischen Bankiers an der Wall-Street“ gilt. Bei Linksextremisten mit marxistisch-leninistischer Ausrichtung lässt sich eine solche eingeschränkte oder personalisierte Kapitalismuskritik aber nicht ausmachen. Ansätze gab es dazu bei KPD und SED in der Vergangenheit, aber nicht aktuell bei DKP oder MLPD. Aus deren Umfeld warnt man eher vor der Falle verkürzter Kapitalismuskritik.

Die Auseinandersetzung von „Antideutschen“ und „Antiimperialisten“

Bereits seit Anfang der 1950er-Jahre nahm der Linksextremismus im politischen Lichte des Ost-West-Konflikts eine dezidiert antiisraelische und proarabische Position ein – und zwar nicht nur in den am „real existierenden Sozialismus“ orientierten Teilen dieses politischen Lagers. Als bekanntes Beispiel dafür steht eine Parole, die Mitte der 1980er-Jahre von Autonomen auf ein besetztes Haus in der Hamburger Hafenstraße gemalt wurde: „Boykottiert ‚Israel‘. Waren, Kibbuzim + Strände. Palästina – das Volk wird dich befreien [...]“.[27] Folgende Gesichtspunkte sprechen möglicherweise für einen antisemitischen Hintergrund: Das Existenzrecht Israels wird mit den Anführungszeichen in Zweifel gezogen, die Boykottforderung erinnert an die NS-Parole „Kauft nicht bei Juden“, und die Anrufung des Volkes offenbart nationalistische Prägungen.

Die inhaltliche Anschlussfähigkeit derartiger Diskurse an antisemitische Einstellungen wurde in diesem politischen Spektrum jahrzehntelang nicht problematisiert. Dies änderte sich erst mit dem Aufkommen der „Antideutschen“[28]. Sie vertreten eine gegenteilige Auffassung und nehmen bezüglich des Nahostkonflikts eine klar proisraelische Position ein. Die Anfänge dieser nicht einheitlich organisierten Strömung im Linksextremismus gehen auf den Beginn der 1990er-Jahre zurück: Angesichts der deutschlandpolitischen Entwicklung befürchteten viele Aktivisten dieses Lagers die Renaissance des deutschen „Großmachtwahns“ und die Wiederkehr eines „Dritten Reiches“. Deshalb stehen die „Antideutschen“ eindeutig auf der Seite Israels und sehen in den islamistischen und nationalistischen Gegnern Israels die fortschrittsfeindliche und reaktionäre Verkörperung eines neuen Antisemitismus und Faschismus im Nahen Osten.

Da die Mehrheit des Linksextremismus eine antiisraelische und proarabische Grundposition im Sinne des Antiimperialismus vertritt, musste es

[27] Eine Abbildung mit diesem Spruch, der mit „Revolution bis zum Sieg“ endet, findet sich in: Neidhardt/Bischof, Wir sind die Guten, S. 183.

[28] U. a. Gerhard Hanloser (Hrsg.), „Sie warn die Antideutschesten der deutschen Linken“. Zu Geschichte, Kritik und Zukunft antideutscher Politik, Münster 2004; Robert Kurz, Die antideutsche Ideologie. Vom Antifaschismus zum Krisenimperialismus, Münster 2003.

[29] Bundesamt für Verfassungsschutz, Massiver ideologischer Streit zum Nahost-Konflikt unter Linksextremisten, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme, Berlin 2004, S. 197–210; Thomas Haury, Der neue Antisemitismusstreit in der Linken, in: Rabinovici/Speck/Sznaider, Neuer Antisemitismus?, S. 143–167.

notwendigerweise zu heftigen Debatten und Vorwürfen kommen.[29] Letztere gipfelten darin, dass die „Antideutschen" den „Antiimperialisten" eine judenfeindliche Ausrichtung vorwarfen. Unter dem Deckmantel von „Antizionismus" und „Israelkritik" offenbare sich nach dieser Lesart ein „neuer Antisemitismus". Damit wurde die antiimperialistische Mehrheit von der antideutschen Minderheit zumindest indirekt in die Nähe des „Faschismus" gerückt, was im linksextremistischen Lager zu einer Konflikteskalation bis hin zur Gewaltanwendung führte. Die inflationäre Verwendung des Antisemitismusvorwurfs spielte dabei eine bedeutende Rolle: Die „Antideutschen" erklärten nahezu jedes Abweichen von einer unbedingten Solidarität mit Israel für einen Ausdruck von Antisemitismus, womit aber die eigentlichen ideologischen Gründe für die Einstellung der „Antiimperialisten" verkannt wurden.

Fazit

Die vorstehenden Ausführungen gehen davon aus, dass es unter Linksextremisten auch Antisemitismus gibt. Während der Antisemitismus im rechtsextremistischen Spektrum zum konstitutiven Bestandteil der Ideologie gehört und Judenfeindschaft direkt aus den grundlegenden Merkmalen der inhaltlichen Ausrichtung dieses politischen Lagers abgeleitet wird, ist dies beim Linksextremismus nicht der Fall: Definiert man Antisemitismus als Feindschaft gegen Juden als Juden, so lassen sich für eine solche Position keine ideologieimmanenten Anhaltspunkte im anarchistischen oder kommunistischen Selbstverständnis finden. Daher verwundert auch nicht, dass die Verfassungsschutzbehörden als Beobachter des politischen Extremismus zwar Antisemitismus für den Islamismus und Rechtsextremismus, aber nicht für den Linksextremismus belegen können.[30]

Antisemitische Einstellungen oder Ressentiments von Angehörigen dieses politischen Lagers müssen demnach auf Prägungen zusätzlich zu dessen ideologischem Selbstverständnis zurückgeführt werden. So erklären sich die erwähnten judenfeindlichen Positionen für den Zeitraum vor Mitte des 20. Jahrhunderts durch das Aufgreifen von gesellschaftlich breit akzeptierten Orientierungen und Vorurteilen. Mitunter wurden derartige Bilder und Mentalitäten auch in der öffentlichen Agitation instrumentalisiert, um damit Akzeptanz für die eigenen politischen Positionen mobilisieren zu können. Hiervon kann nach dem Holocaust in Deutschland in Gesellschaften mit einem offiziellen anti-antisemitischen Konsens nicht mehr die Rede sein, zumal die Judenfeindschaft als Einstellung dem abgelehnten „faschistischen" beziehungsweise „rechten Lager" zugeordnet wird. Mit der Fixierung linksextremistischer Agitation auf den „Antiimperialismus" und „Antikapitalismus" schwand aber die kritische Aufmerksamkeit für inhaltliche Anknüpfungspunkte für Antisemitismus.

Dies gilt vor allem für die Israelkritik im öffentlichen Diskurs von Linksextremisten, die meist von einem einseitigen Feindbild bezüglich der Verantwortung für den Nahostkonflikt geprägt ist: Man sieht die Hauptschuld im angeblich aggressiven und unangemessenen Vorgehen der israelischen Regierung, bringt dieses mit historisch-politisch besetzten Begrifflichkeiten wie „Vernichtungskrieg" mit dem Nationalsozialismus in Verbindung und ignoriert Menschenrechtsverletzungen und Schuldanteile der arabischen beziehungsweise palästinensischen Seite. Mitunter führen dabei Linksextremisten die Unterstützung Israels durch die Bundesregierung auf eine diesbezüglich bedenkliche Haltung zur Vergangenheitsbewältigung zurück. Derartige Diskursinhalte leiten sich aus einem linksextremistischen „Antiimperialismus" ab. Bei solchen Auffassungen ergeben sich aber auch inhaltliche Anknüpfungspunkte für den Antisemitismus, was in diesem politischen Lager immer noch nicht selbstkritisch genug problematisiert wird.

[30] U. a. Stefan Kestler, Antisemitismus und das linksextremistische Spektrum in Deutschland nach 1945, in: Bundesministerium des Innern, Neuer Antisemitismus?, S. 75–107, hier: S. 106 f.; Senatsverwaltung für Inneres. Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.), Antisemitismus im extremistischen Spektrum Berlins, Berlin 2004, S. 30–35.

3. Exkurs: Zur Prüfung von Antisemitismusvorwürfen gegenüber der globalisierungskritischen Bewegung und dem Netzwerk „Attac"

In jüngster Zeit sahen sich die globalisierungskritische Bewegung und das Netzwerk „Attac" dem Vorwurf ausgesetzt, antisemitische Inhalte zu vertreten oder wenigstens zu befördern. Anhand dieses Beispiels soll das Verhältnis von Antisemitismus und Protestbewegungen in Deutschland erörtert werden; die Situation in anderen Ländern wird hier nicht thematisiert.

Die politischen Auffassungen von globalisierungskritischer Bewegung und „Attac"

Die globalisierungskritische Bewegung[1] gehört zum Typus der sozialen Bewegung. Ihr Engagement richtet sich gegen eine als „neoliberal" geltende Wirtschaftspolitik, die im Interesse der führenden Industriestaaten ein gleichzeitiges Anwachsen der Armut in den Entwicklungsländern in Kauf nimmt. Um diesen Minimalkonsens der sozialen Bewegung gruppieren sich die politisch unterschiedlichsten Einzelpersonen und Organisationen, wozu Anhänger von Bürgerrechtsbewegungen, Christen, Gewerkschafter, Grüne, Sozialdemokraten, Umweltaktivisten, aber auch Autonome und Kommunisten gehören. Rechtsextremisten beteiligten sich gelegentlich ebenfalls an Aktionen der globalisierungskritischen Bewegung, wurden dabei aber meist eindeutig und schnell ausgeschlossen. Demnach funktioniert die Abgrenzung in diese politische Richtung, nicht jedoch bezüglich der linksextremistischen Seite. Insgesamt kann die globalisierungskritische Bewegung politisch mehrheitlich als eher „links" in einem demokratischen und gewaltfreien Sinne verstanden werden.

Als bedeutender Träger der globalisierungskritischen Bewegung gilt das Netzwerk „Attac"[2], das 1998 in Frankreich gegründet wurde, in vielen Ländern regionale Ableger hat und seit 2000 auch über eine deutsche Sektion verfügt. „Attac" versteht sich als „Netzwerk zur demokratischen Kontrolle der internationalen Finanzmärkte" und organisiert Mitglieder aus unterschiedlichsten Nichtregierungsorganisationen aus dem christlichen, gewerkschaftlichen, ökologischen und politischen Bereich. Unter maßgeblicher Wirkung von „Attac" kam es weltweit regelmäßig zu teilweise gewalttätigen Protestdemonstrationen anlässlich von G 8- oder EU-Gipfeln oder der Sitzungen des Internationalen Währungsfonds oder der Weltbank. Die politischen Forderungen des Netzwerkes zielen auf die soziale Beschränkung und demokratische Kontrolle des Kapitalismus. Darüber hinaus werden Forderungen nach der Abschaffung von Steueroasen, der Einführung eines Grundeinkommens, der Gewährung von Mindestlöhnen, der Kontrolle der Finanzmärkte oder der Sicherung der Sozialsysteme erhoben.

Bereits in einer Grundsatzerklärung der deutschen Sektion von 2000 bekannte sich „Attac" zu einem politischen Pluralismus, der die unterschiedlichsten Positionen auf Basis einer grundlegenden Ablehnung des „Neoliberalismus" einschloss. Gleichwohl betonte das Netzwerk aber auch, dass es für Antisemitismus, Chauvinismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und ähnliche Ideologien keinen Platz gebe.[3] In einem ähnlichen Sinne äußerte sich „Attac", nachdem einschlägige Vorwürfe erhoben worden waren: In einem Diskussionspapier des Koordinierungskreises des Netzwerkes von 2002 mit der bezeichnenden Überschrift „Grenzen der Offenheit" wurde noch einmal eine kategorische und prinzipielle Abgrenzung gegenüber Antisemitismus, Nationalismus und Rassismus betont. Anlass dazu boten konkrete Ereignisse wie unter anderem die Teilnahme einer Gruppe von Neonazis an einer von „Attac" organisierten Antikriegskundgebung in München 2002 oder der nationalistische Ruf aus dem „Attac"-Block bei einer Studierendendemonstration in Düsseldorf im Jahr 2002.[4]

[1] Claus Leggewie, Die Globalisierung und ihre Gegner, München 2003; Dieter Rucht/Roland Roth, Globalisierungskritische Netzwerke, Kampagnen und Bewegungen, in: Roland Roth/Dieter Rucht (Hrsg.), Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt a. M. 2008, S. 493–512.

[2] Die Abkürzung steht für „association pour une taxation des transactions financiers pour l'aide aux citoyens" („Vereinigung für eine Besteuerung von Finanztransaktionen zum Nutzen der Bürger"). U. a. Christiane Grefe/Mathias Greffrath/Harald Schumann, Attac. Was wollen die Globalisierungskritiker?, Reinbek 2003; Ruth Jung, Attac: Sand im Getriebe, Hamburg 2002.

[3] Attac, Zwischen Netzwerk, NGO und Bewegung – Das Selbstverständnis von ATTAC (2000), in: www.attac.de [eingesehen am 13. Juli 2010].

[4] Attac, Grenzen der Offenheit. Eine Klarstellung. Diskussionspapier des Attac-Koordinierungskreises zu Antisemitismus, Rassismus und Nationalismus (18. Dezember 2002), in: www.attac.de [eingesehen am 13. Juli 2010] beziehungsweise http://www.spw-rheinland.de/index.php?lang=1&idcatside=325 [eingesehen am 16. Mai2011]. Attac Deutschland, Erklärung des Ratschlags zu Antisemitismus und Nahostkonflikt, 19. Oktober 2003, in: Sand im Getriebe, internationaler deutschsprachiger Rundbrief der ATTAC-Bewegung, Nr. 27; Patrick Moreau, „Die Welt ist keine Ware" – Aspekte der Bewegung der Globalisierungskritiker am Beispiel von „Attac" Frankreich und Deutschland, in: Jahrbuch Extremismus und Demokratie 14 (2002), S. 134–154, hier: S. 150 f. Im selben Jahr bewarb „Attac" eine Anti-Bush-Demonstration mit einem Plakat, auf dem die Replik des „Uncle Sam" abgebildet war, die durchaus auch antisemitisch interpretiert wurde. Das amerikanische Vorbild mit dem Stars-and-Stripes-Zylinder hatte eine

Vorwürfe des Antisemitismus aus der „Antideutschen Linken“ und der Presse

Der Vorwurf des Antisemitismus gegenüber der globalisierungskritischen Bewegung und dem Netzwerk „Attac“ wurde mit unterschiedlichen Begründungen und von verschiedenen Seiten erhoben: erstens durch die „Antideutsche Linke“, die in der antiisraelischen und propalästinensischen Mehrheit des eigenen politischen Lagers, aber auch in der Globalisierungskritik wegen der Fixierung auf das Finanzkapital oder der Personifizierung sozialer Verhältnisse antisemitische Einstellungen ausmachte.[5]

In eine ähnliche Richtung argumentierten zweitens Artikel in der Qualitätspresse wie in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, der „Welt“ oder der „Zeit“, die interne Debatten von „Attac“ und deren Umfeld aufgriffen und auf antisemitische Tendenzen verwiesen. Exemplarisch seien hier zwei Artikel aus der Wochenzeitung „ Die Zeit“ genannt: Danach sei der Antisemitismus nicht weit, wenn Globalisierungskritiker gegen „Profithaie“ wettern. Als Beleg gilt unter anderem ein Plakat, das einerseits einen dicken Kapitalisten mit einem Geldsack zeigt und andererseits einen Arbeiter mit blondem Haar. Ein Slogan prangere dabei die „Zinsknechtschaft der Lohnabhängigen“ an. Weiter hieß es dort: Wenn über „‚das Finanzkapital‘ und ‚die Wall Street‘“ geraunt werde, rufe dies das alte Vorurteil vom „geldgierigen Juden“ wach. Die komplexen Zusammenhänge der Globalisierung reduzierten manche „Attac“-Mitglieder, so die „Zeit“, auf ein „Komplott dunkler Mächte“. Für solche Verschwörungsphantasien seien das nächstliegende Stereotyp „die Juden“.[6]

Der Vorwurf einer verkürzten Kapitalismuskritik

„Attac“, so kritische Stimmen in den Medien, aber auch aus den eigenen Reihen, würde in seiner Kapitalismuskritik den Kapitalismus personalisieren und „gewissenlose Spekulanten“ für die wirtschaftlichen Auswüchse der Globalisierung verantwortlich machen, also die Einwände gegen den Kapitalismus nicht auf das gesamte Wirtschaftssystem, sondern nur auf bestimmte Teilbereiche beziehen. Hier bestehen durchaus Anschlussmöglichkeiten an antisemitische Vorbilder und die „politische Ökonomie des Antisemitismus“.[7] Angesprochen ist damit die soziale Variante, die in dem seit dem Mittelalter gegen Juden kursierenden Vorwurf des „Schacherns“ und „Wucherns“ besteht. Daraus erwuchs das negativ konnotierte Stereotyp vom „jüdischen Bankier“ und „jüdischen Finanzkapital“. Es prägte die Agitation der Nationalsozialisten, die ihren Antisemitismus auch im Gewand einer Kapitalismuskritik präsentierten, so etwa mit der Unterscheidung von „raffendem“ und „schaffendem Kapital“.

Auch wenn eine solche „politische Ökonomie des Antisemitismus“ strukturell bei der globalisierungskritischen Bewegung und dem Netzwerk „Attac“ nicht angelegt ist, gibt es doch bestimmte Parallelen, die in der Fixierung der Kritik auf den Finanzmarkt und der Hoffnung auf eine nationalstaatlich kontrollierte Wirtschaft zum Ausdruck kommen. Gleichwohl lässt sich daraus nicht pauschal eine antisemitische Auffassung des Netzwerkes ableiten: In den Erklärungen und Positionen von „Attac“ sind keine inhaltlichen Bezüge auf das „jüdische Finanzkapital“ oder das „raffende Kapital“ im Sinne der angesprochenen Stereotype auszumachen. Das heißt allerdings nicht, dass Einzelne nicht durchaus – ob unbewusst oder bewusst – solche antisemitischen Ressentiments bedienen.

Der Vorwurf einer Personalisierung sozialer Verhältnisse

Nicht zufällig nannte Karl Marx sein ökonomisches Hauptwerk nicht „Der Kapitalist“, sondern „Das Kapital“. Er bezog sich dabei nicht auf das Handeln einzelner Personen, sondern auf die Struktur einer Ökonomie. Die journalistischen Kritiker der globalisierungskritischen Bewegung und des Netzwerkes „Attac“ verweisen auf eine solche Personalisierung, die sich vor allem bei Karikaturen beobachten lasse. Hier kann man häufig das Bild des dicken Kapitalisten mit der Melone auf dem Kopf

große Nase mit überdimensionierten Nasenflügeln, und an seinem Zeigefinger baumelte die Welt als Jo-Jo. Thomas Sablowski (Fallstricke der Globalisierungskritik? Zur Diskussion über Antisemitismus bei Attac) hielt die Interpretation in einer von Attac herausgegebenen Broschüre „Globalisierungskritik und Antisemitismus. Zur Antisemitismusdiskussion in Attac“, Frankfurt a. M. 2004, S.16 für bedenkenswert, da die Darstellung „durchaus eine antisemitische Konnotation haben könnte [...].Dies verweist wiederum auf das allgemeinere Problem der sogenannten ‚Anschlussfähigkeit‘ globalisierungskritischer oder friedensbewegter Positionen bzw. Symbole an den Antisemitismus“. Eine mögliche antisemitischen Deutung kritisiert zum Beispiel Armin Pfahl-Traughber, Antisemitismus in der globalisierungskritischen Bewegung und dem Netzwerk „Attac“, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 24 (2011) 1, S. 94–104, hier: S. 100.

[5] Bundesamt für Verfassungsschutz, Massiver ideologischer Streit; Haury, Der neue Antisemitismusstreit in der Linken.

[6] Toralf Staud, Attac reagiert hilflos auf den Antisemitismus von links, in: Die Zeit, Nr. 43 vom 16. Oktober 2003; Toralf Staud, Attac: Blondes Ächzen, in: Die Zeit, Nr. 44 vom 23. Oktober 2003.

[7] Robert Kurz, Politische Ökonomie des Antisemitismus. Die Verkleinbürgerung der Postmoderne und die Wiederkehr der Geldutopie von Silvio Gesell (2003), in: www.krisis.org [eingesehen am 19. Juli 2010]; Moishe Postone, Die Logik des Antisemitismus, in: Merkur 36 (1992) 403, S. 13–25; u. a. Andreas Exner, Antisemitismus und Globalisierungskritik. Thesen zu einem Verhältnis, in: Attac Österreich (Hrsg.), Blinde Flecken der Globalisierungskritik. Gegen antisemitische Tendenzen und rechtsextreme Vereinnahmung, Wien 2005, S. 9–12; Meier, „Wie die Heuschrecken kommen sie über unser Land“.

und der Zigarre im Mund finden. Meist sitzt eine solche Figur auch noch auf einem Geldsack, ohne selbst einer Beschäftigung nachzugehen. Hier ist die Nähe zum Stereotyp vom „jüdischen Bankier" nicht zu übersehen.

Gleichwohl beruht diese Darstellungsform meist auf Personalisierung, lässt sich doch ein gesellschaftlicher Strukturwandel nur schwerlich anders zeichnerisch darstellen. Auch bei Demonstrationen dienen Figuren oder Verkleidungen der Vermittlung von personalisierten Negativ-Bildern. Die Bewertung dieses Sachverhalts soll hier aber keine Rolle spielen. Entscheidend ist vielmehr, ob damit ein antisemitischer Inhalt verbunden ist. Der erwähnte „Zeit"-Artikel deutet dies durch das „arische" Blond der Haarfarbe des Arbeiters und die einschlägig bekannte Semantik im Motiv der „Zinsknechtschaft der Arbeiter" an. Auf dem Plakat findet sich diese Formulierung, die – wie die Unterscheidung von „raffendem" und „schaffendem Kapital" – auf den NS-Ideologen Gottfried Feder zurückgeht, aber gar nicht. Vielmehr hieß es dort: „Zinsen bedienen Kapital". Darüber hinaus lässt sich der gezeichnete Bankier nicht durch einschlägig konnotierte Merkmale wie eine „Hakennase" als „jüdischer Bankier" identifizieren.

Der Vorwurf einer Verbreitung von Verschwörungsphantasien

Aus dem Vorwurf einer Personalisierung sozialer Verhältnisse leitet sich auch der Vorwurf einer Verbreitung von Verschwörungsphantasien ab. Hierbei handelt es sich ebenso um eine Deutung komplexer gesellschaftlicher Prozesse, die nicht nach dem Einfluss und Wechselverhältnis unterschiedlicher Bedingungsfaktoren fragt. Stattdessen wird das angeblich konspirative Wirken bestimmter Personengruppen für Kriege und Naturkatastrophen, Revolutionen und Wirtschaftskrisen verantwortlich gemacht. Dadurch findet keine Auseinandersetzung mit den eigentlichen Ursachen statt. Vielmehr sollen sie nicht nur das Ergebnis einer Entscheidung bestimmter Individuen, sondern darüber hinaus noch im Geheimen getroffen worden sein. In der Geschichte der Verschwörungsideologien wurde den unterschiedlichsten Gruppen ein solches konspiratives Vorgehen unterstellt: den Juden, Freimaurern, Illuminaten, Jesuiten, Kapitalisten und Kommunisten.

Aus einer kritischen Perspektive gegenüber solchen Unterstellungen geheimnisvollen Handelns deuteten manche Medienberichte auch die Existenz und Verbreitung antisemitischer Verschwörungsphantasien in der globalisierungskritischen Bewegung und dem Netzwerk „Attac" an. Hierzu gehörte etwa ein Artikel in der „Frankfurter Rundschau", wonach der „neue" Antisemitismus sich verschwörungstheoretischer Klischees des Antisemitismus „rechtsradikaler" Couleur bediene. In diesem Punkt gehe er eine Allianz mit „radikalen Linken" und Globalisierungskritikern ein. Sie lieferten die „Neuauflage des alten Klischees von der ‚jüdischen Weltverschwörung'", indem sie Israel, gerne aber auch „die Juden" für die aktuelle Weltlage verantwortlich machten.[8] Auch in dem erwähnten „Zeit"-Artikel fanden sich ähnliche Aussagen, rufe doch bei „Attac"-Veranstaltungen das Raunen über „‚das Finanzkapital' oder ‚die Wallstreet'" Bilder vom verschwörerischen Wirken hervor.[9]

Derartige Presseberichte ergingen sich aber meist nur in Andeutungen und konnten keine Belege benennen. Sicherlich lässt sich an der Basis der globalisierungskritischen Bewegung und dem Netzwerk „Attac" in einem größeren Ausmaß eine Personalisierung sozialer Verhältnisse und in einem kleineren Umfang eine Neigung zu Verschwörungsphantasien ausmachen. Eine antisemitische Aufladung der damit einhergehenden Haltungen kann aber allenfalls bei Einzelpersonen konstatiert werden und stellt keinen Konsens in der Bewegung oder dem Netzwerk dar. Dies belegt auch ein Vergleich mit dem Rechtsextremismus, wo mit der Globalisierungskritik ein offener oder verdeckter Antisemitismus einhergeht. Er offenbart sich etwa in der demonstrativen Hervorhebung von Bankiers oder Bankhäusern mit jüdisch klingenden Namen oder in der Verwendung von nur leicht veränderten antisemitischen Karikaturen aus den 1920er- und 1930er-Jahren. Ähnliches findet sich in der globalisierungskritischen Bewegung und dem Netzwerk „Attac" nicht.

Der Vorwurf eines strukturellen Antisemitismus

Angesichts des Mangels an klaren Belegen für eine antisemitische Ausrichtung der globalisierungskritischen Bewegung und des Netzwerkes „Attac" verwiesen manche Kritiker auf einen strukturellen Antisemitismus. Demnach ist dem Antisemitismus ein dualistisches Denken im Sinne von „Gut-Böse"-Kategorien eigen; er richtet sich gegen das „Finanzkapital" als abstrakte Seite des Kapitalismus und er macht für dessen Krisen anstelle des ökonomischen Systems eine bestimmte Personengruppe verantwortlich. Für die Globalisierungskritik kann aus Sicht dieser Argumentation das Gleiche konstatiert werden. Sie benenne zwar nicht Juden, sondern die Finanzmärkte als Hauptschuldige. Aufgrund der formalen Gemeinsamkeiten der entwickelten Argumentation ergebe sich aber eine Übereinstimmung mit antisemitischen Diskursen. Dadurch bestehe auch eine inhaltliche Anschluss-

[8] Martina Meister, Religiöse Zeichenkämpfe, in: Frankfurter Rundschau vom 3. Dezember 2003.

[9] Staud, Blondes Ächzen.

fähigkeit an judenfeindliche Positionen, was eben die Rede von einem strukturellen Antisemitismus als angemessen erscheinen lasse.[10]

Diese Auffassung vermischt allerdings durchgängig formale und inhaltliche Aspekte einer Argumentation: Antisemitismus steht – das macht inhaltlich die genuine Eigenschaft des Begriffs aus – für eine Feindschaft gegen Juden als Juden. Als Diskriminierungsideologie sind der Judenfeindschaft dabei bestimmte formale Merkmale wie ein dualistisches Denken von „Gut“ und „Böse“ oder die Personalisierung sozialer Verhältnisse zu eigen. Derartige Strukturprinzipien lassen sich aber in den unterschiedlichsten thematischen Kontexten ausmachen, die mit dem Antisemitismus inhaltlich überhaupt nichts zu tun haben. Nach der inneren Argumentationslogik des aufgezeigten Verständnisses würde damit etwa jede Kritik an den Finanzmärkten als „strukturell antisemitisch“ gelten müssen, da sie ja formale Gemeinsamkeiten mit judenfeindlichen Stereotypen aufweist. Eine solche Auffassung liefert aufgrund der mangelnden Klarheit und Trennschärfe der analytischen Kriterien keinen Erkenntnisgewinn und besitzt entsprechend keine Überzeugungskraft.

Die Problematik der Verallgemeinerung von Einzelbeispielen

Die vorstehenden Ausführungen kritisierten die mangelnde Beweisbarkeit und Tragfähigkeit des Antisemitismusvorwurfs gegen die globalisierungskritische Bewegung und das Netzwerk „Attac“ in Deutschland. In anderen Ländern mag es in dieser Hinsicht anders bestellt sein, was hier aber nicht näher erörtert werden kann. Die behandelten Vorwürfe bezogen sich mitunter aber auf einzelne Ereignisse oder Personen, die in der Gesamtdeutung gleichwohl unangemessen verallgemeinert wurden. Hier muss jeweils die Frage gestellt werden, ob solche Einzelereignisse für die Gesamtrichtung stehen und wie sich die Organisationsführung zu solchen Vorkommnissen verhält.

Wie die problematische Verallgemeinerung von Einzelbeispielen funktioniert, soll hier noch einmal anhand des bereits mehrmals erwähnten „Zeit“-Artikels exemplarisch veranschaulicht werden. Einerseits behauptete er im Titel, wenn Globalisierungskritiker gegen „Profithaie“ wettern, sei der Antisemitismus nicht weit. Andererseits veranschaulichte sein Inhalt, dass es einschlägige Personen und Statements gab, die unmittelbar zu Ausgrenzung und Distanzierung führten. So habe bei einer Regionalgruppe ein älterer Herr gefordert, man dürfe den Juden kein Geld in den Hintern schieben. Daraufhin sei er sofort hinausgeworfen worden. Oder: Der Autor eines Flugblattes, das Israel des Völkermordes an den Palästinensern bezichtigt habe, musste nach einem entsprechenden Eklat die Versammlung verlassen. Andere Beispiele erwiesen sich nicht als eindeutig: Das Bild eines blonden Arbeiters muss nicht für einen „arisch aussehenden Arbeiter“ stehen und der Spruch „Stoppt die Profithaie!“ auf einem Poster nicht Juden oder jüdische Bankiers meinen.[11]

Dem „Attac“-Koordinierungskreis, also der Führungsspitze des „Netzwerkes“, war sich der Einzelfälle, in denen es zu antisemitischen Stereotypisierungen gekommen war, durchaus bewusst: Sie positionierte sich anlässlich der öffentlichen Auseinandersetzung klar. In der Erklärung „Grenzen der Offenheit“ hieß es ausdrücklich, dass die von „Attac“ vorgetragene Kritik der Finanzmärkte mit der Pervertierung von Begriffen der politischen Ökonomie durch die Nationalsozialisten nichts zu tun habe. Diese sah man in der Unterscheidung eines „raffenden“ („jüdischen“, „internationalen“, „spekulativen“) Finanzkapitals und eines „schaffenden“ („deutschen“, „nationalen“, „produktiven“) Industriekapitals. Es komme immer auf die Form und Perspektive der Kritik an. Die Ursachen der Globalisierungskrisen gingen aus Sicht von „Attac“ nicht von Personen, sondern von ökonomischen und sozialen Verhältnissen aus.[12] Demnach distanzierte sich die „Attac“-Führung in Form und Inhalt klar von jeglichen antisemitischen Positionen.[13]

Fazit

Insofern bleibt als inhaltlich berechtigte Kritik noch der Vorwurf der Anschlussfähigkeit an Antisemitismus. Hierbei gilt es, grundsätzlich zu bedenken, dass jeder Einwand gegen jüdische Personen, Gruppen oder Organisationen von Antisemiten in ihrem Sinne wahrgenommen werden dürfte. Ebenso kann jede Kritik an einzelnen Bankiers oder den Finanzmärkten im oben skizzierten Sinne bei Judenfeinden zur Bestätigung ihrer Feindbilder, Ressentiments und Vorurteile führen. Eine damit einhergehende Fehlwahrnehmung des Absenders einer Botschaft durch deren Empfänger lässt sich wohl kaum vermeiden, sofern der letztgenannte über eine antisemitisch ausgerichtete, ideologisch verzerrte

[10] Thomas Schmidinger, Struktureller Antisemitismus und verkürzte Kapitalismuskritik (2001), in: www.trend-partisan.net [eingesehen am 19. Juli 2010].

[11] Staud, Blondes Ächzen.

[12] Attac, Grenzen der Offenheit.

[13] U. a. Thomas Sablowski, Fallstricke der Globalisierungskritik? Zur Diskussion über Antisemitismus bei Attac, in: Attac-Reader, Globalisierungskritik und Antisemitismus. Zur Antisemitismusdiskussion in Attac, Frankfurt a. M. 2004, S. 9–23; Peter Wahl, Zur Antisemitismusdiskussion in und um Attac, in: ebenda, S. 5–8.

Wahrnehmung der sozialen Realität verfügt. Gleichwohl können Akteure im öffentlichen Diskurs die Gefahr einer Anschlussfähigkeit an Antisemitismus erheblich reduzieren, indem sie angesichts einer möglichen Fehlwahrnehmung ihrer Äußerungen eindeutig und rechtzeitig formale Abgrenzungen und inhaltliche Klarstellungen vornehmen.

Aus der Analyse des Umgangs von „Attac" mit der Diskussion um „Antisemitismus und Globalisierungskritik" lassen sich einige Erkenntnisse gewinnen, die für die Abwehr antisemitischer Strömungen in sozialen Bewegungen von Bedeutung sind. Nachdem in der ersten Hälfte der 2000er-Jahre das Thema eine große Bedeutung gewonnen hatte, spielte es angesichts des Rückgangs entsprechender Vorfälle in der zweiten Hälfte der 2000er-Jahre kaum noch eine Rolle. Was war geschehen? Die „Attac"-Führungsspitze hatte sich klar gegen die erwähnten Auffassungen positioniert und sich eindeutig zu einer Distanzierung von latentem oder offenem Antisemitismus bekannt. Der Koordinierungskreis des Netzwerkes bezog sich dabei auf Fragen der Personalisierung sozialer Verhältnisse. Dadurch wurde innerhalb der Anhängerschaft eine inhaltliche Debatte forciert, die zur Klarstellung des eigenen politischen Selbstverständnisses wie zur Sensibilität gegenüber antisemitischen Wirkungen beitrug. Gleichzeitig wurden einschlägige Personen von „Attac" ausgegrenzt.

Trotz der Schwierigkeiten, der sich Bewegungen und Netzwerken in der Regel wegen ihrer niedrigschwelligen Organisationsstrukturen ausgesetzt sehen, gelang eine solche Abgrenzung und Positionierung, die in Form und Inhalt gegen den Antisemitismus gerichtet war. Ohnehin hatten sich die Vorwürfe einer verkürzten Kapitalismuskritik, einer Personalisierung sozialer Verhältnisse, einer Verbreitung von Verschwörungsphantasien oder einer Verwendung antisemitischer Symbolik nur auf Einzelfälle bezogen. Damit einhergehende Haltungen fanden sich an der Basis, aber nicht in der Führungsspitze des Netzwerkes. Ebendort beförderten die Medienberichte über angebliche oder tatsächliche antisemitische Tendenzen bei „Attac" die Bereitschaft zu einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Thema. In deren Folge erhöhte sich die schon zuvor bestehende politische Sensibilität für eine Globalisierungs- und Kapitalismuskritik, die antisemitischen Deutungsmustern keine Anknüpfungspunkte geben sollte.

4. Antisemitisch motivierte Straftaten

Zwar kann im Vergleich mit anderen politisch motivierten Delikten nicht von einem besonders hohen Ausmaß antisemitischer Straftaten gesprochen werden. Gleichwohl stehen solche Taten für ein kontinuierlich präsentes Alltagsphänomen in Deutschland. Als Straftaten werden alle rechtswidrigen Handlungen – unabhängig von der Strafmündigkeit und/oder Schuldfähigkeit des jeweiligen Täters – statistisch erfasst, an die das Gesetz eine Strafdrohung knüpft. Dabei werden alle in Tateinheit und natürlicher Handlungseinheit begangenen Straftaten nur als ein Fall und bei dem Straftatbestand gezählt, der die höchste Strafandrohung aufweist.

Antisemitisch motivierten Straftaten können so unterschiedliche Vorkommnisse wie die folgenden zugeordnet werden: Pöbeleien gegen Juden, Brandanschläge auf Synagogen, Schändungen von Friedhöfen, Schmierereien an Gedenkstätten oder Zerstörung von Stolpersteinen. Eine differenzierte Betrachtung und Einschätzung antisemitischer Straftaten muss demnach nicht nur das quantitative Ausmaß, sondern auch die qualitativen Dimensionen der Straftaten in den Blick nehmen. Hierbei kommt der Gewaltdimension aufgrund ihrer konkreten Folgen große Bedeutung zu. Darüber hinaus gibt es im Bereich antisemitisch motivierter Straftaten auch Delikte, die bei kriminellen Handlungen gegenüber Angehörigen anderer ethnischer oder religiöser Gruppen kaum oder nicht ausgemacht werden können. Insbesondere bei Schändungen jüdischer Friedhöfe durch Schmierereien oder Zerstörungen lassen sich die Besonderheiten antisemitisch motivierter Straftaten erkennen.

Zur Datenerhebung

Die folgenden Aussagen über die Entwicklung antisemitisch motivierter Straftaten stützen sich auf die Statistiken der Polizeibehörden. Zwar legen auch einzelne Fachjournalisten oder Nichtregierungsorganisationen Berichte über antisemitische Straftaten vor, die Erhebung folgt aber nicht aufgrund einheitlicher und systematischer Kriterien. Bei der polizeilichen Statistik sind drei Punkte zu beachten: Erstens können nur Straftaten erfasst werden, die auch der Polizei bekannt geworden sind. Aussagen über „Dunkelziffern“ sind demnach nicht zu treffen. Zweitens handelt es sich um Daten aufgrund von polizeilichen Erkenntnissen, nicht auf der Basis von rechtskräftigen Urteilen. Drittens hängen die Einordnung und Wahrnehmung von den Kriterien ab, nach denen eine antisemitisch motivierte Straftat bewertet wird. In den letzten Jahren haben die Polizeibehörden ein wachsendes Problembewusstsein entwickelt und damit begonnen, ihre Erhebungsmethoden entsprechend zu verfeinern. 2001 wurde das Definitionssystem „Politisch motivierte Kriminalität“ (PMK)[1] eingeführt, worunter auch die antisemitisch motivierten Straftaten fallen. Bereits seit 1993 erfolgte eine gesonderte Erfassung, wobei aber keine Mehrfachnennungen möglich waren. Demnach mussten Taten, die etwa sowohl einen antisemitischen als auch fremdenfeindlichen Hintergrund aufwiesen, nach dem vermuteten Schwerpunkt der Motivation zugeordnet werden. Nach dem Definitionssystem PMK können fortan auch Mehrfachnennungen erfolgen, was für die präzise Beschreibung antisemitischer Vorfälle von Bedeutung ist. Mit dieser Neueinführung sind die Angaben für den Zeitraum vor und nach 2001 aber nicht mehr vergleichbar.

Für die Einschätzung einer Tat als antisemitisch ist entsprechend diesem Erhebungsverfahren allein die Motivation des Täters entscheidend, womit auch Taten gegen nichtjüdische Einrichtungen oder Personen als antisemitisch bewertet werden können. Als Delikttypen werden in der vorliegenden Darstellung Gewalt-, Propaganda- und Volksverhetzungsdelikte unterschieden. Das Definitionssystem PMK unterscheidet zwischen „PMK-rechts“, „PMK-links“, „PMK-Ausländer“ und „PMK-sonstige“.[2]

Entwicklung und Typen antisemitischer Straftaten

Für den Zeitraum von 2001 bis 2010 lässt sich folgende Entwicklung konstatieren: Die Angaben für die Gesamtzahl der antisemitischen Straftaten bewegten sich zwischen dem niedrigsten Wert mit 1.268 Straftaten 2010 und dem höchsten Wert mit 1.809 Straftaten 2006. Bei der Analyse der Statistik fällt jeweils auf, dass die Jahre, die niedrigere Werte aufweisen, wie 2003 mit 1.344 und 2004 mit 1.449 Straftaten, und die Jahre mit den höheren Zahlen, wie 2005 mit 1.748 und 2006 mit 1.809 Straftaten, aufeinander folgen. Demnach kam es von 2004 auf 2005 zu einem relativ starken Anstieg der antisemitischen Straftaten. Betrachtet man nur die Angaben zu antisemitisch motivierten Gewalttaten, so lässt sich für 2001 mit 28 der niedrigste und für 2007 mit

[1] Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2009, Berlin 2010, S. 35 f.

[2] Bundesministerium des Innern, Referat ÖS II 4, Antisemitische Straftaten. Hintergrundinformationen zu Erhebungsmethoden, Berlin 2010 (Manuskript).

[3] Die vorgenannten Daten wurden vom Bundesministerium des Innern, Referat ÖS II 4, auf Basis von Informationen des Bundeskriminalamtes zur Verfügung gestellt (Stand: 31. Januar des jeweiligen Folgejahres). Dies gilt auch für alle im Folgenden genannten Zahlen – sofern keine andere Quelle angegeben ist.

Antisemitische Straftaten	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
PMK-rechts	1.629	1.594	1.226	1.346	1.682	1.662	1.561	1.496	1.520	1.192
PMK-links	2	6	6	4	7	4	1	5	4	1
PMK-Ausländer	31	89	53	46	33	89	59	41	101	53
PMK-sonstige	29	82	59	53	26	54	36	17	65	22
PMK-Gesamt	**1.691**	**1.771**	**1.344**	**1.449**	**1.748**	**1.809**	**1.657**	**1.559**	**1.690**	**1.268**

Antisemitische Gewalttaten	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
PMK-rechts	27	30	38	40	50	44	61	44	31	31
PMK-links	0	1	0	1	1	0	0	2	0	0
PMK-Ausländer	1	7	7	3	3	7	3	1	9	6
PMK-sonstige	0	1	1	1	2	0	0	0	1	0
PMK-Gesamt	**28**	**39**	**46**	**45**	**56**	**51**	**64**	**47**	**41**	**37**

64 Vorfällen der höchste Wert konstatieren. Auch hier zeigt sich ein gewisser Gleichklang für die Jahre 2003 mit 46 und 2004 mit 45 beziehungsweise für 2005 mit 56 und 2006 mit 51 Gewalttaten, ohne dass diese Besonderheit erklärt werden kann.[3]

Als Straftaten mit Gewaltbezug sind hier folgende Delikte relevant: Tötungsdelikte, Körperverletzungen, Brand- und Sprengstoffdelikte, wobei der Schwerpunkt auf Körperverletzungen in Verbindung mit antisemitischen Äußerungen liegt. Sowohl einfache Sachbeschädigungen als auch gemeinschädliche Sachbeschädigungen gelten hingegen nicht als Gewaltdelikte.

Bei den antisemitisch motivierten Straftaten ohne Gewaltbezug handelt es sich meist um Propaganda- und Volksverhetzungsdelikte. Neben einer herabwürdigenden Kommentierung über Juden gehört dazu auch die Leugnung des Holocaust. Schändungen jüdischer Friedhöfe sind kein eigenständiges Delikt im Sinne des Strafgesetzbuches und damit der polizeilichen Statistik: Je nach den konkreten Taten im Kontext einer Schändung werden diese unterschiedlichen Straftatbeständen wie Brandstiftung, Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung oder Störung der Totenruhe zugeordnet.

Beispiele für polizeiliche Ermittlungen wegen antisemitischer Straftaten mit Gewaltbezug

Worin die antisemitischen Straftaten mit und ohne Gewaltbezug bestehen, soll nun anhand von Beispielen aus den letzten Jahren aufgezeigt werden. Dabei stehen Körperverletzungen mit antisemitischer Motivation zunächst im Zentrum:

Anfang Januar 2007[4] schlugen fünf Personen in Berlin einem Geschädigten mit der Faust ins Gesicht, nachdem sie zuvor „Du Jude“ und „Judenpack bleib stehen“ gerufen hatten. Der Haupttäter konnte inzwischen ermittelt werden. Im April 2007 ging ein unbekannter Täter mit einer Gruppe durch die Innenstadt von Northeim und rief Parolen wie „Judenschweine“, woraufhin er von dem Geschädigten angesprochen wurde und er diesem danach mit der Faust ins Gesicht schlug. Im Mai 2007 attackierte eine Gruppe von Jugendlichen in Berlin in der S-Bahn einen Mann mit Kippa mit Worten wie „Scheiß Jude“ und „Du gieriger Jude“. Einer der Täter schlug ihm ins Gesicht.

Im Februar 2008 pöbelte in München an einem Bahnsteig der Beschuldigte die Geschädigten mit „Saujuden“ und „Scheißjuden“ an und schlug auf sie ein. Im April 2008 wurde in Brandenburg nach einem Kreisklasse-Fußballmatch ein Spieler von einem unbekannten Mann mit den Worten „Ihr Judenschweine, früher hätte euch Hitler vergast“ beschimpft und auf das rechte Auge geschlagen. Im Oktober 2008 sprach einer von zwei Beschuldigten in Eisleben den Geschädigten mit den Worten „Wenn ich wiederkomme, hast du die Mütze nicht mehr auf, du siehst aus wie ein Jude“ an und griff ihn direkt im Anschluss an die Äußerung körperlich an. Im Dezember 2008 warfen unbekannte Täter in Oranienburg mit den Worten „Ihr Judenpack“ Steine nach den Teilnehmern eines Gesprächskreises einer Kirche.

Im Januar 2009 beleidigte der Beschuldigte in Ballenstedt den Geschädigten zunächst mit den Worten „Du Judensau gehörst in die Gaskammer“ und schlug ihm danach mehrfach ins Gesicht. Im

[4] Die folgenden Ausführungen beruhen auf Daten, die vom Bundeskriminalamt, Staatsschutz 43, zur Verfügung gestellt wurden.

Februar 2009 beschimpften unbekannte Täter in Düsseldorf den Geschädigten mit den Worten „Jude, Jude, hast du Geld, gib Geld", schlugen ihn mit Fäusten ins Gesicht und traten ihm in den Bauch. Im September 2009 beleidigten zwei unbekannte Täter in Buchholz einen Journalisten mit Worten wie „Judenschwuchtel" und „Judenpisse", warfen ihn danach zu Boden und traten nach ihm. Im Oktober 2009 ging ein Beschuldigter in Kreuztal auf mehrere Personen zu, sprach einen von ihnen mit „Du bist ein Jude" an und trat mit seinen Springerstiefeln gegen dessen Hand, um einen bei fortgesetzter Belästigung angekündigten Handy-Anruf bei der Polizei zu verhindern.

Beispiele polizeilicher Ermittlungen wegen antisemitischer Straftaten ohne Gewaltbezug

Die folgenden Beispiele gehören zu den unterschiedlichen Fällen von Volksverhetzung: [5]

Im Januar 2007 störte ein unbekannter Täter in Cottbus den Gedenk-Gottesdienst zur Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus und leugneten den Holocaust. Im Januar 2008 beschmierten in Oranienburg unbekannte Täter die dortige Gedenktafel des Todesmarsches mit dem Schriftzug „6 Mill" und „Lüge" sowie mit Davidstern und Hakenkreuz.

Im Februar 2009 versah ein Täter in Ostfildern eine ganze Reihe von Gebäuden wie Firmen, Kindergärten und Schulen mit Schriftzügen wie „Es gab keine Gaskammern" oder „Scheiß Juden". Im März 2009 beschmierten ebenfalls unbekannte Täter in Braunschweig ein Einkaufszentrum mit den Schriftzügen „Williamson hat recht, holocaust gab es nicht" und „judenpropaganda gegen deutschland". Im September 2009 legten unbekannte Täter in Baiersbronn in einer Klosterkirche Propagandabroschüren unter anderem mit der Aufschrift „Juda verrecke" aus.

Für Straftaten im Sinne der Störung der Totenruhe,[6] also die Beschädigungen oder Schmierereien auf jüdischen Friedhöfen, stehen Fälle wie die folgenden: Im August 2007 schändeten unbekannte Täter auf dem israelitischen Friedhof in Heilbronn Grabsteine mit Hakenkreuzen. Im September 2007 beschmierten unbekannte Täter ein jüdisches Mahnmal in Hannover mit dem Schriftzug „Judengrab".

Im August 2008 stießen zum vierten Mal in vier Wochen unbekannte Täter einen schwarzen Marmorgrabstein auf dem jüdischen Friedhof in Cottbus um. Im November 2008 zerstörten auf dem jüdischen Friedhof Demmin unbekannte Täter acht Grabsteine und die dort abgelegten Kränze zur Erinnerung an den Novemberpogrom.

Im Juni 2009 stürzten unbekannte Täter fünf Grabsteine auf dem jüdischen Friedhof „Am Jahnstein" in Wolfenbüttel um und beschädigten dabei zwei weitere Grabmale. Im gleichen Monat setzten unbekannte Täter einen PVC-Eimer vor dem Eingangstor des jüdischen Friedhofs in Langenselbold in Brand.

In den Bereich der Straftaten ohne Gewaltbezug fallen auch E-Mails und Briefe, die Jüdische Gemeinden und der Zentralrat der Juden in Deutschland regelmäßig bekommen.[7]

Polizeiliche und wissenschaftliche Erkenntnisse über die Besonderheiten antisemitischer Straftäter

Die polizeiliche Statistik entsteht aus einem spezifischen, auf die Ermittlungen orientierten Erkenntnisinteresse, was deren relativ geringen Informationsgehalt für analytische Fragestellungen erklärt. Im Jahr 2009 waren etwa von 1.138 Tatverdächtigen allgemein 1.041 Personen und von 39 Tatverdächtigen mit Gewaltbezug[8] alle Personen männlichen Geschlechts. Bezüglich des Alters der Tatverdächtigen dominieren die Jüngeren, wobei deren Anteil bei den Tatverdächtigen mit Gewaltbezug etwas höher und demnach im Bereich der Tatverdächtigen allgemein etwas niedriger liegt. So waren auch im Jahre 2009 bei den Tatverdächtigen mit Gewaltbezug 33 unter und sechs über 30 Jahre alt, bei den Tatverdächtigen allgemein waren 819 unter und 319 über 30 Jahre alt. Die Alters- und Geschlechterverteilung entspricht dabei grob der Alters- und Geschlechterverteilung bei Kriminalitätsdelikten ohne politischen Bezug.

Hinsichtlich der politischen Motivationen lässt sich sowohl beim Straftataufkommen insgesamt wie bei den Gewalttaten ein klarer Schwerpunkt im „rechten" Bereich konstatieren. Auch dies veranschaulichen die Zahlen für das Jahr 2009, wo es bei „PMK-rechts" 1.520 (davon 1.502 mit extremistischem Hintergrund), „PMK-links" 4 und „PMK-Ausländer" 101 Straftaten gab (65 Straftaten „Sonstige"). Ähnlich verhielt es sich im gleichen Jahr mit

[5] § 130 (Volksverhetzung) des Strafgesetzbuches.

[6] § 168 (Störung der Totenruhe) des Strafgesetzbuches.

[7] Siehe zum Beispiel die Beiträge im Sammelband: Monika Schwarz-Friesel/Evyatar Friesel/Jehuda Reinharz (Hrsg.), Aktueller Antisemitismus in Deutschland – ein Phänomen der Mitte, Berlin 2010.

[8] Mit der Bezeichnung „Tatverdächtige" beziehungsweise „Tatverdächtige allgemein" ist fortan die Gesamtheit aller Tatverdächtigen gemeint. Die Formulierung „Tatverdächtige mit Gewaltbezug" bezieht sich demgegenüber nur auf die Tatverdächtigen, denen eine Gewalttat zur Last gelegt wird. Demnach stellen die Tatverdächtigen mit Gewaltbezug einen Teilbereich der Tatverdächtigen insgesamt dar.

der politischen Verteilung bei den antisemitisch motivierten Gewalttaten: „PMK-rechts“ 31, „PMK-links“ 0 und „PMK-Ausländer“ 9 Fälle. Demnach dominiert der Anteil von antisemitisch motivierten Straftaten von „rechts“ so stark, dass die anderen Fälle nur einen verschwindend geringen Teil ausmachen. Diese Erkenntnis berechtigt zu der These, dass Judenfeindschaft im strafrechtlichen Bereich kaum eine Angelegenheit von „Ausländern“ und „Linken“ ist – und so im Unterschied zu anderen Ländern Muslime dabei als antisemitisch motivierte Täter nur eine geringe Rolle spielen.

Die Daten aus der polizeilichen Statistik beschränken sich aufgrund des anders gelagerten Erkenntnisinteresses auf die Angaben zu Alter, Geschlecht und politischer Richtung. Darüber hinausgehende Informationen über den sozialen Hintergrund der Täter lassen sich hingegen nur aus einer sozialwissenschaftlichen Analyse der Gerichts- und Polizeiakten gewinnen. Zwar wurden derartige Untersuchungen seit Beginn der 1990er-Jahre für den Bereich der fremdenfeindlich motivierten Straftaten unternommen,[9] an einschlägigen Forschungen zu den antisemitisch motivierten Straftaten mangelt es aber bislang. Als Ausnahme kann die Studie des Soziologen Rainer Erb gelten, der Mitte der 1990er-Jahre eine entsprechende Auswertung von Informationen über antisemitische Straftäter vornahm. Auf der Basis von Daten über alle von der Polizei zwischen 1993 und 1995 festgestellten 880 Tatverdächtigen kam Erb zu folgenden Erkenntnissen: Nahezu alle Tatverdächtige waren mit 95,2 Prozent Männer. Das Alter der Tatverdächtigen reichte von 10-jährigen Kindern bis zu einem 81-jährigen Mann. Die altersbedingt noch nicht strafmündigen Personen hatten sich an Aktionen größerer Jugendgruppen beteiligt und waren in diesem Kontext von der Polizei registriert worden. Bei dem 81-jährigen Tatverdächtigen handelte es sich um einen Altnazi, gegen den bereits 31 Ermittlungsverfahren eröffnet worden waren. Der Großteil der Tatverdächtigen gehörte der Altersgruppe zwischen 17 und 24 Jahren an. Etwas mehr als die Hälfte war unter 22 Jahren, das Durchschnittsalter betrug 34 Jahre. Demnach konnte auch hier ein besonders hoher Anteil von jungen Männern ausgemacht werden. Bezüglich der Altersverteilung bei Straftaten mit Gewaltbezug konstatierte Erb gleichlautende Besonderheiten: 80 Prozent aller Tatverdächtigen mit Gewaltbezug waren jünger als 25 Jahre, lediglich fünf Prozent waren älter als 50 Jahre und nur drei Prozent waren Frauen.

Bei der genaueren Betrachtung der Tatverdächtigen mit Gewaltbezug stellte sich heraus, dass 40 Prozent als Mehrfachtäter bekannt waren. Darüber hinaus wurden 70 Prozent aller Gewalttaten in den alten Bundesländern begangen. Hier besteht ein Unterschied zu den allgemein rechtsextremistisch beziehungsweise fremdenfeindlich motivierten Gewalttaten, bei denen der Schwerpunkt eindeutig in den neuen Bundesländern liegt. Besondere Beachtung verdienen Erbs Ausführungen zu den Häufungen der Tatzeiten, die nicht nur in den wärmeren Jahreszeiten oder an den Wochenenden ausgemacht werden konnten. Entgegen weitverbreiteter Annahmen ließen sich zwar keine zeitlichen Übereinstimmungen mit dem christlichen beziehungsweise jüdischen Feiertagskalender feststellen, was gegen einen religiös motivierten Antisemitismus als Tatmotiv spricht. Gleichwohl bestanden zeitliche Übereinstimmungen mit Feierterminen der rechtsextremistischen Szene wie Hitlers Geburtstag oder Sonnwendfeiern.[10]

Friedhofsschändungen in der „alten“ Bundesrepublik

Friedhofsschändungen stellen im Bereich der antisemitisch motivierten Straftaten eine Besonderheit dar, die bei Feindschaft und Gewalt gegen Angehörige anderer Minderheiten bisher kaum bekannt war.[11] Schändungen jüdischer Friedhöfe haben eine aus dem Mittelalter stammende Tradition. Der Versuch, die Würde Verstorbener und die religiös gebotene Dauerhaftigkeit der Grabstätte zu verlet-

[9] U. a. Hellmut Willems/Paul B. Hill (Hrsg.), Fremdenfeindliche Gewalt. Einstellungen, Täter, Konflikteskalation, Opladen 1993; Klaus Wahl (Hrsg.), Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rechtsextremismus. Drei Studien zu Tatverdächtigen und Tätern, Berlin 2001.

[10] Rainer Erb, Antisemitische Straftäter in den Jahren 1993 bis 1995, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 6 (1997), S. 160–180.

[11] Nicht nur das Blutmotiv, sondern auch das der „Judensau“ hat sich bis heute tradiert, wenn Schweineköpfe oder Teile von Tierkadavern bei der Schändung von jüdischen Einrichtungen oder Friedhöfen abgelegt werden. Blut wie auch Teile von Schweinekadavern sind ebenso Ausdruck manifester Islamfeindlichkeit. Muslimische Friedhöfe oder Moscheen werden heute mit den gleichen diskriminierenden Schweineköpfen geschändet wie jüdische Grabstätten; in beiden Fällen sind rechtsextreme Täter zu vermuten. Vor allem in Frankreich, aber auch in Österreich und Deutschland wurden in den letzten Jahren Fälle von Schändungen muslimischer Friedhöfe bekannt. Im November 2008 schändeten Unbekannte auf dem muslimischen Teil des Öjendorfer Friedhofs in Hamburg 17 Gräber und beschmierten Grabsteine und Grabplatten mit Davidsternen. [http://www.jerusalem-kirche.de/download/nr.%2001–2009.pdf und http://www.centrum-moschee.de/index.php?option=com_content&view=article&id=89:neo-nazis-schaenden-muslimische-graeber&catid=36:pressemitteilungen, beide eingesehen am 16. Mai 2011]. Da die Zahl muslimischer Friedhöfe in Deutschland, im Vergleich zu Frankreich oder Österreich, eher gering ist, richten sich die meisten Angriffe stattdessen gegen Moscheen und muslimische Einrichtungen.

[12] Adolf Diamant, Geschändete Jüdische Friedhöfe in Deutschland 1945 bis 1999, Potsdam 2000, S. 22. Der Autor stützt seine Angaben auf Daten, die er von den Polizei- und Verfassungsschutzbehörden erhielt.

zen, verleiht dieser Form antisemitisch motivierter Straftaten eine besondere Perfidie. Mit Friedhofsschändungen wollen die Täter die Erinnerung zerstören und die symbolische Präsenz jüdischen Lebens tilgen.

Nach der Zerstörung vieler jüdischer Friedhöfe in der Zeit des Nationalsozialismus blieben auch nach 1945 jüdische Friedhöfe vor solchen Übergriffen nicht verschont. In den 1950er-Jahren kam es durchschnittlich zu 10,1, in den 1960er-Jahren zu 11,4, in den 1970er-Jahren zu 19,1 und in den 1980er-Jahren zu 16,7 Schändungen pro Jahr.[12] Bei diesen Angaben handelt es sich nur um die offiziellen Zahlen, da wohl bei geringeren Beschädigungen oder wenig Hoffnung auf Täterermittlung eine Anzeige unterblieb. In der Tat konnten nur in wenigen Fällen die Verantwortlichen für die Friedhofsschändungen ermittelt werden, wobei es sich zum einen um Jugendliche und zum anderen um Rechtsextremisten handelte.

Dafür sprachen auch die einschlägigen Slogans auf den Grabsteinen wie an den Mauern der Friedhöfe. Neben Symbolen wie dem Hakenkreuz, den SS-Runen oder einem aufgehängten Davidstern fanden sich Sprüche wie „Es lebe der Führer“, „Es lebe die NSDAP“, „Heil Hitler“ und „Sieg Heil“ oder „Juda verrecke“, „Juden raus“ und „Tod den Juden“. Demnach ging es den Tätern um ein Bekenntnis zum Nationalsozialismus und dessen Antisemitismus am nicht stets sichtbaren, aber besonders symbolträchtigen und wahrnehmungsintensiven Ort.[13] Bei den als Tätern ermittelten Jugendlichen und Kindern wurde in der Regel kein politisches Motiv unterstellt. Stattdessen wurden die Taten meist als Ausdruck von Rowdytum und Vandalismus gewertet. Dabei blieb unbeachtet, dass die Schändungen nur in vergleichsweise wenigen Fällen an den vielen christlichen, sondern mit hoher Intensität an den wenigen jüdischen Grabstätten vorgenommen wurden.[14]

Friedhofsschändungen in der früheren DDR

Friedhofsschändungen sind auch für die frühere DDR belegt. Schon Ende 1949/Anfang 1950 kam es zu Übergriffen und Zerstörungen am jüdischen Friedhof Berlin-Weißensee. Die Täter erhielten Haftstrafen zwischen acht und 15 Monaten.[15] Auch in den folgenden Jahren wurden immer wieder einzelne Grabsteine oder ganze Friedhöfe geschändet wie im Juni 1954 in Eberswalde (vollständig), im April 1955 in Bernburg (82 Grabsteine), im Oktober 1956 in Schleusingen (20 Grabsteine), im April 1961 in Sonderhausen (17 Grabsteine), im Dezember 1964 in Karl-Marx-Stadt (9 Grabsteine), im April 1969 in Ost-Berlin (42 Grabsteine), 1972 in Dresden (ohne Angaben), 1975 in Potsdam (ohne Angaben), 1977 erneut in Dresden (ohne Angaben), im Mai 1982 wiederum in Karl-Marx-Stadt (50 Grabsteine), im Herbst 1983 in Eisleben (23 Grabsteine), im Februar und März 1988 in Ost-Berlin (98 Grabsteine) oder im Mai des gleichen Jahres in Mühlhausen (35 Grabsteine).[16]

Der politische Umgang mit solchen Schändungen soll hier an zwei Beispielen kurz aufgezeigt werden: Nach der 1983 erfolgten Schändung von 23 Grabsteinen auf dem jüdischen Friedhof in Eisleben durch Hakenkreuze und SS-Runen bedurfte es zu deren Beseitigung eines fachkundigen Steinmetzes, der sich ebenso wie der Gemeindevorsitzende zur absoluten Verschwiegenheit über dieses Vorkommnis verpflichten musste. In einem späteren Fall nutzte man die öffentliche Berichterstattung über eine Friedhofsschändung, um die Schuld dafür aus propagandistischen Gründen dem Einfluss des Westens zuzuschieben. Sechs Jugendliche, davon fünf Mitglieder der staatlichen Jugendorganisation FDJ, hatten im Februar und März 1988 durch das Umstürzen von 98 Grabsteinen den jüdischen Friedhof Schönhauser Allee in Ost-Berlin geschändet. In der DDR-Presse und im Urteil führte man die Tat auf die Einflüsse westlicher Medien zurück, hätten diese doch angeblich faschistische und neonazistische Leitbilder an die ideologisch noch nicht richtig gefestigten jungen Menschen vermittelt.[17]

Friedhofsschändungen nach der Wiedervereinigung

Nach der Wiedervereinigung stieg die Zahl der Friedhofsschändungen relativ stark an; sie lag in den 1990er-Jahren mit 40,2 pro Jahr doppelt so hoch wie in den vorherigen Jahrzehnten (bezogen auf die alte Bundesrepublik).

Ab Ende der 1990er-Jahre konnte nicht nur ein quantitativer Anstieg der Friedhofsschändungen, sondern auch eine qualitative Steigerung der

[13] Marion Neiss, Diffamierung mit Tradition – Friedhofsschändungen, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Antisemitismus in Deutschland. Zur Aktualität eines Vorurteils, München 1995, S. 140–156.

[14] Julius H. Schoeps, Sepulcra hostium religiosa nobis non sunt. Zerstörung und Schändung jüdischer Friedhöfe seit 1945, in: Diamant, Geschändete Jüdische Friedhöfe, S. 87–95, hier: S. 92.

[15] Marion Neiss, Schändungen jüdischer Friedhöfe in Deutschland, hier: S. 321.

[16] Lothar Mertens, Davidstern unter Hammer und Zirkel. Die Jüdischen Gemeinden in der SBZ/DDR und ihre Behandlung durch Partei und Staat 1945–1990, Hildesheim 1997, S. 263 f.

[17] Ebenda, S. 265, 299–303. Für nähere Informationen zu Friedhofsschändungen in der DDR: Monika Schmidt, Schändungen jüdischer Friedhöfe in der DDR.

[18] Neiss, Schändungen jüdischer Friedhöfe, S. 322.

Gewaltintensität konstatiert werden: 1999 kam es zu einem Sprengstoffanschlag auf das Grab von Heinz Galinski. Der ehemalige Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland war durch Mahnungen zur Erinnerung an die Judenverfolgung und Warnungen vor Antisemitismus zum Feindbild für die rechtsextremistische Szene geworden. Diesem Anschlag folgten ähnliche Taten wie 2000 der versuchte Sprengstoffanschlag auf dem Friedhof Berlin-Weißensee und 2001 der Molotowcocktail-Anschlag auf die Aussegnungshalle des Potsdamer Friedhofs.[18] Derartige Aktionen mit solchen technischen Mitteln hatte es bislang bei Friedhofsschändungen nicht gegeben. Die bis heute nicht aufgeklärten Anschläge fielen wohl nicht zufällig in einen Zeitraum, in dem Rechtsextremisten auch gegen andere Einrichtungen wie eine Ausstellung zu Verbrechen der Wehrmacht Anschläge ähnlichen Typs verübten.

In der Folgezeit ging zwar die Bereitschaft zur Nutzung von Sprengmitteln bei Friedhofsschändungen zurück, gleichwohl blieben die Taten auf einem quantitativ hohen Niveau. Für den Zeitraum der Jahre 2000 bis 2008 machten die Polizeibehörden insgesamt 471 Straftaten mit dem Angriffsziel „Friedhof" aus, was im Durchschnitt auf rund 59 Taten pro Jahr hinausläuft. Insgesamt stellte man 170 Täter beziehungsweise Tatverdächtige fest. Bezüglich der politischen Verteilung zeigte sich hier ein mittlerweile hinlänglich bekannter Trend: 443 Taten ordneten die Polizeibehörden dem Bereich „PMK-rechts", keine Tat dem Bereich „PMK-links", drei Taten dem Bereich „PMK-Ausländer" und eine Tat dem Bereich „PMK-sonstige" zu (bei den restlichen 24 Taten waren hinsichtlich der Motivation keine Angaben möglich).[19] Demnach kann weiterhin von einer Kontinuität bei Friedhofsschändungen gesprochen werden, wobei sich das quantitative Ausmaß selbst unter Berücksichtigung der geänderten Erfassungskriterien offenkundig erhöht hat.

Aktuelle Beispiele antisemitisch motivierter Straftaten

Auch im Jahr 2010 gab es antisemitisch motivierten Straftaten unterschiedlicher Art:[20] Im Januar wurde die Dorfhainer Kirche mit antisemitischen Parolen wie „Juden raus aus dem Gemeinderat" beschmiert.[21] Im Februar fanden sich ein Hakenkreuz und das Wort „Jude" am Anne Frank Zentrum in Berlin.[22] Im April schändeten Unbekannte den jüdischen Friedhof in Delitzsch durch das Umwerfen aller Grabsteine und die Zerstörung einer Gedenktafel.[23] Ebenfalls im April wurde die KZ-Gedenkstätte Neuengamme mit Hakenkreuzen, SS-Runen und antisemitischen Parolen beschmiert.[24] Im gleichen Monat warfen Unbekannte Steine auf die Synagoge in Chemnitz.[25] Und ebenfalls im April fanden sich Schmierereien wie „Judenblock" und „Judenunion" im Tribünenbereich eines Fußballstadions in Solingen.[26] Im Mai wurde das Schulgebäude der Anne Frank-Schule in Güstrow an drei Stellen mit antisemitischen Schmierereien versehen.[27]

Besondere Aufmerksamkeit erregte im gleichen Monat ein Brandanschlag auf die Synagoge in Worms, wobei das Gebäude an mehreren Stellen mit einer brennbaren Flüssigkeit angezündet wurde.[28] Häufiger kam es auch zur Beschmierung von Stolpersteinen, die zur Erinnerung an ermordete Juden vor ihren ehemaligen Wohnhäusern

[19] Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Petra Pau, Wolfgang Neskovic, Sevim Dagdelen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE: Rechtsextreme Tötungsdelikte seit 1990 und antisemitisch motivierte Schändungen jüdischer Friedhöfe seit 2000, Drucksache 16/14122 vom 7. Oktober 2009, S. 20–37.

[20] Da das Bundeskriminalamt aus dem laufenden Jahr keine Angaben macht, wurde bei der Erstellung dieses Berichtsteils jeweils auf Meldungen aus der Presse verwiesen.

[21] Dorfhainer Kirche erneut besudelt, in: www.sz-online.de vom 18. Januar 2010 [eingesehen am 8. September 2010].

[22] Schmierereien im Anne Frank Zentrum, in: www.bz-berlin.de vom 5. Februar 2010 [eingesehen am 8. September 2010].

[23] Frank Fütze, Unbekannte schänden jüdischen Friedhof in Delitzsch, in: www.nachrichten.lvz-online.de vom 6. April 2010 [eingesehen am 8. September 2010].

[24] Nazi-Schmiererei in Waldbeker Gedenkstätte, in: Die Welt vom 13. April 2010.

[25] Neuer Anschlag auf die Synagoge, in: www.sz-online.de vom 16. April 2010 [eingesehen am 8. September 2010].

[26] Schmierereien am Stadion, in: www.solinger-tageblatt.de vom 12. April 2010 [eingesehen am 8. September 2010].

[27] Angriff auf die menschliche Würde, in: www.svz.de vom 10. Mai 2010 [eingesehen am 8. September 2010].

[28] Brandanschlag auf Synagoge in Worms, in: Die Welt vom 18. Mai 2010.

[29] Stolpersteine in Rummelsburg beschmiert, in: www.berlinonline.de vom 10. Mai 2010 [eingesehen am 8. September 2010].

[30] Unbekannte Täter schmieren Hakenkreuz an Kreuzberger Kirche, in: Berliner Morgenpost vom 3. Juni 2010.

[31] Gernot Knödler, Steinwürfe auf Juden: Verdächtige ermittelt, in: taz vom 25. Juni 2010.

[32] Zehn Gräber auf jüdischem Friedhof in Bocholt geschändet, in: www.westfaelische-nachrichten.de vom 28. Juli 2010 [eingesehen am 8. September 2010].

[33] Unbekannte zünden jüdische Begräbnishalle in Dresden-Johannstadt an, in: www.dnn-online.de vom 29. August 2010 [eingesehen am 8. September 2010].

[34] Unbekannte sprühen antisemitische Parolen an Fassaden in der Neustadt, in: www.dnn-online.de vom 3. Oktober 2010 [eingesehen am 16. Dezember 2010].

in den Boden eingelassen sind, wie etwa im Mai in Berlin-Rummelsburg.[29] Im Juni wurde eine Kreuzberger Kirche mit antisemitischen Parolen und einem Hakenkreuz verunziert.[30] Im gleichen Monat bewarfen neun bis 19 Jahre alte Jugendliche deutscher und arabischer Herkunft in Hannover eine Tanzgruppe der Liberalen Jüdischen Gemeinde mit Kieselsteinen.[31] Im Juli wurden auf dem jüdischen Friedhof in Bocholt zehn Grabsteine mit den Schriftzügen „Chriss ist ein Jude“, „Hure“ und „Jude!“ beschmiert.[32] Im August zündeten Unbekannte die jüdische Begräbnishalle in Dresden-Johannstadt an.[33] Im Oktober sprühten Unbekannte in Dresden-Neustadt antisemitische Parolen mit vier Hakenkreuzen und einer SS-Rune an die Fassaden mehrerer Häuser.[34] Im gleichen Monat versuchten etwa 20 junge Männer in Köln, die teilweise aus der rechtsextremistischen Szene stammten, das Straßenschild „Judengasse“ herunterzureißen und gingen mit Gewalt gegen Streifenpolizisten vor.[35] Im November schändete ein wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen polizeibekannter 32-Jähriger in Gera das Denkmal für die einstige Synagoge.[36] Im gleichen Monat beschmierten unbekannte Täter in Magdeburg das Mahnmal für die ehemalige Synagoge mit volksverhetzenden Parolen.[37] Im Dezember kam es zu einer erneuten Schmieraktion gegen dieses Mahnmal unter anderem mit dem Wort „tötet“.[38]

Fazit

Wie diese Ausführungen gezeigt haben, kommt es alltäglich zu antisemitisch motivierten Straftaten unterschiedlichster Art: Hierzu gehören die Beleidigung von Personen, die Sachbeschädigung von Einrichtungen, die Schändung von Friedhöfen ebenso wie Gewalttaten verschiedenen Ausmaßes. Meist handelt es sich um Fälle, in denen im Kontext einer Gewalttat eine antisemitische Diffamierung geäußert wurde. Nur selten werden die Taten systematisch geplant, meist gehen die Täter ohne vorherigen Konflikt und in einer zufälligen Alltagssituation gegen angebliche oder tatsächliche Juden gewalttätig vor. Anders verhält es sich bei Brand- und Sprengstoffanschlägen gegen Einrichtungen wie Gedenkstätten oder Synagogen.

Betrachtet man die Zusammensetzung der Täter, so fällt der hohe Anteil von jungen Männern auf. Bei den Straftaten ohne Gewaltbezug kann man aber auch einen bedeutenden Anteil von Männern über 30 Jahre ausmachen. Politisch gehören sie fast ausschließlich der Kategorie „PMK-rechts“ an. Demnach geht es zu großen Teilen um rechtsextremistische Personen, die sich mit ihrer politischen Auffassung gegen die Normen und Regeln des demokratischen Staates richten. Zu den Straftätern gehören aber offenbar auch in größerer Zahl Personen ohne politisches Engagement und organisatorische Zugehörigkeiten. Gleichwohl verfügen sie über eine zumindest latente antisemitische Einstellung, die in der Tat in eine manifeste Handlung in einer besonderen Situation umschlägt. Über Medienberichte wird mitunter der Eindruck erweckt, Arabischstämmige oder Muslime gehörten zu großen Teilen mit zu den antisemitisch motivierten Straftätern. Diese Auffassung wird durch die polizeilichen Statistiken nicht belegt.

Bis auf wenige Ausnahmen können die Täter und Tatverdächtigen als politisch „rechts“ eingestellt beschrieben werden, wobei für diese Einschätzung weder der Grad des politischen Bewusstseins noch der organisatorischen Zugehörigkeit von Bedeutung ist. Diese Einschätzung findet ihre Bestätigung darin, dass bei Taten genutzte Parolen und Symbole häufig Bezüge zum Nationalsozialismus und dessen Antisemitismus aufweisen. Nur in ganz wenigen Fällen sind solche Delikte gegenwartsbezogen-programmatisch aufgeladen und gehen etwa mit Anspielungen auf den Nahostkonflikt oder auf den Staat Israel einher. Bei den Straftaten im Bereich PMK-„rechts“ machen die antisemitisch motivierten Delikte in der Gesamtschau allerdings einen eher geringen Anteil aus; hier dominieren die fremdenfeindlich motivierten Straftaten. Gerade aufgrund ihrer alltäglichen Präsenz verdienen antisemitische Delikte besondere Aufmerksamkeit.

[35] Angriff auf Straßenschild „Judengasse“, in: www.stern.de vom 12. Oktober 2010 [eingesehen am 16. Dezember 2010].

[36] Denkmal für einstige Synagoge in Gera geschändet – Täter gefasst, in: www.tlz.de vom 11. November 2010 [eingesehen am 16. Dezember 2010].

[37] Vandalen beschmieren jüdisches Mahnmal, in: www.stern.de vom 17. November 2010 [eingesehen am 16. Dezember 2010].

[38] Jüdisches Mahnmal in Magdeburg erneut beschmiert, in: www.magdeburgersonntag.info vom 8. Dezember 2010 [eingesehen am 16. Dezember 2010].

5. Antisemitismus im Islamismus

Der Begriff „Antisemitismus im Islamismus“ ist nicht frei davon, falsch interpretiert zu werden. So beschreibt „Islamismus“ nicht die Zugehörigkeit zur Religionsgemeinschaft des Islam – wie manchmal in der synonymen Verwendung des Begriffs „Islamisten“ für „Muslime“ zu beobachten –, sondern bezeichnet eine politische Ideologie, wie sie einschlägige islamistische Organisationen oder Staaten verkörpern.

Für diese den Islam politisierenden Gruppen und Staaten ist Antisemitismus ein untrennbarer Bestandteil ihrer Ideologie. Mit teils professioneller Propaganda prägen sie entsprechende antisemitische Stereotype und versuchen, diese Auffassungen auch unter nichtextremistisch gesinnten Muslimen zu verankern. Nicht zuletzt reklamieren sie eine Meinungsführerschaft für „die Muslime“ und behaupten, dass ihre Auffassungen „dem Islam“ und der Mehrheit „der Muslime“ entsprächen. Dies gilt nicht erst seit der Forderung des – zweifellos einem islamistischen Staatswesen vorstehenden – iranischen Präsidenten Ahmadinedschad, dass Israel aus den „Annalen der Geschichte getilgt werden“ müsse.[1]

Parallel zur Agenda dieser – folgend als „islamistisch“ bezeichneten – politischen Gruppen und Staaten gibt es in Wissenschaft und Öffentlichkeit eine Debatte zum Antisemitismus unter „Muslimen“, den einige als „islamischen“ oder „muslimischen“ Antisemitismus bezeichnen. Hier wird behauptet, dass Antisemitismus ein Wesensmerkmal des Islam sei und „die Muslime“ generell antisemitisch geprägt seien[2] (→ **Migrationshintergrund und Antisemitismus**).

Fernab der Zuschreibung von Antisemitismus für „den Islam“ und „die Muslime“, für die empirisch kaum gesicherte Erkenntnisse vorliegen, lässt sich Judenfeindschaft im Islamismus, einer Anfang des 20. Jahrhunderts in Ägypten entstandenen politischen Ideologie, eindeutig nachweisen.[3]

Struktur und Ausrichtung des Islamismus

Weitgehend unbestritten ist in Wissenschaft und Politik, dass der Islamismus eine neuzeitliche politische Ideologie darstellt, die vom Islam, einer im siebten Jahrhundert auf der Arabischen Halbinsel entstandenen Religion, zu unterscheiden ist.[4] Die Ideologie des Islamismus gilt in der Extremismusforschung wie bei den Sicherheitsbehörden als extremistisch und wird gegenüber dem Rechts- und Linksextremismus als eine „besondere Form des politisch-religiös begründeten Extremismus“ bezeichnet.[5] Die Verfassungsschutzbehörden weisen für Deutschland 29 islamistische Organisationen mit 37.470 Anhängern aus (Stand 2010).[6] Sie unterscheiden hauptsächlich zwischen dem „gewaltorientierten Islamismus“, zu dem gewaltbefürwortende Gruppen (zum Beispiel „Hizb al-Tahrir al-islami“, HuT), regional gewaltausübende Organisationen (zum Beispiel HAMAS, „Hizb Allah“) und transnational terroristische Netzwerke (zum Beispiel „al-Qa'ida“) gehören, und dem „legalistischen“ beziehungsweise „institutionellen“ Islamismus, zu dem in Deutschland die türkische „Islamische Gemeinschaft Millî Görüş e. V.“ (IGMG) und eine Vertretung der arabischen „Muslimbruderschaft“ gehören. Als Träger islamistischer Ideologie fungieren daneben auch Staaten wie die 1979 gegründete „Islamische Republik Iran“.

Ein Merkmal, das die in Deutschland agierenden islamistischen Gruppen von anderen unterscheidet, ist die Tatsache, dass sie hier verhältnismäßig schwächer organisiert sind und überwiegend nicht offen agieren. Unabhängig davon üben sie wie auch ihre nahöstlichen Mutterorganisationen beträchtlichen ideologischen Einfluss aus. Wie die Verbreitung und Rezeption der häufig „islamisch“ begründeten antisemitischen Stereotype zeigen, geschieht dies vor allem über moderne Kommunikationsmittel.

Inhaltlich handelt es sich beim Islamismus um den Versuch politischer Bewegungen des 20. Jahrhunderts, den Islam zu ideologisieren und dort, wo dies möglich ist, eine islamistische Herrschaftsordnung zu etablieren oder die Gesellschaft zu islamisieren.

[1] Ahmadinedschad zitierte hier Ayatollah Khomeini, Bundeszentrale für Politische Bildung (Hrsg.), Die umstrittene Rede Ahmadinedschads vom 26. Oktober 2005 in Teheran, Übersetzung des Sprachendiensts des Deutschen Bundestags, http://www.bpb.de/themen/MK6BD2,0,0,Die_umstrittene_Rede_Ahmadinedschads.html [eingesehen am 14. Juli 2010].

[2] Michael Kiefer, „Islamistischer oder islamisierter Antisemitismus?“, in: Wolfgang Benz/Juliane Wetzel (Hrsg.), Antisemitismus und radikaler Islamismus, Essen 2007, S. 71–84.

[3] Olaf Farschid, Antisemitismus im Islamismus. Ideologische Formen des Judenhasses bei islamistischen Gruppen, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010, S. 435–485.

[4] Guido Steinberg, Islamismus und islamistischer Terrorismus im Nahen und Mittleren Osten, Sankt Augustin 2002, S. 9–14, http://www.kas.de/wf/doc/kas_209-544-1-30.pdf?040415180009 [eingesehen am 15. Juni 2002].

[5] Armin Pfahl-Traughber, Ideologien des islamistischen, linken und rechten Extremismus in Deutschland – Eine vergleichende Betrachtung, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Gefährdungen der Freiheit: Extremistische Ideologien im Vergleich, Göttingen 2006, S. 205–221, hier: S. 207.

[6] Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2010, Vorabfassung, S. 177.

Islamisten begreifen den Islam insofern nicht ausschließlich als eine Religion, sondern als eine Herrschaftsideologie und ein Gesellschaftssystem. Ihre – erst seit den späten 1970er-Jahren virulenten – Vorstellungen versuchen sie gewaltsam oder auf gesellschaftspolitischem Wege durchzusetzen. Das wichtigste Kennzeichen islamistischer Ideologie ist die Behauptung, dass der Islam nicht nur allein „Religion und Welt“ verkörpere, sondern darüber hinaus eine unteilbare Einheit von „Religion und Politik“ bilde. Dem hieraus abgeleiteten politischen Anspruch geben Islamisten mit dem Slogan, der Islam sei zugleich „Religion und Staat“ Nachdruck.[7]

Typisch für den Islamismus ist ferner die Favorisierung frühislamischer und mittelalterlicher Herrschaftskonzepte – etwa ein Kalifat, verkörpert durch eine weltliche und zugleich religiöse Führungsgestalt. Darüber hinaus verstehen Islamisten die Scharia, die islamische Rechts- und Werteordnung, nicht allein als ein Recht, sondern als ein politisches und gesellschaftliches Ordnungsprinzip und plädieren mit dem Schlagwort der „Anwendung der Scharia“ für eine vollständige Umsetzung der Bestimmungen des islamischen Rechts. Schließlich weisen insbesondere gewaltorientierte Gruppen ein vorrangig militantes Verständnis des Jihad[8] auf, indem Gewalt durch Bezüge auf den Jihad pseudoreligiös legitimiert und vorrangig auf die Bedeutung von Kampf und kriegerischer Handlung reduziert wird. Dies betrifft auch die Tendenz, den Jihad als eine offensive und vermeintlich auch gegen Zivilisten legitime Kampfmethode zu begreifen.[9]

Trotz gemeinsamer ideologischer Merkmale folgen weder islamistische Gruppen noch islamistisch ausgerichtete Staaten einer einheitlichen Strategie. Der Islamismus verkörpert vielmehr unterschiedliche Vorstellungen, die meist von den differierenden politischen und gesellschaftlichen Bedingungen der Herkunftsländer bestimmt werden. Insofern gibt es keinen „Einheits-Islamismus“.[10] Ein Merkmal, das islamistische Gruppen und Staaten trotz ihrer unterschiedlichen ideologischen Ausrichtungen gemein haben, ist allerdings der Antisemitismus. Dies gilt unabhängig von den Unterschieden, die sie hinsichtlich der Antisemitismusformen aufweisen.

Antisemitismus bei islamistischen Organisationen

„Klassischer Antisemitismus“ bei der türkischen „Millî Görüş“-Bewegung

Die nichtgewaltorientierte „Islamische Gemeinschaft Millî Görüş e. V.“ (IGMG), mit 29.000 Anhängern mitgliederstärkste islamistische Organisation in Deutschland, ist Teil der in den 1970er-Jahren von Necmettin Erbakan in der Türkei gegründeten „Millî Görüş“-Bewegung („Nationale Sicht“). Erbakans 1991 auch in deutscher Sprache erschienenes Buch „Gerechte (Wirtschafts-)Ordnung“ trägt bereits deutlich antisemitische Züge. So herrsche in der Türkei eine „Sklavenordnung“, hinter der der „Zionismus“ stehe, dessen „Zentrum sich bei den Banken der New Yorker Wall Street befindet“.[11] Überall versuchten Zionisten, „die Welt zu beherrschen“, weil sie „die Ausbeutung der anderen Menschen als Teil ihrer Glaubenswelt“ ansähen. Entsprechende Zerrbilder vom „Weltzionismus“ erscheinen vor allem in der türkischen Tageszeitung „Millî Gazete“, die als inoffizielles Sprachrohr der IGMG gilt.

Verwendung findet vor allem das antisemitische Stereotyp vom „geheimen Weltstaat“ der Juden. In typisch verschwörungstheoretischer Manier wird unterstellt, die Globalisierung schaffe eine „Neue Weltordnung der Zionisten“, in der Juden versuchten, sich die Herrschaft über die muslimischen Länder und deren Erdölreserven zu sichern. Ein neuerdings hinzugekommener Vorwurf lautet, Juden stünden hinter den Anschlägen des 11. September 2001, um Christen gegen Muslime aufzuwiegeln und muslimische Staaten in Form des Antiterrorkampfes zu unterwerfen.[12] Darüber hinaus werden „Juden“ respektive Zionisten für den Großteil der internationalen Konflikte verantwortlich gemacht. So seien sie für den Ersten und Zweiten Weltkrieg ebenso verantwortlich wie für die Zerschlagung des Osmanischen Reiches, die dem Ziel diente, die Auswanderung von Juden nach Palästina und 1948 die Gründung Israels zu ermöglichen.[13]

[7] Gudrun Krämer, Islam und Islamismus. Zurück in die Zukunft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zu Das Parlament 3–4 (2002), 18./25. Januar 2002.

[8] Verbreitete Schreibweise auch Dschihad und Djihad.

[9] Olaf Farschid, Islam als System. Grundzüge islamistischer Ideologie, in: Senatsverwaltung für Inneres (Hrsg.), Islamismus. Diskussion eines vielschichtigen Phänomens, Berlin 2005, S. 14–32.

[10] Sabine Damir-Geilsdorf, Fundamentalismus und Terrorismus am Beispiel religiös-politischer Bewegungen im Nahen und Mittleren Osten, in: Clemens Six/Martin Riesebrodt/Siegfried Haas (Hrsg.), Religiöser Fundamentalismus, Wien 2004, S. 201–225, hier: S. 207 ff.

[11] Necmettin Erbakan, Gerechte Ordnung, („Adil Düzen“), Ankara 1991, S. 4.

[12] Süleyman Arif Emre, Schritt für Schritt in Richtung neue Weltordnung (Türkisch), in: Millî Gazete vom 20. Januar 2003.

[13] Reşat Nuri Erol, Israel und die ‚gläubigen Muslime‘ (Türkisch), in: Millî Gazete vom 5./6. August 2006.

Zum Vorwurf der „jüdischen Weltverschwörung“ gehört die Unterstellung, Juden errichteten ein vom Nil bis zum Euphrat reichendes Groß-Israel, das vor allem die Unterdrückung der Nachbarstaaten zum Ziel habe.[14] So wird Israel als „Kriegsstaat“[15] diffamiert und sein Existenzrecht mit Bezeichnungen wie „Terrororganisation“[16] oder „Terrorgruppe Israel“ delegitimiert.[17] Hierzu gehört auch die Unterstellung, Israel verübe in militärischen Konflikten gezielt Kindermorde,[18] um den Opfern Organe zu entnehmen und damit Handel zu treiben.[19]

Bei „Millî Görüş“ finden sich auch Belege für die Relativierung und Leugnung des Holocaust sowie für das Merkmal der Täter-Opfer-Umkehr. So werden Juden beschuldigt, Hitler selbst an die Macht gebracht zu haben – mit dem Ziel, im historischen Palästina den Staat Israel zu gründen.[20] Ferner wird der Holocaust als „Lüge“ und „Legende“ bezeichnet, die vor allem die Kaschierung des an Palästinensern begangenen Unrechts Israels zum Zweck hätte.[21]

Bezeichnend ist auch die Verbreitung antisemitischer Propaganda auf „islamischen Buchmessen“ IGMG-naher Verbände in Deutschland. Hier finden sich türkischsprachige Übersetzungen von einschlägigen Schriften wie „Der internationale Jude“ von Henry Ford, „Das Dossier des Zionismus“ („Siyonizm Dosyası“) des Holocaustleugners Roger Garaudy[22] sowie „Die Holocaust Lüge“ („Soykırım Yalanı“) des „Millî Gazete“-Autors Harun Yahya.[23] Erhältlich sind auch antisemitische Kinderfilme wie „Die Kinder der al-Aksa-Moschee“ oder die iranische Filmproduktion „Zahras blaue Augen“,[24] die Juden Organraub unterstellt, den Palästinenser mit Selbstmordanschlägen vergelten müssten.[25]

Die „Muslimbruderschaft“

Die 1928 in Ägypten gegründete panislamistische „Muslimbruderschaft“ ist die älteste und zugleich bedeutendste arabische islamistische Gruppierung, die Vorbild für zahlreiche islamistische Gruppen war. Die Interessenvertretung der Muslimbruderschaft in Deutschland, die „Islamische Gemeinschaft in Deutschland e. V.“, verfügt über 1300 Anhänger und betreibt mehrere sogenannte Islamische Zentren wie das „Islamische Zentrum-München“. Klassische antisemitische Propaganda verbreitete die als Mutterorganisation fungierende ägyptische Muslimbruderschaft vor allem in ihrer terroristischen Phase zwischen den 1950er- und 1980er-Jahren. Dies gilt insbesondere für Sayyid Qutb (1906–1966), den ideologischen Wegbereiter des modernen antisemitisch geprägten Islamismus wie des zeitgenössischen militanten Islamismus. Qutb hatte in seiner Schrift „Unser Kampf mit den Juden“[26] ein subversives Wirken der Juden seit dem Frühislam unterstellt und sie im 20. Jahrhundert der Auflösung des Kalifats sowie der Abschaffung der Scharia in der 1923 gegründeten Türkei bezichtigt. Vor allem mit der Gleichsetzung der Begriffe „Weltjudentum“ und „Welt-Kreuzzüglertum“[27] schuf er einen Topos, auf den sich Usama Bin Ladin 1998 in seinem – als programmatische Grundlage der Anschläge des 11. September 2001 geltenden – Aufruf der „Islamischen Weltfront für den Jihad gegen Juden und Kreuzzügler“ bezog.[28]

[14] Rede von Erbakan in Millî Gazete vom 10.–14. August 2006.

[15] Reşat Nuri Erol, Israel.

[16] Ali Cura, Stelle unsere Geduld nicht auf die Probe (Türkisch), in: Millî Gazete vom 24. Juli 2006.

[17] Afet Ilgaz, Terrorgruppe Israel (Türkisch), in: Millî Gazete vom 25. Juli 2006.

[18] Mehmut Toptaş, Ein Land, das nichts von Politik versteht (Türkisch), in: Millî Gazete vom 26. Juli 2006.

[19] Mehmut Toptaş, Wir werden nie so sein wie Israel (Türkisch), in: Millî Gazete vom 25. Juli 2006.

[20] „Die Geschichte wird neu geschrieben“ (Türkisch), Teil 1 und 2, Millî Gazete – Onlineausgabe vom 15./16. Dezember 2006.

[21] Millî Gazete – Onlineausgabe vom 22. August 2006.

[22] Der zum Islam konvertierte Garaudy, ein früherer Chefideologe der Kommunistischen Partei Frankreichs, wurde 1998 für sein Buch „Die grundlegenden Mythen der israelischen Politik“ wegen Leugnung des Holocaust verurteilt, Claudia Dantschke, Islamistischer Antisemitismus, in: Zentrum Demokratische Kultur u. a. (Hrsg.), Antisemitismus und Antiamerikanismus in Deutschland, Bulletin Nr. 5, Berlin 2004, S. 24–34, hier: S. 31.

[23] Ebenda, S. 28 f. Harun Yahya veröffentlichte darüber hinaus „Judentum und Freimaurer“ („Yahudilik ve Masonluk“, o. D.), „Die Politik der Weltherrschaft Israels“ („Israil'in Dünya Egemenliği Politikası“, 2003) sowie „Die Philosophie des Zionismus“ („Siyonizm Felsefesi“, 2002). Die an der TU Berlin registrierte extrem nationalistische Türkisch-idealistische Studentenvereinigung TIAB, die unter der Adresse des Vereins Mehter Takimi Berlin e. V. (Janitscharenkapelle) firmiert, lud für den 15. April 2011 zu einer Harun-Yahya-Konferenz in die TU Berlin ein. Hinweise im Vorfeld von verschiedenen Experten der Szene veranlassten die Leitung der TU, die Veranstaltung am 12. April 2011 zu untersagen.

[24] Türkisch „Filistinli Zehra'nın Gözleri“ („Die Augen der Palästinenserin Zehra“).

[25] Michael Kiefer, Islamischer, islamistischer oder islamisierter Antisemitismus?, in: Die Welt des Islams 46 (2006) 3, S. 277–306, hier: S. 303 f.

[26] Sabine Damir-Geilsdorf, Herrschaft und Gesellschaft. Der islamistische Wegbereiter Sayyid Qutb und seine Rezeption, Würzburg 2003, S. 385 f.

[27] Sayyid Qutb, Ma'arakatuna ma' al-yahud (Arabisch) („Unser Kampf mit den Juden“), Beirut/Kairo 1973, S. 30 ff.

[28] Guido Steinberg, Der nahe und der ferne Feind. Die Netzwerke des islamistischen Terrorismus, München 2005, S. 63.

Über Erscheinungsformen des „klassischen Antisemitismus“ hinaus ist die Muslimbruderschaft heutzutage deutlich durch einen auf die Vernichtung Israels abzielenden Antizionismus geprägt. Zwar lehnt die Organisation seit den 1970er-Jahren Gewalt zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele weitgehend ab. Dies gilt aber nicht für den israelisch-palästinensischen Konflikt, für den sie den militanten Jihad für legitim erklärt und mit einer Verteidigungssituation der Palästinenser rechtfertigt. So verneinen führende Vertreter der Muslimbruderschaft das Existenzrecht Israels ausdrücklich, rufen zum Kampf gegen den jüdischen Staat auf und begründen Jihad und Selbstmordanschläge mit dem vermeintlich militärischen Charakter der israelischen Gesellschaft und der militärischen Unterlegenheit der Palästinenser. So sieht der ehemalige „Oberste Führer“ der ägyptischen Muslimbruderschaft, Muhammad Mahdi Akif (amtierend 2004–2010) „für Israels Existenz in der Region keinen Grund“. 2006 kündigte er an, dass die Muslimbruderschaft nach einer Machtübernahme in Ägypten den Friedensvertrag mit Israel annullieren werde.[29]

Exemplarisch für den auf die Beseitigung Israels zielenden Antizionismus der Muslimbruderschaft ist Yusuf al-Qaradawi, einer der wichtigsten Ideologen des zeitgenössischen legalistischen Islamismus, der auch die Gewaltstrategie der HAMAS islamrechtlich legitimiert. Ausgangspunkt ist der von sämtlichen islamistischen Gruppen bemühte Topos vom „Raub Palästinas“ („ightisab filastin“) durch die Juden.[30] Dieser von ihm als „Landraub“ titulierte Konflikt um Land, nicht primär das Jüdischsein der Israelis,[31] delegitimiert für Qaradawi das Existenzrecht des jüdischen Staates – mit weitreichenden Konsequenzen: So erklärt er die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel[32] und jeglichen Umgang mit seinen Bürgern islamrechtlich für verboten[33] und befürwortet die Terrorisierung und Vertreibung von Israelis aus ihrem eigenen Staat.[34] Zu diesem Zweck sei – die von Qaradawi als „Verteidigungs-Jihad“ deklarierte – Gewaltanwendung gegen Israel ebenso legitim wie die Methode der Selbstmordanschläge,[35] die er als islamrechtlich vermeintlich legitime „Märtyrer-Operationen“ verbrämt.[36]

Die „Hizb al-Tahrir al-islami“ („Partei der islamischen Befreiung“, HuT)

Die 1953 in Jordanien gegründete arabische „Hizb al-Tahrir al-islami“ (HuT) ist eine panislamistische Bewegung, die eine – auf Herrschaftskonzepten des Frühislam und Mittelalters basierende – universelle Staats- und Gesellschaftsdoktrin verfolgt. Der in Deutschland aufgrund massiver antisemitischer Hetze 2003 verbotenen Organisation werden 300 Anhänger zugerechnet, die sich in der Öffentlichkeit allerdings weitgehend bedeckt halten. Ziele der Organisation sind der Sturz sämtlicher als „unislamisch“ verketzerter Regierungen in den muslimischen Ländern, die Bekämpfung sogenannter ungläubiger Staaten[37] sowie die Auslöschung Israels.

Das Verhältnis der HuT zu Juden und zu Israel ist von einer hochgradig aggressiven Haltung gekennzeichnet, die bis zur unzweideutigen Aufforderung zur Tötung von Juden und zur Zerstörung des Staates Israel reicht. So weist ihre Polemik sämtliche Elemente des religiösen, politischen und antizionistischen Antisemitismus auf: Die „dreckigen Juden“[38] stellten die „niedrigste Schöpfung Gottes auf der Erde“ dar.[39] Sie seien die Brüder „von Affen und Schweinen“[40] sowie eine „Sippe, die Schrecken verbreitet, grausam ist, die ihr Wort nicht hält, Vereinbarungen bricht sowie Lügen und Verleumdungen verbreitet“.[41] Diese antisemitischen Stereotype verbrämt die HuT zudem pseudoreligiös, konstruiert eine bei Juden angeblich vorhandene

[29] U. a. die in London erscheinende Tageszeitung „al-Hayat“ (Arabisch) vom 6. Oktober 2006.

[30] Palestine Times August 1999 nach www.adl.org/main_Arab World/al_Qaradawi_report_20041110.html [eingesehen am 10. November 2004].

[31] www.islamfortoday.com/qaradawi02.htm [eingesehen am 15. November 2004].

[32] Palestine Times August 1999 nach www.adl.org/main_Arab World/al_Qaradawi_report_20041110.html [eingesehen am 10. November 2004].

[33] Al-Jazeera-TV 11.4.2001, Webseite des israelischen Außenministeriums, nach www.adl.org/main_Arab World/al_Qaradawi_report_20041110.html [eingesehen am 10. November 2004].

[34] Nida al-Ulama (Ruf der Gelehrten) 2 (1996) Nr. 1.

[35] IslamOnline 7. Februar 2001 nach www.adl.org/main_Arab World/al_Qaradawi_report_20041110.html [eingesehen am 10. November 2004]; auch ash-Sharq al-Ausat vom 17. April 2002.

[36] Los Angeles Times vom 27. Mai 2001 nach www.adl.org/main_Arab World/al_Qaradawi_report_20041110.html [eingesehen am 10. November 2004].

[37] „Erklärung von Hizb-ut-Tahrir. Die USA und Britannien erklären dem Islam und den Muslimen den Krieg“, www.hizb-ut-tahrir.org/deutsch/leaflets/HTlflts/ht091001.htm [eingesehen am 15. Januar 2003].

[38] „Die Kooperation mit Amerika ist eine große Sünde, die der Islam verbietet“, Flugblatt der HuT vom 18. September 2001.

[39] „Offener Brief der HuT an die arabischen Herrscher, die am Gipfelkongress in Kairo teilnehmen“, Flugblatt der HuT vom 19. Oktober 2000.

[40] Flugblatt der HuT vom 28. Februar 2002.

[41] „Eine Deklaration der HuT-Indonesien an die Botschaften der arabischen Länder“, Flugblatt der HuT vom 2. April 2002.

historische Feindschaft gegenüber dem Islam und verbietet Muslimen den Kontakt zu Juden: „Die Juden sind ein Volk der Lügen, ein Volk des Verrats, das Abkommen und Verträge bricht. Sie ersinnen Unwahrheiten und verdrehen den Wortsinn. Sie verletzen ungerechterweise die Rechte anderer, töten Propheten und Unschuldige und sind die größten Feinde der Gläubigen. Allah (t.) untersagte uns, sie zum Freund zu nehmen.“[42]

Die Methode, ihre antisemitische Grundhaltung pseudoreligiös zu begründen, kennzeichnet auch die Delegitimierung des Existenzrechts des israelischen Staates. Für die HuT ist Israel ein „Verbrechen an der Menschheit“, das „keine Legitimationsgrundlage“ besitze.[43] Wie andere islamistische Organisationen behauptet sie, dass Palästina unveräußerliches und unteilbares „muslimisches Land“ sei, welches das gesamte historische Palästina,[44] das heißt auch Israel in den Grenzen von 1948 bis 1967, umfasse. Mit dem Schlachtruf „Ihr sollt das hässliche Judengebilde vernichten“ verbindet die Organisation unzweideutige Aufforderungen zur Zerstörung Israels: „Aufs neue wiederholen wir die unabdingbare islamische Pflicht: Auf die zionistische Aggression in Palästina kann es nur eine Antwort geben: den Jihad. Allah der Erhabene befiehlt.“[45] Diese Aufrufe deklariert die HuT wiederum als religiöse Verpflichtung zum militanten Jihad.[46] Diesen erhebt sie zu einer offensiven Kampfform, die eine vermeintlich individuelle Pflicht eines jeden Muslims bilde und zur Tötung von Juden und zum Zwecke des Offensivkrieges gegen Israel anzuwenden sei. Zudem behauptet sie, im Islam sei es Vorschrift, Juden „zuerst anzugreifen, auch wenn sie uns nicht angegriffen haben“.[47]

Wie andere islamistische Gruppen erklärt die HuT zudem Selbstmordanschläge für legitim und verbrämt sie als – islamrechtlich vermeintlich legitime – „Märtyreraktionen“.[48] Ferner rechtfertigt sie „Millionen von Märtyrer“ zum Zwecke der Tötung von Juden[49] und fordert von den muslimischen Staaten die Aufrüstung ihrer Armeen und den Kampf gegen Israel.[50] Aufgrund der massiven antiisraelischen und antisemitischen Hetze der Organisation erließ der Bundesminister des Innern am 10. Januar 2003 ein Betätigungsverbot,[51] das das Bundesverwaltungsgericht am 25. Januar 2006 bestätigte.[52]

Die HAMAS („Bewegung des islamischen Widerstands“)

Die mit dem Kurzwort HAMAS bezeichnete „Bewegung des Islamischen Widerstands“ wurde 1987 im Gaza-Streifen als palästinensischer Zweig der „Muslimbruderschaft“ gegründet. Bundesweit verfügt sie über 300 Anhänger, die allerdings selten offen auftreten. Die Organisation negiert das Existenzrecht Israels und strebt die „Befreiung ganz Palästinas“ durch bewaffneten Kampf sowie die Gründung eines islamistischen Staatswesens an. Den Oslo-Friedensprozess lehnt sie ab und konkurriert gleichzeitig mit der von der laizistischen FATAH dominierten Palästinensischen Autonomiebehörde um die Führung der Palästinenser. Im Gaza-Streifen übt die HAMAS seit ihrem Putsch im Juni 2007 die alleinige Macht aus.

Im antisemitischen Spektrum weist die HAMAS zwei dominante, häufig miteinander kombinierte Formen auf. Für eher „klassische“ Formen von Antisemitismus steht ihre 1988 veröffentlichte Charta, die – neben ihrer ausgeprägten antizionistischen Rhetorik – fast sämtliche antisemitische Stereotype des religiösen, politischen und sozialen Antisemitismus transportiert. Dies gilt im Besonderen für den Mythos der jüdischen Weltverschwörung, der Juden für Revolutionen sowie für politische Großereignisse wie den Ausbruch des Ersten oder Zweiten Weltkriegs verantwortlich macht.[53] So unterstellt die HAMAS-Charta Juden, zwecks „Kontrolle über die internationalen Medien“ „mächtige materielle Reichtümer anzuhäufen“. Hiermit „lösten sie Revolutionen“ wie die französische Revolution oder die

[42] „Und tötet sie, wo immer ihr sie zu fassen bekommt, und vertreibt sie, von wo sie euch vertrieben haben.“, unter www.hizb-ut-tahrir.org/deutsch/leaflets/HTlflts/ht310302_die_juden.htm [eingesehen am 22. November 2002].

[43] „50 Jahre – Happy Birthday Israel“, in: „Explizit“ 5 (1998), April–Juni, S. 2–5.

[44] „Die arabischen Gipfelkonferenzen sind Konferenzen der Verschwörung und des Verrats“, Flugblatt der HuT vom 29. März 2001.

[45] „Wie lange noch?“, in: „Explizit“ 30 (2002), März–Juni, S. 6.

[46] Hierzu zitiert die HuT Vers 191 der Koransure 2, den sie wörtlich genommen und als eine aktuelle Aufforderung zum Kampf verstanden wissen will („Und tötet sie, wo immer ihr sie zu fassen bekommt, und vertreibt sie, von wo sie euch vertrieben haben!“); „Wie lange noch?“, S. 4 ff.

[47] „Die Unausweichlichkeit des Kampfes der Kulturen – Hatmiyyat Sira' al-hadarat“, o.O. u. o.J., S. 59.

[48] Dieser Begriff ist mit dem der „Märtyrer-Operationen“ (Arabisch „amaliyat istishhadiya“) identisch.

[49] „Die arabischen Gipfelkonferenzen sind Konferenzen der Verschwörung und des Verrats“, Flugblatt der HuT vom 29. März 2001.

[50] „Wie lange noch?“, S. 4, 7.

[51] Verbotsverfügung des Bundesministers des Innern vom 10. Januar 2003 mit Wirkung vom 15. Januar 2003 (Bundesanzeiger 15. Januar 2003).

[52] Urteil Bundesverwaltungsgericht, BVerwG 6A 6.05, http://www.bverwg.de/media/archive/3615.pdf [eingesehen am 18. Mai 2011].

[53] Charta der Islamischen Widerstandsbewegung Hamas (aus dem Arabischen von Lutz Rogler), in: Helga Baumgarten, Hamas. Der politische Islam in Palästina, München 2006, S. 207–226.

Oktoberrevolution aus. Nicht zuletzt beherrschten sie „Geheimorganisationen“, um „die Gesellschaften zu zerstören und die Interessen des Zionismus zu verwirklichen“. Als Belege für das unterstellte Ziel der Weltbeherrschung führt die HAMAS „die Balfour-Deklaration, die Gründung Israels sowie die Bildung der UNO und des Sicherheitsrates“ an.[54]

Bestandteil der HAMAS-Charta ist ferner der Vorwurf einer von Juden seit jeher betriebenen „Verschwörung gegen den Islam“.[55] Diesbezüglich kombiniert die Charta Aussagen des Korans über Konflikte zwischen Juden und Muslimen im Frühislam mit der politischen Bewertung des Staates Israel und der Situation der Palästinenser in der Gegenwart.[56] Hierzu verwendet die Charta in austauschbarer Form die Begriffe „Juden“, „Zionisten“ oder „Feinde“. Unter Bezug auf die „Protokolle der Weisen von Zion“ wird „den Juden“ zudem unterstellt, ein Reich vom Nil bis zum Euphrat anzustreben.[57]

Neben eher „klassischen“ Formen von Antisemitismus ist die HAMAS überwiegend durch Antizionismus geprägt, der deutlich auf die Vernichtung Israels abzielt. Dies belegt nicht zuletzt ihre Gewaltstrategie, zu der seit 1994 vor allem Selbstmordanschläge gehören. Mit dem Ausbruch der „Al-Aqsa-Intifada“ im September 2000 und der Verschärfung des israelisch-palästinensischen Konflikts nahmen die Selbstmordanschläge ihres militärischen Flügels, der „Izz ad-Din al-Qassam-Brigaden“, gegen israelische Ziele erheblich zu. Diese als „Märtyrer-Operationen“[58] verbrämten Anschläge begrenzte die HAMAS dabei nicht auf die Gebiete des Westjordanlands und des Gaza-Streifens, sondern führte sie vor allem im israelischen Kernland aus. Die Anschläge zielten zudem nicht allein auf Militärpersonal, sondern ausdrücklich auch auf die israelische Zivilbevölkerung.[59] Dieses seit Errichten des Grenzzauns erschwerte und von Waffenstillstandsabkommen zeitweise unterbrochene terroristische Vorgehen begründet die HAMAS durchgängig mit einem „Recht auf Selbstverteidigung“.[60] Gewalt gegen Israel wird von sämtlichen Führungspersonen der HAMAS nicht nur ausnahmslos gerechtfertigt, sondern als eine „strategische Option“ verstanden. So betonte der Führer der Auslandssektion Khalid Mash’al mehrfach, dass es sich die HAMAS trotz Waffenstillstandsvereinbarungen mit Israel vorbehalte, Gewalt gegen israelische Interessen zu den von ihr bestimmten Zeitpunkten und Anschlagsorten auszuüben.[61] Wie einschlägige Slogans auf israelfeindlichen Demonstrationen zeigen, stößt diese über entsprechende Satellitensender verbreitete Vernichtungsideologie der HAMAS in Deutschland insbesondere bei arabischstämmigen Jugendlichen auf Resonanz (→ **Antisemitismus in arabischsprachigen islamistischen Fernsehsendern**).

Die „Hizb Allah“ („Partei Gottes“)

Wie die palästinensische HAMAS ist die – bundesweit 900 Anhänger umfassende – libanesische Gruppierung „Hizb Allah“ („Partei Gottes“; auch „Hisbollah“/„Hizbullah“) neben „klassischen“ Formen von Antisemitismus vor allem durch einen Antizionismus geprägt, der sowohl verbal als auch auf der Handlungsebene auf die Vernichtung des Staates Israel abzielt und der deshalb als Vernichtungsantizionismus zu werten ist. In Deutschland fällt die „Hizb Allah“ vor allem durch die Organisierung des alljährlichen „Al-Quds“-Tages auf. Zusätzlich übt sie über ihren Satellitensender „Al-Manar“ beträchtliche ideologische Wirkung aus, die weit über ihre eigentliche Anhängerschaft hinausgeht. Gegründet wurde die „Hizb Allah“ 1982, als Israel in den libanesischen Bürgerkrieg (1976–1989) militärisch eingriff. Seit ihrem Bestehen negiert sie das Existenzrecht Israels und propagiert den bewaffneten Kampf gegen den jüdischen Staat. Das Ziel der Vernichtung Israels ist fester Bestandteil ihrer Strategie, die sich an dem 1979 vom „Revolutionsführer“ Khumaini propagierten antiisraelischen Kurs der „Islamischen Republik Iran“ orientiert.[62] In einem Programmpapier der „Hizb Allah“ von 1985 heißt es dazu unmissverständlich: „Unser Kampf endet erst, wenn dieses Wesen ausgelöscht ist.“[63] Die Vernichtung Israels steht auch im Zentrum ihrer Propaganda, zu der vor allem die Verherrlichung von Selbstmordanschlägen gehört. Diese

54 Artikel 22 der HAMAS-Charta, ebenda, S. 218 f.

55 So in Artikel 7 der Charta, ebenda, S. 211.

56 Armin Pfahl-Traughber, Der Ideologiebildungsprozess beim Judenhass der Islamisten. Zum ideengeschichtlichen Hintergrund einer Form des „Neuen Antisemitismus“, in: Martin H. W. Möllers/Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.), Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2004/2005, S.189–208; hier: S. 192 f.

57 So Artikel 32 der Charta, Baumgarten, Hamas, S. 224.

58 Zur islamrechtlichen Legitimation von Anschlägen der HAMAS auf Zivilisten, Joseph Croitoru, Der Märtyrer als Waffe. Die historischen Wurzeln des Selbstmordattentats, München 2003, S. 193 ff.

59 Helga Baumgarten, Hamas, S. 86.

60 Joseph Croitoru, Hamas. Der islamische Kampf um Palästina, München 2007, S. 128 ff.

61 Etwa die arabische Zeitung „al-Hayat“ vom 9. Februar 2006.

62 Esther Webman, Anti-Semitic Motifs in the Ideology of Hizballah and Hamas, July 9, 1998, in: www.ict.org.il/articles/articledet.cfm?articleid=51 [eingesehen am 7. Februar 2003].

mit Kampfslogans wie „Israel wird unweigerlich aufhören zu existieren“ versehene Vernichtungspropaganda verbreitet die „Hizb Allah“ vor allem über ihren parteieigenen Fernsehsender „Al-Manar“. Dieser bewirbt offen den bewaffneten Kampf gegen Israel und ruft unzweideutig zur Befreiung „ganz Palästinas“ auf[64] (→ **Antisemitismus in arabischsprachigen islamistischen Fernsehsendern**). Zentrale Bedeutung haben martialische Darstellungen der Kampfbereitschaft der Palästinenser und Libanesen sowie die Verherrlichung der – auch von der „Hizb Allah“ als „Märtyrer-Operationen“ verklärten – Selbstmordanschläge. Dies betrifft vorrangig Selbstmordattentäter der militärischen Flügel der „Hizb Allah“ („Islamischer Widerstand“), der HAMAS („Izz ad-Din al-Qassam-Brigaden“) sowie des „Palästinensischen Islamischen Jihad“ (PIJ, „Jerusalem-Kompanien“).[65]

Die auf die Vernichtung Israels zielende antizionistische Grundhaltung der „Hizb Allah“ belegen zudem einschlägige Äußerungen ihres Generalsekretärs Hassan Nasrallah, der 2003 eine mit dem Titel „Dieses Israel wird unweigerlich aufhören zu existieren!“ versehene Videobotschaft veröffentlichte,[66] in der Bombenexplosionen verherrlicht sowie israelische Attentatsopfer verhöhnt werden und ein Davidstern mit der Einblendung „Das Nicht-mehr-Existieren Israels“ explodiert[67] (→ **Antisemitismus in arabischsprachigen islamistischen Fernsehsendern**). Diese visuelle Vernichtungspropaganda der „Hizb Allah“ entspricht den seit 2005 mehrfach wiederholten Äußerungen des iranischen Präsidenten Ahmadinedschad, dass der Staat Israel keine Existenzberechtigung habe und aus den „Annalen der Geschichte getilgt werden“ müsse.[68]

Obwohl die „Hizb Allah“ überwiegend antizionistisch geprägt ist,[69] bemüht sie auch Stereotype des politischen und religiösen Antisemitismus. Dies betrifft etwa die Sendereihe „al-Shatat“ („Diaspora“) von 2003, die eine jahrhundertealte geheime jüdische Weltregierung unterstellt. Hierin werden das vermeintlich subversive Wirken von Juden auf Thora und Talmud zurückgeführt und ein jüdischer Ritualmord an Kindern – eine dem christlichen Antisemitismus entlehnte Vorstellung – inszeniert.[70]

Das Netzwerk „al-Qa'ida“

Ein Beispiel für die Kombination von Antizionismus und Antisemitismus mit ausgeprägt eliminatorischen Zügen ist das von Usama Bin Ladin Ende der 1980er-Jahre gegründete transnationale Terrornetzwerk „al-Qa'ida“ („Die Basis“),[71] dessen Ideologie – wie jüngste Radikalisierungsverläufe von Jihadisten zeigen – auch Menschen in Deutschland anzieht. Hauptkennzeichen der Ideologie von „al-Qa'ida“ sind die Uminterpretation des Jihad zu einer offensiven Kampfform und seine Anwendung gegen die muslimischen Staaten sowie gegen die USA, Russland und Israel. Markantestes Beispiel ist der von Bin Ladin und seinem Stellvertreter Aiman al-Zawahiri 1998 veröffentlichte Aufruf der „Islamischen Weltfront für den Jihad gegen Juden und Kreuzzügler“. Dieser erklärt die Tötung von Amerikanern und Juden zu einer individuellen Pflicht eines jeden Muslims und fordert dazu auf, amerikanische Truppen und ihre Verbündeten mit Anschlägen aus der muslimischen Welt zu verdrängen. Unter Bezug auf die „Besetzung Jerusalems“ und vom „Kleinstaat der Juden“ verübte „Morde an Muslimen“ wird zudem zu Angriffen auf Juden weltweit aufgerufen.[72]

Durchgängiges Element des durch die „Al-Qa'ida“-Führung – über Audio-, Video- und Internetbotschaften auch nach Deutschland – verbreiteten Antisemitismus ist der Vorwurf eines aktuellen „jüdisch-christlichen“ beziehungsweise „jüdisch-amerikanischen Kreuzzugs“ gegen die muslimische Welt.[73] So werden Anschlagsdrohungen damit gerechtfertigt, dass der „Militärapparat der Juden und Kreuzritter [...] Jerusalem besetzt“ halte,[74] und es wird gefordert, die „Hauptverbrecher USA, Russland und Israel in den Kampf zu zwingen“ und den Jihad „auf den Boden des Feindes“ zu tragen.[75]

63 The Hizballah Program, in: www.ict.org.il/articles/articledet.cfm?articleid=409 [eingesehen am 2. Februar 2003].

64 Auch die in Deutschland zu empfangende wöchentliche Al-Manar-Sendung „Fackeln auf dem Weg nach Jerusalem“ (Arabisch) (Masha'il ala tariq al-quds) vom 22. Januar 2003.

65 Croitoru, Hamas, S. 152 ff.

66 Hierbei handelt es sich um ein weitverbreitetes Originalzitat von Hassan Nasrallah. Abgewandelt in „dieses Israel wird mit Gottes Hilfe aufhören zu existieren“ wird es auch von der HAMAS verwandt.

67 Zum Beispiel die Al-Manar-Sendung „Fackeln auf dem Weg nach Jerusalem“ (Arabisch) vom 22. Januar 2003.

68 Bundeszentrale für Politische Bildung (Hrsg.), Die umstrittene Rede Ahmadinedschads vom 26. Oktober 2005 in Teheran.

69 Webman, Anti-Semitic Motifs.

70 Michael Kiefer, Islamischer, islamistischer oder islamisierter Antisemitismus, S. 301 f.

71 Stéphane Lacroix, Ayman al-Zawahiri, der Veteran des Dschihads, in: Gilles Kepel/Jean-Pierre Milelli (Hrsg.), Al-Qaida. Texte des Terrors, München 2006, S. 271–296, hier: S. 287.

72 Guido Steinberg, Der nahe und der ferne Feind, S. 62 f.

73 Aiman al-Zawahiri, Die Treue und der Bruch, in: Kepel/Milelli, Al-Qaida, S. 386 f.

74 Ebenda, S. 416.

Auch auf der Handlungsebene ist die Vernichtung Israels für „al-Qa'ida" und verbündete Gruppen von zentraler Bedeutung. Dies belegen 2005 aufgedeckte Anschlagspläne auf israelische Kreuzfahrtschiffe an der türkischen Südküste. Ebenfalls 2005 verkündete Abu Mus'ab al-Zarqawi (gestorben 2006), Anführer von „al-Qa'ida" im Irak, dass er nicht zögern würde, Chemiewaffen gegen Tel Aviv und andere israelische Städte einzusetzen.[76] Zu den nach 2001 spektakulärsten Angriffen auf Juden außerhalb Israels zählen die Anschläge auf ein Hotel und ein israelisches Verkehrsflugzeug in Mombasa 2002, die Anschläge von Casablanca und Istanbul 2003 sowie die Attentate auf dem Sinai 2004.[77] Darüber hinaus hatten „al-Qa'ida"-nahe Attentäter 2002 einen Anschlag auf die Al-Ghriba-Synagoge im tunesischen Djerba verübt, an dessen Planung auch ein Deutscher beteiligt war.[78] In Deutschland selbst konnten die Sicherheitsbehörden im gleichen Jahr Anschläge der Zarqawi-nahen „Tawhid-Gruppe" auf jüdische Einrichtungen in Berlin und Düsseldorf vereiteln.[79]

Staatlich propagierter Antisemitismus: Die „Islamische Republik Iran"

Der Beschluss des Deutschen Bundestages „Den Kampf gegen Antisemitismus verstärken, jüdisches Leben in Deutschland weiter fördern", der Grundlage dieses Berichts des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus ist, erwähnt explizit die antisemitischen Auslassungen des iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad. Darüber hinaus sind Ahmadinedschads verbale Angriffe auf Israel auch immer wieder Thema der deutschen Medien, deshalb soll hier etwas ausführlicher auf die Situation im Iran eingegangen werden (→ **Klischees, Vorurteile, Ressentiments und Stereotypisierungen in den Medien**).

Als Träger des Antisemitismus agieren im islamistischen Spektrum nicht allein politische Organisationen, sondern auch Staaten. Hierzu gehört vor allem die „Islamische Republik Iran" (IRI), die seit ihrer Gründung 1979 das Existenzrecht Israels negiert, den Untergang des jüdischen Staates propagiert und dessen Zerstörung fordert. Dies gilt nicht alleine für die Vernichtungsrhetorik des gegenwärtigen Staatspräsidenten Mahmoud Ahmadinedschad, sondern auch für einschlägige Äußerungen des „Revolutionsführers" Ali Khamene'i (amtierend 1989–) sowie seines Vorgängers Ruhollah Khomeini (amtierend 1979–1989). Aufgrund der Autorität des Amts des „Revolutionsführers", das auf dem 1979 in der Verfassung verankerten Prinzip der „Herrschaftsgewalt des Rechtsgelehrten" (wilayat al-faqih) basiert und über allen legislativen und exekutiven Gewalten steht, sind Khomeini wie auch sein Nachfolger Khamene'i die entscheidenden Referenzquellen des staatlich propagierten iranischen Antisemitismus. Dessen Reichweite erstreckt sich aufgrund vielfältiger personeller und medialer Verbindungen auch nach Deutschland.

Ideologische Grundlagen des iranischen Staatsantisemitismus

Zweifellos basiert die als Khomeinismus bezeichnete iranische Variante islamistischer Herrschaft auf einer totalitären Interpretation des Islam. So propagiert der Iran die Unteilbarkeit von Politik und Religion und verfolgt die Einführung der Scharia als staatliches Gesetz. Das bedeutet gleichzeitig, dass anderen Konfessionen in der Region kein eigenes Staatswesen zugebilligt wird.[80] Dies gelte insbesondere für Israel, das der Iran als im „Herz der muslimischen Staaten"[81] positioniert betrachtet und deshalb dessen Zerschlagung beabsichtigt. Der staatliche Antisemitismus ist aber nicht allein auf der Propagandaebene relevant. Vielmehr unterstützt der Iran militärisch, finanziell und ideologisch die libanesische „Hizb Allah" sowie die palästinensischen Organisationen HAMAS und „Palästinensischer Islamischer Jihad" (PIJ). Die Unterstützung dieser gewaltausübenden Organisationen ist in der iranischen Verfassung verankert, wo sie auch nicht als terroristisch bezeichnet werden, sondern als „islamische Bewegungen".[82]

75 Aiman al-Zawahiri, Ritter unter dem Banner des Propheten, in: Kepel/ Milelli, Al-Qaida, S. 363 f.

76 Steinberg, Der nahe und der ferne Feind, S. 136 und 142.

77 Ebenda, S. 85, 85 f., 82 f., 128 f.

78 Der deutsche Staatsbürger G. wurde im Februar 2009 von einem französischen Gericht wegen Beihilfe zum Mord sowie Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung zu 18 Jahren Haft verurteilt. Die Welt vom 5. Februar 2009, http://www.welt.de/politik/article3155562/18-Jahre-Haft-fuer-deutschen-Djerba-Angeklagten.html [eingesehen am 18. Mai 2011].

79 Steinberg, Der nahe und der ferne Feind, S. 222.

80 Wahied Wahdat-Hagh, Christenverfolgung in der Islamischen Republik. In: Ursula Spuler-Stegemann (Hrsg.) Feindbild Christentum im Islam, Freiburg 2009.

81 Ruhollah Khomeini, Sahife Noor, Band I. Khomeinis Reden sind in 19 Bänden unter dem Titel Sahife Noor („Die Seiten des Lichts") in Teheran veröffentlicht worden. Ein US-amerikanisches islamisches Zentrum hat diese 19 Bände ins Internet gestellt (Persisch). Vgl. http://www.islamicecenter.com/ketaabkhaaneh/sahifeh_noor/sahifeh_noor_jeld_1_khomeini_07.html#link2 [eingesehen am 6. September 2010].

82 Yavuz Özoguz (Hrsg.), Verfassung der Islamischen Republik Iran, Bremen 2007, S.13.

Antisemitismus der „Revolutionsführer" Khomeini und Khamene'i

Der khomeinistische Vernichtungsantisemitismus ist zentraler Bestandteil der Staatsdoktrin der „Islamischen Republik Iran", die fast sämtliche antisemitischen und antizionistischen Stereotype aufweist. Einschlägig antisemitisch äußerte sich Khomeini bereits in den 1960er-Jahren. So kritisierte er am 13. Oktober 1964 die vermeintliche Passivität der Palästinenser und der arabischen Regierungen und forderte diese zum Krieg gegen Israel auf: „Ich frage die islamischen Regierungen, warum sie sich ums Öl streiten? Palästina ist in Ungnade gefallen. Schmeißt die Juden raus aus Palästina. Ihr Unnützen." Er wirft den arabischen Regierungen vor, sich ums Öl zu streiten und Israel Handlungsspielraum zu lassen.[83] Am 12. September 1967, drei Monate nach dem Sechs-Tage-Krieg, diffamierte Khomeini Israel als „Materie der Verderbtheit", die „in das Herz der muslimischen Staaten" eingepflanzt worden sei.[84] Diese antizionistische Rhetorik verstärkte er in den 1970er-Jahren, als er forderte, Israel zu „entwurzeln". So rief Khomeini am 12. Februar 1975 zur „Zerstörung des Zionismus"[85] auf.[86] Auch nach Gründung der „Islamischen Republik Iran" bezeichnete er Israel als ein „Krebsgeschwür" (29. September 1979).[87] Diese Diffamierungen werden von seinem Amtsnachfolger Khamene'i – so am 4. Juni 2010 – wiederholt: „Der Imam [Khomeini] sagte direkt, dass Israel ein Krebsgeschwür ist. Nun, was macht man mit einem Krebsgeschwür? Gibt es dagegen ein Heilmittel außer das Geschwür herauszuschneiden?"[88]

Die antisemitische Rhetorik des Staatspräsidenten Ahmadinedschad

Parallel zu den vorgenannten antisemitischen Äußerungen des „Revolutionsführers" Khamene'i war es insbesondere die Vernichtungsrhetorik des iranischen Präsidenten Ahmadinedschad, die in den deutschen Medien eine Debatte entfachte. Dies betraf seine 2005 getätigte Äußerung, dass der Staat Israel keine Existenzberechtigung habe und aus den „Annalen der Geschichte getilgt werden" müsse.[89] In der Debatte ging es um die Frage, ob Ahmadinedschad lediglich die militärische Besatzung des Westjordanlands und des Gaza-Streifens kritisiert habe oder ob er die Existenz Israels negierte und zu dessen Zerstörung aufrief. Diese Frage kann fernab der Irritationen, die die Übersetzung des persischsprachigen Originals begleiteten – in den Agenturen war zunächst von einem „Israel von der Landkarte fegen" die Rede –, als geklärt betrachtet werden. So belegen mehrere Stellen seiner auf der Teheraner Konferenz „Eine Welt ohne Zionismus" gehaltenen Rede vom 26. Oktober 2005, die in einer Übersetzung des Sprachendienstes des Deutschen Bundestags vorliegt, die Negierung des Existenzrechts des jüdischen Staates und das Ziel seiner Vernichtung.

So wertet Ahmadinedschad die „Gründung des Regimes welches Jerusalem eroberte" als einen „Brückenkopf der Welt der Arroganz im Herzen der islamischen Welt" und als „ein schweres Vergehen des hegemonialen Systems", weshalb es für Israels Existenz „weder Grund noch Zweck" gebe. Daher würden es die Muslime nicht erlauben, dass „diese historische Feindschaft im Herzen der islamischen Welt existiert". Stellvertretend für „die gesamte islamische Gemeinschaft [umma]" agiere „das palästinensische Volk in seinem Kampf gegen das hegemoniale System". Der von Ahmadinedschad „für Hunderte von Jahren" vorherbestimmte „Schicksalskampf" der Palästinenser schließe auch eine Zweistaatenlösung aus, denn es könne nur ein Palästina geben, das auch Israel in den Grenzen von 1948 umfasst: „Die Palästinafrage ist keineswegs gelöst. Sie wird erst dann gelöst sein, wenn das gesamte Palästina unter einer Regierung steht, die zum palästinensischen Volk gehört."[90] Unter Bezug auf ein Zitat von Khomeini ruft Ahmadinedschad schließlich zur Zerstörung Israels auf: „Unser lieber Imam [Khomeini] sagte auch: Das Regime, das Jerusalem besetzt hält, muss aus den Annalen der Geschichte [safha-yi rōzgār] getilgt werden. In diesem Satz steckt viel Weisheit. Das Palästina-Problem ist keine Frage, bei welcher man in einem Teil Kompromisse eingehen

[83] http://www.islamicecenter.com/ketaabkhaaneh/sahifeh_noor/sahifeh_noor_jeld_1_khomeini_05.html#link2 [eingesehen am 18. Mai 2011].

[84] Ruhollah Khomeini, Sahife Noor, Band I (Persisch), vgl. http://www.islamicecenter.com/ketaabkhaaneh/sahifeh_noor/sahifeh_noor_jeld_1_khomeini_07.html#link2 [eingesehen am 6. September 2010].

[85] Hierzu: Monika Schwarz-Friesel, „Ich habe gar nichts gegen Juden!". Der „legitime" Antisemitismus der Mitte, in: Schwarz-Friesel/Friesel/Reinharz, Aktueller Antisemitismus, S. 27–50, hier: S. 38.

[86] Ruhollah Khomeini, Sahife Noor, Band I (Persisch), vgl. http://www.islamicecenter.com/ketaabkhaaneh/sahifeh_noor/sahifeh_noor_jeld_1_khomeini_09.html#link2 [eingesehen am 6. September 2010].

[87] Ruhollah Khomeini, Sahife Noor, Band IX (Persisch), http://www.islamicecenter.com/ketaabkhaaneh/sahifeh_noor/sahifeh_noor_jeld_9_khomeini_12.html#link2 [eingesehen am 6. September 2010].

[88] Ayatollah Khamene'i, „Freitagspredigt" vom 4. Juni 2010 (Persisch), vgl. http://www.leader.ir/langs/fa/index.php?p=bayanat&id=6893 [eingesehen am 6. September 2010].

[89] Bundeszentrale für Politische Bildung (Hrsg.), Die umstrittene Rede Ahmadinedschads vom 26. Oktober 2005 in Teheran; Sprachendienst des deutschen Bundestages, 22. April 2008, http://www.bpb.de/popup/popup_druckversion.html?guid=MK6BD2 [eingesehen am 5. Juni 2011].

[90] Ebenda.

könnte." Für dieses Ziel fordert er Kämpfer auf, „bald den Schandfleck aus dem Schoß der islamischen Welt zu beseitigen", propagiert die Machbarkeit der Zerschlagung Israels und prophezeit, dass „die Eliminierung des zionistischen Regimes glatt und einfach sein" werde.[91]

Holocaustleugnung

Bereits zu Beginn der iranischen Revolution 1978/79 gehörten einflussreiche Holocaustleugner wie Robert Faurisson[92] zu Gesprächspartnern der staatlichen iranischen Medien, bevor die Holocaustleugnung zur offiziellen Politik erhoben wurde. Einer der Höhepunkte war die Holocaustleugnungskonferenz im Dezember 2006,[93] an der rechtsextremistische Revisionisten und Holocaustleugner wie Friedrich Töben,[94] Herbert Schaller,[95] Robert Faurisson[96] sowie Michelle Renouf[97] teilnahmen. So wiederholte Schaller in Teheran, dass der „Holocaust bisher noch nicht ordnungsgemäß bewiesen" sei. Das Verhältnis zwischen den Rechtsextremisten und dem Iran ist hierbei wechselseitig: Während für die iranischen Islamisten die europäischen Rechtsextremisten ideologische Vorbildfunktion haben, legitimieren die Rechtsextremisten ihre Auffassungen wiederum mit entsprechenden Holocaustleugnungskonferenzen.

Was die Holocaustleugnung auf iranischer Seite angeht, liegen einschlägige Aussagen sowohl vom Staatspräsidenten Ahmadinedschad als auch vom „Revolutionsführer" Khamene'i vor. Mit Bezug auf Roger Garaudy beklagte Khamene'i am 12. Mai 2000 die Sanktionierung der Holocaustleugnung in Europa: „Wenn schon jemand aufsteht und wie der Franzose einige Bücher gegen den Zionismus schreibt und es auch als eine Unwahrheit bezeichnet, dass Juden in Brennöfen verbrannt worden sind, behandeln sie ihn ganz anders als sonst. [...] Für ihn gibt es keine Meinungsfreiheit."[98] Ahmadinedschad bezeichnete 2008 den Holocaust als „eine falsche Behauptung, ein Märchen", das 1948 als Vorwand für die Gründung Israels gedient hätte.[99] Zudem erklärt er die Täterschaft des Holocaust für unbewiesen und ordnet sechs Millionen systematisch ermordete Juden den Toten des Zweiten Weltkriegs zu.[100]

Der „Al-Quds-Tag"

Seit 1979 findet im Iran und im Libanon wie auch in einigen europäischen Ländern der von Khomeini initiierte „Al-Quds"-Tag statt, auf dem zur „Befreiung" der auch für Muslime heiligen Stadt Al-Quds (Arabisch für Jerusalem) von „zionistischer Besatzung" aufgerufen wird. In Berlin wird der Al-Quds-Tag von Khomeini-Anhängern, insbesondere regimetreuen Iranern und Anhängern der „Hizb Allah", organisiert. Dieser Tag propagiert nicht allein die Zerstörung Israels, sondern koppelt auch das islamistische iranische Herrschaftsmodell an die „Befreiung Jerusalems". Entsprechend aggressiv ist die antisemitische Propaganda. So verkündete Ahmadinedschad am 3. September 2010 erneut den Untergang des „künstlichen Gebildes" Israel: „Der Al-Quds-Tag muss eine Arena für den Kampf gegen den Teufel und ebenfalls der Tag der Reinheit der Gesellschaft von Zionisten sein."[101] Auch die Revolutionsgardisten (Pasdaran-e enqelab), die wichtigste Abteilung der iranischen Armee, beschwören unzweideutig die Vernichtung Israels: „Der Al-Quds-Tag ist ein praktischer Schritt zur Auslöschung und Zerstörung dieses Krebsgeschwürs. Ohne Zweifel ist das Schicksal des künstlichen und unmenschlichen zionistischen Regimes der Niedergang und die Vernichtung."[102]

91 Ebenda, „Ist es denn möglich, dass wir eine Welt ohne Amerika und Zionismus erleben können? Aber Ihr [Zuhörer], Ihr wisst es am besten, dass es möglich und machbar ist, diese Parole und dieses Ziel zu verwirklichen."

92 Wolfgang Benz (Hrsg.), Das Handbuch des Antisemitismus, Band 2, Berlin 2009, S. 222 f.

93 Siehe dazu: Wolfgang Benz/Juliane Wetzel, Antisemitismus und radikaler Islamismus, in: dies., Antisemitismus und radikaler Islamismus, S. 9–23, hier: S. 10.

94 Siehe auch das Gespräch zwischen Ramin und Töben in deutscher Sprache: http://www.youtube.com/watch?v=zQ-FHFtFTa8&feature=related [eingesehen am 10. August 2010]; Töben ist Leiter des australischen Adelaide Instituts. Dieses Institut propagiert Holocaustleugnung und den Antisemitismus.

95 Siehe die Teheraner Rede von Dr. Schaller auf Deutsch: http://www.youtube.com/watch?v=F_IXY4dGJBA&feature=related [eingesehen am 10. August 2010]; Schaller hat sich als österreichischer Anwalt von Rechtsradikalen einen Namen gemacht.

96 Siehe die Rede von Faurisson: http://www.youtube.com/watch?v=-dJ1xGkDV8s&feature=related [eingesehen am 6. September 2010]; Faurisson ist ein französischer Holocaustleugner.

97 Zu Michelle Renouf: http://www.youtube.com/watch?v=VIMn6CwlT-c&feature=related [eingesehen am 6. September 2010]; Renouf ist eine australische Holocaustleugnerin.

98 Zum Beispiel die iranische Zeitung Partosokhan vom 21. Februar 2007.

99 Rede zum Jerusalem-Tag. Ahmadinedschad nennt Holocaust ein „Märchen", http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,649831,00.html [eingesehen am 30. September 2010].

100 Siehe dazu Interviews mit Ahmadinedschad mit englischer Übersetzung: 19. September 2006, http://www.youtube.com/watch?v=ykd-syzZ4ZY&feature=related; Interview vom 23. September 2008, http://www.youtube.com/watch?v=qy2aDpvF1-M&feature=related; http://www.welt.de/politik/article2491158/Wie-Ahmadinedschad-US-Buergern-die-Welt-erklaert.html [alle eingesehen am 28. Juli 2011].

In Berlin belegen die alljährlichen Demonstrationen des Al-Quds-Tags den Einfluss der „Islamischen Republik Iran“ auf die hier lebenden Schiiten. Seit Mitte der 1980er-Jahre wird der Al-Quds-Tag in Deutschland von prokhomeinistischen iranischen und anderen muslimischen Organisationen durchgeführt. Zu den frühen Organisatoren gehörte Kazem Darabi, der als der lokale Drahtzieher eines Attentats auf kurdische Iraner (Berliner „Mykonos-Attentat“) am 17. September 1992 überführt wurde. Von etwa 1984 bis 2005 gab es noch Szenen wie in Teheran, wo „Israel den Tod“ skandiert und israelische sowie amerikanische Fahnen verbrannt wurden.

Seit Oktober 2005 dürfen die Al-Quds-Demonstrationen nur unter Auflagen durchgeführt werden; seitdem sind offene Gewaltaufrufe zurückgegangen. Als Organisatoren agierten proiranische Islamisten sowie die „Islamische Gemeinde der Iraner in Berlin-Brandenburg e. V.“.[103] Auch das „Islamische Zentrum Hamburg“ (IZH) war bis 2004 regelmäßig Mitorganisator. Inzwischen ist die in Berlin ansässige Quds-Arbeitsgruppe[104] als eine der Hauptorganisatoren aktiv, die ideologisch von der deutschsprachigen staatlichen Nachrichtenagentur wie auch den persisch- und arabischsprachigen iranischen Medien beeinflusst werden. Teilnehmer des Al-Quds-Tags in Deutschland sind proiranische Aktivisten sowie Anhänger der libanesischen „Hizb Allah“. Hierbei tritt das von Yavuz Özoguz und seinem Bruder Gürhan Özoguz betriebene deutschsprachige Internetportal Muslim-Markt als mediale Plattform zur Mobilisierung der Demonstranten auf. Seit der Al-Quds-Tag in der Öffentlichkeit kritisch begleitet wird, hat sich die in Berlin stattfindende Demonstration geändert. Es werden keine Fahnen mehr verbrannt, und die Teilnehmerzahl ist auf wenige Hundert zurückgegangen.

Antisemitische Propaganda auf internationalen Buchmessen in Deutschland

Der Iran exportiert seine antisemitische Ideologie auch über internationale Buchmessen in Deutschland sowie über iranische Buchläden in Europa. So lassen sich über iranische Buchläden in Deutschland problemlos die „Protokolle der Weisen von Zion“ in persischer Übersetzung bestellen. Im Jahr 2005 kam es auf der Frankfurter Buchmesse zu einem Eklat, als am Bücherstand der „Islamischen Republik Iran“ die – von der dortigen staatlichen „Islamischen Propagandaorganisation“ edierten – „Protokolle der Weisen von Zion“ oder Henry Fords „The International Jew. The World’s Foremost Problem“ auslagen.

Fazit

Der islamistische Antisemitismus zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass seine Anhänger den Islam nicht ausschließlich als eine Religion, sondern als ein Herrschaftssystem und eine Gesellschaftsordnung verstehen. Dies unterscheidet die Anhänger der in Deutschland als extremistisch betrachteten Ideologie des Islamismus von der Religion des Islam und von nichtextremistisch gesinnten Muslimen. Für diese islamistisch ausgerichteten Gruppen und Staaten ist Antisemitismus allerdings ein konstitutiver Bestandteil ihrer Ideologie. Dies gilt unabhängig von den Unterschieden ihrer jeweiligen ideologischen Ausrichtung und der von ihnen verwendeten Antisemitismusformen. Erweitert um häufig „islamisch“ begründete Stereotype – etwa den Vorwurf einer jüdischen Verschwörung gegen den Islam – finden sich bei Islamisten sämtliche Ausprägungen des religiösen, politischen und sozialen Antisemitismus wie auch des sekundären Antisemitismus in Form der Holocaustleugnung.

Die verhältnismäßig schwach organisierten und weitgehend nicht offen agierenden islamistischen Gruppen in Deutschland wirken hauptsächlich im Ideologietransfer, der – wie der staatlich organisierte Antisemitismus Irans – vor allem über moderne Kommunikationsmittel erfolgt. Einschlägige Reaktionen auf Demonstrationen zum Al-Quds-Tag, zum Libanonkrieg 2006 oder zum Gazakrieg 2009 zeigen, dass dieser Ideologietransfer nicht allein zu mobilisieren vermag, sondern dass die antisemitischen Deutungsmuster der Islamisten komplexe politische Sachverhalte erklären und sich hier insbesondere bei arabisch- und türkischstämmigen Jugendlichen verfestigen. Jüngste Radikalisierungsverläufe in Deutschland aufgewachsener Jihadisten belegen zudem, dass Antisemitismus auch im transnationalen terroristischen Spektrum eine Rolle spielt.

Im Zentrum der Agenden Irans und islamistischer Gruppen steht vor allem die Delegitimierung des Existenzrechts Israels, die sowohl mit religiös-

[101] Rede von Ahmadinedschad von 3. September 2010, veröffentlicht im Dokumentationszentrum der Islamischen Revolution (gesichtet 28. Juli 2011), http://www.irdc.ir/fa/content/10704/print.aspx
روز قدس هم باید عرصه‌ای برای مبارزه با شیطان و همچنین روز پاکیزگی‌های جامعه بشری از صهیونیست‌ها باشد

[102] Farsnews, 31. August 2010, http://www.farsnews.com/newstext.php?nn=8906090554 [eingesehen am 28. Juli 2011].

[103] Siehe: Kleine Anfrage des Abgeordneten Özcan Mutlu (Bündnis 90/Die Grünen) vom 6. Oktober 2005, Bundestagsdrucksache 15/872.

[104] http://www.qudstag.de/index.html [eingesehen am 28. April 2011].

politischen antisemitischen Stereotypen als auch mit dem Topos des „Raubes Palästinas“ begründet wird. Entsprechend propagieren sie – mit Ausnahme der „Millî Görüş“ – Gewaltanwendung gegen Israel und seine Staatsbürger und verlangen die Auslöschung des jüdischen Staates. Die in Deutschland verbotene HuT und das Terrornetzwerk „al-Qa'ida“ fordern darüber hinaus dazu auf, Juden weltweit zu bekämpfen und zu töten.

Welches Ausmaß staatlich propagierter Antisemitismus besitzt, zeigt das Beispiel der „Islamischen Republik Iran“, wo eine hauptsächlich gegen Israel gerichtete Judenfeindschaft seit 1979 Staatsdoktrin ist. Maßgeblich sind hier vor allem die vom Präsidenten Ahmadinedschad wie auch vom „Revolutionsführer“ Khameine'i mehrfach propagierte Leugnung des Existenzrechts Israels sowie unzweideutige Aufforderungen zur Zerstörung des jüdischen Staates. Diese Vernichtungsrhetorik wird auf der Handlungsebene flankiert von einer massiven finanziellen und militärischen Unterstützung für die HAMAS und „Hizb Allah“, die gleichfalls Israel zu eliminieren suchen. Darüber hinaus organisiert der Iran einschlägige antisemitische Veranstaltungen und Holocaustleugnungskonferenzen, initiiert und unterstützt weltweit Demonstrationen zum – die Zerstörung Israels propagierenden – alljährlichen Al-Quds-Tag und verbreitet antisemitische Propaganda auf deutschen Buchmessen.

Der sowohl vom Iran als auch von der HAMAS und „Hizb Allah“ propagierte „Vernichtungsantizionismus“ basiert vor allem auf der von ihnen beworbenen Ideologie des „Widerstands“ (Arabisch „Muqawama“), deren eliminatorischer Charakter weit über vor 1945 gebräuchliche Antisemitismusformen hinausreicht und die selbst bei Angriffen auf Israel als legitim gilt. Verbreitet wird dieser „Vernichtungsantizionismus“ mittels einer aggressiven antiisraelischen Propaganda iranischer Medien wie auch des in Deutschland zu empfangenden „Hizb-Allah“-Senders „Al-Manar“. Dessen militärisch ausgerichtete Propaganda verherrlicht offen Anschläge und Selbstmordattentate und bewirbt unzweideutig die Auslöschung Israels.

HuT und „al-Qa'ida“, deren Agenden sowohl die Zerstörung Israels als auch die weltweite Tötung von Juden propagieren, stehen für einen „eliminatorischen Antisemitismus“. Die vielfachen Bezüge „al-Qa'idas“ auf den „Palästina-Konflikt“ zeigen, dass die Zerstörung Israels auch bei den transnationalen Jihadisten inzwischen einen hohen Stellenwert besitzt. In der Gesamtbetrachtung erweisen sich der „Vernichtungsantizionismus“ von HAMAS und „Hizb Allah“ sowie der „eliminatorische Antisemitismus“ von „al-Qa'ida“ als effektive und schwer zu bekämpfende Instrumente der Mobilisierung. Dies gilt sowohl für die „Widerstands“-Ideologie von HAMAS und „Hizb Allah“, die sich insbesondere bei militärischen Auseinandersetzungen mit Israel mehrfach als hochgradig mobilisierend erwiesen hat, als auch für die – wie zahlreiche Anschläge auf jüdische Einrichtungen außerhalb Israels zeigen – exzessive Judenfeindschaft aus dem Umfeld von „al-Qa'ida“.

III. Antisemitismus in der pluralen Gesellschaft

1. Antisemitische Einstellungen in Deutschland – Befunde der Meinungsforschung

Vorbemerkung

Die Bemühungen, antisemitische Einstellungen in der Bevölkerung mit Hilfe von Meinungsumfragen zu erfassen, sind methodisch mit einer Reihe von Problemen behaftet. Die Einschätzung der Entwicklung antisemitischer Einstellungen über einen längeren Zeitraum wird vor allem durch den Mangel an aktuellen Langzeituntersuchungen (mit Ausnahme der unten zitierten Studie „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ der Universität Bielefeld und der im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung erstellten Studien von Brähler und Decker) erschwert, während die vorliegenden Befragungen aufgrund von Unterschieden bei Erhebungsmethoden, dem Aufbau des Fragebogens, der Formulierung der Fragen etc. nicht immer im vollen Umfang kompatibel sind. Da angesichts einer allgemeinen Ächtung des Antisemitismus eine einfache Messung nach dem Muster „Würden Sie sich selbst auf einer Skala von 1 bis 5 als Antisemiten einstufen?“ nicht möglich ist, versuchen Meinungsforscher, durch die Vorlage von Statements, die typische antisemitische Inhalte transportieren („Juden haben zu viel Einfluss“), die Einstellung der Befragten zu ermitteln.

Möglicherweise bewirkt die Diskussion solcher Umfragen in der Öffentlichkeit auf Dauer so etwas wie einen Resistenz-Effekt, indem die Interviewten in der Fragesituation die (gesellschaftlich überwiegend nicht akzeptierte) antisemitische Einstellung zu verbergen suchen. Solche Zurückhaltungen und hieraus entstehende Verzerrungen sind in der Meinungsforschung ebenso bekannt wie der Umstand, dass die Abfolge der Fragen das Antwortverhalten steuern kann.

Verschiedentlich sind Versuche unternommen worden, aus der Kombination von Antworten auf eine Reihe einschlägiger Fragen (sogenannte Items) Prozentsätze antisemitischer Einstellungen zu berechnen. In solche Berechnungen gehen jedoch immer bestimmte Einschätzungen und Wertungen der analysierenden Wissenschaftler ein.[1]

Aus alledem ergibt sich, dass Aussagen wie „15 Prozent der Deutschen sind antisemitisch“ oder „der Antisemitismus hat in den letzten Jahren von 15 auf 20 Prozent zugenommen“ letztlich Einschätzungen sind, die auf bestimmten Interpretationen des vorhandenen Zahlenmaterials beruhen, über dessen Erhebung mitunter methodische Kritik durchaus angebracht sein kann.

Andererseits zeichnen die vorhandenen Umfragen ein weitgehend übereinstimmendes Bild hinsichtlich der Größenordnungen des Phänomens und lassen durchaus in die gleiche Richtung weisende Veränderungen erkennen. Insgesamt ist festzuhalten, dass Umfragen zum Thema Antisemitismus eher dazu geeignet sind, Trends aufzuzeigen, als präzise Zahlen für einen bestimmten Stichtag zu liefern.

Die wichtigsten Umfrageergebnisse

Die bisher aussagekräftigsten Befragungen zum Stand und zur Entwicklung des Antisemitismus in Deutschland während der letzten Jahre hat das Projekt „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ der Universität Bielefeld vorgelegt. Es handelt sich um eine auf zehn Jahre befristete Langzeitstudie, die mittlerweile die Jahre 2001 bis 2010 umfasst und auf der Basis von Telefonumfragen mit einer angestrebten Zahl von 2.000 bis 3.000 Personen (die tatsächliche Zahl lag in den letzten Jahren allerdings unter 1.800) durchgeführt wurde. Die für unseren Zusammenhang wesentlichen Ergebnisse werden in der Expertise von Andreas Zick und Beate Küpper referiert.[2]

[1] Dabei geht man davon aus, dass nicht jeder, der einem der Items ganz oder teilweise zustimmt, ein Antisemit sein muss. Es besteht auch immer die Möglichkeit der Fehlinterpretation oder des Missverständnisses einzelner Statements. Erst aus der Fülle beziehungsweise Summe von Zustimmungen zu ihnen leiten die Sozialwissenschaften das Vorhandensein einer antisemitischen Einstellung ab.

[2] Andreas Zick/Beate Küpper, Antisemitische Mentalitäten. Bericht über Ergebnisse des Forschungsprojekts Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland und Europa, Universität Bielefeld 2010/11 (Expertise für den Expertenkreis); zu den Erhebungszahlen siehe S. 15, http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/PolitikGesellschaft/PolitBildGesellZusammen/Expertenkreis/expertenkreis_node.html. Den Mitgliedern der Kommission ist bekannt, dass an den gesellschaftspolitischen Deutungen des empirischen Materials beziehungsweise an den Items für Fremdenfeindlichkeit und Islamophobie des Bielefelder GMF-Projekts innerhalb der

Danach stimmte folgender Prozentsatz der Befragten eher oder voll und ganz diesen Aussagen zu (siehe Tabelle 1):[3]

Tabelle 1: Prozentsatz der Befragten, die den folgenden Aussagen eher oder voll und ganz zustimmen

Antisemitische Straftaten	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
„Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss.“	21,7	23,7	21,5	20,9	14,1	15,6	14,4	16,5	16,5
„Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihren Verfolgungen mitschuldig.“[4]	16,6	18,1	17,3	12,9	9,9	12,8	9,4	10,7	12,6
„Viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute ihren Vorteil zu ziehen.“	51,8	54,8	45,1	44,9	41,5	32,2	38,3	37,4	39,5
„Ich ärgere mich darüber, dass den Deutschen auch heute noch die Verbrechen an den Juden vorgehalten werden.“	67,7	66,7	64,1				67,5		
„Ich finde es gut, dass wieder mehr Juden in Deutschland leben.“		69,9	68,3	64,0	61,9	58,4	63,0		
„Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat.“			44,4		29,9	32,8		33,9	38,4
„Israel führt einen Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser.“			68,4		41,9		49,2	51,1	57,3
„Was der Staat Israel heute mit den Palästinensern macht, ist im Prinzip nichts anderes als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben.“			51,2		39,9	47,9	40,5		

Die wichtigsten Ergebnisse dieser Umfragen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Nach einem deutlichen Rückgang antisemitischer Einstellungen in den Jahren 2004 bis 2006 ist seit 2007/2008 wiederum ein Anstieg zu beobachten, der allerdings bisher nicht das Niveau von 2002 erreicht hat.

Für den heutigen Stand ist vor allem das Folgende von Bedeutung:

- Jeder sechste Deutsche stimmt der Aussage „Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss“ zu. Andererseits: Über 60 Prozent begrüßen 2008, dass wieder mehr Juden in Deutschland leben.
- Jeder achte Befragte (beziehungsweise jeder zehnte in 2008 und 2009) stimmt der Aussage zu, dass Juden an ihren Verfolgungen eine Mitschuld trügen.

Während diese Antworten auf den ersten Blick traditionelle antisemitische Einstellungen erkennen lassen, zeigt sich, dass das Phänomen des „sekundären“ Antisemitismus – also Versuche, die historische Verantwortung für den Holocaust durch Vorwürfe, Verallgemeinerungen und unangemessene Vergleiche zu relativieren – ganz offenbar wesentlich weiter verbreitet ist:

- Fast 40 Prozent der Befragten unterstellen, dass Juden versuchten, aus der Verfolgung in der Vergangenheit Vorteile zu ziehen.

Sozialwissenschaften mitunter Kritik geübt wird. Das in Bielefeld zusammengetragene Datenmaterial zur Messung von antisemitischen Einstellungen, das hier vorgestellt wird, ist jedoch von dieser Kritik unberührt.

[3] Diese Fragen wurden zur besseren Lesbarkeit vom Expertenkreis nach dem Ordnungsprinzip zusammengefasst. Da nicht in jedem Jahr alle Fragen gestellt wurden, erscheinen in der Zusammenstellung freie Felder.

[4] Die von Wilhelm Heitmeyer genannten Zahlen für 2004 und 2007 weichen von diesen Angaben ab, wahrscheinlich handelt es sich dort um eine Vertauschung der Zahlen; Wilhelm Heitmeyer/Jürgen Mansel, Gesellschaftliche Entwicklung und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit: Unübersichtliche Perspektiven, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände, Folge 6, Frankfurt a. M. 2008, S. 13–35, hier: S. 27.

- Mehr als ein Drittel der Befragten äußert angesichts der „Politik, die Israel macht“, Verständnis dafür, „dass man etwas gegen Juden hat“, übertragen also ihre israelkritische Einstellung schlichtweg auf „die Juden“.

- Über 40 Prozent (2008) stimmen einer Gleichsetzung der israelischen Politik gegenüber den Palästinensern mit der nationalsozialistischen Judenverfolgung zu. Über die Hälfte unterstützt die Aussage, Israel führe einen „Vernichtungskrieg“ gegen die Palästinenser. Dabei ist jedoch anzumerken, dass der Begriff des „Vernichtungskriegs“, der sich in den letzten Jahren immer mehr zur Kennzeichnung der Kriegführung des nationalsozialistischen Deutschlands durchgesetzt hat, möglicherweise von einem Teil der Befragten nicht primär mit der Geschichte NS-Deutschlands verbunden wird.

Die immer wieder anzutreffende Vorstellung, dass die weitverbreitete Kritik an der Politik Israels ein antisemitisch aufgeladener Entlastungsdiskurs ist, der spezifisch deutsche Ursachen hat (Stichwort „Täter-Opfer-Umkehr“), erscheint jedoch fragwürdig, wenn man diese Umfragewerte in einen europäischen Vergleich stellt. Hier zeigt sich nämlich, dass sowohl bei der Übertragung von Israel-Kritik auf „die Juden“, aber auch bei dem Vorwurf, der Holocaust werde zu stark betont beziehungsweise instrumentalisiert, in ganz Europa ein recht hohes Zustimmungsniveau herrscht. Mag man dieses Phänomen in Ländern wie Ungarn und Polen einer antisemitisch aufgeladenen Opfer-Konkurrenz zurechnen, so sprengen solche relativ hohen Werte für Länder wie die Schweiz, Spanien und Portugal den Erklärungsrahmen nationaler Opfer- oder Täterdiskurse.

Ein ähnliches Bild über das Ausmaß antisemitischer Einstellungen liefert die Allbus-Studie, die 1996 und 2006 den Fokus auf „Einstellungen gegenüber ethnischen Gruppen in Deutschland“ legte und in diesem Zusammenhang die Wahrnehmung und Akzeptanz von Juden erfasste (persönliche Interviews mit einer angestrebten Zahl von 3.500 Befragten).[5] Die Allbus-Werte deuten auf eine Zunahme antisemitischer Einstellungen in diesem Zeitraum hin (ein Trend, der sich bei der jährlich vorgenommenen Bielefelder Untersuchung differenzierter darstellt; siehe Tabelle 2).

Die europaweiten Befragungen der in New York ansässigen Anti-Defamation League (Telefonumfragen mit der allerdings relativ schmalen Basis von 500 Befragten pro Land)[6] ergeben zu

Tabelle 2: Fragen zur Ermittlung antisemitischer Einstellungen (alle Angaben in Prozent)

(Antwortskala von 1–7: 1=vollkommene Ablehnung, 7=vollkommene Zustimmung).

1. „Juden haben auf der Welt zu viel Einfluss“

		1	2	3	4	5	6	7	keine Angabe
Juden	1996	30,2	13,1	9,8	22,0	9,2	6,4	7,9	1,5
	2006	25,8	9,8	8,5	14,1	10,9	7,9	9,7	13,2

Rechnet man die zustimmenden Äußerungen (5–7) zusammen, so kommt man für 1996 auf 23,4 und für 2006 auf 28,5 Prozent.

2. „Viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute ihren Vorteil zu ziehen und die Deutschen dafür zahlen zu lassen“

		1	2	3	4	5	6	7	keine Angabe
Juden	1996	14.4	10,0	8,6	22,5	13,1	10,9	19,2	1,2
	2006	12,6	10,2	7,3	14,1	11,7	12,6	19,7	11,7

Die zustimmenden Äußerungen addieren sich für 1996 auf 43,3, für 2006 auf 44,0 Prozent.

3. „Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihren Verfolgungen nicht ganz unschuldig“

		1	2	3	4	5	6	7	keine Angabe
Juden	1996	42,7	14,5	7,8	17,8	6,96	3,9	4,7	1,7
	2006	39,2	12,2	6,0	12,2	7,1	3,8	5,7	13,8

Daraus ergeben sich für 1996 15,5, für 2006 16,6 Prozent befürwortende Aussagen.

dem Statement „Juden haben zuviel Macht im Geschäftsleben“ für Deutschland folgende zustimmende Werte: siehe Tabelle 3.

Auf das Statement „Juden haben zuviel Macht auf den internationalen Finanzmärkten“ antworteten positiv: siehe Tabelle 4.

Zustimmung fand das Statement „Juden reden immer noch zu viel über das, was ihnen während des Holocausts widerfahren ist“ (siehe Tabelle 5).

Eine im Rhythmus von zwei Jahren durchgeführte Untersuchung von Oliver Decker und Elmar Brähler kam auf der Basis von 2.000 bis 2.500 Befragungen in den Jahren 2002 bis 2010 zu folgenden Ergebnissen (siehe Tabelle 6).[7]

Tabelle 3: Zustimmende Werte zum Statement „Juden haben zuviel Macht im Geschäftsleben“

2002	2004	2005	2007	2009
32 %	24 %	20 %	21 %	21 %

Tabelle 4: Zustimmende Werte zum Statement „Juden haben zuviel Macht auf den internationalen Finanzmärkten“

2005	2007	2009
24 %	25 %	22 %

Tabelle 5: Zustimmende Werte zum Statement „Juden reden immer noch zu viel über das, was ihnen während des Holocausts widerfahren ist“

2002	2004	2005	2007	2009
58 %	56 %	48 %	45 %	45 %

Tabelle 6: Reaktionen auf das Statement „Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß“[8] (in Prozent)

	2002	2004	2006	2008	2010
Lehne völlig ab	40,0		35,1	36,3	33,9
Lehne überwiegend ab			23,5	21,8	24
Stimme teils zu, teils nicht zu	32,0		23,6	24,1	24,9
Stimme überwiegend zu	28,0	18,9	13,3	12,9	12,5
Stimme voll und ganz zu			4,6	5	4,7
Zustimmungswerte in % (Ost/West)	(14,0/31,0)	(11,6/21,0)	17,8 (9,2/20,1)	17,8 (15,4/18,5)	17,2 (15,1/17,7)

[5] Veröffentlicht in: Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS 1996 sowie Datenhandbuch ALLBUS 2006. Das ALLBUS-Programm wurde 1980–86, 1991 von der DFG finanziert. Seit 1987 tragen es im Übrigen Bund und Länder über die GESIS (Gesellschaft sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen). ALLBUS wird vom ZUMA (Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen e. V., Mannheim) und Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung (Köln) in Zusammenarbeit mit dem ALLBUS-Ausschuss realisiert. Die Daten sind beim Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung (Köln) erhältlich. Die vorgenannten Institutionen und Personen tragen keine Verantwortung für die Verwendung der Daten in diesem Beitrag.

[6] Anti-Defamation League (Hrsg.), European Attitudes Toward Jews, Israel and the Palestinian-Israeli Conflict, June 2002; Anti-Defamation League (Hrsg.), European Attitudes Toward Jews: A Five Country Survey, October 2002; Anti-Defamation League (Hrsg.), Attitudes Toward Jews, Israel and the Palestinian-Israeli Conflict in Ten European Countries, April 2004; Anti-Defamation League (Hrsg.), Attitudes Toward Jews in Twelve European Countries, May 2005; Anti-Defamation League (Hrsg.), Attitudes Toward Jews and the Middle East in Five European Countries, May 2007; Anti-Defamation League (Hrsg.), Attitudes Toward Jews and the Middle East in Six European Countries, July 2007; Anti-Defamation League (Hrsg.), Attitudes Toward Jews in Seven European Countries February 2009, http://www.adl.org/main_Anti_Semitism_International/Default.htm [alle eingesehen am 5. Mai 2011].

[7] Bezüglich der von Decker und Brähler genutzten Items zur Erfassung von Chauvinismus oder Fremdenfeindlichkeit wird innerhalb der Sozialwissenschaften Kritik geübt. Demgegenüber beschränken wir uns darauf, aus den Studien dieser Autoren einige Zustimmungswerte für antisemitische Einstellungen zu referieren. Die dabei genutzten Items können als aussagekräftige Erhebungsinstrumente gelten.

[8] Quelle 2002: Elmar Brähler/Oskar Niedermayer, Ergebnisse einer repräsentativen Erhebung im April 2002, Berlin/Leipzig 2002, S. 9 f.; Quelle 2004: Oliver Decker/Elmar Brähler, Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 42 (2005), S. 8–17, hier: S. 13; Quelle 2006: Oliver Decker/Elmar Brähler, Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellung und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, Berlin 2006, S. 33; Quelle 2008: Oliver Decker/Elmar Brähler, Bewegung in der Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2008 mit einem Vergleich von 2002 bis 2008 und der Bundesländer, Berlin 2008, S. 17; Oliver Decker/Elmar Brähler u. a., Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010, Berlin 2010, S. 73, 79.

Die Umfragen von Brähler/Decker sowie der ADL bestätigen die Bielefelder Erkenntnisse, dass das Ausmaß des Antisemitismus 2009/2010 insgesamt etwas geringer erscheint als 2002. Aufgrund der geringeren Frequenz und der wesentlich schmaleren Erhebungsbasis (in der ADL-Umfrage) vermögen diese Daten jedoch nicht die differenzierten Bielefelder Aussagen über einen Wiederanstieg des Antisemitismus seit 2007/2008 zu entkräften.

Die Allbus-Studie berechnete aufgrund von drei Fragen und einer siebenstufigen Skala von Zustimmungen/Ablehnungen einen Antisemitismus-Index, demzufolge 1996 18 Prozent und 2006 22,6 Prozent der Befragten als antisemitisch anzusehen seien.[9] Eine Forsa-Studie von 1998 (2000 telefonisch Befragte) bildete aufgrund von sechs Fragen einen Antisemitismus-Index (0 bis 18 Punkte) und kam zu dem Ergebnis, dass 20 Prozent der Befragten als zumindest latent antisemitisch einzustufen seien.[10]

Zwar sind solche Werte, wie bereits betont, nicht einfach abfragbar, sondern das Ergebnis von Definitionen und Einstufungen der jeweiligen Forscher. Festzuhalten ist jedoch, dass beide Studien unabhängig voneinander hinsichtlich der Größenordnung des Phänomens übereinstimmen.

Demgegenüber hat das Bielefelder Team aufgrund von zwei Fragen (Einfluss, Mitschuld an der Verfolgung) einen Index entwickelt, der sich am Grad der Zustimmung (auf einer vierstufigen Skala) bemisst. Dieser Index hat sich seit 2002 wie folgt entwickelt (siehe Tabelle 7)[11].

Langfristige Trends

Betrachtet man diese Trends in einer langfristigen Perspektive, die mehrere Jahrzehnte umfasst, so zeigt sich, dass Antisemitismus seit den späten 1950er-Jahren zunächst kontinuierlich abnahm, aber offenbar in zwei Wellen (zum einen in den 1980er-Jahren bis Mitte der 1990er-Jahre, zum anderen seit etwa 2000) wieder anstieg, um sich Mitte des letzten Jahrzehnts abzuschwächen. Die erste Welle dürfte mit dem Erstarken des Rechtsextremismus einhergehen, die zweite mit der Verschärfung des Nahostkonflikts und dem Beginn der zweiten Intifada. Zurzeit sehen wir eine (verhältnismäßig geringfügige) Zunahme, ausgehend von diesem zwischenzeitlich stark abgesunkenen Niveau. Dies deutet daraufhin, dass der von der Forschung für die ersten Nachkriegsjahre und die frühe Bundesrepublik festgestellte Trend, nämlich eine stete Abnahme infolge des Generationenwechsels, einer Auf- und Abbewegung Platz macht.

Tabelle 7: „Bielefelder Antisemitismus-Index“

2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
1,8	1,9	1,8	1,8	1,6	1,7	1,6	1,65

Tabelle 8: Umfrageergebnisse zum Thema „jüdischer Einfluss“

„Sind Sie der Meinung, dass die nachstehenden Gruppen im Bundesgebiet mehr Einfluss, weniger Einfluss oder gerade soviel Einfluss haben, wie ihnen zukommt?“ (in Prozent)[12]
(Fragevariante 1996: „Juden spielen in Deutschland [...] eine zu große Rolle, zu geringe Rolle, angemessene Rolle.“)

Juden	1959	1961	1963	1964	1967	1971	1975	1981	1984	1986	1994 W/0	1996
Mehr Einfluss	23	19	20	18	19	14	14	20	16	13	20 (24/8)	7
Weniger Einfluss	26	16	21	20	16	22	18	34	34	5	9 8/12	11
Wie ihnen zukommt	39	23	26	20	25	28	36	43	46	31	30 32/24	66
Keine Antwort	12	42	33	36	40	36	32	3	4	51	40 56/36	16

9 Werner Bergmann, Antisemitismus in Deutschland, 2010 (Expertise für den Expertenkreis), S. 4 f.

10 Forsa (Hrsg.), Studie zum Antisemitismus in Deutschland, Berlin 1998.

11 Wilhelm Heitmeyer, Krisen – Gesellschaftliche Auswirkungen, individuelle Verarbeitungen und Folgen für die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände 2010, Folge 8, S. 13–46, hier: S. 39.

12 Emnid Befragungen nach Werner Bergmann/Rainer Erb, Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der empirischen Forschung von 1946–1989, Opladen 1991, S. 127; Emnid 1996: Emnid (Hrsg.), Die gegenwärtige Einstellung der Deutschen gegenüber Juden und anderen Minderheiten, Bielefeld 1994; Institut für Demoskopie Allensbach (Hrsg.), Deutsche und Juden vier Jahrzehnte danach. Eine Repräsentativbefragung im Auftrag des STERN, Allensbach 1986 sowie Forsa (Hrsg.), Deutsche und Juden Anfang 1996, Berlin 1996.

Dies verdeutlicht die folgende Zusammenstellung verschiedener Statistiken (siehe Tabelle 8).

Anatomie eines Ressentiments: Zusammenhänge zwischen den Indikatoren

Aufgrund der vorgelegten Zahlen des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld für die Jahre 2008 und 2010 hat das dortige Team Zusammenhänge zwischen den einzelnen Indikatoren, nach denen es den Antisemitismus in Deutschland misst, ausgewertet. Dabei ging es um die Frage, mit welcher statistischen Wahrscheinlichkeit eine Person, die einer antisemitischen Aussage zustimmt, auch einem oder mehreren anderen antisemitischen Statements beipflichtet.

Nach dieser Analyse besteht der engste Zusammenhang zwischen den Zustimmungen zu den Aussagen über jüdischen Einfluss, eigener Mitschuld der Juden an ihrer Verfolgung und dem Beziehen von Vorteilen aus dem Holocaust: Dies deutet in der Tat darauf hin, dass bei einer bestimmten Minderheit verfestigte antisemitische Auffassungen existieren.[13]

Etwas schwächer, aber immer noch deutlich ausgeprägt, sind folgende Zusammenhänge: Wer die israelische und die nationalsozialistische Politik gleichsetzt, wer Israel einen Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser führen sieht und Verständnis dafür äußert, dass Juden allgemein wegen der israelischen Politik in Haftung genommen werden, der neigt gleichzeitig dazu, an einen zu großen jüdischen Einfluss zu glauben, Juden Mitschuld an ihren Verfolgungen zu geben und dem Statement zuzustimmen, dass sie Vorteile aus dem Holocaust zögen. Am stärksten ausgeprägt ist dabei der Zusammenhang zwischen dem Komplex Antipathien gegen Juden wegen Israel und den typischen klassischen antisemitischen Auffassungen (Korrelationen von .39 bis .43), während der Zusammenhang zwischen der Vernichtungskriegsthese und den traditionellen Stereotypen am geringsten ist (Korrelationen von .16 bis .31).[14]

In Prozentzahlen ausgedrückt stellen sich diese Zusammenhänge wie folgt dar (wobei die Prozentzahlen statistische Wahrscheinlichkeiten ausdrücken): Unter den 16,5 Prozent, die der Aussage „Juden haben zu viel Einfluss“ voll und ganz oder eher zustimmten, verhielten sich 40 Prozent zustimmend zu der Aussage „Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihren Verfolgungen mitschuldig“, und 91 Prozent stimmten dem Statement zu: „Viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute ihren Vorteil zu ziehen“. Im Vergleich dazu fiel die Gesamtheit der zustimmenden Antworten aller Befragten jedoch niedriger aus: So befürworteten nur 12,6 Prozent die Aussage „Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihren Verfolgungen mitschuldig“ beziehungsweise 39,5 Prozent „Viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute ihren Vorteil zu ziehen“. Unter den 57 Prozent, die der Ansicht zustimmen, Israel führe einen Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser, stimmen knapp 23 Prozent der Aussage zu, Juden hätten zu viel Einfluss, unter den über 38 Prozent, die Verständnis dafür haben, dass man aufgrund der israelischen Politik „etwas gegen Juden hat“, sind dies sogar 32,3 Prozent. Anders ausgedrückt: Während jeder sechste Deutsche traditionell antisemitischen Meinungen zustimmt, ist es von denen, die einer antisemitischen Kritik an Israel zustimmen, fast jeder vierte. Unter jenen, die Antipathien gegen Juden in der Politik Israels begründet sehen, vertritt sogar rund jeder Dritte traditionell antisemitische Meinungen.

Ebenso zeigt sich unter Befragten, die antisemitische Einstellungen „auf dem Umweg über Israel“ kommunizieren, ein höheres Ausmaß an Zustimmung zu den sogenannten sekundären Facetten. 12 Prozent der Deutschen (jeder achte) ist der Auffassung, Juden seien an ihrer Verfolgung mitschuldig. Unter denen, die von einem „Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser“ sprechen, sind das 17,3 Prozent (jeder sechste) und unter jenen, die Antipathien gegen Juden mit Israels Politik begründen, sogar 26,4, also mehr als jeder Vierte. Während insgesamt rund 39 Prozent der Befragten Juden eine Vorteilsnahme aus dem Holocaust unterstellen, sind es unter jenen, die der Vernichtungskriegsthese zustimmen, sogar 49,1 Prozent und unter denen, die die Politik Israels ursächlich für Antipathien gegenüber Juden halten, sogar 60,7 Prozent.

Eine Befragung des Bielefelder Teams aus dem Jahre 2004 ergab sehr hohe Zustimmungswerte zu nicht antisemitisch unterfütterten israelkritischen Statements (über 80 Prozent). Dabei zeigte sich jedoch, dass die Mehrheit derer, die eine solche „neutrale“ (das heißt nicht antisemitisch kodierte) Kritik befürworteten, gleichzeitig der einen oder anderen tendenziell antisemitischen Stellungnahme zustimmten. Die – durchaus überzeugende – Schlussfolgerung der Untersuchung lautet, dass Israelkritik ohne Antisemitismus zwar durchaus nachweisbar ist, jedoch wesentlich häufiger Kritik an Israel mit antisemitischen Untertönen unterfüttert wird.[15]

[13] Zick/Küpper, Mentalitäten, S. 30 f.

[14] „Je höher der angegebene Korrelationskoeffizient, desto enger der Zusammenhang zwischen zwei Elementen, das heißt desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass im Durchschnitt die Befragten beiden Elementen zustimmen (beziehungsweise beide ablehnen).“ Ebenda, S. 9.

[15] Ebenda, S. 32.

Differenzierungen nach verschiedenen Merkmalen

Generell nimmt Antisemitismus mit höherer Schulbildung ab (was jedoch nur geringfügig für den auf Israel bezogenen Antisemitismus gilt).[16] Bei älteren Menschen sind antisemitische Einstellungen stärker verbreitet als bei jüngeren[17], bei Männern stärker als bei Frauen (siehe Tabelle 9).

Tabelle 9: Verbreitung antisemitischer Einstellungen nach Geschlecht (in Prozent)

	Männer	Frauen
Deutsche[18] Zustände 2002, S. 24	14,7	10,9
Deutsche Zustände 2003, S. 25	17,1	12,4
ALLBUS 1996[19]	23,7 (W) 12,3 (O)	19,0 (W) 10,4 (O)

Die Auswertung unterschiedlicher Umfragen aus dem Zeitraum seit 1991 zeigt, dass der Antisemitismus in Ostdeutschland in den neunziger Jahren auf einem niedrigeren Niveau stand als im Westen und im darauffolgenden Jahrzehnt überproportional anstieg, um seit 2004 abzusinken. Dabei ist eine Annäherung der Werte aus Ost- und Westdeutschland zu beobachten.[20] Eine wesentliche Rolle dürfte hier die Zunahme von Antisemitismus unter den Jüngeren spielen.[21]

Zurechnung von Ursachen und Motiven

Was die politische Einstellung angeht, so lässt sich generell feststellen, dass der Antisemitismus von links nach rechts zunimmt. So zeigt eine genaue Analyse der GMF-Daten, dass Einstellungen im Sinne des „klassischen Antisemitismus", „sekundären Antisemitismus", „israelbezogenen Antisemitismus" und der „antisemitischen Separation" weitaus stärker bei den „rechts" oder „eher rechts" Eingestellten zu finden sind. Bei den „links" oder „eher links" Eingestellten lässt sich zwar eine ausgeprägtere „israelkritische Einstellung" ausmachen, doch lässt sich zwischen dieser Präferenz in dieser Gruppe und dem klassischem sowie dem sekundären Antisemitismus kein empirischer Zusammenhang herstellen.[22]

Was die relativ geringen Antisemitismuswerte bei der politischen Linken betrifft, ist jedoch eine Ausnahme zu beachten: Werte im äußeren linken Bereich sind etwas höher als bei denjenigen, die sich als gemäßigte Linke einstufen, liegen aber erheblich unter den Zahlen für Menschen, die sich in der politischen Mitte verorten.[23]

Das gilt entsprechend auch für die Antisemitismuswerte, aufgeschlüsselt nach Parteipräferenzen: Die Antisemitismuswerte sind bei Nichtwählern am höchsten, gefolgt von Anhängern der CDU, SPD und FDP, während die Grünen die niedrigsten Zahlen aufweisen.[24] Dieser Zusammenhang schließt an die Erkenntnisse früherer Studien an: Danach machte 1991 der Anteil von judenfeindlich Eingestellten bei den Wählern der Partei „Die Republikaner" (REP) das Achtfache dieses Potenzials von Wählern der „Partei des demokratischen Sozialismus" (PDS) aus (40 Prozent in Ostdeutschland und 38 Prozent in Westdeutschland im Vergleich zu 0 und 5 Prozent). Zum Vergleich: Die CDU erlangte 5 Prozent in Ostdeutschland und 19 Prozent in Westdeutschland, die FDP 4 und 18 Prozent, die SPD 3 und 13 Prozent und B'90/Grüne 0 und 10 Prozent.[25]

Nach den Ergebnissen der Bielefelder Studie ist der Einfluss materieller Deprivation auf traditionellen Antisemitismus gering, wobei die Faktoren Einkommen, subjektive Einschätzung der wirtschaftlichen Lage, persönliche finanzielle Lage, persönliche finanzielle Zukunftserwartungen, Angst vor und Wahrscheinlichkeit von Arbeitslosigkeit, die Erfahrung von Arbeitslosigkeit sowie das Gefühl der Benachteiligung im Vergleich zu anderen getestet wurden. Dabei ist ein nennenswerter statistischer

[16] Ebenda, S. 35, basierend auf GMF 2002–2010.

[17] Bergmann, Antisemitismus, S. 7; Allbus und GMF 2002 und 2003.

[18] Auf der Grundlage der von der Universität Bielefeld erhobenen Zahlen.

[19] Bergmann, Antisemitismus, S. 12.

[20] Jürgen Leibold/Steffen Kühnel, Einigkeit in der Schuldabwehr. Die Entwicklung antisemitischer Einstellungen in Deutschland nach 1989, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände, Folge 7, Frankfurt a. M. 2009, S. 131–151, hier: S. 139 ff. (aufgrund GMF und anderer Umfragen); Allbus 1996 und 2006; Zick/Küpper, Mentalitäten, S. 37.

[21] Bergmann, Antisemitismus, S. 7.

[22] Aribert Heyder/Julia Iser/Peter Schmidt, Israelkritik oder Antisemitismus? Meinungsbildung zwischen Öffentlichkeit, Medien und Tabus, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände, Folge 3, Frankfurt a. M. 2005, S. 144–165, hier: S. 153 f., 160.

[23] Zick/Küpper, Mentalitäten, S. 44, nach GMF 2010; Bergmann, Antisemitismus, S. 7, nach GMF 2007. – In einer differenzierten Untersuchung des Zusammenhangs von Antisemitismus und der eigenen Rechts-Links-Einstufung aufgrund der GMF-Daten von 2005 konnte gezeigt werden, dass die Werte zum „sekundären Antisemitismus" in der politischen Mitte und bei der gemäßigten Rechten sogar höher lagen als bei der äußersten Rechten; Heyder/Iser/Schmidt, Israelkritik, S. 152 ff.

[24] Bergmann, Antisemitismus, S. 11, aufgrund von GMF 2004, wobei die PDS/Linke hier nicht erfasst ist.

[25] Werner Bergmann/Rainer Erb, Rechtsextremismus und Antisemitismus, in: Jürgen W. Falter/Hans-Gerd Jaschke/Jürgen R. Winkler (Hrsg.), Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, Opladen 1996, S. 330–343, hier: S. 334.

Zusammenhang mit Antisemitismus nur in einem Punkt zu erkennen: Wer meint, Deutsche würden im Vergleich mit Ausländern benachteiligt, erweist sich als anfälliger für Antisemitismus.[26]

Traditioneller und sekundärer Antisemitismus, das ist ein weiteres Ergebnis der Bielefelder Untersuchung, tritt dort stärker auf, wo autoritär gesellschaftliche Modelle bevorzugt werden.[27] Nachweisbar ist aufgrund der GMF-Daten ein Zusammenhang zwischen Antisemitismus einerseits und einer hohen Identifikation mit Deutschland und einem Stolz „auf die deutsche Geschichte“ andererseits, kein Zusammenhang scheint demnach zwischen Antisemitismus und Patriotismus zu bestehen (siehe Tabelle 10).[28]

Tabelle 10: Korrelation zwischen antisemitischer Einstellung und Nationalismus

	DZ	
	2002	2006
Identifikation mit Deutschland	.16	.20
Nationalismus	.27	.21
Patriotismus	-.06	-.14

Im Einzelnen zeigt die Analyse der Daten des Jahres 2002, dass die Auswirkungen einer nationalistischen Einstellung auf den Antisemitismus ausschließlich auf die Aussage „Ich bin stolz auf die deutsche Geschichte“ zurückgeht, während der ebenfalls vorgelegte Satz „Ich bin stolz Deutscher/Deutsche zu sein“ keinen wesentlichen Effekt in diese Richtung besaß. „Patriotismus“ wurde anhand der Kriterien Stolz auf die Demokratie in Deutschland beziehungsweise die soziale Sicherheit gemessen; dabei zeigte sich, dass die Zustimmung zum ersten Kriterium sich abschwächend auf den Antisemitismus auswirkte, während das zweite Kriterium keine Auswirkung hatte. 2010 wurde zum Thema Nationalismus wieder der Satz „Ich bin stolz Deutscher/Deutsche zu sein“ vorgelegt und erneut kein signifikanter Effekt auf den Antisemitismus festgestellt.[29]

Allerdings sind die Kriterien, nach denen Nationalismus beziehungsweise Nationalstolz und Patriotismus gemessen werden, nicht in vollem Umfang überzeugend. Es fragt sich nämlich, ob die in der Umfrage verwandte Vorgabe „Ich bin stolz darauf, Deutscher zu sein“ nicht sehr stark als ein rechtsextremer Slogan besetzt ist und eine entsprechende Reaktion bei den Befragten auslöst. Andererseits ist die Definition von „Patriotismus“ als Stolz auf Demokratie und soziale Sicherheit zu eng gefasst. Insbesondere lassen diese Umfragen keine Überprüfung der These zu, ob und wie die vielfach erhobene Forderung nach einer „Normalisierung“ der deutschen Identität und einem „moderaten“ Nationalgefühl auch antijüdische Empfindungen – in denen „die Juden“ als „Störenfriede der Erinnerung“ wahrgenommen werden – auslöst.

Zahlreiche Studien der 1960er- und 1970er-Jahre haben die Wechselwirkungen zwischen Religiosität und der Zustimmung zu antisemitischen Äußerungen untersucht.[30] Vereinzelt berücksichtigten sie dabei die Verbreitung christlich motivierter, antijudaistischer Vorurteile, wie zum Beispiel die 1974 durchgeführte Umfrage des Soziologen Herbert Sallen. Der Aussage, „dass die Juden deshalb so viele Schwierigkeiten hätten, weil sie Jesus gekreuzigt hätten“, stimmten zum Befragungszeitpunkt 27,9 Prozent der Teilnehmer zu.[31]

Vergleichbare Auswertungen fehlen jedoch für die Gegenwart, da in der neueren Antisemitismusforschung die Ansicht vorherrscht, der Antijudaismus hätte inzwischen an Bedeutung verloren. Inwiefern diese Aussage zutrifft, ist empirisch nicht nachweisbar, da aktuelle Analysen in Deutschland Fragen zur religiös motivierten Judenfeindschaft konsequent aussparen.[32] Einzig die auf europäischer

[26] Zick/Küpper, Mentalitäten, S. 47 f.; Julia Becker/Ulrich Wagner/Oliver Christ, Ursachenzuschreibungen in Krisenzeiten: Auswirkungen auf Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände, Folge 8, Frankfurt am Main 2010, S. 128–143, hier: S. 136; Becker/Wagner/Christ kommen zu der Schlussfolgerung, dass Antisemitismus als Folge eines subjektiven Bedrohungsgefühls durch die Krise ansteigt, allerdings nur dann, wenn „Banken und Spekulanten“ für ihre Ursache verantwortlich gemacht werden.

[27] Zick/Küpper, Mentalitäten, S. 42.

[28] Aribert Heyder/Peter Schmidt, Deutscher Stolz. Patriotismus wäre besser, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände, Folge 1, Frankfurt a. M. 2002, S. 71–82; Becker/Wagner/Christ, Ursachenzuschreibungen in Krisenzeiten.

[29] Zick/Küpper, Mentalitäten, S. 42.

[30] Albert Scherr, Verbreitung von Stereotypen über Juden und antisemitische Vorurteile in der evangelischen Kirche, Freiburg 2011, S. 7 f. (Expertise für den Expertenkreis).

[31] Ebenda.

[32] Ebenda, S. 8.

Ebene konzipierte Umfrage der Anti-Defamation League erfasst durchgängig auch Elemente der christlichen Judenfeindschaft. So befürworteten 2009 15 Prozent der deutschen Befragten die Aussage „Jews are responsible for the death of Christ“ (2007: 13 Prozent, 2005: 18 Prozent) und verorteten sich damit im unteren Mittelfeld Europas.[33]

Schwierig ist auch die Erfassung von Zusammenhängen zwischen konfessioneller Bindung und der Zustimmung zu antisemitischen Vorurteilen. Zwar berücksichtigen neuere Umfragen zum Antisemitismus und „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ den religiösen Hintergrund der Befragten, doch lassen sich daraus nur bedingt Aussagen zum Einfluss von Religion auf die Herausbildung von Vorurteilen ermitteln. Tendenziell neigen Katholiken eher dazu, antisemitische Aussagen zu befürworten, als dies bei Protestanten und Nichtreligiösen der Fall ist. Im letzten Jahr stimmten 11,3 Prozent der Katholiken, 7,7 Prozent der Protestanten und 6,4 Prozent der Nichtreligiösen antisemitischen Items zu. Dabei zeigte sich außerdem, dass antisemitische und sozialdarwinistische Aussagen eher bei katholischen und chauvinistische sowie ausländerfeindliche Statements eher bei protestantischen Befragten zu verorten waren.[34] Die GMF-Studie zeigt, dass sich Protestanten, Katholiken und Konfessionslose in der Zustimmung zum klassisch antisemitischen Konspirationsmythos (zu viel jüdischer Einfluss) nicht unterscheiden. Hingegen neigen Katholiken etwas eher dazu, Juden für mitschuldig an ihrer Verfolgung zu erklären, wohingegen Konfessionslose in dieser Hinsicht besonders wenig auffällig sind. Katholiken unterstellen ebenso, etwas eher als Protestanten, Juden versuchten, aus dem Holocaust ihren Vorteil zu ziehen, während Konfessionslose hierzu am wenigsten neigen.[35]

Jedoch sind die statistisch erfassten Unterschiede zwischen den jeweiligen Gruppen äußerst gering.[36] Zudem belegen Umfragen, dass die Annahme, die eigene Religion sei die „einzig wahre“ oder anderen Glaubensrichtungen überlegen, antisemitische Vorstellungen begünstigt. Hingegen erweisen sich „sehr Religiöse, die diese Haltung nicht vertreten, [...] auch als weniger antisemitisch“.[37] Eine direkte Kausalität von Religiosität und antisemitischen Äußerungen ist daher aus heutiger Sicht nicht eindeutig belegbar.[38] Vielmehr gewinnen in diesem Zusammenhang weitere Faktoren wie zum Beispiel gesellschaftliche Milieus, Alter und Bildungsgrad der Befragten an Bedeutung.[39]

Zusammenhänge mit anderen Formen „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“

Das Bielefelder Projekt konnte nachweisen, dass Zusammenhänge zwischen der Verbreitung antisemitischer Einstellungen und anderen Formen „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ bestehen. So stimmten insbesondere 74 Prozent der Befragten, die das Statement befürworteten, die Juden seien durch ihr Verhalten an den Verfolgungen mitschuldig, auch eher oder voll und ganz der Aussage zu, es lebten zu viele Ausländer in Deutschland, während 58 Prozent dem Satz beipflichteten „Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land“ und 55 Prozent sich gegen gleichgeschlechtliche Ehen wandten.[40]

Europäischer Vergleich

Das Bielefelder Team hat außerdem für das Jahr 2008 eine Umfrage zur „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Europa“ auf der Basis von insgesamt 8.000 Telefoninterviews durchgeführt.[41] Im Vergleich zwischen acht europäischen Ländern nimmt Deutschland insgesamt gesehen einen Mittelplatz ein. Dabei ist hervorzuheben, dass Deutschland im Allgemeinen höhere Werte erreicht als die westeuropäischen Länder Italien, Großbritannien, Niederlande und Frankreich. Dass Deutschland trotzdem einen mittleren Platz einnimmt, ist nicht zuletzt der Tatsache geschuldet, dass Polen, Ungarn und Portugal zum Teil extrem hohe Werte erreichen.

Bei der Frage nach einem etwaigen übergroßen jüdischen Einfluss bleiben die Werte demnach für Deutschland unterhalb des EU-Durchschnitts (Position 6 unter acht Ländern). Auffällig sind hier die extrem hohen Werte für Polen und Ungarn (siehe Tabelle 11).

Bei der Frage nach der Selbstbezogenheit der Juden sind die Deutschland-Werte ebenfalls unterdurchschnittlich (Platz fünf von acht), wobei die hohen Werte für Portugal, Polen und Ungarn diese mittlere Positionierung sehr stark mitbestimmen (siehe Tabelle 12).

[33] In Frankreich stimmten 2009 nur 11 Prozent (2007: 14 Prozent, 2005: 13 Prozent) der Aussage zu. Für Großbritannien (2009: 19 Prozent, 2007: 22 Prozent, 2005: 20 Prozent) und Spanien (2009: 21 Prozent, 2007: 19 Prozent, 2005: 20 Prozent) existieren mit circa 20 Prozent etwas höhere Zustimmungsquoten. Die höchste Zustimmung erreichte die Aussage jedoch in Ungarn (2009: 33 Prozent, 2007: 26 Prozent, 2005: 20 Prozent) und Polen (2009: 48 Prozent, 2007: 39 Prozent, 2005: 39 Prozent); Quelle ADL-Studien 2005–2009.

[34] Decker/Brähler, Die Mitte in der Krise, S. 88.

[35] Zick/Küpper, Mentalitäten, S. 46.

[36] Scherr, Verbreitung von Stereotypen, S. 11 f.(nach Allbus-Daten); Zick/Küpper, Mentalitäten, S. 46.

Bei der Frage nach dem Erwerb angeblich unberechtigter Vorteile aus dem Holocaust liegen die Werte für Deutschland demgegenüber oberhalb des europäischen Schnitts (Platz drei von acht; siehe Tabelle 13).

Der Aussage, dass Juden die eigene nationale Kultur angeblich nicht bereichern, stimmen in den befragten acht Ländern nur in Großbritannien und den Niederlanden weniger Menschen zu als in Deutschland. Trotzdem bleiben die deutschen Werte wegen extrem hoher Zustimmungsraten in einer Reihe von anderen Ländern unterdurchschnittlich (siehe Tabelle 14).

Das Verständnis für Antipathien gegen „Juden“ als Reaktion auf die Politik Israels ist – bei insgesamt sieben Ländern – nur in Italien geringer als in Deutschland. Auch hier sind jedoch die deutschen Werte unterdurchschnittlich (siehe Tabelle 15).

Tabelle 11: Zustimmung zur Aussage „Juden haben in [Land] zu viel Einfluss“ (in verschiedenen europäischen Ländern; in Prozent)

Deutschland	Großbritannien	Frankreich	Italien	Niederlande	Portugal	Polen	Ungarn	Europa
19,6	13,9	27,7	21,2	5,6	19,9	49,9	69,2	24,5

Tabelle 12: Zustimmung zu der Aussage „Juden im Allgemeinen kümmern sich um nichts und niemanden außer um ihre eigene Gruppe“ (in verschiedenen europäischen Ländern; in Prozent)

Deutschland	Großbritannien	Frankreich	Italien	Niederlande	Portugal	Polen	Ungarn	Europa
29,4	22,5	25,8	27,0	20,5	54,2	56,9	51,0	31,0

Tabelle 13: Zustimmung zu der Aussage „Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi Zeit die Opfer gewesen sind“ (in verschiedenen europäischen Ländern; in Prozent)

Deutschland	Großbritannien	Frankreich	Italien	Niederlande	Portugal	Polen	Ungarn	Europa
48,9	21,8	32,4	40,2	17,3	52,1	72,2	68,0	41,2

Tabelle 14: Ablehnung der Aussage „Juden bereichern unsere Kultur“ (in verschiedenen europäischen Ländern; in Prozent).

Deutschland	Großbritannien	Frankreich	Italien	Niederlande	Portugal	Polen	Ungarn	Europa
31,2	28,5	39,4	50,3	28,2	48,1	48,8	42,7	38,1

Tabelle 15: Zustimmung zu der Aussage „Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man Juden nicht mag“ (in verschiedenen europäischen Ländern; nicht in Frankreich erhoben; in Prozent)

Deutschland	Großbritannien	Frankreich	Italien	Niederlande	Portugal	Polen	Ungarn	Europa
35,6	36,0	-	25,1	41,1	48,8	55,3	45,6	37,4

Tabelle 16: Zustimmung zu der Aussage „Israel führt einen Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser“ (in verschiedenen europäischen Ländern; nicht in Frankreich erhoben; in Prozent)

Deutschland	Großbritannien	Frankreich	Italien	Niederlande	Portugal	Polen	Ungarn	Europa
47,7	42,3	-	37,5	38,7	48,8	63,3	40,9	45,7

[37] Beate Küpper/Andreas Zick, Riskanter Glaube. Religiosität und Abwertung, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 4, Frankfurt a. M. 2006, S. 179–192; Andreas Zick, Aktueller Antisemitismus im Spiegel von Umfragen – ein Phänomen der Mitte, in: Schwarz-Friesel/Friesel/Reinharz, Aktueller Antisemitismus, München 2010, S. 225–245.

[38] Bergmann, Antisemitismus, S. 13 f.

[39] Vielfach sind Befragte, die sich verstärkt mit der christlichen Konfession verbunden fühlen, älter und verfügen über eine geringere Bildung als ihre nichtreligiöse Vergleichsgruppe; Scherr, Verbreitung von Stereotypen, S. 10.

[40] Zick/Küpper, Mentalitäten, S. 9, aufgrund GMF 2010.

[41] Zick/Küpper, Mentalitäten, S. 17 ff.

Außergewöhnlich ist demgegenüber die hohe Zustimmung, die die Anklage des „Vernichtungskriegs" in Deutschland erfährt: Sie liegt mit 47,7 Prozent oberhalb des europäischen Durchschnitts (Rang drei von sieben; siehe Tabelle 16).

Ähnliche Ergebnisse bieten die Studien der Anti-Defamation League:

Das Statement, Juden seien gegenüber Israel loyaler als gegenüber dem eigenen Land, fand in Italien, Österreich und Polen ähnlich große Zustimmung wie in Deutschland, in Spanien lagen die Werte allerdings erheblich höher. Insgesamt gesehen ist aber das Zustimmungsniveau in allen europäischen Staaten in dieser Frage außerordentlich hoch (siehe Tabelle 17).

Bei der Frage nach dem Einfluss von Juden in der Geschäftswelt und auf den internationalen Finanzmärkten sind die deutschen Werte im internationalen Vergleich verhältnismäßig unauffällig (siehe Tabelle 19).

Dass „Juden" immer noch zu viel Aufhebens vom/um den Holocaust machten, findet demgegenüber in Deutschland eine vergleichsweise hohe Zustimmung, allerdings angesichts eines hohen Zustimmungsniveaus in fast allen Ländern (siehe Tabelle 20).

Die internationalen Vergleiche werfen vor allem ein interessantes Bild auf das Phänomen des „sekundären Antisemitismus", der sich offenbar nicht als ein primär deutsches Spezifikum deuten lässt.

Tabelle 17: Zustimmung zu der Aussage „Jews are more loyal to Israel than to this country" (in verschiedenen europäischen Ländern; in Prozent)

Land/Jahr	2002	2004	2005	2007	2009
Belgien	50	46	41	54	
Dänemark	45	37	43		
Deutschland	55	50	50	51	53
Frankreich	42	46	29	39	38
Großbritannien	34	40	39	50	37
Italien	58	57	55	48	
Niederlande	48	44	36	46	
Österreich	54	46	38	54	47
Polen			52	59	63
Schweiz	49	46	38	44	
Spanien	72	48	51	60	64
Ungarn			37	50	40

Tabelle 18: Zustimmung zu der Aussage „Jews have too much power in the business world" (in verschiedenen europäischen Ländern; in Prozent)

Land/Jahr	2002	2004	2005	2007	2009
Belgien	44	37	33	36	
Dänemark	13	9	11		
Deutschland	32	24	20	21	21
Frankreich	42	33	25	28	33
Großbritannien	21	20	14	22	15
Italien	42	29	33	42	
Niederlande	20	18	18	11	
Österreich	40	25	24	37	36
Polen			43	49	55
Schweiz	37	35	26	41	
Spanien	63	47	45	53	56
Ungarn			55	60	67

Die Bielefelder Untersuchung zeigt, dass der Vorwurf ungerechtfertigter Vorteile aus dem Holocaust in Ungarn, Polen und Portugal weiter verbreitet ist als in Deutschland und auch in Frankreich und Italien von einem erheblichen Teil der Bevölkerung geteilt wird. Ähnlich zeigen die ADL-Umfragen, dass Deutschland zusammen mit Spanien, Ungarn, der Schweiz, Österreich und Polen zu den Ländern gehört, in denen die Auffassung weitverbreitet ist, „Juden“ machten zu viel Aufhebens vom Holocaust. Auch hier ist das Zustimmungsniveau in den übrigen europäischen Staaten allerdings hoch. Das Verständnis für Antipathien gegen „Juden“ als Reaktion auf die Politik Israels ist laut der Bielefelder Erhebungen in allen anderen untersuchten Ländern – bis auf Italien – höher als in Deutschland.

Der Vorwurf eines von Israel angeblich begangenen „Vernichtungskrieges“ wird von annähernd jedem zweiten Europäer geteilt.

Tabelle 19: Zustimmung zu der Aussage „Jews have too much power in international financial markets“ (in verschiedenen europäischen Ländern; in Prozent)

Land/Jahr	2002	2004	2005	2007	2009
Belgien			33	40	
Dänemark			21		
Deutschland			24	25	22
Frankreich			24	28	27
Großbritannien			16	21	15
Italien	37	31	32	42	
Niederlande	18	19	19	14	
Österreich	39	36	33	43	37
Polen			43	54	54
Schweiz	35	38	30	40	
Spanien	35	38	54	68	74
Ungarn			55	61	59

Tabelle 20: Zustimmung zu der Aussage „Jews still talk too much about what happened to them in the Holocaust“ (in verschiedenen europäischen Ländern; in Prozent)

Land/Jahr	2002	2004	2005	2007	2009
Belgien	38	40	41	43	
Dänemark	30	29	35		
Deutschland	58	56	48	45	45
Frankreich	46	35	34	40	33
Großbritannien	23	31	28	28	20
Italien	43	43	49	46	
Niederlande	35	35	34	31	
Österreich	56	56	46	54	55
Polen			52	58	55
Schweiz	52	52	48	45	
Spanien	57	57	46	46	42
Ungarn			46	58	56

2. Antisemitismus im politischen Diskurs, in Kultur und Alltag

Dimensionen eines Phänomens

Vorgänge wie der folgende können exemplarisch genommen werden für alltäglichen Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends. Quasi aus dem Nichts, unerwartet und nicht an bestimmte politische Ereignisse gebunden, zudem in einem Forum, in dem man nicht damit rechnen würde, machen sich judenfeindliche Ressentiments und Vorurteile Luft, wird latenter Antisemitismus manifest:

Die Freude ist groß, als am 29. Mai 2010 Lena Meyer-Landrut als Außenseiterin im Showgeschäft den ersten Platz beim Eurovision Song Contest in Oslo erringt. Als während der Verkündung der Länderpunkte ein Sieg für die 19-Jährige aus Hannover in Reichweite rückt, lassen sich in der Community der Internet-Blogger und -Kommentatoren schräge Töne feststellen. Nachdem bekannt wird, dass sich die israelischen Abstimmungsteilnehmer nicht dazu durchringen können, der musikalischen Darbietung einen Punkt zu geben – wie zuvor bereits die armenischen und georgischen (und später noch die moldawischen und weißrussischen) –, tauchen in Internetforen, Blogs und Kommentarspalten plötzlich empörte bis hasserfüllte Stellungnahmen auf.[1] Dabei wird zunächst Israel mit „den Juden“ gleichgesetzt, sodann die Mutmaßung aufgestellt, dass jüdische Unversöhnlichkeit die Ursache der verweigerten Anerkennung sein müsse (wofür einige Schreiber zumindest Verständnis äußern), anschließend der Reflex der Schuldabwehr mobilisiert und schließlich in einigen Beiträgen mit verbalen Beschimpfungen, Unterstellungen, Drohungen (bis hin zur Vernichtungsandrohung) operiert.

Die Forschung zum Alltagsantisemitismus steht bei der Erörterung solcher Fragen noch ganz am Anfang. Während für das Ausmaß des Antisemitismus Meinungsumfragen vorliegen, in Statistiken antisemitische Straf- und Gewalttaten und politischer Extremismus dokumentiert und öffentliche Stellungnahmen antisemitischen Inhalts in Feuilletons breit debattiert werden, bleibt unser Wissen über das alltägliche Ausmaß der Ausgrenzungen, Diffamierungen und Anfeindungen dünn und zufällig. Denn auch der Alltagsantisemitismus ist schwer zu greifen, er ist eruptiv, situativ, fluide. Er geht nicht von „Antisemiten“ aus, sondern von durchschnittlichen Menschen, die subjektiv zumeist überzeugt sind, keine Antisemiten zu sein, und entsprechende Vorwürfe aufrichtig empört zurückweisen würden. Er ist weder gesellschaftlich, regional und „ethnisch“ noch kulturell, religiös oder politisch klar fixierbar. Er begegnet uns in der „Mitte“ der Gesellschaft ebenso wie an ihren Rändern – unabhängig davon, ob man „Mitte“ soziologisch oder politisch definiert.

Bei der Beobachtung von Alltagsantisemitismus sind grundsätzlich zwei Aspekte zu berücksichtigen: erstens die tiefe Verankerung antisemitischer Stereotype, Schablonen und Wahrnehmungsraster in der Alltagswelt, zweitens das Aufbrechen und Auftreten antisemitischer Fragmente in Form konkreter Handlungen (wozu auch Sprechakte zu rechnen sind) in der alltäglichen gesellschaftlichen Interaktion.

Die aktuelle Dimension verweist eher auf situative Momente alltäglicher Interaktion. Situationen, in denen das Phänomen beobachtet werden kann, sind zum Beispiel häufig:

- gesellige Anlässe im familiären Kreis
- der Pausenhof, das Pausengespräch
- der Jugendclub
- der Kneipen- und Stammtisch
- das Volksfest, Feuerwehrfest oder die Kirmes, der Karnevalsumzug
- das Fußballfeld, die Zuschauertribünen
- die Leserbriefspalten der Zeitungen und Zeitschriften
- Kirchen und Moscheen mit Gemeindehäusern und weiteren Gemeindeeinrichtungen
- Gedenk- und Bildungsstätten
- das direkte Gespräch mit Juden oder auch die beleidigende Anrede
- das Peergroup-Gespräch in Abwesenheit von Juden
- Diskussionen in Lern- und Bildungszusammenhängen

[1] Marin Majica, Hetze gegen Juden für alle sichtbar. Antisemitische Kommentare überfluten das Netz, Berliner Zeitung vom 3. Juni 2010. Übrigens hat der israelische Beitrag seinerseits keine Punkte aus Deutschland erhalten.

Medien sind unter anderem:

- das Internet
- Leserbriefe und Zuschriften an „jüdische“ Institutionen
- Kommentarspalten, Internetblogs und -foren, Social Networks
- Predigten und religiöse Unterweisungen

Auf der Handlungsebene sollen daher im Folgenden Vorkommnisse betrachtet werden, die im Sinne der Definition dieses Berichts als antisemitisch einzustufen sind, soweit sie sich im Rahmen alltäglicher gesellschaftlicher Interaktion auffinden lassen. Alltagsantisemitismus ereignet sich demnach im „privaten“ Bereich oder in solchen Bereichen, die als „privat“ empfunden werden. Er ist damit abzugrenzen von intendierten öffentlichen Manifestationen antisemitischer Inhalte in Reden, Schriften, Tonträgern, neuen Medien usw. Alltagsantisemitische Handlungen finden in Kontexten statt, in denen sie nicht zu erwarten sind. Ein konkreter „Anlass“ ist zumeist nicht vorhanden, jedenfalls heben alltagsantisemitische Handlungen in der Regel vom vermeintlichen Anlass weit ab, wie das Beispiel der Reaktionen zu Lena Meyer-Landrut zeigt. Dieses Umschlagen antisemitischer Latenz in Manifestationen ereignet sich häufig spontan. Darüber hinaus ist Alltagsantisemitismus von anderen Formen des Antisemitismus dadurch abgegrenzt, dass antisemitisches Denken und Handeln für das Selbstverständnis der Einzelperson oder Gruppe, von der es ausgeht, von untergeordneter oder gar keiner Bedeutung sein kann. Eine Fußballmannschaft oder Fangruppe (→ **Tradierung antisemitischer Stereotype durch gesellschaftliche Sozialisationsinstanzen**) beispielsweise konstituiert sich nicht in erster Linie durch Antisemitismus, sondern durch ihr Interesse an Fußball. Alltagsantisemitismus ereignet sich mithin „en passant“, oft unbewusst und ohne bestimmte Intention. Soweit im Zusammenhang mit Alltagsantisemitismus überhaupt von Intentionen ausgegangen werden kann, werden antisemitische Stereotype oder Zuschreibungen gleichwohl nur mittransportiert, sie sind in die Alltagswelt „eingewoben“ und werden in den Alltagsdiskurs quasi hineingeschmuggelt.

Forschungsstand

Über die Einstellungswerte zum Antisemitismus in der Bundesrepublik liegen seit Jahrzehnten valide Untersuchungen vor, die in Ansätzen auch einen europäischen Vergleich zulassen.[2] Wir müssen aber davon ausgehen, dass Alltagsantisemitismus sich mit Umfragewerten nicht in Deckung bringen lässt. Einerseits können auch verdichtete antisemitische Einstellungen auf der Handlungsebene im Bereich der Latenz verbleiben und sich also in keiner Weise bemerkbar machen. Andererseits scheinen Handlungen und Zuschreibungen, die dem Komplex des Alltagsantisemitismus zuzuordnen sind, auch von Personen auszugehen, die bei Meinungsumfragen gerade nicht durch erhöhte antisemitische Einstellungswerte auffallen. Darauf weist beispielsweise die qualitative tiefenpsychologische Auswertung von Interviews durch den Sozialwissenschaftler und Politologen Samuel Salzborn hin. In quantitativen Studien zur Einstellungsforschung wäre nur ein Teil der von ihm untersuchten Personen als „Antisemit“ klassifiziert worden, die bei Verwendung qualitativer Methoden sehr wohl antisemitische Einstellungen erkennen lassen. Daher lässt sich „mit Gewissheit sagen, dass der latente Antisemitismus in Deutschland ausgeprägter ist, als in bisherigen quantitativen Studien ermittelt“.[3]

Albert Scherr und Barbara Schäuble konnten „antisemitische Fragmente“ – also die „Verwendung einzelner antisemitischer Topoi und Stereotype im Kontext inkonsistenter Stellungnahmen und Argumentationen“ – sogar „im Kontext widersprüchlicher, aber mit einem anti-antisemitischen Selbstverständnis einhergehenden Argumentationen“ identifizieren.[4] Dass die Verfahren der Einstellungsforschung dringend der Ergänzung durch qualitative Methoden bedürfen, deuten aber auch quantitative Studien selbst an. So haben beispielsweise Wolfgang Frindte und Dorit Wammetsberger[5] mit

[2] U. a.: Werner Bergmann, Vergleichende Meinungsumfragen zum Antisemitismus in Europa und die Frage nach einem „neuen europäischen Antisemitismus“, in: Lars Rensmann/Julius H. Schoeps (Hrsg.), Feindbild Judentum. Antisemitismus in Europa, Berlin 2008, S. 473–507; Heitmeyer, Deutsche Zustände, Folge 8; Andreas Zick, Aktueller Antisemitismus im Spiegel von Umfragen – ein Phänomen der Mitte, in: Schwarz-Friesel/Friesel/Reinharz, Aktueller Antisemitismus, S. 225–246.

[3] Samuel Salzborn, „Denken, das ist manchmal ein Gefühl auch…“: Neue Erkenntnisse über latenten Antisemitismus in Deutschland, in: Gideon Botsch/Christoph Kopke/Lars Rensmann/Julius H. Schoeps (Hrsg.), Politik des Hasses. Antisemitismus und radikale Rechte in Europa, Hildesheim 2010, hier: S. 222; ders., Halbierte Empathie – Antisemitische Schuldprojektionen und die Angst vor der eigenen Vergangenheit, in: Schwarz-Friesel/Friesel/Reinharz, Aktueller Antisemitismus, S. 51–72.

[4] Albert Scherr/Barbara Schäuble, „Ich habe nichts gegen Juden, aber…“ Ausgangsbedingungen und Perspektiven gesellschaftspolitischer Bildungsarbeit gegen Antisemitismus, Berlin 2007, S. 13, 46.

[5] Wolfgang Frindte/Dorit Wammetsberger, Antisemitismus in Deutschland: Sozialwissenschaftliche Befunde, in: Rensmann/Schoeps, Feindbild Judentum, S. 261–295, hier: S. 272 ff.

[6] Lars Rensmann/Julius H. Schoeps, Politics and Resentment: Examining Antisemitism and Counter-Cosmopolitanism in the European Union and Beyond, in: dies. (Hrsg.), Politics and Resentment. Antisemitism and Counter-Cosmopolitanism in the European Union, Leiden/Boston 2010, hier: S. 26.

Hilfe einer Clustersequenzanalyse aufgezeigt, dass die als „antisemitisch" klassifizierten Befragtengruppen untereinander stark variieren, was einen genaueren Blick auf diese Gruppen nahelegt. So wertvoll die Klassifikationen und Definitionen der Antisemitismusforschung sein mögen, sie versagen bei der Erfassung der „Grauzonen".[6]

Vor dem Hintergrund neuer theoretischer Einsichten in die Natur des Antisemitismus wird insbesondere der Komplex eines „modernisierten Antisemitismus" relevant, der auf „antisemitische Denk- und Ausdrucksformen" verweist, die auf „veränderte demokratische Ansprüche in der politischen Kultur nach dem Holocaust" mit „ideologischen Codierungen und Modifikationen" reagieren.[7]

Nach einem anerkannten Befund der Antisemitismusforschung haben spezifische sprachliche Tabus in Nachkriegsdeutschland zu einer „Kommunikationslatenz" (Bergmann/Erb) geführt;[8] der Antisemitismus hat sich entsprechend privatisiert. Seit etwa 1990 scheint diese Kommunikationslatenz partiell zu erodieren, wie der Politologe Lars Rensmann in umfangreichen Studien zum Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland aufgezeigt hat.[9] Dies gilt vor allem für antisemitische Äußerungen und Taten im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt. Qualitative Studien zeigen indes, dass hier spezifische Argumentationsketten vorliegen, die eine saubere kategoriale Scheidung fallweise nicht zulassen.[10] Ob mit oder ohne „Migrationshintergrund", ob muslimische oder christliche Religionszugehörigkeit oder atheistische Weltanschauung – die Verknüpfung zwischen „jüdischen" Taten im Nahen Osten, NS-Verbrechen und allgemeinen Zuschreibungen an Juden wird als „Selbstläufer" unhinterfragt und unreflektiert vollzogen.[11] Die Soziologen Werner Bergmann und Wilhelm Heitmeyer räumen ein, dass im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt die „Grenzen des Sagbaren" in Bewegung geraten sind.[12] Monika Schwarz-Friesel, Evyatar Friesel und Jehuda Reinharz schreiben diesen Trend auf Grundlage neuerer Befunde fort und kommen zu der Erkenntnis, dass die Tabuisierung antisemitischer Äußerungen in unserer Gesellschaft auf ein auffallend niedriges Niveau gesunken ist und diese nicht mehr nur im rechtsextremen Sprachgebrauch vorkommen.[13]

Politische Diskurse, Skandale und Tabubrüche

Die tiefe Verankerung antisemitischer Stereotype in der Alltagswelt zeigt sich nicht zuletzt in den von Zeit zu Zeit eruptiv auftretenden „Affären" beziehungsweise „Debatten", ausgelöst meist durch Äußerungen beziehungsweise Publikationen von Personen des öffentlichen Lebens. Anlass sind gelegentlich stereotypisierende Äußerungen oder Zuschreibungen, die von Teilen der Öffentlichkeit als Ausdruck antisemitischer Klischees gewertet werden.

Andere Kontroversen, die im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit stehen, verweisen auf Formen der Schuldabwehr beziehungsweise Täter-Opfer-Umkehr als Varianten eines „Entlastungsantisemitismus" beziehungsweise „sekundären" oder auch „Post-Holocaust-Antisemitismus".[14] Die wissenschaftliche Debatte um diese Formen eines „Antisemitismus nicht trotz, sondern wegen Auschwitz" ist besonders infolge einer Reihe von Großdebatten seit den späten

7 Lars Rensmann, Demokratie und Judenbild. Antisemitismus in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2004, S. 79; ders., Parameter einer selbstreflexiven Antisemitismusforschung, in: Sozialwissenschaftliche Literaturrundschau 29 (2006) 52, S. 63–79; Rensmann/Schoeps, Politics and Resentment.

8 „Kommunikationslatenz" meint den Ausschluss bestimmter „gefährlicher" Themen beziehungsweise Meinungen aus der öffentlichen Kommunikation, weil sie gegen moralische Normen oder höherwertige gesellschaftliche Interessen verstoßen. Wer die „Kommunikationslatenz" durchbricht, muss mit Sanktionen rechnen (im Unterschied zur psychischen Latenz, wobei man annimmt, dass Personen bestimmte Bewußtseinsinhalte – wie antijüdische Einstellungen – selbst nicht bewusst sind); u. a. Werner Bergmann/Rainer Erb, Kommunikationslatenz, Moral und öffentliche Meinung – Theoretische Überlegungen zum Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 38 (1986), S. 209-222; dies., „Mir ist das Thema Juden irgendwie unangenehm" – Kommunikationslatenz und die Wahrnehmung des Meinungsklimas im Fall des Antisemitismus, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 43 (1991) 3, S. 502–519.

9 Insbesondere Rensmann, Demokratie und Judenbild; neuere Daten zeigen, dass negative Einstellungen gegenüber Juden in Deutschland von 2004 bis 2008 nochmals angewachsen sind, Rensmann/Schoeps, Politics and Resentment, S. 44 sowie → **Antisemitische Einstellungen in Deutschland**.

10 U. a. die empirischen Befunde bei Schwarz-Friesel, „Ich habe gar nichts gegen Juden."

11 U. a. Rabinovici/Speck/Sznaider, Neuer Antisemitismus?; Hanno Loewy (Hrsg.), Gerüchte über die Juden. Antisemitismus, Philosemitismus und aktuelle Verschwörungstheorien, Essen 2005; Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 33 (2005); Klaus Faber/Julius H. Schoeps/Sacha Stawski (Hrsg.), Neu-alter Judenhass. Antisemitismus, arabisch-israelischer Konflikt und europäische Politik, Berlin 2006; Helga Embacher/Margit Reiter, Israel-Kritik und (neuer) Antisemitismus seit der Zweiten Intifada in Deutschland und Großbritannien im Vergleich, in: Schwarz-Friesel/Friesel/Reinharz, Aktueller Antisemitismus, S. 187–212.

12 Werner Bergmann/Wilhelm Heitmeyer, Communicating Anti-Semitism – Are the „Boundaries of the Speakable" Shifting?, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 33 (2005), S. 70–89.

13 Monika Schwarz-Friesel/Evyatar Friesel/Jehuda Reinharz, Aktueller Antisemitismus als ein Phänomen der Mitte. Zur Brisanz des Themas und der Marginalisierung des Problems, in: dies., Aktueller Antisemitismus, S. 1–14, hier: S. 3.

14 Lars Rensmann, Kritische Theorie über den Antisemitismus. Studien zu Struktur, Erklärungspotential und Aktualität, Berlin/Hamburg 2001, S. 9.

1990er-Jahren belebt worden, die mit den Namen des Schriftstellers Martin Walser und der Politiker Martin Hohmann und Jürgen Möllemann verbunden sind[15] (→ **Präsenz und Wahrnehmung von Antisemitismus in der Gesellschaft**). Aufgrund ihrer Bedeutung sollen diese drei Ereignisse hier nochmals kurz skizziert werden. Gleichwohl ist für die letzten Jahre zu konstatieren, dass es zu derartigen Großdebatten vorerst nicht wieder gekommen ist, was teils auch auf eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit infolge dieser Kontroversen selbst zurückgeführt werden kann.

Die Dankesrede des Schriftstellers Martin Walser[16] anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels in der Frankfurter Paulskirche vom 11. Oktober 1998 mag oberflächlich betrachtet als ein kritischer Beitrag zur Erinnerungskultur erscheinen, in dem Walser vor allem auf die Gefahr der Ritualisierung von Gedenken aufmerksam macht. Er zieht daraus die Konsequenz, Erinnerung vollständig aus dem öffentlichen Leben ins Private zu verlagern, wirbt dabei aber gleichzeitig in stark subjektiv geprägten, eigene „Erfahrungen" referierenden Passagen für ein „Wegschauen" gerade hier, im privaten Bereich.[17]

Im – seinerzeit noch in der Planung befindlichen – Mahnmal für die ermordeten Juden Europas sah er „[d]ie Betonierung des Zentrums der Hauptstadt mit einem fußballfeldgroßen Alptraum", die „Monumentalisierung der Schande".[18] Auschwitz bezeichnete er in diesem Zusammenhang, einen rechtsextremistischen Terminus aufgreifend, als „Moralkeule".[19]

Auf andere Weise bediente sich Martin Walser des Bildes der „Täter-Opfer-Umkehr" in seinem 2002 erschienenen Roman „Tod eines Kritikers". Hierin geht es nach Auffassung des Herausgebers der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ), Frank Schirrmacher, eigentlich gar nicht „um die Ermordung des Kritikers als Kritiker", sondern „um den Mord an einem Juden".[20] Es ist die Abrechnung Walsers mit dem jüdischen Literaturkritiker Marcel Reich-Ranicki, einem Überlebenden des Holocaust, der unschwer in der Figur des Literaturkritikers André Ehrl-König zu erkennen ist. In seiner – von Schirrmacher als Mordphantasie apostrophierten – Erzählung nutzt Walser eine Vielzahl antisemitisch besetzter Stereotype, um den auch explizit als Juden gekennzeichneten „Ehrl-König" zu charakterisieren: Er ist eine geldgierige, rachsüchtige, eitle, sexbesessene, mächtige und rastlose Figur, die sich auf Kosten des hart arbeitenden Schriftstellers – der im Unterschied zum Kritiker tatsächlich etwas „schafft" – bereichert und schließlich sogar besser lebt als dieser. Demzufolge ist der Schriftsteller – der eigentlich des Mordes am Kritiker verdächtigt wird – auch nicht Täter, sondern Opfer; er ist Opfer des Kritikers, der zum eigentlichen Täter wird. Und selbst wenn der Schriftsteller tatsächlich den Kritiker umgebracht hätte, wäre er Walsers Roman nach unschuldig: „Auch wenn ich es getan haben sollte, wäre ich unschuldig. Es muss auch unschuldige Mörder geben."[21] Walser hatte dieses Motiv bereits wesentlich früher entwickelt:

„In unserem Verhältnis ist er (Reich-Ranicki) der Täter und ich bin das Opfer. [...] Die Autoren sind die Opfer und er der Täter. Jeder Autor, den er so behandelt, könnte zu ihm sagen: Herr Reich-Ranicki, in unserem Verhältnis bin ich der Jude."[22]

Vor diesem Hintergrund wäre es literarisch vielleicht konsequent gewesen, auch die Charaktere auszutauschen und den jüdischen Kritiker mit ausgesprochen untypischen Attributen auszustatten, den nichtjüdischen Autor dagegen mit ausgesprochen „jüdischen" Klischees zu versehen (wie dies einige Jahre später Oliver Hirschbiegel in der Verfilmung des Kammerspiels „Ein ganz gewöhnlicher Jude" von Charles Lewinsky versucht hat, indem er Ben Becker in der Maske des jüdischen Journalisten Emanuel Goldfarb völlig von „jüdischen" Attributen freihielt, dessen nichtjüdischen Gesprächspartner dagegen in einer überraschenden Wende übertrieben scharf mit derartigen Attributen ausstattete). Gerade auf dieses Wagnis lässt sich der „Tod eines Kritikers" nicht ein, unterlässt es aber auch, den Kritiker als solchen und nicht als Juden darzustellen. Die Schriftstellerin und Literaturwissenschaftlerin Ruth Klüger, eine Überlebende

15 Lucian Hölscher (Hrsg.), Political Correctness. Der sprachpolitische Streit um die nationalsozialistischen Verbrechen, Göttingen 2008.

16 Frank Schirrmacher, Die Walser-Bubis-Debatte; Micha Brumlik/Hajo Funke/Lars Rensmann, Umkämpftes Vergessen. Walser-Debatte, Holocaust-Mahnmal und neuere deutsche Geschichtspolitik, Berlin 2004.

17 Martin Walser, Erfahrungen beim Verfassen einer Sonntagsrede. Friedenspreis des Deutschen Buchhandels 1998, Frankfurt a. M. 1998.

18 Ebenda.

19 Ebenda.

20 Frank Schirrmacher, Der neue Roman von Martin Walser: Kein Abdruck in der F.A.Z., FAZ vom 29. Mai 2002.

21 Kurt Grünberg, Ich weiß sehr wohl, was es bedeutet. Über das allmähliche Verfertigen des Ressentiments beim Reden: Eine psychoanalytische Betrachtung des Antisemitismus, in: Die Welt vom 29. Juni 2002.

22 Willy Winkler, Martin Walser. Interview in der Süddeutschen Zeitung, in: Süddeutsche Zeitung vom 19. September 1998; Klaus Briegleb, Unkontrollierte Herabsetzung. Martin Walser und der Antisemitismus der „Gruppe 47", in: Die Welt vom 29. Juni 2002.

23 Ruth Klüger, „Siehe doch Deutschland". Martin Walsers „Tod eines Kritikers", in: Frankfurter Rundschau vom 27. Juni 2002.

des Holocaust, monierte in ihrem Brief an ihren langjährigen Freund Walser, dass „der Zufall [...] zwar einen Platz in der Wirklichkeit [hat], aber nicht in der Literatur", weswegen sie sich von seiner „Darstellung eines Kritikers als jüdisches Scheusal betroffen, gekränkt und beleidigt" fühle.[23]

Wiederum anders stellt sich die „Täter-Opfer-Umkehr" in der Kontroverse um den FDP-Politiker Jürgen Möllemann dar. Nachdem der nordrhein-westfälische Landtagsabgeordnete der Grünen, Jamal Karsli, im März 2002 in einer Presseerklärung der israelischen Armee Nazi-Methoden vorgeworfen hatte und dafür heftig kritisiert worden war (→ **Migrationshintergrund und Antisemitismus**), bot ihm Möllemann einen Übertritt in die FDP an, griff Karslis Argumentation auf und verschärfte sie noch durch die Anwendung „doppelter Standards": „Israels Politik fördert den Terrorismus. Was würde man selber tun, wenn Deutschland besetzt würde? Ich würde mich auch wehren, und zwar mit Gewalt. Ich bin Fallschirmjägeroffizier der Reserve. Es wäre dann meine Aufgabe, mich zu wehren. Und ich würde das nicht nur im eigenen Land tun, sondern auch im Land des Aggressors."[24]

Die Schuld an der Entstehung und Verbreitung von Antisemitismus lastete er den Juden selber an, verkörpert durch den damaligen israelischen Premierminister Ariel Scharon und den damaligen stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralrats der Juden Michel Friedmann.[25]

In Anlehnung an Walser forderte der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Martin Hohmann in einer Rede zum Tag der deutschen Einheit am 3. Oktober 2003 in seinem Fuldaer Wahlkreis dazu auf, einen Schlussstrich unter die nationalsozialistische Vergangenheit zu ziehen. In diesem Zusammenhang stellte er die „provozierende Frage", ob auch „die Juden" ein „Tätervolk" seien. Seine anschließende Argumentation stützte sich auf antisemitische, völlig unkritisch rezipierte Literatur, darunter Henry Fords „The International Jew", und führte zu der Aussage, dass man die Juden aufgrund ihrer angeblichen Rolle in revolutionären Bewegungen, vor allem in Russland, „mit einiger Berechtigung als ‚Tätervolk' bezeichnen" könnte.[26] Diese Aussage wurde in einer rhetorischen Volte zwar wieder zurückgenommen, gleichwohl offenbarte die gesamte Argumentation antisemitische Stereotype und Elemente der „Täter-Opfer-Umkehr" (→ **Antisemitismus – Begriffsbestimmung und Erscheinungsformen**).

Als anstößig wurden nicht nur Großdebatten, sondern auch bestimmte einzelne Äußerungen empfunden. So hatte beispielsweise das damalige Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank, Thilo Sarrazin, in Interviews im Herbst 2009 sowie im Sommer 2010 abstammungsbedingte beziehungsweise genetische Besonderheiten von Juden behauptet.[27]

Die öffentlichen Reaktionen auf die genannten Affären fielen unterschiedlich aus, haben aber die Hemmschwelle für die Artikulation und Verbreitung antisemitischer Klischees im öffentlichen Raum etwas stabilisiert. Gleichzeitig wirken sie in den Alltag zurück, da die öffentlichen Reaktionen häufig als „Verfolgung" von Unschuldigen, Einschränkung der Meinungsfreiheit und Gesinnungsterror dargestellt werden. Dass es sich im Wesentlichen um Selbstverständigungsdebatten der gesamten deutschen Gesellschaft angesichts ihrer Geschichte handelt, wird dabei häufig außer Acht gelassen, die Verantwortung für die vermeintliche „Verfolgung und Ausgrenzung" dieser Personen pauschal „den Juden" zugeschrieben und damit eine beherrschende „jüdische" Macht auf dem Meinungsmarkt insinuiert.

Begegnung mit antisemitischen Vorurteilen in der Alltagswelt

Negative Stereotype über Juden sind tief in der Kultur des christlichen Abendlands verwurzelt. Explizit antijüdische Formen begegnen uns im kulturellen Kanon regelmäßig und lassen sich von diesem auch nicht trennen, sondern nur kritisch hinterfragen und historisieren. Diese Bilder reichen von antiken Darstellungen der Juden (zum Beispiel bei Tacitus) über die Schmäh- und Schandbilder an mittelalterlichen Kirchen (Judensau, Synagoga und Ecclesia usw.), über Luthers antijüdische Schriften sowie Darstellungen von Juden in der Romantik bis zu Richard Wagners Schrift „Das Judenthum in der Musik", Wilhelm Buschs „Schmulchen Schievelbeiner" und ins 20. Jahrhundert.[28] Der langwierige Prozess der Kritik antijüdischer Inhalte innerhalb des katholischen Milieus, wie er im Sommer 2010 am Beispiel der Oberammergauer Passionsfest-

[24] Jürgen Möllemann, „Ich würde mich auch wehren!", in: taz vom 4. April 2002.

[25] Jürgen Möllemann im Heute-Journal vom 16. Mai 2002.

[26] Martin Hohmanns Rede zum Nationalfeiertag am 3. Oktober 2003, dokumentiert in: Blätter für deutsche und internationale Politik 49 (2004), S. 111–120.

[27] Thilo Sarrazin im Gespräch: Klasse statt Masse. Von der Hauptstadt der Transferleistungen zur Metropole der Eliten, in: Lettre International 86 (2009); „Mögen Sie keine Türken, Herr Sarrazin?", in: Welt am Sonntag vom 29. August 2010.

[28] Julius H. Schoeps/Joachim Schlör (Hrsg.), Antisemitismus. Vorurteile und Mythen, Frankfurt a. M. o. J. [1995]; Jüdisches Museum der Stadt Wien (Hrsg.), Die Macht der Bilder. Antisemitische Vorurteile und Mythen, Wien 1995; Wolfgang Benz, Bilder vom Juden. Studien zum alltäglichen Antisemitismus, München 2001.

spiele erneut deutlich geworden ist,[29] zeigt sowohl, wie hartnäckig sich derartige Stereotype in der demokratischen Gesellschaft der Bundesrepublik gehalten haben, als auch, wie sich die Ausgangssituation durch aktive Auseinandersetzung verändern lässt. Diese stereotypen Negativbilder verflechten sich zu einem „Konglomerat von Einstellungen und Denkweisen, Wunsch- und Schreckbildern", die „vollkommen unabhängig von aller Realität jüdischen Lebens, jüdischer Geschichte und Kultur" existieren und weitervermittelt werden und „auf der Ebene der Projektionen, der Einbildung, der Phantasie" über eine „innere Systematik" verfügen.[30]

So werden Personen, die öffentlich negative Bilder von Juden verbreiteten oder gar antisemitisch agierten, bis heute öffentlich geehrt, ihre Namen finden sich im Straßenbild zahlreicher Städte oder auf den Ehrenbürgerlisten. Beispielsweise bemühte sich eine studentische Initiative, unter Hinweis auf den antisemitischen Gehalt der Werke des Namenspatrons, vergeblich um die Umbenennung der Greifswalder Ernst-Moritz-Arndt-Universität.[31]

Auch wohlmeinende Darstellungsformen jüdischer Kultur und Geschichte können zu einem verzerrten, negativ aufladbaren Bild von Juden beitragen. Wenn sich jüdische Geschichte auf die „schönen, gebildeten und guten" Juden beschränkt, verfestigt sich der Eindruck einer zumindest suspekten Elite, die über ein hohes Maß an Kapital verfügt haben muss. Damit einher gehen christlich-fundamentalistische Erlösungs-Projektionen, die die Juden mit einer eschatologischen Mission belasten.[32]

Hinzu kommen Bilder und Klischees, die für sich genommen nicht antisemitisch sind, aber an antijüdische Stereotype zumindest prinzipiell anschlussfähig bleiben. Als verinnerlichte, im Gedächtnis verankerte Bilder sind sie mobilisierbar und können antisemitisch aufgeladen werden. Hierfür einige Beispiele:

- Als ausgesprochen hartnäckig erweist sich die Vorstellung vom „jüdischen Wucherer" und der vermeintlich engen Verknüpfung von Juden und Finanzmärkten. Regelmäßig werden zur Bebilderung jüdischen Lebens im Mittelalter und der Renaissance historische Illustrationen des Geldverleihs oder des Bankwesens verwendet (→ **Tradierung antisemitischer Stereotype durch gesellschaftliche Sozialisationsinstanzen**). Dass sich dieser scheinbar offensichtliche Beleg für die Verbindung von Juden und Geld schnell als Trugschluss erweisen kann, bewiesen in der Vergangenheit bereits Autoren von Schulbüchern und populärwissenschaftlichen Publikationen. Diese hatten vereinzelt Miniaturen oder Gemälde wiedergegeben, auf denen angeblich „jüdische" Geldverleiher und Bankiers zu sehen waren, die sich jedoch bei näherer Betrachtung und Kenntnis des verwendeten Bildmaterials rasch als Christen entpuppten.[33] Anstelle einer genauen Überprüfung der benutzten Quellen erlagen die Verfasser dieser Texte wohl der Annahme, „dass nur Juden Geldverleiher gewesen sein konnten", sodass daher „auf solchen Darstellungen Juden gesehen werden, wo gar keine sind".[34]

- Zu den bekannten Beispielen aus der Kinder- und Jugendliteratur gehört auch das kleine, bucklige Männlein, das Gold spinnen kann, um den Preis der Auslieferung des ersten Kindes, das aber zu seinem Herren, dem Teufel, fährt, wenn man nur versteht, es bei seinem Namen „Rumpelstilzchen" zu nennen. Oder der reiche, herzlose, sozial isolierte Geizhals, wie er uns zum Beispiel in Charles Dickens'[35] populärer „Weihnachtsgeschichte" in der Gestalt des Ebenezer Scrooge entgegentritt. Bei Scrooge scheint es sich zwar um einen Christen zu handeln, doch erweist sich bereits der alttestamentarische Vorname „Ebenezer" als anschlussfähig für antisemitische Vorurteile. Ebenso verhält es sich mit der Beschreibung des Leningrader Soldatenkochs Cohn im Kinder-

[29] Martin H. Jung, Gottesmord – ein ungeheuerlicher Vorwurf und seine Folgen. Christlicher Antijudaismus, in: Welt und Umwelt der Bibel 2 (2010), S. 58 ff.

[30] Julius H. Schoeps/Joachim Schlör, Einleitung, in: dies., Antisemitismus, S. 7–15, hier: S. 10.

[31] Zumindest für das Bundesland Sachsen liegt seit 2009 eine Studie vor, die sich mit den politischen und ideologischen Hintergründen der Namenspatrone von 33.443 Schulen auseinandersetzt. Geralf Gemser, „Unser Namensgeber". Widerstand, Verfolgung und Konformität 1933–1945 im Spiegelbild heutiger Schulnamen. München 2009.

[32] Richard Bartholomew, „Eine seltsam kalte Zuneigung". Christlicher Zionismus, Philosemitismus und „die Juden", in: Loewy, Gerüchte, S. 235–256; Irene A. Diekmann/Elke-Vera Kotowski (Hrsg.), Geliebter Feind – gehasster Freund. Antisemitismus und Philosemitismus in Geschichte und Gegenwart, Berlin 2009.

[33] Zum Beispiel die fehlerhafte Zuschreibung des Bildes „Le prêteur et sa femme" (1614) von Quentin Metsys als „jüdischer Geldverleiher und seine Frau" im Schulbuch „Rückspiegel" oder die scheinbare Identifikation „jüdischer Bankiers" auf einer Miniatur aus Cocharellis „Tractatus de septem vitiis" in der „Illustrierten Geschichte des Judentums" und der Zeitschrift „Damals"; Rückspiegel 2, Braunschweig 1995, S. 92; Nicholas de Lange (Hrsg.), Illustrierte Geschichte des Judentums, Frankfurt a. M. 2000, S.81; Damals 12 (2004), Schwerpunktheft Europas Juden im Mittelalter, S. 30.

[34] Wolfgang Geiger, Christen, Juden und das Geld. Über die Permanenz eines Vorurteils und seine Wurzeln, in: Einsicht 4 (2010), S. 30–37, hier: S. 31.

[35] Gesa Stedmann, Dickens, Charles, in: Benz, Handbuch des Antisemitismus, Bd. 2/1, S. 167 ff.

buch „Maikäfer flieg“ von Christine Nöstlinger. Über das Auftreten der als sympathisch geschilderten und im Klappentext als „Symbol der Menschlichkeit in einer unmenschlichen Zeit“ hervorgehobenen Figur erfährt der Leser: „Die Frau von Braun sagte: ‚Du liebes bisschen, das ist aber ein fürchterlicher Gnom!‘ Der Mann auf dem Kutschbock war sehr klein. Er hatte einen kugelrunden Bauch, eine Spiegelglatze, dünne Arme, gebogene Beine und schwarze, gekräuselte Haarbüschel hinter den abstehenden Ohren. Er trug eine altmodische Nickelbrille vor den Augen. Er hatte zu wenige, schiefe, verfaulte Zähne im Mund. Seine Haut war gelb und glänzte fett. [...] Er kletterte vom Wagen, schaute sich um, schaute uns an, lächelte zaghaft, schüchtern, lächelte schief. [...] Seine runde Brille schaukelte auf der gebogenen Nase. Ich schaute ihn auch an. Schaute auf seine fette, glänzende Nase, aus der ein schwarzes Haar hervorlugte. Ich schaute durch seine Brille auf seine Augen. [...] Ich sagte: ‚Dos widanija, Kamerad.‘ [...] Er sagte: ‚Grüß Gott, Frau!‘ Und zu den anderen sagte er: ‚Ich werde sein die Koch da hier!‘[...] Für mich jedenfalls war es der erste hässliche, stinkende, verrückte Mensch, den ich geliebt habe.“[36]

- Aber auch neuere Veröffentlichungen auf dem Kinder- und Jugendbuchmarkt sind nicht frei von solchen Klischees. Hierfür ein Beispiel: das propalästinensische Buch „Sognando Palestina“ der damals 15-jährigen Italienerin Randa Ghazy, das ein ebenfalls vorurteilsbehaftetes Bild von Juden und Israelis lieferte. In Deutschland erschien es 2002 unter dem Titel „Palästina – Träume zwischen den Fronten“ im auf Kinder- und Jugendbücher spezialisierten Ravensburger Buchverlag. Ghazys Roman schildert den Nahostkonflikt aus der Perspektive einer fiktiven Wohngemeinschaft junger Palästinenser in den besetzten Gebieten. Die israelische Sichtweise auf den Konflikt wird in ihrer Erzählung ausgeblendet. Stattdessen erscheinen Israelis – mit wenigen Ausnahmen – nur als namenlose „Feinde“, „Soldaten“ oder „Juden“. Ghazy zufolge töten oder misshandeln diese „mechanisch“,[37] „gleichgültig“[38] und ohne Vorwarnung[39] Wehrlose, vor allem Kinder.[40] Zwar ist es Ghazys gutes Recht, eine unreflektierte Position in ihrem Roman einzunehmen, jedoch tradiert ihr Buch zahlreiche antisemitische Stereotype wie die Ritualmordlegende, die Vorstellung einer „jüdischen Rachsucht“ und Elemente des sekundären Antisemitismus,[41] ohne diese zu hinterfragen. Auf diese Weise finden ihre unkritischen Aussagen Eingang in die Vorstellungswelt von Kindern und Jugendlichen, für die das Buch ab 12 Jahren auf diversen Bildungsportalen empfohlen wurde.

Während vergleichbare Phänomene antisemitischer Stereotypenbildung und der Verankerung antisemitischer Codes für vergangene Epochen relativ gut untersucht sind, besteht für die Alltagskultur der jüngsten Zeit, gerade unter dem Gesichtspunkt des „modernisierten Antisemitismus“, noch erheblicher Forschungsbedarf. Wegen ihrer hohen Verbreitung und bedeutenden Rolle für die Alltagskultur sollten zum Beispiel Comics, Kino- und Fernsehfilme, Musik und dergleichen mehr Aufmerksamkeit erhalten (→ **Klischees, Vorurteile, Ressentiments und Stereotypisierungen in den Medien**).

Atmosphärische Störungen und Irritationen

Das Phänomen des Alltagsantisemitismus lässt sich nicht annähernd quantifizieren und auch nicht hinreichend dokumentieren. Dies erschwert die Berichterstattung im vorliegenden Fall erheblich. Zwar können theoretisch möglichst viele bekannt gewordene Vorkommnisse dokumentiert werden. Auch wäre es denkbar, mit eigenem methodischen Ansatz Juden nach ihren Erfahrungen mit alltäglichem Antisemitismus zu befragen und daraus Näherungswerte zu extrapolieren. Da sich Alltagsantisemitismus aber keineswegs ausschließlich gegen konkrete, lebende Juden richtet, würde sich auch eine solche Form der Quantifizierung kaum lohnen. Für die Beobachtung von Alltagsantisemitismus bleibt nur der Weg der qualitativen Forschung und Analyse exemplarischer Einzelfälle.

[36] Christine Nöstlinger, Maikäfer flieg. Mein Vater, das Kriegsende, Cohn und ich, Weinheim/Basel 1996, S. 99 f.

[37] Randa Ghazy, Palästina. Träume zwischen den Fronten, Ravensburg 2004, S. 45, 49.

[38] Ebenda, S. 78 f.

[39] Ebenda, S. 66.

[40] „Einige Kinder verließen die Schule und wollten zu ihren Eltern laufen [...] und weil den Soldaten keine Zeit blieb, sie alle blutig zu schlagen, begnügten sie sich manchmal damit, ihnen das Handgelenk zu brechen, damit sie keine Steine mehr werfen konnten – ein ganzes Leben lang.“ Oder: „Sie sind gefühllos den Schmerzen unserer Leute, ja sogar denen ihrer eigenen Leute gegenüber und selbst wenn die ganze Welt betet, fleht, Vereinbarungen durchsetzt, stehen sie mit hoch erhobenem Haupt vom Verhandlungstisch auf und sagen Nein.[...] Und mit diesem einfachen Nein töten sie hunderte von Kindern. Und mit diesem einfachen Nein verdammen sie unser Volk zu ewigem Leiden.“ Ebenda, S. 58.

[41] „Sie haben gelitten, sie wurden verfolgt, und statt daraus zu lernen, statt uns zu verstehen [...] quälen sie uns, wie sie selbst gequält worden sind.“ Ebenda, S. 87.

Auch dieses Anliegen wird indes durch die Sache erschwert. Im Vorfeld von offen bekundetem und manifestem Alltagsantisemitismus existiert eine schwer greifbare Zwischenschicht von Handlungen und Sprechakten, die Eindeutigkeit vermissen lassen und deutungsoffen sind. Wir bezeichnen solche Erlebnisse und Ereignisse als *atmosphärische Störungen und Irritationen*.

Bei der Beschreibung derartiger Phänomene können wir noch nicht auf gesicherte Ergebnisse einschlägiger Forschungen rekurrieren, sondern allenfalls auf eine Anzahl teils autobiographisch angelegter, teils fiktionaler, jedenfalls subjektiv gehaltener Erfahrungsberichte deutscher Juden. Im Folgenden werden einige vergleichbare Formen im Sinne von „Standardsituationen" beschrieben. Da es sich nicht um manifest antisemitische Akte handelt, sollen sie das Gesamtbild der gegenwärtigen Lage nur abrunden – ein Bild, das jedoch lückenhaft bliebe, wenn diese Form gestörter gesellschaftlicher Interaktion auf der Alltagsebene gar keine Erwähnung fände.

Hierzu zählen verunsicherte Reaktionen von Gesprächspartnern, wenn sie erfahren, dass ihr Gegenüber Israeli, Jude oder jüdischer Herkunft ist, insbesondere dann, wenn sie zu einem plötzlichen Stocken oder Abbrechen der jeweiligen Interaktion führen. Häufig schließen sich daran auch der Sache nach unangemessene Rechtfertigungs-, Selbstrechtfertigungsdiskurse oder gescheiterte Normalisierungsversuche an. Oft mit „antisemitischen Fragmenten" durchsetzt, rekurrieren derartige Argumentationen in der Regel entweder auf die deutsche Geschichte oder auf die aktuellen Ereignisse im Nahostkonflikt.

Atmosphärische Störungen und Irritationen entstehen auch, wenn bestimmte Assoziationen hergestellt werden, die an antijüdische Klischees und Vorurteile anschlussfähig sind, ohne dass sich derartige Sprechakte eindeutig als antisemitisch kategorisieren lassen. Dieses Phänomen begegnet besonders häufig in Konfliktsituationen oder bei der Artikulation scharfer Kritik gegenüber einem jüdischen Gesprächspartner.

Gespräche mit in Deutschland lebenden Juden zeigen, dass ein Gefühl der gesellschaftlichen Unerwünschtheit und Ausgrenzung zwar bei weitem nicht mehr in dem Maße vorherrscht wie noch vor einigen Jahrzehnten, dass es aber auch noch nicht aus der Gesellschaft verschwunden ist. Marginalisierungen jüdischen Lebens, jüdischer Kultur oder jüdischer Geschichte, die ihrerseits nicht als antisemitisch zu bezeichnen sind, ereignen sich immer wieder, die Gegenüberstellung von „Deutschen" und „Juden" wird immer noch – und häufig völlig arglos – vorgenommen.

Ein ebenso irritierendes wie störendes Phänomen ist ein unreflektierter Philosemitismus,[42] der seinerseits antisemitische Fragmente enthält, diese aber entweder unhinterfragt mit transportiert oder aber ins Positive wendet. Wo der Antisemit beispielsweise dem Juden Gerissenheit und Manipulation durch geistige Überlegenheit vorwirft, spricht der Philosemit ebenso pauschal und sachlich unangemessen von „ihrer" erstaunlichen, überdurchschnittlichen Intelligenz. Wo der Antisemit von einer Übermacht des jüdischen Kapitals spricht, sieht der Philosemit ebenso einseitig den großen Gewerbefleiß und das unternehmerische Können „der" Juden. Wo der Antisemit dem Juden Feigheit und Drückebergerei vorwirft, lobt der Philosemit seine vermeintliche Friedfertigkeit. Diese überzogenen Erwartungshaltungen können leicht enttäuscht werden und dann in einzelne Eruptionen antisemitischer Gefühle umschlagen oder sogar die Verhärtung antisemitischer Vorurteilsstrukturen begünstigen.

Ausgewählte Beispiele für antisemitische Vorfälle und Äußerungen in „alltäglichen" Kontexten

Verwendung des Wortes „Jude" im jugendlichen Sprachgebrauch

Jüngere Studien haben sich mit einer der – zumindest unter Jugendlichen – am häufigsten auftretenden Form von Alltagsantisemitismus befasst: der Verwendung des beleidigend gemeinten Wortes „Du Jude!". Günther Jikeli dokumentiert folgende Aussage eines Berliner Jugendlichen:

> „Hast du schon mal auf der Straße gehört, dass ‚Jude' als Schimpfwort verwendet wurde?
>
> – Ja klar. Also, sehr oft.
>
> In was für einem Zusammenhang, wie kommt das?
>
> – Einfach, dass man zu einem gesagt hat: ‚Du Jude'. Der hat sich dann beleidigt gefühlt […]"[43]

Scherr und Schäuble zeigen auf, dass es sich dabei „zweifellos um eine faktisch antisemitische Kommunikation" handelt, wollen aber auch nicht ausschließen, „dass die Redeweise ‚Du Jude!' ihren Sinn zunächst als rhetorisches Mittel im Kontext

[42] Diekmann/Kotowski, Geliebter Freund.

[43] Günther Jikeli, „Jude" als Schimpfwort im Deutschen und Französischen. Eine Fallstudie unter jungen männlichen Berliner und Pariser Muslimen, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 18 (2009), S. 43–66, hier: S. 50.

[44] Scherr/Schäuble, „Ich habe nichts gegen Juden, aber…", S. 18.

einer jugendtypischen Kommunikation gewinnt“, in der „Konstruktionen von Zusammengehörigkeit, Übereinstimmung und Abgrenzungen immer wieder zum Thema werden“. Dadurch erfolge aber eine „Enttabuisierung“, die es Jugendlichen ermögliche, die „Gründe für die sonst vorherrschende moralische Aufladung des Sprechens über Juden situativ [...] zu ignorieren bzw. damit spielerisch umzugehen“.[44]

Nach Michael Reichelt lasse sich das Lexem „Jude“ im heutigen Sprachgebrauch von Jugendlichen, soweit es in pejorativer Weise verwendet wird, in drei Kategorien unterteilen: 1.) die schon annähernd konventionalisierten antijüdischen Konnotationen, die sich judenfeindlicher und antisemitischer Bewertungskomponenten und Stereotype bedienen; 2.) ein synonymes Schimpfwort zu anderen jugendsprachlichen Verbalinjurien und 3.) in die Bedeutungsverengung zu ‚Opfer‘.“[45]

Auch Reichelt geht es um die situative Rekonstruktion der Verwendung des Wortes, sodass er nicht alle pejorativen Verwendungen des Lexems für antisemitisch hält, er weist aber auf die Vagheit derartiger sprachlicher Ausdrücke hin. Die „judenfeindliche Pragmatik“ ergebe sich aus der „semantischen Zuschreibung bestimmter negativer Charaktere und Benennungsstrategien, die mit dem ‚Jüdischsein‘ verbunden werden und auf das zu bezeichnende Objekt [...] übertragen werden, ohne dass ein Jude tatsächlich präsent ist“.[46]

Noch schärfer als Scherr und Schäuble sowie Reichelt stellt Jikeli den antisemitischen Charakter der Verwendung des Wortes „Du Jude!“ als Schimpfwort heraus: Diese ermögliche es, „offenen Antisemitismus zu äußern“ und im „Modus eines alltäglichen Sprachgebrauchs zu trivialisieren“. Dies werde unterstützt durch die „häufige Verwendung des negativ konnotierten Begriffs“, die „Beteuerung von dessen Harmlosigkeit“ und der „sprachlichen Substitution von negativen Merkmalen oder Eigenschaften“. Die negativ abwertende Verwendung des Begriffs „Jude“ trage zu einem „antisemitischen Klima“ bei, in dem „Juden generell als negativ wahrgenommen werden. Es ist dann oft nur ein kleiner Schritt von der Beschimpfung hin zur Rechtfertigung von Gewalt“.[47]

Erste Forschungsergebnisse beziehen sich auf Jugendliche mit Migrationshintergrund.[48] Gleichwohl zeigt sich die beschriebene Tendenz auch bei Jugendlichen ohne Migrationshintergrund. Ein besonders schockierendes Beispiel hierfür sind die bekannten Ereignisse um den Mordfall Marinus Schöberl im brandenburgischen Potzlow im Juli 2002, die die Journalistin Annette Ramelsberger so beschreibt: „Es begann damit, ihren Kumpel Marinus zu schlagen. Dann flößten sie ihm Schnaps ein, bis er sich erbrach. Dann schleppten sie ihn hinaus [...], wo er hilflos liegen blieb. Dann urinierten sie auf den Jungen, dann schlugen sie ihn, bis er zugab, ‚ein Jude‘ zu sein, obwohl er doch keiner war [...] Jetzt, wo er zugegeben hatte, daß er ‚Jude‘ sei, hatten sie ihn als Untermenschen markiert, der kein Recht auf menschliche Behandlung mehr hatte.“[49]

Social Networks

Die Kontaktbörse ma-flirt.de galt intern als Kontaktanzeigen-, Single- und Flirtbörse für Personen aus dem rechtsextremen Milieu; dies war

45 Michael Reichelt, Das Lexem „Jude“ im jugendlichen Sprachgebrauch. Eine Untersuchung am Beispiel sächsischer Fußballplätze, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 18 (2009), S. 17–42, hier: S. 24 f.

46 Ebenda, S. 41 f.

47 Jikeli, „Jude“, S. 65.

48 Faber/Schoeps/Stawski, Neu-alter Judenhass (bes. die Beiträge von Cem Özdemir, Muslimische Migranten und Antisemitismus, S. 219–223, und Philipp Gessler, Antisemitismus unter Jugendlichen in Deutschland. Neue Entwicklungen und offene Fragen, S. 225–231); Stender/Follert/Özdogan, Komponenten (bes. die Beiträge von Claudia Dantschke, Feindbild Juden. Zur Funktionalität der antisemitischen Gemeinschaftsideologie in muslimisch geprägten Milieus, S. 129–146, und Nikola Tietze, Zugehörigkeiten rechtfertigen und von Juden und Israel sprechen, S. 147–164); Juliane Wetzel, Moderner Antisemitismus unter Muslimen in Deutschland, in: Thorsten Gerald Schneiders (Hrsg.), Islamverherrlichung. Wenn die Kritik zum Tabu wird, Wiesbaden 2010, S. 379–391; Aladin El-Mafaalani, Antisemitische Einstellungen bei muslimischen Jugendlichen, in: Politisches Lernen 1–2 (2010), S. 19–23; Dorothea Jung, Feindbild Israel. Antisemitismus unter Migranten, www.dradio.de/df/sendungen/hintergrundpolitik/1219442/ [eingesehen am 8. Juli 2010].

49 Annette Ramelsberger, Ein Dorf, ein Mord und das ganz normale Leben, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 2, Frankfurt a. M. 2003, S. 188–195, hier: S. 189, 191.

50 Etwa die völlig unverdächtige Vorstellung auf der Webseite http://www.onlinedating-service.de/kontaktanzeigen-weitere/ma-flirt.de.htm [eingesehen am 15. Juli 2010]: „Hohe Ansprüche verfolgt das Kontaktanzeigenportal ma-flirt.de. Von einem ‚starken, zukünftigen Partner in Sachen romantische Wünsche und Träume‘ ist da die Rede und davon, dass die Mitglieder ‚durch horizontale und vertikale Kommunikation eine virtuelle Welt frischer Gedanken und blühender Fantasie bauen‘. Hierzu wurde eine ‚bunte Plattform für eine grandiose Selbstdarstellung‘ geschaffen. Das Ganze wirkt insofern recht spaßig als die entsprechenden Passagen ungeachtet der unüblichen Wortwahl durch zahlreiche Grammatik- und Rechtschreibfehler gekennzeichnet sind. Ungeachtet dessen scheint sich das Portal einer gewissen Beliebtheit zu erfreuen, inwieweit die auf der Startseite genannte Zahl der registrierten Mitglieder stimmt, sei dahingestellt. Vom Grundsatz her handelt es sich bei MA-Flirt um ein typisches Kontaktanzeigenportal, die Registrierung ist aktuell kostenlos. Wenn jemand auf eine Kontaktanzeige antwortet, so wird der Betreffende hierüber via E-Mail informiert. Zur Kontaktanbahnung gedacht ist der gut besuchte Singlechat“. Nachdem ma-flirt.de im Dezember 2009 gehackt wurde, scheint der Betreiber sie vom Netz genommen zu haben.

aber nicht auf den ersten Blick erkennbar, sodass sich auf dieser Webseite auch Besucher anmelden konnten, die mit diesem Milieu nichts zu tun haben.[50] Am Abend des 23. Dezember 2009 schreibt eine weibliche Teilnehmerin folgende Chat-Nachricht an einen Mann: „ja stimmt die vielen fernseher, aber was soll ich machen wenn ich einen juden im fernseher sehe, dann bin ich eben nicht mehr zu halten. man sieht ja nur noch juden überall, egal wo,das ist echt grausam, die juden haben eh schon das sagen überall und keiner traut sich was dagegen zu sagen. überall steckt nur noch der jude dahinter!“

Am nächsten Vormittag schreibt dieselbe Teilnehmerin an denselben Mann: „tut mir leid das ich gestern abend einfach so abgehauen bin, aber ich war so müde, war ja seit 4.30 auf den beinen, bei uns in der firma ist in moment so viel zu tun, zum glück habe ich jetzt mal bis montag frei und im januar mal ne woche. habe bei mir in der firma viele juden, da laufen immer so viele chefs bei mir in der abteilung rum, 3 von denen sind juden, habe das gleich an ihrem namen gesehen und teilweise an ihrem aussehen, aber manchen siehste es es gar nicht mehr an, die haben sich schon teilweise zu sehr vermischt mit unserem arischen volk, echt grausam, aber zumindest sieht man es noch an ihren namen. die rennen da immer rum und schaffen nichts und meckern ständig an uns rum, ich bin da jedesmal kurz vorm ausflippen, ich habe so einen hass gegen diese knüppelnasen.“[51]

Zwar tauschen sich hier offenbar zwei durch ihren Antisemitismus verbundene Personen miteinander aus, dennoch gehört der Kontakt in mehrfacher Hinsicht in den Kontext des alltäglichen Antisemitismus. So sind die Beiträge unredigiert und ähnlich spontan wie im direkten Gespräch oder Telefonat. Auch ist der Gesamtkontext des Chats nicht durch Antisemitismus geprägt, sondern durch unverbindliche Flirts und Verabredungen zu Silvester. Ferner frappiert der antisemitische Wahrnehmungsfilter in den Äußerungen der jungen, 24-jährigen Frau, die glaubt, im Fernsehen, ja überall, nur noch Juden zu sehen. Entsprechend deutet sie auch ihre unbefriedigende Arbeitssituation als Folge jüdischen Handelns; ungeliebte Vorgesetzte werden zu Juden erklärt, wobei die Schreiberin meint, diese anhand von Namen und äußerem Erscheinungsbild identifiziert zu haben. Damit weist dieser Chat unmittelbar in den Bereich der Alltagskommunikation. Dass sich daraus Störungen im Arbeitsalltag ergeben können oder im Konfliktfall der privat geäußerte Antisemitismus aufbrechen kann, ist zumindest denkbar.

Anders gelagert sind die folgenden Beiträge des Social Networks www.wer-kennt-wen.de, da sich hier jeder kostenlos anmelden und Bilder betrachten beziehungsweise Texte lesen kann. So finden sich im Gästebuch der Teilnehmerin mit dem Benutzernamen „Kill Baby Kill“ im Januar 2010 mehrere antisemitische Witze:

> [Gelöschter Benutzer 1:] Wir danken den 10000 Juden für den neuen Ascheplatz!
>
> und wenn wir grad beim Thema sind..
> Lager A spielt gegen Lager C auf Lager B.
>
> Warum hat die Gaskammer 11 löcher? Weil ein Jude nur 10 Finger hat *g*
>
> [Gelöschter Benutzer 2:] lach das ist geil ;D
> mir gehen grad irgendwie die witze aus ....
>
> [Gelöschter Benutzer 1:] Was stand bei Hitler über‘n Kamin?
>
> Je grösser der Jude desto wärmer die bude!
>
> alt aber hat was *g
>
> Kommentar von Kill Baby: aaaaaaah ders gut ^^“[52]

Es sei nochmals wiederholt, dass diese Einträge – auch wenn sie von gelöschten Benutzern stammen – nach wie vor für jeden angemeldeten Benutzer einsehbar sind. Vor und nach diesem Austausch zynischer judenfeindlicher „Witze“ geht es um Verabredungen zum Stadionbesuch, Anzüglichkeiten oder Tätowierungen. Keiner der anderen Teilnehmer scheint sich an den Beiträgen zu stören.

Ein männlicher Teilnehmer vermerkt im Benutzerprofil in der Spalte „Persönliches/Über mich“: „I HATE JUICE^^“. Der Kontext lässt keinen Zweifel zu, dass es sich um ein Wortspiel handelt und Juden („Jews“) gemeint sind; ein anderer junger Mann notiert unter „Persönliches/Über mich“ folgenden Reim: „Die Deutschen kommen ihr Juden habt acht, denn eure vernichtung wird zum Ziel uns gemacht. Wir fürchten vor Tod und vor Teufel uns nicht, vor uns die Jüdische Hochburg zerbricht.“ Dieser Mann posiert auf dem beistehenden Foto mit einem Neonazi-T-Shirt vor der Flagge der Konföderierten im amerikanischen Bürgerkrieg, die als Zeichen für die Bejahung der Rassentrennung oder allgemein des Rassismus gilt. Auch andere Teilnehmer setzen neben ihr Profil Fotos, auf denen sie gut erkennbar israelfeindliche T-Shirts

[51] Dokumentiert beim MMZ; der Kontext des Kontakts lässt sich nicht rekonstruieren. Grammatik, Orthographie und Interpunktion folgen dem Original.

[52] Dokumentiert beim MMZ. Grammatik, Orthographie und Interpunktion folgen dem Original.

(„Fuck Israel“, „I hate Israel“) tragen. Weitere Nutzer, die auf den ersten Blick keine Anzeichen für Antisemitismus erkennen lassen, stellen gleichwohl in ihre Fotoalben neben Bildern von Verwandten, Freunden und Alltagsszenen antisemitische Abbildungen ein (Emailleschild „Juden sind hier unerwünscht“; „Boycott Israel“).[53] Zahlreiche judenfeindliche Einträge, darunter auch Morddrohungen und -aufrufe, finden sich auch auf dem Social Network www.facebook.com, wie die Jüdische Gemeinde zu Berlin im Juni 2010 dokumentierte. Die einsehbaren Benutzerprofile der Verfasser lassen häufig einen muslimischen oder Migrationshintergrund erkennen.[54]

Das Phänomen des Alltagsantisemitismus in Social Networks bedarf, wie insgesamt Beiträge im Internet (Twitter, Blogs, Kommentarspalten, Forenbeiträge usw.), weiterer gründlicher Erforschung.

Präsenz antisemitischer Inhalte in populärer Musik

„RechtsRock“[55] (→ **Antisemitismus im Rechtsextremismus**) dürfte zur Verbreitung antisemitischer Inhalte in breitere Bevölkerungskreise – insbesondere unter Jugendlichen – wie kein zweites Medium beigetragen haben. Codes und Chiffren, die bis dahin nur im engeren Kreis der äußersten Rechten bekannt waren, wurden und werden nunmehr breit rezipiert; in bestimmten Regionen und an bestimmten Schulen gehören sie heute zum allgemein bekannten „Kulturgut“ unter den Jugendlichen, unabhängig davon, ob sie rechtsextreme Orientierungen aufweisen oder nicht. Diese Musikerzeugnisse und die hiermit verbundenen subkulturellen Zeichensprachen und Modewelten sind also weit über den engen Raum des rechtsextremen Milieus hinaus wahrnehmbar; rechtsextreme Musik wird auch in nicht rechtsextremen sozialen Milieus „gelegentlich“ oder „nebenbei“ in „alltäglichen“ Situationen gehört.

Antisemitische Inhalte tauchen aber auch bei Musikgruppen auf, die nicht dem Netzwerk rechtsextremer Musik zuzuordnen sind. Die unpolitische Dark-Metal-Band „Inquisition“ (gegründet in Kolumbien, jetzt USA), die im September 2010 bei Konzerten in Deutschland auftrat, bringt auf ihrem Album „Magnificent Glorification of Lucifer“ (2004) den Song „Crush the Jewish Prophet“:

> „We are the warriors of Satan‘s legion/We are the soldiers of infernal war/Knife in my hand, axe in the other/We are the killers in search of Christ/Ref.: Crush, Crush, Crush [...] Jesus/Crush, Crush, Crush [...] Jesus/Prepare for battle weak lambs of God/Lord of destruction I summon thee/Grant us your powers of annihilation/Crush the Jewish prophet, death to Christian faith“[56]

Der Hass auf das Christentum in diesem satanistischen Text ist, wie häufig in vergleichbaren Kontexten, zugleich Hass auf die jüdischen Wurzeln dieser Religion. Durch den Songtitel und seine letzte Zeile, in Verbindung mit der offenen Gewaltverherrlichung, kommt dieses antisemitische Element deutlich zum Ausdruck. Dies bestätigt einen Befund von Schwarz-Friesel, Friesel und Reinharz, demzufolge sich „[b]estimmte Typen von Antisemitismen, die bisher fast ausschließlich im rechtsextremen Sprachgebrauch vorkamen und in der Regel öffentlich sanktioniert wurden, [...] mittlerweile auf nahezu allen Ebenen der Gesellschaft im öffentlichen Kommunikationsraum ausgebreitet [haben] und [...] als eine Form der ‚Meinungsfreiheit‘ artikuliert“ werden.[57]

Der Experte für rechtsextreme Jugendkulturen, Michael Weiss, hat hierzu folgendes Beispiel dokumentiert:

> „Es gibt ein Land in Europas Mitte/mittlerweile ist‘s dort gute Sitte/Ausländer haben alle Rechte/Wir Deutschen sind die Steuerknechte/Du zahlst, doch was bekommst du?/Wirst ausgebeutet wie ne dumme Kuh/Hast keine Rechte in deinem Land/Korruption und Machtgier Hand in Hand/Refrain: Deutschland ist unser Heimatland/Doch haben wir nichts in der Hand/Wir sind die Verlierer, siehst du es nicht?/Dem ZOG interessiert es nicht/Firmenpleiten sind ihr Ziel/In ihrem perversen Weltherrschaftsspiel/Ein weiteres Denkmal für unsere Schuld/Unter

[53] Dokumentiert beim MMZ.

[54] http://www.jg-berlin.org/beitraege/details/antisemitische-hasspropaganda-im-internet-i312d-2010-06-23.html; http://www.jg-berlin.org/fileadmin/redaktion/downloads/Bericht_JGzB__Antisemitismus_in_Internet_und_Facebook.pdf [beide eingesehen am 13. August 2010]; Majica, Berliner Zeitung vom 3. Juni 2010.

[55] Rainer Erb, Der ewige Jude. Die Bildersprache des Antisemitismus in der rechtsextremen Szene, in: Archiv der Jugendkulturen (Hrsg.), Reaktionäre Rebellen. Rechtsextreme Musik in Deutschland, Berlin 2001, S. 131–156; Gideon Botsch, Gewalt, Profit und Propaganda. Konturen des rechtsextremen Musik-Netzwerkes, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 46 (2001), S. 335–344; Christian Dornbusch/Jan Raabe (Hrsg.), RechtsRock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien, Münster 2002.

[56] Text wiedergegeben nach: http://www.metal-archives.com/release.php?id=60024 [eingesehen am 16. Juli 2010].

[57] Schwarz-Friesel/Friesel/Reinharz, Aktueller Antisemitismus, S. 3.

[58] Text des Liedes „Verlierer“ der Band „The Real Enemy“, Demo-CD „Weltverbesserer“, nach: Michael Weiss an MMZ vom 18. Juli 2010 (per E-Mail).

> ihnen mittlerweile Kult/Solange sie die Macht behalten/werden sie weiter über uns walten/ Wie lange soll das noch weitergehn/Soll ZOG ewig bestehn?“[58]

Das Kürzel ZOG ist ein häufig im neonazistischen Kontext verwendetes Akronym, das für „Zionist Occupied Government“ steht. Weiss stellte fest, dass angesichts des nationalistischen, ausländerfeindlichen und antisemitischen Textes von einer entsprechenden Verortung der Band auszugehen sei. Dies führte, nach seinem Bericht, zu folgendem Ereignis: „[A]uf einer Veranstaltung in Wernigerode [...] meldete sich aus dem Publikum heraus ein Bandmitglied von ‚The Real Enemy‘ zu Wort, zeigte sich sichtlich schockiert davon, in diesem Zusammenhang erwähnt zu werden und versicherte glaubhaft, dem Großteil der Bandmitglieder sei nicht bewusst, was ZOG bedeutet. Sie hätten gedacht, ZOG stünde für Kapitalismus und sie wollten ein antikapitalistisches Lied schreiben. [...] Da in Bezug auf ZOG [...] der falsche Artikel genutzt wurde (‚dem ZOG‘) ist es glaubhaft, dass der Sinngehalt des Akronyms den Bandmitgliedern nicht bekannt war – ein Beispiel, wie sich der antisemitische Code [...] weitgehend entkontextualisiert in eine sich als ‚unpolitisch‘ verstehende Jugendszene in Wernigerode transportiert [wird] und dort als Synonym für Kapitalismus beziehungsweise für ein kapitalistisches ‚Weltherrschaftsspiel‘ dient. Die Band ‚The Real Enemy‘ wurde nach der erwähnten Veranstaltung im Streit um diesen Text aufgelöst.“[59]

[59] Weiss an MMZ vom 18. Juli 2010.

3. Migrationshintergrund und Antisemitismus

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich die wissenschaftliche und öffentliche Auseinandersetzung mit Antisemitismus auf den Rechtsextremismus konzentriert, antisemitische Dispositionen in der Mehrheitsgesellschaft wurden durch Umfragen ermittelt. Judenfeindliche Haltungen aus dem Kreis der Menschen mit Migrationshintergrund hingegen waren bis 2002/2003 kaum ein Thema in Deutschland. Bis heute liegen kaum belastbare Daten vor, die eine Einschätzung und Analyse des Phänomens ermöglichen würden. In jedem Fall ist der Antisemitismus von Menschen mit Migrationshintergrund im Kontext judenfeindlicher Haltungen, Vorurteile und Klischees der Gesamtgesellschaft und der wechselseitigen Beeinflussung zu sehen.

In jüngster Zeit scheint der öffentliche Diskurs über antisemitische Haltungen und Übergriffe in Deutschland auf „Muslime mit Migrationshintergrund" oder schlicht „die Muslime" zu fokussieren. Diese einseitige Zuschreibung wirft eine Reihe von Problemen auf. Zunächst stellt sich die Frage, ob Antisemitismus im Einwanderungskontext ein Phänomen ist, das sich auf eine bestimmte Gruppe beschränken lässt. Die ersten Ergebnisse der Studien des Soziologen Wolfram Stender und seiner Kollegen von der Fachhochschule Hannover haben gezeigt, dass Antisemitismus unter Menschen mit Migrationshintergrund in einem viel breiteren und differenzierteren Rahmen untersucht werden muss. Die Forschungsgruppe hat in Diskussionen mit Schülern (Spätaussiedler, mit türkischem/arabischem Hintergrund, autochthone Deutsche) und in Einzelgesprächen mit Lehrern und Schulsozialarbeitern herausgefunden, dass das Sprechen über „Juden" von antisemitischen Stereotypen durchsetzt war, wobei die meisten Gesprächspartner nur fragmentarisch bekannte Klischees reproduzierten, also keineswegs von einer manifesten antisemitischen Weltanschauung auszugehen war. Im Gegensatz zu der Gruppe der türkisch-/arabischstämmigen Schüler, die möglicherweise den anti-antisemitischen Diskurs und die Tabuisierung antisemitischer Äußerungen im öffentlichen Raum, die ein Grundkonsens der bundesrepublikanischen Gesellschaft sind, zumindest teilweise bereits erlernt haben, wurden in der Gruppendiskussion der jugendlichen Spätaussiedler offen und brutal antisemitische Stereotype geäußert.[1] Zudem unterschied sich die Wahrnehmung der Schüler und Lehrer insofern deutlich, als die Lehrer entweder jegliche antisemitischen Vorkommnisse oder den Gebrauch von Schimpfworten wie „Du Jude" bestritten oder alarmistisch reagierten und das Problem als eines der „muslimischen Schüler" darstellten, wobei sie die „massenmediale Inszenierung eines ‚muslimischen Antisemitismus' zum Teil bis in die Formulierungen hinein alltagssprachlich reproduzierten".[2]

Diese Erkenntnisse basieren nur auf einem relativ limitierten Sample, allerdings können sie als Grundlage für weitere Forschungen dienen und machen zudem deutlich, dass die Frage, ob es sich um ein Phänomen einer bestimmten religiösen Ausrichtung oder um eine Folge der Zuwanderung aus bestimmten Ländern handelt, bisher nur in Ansätzen beantwortet werden kann. Ebenso stehen genauere Erkenntnisse darüber aus, ob die häufig geäußerte Vermutung zutrifft, dass Antisemitismus unter Migranten in erster Linie ein Problem des Bildungsniveaus und der Milieuzugehörigkeit ist. Zumindest kann man davon ausgehen, dass beide Faktoren die Einstellung gegenüber Juden in signifikant höherem Maß als die Religionszugehörigkeit beeinflussen. Deshalb ist der Arabistin und Kennerin des Milieus in Berlin, Claudia Dantschke, zumindest was die Bevölkerungsgruppe mit muslimischem Migrationshintergrund betrifft, zuzustimmen, wenn sie konstatiert: „Für eine adäquate Auseinandersetzung mit antisemitischen Positionen von ‚Muslimen' ist es deshalb wichtig herauszufinden, welchem Milieu, welcher Ideologie und welchem Einflussbereich sie entstammen."[3] Deshalb greift etwa die Studie von Katrin Brettfeld und Peter Wetzels „Muslime in Deutschland" insofern zu kurz, als nur unterschieden wurde zwischen „autochthonen Deutschen" und „muslimischen Migranten". Die Gruppe der befragten „jungen Muslime" verfügt über keine eigene Migrationserfahrung, sie sind in Deutschland geboren, sprechen Deutsch (die Sprache ihrer Eltern oder Großeltern können sie kaum) und rezipieren deutsche

[1] Wolfram Stender berichtet von einer Gruppendiskussion mit Jugendlichen, die aus der ehemaligen Sowjetunion stammen, bei denen der Antisemitismus „ungleich härter, offener und traditioneller als in Gesprächen mit in Deutschland geborenen Jugendlichen mit türkischem oder arabischem Herkunftshintergrund oder auch autochthonen Jugendlichen" auftritt; Wolfram Stender, Konstellationen des Antisemitismus, in: Wolfram Stender/Guido Follert/Mihri Özdogan (Hrsg.), Konstellationen des Antisemitismus. Antisemitismusforschung und sozialpädagogische Praxis, Wiesbaden 2010, S. 7–40, hier: S. 24.

[2] Wolfram Stender/Guido Follert, „das kommt jetzt wirklich nur aus der muslimischen Welt". Antisemitismus bei Schülern in der Wahrnehmung von Lehrern und Schulsozialarbeitern – Zwischenergebnisse aus einem Forschungsprojekt, in: Stender/Follert/Özdogan, Konstellationen des Antisemitismus, S. 199–224, hier: S. 201.

[3] Claudia Dantschke, Feindbild Juden – zur Funktionalität der antisemitischen Gemeinschaftsideologie in muslimisch geprägten Milieus, in: Wolfram Stender/Guido Follert/Mihri Özdogan (Hrsg.), Konstellationen des Antisemitismus. Antisemitismusforschung und sozialpädagogische Praxis, Wiesbaden 2010, S. 129–146; zuvor erschienen in: „Die Juden sind schuld". Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft am Beispiel muslimisch sozialisierter Milieus, Berlin 2009 (Amadeu-Antonio-Stiftung), http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/diejuden.pdf [eingesehen am 28. April 2011], S. 14–19, hier: S. 19.

Medien. Insofern unterscheiden sie sich etwa von jenen, die als Flüchtlinge aus dem Libanon oder den palästinensischen Gebieten nach Deutschland gekommen sind.[4]

Zur Problematik des Begriffs „Muslime"

Beim Begriff „Muslime" gilt es, sich zu vergegenwärtigen, dass dieser vor allem im öffentlichen Diskurs gebräuchliche Terminus die bis zum Jahre 2001 dominierenden ethnischen und nationalstaatlichen Bezeichnungen für „Ausländer" (Araber, Türken, Iraner etc.) ersetzt hat. So suggeriert die Sammelbezeichnung „Muslime" eine Einheitlichkeit „des Islam" und „der Muslime", die mittels Zuschreibung vermeintlich religionsgemeinschaftlich bedingter Eigenschaften eine Stereotypisierung, Kulturalisierung und schlimmstenfalls sogar „Islamisierung" dieser Personengruppe befördert. Der pauschale Gebrauch des Begriffs „Muslime" anstelle von ethnischen und nationalstaatlichen Bezeichnungen ignoriert, dass „Muslime" hinsichtlich ihrer ethnischen Herkunft, konfessionellen Zugehörigkeit, kulturellen Prägung und politischen Ausrichtung höchst verschieden sind. Allein die in Deutschland lebenden 3,8 bis 4,3 Millionen Muslime stammen aus 49 Herkunftsländern. Sie unterscheiden sich vor allem ethnisch und national (Türken, Araber, Iraner, Bosnier etc.) sowie konfessionell (74 Prozent Sunniten, 13 Prozent Aleviten, 7 Prozent Schiiten, 2 Prozent Ahmadiyya und weitere kleinere Gemeinschaften).[5]

Gesicherte Aussagen darüber, ob sich Menschen tatsächlich zuvorderst als „Muslime" oder nicht eher als Bürger eines Staates (Ägypter, Tunesier, Syrer, Deutsche) betrachten, die zugleich dem islamischen Glauben angehören, gibt es nicht. Offen ist auch die Frage, inwieweit Muslime sich tatsächlich als gläubig oder lediglich als „Kulturmuslime" verstehen. Dies gilt auch für die Muslimen zugeschriebenen religiösen und politischen Orientierungen, die zwischen Indifferenz, konservativ-orthodoxen Haltungen, striktem Säkularismus, islamischer Mystik und islamistischen Positionen variieren können. In Untersuchungen zu religiösen Einstellungen von Muslimen wird zudem die Bedeutung, die der Islam bei den Befragten einnimmt, häufig als Beleg für eine hohe Religiosität interpretiert. Hierbei wird übersehen, dass die Bejahung des Islam nicht selten Ausdruck des Bedürfnisses nach Identität und Selbstpositionierung in einer anderen Kultur sein kann.

Antisemitische Dispositionen

Seit Beginn der Zweiten Intifada im Herbst 2000, als sich die Eskalation des Nahostkonflikts erneut als mobilisierender Faktor in Bezug auf antisemitische Einstellungen und Aktionen erwies, zeigt sich, dass antisemitische Stereotypisierungen und Propaganda auch Muslime in verschiedenen europäischen Ländern beeinflussen, die selbst oder deren Eltern und Großeltern aus der arabischen Welt, dem Iran, aus Nord-Afrika oder der Türkei stammen. Diese antisemitischen Vorurteilsstrukturen weisen allerdings kaum Anknüpfungspunkte an etwaige Traditionen im Islam auf, sondern sind vielmehr Ergebnis der von europäischen Vordenkern des Antisemitismus in die muslimische Welt getragenen Topoi, die dort inzwischen einen zentralen Stellenwert einnehmen.[6]

Die Aufmerksamkeit, die die Auseinandersetzungen im Nahen Osten in den europäischen Medien erfahren, hat den Konflikt mehr und mehr auch zum Thema des öffentlichen Diskurses in den europäischen Ländern werden lassen. Die Anschläge vom 11. September 2001 auf das World Trade Center und das Pentagon sowie der von den USA daraufhin ausgerufene „Krieg gegen den Terror" lösten erneut – in weit stärkerem Maße als zuvor – eine Diskussion über die Ursachen des radikalen islamistischen Terrorismus aus, die von manchen primär in der israelischen Besatzungspolitik und in der proisraelischen Haltung der US-Politik gesehen werden (→ **Antisemitismus im Islamismus**). Vor diesem Hintergrund verknüpfen sich antizionistische und antiamerikanische Einstellungen zu einem Vorurteilsmuster, das eine legitime Kritik an der israelischen Politik missbraucht, um antisemitische Dispositionen in einer vermeintlich legitimierten Form zu äußern. Das Zusammentreffen dieser Motive bedient die Kritiker von Kolonialisierung und Globalisierung auf der extremen Linken, den traditionell antisemitischen Rechtsextremismus sowie Teile der muslimischen/arabischen Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Hier verbinden sich klassischer Antisemitismus, Antizionismus, aber auch postkoloniale Traumata zu einem Weltbild, das durchaus gesellschaftliche Sprengkraft besitzt.

Bis heute fehlen für Deutschland belastbare wissenschaftliche Befunde über die tatsächliche Verbreitung antisemitischer Stereotype unter Muslimen. Über das Phänomen antisemitischer Äußerungen und Übergriffe, die vor allem

[4] Katrin Brettfeld/Peter Wetzels, Muslime in Deutschland. Integration, Integrationsbarrieren, Religion sowie Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt, Hamburg 2007.

[5] Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.), Sonja Haug/Stephanie Müssig/Anja Stichs, Muslimisches Leben in Deutschland, Nürnberg 2009, S.11, 324.

[6] Michael Kiefer, Antisemitismus in den islamischen Gesellschaften. Der Palästina-Konflikt und der Transfer eines Feindbildes, Düsseldorf 2002; Kurt Greussing, „Esel mit Büchern", Agenten und Verschwörer. Von den Judenbildern des Koran zum modernen islamischen Antisemitismus, in: Loewy, Gerüchte, S. 149–172

Jugendlichen mit Migrationshintergrund zugeschrieben werden, stehen empirische Untersuchungen nach wie vor aus. Daten darüber, ob die bisher bekannten antisemitischen Übergriffe von Tätern mit muslimischem Migrationshintergrund nur Einzelfälle sind oder tatsächlich eine höhere Disposition insbesondere bei Jugendlichen mit arabischem/türkischem Migrationshintergrund besteht, liegen bisher nicht vor.

Einzelne Aspekte sind inzwischen Gegenstand islamwissenschaftlicher und soziologischer Studien, wie etwa jener von Michael Kiefer,[7] Claudia Dantschke,[8] Jochen Müller,[9] Wolfram Stender,[10] Albert Scheer/Barbara Schäuble[11] und anderen. Erkenntnisse können wir auch aus Untersuchungen im Bereich der pädagogischen Praxis gewinnen.

Im Bereich antisemitischer Straf- und Gewalttaten liegen Daten der Landeskriminalämter vor, die zumindest in Ansätzen einen Schluss über die politische Einordnung solcher Taten zulassen. Es lässt sich eine deutliche Übergewichtung rechtsextremistischer Straftaten und Gewalttaten mit antisemitischem Hintergrund konstatieren. Unter die schwammige und ungenaue Kategorie „Ausländer“ fallen nur einige wenige Fälle, an denen allerdings durchaus eine Zunahme in Zeiten einer Radikalisierung des Nahostkonflikts abzulesen ist (2002/2003 Dschenin; 2006 Libanonkrieg und 2009 Gaza-Krieg). Für den Bereich der Gewalttaten mit antisemitischem Hintergrund liegen folgende Daten vor:[12]

Nach Beginn der Zweiten Intifada im Jahr 2000, als insbesondere in Frankreich ein signifikanter Anstieg antisemitischer Übergriffe von Jugendlichen mit maghrebinischem Migrationshintergrund aus den Banlieue festzustellen war, schien es, als würden die Ereignisse im Nahen Osten keinen Einfluss auf die mehrheitlich türkischstämmige muslimische Bevölkerung Deutschlands haben. Selbst der Versuch des inzwischen verstorbenen führenden FDP-Politikers Jürgen Möllemann, mit antisemitischen Stereotypen auch Wähler unter den wahlberechtigten „Muslimen“ in Deutschland zu rekrutieren, misslang und wurde von islamischen Vertretern im Land vehement zurückgewiesen. Ausgelöst hatte die Debatte der aus Syrien stammende ehemalige Abgeordnete der Grünen Jamal Karsli, der am 30. Mai 2002 der FDP beitrat (→ **Präsenz und Wahrnehmung von Antisemitismus in der Gesellschaft/Antisemitismus im politischen Diskurs, in Kultur und Alltag**). Nachdem er bereits in einer Pressemitteilung Mitte März der israelischen Politik „Nazi-Methoden“ vorgeworfen hatte, äußerte er in einem Interview mit der lange Zeit vom Verfassungsschutz beobachteten rechtsextremen Wochenzeitung „Junge Freiheit“ im Mai 2002, die „zionistische Lobby“ habe „den größten Teil der Medienmacht in der Welt inne und kann jede auch noch so bedeutende Persönlichkeit klein kriegen“.[13] Karsli rekurrierte hier eindeutig auf das klassische Muster einer angeblich jüdischen Weltverschwörung, das zum festen Bestandteil antisemitischer Agitation sowohl der rechtsextremen Szene als auch der radikalislamistischen Propaganda zählt.

Antisemitische Gewalttaten (politisch motivierte Kriminalität)

Antisemitische Straftaten	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
PMK-rechts	27	30	38	40	50	44	61	44	31	31
PMK-links	0	1	0	1	1	0	0	2	0	0
PMK-Ausländer	1	7	7	3	3	7	3	1	9	6
PMK-sonstige	0	1	1	1	2	0	0	0	1	0

7 Michael Kiefer, Antisemitismus in den islamischen Gesellschaften; ders., Was wissen wir über antisemitische Einstellungen bei muslimischen Jugendlichen? Leitfragen für eine künftige Forschung, in: „Die Juden sind schuld“, S. 20–23; Klaus Holz/Michael Kiefer, Islamistischer Antisemitismus. Phänomen und Forschungsstand, in: Stender/Follert/Özdogan, Konstellationen des Antisemitismus, S. 109–138.

8 Dantschke, Feindbild Juden.

9 Jochen Müller, „Warum ist alles so ungerecht?“ – Antisemitismus und Israelhass bei Jugendlichen: Die Rolle des Nahostkonflikts und Optionen der pädagogischen Intervention, in: „Die Juden sind schuld“, S. 30–36.

10 Stender/Follert, „das kommt jetzt wirklich nur aus der muslimischen Welt“.

11 Scheer/Schäuble, „Ich habe nichts gegen Juden, aber...“.

12 → **Antisemitisch motivierte Straftaten**: Die Daten wurden vom Bundesministerium des Innern, Referat ÖS II 4, auf Basis von Informationen des Bundeskriminalamtes zur Verfügung gestellt (Stand: 31. Januar des jeweiligen Folgejahres).

13 Junge Freiheit vom 3. Mai 2002.

In den letzten Jahren hat sich das Bild gewandelt. Die eher als gering einzustufende Disposition der mehrheitlich türkisch-muslimischen Bevölkerung in Deutschland für antisemitisch-antizionistische Denkmuster hat sich bei einem Teil vor allem der männlichen Jugendlichen dahingehend verändert, dass sie sich als „Muslime“ solidarisch mit den Palästinensern fühlen, die sie als alleinige „Opfer“ des Nahostkonflikts sehen. Diskriminierungs- und Exklusionserfahrungen machen gerade bildungsferne Jugendliche anfällig für radikalere Positionen, die Teile der männlichen arabischen Jugendlichen mit Migrationshintergrund vertreten. Antisemitische Propaganda, die sie aus arabischen Satellitenfernseh-Programmen rezipieren oder etwa durch eine Nähe zu radikalislamistischen Gruppierungen erfahren, bleibt somit auch nicht ohne Einfluss auf Muslime mit türkischem Migrationshintergrund.

In den letzten Jahren verstärkt sich der Eindruck, dass antisemitische Dispositionen vor allem bei Jugendlichen arabischer oder türkischer Herkunft im Mittelpunkt des Interesses der Medien stehen. In jüngster Zeit wird gar – ohne belastbare Forschungserkenntnisse – in regelmäßiger Einmütigkeit behauptet, der Antisemitismus unter diesen Jugendlichen sei in ständigem Steigen begriffen. Zu Recht hat der Soziologe Wolfram Stender von der Fachhochschule Hannover unlängst darauf hingewiesen, dass solche vermeintlichen Erkenntnisse nur „auf der Ebene des mehr oder weniger informierten Verdachts“ basieren.[14] Die Erkenntnis, dass auch diese Bevölkerungsgruppe nicht frei von solchen Vorurteilen ist, hat sich erst allmählich durchgesetzt und wurde lange Zeit verdrängt. Es stellt sich allerdings die Frage, warum diese späte Einsicht nun umso mehr im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit steht. Übernimmt die Fokussierung auf den „islamisierten Antisemitismus“ in Deutschland nicht eine Stellvertreterfunktion, die eine Verdrängung der Auseinandersetzung mit antisemitischen Stereotypen in der Mehrheitsgesellschaft ermöglicht, und passt er nicht allzu gut in das Bild einer islamfeindlichen Stimmung, die ihn als willkommene Schuldzuschreibung gegen „die Muslime“ in Deutschland nutzt? Die Konsequenz solcher Überlegungen darf allerdings nicht sein, das Thema auszusparen. Vielmehr sollte Antisemitismus als ein gesamtgesellschaftliches Phänomen betrachtet werden, das in allen politischen und gesellschaftlichen Spektren latent, aber in unterschiedlichem Ausmaß vorhanden ist und quer zu Herkunftshintergründen verläuft.[15]

Der Soziologe Klaus Holz konstatiert zu Recht, dass zwischen Herkunft und Antisemitismus keine monokausale Beziehung bestehe. Der Antisemitismus unter den „Muslimen mit Migrationshintergrund“, so Holz, entwickle sich häufig erst aufgrund der Erfahrungen im Einwanderungsland.[16]

Eine Reihe von Einzelfällen, aber auch Probleme in Klassen mit einem hohen Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund sind bekannt, vor allem weil sie von einer starken Medienaufmerksamkeit begleitet werden. Über die Motive kann nur gemutmaßt werden. Allerdings gilt es festzuhalten, dass antisemitische Stereotype bei Muslimen etwa mit palästinensischem oder libanesischem Migrationshintergrund auch die Reaktion auf eine reale Konfliktsituation im Nahen Osten sind, von der sie sich mehr oder weniger betroffen fühlen. Hier unterscheidet sich die Motivlage deutlich von jener des Antisemitismus, der in der Mehrheitsgesellschaft ebenso wie in extrem rechten und linken Milieus virulent ist und auf keinem wie auch immer gearteten realen Konflikt mit Juden basiert. Das heißt allerdings nicht, antisemitische Übergriffe oder verbale Äußerungen von Gruppen, die von den Ereignissen im Nahen Osten direkt oder indirekt betroffen sind, zu dulden. Es geht hier einzig und allein darum, die Ursachen für ein solches Verhalten zu erkennen, um entsprechend präventiv dagegen vorgehen zu können beziehungsweise in der pädagogischen Arbeit adäquat zu reagieren.

Erste Untersuchungen weisen auf die Bedeutung des Opferstatus hin, den vor allem Jugendliche, deren Eltern und Großeltern aus dem Nahen Osten stammen und die zum Teil in der zweiten oder dritten Generation in Deutschland leben, aber noch immer einen ungesicherten Aufenthaltsstatus haben und gesellschaftlich marginalisiert werden, empfinden. Sie solidarisieren sich mit dem Schicksal der Palästinenser, die sie ausschließlich als Opfer israelischer Politik wahrnehmen. Israel, die Israelis und gleichsam alle Juden, die ungeachtet ihrer ganz unterschiedlichen Affinität zu Israel zum kollektiven Feindbild avancieren, werden kategorisch zu Tätern und zum willkommenen Sündenbock für die eigene Situation erklärt.

In Deutschland äußern sich solche antisemitischen Ressentiments zumeist in verbalen Entgleisungen auf Schulhöfen. Dabei beschränkt sich das Schimpfwort „Jude“ im schulischen Bereich keineswegs auf Schüler mit migrantischem Hintergrund, sondern gehört vielerorts fast schon zum

[14] Stender, Konstellationen des Antisemitismus, S. 20.

[15] Astrid Messerschmidt, Verstrickungen. Postkoloniale Perspektiven in der Bildungsarbeit zum Antisemitismus, in: Fritz Bauer Institut/Jugendbegegnungsstätte Anne Frank (Hrsg.), Neue Judenfeindschaft? Perspektiven für den pädagogischen Umgang mit dem globalisierten Antisemitismus, Frankfurt a. M. 2006, S. 150–171, hier: S. 168 f.

[16] Klaus Holz, Neuer Antisemitismus? Wandel und Kontinuität der Judenfeindschaft, in: Ansorge, Antisemitismus in Europa, S. 51–80, hier: S. 53.

Allgemeingut. Allerdings besteht die Gefahr der Radikalisierung durch politische Indoktrination aber auch durch eine Beeinflussung entsprechender Medien aus dem arabischen Raum (→ **Antisemitismus im politischen Diskurs, in Kultur und Alltag/ Antisemitismus in türkischsprachigen Medien**).

In ihrer vom Bundesministerium des Innern in Auftrag gegebenen Studie befragten Katrin Brettfeld und Peter Wetzels „muslimische Jugendliche" der 9. und 10. Jahrgangsstufe zu mehreren Themen. 15,7 Prozent stimmten der Aussage zu, dass „Menschen jüdischen Glaubens überheblich und geldgierig" seien. Nur 7,4 Prozent der Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die keine Muslime waren, und 5,7 Prozent der „nichtmuslimischen Einheimischen" waren dieser Meinung.[17] Zu berücksichtigen ist allerdings, dass die Mehrheit der zustimmenden Antworten innerhalb der muslimischen Jugendlichen aus dem Kreis der „fundamental-religiösen" Gruppe kam, bei jenen, die als gering religiös eingestuft wurden, waren es nur 3 Prozent. Auch wenn diese Erhebung eine deutliche Diskrepanz zumindest zwischen den „fundamental-religiösen Muslimen" und den Nichtmuslimen zeigt, so verringert sie sich doch, wenn andere Umfragen einbezogen werden, die nicht auf Jugendliche beschränkt waren und keine Unterscheidung in Bezug auf die Herkunft trafen. Im Oktober 2002 ließ das American Jewish Committee von Infratest eine Umfrage in Deutschland durchführen, in der 45 Prozent der Befragten vollkommen oder weitgehend der Aussage zustimmten, dass Geld für die Juden eine wichtigere Rolle spielen würde als für andere Leute.[18] Die Anti-Defamation League hat 2005, 2007 und 2009 Einstellungsdaten in verschiedenen europäischen Ländern erhoben. In Deutschland hielten etwas über 20 Prozent der Befragten die Statements „Juden haben zu viel Macht in der Geschäftswelt" und „Juden haben zu viel Macht in der Finanzwelt" für ziemlich wahrscheinlich[19] (→ **Antisemitische Einstellungen in Deutschland**). Insofern unterscheiden sich diese traditionellen Stereotype der Jugendlichen mit Migrationshintergrund nicht von jenen, die in der Mehrheitsgesellschaft virulent sind. Unterschiede bestehen wohl eher in den Motiven.

In Deutschland spielt auch die Präsenz der Erinnerung an den Holocaust im öffentlichen Diskurs eine nicht unerhebliche Rolle, die bei den „Muslimen mit Migrationshintergrund" den sicherlich zum Teil berechtigten Eindruck hinterlässt, die Thematisierung der postkolonialen Verfolgungsgeschichte der eigenen Familien würde weitgehend ausgeblendet. Allerdings trifft die Annahme, der muslimische Bevölkerungsteil würde sich der Beschäftigung mit der deutschen Geschichte und hier insbesondere mit Nationalsozialismus und Holocaust entziehen, auch nur zum Teil zu. Im Übrigen ist auch dies kein Phänomen, das nur Menschen mit Migrationshintergrund betrifft, eine solche Verweigerungshaltung ist ebenso unter autochthonen Deutschen nicht unbekannt. Eine von der „Zeit" in Auftrag gegebene, im Januar 2010 von Emnid durchgeführte Umfrage bei 400 Menschen mit türkischem Migrationshintergrund – teils mit deutschem, teils mit türkischem Pass – ergab, dass 46 Prozent der Befragten die Beschäftigung mit dem Holocaust auch als ihre Sache ansehen. 78 Prozent lehnten die Aussage ab, „die heute in Deutschland lebenden Türken müssen einen ähnlichen Druck ertragen wie die Juden in Deutschland vor ihrer Verfolgung". „Fast 68 Prozent der Befragten räumten ein, ‚eher wenig' oder ‚fast nichts' über den Holocaust zu wissen, nur 31 Prozent meinten, sie wüssten darüber ‚sehr viel' oder ‚eher viel'. Das deckt sich mit einer anderen Zahl: Drei Viertel der Deutschtürken geben an, noch nie eine KZ-Gedenkstätte, ein jüdisches Museum oder das Holocaust-Mahnmal in Berlin besucht zu haben. Dieses Ergebnis hat freilich viel mit dem Bildungsstand zu tun: Fast 50 Prozent der befragten Deutschtürken mit Abitur oder einem Hochschulabschluss waren schon einmal an einem solchen Erinnerungsort."[20]

Albert Scheer und Barbara Schäuble haben in ihrer Untersuchung über „Ausgangsbedingungen und Perspektiven gesellschaftspolitischer Bildungsarbeit gegen Antisemitismus" festgestellt, dass „eine dezidierte Ablehnung und Feindseligkeit gegenüber Juden sich ‚nur' dann" abzeichne, „wenn Jugendliche mit Migrationshintergrund sich politisch – und dies steht in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit ihrer religiösen Orientierung – in einer Weise als ‚Muslime' definieren,

[17] Brettfeld/Wetzels, Muslime in Deutschland, S. 275.

[18] German Attitudes Toward Jews, The Holocaust and the U.S, 16. Dezember 2002, http://www.ajc.org/site/apps/nl/content3.asp?c=ijITI2PHKoG&b=846741&ct=1032137 [eingesehen am 28. April2011].

[19] Anti-Defamation League, Attitudes Toward Jews in Twelve European Countries, May 2005, http://www.adl.org/anti_semitism/european_attitudes_may_2005.pdf; Attitudes Toward Jews and the Middle East in Six European Countries, May 2007, http://www.adl.org/anti_semitism/European_Attitudes_Survey_May_2007.pdf; Attitudes Toward Jews in Seven European Countries, February 2009, http://www.adl.org/Public%20ADL%20Anti-Semitism%20Presentation%20February%202009%20_3_.pdf [alle eingesehen am 28. April 2011].

[20] Die Zeit vom 21. Januar 2010.

[21] Scherr/Schäuble, „Ich habe nichts gegen Juden, aber […]".

die von einem grundlegenden weltpolitischen Konflikt zwischen ‚dem Westen' und der ‚muslimischen Welt' ausgeht und die mit einer antisemitisch konturierten Israelkritik in Referenz auf den Nahostkonflikt einhergeht."[21]

Im Rahmen des Projekts „amira – Antisemitismus im Kontext von Migration und Rassismus", das Angebote zum Umgang mit Antisemitismus unter Jugendlichen mit Migrationshintergrund für die offene Jugendarbeit in Kreuzberg und vergleichbaren Stadtteilen erarbeitet, fand im September 2008 eine Tagung zum Thema statt. Die Ergebnisse treffen bis heute zu: „‚Klassische' antisemitische Stereotype scheinen unter den Kreuzberger Jugendlichen weniger stark verbreitet zu sein. Am häufigsten wird noch das Stereotyp vom ‚reichen' und ‚geschäftstüchtigen Juden' genannt [...]" (wie sich ja auch in der vom Bundesinnenministerium in Auftrag gegebenen Studie von Wetzels/Brettfeld zeigte). „Interessant ist", so die Dokumentation von amira weiter, „dass religiös begründeter Antisemitismus unter den Jugendlichen eine weniger große Rolle zu spielen scheint, als dies oft vermutet wird [...]. Antisemitische Äußerungen der Jugendlichen bleiben in der Regel auf einer verbalen, meist wenig ideologisierten (Sprüche-) Ebene, hinter der kein großes eigenes Engagement steht. In einzelnen Einrichtungen bzw. in ihrer direkten Umgebung gab es jedoch auch massive Beleidigungen oder gar tätliche Angriffe auf jüdische Passant/innen bzw. jüdische Einrichtungsmitarbeiter/innen. [...] In den Jugendeinrichtungen wird Antisemitismus vor allem als Problem wahrgenommen, das von Jugendlichen mit arabischem bzw. palästinensischem Hintergrund ausgeht. Unter ihnen ist das Feindbild ‚Israelis = Juden' häufig stark. [...] Türkisch-und kurdischstämmige Jugendliche dagegen [...] werden von den Jugendarbeiter/innen meist als weniger antisemitisch beschrieben. Vertreter/innen von Migrant/innen-Organisationen berichten jedoch, dass Antisemitismus auch in den türkischen und kurdischen Communities verbreitet sei, wenngleich er meist nicht offen geäußert werde. [...] Israelfeindlichkeit und Antisemitismus können so zum ‚gemeinsamen Nenner' zwischen Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft werden, die sich sonst zuweilen untereinander entlang ethnisch-nationalistischer Linien bekämpfen." [22]

Ähnliche Erkenntnisse hat auch die „Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus" in ihrer jahrelangen Arbeit mit Jugendlichen gewonnen, die einen muslimischen Migrationshintergrund haben. Bei der Bewertung der Problematik müssen herkunftsspezifische Einflüsse und Unterschiede genauer differenziert werden, vor allem sind einfache, einseitige Zuschreibungen zu vermeiden. Al-Quds-Tag-Demonstranten oder radikale islamistische Gruppierungen machen nur einen verschwindend kleinen Teil der muslimischen Communities aus. Pauschalisierungen und Allgemeinplätze über „die Muslime" ebenso wie unreflektierte Antisemitismusvorwürfe gegen „die Muslime" lassen jegliche Differenzierung vermissen, stilisieren einen überaus heterogenen Teil der Gesellschaft zu einer Gruppe, die vermeintlich von ihrer Religion bestimmt wird, und zeichnen ein Schwarz-Weiß-Bild, das jeglichen selbstkritischen Umgang konterkariert und Menschen pauschal ins Abseits stellt, die so zu einer leichten Beute für radikale Gruppierungen werden können. Insbesondere für die pädagogische Arbeit erscheint es wichtig festzustellen, dass sich Jugendliche – ob mit oder ohne Migrationshintergrund – häufig antisemitischer Stereotype eher als Gruppenzugehörigkeitsmerkmal bedienen, als dass dies auf eine verfestigte Weltanschauung hindeuten würde. In jedem Fall aber bieten antisemitische Zuschreibungen für Jugendliche, die eigene Diskriminierungserfahrungen kompensieren wollen, einfache Erklärungen für komplexe wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Sachverhalte, denen sie sich hilflos ausgesetzt fühlen. Hier müssen pädagogische Konzepte entwickelt und spezifisch auf das Phänomen Antisemitismus zugeschnitten werden. Allerdings kann dies erst in zufriedenstellendem Maße geschehen, wenn entsprechende belastbare empirische Ergebnisse zum Antisemitismus in der Migrationsgesellschaft vorliegen.

[22] Amira, „Du Opfer, Du Jude". Antisemitismus und Jugendarbeit in Kreuzberg. Dokumentation der amira-Tagung am 16. September 2008 in Berlin-Kreuzberg, Berlin 2008.

4. Tradierung antisemitischer Stereotype durch gesellschaftliche Sozialisationsinstanzen

Bis heute existieren in unserer Gesellschaft antisemitische Vorurteile oder doch zumindest Stereotype und Klischees über Juden in einem größeren – bisher für manche gesellschaftliche Gruppen nur ansatzweise erforschten – Umfang. Während die Verbreitung solcher Stereotype und Vorurteile in Familien- oder Stammtischdiskursen für Außenstehende kaum nachvollziehbar ist, lassen sich gesellschaftliche Bereiche benennen, in denen solche Mechanismen evident, empirisch belegbar und damit beeinflussbar sind. Dies ist insbesondere in solchen Einrichtungen gegeben, deren Arbeit durch Rahmenrichtlinien festgelegt beziehungsweise auf der Grundlage von verfügbarem Material nachvollziehbar ist.

Zu den wichtigsten gesellschaftlichen Sozialisationsinstanzen, die dieses Kriterium erfüllen, gehören Kindergärten, Schulen, Universitäten, Kirchen und Vereine, wobei die Bedeutung dieser Einrichtungen je nach Region oder sozialem Milieu unterschiedlich ausfallen kann. Im Folgenden werden einige ausgewählte Institutionen und Organisationen beispielhaft in den Blick genommen, um die Frage zu diskutieren, ob (und gegebenenfalls in welcher Form) sich Anhaltspunkte dafür bieten, dass innerhalb dieser Sozialisationsinstanzen antisemitische Stereotype weitergegeben werden beziehungsweise Einzelnen die Möglichkeit eröffnet wird, antisemitische Vorurteile in das Milieu hineinzutragen. Dabei geht es dem Expertenkreis nicht um pauschalisierende Verdächtigungen, sondern es sollen beispielhaft Defizite aufgezeigt werden, die bei der Analyse der gesellschaftlichen Verbreitung antisemitischer Stereotype nach wie vor bestehen. Die Verbreitung solcher Vorurteile erfolgt häufig in scheinbar „harmloser“ oder verdeckter Form oder sie geschieht unbewusst, ja entgegen den besten Absichten der jeweiligen Organisation. Im Folgenden wird unterschieden, ob antisemitische Stereotype von Dritten in die Einrichtung getragen werden, ob diese Stereotype in der Institution selbst verankert sind und die Tradierung bewusst und willentlich geschieht oder aber unbewusst beziehungsweise aus Unwissenheit erfolgt. Eine solche Unterscheidung ist vor allem in Bezug auf die Frage der Prävention von Bedeutung. Deshalb ist dieser Teil in engem Zusammenhang mit dem Kapitel „Präventionsmaßnahmen“ zu sehen.

Die vorliegenden Ausführungen können nur einen ersten Einblick in verschiedene Sozialisationsinstanzen geben, da es bisher kaum Untersuchungen über die Verbreitung antisemitischer Einstellungen in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen gibt. Einzelne Vorkommnisse in Schulen, Universitäten, Kirchen und Fußballvereinen sind zwar in den Medien thematisiert worden und haben zum Teil Debatten ausgelöst, sind aber bisher noch kaum in breit angelegten empirischen Studien genauer analysiert worden. Dass hier manche gesellschaftlichen Bereiche ausführlicher dargestellt werden, hat wenig mit der Intensität antisemitischer Vorurteile, Stereotype oder Klischees in den jeweiligen Milieus zu tun, sondern ist vielmehr auf die stärkere Wahrnehmung in der Öffentlichkeit zurückzuführen. Die im Folgenden zusammengetragenen Beobachtungen sind daher eher explorativ und erheben keinen systematischen Anspruch.

Die Frage, inwieweit in den Kirchen – über Erklärungen der Kirchenleitungen hinaus – eine lebendige Auseinandersetzung mit tradierter christlicher Judenfeindschaft stattfindet und ob solche Debatten einen Einfluss auf die praktische kirchliche Arbeit besitzen, wurde in den Beratungen des Expertenkreises immer wieder als ein wichtiges offenes Problem thematisiert. Deshalb hat sich der Expertenkreis dazu entschlossen, zwei externe Expertisen – zur katholischen und evangelischen Kirche – erstellen zu lassen, die erste Einblicke vermitteln.

Kitas und Kindergärten

Kitas und Kindergärten, vor allem in ländlichen Gegenden, waren und sind in den letzten Jahren immer wieder Ziel rechtsextremer Aktivitäten geworden, mit der Absicht, in einem vermeintlich unpolitischen Feld rassistische und antisemitische Ideologien zu verbreiten. Selbst wenn der Antisemitismus in diesem Umfeld eher eine untergeordnete Rolle spielt, so wird er doch über rechtsextreme Inhalte tradiert und ist ein integraler Bestandteil des Rechtsextremismus (→ **Antisemitismus im Rechtsextremismus**). Rechtsextreme versuchen, durch ehrenamtliche Angebote und die Mitarbeit in Elternvertretungen Einfluss zu gewinnen. So sollen mit der Ausrichtung von Kinder- und Familienfesten oder durch die Mithilfe bei der Renovierung des Spielplatzes neue Zielgruppen angesprochen, ihr Vertrauen gewonnen und sukzessive rechtsextreme Ideologien verbreitet werden.[1] Diese Strategie kann schließlich dazu führen, Kindertagesstätten mit rechtsextrem eingestellten Erziehern und Erzieherinnen zu besetzen oder deren Trägerschaft zu übernehmen, wie dies im Februar 2010 in Bartow,

[1] Hierzu Berichte der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft, Internetseite der Kindertagesstätten, http://kita-live-mv.de/, u. a.: http://www.svz.de/artikel/article//rechtsextreme-draengen-in-kitas.html?cHash=53f7c9d54f&no_cache=1&sword_list[0]=rechtsextreme&sword_list[1]=kita [eingesehen am 5. Mai 2011].

Mecklenburg-Vorpommern versucht wurde.[2] Der Versuch scheiterte, und in Zukunft soll Vergleichbares mit einem „Kita-Erlass zur Gewährung der grundgesetzlichen Wertordnung“[3] verhindert werden. Empirische Untersuchungen, in wie vielen Fällen Erzieher und Erzieherinnen oder Eltern, die der rechtsextremen Szene zuzurechnen sind, Einfluss auf Kitas und Kindergärten nahmen, liegen bislang nicht vor. Ebenso fehlen entsprechende Forschungen, inwieweit antisemitische Vorurteile im Bereich der Kindergärten tradiert werden.

Schulen

Schulen können bei der Tradierung antisemitischer Stereotype in mehrfacher Hinsicht eine Rolle spielen. Dabei sind alle im Folgenden genannten Punkte nachvollziehbar und belegbar und könnten vielfach vermieden werden. Gleichzeitig ist jedoch zu betonen, dass die untenstehenden Ausführungen insbesondere in Bezug auf die Lehrpläne und -bücher *nicht zwangsläufig* zur Entstehung und Tradierung antisemitischer Stereotype führen *müssen*. Sie sind hier aufgeführt, um auf vermeintlich unwichtige Aspekte aufmerksam zu machen, die in ihrer Gesamtheit in einem nicht unerheblichen Maße zum Antisemitismus im Alltag beitragen können.

Tradierung antisemitischer Stereotype von außen

Schulen sind in den letzten Jahren zu einem beliebten Aktionsfeld rechtsextremer Gruppierungen geworden, die auf Schulhöfen und im näheren Schulumfeld Propagandamaterial verbreiten. So verteilt zum Beispiel die NPD seit 2004 kostenlos sogenannte Schulhof-CDs an Schülerinnen und Schüler, die mit Hilfe des Mediums Musik politisch beeinflusst werden sollen.[4] Die CDs verbreiten überwiegend rassistisches Gedankengut, vermitteln aber auch auf subtile Art und Weise antisemitische Denkmuster durch die Bezugnahme auf „das Kapital“ oder „die Kriegstreiber“ mit eindeutig antisemitischer Konnotation.[5] Wie erfolgreich im Sinne der rechtsextremen Szene diese Aktionen durchgeführt werden können, hängt von den jeweiligen Schulleitungen und ihrem Gebrauch des Hausrechts ab.[6] Während von der „Schulhof-CD“ anlässlich der Landtags- und Bundestagswahlen im Jahr 2005 angeblich 200.000 Stück vor Schulen verteilt wurden, ging die Zahl in den folgenden Jahren auf 10.000 bis 25.000 Stück zurück. Allerdings ist der Verbreitungsgrad deutlich höher einzuschätzen, weil die entsprechenden Ausgaben (aktuellste Fassung „Schulhof-CD“ 2011) von einer eigenen Webseite herunterzuladen sind.

Tradierung antisemitischer Stereotype über Rahmenpläne und Schulbücher: Die einseitige Hervorhebung von Juden als Opfer

Antisemitische Einstellungen können durch die unzulängliche und unangemessene Beschäftigung mit jüdischer Geschichte, dem Judentum oder Israel im Unterricht entstehen. Anknüpfungspunkte zur Beschäftigung mit diesen Themen finden sich im Religions-, Lebenskunde- und Ethikunterricht sowie im Geschichts-, Politik- und Deutschunterricht. Der Kontext kann je nach Unterrichtsfach die Geschichte der Weltreligionen, die Geschichte des Mittelalters und des Nationalsozialismus, Konflikte seit 1945 oder die Beschäftigung mit dem Phänomen „Extremismus“ sein. Seit Jahrzehnten weisen Wissenschaftler auf die Tradierung antisemitischer Stereotype in Schulbüchern hin. Durch die Fokussierung auf Einzelaspekte bei der Behandlung der genannten Themen würden historische

[2] Siehe hierzu u. a. http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/aktuelles/gegen-rechtsextreme-kita-betreiber/ und http://www.fr-online.de/politik/gegen-rechte-kinderfaenger/-/1472596/4507854/-/index.html [beide eingesehen am 5. Mai 2011].

[3] Der „Kita-Erlass zur Gewährung der grundgesetzlichen Wertordnung“ gilt bislang in Mecklenburg-Vorpommern. Der Zentralrat der Juden in Deutschland fordert, dass alle anderen Bundesländer diesem Beispiel folgen. [http://www.ndr.de/regional/mecklenburg-vorpommern/schwesig144.html und http://www.zentralratdjuden.de/de/article/3060.html, beide eingesehen am 18. Mai 2011].

[4] Jugendschutz.net, http://www.jugendschutz.net/materialien/synopse_aktion_schulhof.html [eingesehen am 2. Mai 2011]: „Trotz versuchter konspirativer Planung wurde die Aktion vorab bekannt. In mehreren Presswerken konnte die Produktion gestoppt oder CDs beschlagnahmt werden. Bei einer Hausdurchsuchung im Juli 2004 wurden bei einem Betreiber eines rechtsextremen Versandhauses dennoch unter anderem ein Lieferschein über 50.000 Exemplare dieser CD sichergestellt. [...] Das Amtsgericht Halle ordnete am 04.08.2004 die allgemeine Beschlagnahme der CD an, da sie offensichtlich geeignet ist, die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen oder ihre Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit schwer zu gefährden. Mit diesem bundesweit gültigen Beschluss wurde Rechtssicherheit im Umgang mit der CD geschaffen. Sachsen-Anhalts Generalstaatsanwalt Jürgen Konrad erklärte: ‚Das Verteilen [...] ist eine Straftat nach Paragraf 27, Absatz 1, Nummern 1 und 2 des Jugendschutzgesetzes in der ab 1. April 2004 geltenden Fassung. Es kann mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder Geldstrafe geahndet werden.‘ Außerdem seien auch einige Texte nach Paragraf 90a des Strafgesetzbuches (Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole) strafbar.“

[5] Zum Beispiel „Die letzten Deutschen“ von Agnar auf der „Schulhof-CD“ 2010 „Freiheit statt BRD“.

[6] Die Arbeitsstelle Neonazismus in Düsseldorf bietet eine „Argumentationshilfe gegen die ‚Schulhof-CD‘ der NPD“ an, siehe http://www.netz-gegen-nazis.de/files/Argumente_gegen_NPD_CD.pdf [eingesehen am 5. Mai 2011].

[7] Besonders ist hierzu Chaim Schatzer zu nennen, Historiker, ab 1981 Mitglied der deutsch-israelischen Schulbuchkommission. Publikationen u. a.: Die Juden in den deutschen Geschichtsbüchern. Schulbuchanalyse zur Darstellung der Juden, des Judentums und des Staates Israel, Bonn 1981.

Phänomene verkürzt, vereinfacht und damit verfälscht und schlichte Täter-Opfer-Dichotomien verbreitet.[7]

Die Mitarbeiter eines Forschungsprojekts zu narrativen Strukturen jüdischer Geschichte in Schulgeschichtsbüchern, das vom Pädagogischen Zentrum des Fritz Bauer Instituts in Kooperation mit dem Jüdischen Museum Frankfurt a. M. und dem Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung durchgeführt wird, beklagen, dass trotz der erstaunlichen Forschungsleistung der letzten Jahrzehnte im Hinblick auf die Geschichte jüdischen Lebens in Lehrplänen und Schulbüchern die Darstellung der Verfolgung von Juden dominiere und Juden im Wesentlichen als Opfer wahrgenommen werden.[8]

Obwohl die deutsch-israelische Schulbuchkommission bereits seit 1985 fordert, dass jüdische Geschichte – und damit auch die Geschichte des Antisemitismus – nicht allein auf die Darstellung von Konflikten und die Geschichte der Shoa reduziert werden darf,[9] und die Leo-Baeck-Gesellschaft seit 2003 fundierte Empfehlungen für den Unterricht und die Lehrerbildung veröffentlicht, wird Antisemitismus nach wie vor vielfach ausschließlich im Kontext der Geschichte des Nationalsozialismus thematisiert. Dies ist etwa im Religionsunterricht in mehreren Bundesländern der Fall oder im Geschichtsunterricht der Realschulen in Sachsen und Hessen.[10] Durch die ausschließliche Fokussierung auf diese historische Phase wird die Gelegenheit verpasst, Juden als Minderheit in der deutschen Geschichte kennenzulernen, deren Haltung und Handlungen sich immer wieder entsprechend eines sich wandelnden Umfelds veränderten. Gleichzeitig erscheint der Antisemitismus damit, mangels fehlender historischer Einordnung, als ein ausschließlich den Nationalsozialisten zuzuordnendes Phänomen, das 1933 quasi aus dem Nichts erschien und 1945 wieder verschwand. Juden werden in dieser verkürzten – und historisch verfälschenden – Darstellung ausschließlich als Opfer wahrgenommen. Von einem solchen Opferstatus aber wollen sich Schüler explizit abgrenzen (siehe nächster Abschnitt).

Darüber hinaus besteht das Risiko, dass jüdische Geschichte auf Verfolgungsszenarien reduziert wird und der ursächliche Antisemitismus eine Folge jüdischer Geschichte zu sein scheint. So sollen zum Beispiel nach den Vorgaben in den baden-württembergischen Lehrplänen, im Rahmen der Behandlung der Geschichte des Nationalsozialismus, die Themen „Rassenlehre und Antisemitismus, Boykott/Nürnberger Gesetze, Reichspogromnacht und Reaktionen der Bevölkerung“ auf gleicher Ebene behandelt werden wie „Erkundungen: Spuren jüdischen Lebens am lokalen Beispiel“. Eine solche Parallelisierung kann schnell zu einer Verschiebung der Ebenen von Ursache und Wirkung führen.[11]

Wenn auch mit historischen Vergleichen die nachvollziehbare Intention verbunden wird, Schülerinnen und Schüler für die historische Dimension bestimmter Phänomene zu sensibilisieren, so kann ein solches Vorgehen durchaus problematisch sein. Beispiele finden sich – wahrscheinlich vor dem Hintergrund, historische Sachverhalte für eine vermeintlich eingeschränkt lernfähige Adressatengruppe möglichst einfach erklären zu wollen – vor allem in den in Haupt- und Realschulen eingesetzten Lehrbüchern. So werden in einem Geschichtsbuch für die Hauptschule Abbildungen von einem „Judenring“ – der vorgeschriebenen Kennzeichnung für Juden im 16. Jahrhundert – und des „Judensterns“ aus der Zeit des Nationalsozialismus mit der Intention einer Parallelisierung unterschiedlicher Epochen nebeneinander gestellt. Auch wenn der „Judenring“ als Vorläufer des „Judensterns“ gesehen werden kann, handelt es sich um Kennzeichnungen in unterschiedlichem Kontext. Die beabsichtigte Bildbotschaft verstärkt die Überschrift des Begleittextes „Die Juden werden ausgegrenzt“.[12] Im Text wird verkürzend darauf verwiesen, dass Kirche und Kaiser die Juden ausgrenzen wollten und Juden in Ghettos wohnen mussten. Der Arbeitsauftrag schließlich lautet „Die Judenfeindschaft hat im Mittelalter viele Wurzeln, zum Beispiel Aberglaube, Furcht, Fremdenhass, religiöse Feindschaft, Neid. Suche im Text Beispiele: Aberglaube: Die Juden benutzten angeblich das Blut der Christen. Furcht [...]“[13] Trotz der guten Absicht, den Schülern

[8] Martin Liepach, Wie erzählt man jüdische Geschichte? Narrative Konzepte jüdischer Geschichte in Schulbüchern, in: Einsicht 4 (2010), S. 38–43; OSCE/ODIHR (Hrsg.), Antisemitismus Thematisieren: Warum und Wie? Leitfaden für Pädagoginnen und Pädagogen, o. O. 2007, S. 9.

[9] Deutsch-israelische Schulbuchempfehlungen. Zur Darstellung der deutschen Geschichte und der Geographie der Bundesrepublik Deutschland in israelischen Schulbüchern, Frankfurt a. M. 1992 sowie http://www.lehrerfortbildung-leo-baeck.de/seite_05.html [eingesehen am 5. Mai 2011].

[10] Gottfried Kößler, Antisemitismus als Thema im schulischen Kontext, in: Fritz Bauer Institut/Jugendbegegnungsstätte Anne Frank (Hrsg.), Neue Judenfeindschaft? Perspektiven für den pädagogischen Umgang mit dem globalisierten Antisemitismus, Frankfurt a. M. 2006, S. 172–186, hier: S. 176.

[11] Ebenda.

[12] Das Beispiel stammt aus dem genannten Forschungsprojekt. Die ausführliche Darstellung, Analyse und Kritik finden sich bei Liepach, Wie erzählt man jüdische Geschichte?

[13] „Zeitlupe A 1“, Braunschweig 2003, S. 102 f.

antijüdische Stereotype zu verdeutlichen und zu zeigen, dass sie jeglicher Grundlage entbehren, besteht angesichts der Auswahl und Gestaltung der Aufgabe, vor allem durch die Einführung des Begriffs Fremdenhass, das Risiko, bei den Schülern den Eindruck zu hinterlassen, Juden wären zu jedem Zeitpunkt der Geschichte Fremde gewesen und deswegen gehasst worden.[14] Auch hier erfolgt wieder eine Fokussierung auf Juden als Opfer: Opfer im Mittelalter, Opfer in der Zeit des Nationalsozialismus, Opfer im Laufe der Geschichte. „Opfer“ ist dabei für viele Jugendliche gleichbedeutend mit „Schwäche“ und „nicht handeln“, also etwas, wovon sie sich abgrenzen wollen. Vor diesem Hintergrund ist die Parallelität der aktuell gebräuchlichen Schimpfwörter „Du Opfer“ und „Du Jude“ zu sehen. Häufig fehlt die Sensibilität der Lehrenden, auf solche Konstrukte einzugehen.

Neben der Opferrolle der Juden finden sich in Schulbüchern aber auch andere Vorurteile über Juden, so zum Beispiel ihre angebliche Affinität zum Geld. Das Klischee, Juden hätten Geld gegen Zins verliehen, weil dies Christen verboten war, hat sich zu einem gängigen Erklärungsmuster entwickelt, sodass selbst christliche Geldverleiher als jüdische identifiziert werden[15] (→ **Antisemitismus im politischen Diskurs, in Kultur und Alltag**). Das Bild vom „Geldjuden“ kann nur allzu leicht auf das im Rahmen vieler Verschwörungstheorien genutzte Bild vom „internationalen Finanzjudentum“ übertragen werden, das auch von Schülern rezipiert und weiter tradiert wird. In Schulbüchern und anderen Lehrmedien wird das Klischee dahingehend erweitert, dass behauptet wird, die christliche Bevölkerung sei aufgrund des jüdischen Wuchers verarmt und habe aus Rache Pogrome verübt.[16] Wenn sich schließlich in einem Schulbuch im Kontext des Themenclusters „Privilegien, Verfolgung, Vertreibung“ eine Assoziation zur Verfolgungsgeschichte der Juden im Nationalsozialismus aufdrängt, werden Begriffe so zusammengebracht, dass der Terminus „Privilegien“ als Erklärungsmuster für die Shoah erscheint.[17]

Tradierung antisemitischer Stereotype über Kinder- und Jugendliteratur

Auch Kinder- und Jugendbücher, die im Schulunterricht insbesondere in den unteren Jahrgangsstufen im Deutsch-, Religions- und Lebenskundeunterricht gelesen werden, können – sofern nicht eindeutig von Lehrkräften problematisiert – antisemitische Stereotype an Schüler vermitteln. Prominentestes Beispiel ist das 1961 erschienene Buch „Damals war es Friedrich“ von Hans-Peter Richter. Inzwischen in 13 Sprachen übersetzt, erschien 2008 die 57. deutsche Auflage. Die Schullektüre, zu der umfangreiches Unterrichtsmaterial vorliegt, wurde über eine Million Mal alleine in Deutschland verkauft. Viele Lehrkräfte haben noch heute kaum ein Problembewusstsein für die im Buch tradierten Klischees über Juden entwickelt, die vorurteilsbehaftete Muster bedienen, wie etwa das des „reichen Juden“. Der Vater des jüdischen Jungen Friedrich ist Postbeamter, wird aber – wenig realistisch – als reich beschrieben und kann selbst in Zeiten großer wirtschaftlicher Not die Familie des nichtjüdischen Jungen zum Rummel einladen. Der Lehrer der beiden Jungs – als positive Figur dargestellt – vermittelt die Vorstellung, die Kreuzigung Jesu durch die Juden sei ein Faktum, das den Juden bis heute viele nicht verziehen hätten. Er versucht – ein klassisches antisemitisches Stereotyp nutzend – damit, die ablehnende Haltung gegenüber Juden in den 1930er-Jahren, in denen der Jugendroman spielt, zu begründen. Mit vereinfachenden und damit schiefen Erklärungen wie etwa der, die Motivation des nichtjüdischen Vaters, in die NSDAP einzutreten, liege einzig und allein in dem Wunsch nach einem Arbeitsplatz, werden historische Kontexte verfälscht.[18]

In dem insbesondere auch für jüngere Kinder immer wieder empfohlenen Kinderbuch „Judith und Lisa“[19] von Elisabeth Reuter aus dem Jahr 1988 können sich antisemitische Stereotype über kindgerechte Illustrationen tradieren. Lisa entspricht mit ihren blonden Haaren und blauen Augen gänzlich dem „arischen“ Idealbild, während Judith

[14] Liepach, Wie erzählt man jüdische Geschichte?

[15] So geschehen beim Bild „Le prêteur et sa femme“ (1514) von Quentin Metsys im Schulbuch „Rückspiegel 2“ vom Schöningh Verlag. Das Beispiel gehört zu der ausführlichen Darstellung von Wolfgang Geiger Christen, Juden und das Geld. Über die Permanenz eines Vorurteils und seine Wurzeln, in: Einsicht 4 (2010), S. 30–37.

[16] Brockhaus 2004, „Juden: Stellung im Mittelalter“, zitiert nach Geiger, Christen, Juden und das Geld, S. 31.

[17] „Geschichte und Geschehen Oberstufe A 1“; Geiger, Christen, Juden und das Geld, S. 31.

[18] Hierzu Zohar Shavit, Gesellschaftliches Bewusstsein und literarische Stereotypen, oder: Wie Nationalsozialismus und der Holocaust in der deutschen Kinder- und Jugendliteratur behandelt werden, in: Werner Anders/Malte Dahrendorf/Maria Fölling-Albers (Hrsg.), Antisemitismus und Holocaust. Ihre Darstellung und Verarbeitung in der deutschen Kinder- und Jugendliteratur, Oldenburg 1988, S. 97–107; Juliane Wetzel, Damals war es Friedrich. Vom zähen Leben misslungener guter Absicht, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Vorurteile in der Kinder- und Jugendliteratur, Berlin 2010, S. 183–211.

[19] So zum Beispiel in dem Sonderheft von „Mit Kindern Schule machen. Die Grundschulzeitschrift. Pädagogische Zeitschriften bei Friedrich in Velber in Zusammenarbeit mit Klett“ zum Thema „Holocaust als Thema in der Grundschule“ vom September 1996 (Heft 97), S. 40.

[20] Shavit, Gesellschaftliches Bewusstsein.

mit braunen Haaren und Augen als „typische" Jüdin dargestellt wird. So wird den jungen Kindern zu einem Zeitpunkt, an dem sie noch über keinerlei Wissen über das von der rassistischen NS-Propaganda kolportierte vermeintliche Aussehen von Juden und Nichtjuden verfügen, auf subtile Art und Weise genau dieses vermittelt.[20] Darüber hinaus wird hier, wie in vielen anderen Kinderbüchern, die Unterscheidung „Deutsche" und „Juden" tradiert, die Juden zu „Fremden" werden lässt.

Mögliche Erzeugung von (sekundärem) Antisemitismus durch moralische Erwartungen an die Schülerinnen und Schüler im Kontext der Behandlung des Holocaust und mangelnde Selbstreflexion

Die Vermittlung der Geschichte jüdischen Lebens in Deutschland, des Nationalsozialismus sowie der Verfolgung der europäischen Juden ist von weitreichenden moralischen Erwartungen, insbesondere gegenüber den Schülern, geprägt.[21] Da die Vermittlung dieser Themen einerseits zur Prävention gegen jegliches undemokratisches Gedankengut beitragen soll und die Lehrkräfte häufig emotional beteiligt sind, werden Reaktionen von Schülerinnen und Schülern oftmals als nicht „angemessen" eingestuft. Was jedoch „angemessen" bedeutet, richtet sich in der Regel nach den persönlichen Befindlichkeiten der Lehrkraft und nicht nach klar definierten Bildungsstandards. So besteht die Möglichkeit, dass Lehrer enttäuscht reagieren, wenn Schüler nicht die vermeintlich notwendige Betroffenheit zeigen.[22] Diese Erwartungshaltungen können bei Jugendlichen zur Entwicklung einer Abneigung gegenüber den Themen und implizit auch gegenüber Juden führen. Wenn zum Beispiel Jugendliche anführen, sie wollten nichts mehr von der Geschichte des Nationalsozialismus hören, weil sie ständig damit konfrontiert seien, kann dies daran liegen, dass sie sich von den an sie gestellten Erwartungen überfordert fühlen.[23]

Für Jugendliche, deren Familien einen anderen (Leidens-)Hintergrund haben, kann darüber hinaus die hohe moralische Konnotation der Geschichte der Shoah zu Erinnerungskonkurrenzen führen, die unter Umständen antijüdische Gefühle bedingen können.[24]

Risiken der Vermittlung rassistisch-antisemitischer Bilder durch unreflektierte Einführung und Nutzung von NS-Propagandamaterial im Unterricht

Sowohl in Lehrbüchern als auch im Unterricht und in Materialien, die über das Internet frei erhältlich sind, werden häufig Propagandabilder von Juden aus der Zeit des Nationalsozialismus gezeigt und eingesetzt. Obwohl dies in der Absicht geschieht, Jugendliche gegen die Wirkung des Propagandamaterials zu wappnen, besteht das Risiko, das Gegenteil zu erreichen und Jugendlichen überhaupt erst antisemitische Klischees über das vermeintliche Aussehen von Juden und die angeblich damit verbundenen Charaktereigenschaften zu vermitteln.[25] Einerseits fehlt es vielen Lehrkräften an der nötigen Kompetenz, die Bilder zu dekonstruieren, deren Wirkungspotenzial vielfach erst nach einer eingehenden Analyse zu verstehen ist, andererseits wird eher selten darauf eingegangen, was die Propaganda für die betroffenen Menschen bedeutete, sodass die nötige Empathie für eine Distanzierung von der Bildsprache ausbleibt. Wird antisemitisches Propagandamaterial unsachgemäß im Unterricht eingesetzt, besteht die Gefahr, dass Schüler es in anderen Kontexten verwenden.

Auch die fehlende Auseinandersetzung mit historischen Fotos als Quelle kann zu Missbrauch führen.

[21] U. a. Kößler, Antisemitismus als Thema im schulischen Kontext; Wolfgang Meseth, Aus der Geschichte lernen. Über die Rolle der Erziehung in der bundesdeutschen Erinnerungskultur, Frankfurt a. M. 2005.

[22] Im Rahmen der Studie „Holocaust Education" zu „Perspektiven der schulischen Thematisierung von Nationalsozialismus und Holocaust" konnten solche Reaktionen abgefragt werden, da sich das Interesse der Studie nicht auf die objektiven Ereignisse im Unterrichtsgeschehen richtete, sondern auf die subjektive Art und Weise, wie Schüler und Lehrer den Unterricht erleben und werten. Veröffentlichung der Landeszentrale für Politische Bildung, Bayern 2008.

[23] U. a. Matthias Heyl, „Erziehung nach Auschwitz" und „Holocaust Education". Überlegungen, Konzepte und Vorschläge, in: Ido Abram/Matthias Heyl (Hrsg.), Thema Holocaust. Ein Buch für die Schule, Hamburg 1996, S. 61–66.

[24] U. a. Elke Gryglewski, Diesseits und jenseits gefühlter Geschichte. Zugänge von Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu Shoa und Nahostkonflikt, in: Viola B. Georgi/Rainer Ohliger (Hrsg.), Crossover Geschichte. Historisches Bewusstsein Jugendlicher in der Einwanderungsgesellschaft, Hamburg 2009, S. 237–245.

[25] Obwohl bislang noch nicht in einer Monographie oder einem Aufsatz schriftlich fixiert, gehört dies zu den regelmäßig diskutierten Problemfeldern im Kontext der historisch-politischen Bildung zur Geschichte des NS und der Shoah, ebenso wie bei der Erarbeitung von Ausstellungen für NS-Gedenkstätten, Dokumentationszentren oder von pädagogischen Materialien. So zum Beispiel im Kontext des Aufbaus des Dokumentationszentrums Nürnberg, der Erarbeitung der Dauerausstellung in der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz, der Nutzung von NS-Propaganda-Spielfilmen wie „Der ewige Jude" oder „Jud Süß" im Rahmen von Bildungsveranstaltungen oder im Rahmen der Erarbeitung von Materialien zum Thema Antisemitismus der Anne-Frank-Stiftung; OSCE/ODIHR, Antisemitismus Thematisieren, S. 17.

[26] Diese Frage wird immer wieder im Kontext der historisch-politischen Bildung zur Geschichte des NS und der Gedenkstättenpädagogik diskutiert, so zum Beispiel bei der Entstehung des Dokumentationszentrums Nürnberg, der Erarbeitung der Materialien „Konfrontationen" etc. Siehe etwa Hans-Jürgen Pandel, Bildinterpretation. Die Bildquelle im Geschichtsunterricht, Schwalbach/Ts. 2008; Kristin Land/Hans-Jürgen Pandel, Bildinterpretation praktisch: Bildgeschichten und verfilmte Bilder/

Sofern sie nicht explizit darauf hingewiesen werden, fehlt Schülern die notwendige Kompetenz zu erkennen, dass beispielsweise Fotos aus den Ghettos mit der Absicht aufgenommen wurden, Zerrbilder von Juden zu zeigen, die die Notwendigkeit der Errichtung von Ghettos bestätigen sollten. Auch weisen die wenigsten Lehrkräfte ihre Schüler darauf hin, dass selbst Fotos von der Vernichtung in vielen Fällen dazu dienten, ein bestimmtes abwertendes Bild vom „Feind" zu propagieren.[26]

Tradierung von Vorurteilen durch Nichtthematisierung des Nahostkonflikts

Bislang ist der Nahostkonflikt im Unterricht kaum Thema, und vielfach wird die Gründung des Staates Israel nur im Kontext internationaler Krisen nach 1945 behandelt. Themen wie Entkolonialisierung, Friedensinitiativen oder Juden in Israel heute bleiben somit häufig außen vor.[27] Wie groß die Defizite in diesem Themenbereich sind, zeigt sich daran, dass Lehrkräfte regelmäßig den Wunsch nach Unterstützung bei der Bearbeitung des Themas formulieren und nach geeignetem Unterrichtsmaterial fragen.[28] Angesichts der sich ständig wandelnden Situation im Nahen Osten oder aber auch aufgrund der eigenen Unsicherheit im Hinblick auf den Konflikt gehen Lehrkräfte häufig nicht auf antisemitische Aussagen von Schülerinnen und Schülern ein beziehungsweise vermeiden es, in Situationen, in denen ein offensichtliches Bedürfnis vorhanden ist, sich mit dem Nahen Osten zu beschäftigen, das Thema aufzugreifen. Vorurteile bleiben auf diese Weise unwidersprochen, und Jugendliche sind dann eher geneigt, sie in ihrer „Peer-Funktion" an andere weiterzugeben. Zudem können Schülerinnen und Schüler, deren Familien aus der Region des Nahen Ostens stammen, im Kreis der Mitschüler die Diskurse eher dominieren, wenn das Thema nicht in einem geregelten Verfahren angesprochen und behandelt wird. Darüber hinaus kann die Missachtung des wiederholt geäußerten Wunsches nach Information bei Schülern, die Familienangehörige in den Palästinensergebieten oder etwa im Libanon haben, zu Opferkonkurrenzen führen, die davon ausgehen, der Konflikt würde aus Rücksicht auf Israel nicht thematisiert – mit der Folge der Entwicklung antisemitischer Einstellungen.

Allen genannten Mechanismen liegt unter anderem die Unwissenheit und mangelnde Selbstreflexion von Lehrkräften zugrunde. Wenn sie sich nicht eigene Ambivalenzen und vorhandene Vorurteile (nicht nur antisemitische) eingestehen, verschließen sie sich der Erkenntnis der Notwendigkeit von Fortbildungen und Supervision. Bisher wird leider das vorhandene Material für Lehrerfortbildungen zum Thema Antisemitismus in seinen aktuellen Formen zu wenig genutzt (→ **Präventionsmaßnahmen**).

Freie Jugendarbeit

Die Tradierung antisemitischer Stereotype in der offenen Jugendarbeit lässt sich eher schwer nachweisen, weil die tägliche konkrete Arbeit von jeweils unterschiedlichen Richtlinien sehr vielfältiger Träger abhängt und im Gegensatz zu verbandsorientierter Jugendarbeit auch mit stark wechselnden Adressaten zu tun hat. Nachweisbar ist jedoch, wie die Untersuchung von Heike Radvan „Pädagogisches Handeln und Antisemitismus. Eine empirische Studie zu Beobachtungs- und Interventionsformen in der offenen Jugendarbeit" zeigt, dass Pädagogen in der offenen Jugendarbeit bei vermeintlichem und tatsächlichem Antisemitismus bei Jugendlichen vielfach unsicher reagieren und Unterstützung wünschen. Als Grund für die Unsicherheit gibt Radvan an, dass das Handlungsfeld Antisemitismus bei Jugendlichen moralisch überfrachtet wird, angstbesetzt ist und bei den Pädagogen auf eigene Ambivalenzen trifft. Wie repräsentativ die von ihr erkannten Reaktionen von Pädagogen sind, die unbewusst zu einer Tradierung antisemitischen Gedankenguts beitragen, kann aufgrund der vorliegenden Daten bislang nicht beurteilt werden.[29]

Antisemitische Stereotypisierungen im universitären Umfeld

Antisemitische Vorurteile und Stereotypen, die Teil der Mehrheitsgesellschaft sind, finden sich auch im universitären Umfeld. Ihre Verbreitung ist bisher weder umfassend erfasst noch analysiert worden. Die folgenden Beispiele sollen verdeutlichen, in welcher Form sich solche antisemitischen Tendenzen im universitären Milieu äußern.

Bildinterpretation II, Schwalbach/Ts. 2009; Geschichte Lernen, Heft 91/2003: Historische Fotografie (Themenheft); Christoph Hamann, Bilderwelten und Weltbilder. Fotos, die Geschichte(n) mach(t)en, hrsg. vom Berliner Landesinstitut für Schule und Medien, Teetz 2001; Christoph Hamann, Geschichtsaneignung durch Fotografie, in: Geschichte, Politik und ihre Didaktik 31 (2003), S. 23–38; Detlef Hoffmann, Ein Foto aus dem Ghetto Lodz oder: Wie die Bilder zerrinnen, in: Hanno Loewy (Hrsg.), Holocaust. Die Grenzen des Verstehens. Eine Debatte über die Besetzung der Geschichte, Reinbek bei Hamburg 1992, S. 233–246.

[27] Stichprobe in Kößler, Antisemitismus als Thema im schulischen Kontext.

[28] U. a. Lisa Rosa, Unterricht über Holocaust und Nahostkonflikt: Problematische Schüler oder problematische Schule?, in: Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.), „Die Juden sind schuld". Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft am Beispiel muslimisch sozialisierter Milieus; Beispiele, Erfahrungen und Handlungsoptionen aus der pädagogischen und kommunalen Arbeit, Berlin 2009, S. 47–50.

[29] Heike Radvan, Pädagogisches Handeln und Antisemitismus. Eine empirische Studie zu Beobachtungs- und Interventionsformen in der offenen Jugendarbeit, Bad Heilbrunn 2010.

Im Rahmen einer Untersuchung an sechs Hochschulen in Ost- und Westdeutschland im Frühsommer 1992 fanden mehr als ein Drittel der Studenten Juden „eher sympathisch“, 5 Prozent bekannten offen, dass sie ihnen eher unsympathisch seien. Zu jener Zeit konnte man noch konstatieren, dass die den Juden gegenüber gezeigte Sympathie offensichtlich das Ergebnis eines Lernprozesses war, wobei eine unterschwellige Tabuisierung antisemitischer Einstellungen durchaus eine Rolle spielte. Bereits damals lag die Antipathie gegenüber Israelis deutlich höher: Unter den West-Studenten hegten 18,5 Prozent (Sympathie 20,9 Prozent) eine Antipathie und unter jenen aus Ostdeutschland 30,1 Prozent (Sympathie 12,4 Prozent). Die Sympathie gegenüber den Palästinensern hingegen zeigte einen etwas höheren Ausschlag (West: 24,1 Prozent; Ost: 21,5 Prozent).[30]

Acht Jahre später, im Wintersemester 2000/2001, bewies eine Umfrage an der Universität Essen, welche Rolle dem sekundären Antisemitismus zukommt. Schlussstrichmentalitäten und Schuldzuschreibungen an „die Juden“ im Sinne einer Täter-Opfer-Umkehr waren unter Studenten stark verbreitet. 13 Prozent der befragten Studenten waren der Meinung, dass „viele Juden versuchten, Geschichte heute für ihre Zwecke zu instrumentalisieren und aus der Vergangenheit des Deutschen Reiches ihren Vorteil zu ziehen und die Deutschen dafür zahlen zu lassen“, und dass die Juden „ganz gut verstehen, das schlechte Gewissen der Deutschen auszunutzen“. Ein großer Teil der Studenten, die diesen Formulierungen zustimmten, war über den Holocaust informiert und vertrat keine Holocaust leugnenden Positionen.[31] Interessant allerdings war das Ergebnis insofern, dass 34 Prozent der Lehramtsstudenten der Schlussstrichthese zustimmten und damit deutlich über dem Prozentsatz der anderen Kommilitonen lagen. Die Ergebnisse der Essener Umfrage bestätigten die Erhebungen der Wochenzeitung „Die Woche“ vom Mai 2000, die ergaben, dass eine Schlussstrichmentalität unter den Jugendlichen und jungen Erwachsenen (15–17 Jahre alt: 81 Prozent; 19–29 Jahre alt: 69 Prozent) weiter verbreitet ist als unter den über 60-Jährigen.[32]

Neuere empirische Daten zur Haltung und Verbreitung antisemitischer Vorurteile unter Studenten liegen bisher nicht vor, deshalb können hier nur einige Schlaglichter auf die aktuelle Situation präsentiert werden:

Als auf der Mailing-Liste der Promovierenden der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung im Jahr 2003 Verschwörungstheorien von einem Doktoranden mit wohl arabischem Hintergrund auftauchten, die von anderen zum Teil mit antisemitischen Inhalten kommentiert wurden, gab es heftige Diskussionen über mögliche antisemitische Tendenzen unter den Stipendiaten. Daraufhin organisierte eine Gruppe von Studenten aus dem Stipendiatenprogramm der Stiftung im November 2004 eine Tagung in Berlin zum Thema „Antisemitismus in der deutschen Linken“. Die Tagungsbeiträge wurden schließlich in einem Sammelband veröffentlicht, der auf verschiedene Aspekte antisemitischer Stereotypisierungen in der Linken eingeht.[33] Die Publikation sollte als Grundlage für weitere Debatten dienen und gleichzeitig ein Zeichen setzen für die kritische Beschäftigung mit antisemitischen Positionen in der Studentenschaft, die keinesfalls nur in der Böckler-Stiftung virulent waren und sind, allerdings nach wie vor eher nur vereinzelt auftreten.

Auch wenn die Boykott-Aktionen gegen israelische Wissenschaftler, wie sie etwa in Großbritannien in den letzten Jahren häufiger erfolgt sind, in Deutschland keinerlei Nachahmung fanden, so haben doch immer wieder einzelne Wissenschaftler auf sich aufmerksam gemacht, weil sie Vorträge oder Veranstaltungen mit Rednern organisierten, die sich durch die Verbreitung antisemitischer Klischees oder Ressentiments gegen Juden hervorgetan hatten.[34] In der Folge einer Veranstaltungsreihe der Universität Leipzig im Jahr 2006 entstand das Internet-Forum „Antisemitismus und Antizionismus im akademischen Milieu“. Dort zeigten manche Studenten deutlich ihre Ressentiments, die auf einem sekundären Antisemitismus basieren und einen Schlussstrich unter die Vergangenheit fordern. Sie bedienten das Klischee eines angeblichen Tabus, Israel zu kritisieren. Andere

[30] Manfred Bursten, Wie sympathisch sind uns die Juden? Empirische Anmerkungen zum Antisemitismus aus einem Forschungsprojekt über Einstellungen deutscher Studenten in Ost und West, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 4 (1995), S. 107–129, hier: S. 110.

[31] Klaus Ahlheim/Bardo Heger, Die unbequeme Vergangenheit. NS-Vergangenheit, Holocaust und die Schwierigkeiten des Erinnerns, Schwalbach/Ts. 2002, S. 48 ff.

[32] Ebenda, S. 26.

[33] Brosch u. a., Exklusive Solidarität.

[34] Im Sommersemester 2005 wurde zum Beispiel an der Universität Leipzig eine Vorlesungsreihe mit dem Titel „Deutschland-Israel-Palästina“ angeboten, zu der mehrere Vortragende eingeladen wurden, die eine einseitige Position im Nahostkonflikt gegen Israel vertreten. Eine Reihe von Studenten verteilte Flyer und versuchte, die Vortragsveranstaltungen zu stören. Im Januar 2006 begann auf dem Internet-Forum „Antisemitismus und Antizionismus im akademischen Milieu“ eine studentische Debatte als Reaktion auf die interdisziplinäre Veranstaltungsreihe.

Studenten widersprachen diesen mit Antisemitismen durchsetzten Forumsbeiträgen und fragten sich, was diese Studenten wohl für ein Weltbild haben müssen, um solche Argumente anzuführen. „Maria" ließ am 10. Januar 2006 ihrer Wut freien Lauf: „ihr schreibelinge in der mehrzahl… habt euch schon mal gefragt warum ausgerechnet immer israel im mittelpunkt steht wenn es um unrechtsstaaten geht? habt ihr studierten schon mal was davon gelesen wieviele konflikte auf dieser welt kriegerisch ausgetragen werden die niemanden interessieren? [...]schon mal ne statistik oder erhebung über antisemitische einstellungen in der welt (insb. deutschland) gelesen? und verstanden? schon mal drüber nachgedacht, dass antisemitismus auch zum kotzen ist wenn er ‚nur' als latent bezeichnet werden kann oder in der art die das attribut sekundär verlangt auftaucht? das antizionismus nix anderes ist?"[35]

Heftige Debatten löste das „Manifest der 25" aus, das im November 2006 in der „Frankfurter Rundschau" veröffentlicht wurde. Die 25 Unterzeichner, in der Mehrheit Politikwissenschaftler deutscher Universitäten, hatten in einem Aufruf mit dem Titel „Freundschaft und Kritik. Warum die ‚besonderen Beziehungen' zwischen Deutschland und Israel überdacht werden müssen" gefordert, von der bundesrepublikanischen Staatsdoktrin abzulassen und das „besondere" Verhältnis zu Israel neu zu justieren. In dem Manifest wird mit falschen historischen Schlussfolgerungen eine Ursächlichkeit des Holocaust für den Nahostkonflikt konstruiert und der deutschen Erinnerungskultur ein „problematischer Philosemitismus" vorgeworfen.[36]

Burschenschaften

In Burschenschaften und Studentenverbindungen, die sich nicht eindeutig vom rechtsextremen Umfeld abgrenzen beziehungsweise Rechtsextremen als Betätigungsfeld dienen, um Einfluss an Hochschulen zu gewinnen, sind immer wieder entsprechende Aussagen zu konstatieren beziehungsweise werden einschlägige Redner eingeladen, wie etwa bei der pflichtschlagenden Münchner Burschenschaft Danubia, die bis 2007 vom bayerischen Verfassungsschutz beobachtet wurde. Auch andere Verbindungen wie die Dresdensia-Rugia zählen Rechtsextreme zu ihren Mitgliedern.[37] Jugendorganisationen verschiedener Parteien, aber auch der Ring Christlich-Demokratischer Studenten setzen sich aktiv gegen solche Tendenzen ein, organisieren Demonstrationen gegen einschlägig bekannte Burschenschaften

[35] Forum Die StudentInnen der Politikwissenschaft, Universität Leipzig, http://www.uni-leipzig.de/fsrpowi/forum/showthread.php?id=2651 [eingesehen am 15. Januar 2006]. Im Juni 2008 vertrat Arnd Krüger, Sporthistoriker und Leiter des Instituts für Sportwissenschaft an der Universität Göttingen, in seinem Vortrag „Hebron und München. Wie vermitteln wir die Zeitgeschichte des Sports, ohne uns in den Fallstricken des Antisemitismus zu verhaspeln" auf einer Tagung der Deutschen Vereinigung für Sportwissenschaft die These, die 1972 beim Olympiaattentat durch palästinensische Terroristen getöteten israelischen Athleten hätten von den mörderischen Plänen gewusst und seien freiwillig in den Tod gegangen – „um der Sache Israels als ganzer zu nutzen". Dieser spektakuläre Opfergang hätte die Schuld (und auch die Schulden) Deutschlands gegenüber dem Staat Israel verlängern sollen. Die Universitätsleitung distanzierte sich von Krügers Thesen, und auch Krüger selbst relativierte seine Behauptung später, nicht ohne darauf hinzuweisen, er sei kein Antisemit. Sein Redebeitrag wurde nicht in den Tagungsband aufgenommen. Süddeutsche Zeitung vom 30. Juni 2008; taz vom 4. Juli 2008.

[36] Dokumentation: Das „Manifest der 25", „Freundschaft und Kritik" und die darauffolgende Debatte, gesammelt und herausgegeben von Reiner Steinweg für die Tagung der Ev. Akademie Iserlohn: BESONDERE BEZIEHUNGEN? Was Deutschland zum Frieden zwischen Israelis und Palästinensern beitragen kann. In Kooperation mit den Autoren des „Manifests der 25", dem „Forum Crisis Prevention" und der „Gustav-Heinemann-Initiative", 20. bis 22. April 2007 im Evangelischen Johannesstift, Berlin, http://www.kircheundgesellschaft.de/akademie/documents/tg1611_reader.pdf [eingesehen am 20. Oktober 2010]. Weitere Ausschnitte aus dem Manifest, das zwar Formen des Antisemitismus in Deutschland konstatiert, aber einseitig Israel für den Nahostkonflikt verantwortlich macht und eine stringente Linie vom Holocaust zu den Auseinandersetzungen zwischen Israel und den Palästinensern heute zieht: „Es ist der Holocaust, der das seit sechs Jahrzehnten anhaltende und gegenwärtig bis zur Unerträglichkeit gesteigerte Leid über die (muslimischen wie christlichen und drusischen) Palästinenser gebracht hat. Das ist nicht dasselbe, als hätte das Dritte Reich einen Völkermord an den Palästinensern verübt. Aber zahllose Tote waren auch hier die Folge, das Auseinanderreißen der Familien, die Vertreibung oder das Hausen in Notquartieren bis auf den heutigen Tag. Ohne den Holocaust an den Juden würde die israelische Politik sich nicht berechtigt oder/und gezwungen sehen, sich so hartnäckig über die Menschenrechte der Palästinenser und der Bewohner Libanons hinwegzusetzen, um seine Existenz zu sichern. Und ohne den Holocaust erhielte Israel dafür nicht die materielle und politische Rückendeckung der USA, wie sie sich vor allem seit den neunziger Jahren entwickelt hat. (Die amerikanische Finanzhilfe an Israel beläuft sich auf 3 Milliarden US-Dollar jährlich und entspricht damit 20 Prozent der gesamten Auslandsfinanzhilfe der USA.) Der seit nunmehr fast sechs Jahrzehnten andauernde, immer wieder blutige Nahostkonflikt hat unbestreitbar eine deutsche und in Abstufungen eine europäische Genese; europäisch insofern, als der deutsche Gedanke einer ‚Endlösung der Judenfrage' aus dem europäischen Antisemitismus und Nationalismus hervorgegangen ist. Und die palästinensische Bevölkerung hat an der Auslagerung eines Teils der europäischen Probleme in den Nahen Osten nicht den geringsten Anteil."

[37] Gabriele Nandlinger, „Ehre, Freiheit, Vaterland!". Burschenschaften als Refugium für intellektuelle Rechtsextremisten, http://www.bpb.de/themen/TGE8K9,0,Ehre_Freiheit_Vaterland!.html [eingesehen am 2. Mai 2011].

[38] Die 1953 in Jordanien gegründete Hizb ut-Tahrir (Hizb al-Tahrir al-islami; Befreiungspartei; HuT), die in verschiedenen Ländern eigene Gruppen unterhält und vor allem in Usbekistan aktiv ist, verbreitet über ihre Homepage in Arabisch, Englisch, Deutsch, Dänisch und Türkisch antisemitische Inhalte. Siehe → **Antisemitismus im Islamismus**.

[39] Nachdem das Bundesinnenministerium im Januar 2003 die Hizb ut-Tahrir verboten hatte, entzog der Präsident der Technischen Universität der Gruppe den Status einer an der TU Berlin registrierten Vereinigung. Bei diesem Anlass wies die TU Berlin erneut

und schließen Mitglieder aus ihren Reihen aus. Untersuchungen, inwieweit solche vereinzelten Affinitäten zum Rechtsextremismus auch die Verbreitung antisemitischer Inhalte befördern, liegen bisher nicht vor.

Beeinflussung durch islamistische Gruppierungen

Aufsehen erregte die islamistische Organisation Hizb ut-Tahrir[38] im Oktober 2002 mit einer Veranstaltung zum Thema „Der Irak – Ein neuer Krieg und die Folgen“, die von der „Aqida-Hochschulgruppe für Kulturwissenschaft“[39] in den Räumen des Studentenwerks der Technischen Universität Berlin ermöglicht worden war. Die Öffentlichkeit und die Medien beschäftigt hatte nicht nur der Umstand, dass dort mit rassistischen, antisemitischen und verfassungsfeindlichen Äußerungen Stimmung gemacht wurde, sondern auch dass Horst Mahler und der Vorsitzende der NPD Udo Voigt unter den Teilnehmern waren. Der damalige Bundesinnenminister Otto Schily hat den deutschen Ableger der Organisation am 10. Januar 2003 verboten. Die Klage von Hizb ut-Tahrir gegen das Verbot und den Einzug ihres Vermögens hat das Bundesverwaltungsgericht am 25. Januar 2006 abgewiesen.[40] Bis zu ihrem Verbot versuchte die Organisation vor allem, an universitären Stätten mit Propagandamaterial Einfluss auf Studenten zu nehmen.

Jüngstes Beispiel ist der Versuch des „Türkisch-idealistischen Studenten Vereins – Harun Yahya-Team Berlin“, der den „Grauen Wölfen“ zuzurechnen ist, in der TU Berlin am 15. April 2011 eine „Harun Yahya-Konferenz“ mit dem Titel „Die Evolutionstheorie im Lichte der Wissenschaft“ durchzuführen. Harun Yahya, dem die Konferenz gewidmet sein sollte, leugnete lange Zeit den Holocaust und verbreitet bis heute antisemitische Verschwörungstheorien. Die Leitung der Technischen Universität reagierte sofort, als sie von mehreren Seiten über die bevorstehende Veranstaltung informiert wurde, und untersagte die Konferenz[41] (→ **Antisemitismus im Islamismus**).

Soziale studentische Netzwerke im Internet

In den letzten Jahren ist die Internetplattform StudiVZ, auf der etwa zwei Millionen Studierende miteinander kommunizieren, wegen antisemitischer Äußerungen in die Kritik geraten. Besonders intensiv wird unter den rund 1000 Mitgliedern der „Israel-öffentlich-kritisieren-können-Gruppe“ diskutiert. Neben NS-Propagandaplakaten waren Sprüche wie „Ich hasse Judenschweine!!!“ und „Alle vergase muss man die Drecks_Ferkel!“ zu lesen. Die Gruppe „Simon Wiesenthal-Center im StudiVZ“ sammelte Material über die antisemitischen Einträge und wandte sich an den Betreiber des Internetportals, der nicht auf die Kritik reagierte, sondern die Wiesenthal-Center-Gruppe schloss. Gegenwehr kommt aber vor allem aus den Reihen der Studenten selbst, die auf StudiVZ kommunizieren. Es gelingt ihnen immer wieder, Gruppen zum Aufgeben zu veranlassen, wie etwa eine NPD-nahe Gruppe.[42] Erst allmählich setzt sich auch bei den Betreibern die Erkenntnis durch, dass das Eintreten für die absolute Meinungsfreiheit auch Grenzen hat. Im Sommer 2009 schloss StudiVZ die sogenannten Zeitgeistgruppen, weil sie verschwörungstheoretische antisemitische und Holocaust leugnende Inhalte verbreiteten. Im Internet haben sich Plattformen und Blogs gebildet, die StudiVZ sowie deren virtuelle Pinnwände, aber auch andere soziale Netzwerke durchforsten und solche mit rassistischem und antisemitischem Inhalt dokumentieren.

Kirchen

Vor dem Hintergrund eines jahrhundertealten christlichen Antijudaismus ist die Frage der Einstellung der Kirchen zu Juden, Judentum und gegenüber Antisemitismus auch heute noch von großer Relevanz. Kirchliche Einrichtungen spielen nach wie vor eine wichtige Rolle für die Wertorientierung der Gesellschaft und sind insbesondere für die Sozialisation von Jugendlichen, wenn auch regional in unterschiedlicher Weise, relevant. Über 60 Prozent der Deutschen sind als Mitglieder einer christlichen Konfession eingetragen, wobei die Mehrheit der römisch-katholischen (24,9 Millionen Mitglieder)[43] und der Evangelischen Kirche in Deutschland (24,5 Millionen Mitglieder)[44] angehört. Das Wirken der christlichen Kirchen (Seelsorge, Gesprächskreise, Religionsunterricht etc.) beschränkt sich nicht nur auf das religiöse Gemeindeleben, sondern zu nennen sind hier auch die Arbeit der christlichen Wohlfahrtsverbände,

darauf hin, dass die Veranstaltung nicht in ihrem Verantwortungsbereich stattgefunden hätte, siehe Pressemitteilung TU Berlin vom 30. Oktober 2002 und vom 15. Januar 2003.

40 Urteil siehe http://lexetius.com/2006,604 [eingesehen am 5. Mai 2011].

41 U. a. durch die zeitnah erfolgte Intervention von Claudia Dantschke und Juliane Wetzel.

42 Der Spiegel vom 5. September 2007, http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,503637-2,00.html [eingesehen am 20. Oktober 2010].

43 Stand vom 31. Dezember 2009. Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.), Katholische Kirche in Deutschland. Statistische Zahlen, Bonn 2010.

44 Stand der Erhebung 2008. Kirchenamt der EKD (Hrsg.), Evangelische Kirche in Deutschland. Zahlen und Fakten zum kirchlichen Leben, Hannover 2010, S. 6.

wie Caritas (römisch-katholische Kirche) oder Diakonisches Werk (EKD). Da es sich hier um einen einflussreichen Teil der deutschen Gesellschaft handelt, müssen die empirischen Befunde, nach denen Antisemitismus und die Zustimmung zu antisemitischen Äußerungen primär bei religiösen Befragten zu konstatieren sind, besonders beunruhigen (→ **Antisemitische Einstellungen in Deutschland**).

Derartige Haltungen stehen im eindeutigen Widerspruch zu den offiziellen Positionierungen der Kirchen. Seit Jahrzehnten verurteilen sowohl die römisch-katholische Kirche als auch die EKD in ihren Veröffentlichungen Antisemitismus[45] und thematisieren beispielsweise in ihren Lehrbüchern für den Religionsunterricht zunehmend kritisch religiösen Antijudaismus und antisemitische Vorurteile. Das heißt allerdings nicht, dass interne Diskussionen frei von solchen Inhalten sind. Vorfälle innerhalb der Kirchen gelangen nur selten an die Öffentlichkeit. Allgemein gültige Aussagen sind noch kaum zu leisten, dazu bedarf es weiterer Forschung. So ist etwa zu fragen, inwieweit der christlich-jüdische Dialog zu einer Überwindung antisemitischer Vorurteile in den Kirchen beiträgt und nicht nur auf einer Metaebene stattfindet, die die Mitglieder der Kirchen an der Basis nur selten anspricht. Sind solche Gesprächskreise zum Beispiel geeignet, in der Evangelischen Kirche auch jene Gruppen zu erreichen, die nach wie vor am Dogma der Judenmission festhalten? Wie kann etwa die „eigentümliche Gemengelage von prozionistischen und antisemitischen Positionen innerhalb evangelikaler Gruppierungen und deren Affinität zu rechtspopulistischen Kreisen"[46] überwunden werden? Welche Auswirkungen haben Überlegenheitsansprüche der christlichen Religion gegenüber Juden oder Gefühle einer Bedrohung der eigenen christlichen Identität? Werden trotz Überarbeitung Schulbücher für den Religionsunterricht noch immer dominiert von der Vorstellung, Juden seien als Gegner der christlichen Religion zu sehen? Inwieweit erfolgt in diesen Materialien eine kritische Auseinandersetzung mit Antisemitismus? Die vom Expertenkreis in Auftrag gegebenen Expertisen von Albert Scheer zur evangelischen Kirche und von Matthias Blum zur katholischen Kirche haben bedenkenswerte Anhaltspunkte dafür aufgezeigt, dass die Frage, ob und in welchem Ausmaß innerhalb der Kirchen und ihrer Gemeinden möglicherweise ein gewisser latenter Antisemitismus auszumachen ist, legitim ist und einer Antwort bedarf.

Öffentliche Debatten, die interne Entscheidungen der christlichen Kirchen auslösten, haben Defizite in der Auseinandersetzung mit judenfeindlichen Strömungen deutlich gemacht. Im Jahr 2009 wurden Missstände in der römisch-katholischen Kirche offenbar, als Papst Benedikt XVI. die 1988 erfolgte Exkommunikation von vier Bischöfen der „Bruderschaft Papst Pius X" aufhob,[47] zu denen der Brite Richard Williamson gehört, der in der Vergangenheit mehrfach durch Holocaustleugnung aufgefallen war.[48] Dieser Vorgang wurde und wird auch von Würdenträgern der römisch-katholischen Kirche kritisiert und entfachte zahlreiche Debatten über den Umgang mit Antisemitismus in der katholischen Kirche.

Nach Aussage der Kirchen in Deutschland wurden in der jüngsten Vergangenheit die Aufklärungsbestrebungen intensiviert und Projekte zur Prävention und Bekämpfung von Antisemitismus initiiert (→ **Präventionsmaßnahmen**). Empirische Untersuchungen sind jedoch in diesem Bereich bisher nicht beziehungsweise nur ansatzweise erfolgt, deshalb können kaum Aussagen darüber getroffen werden, inwieweit die offizielle Politik der Kirchen die Basis erreicht und von dieser akzeptiert oder gar befolgt wird.

Was die zentrale Frage der Sozialisationsinstanzen von Jugendlichen anbelangt, so lässt sich der Expertise von Albert Scherr (→ **Expertise Scherr**) zur evangelischen Kirche entnehmen, dass zur Zeit keine neueren Studien vorliegen, die gesicherte Aussagen über den evangelischen Religionsunterricht, die Inhalte der Schulbücher oder die Wirkungen des Unterrichts ermöglichen. Vereinzelte Fallstudien ergaben, dass die Schülerinnen und Schüler nur „wenig bis keine Kenntnis über das Judentum haben". Dies mag ein Hinweis darauf sein, dass möglicherweise der evangelische Religionsunterricht in seiner heutigen Form den Erwartungen, zu einer informierten kritischen Auseinandersetzung mit Antisemitismus beizutragen und zum christlich-jüdischen Dialog zu befähigen, nicht hinreichend gerecht wird. Ein fundiertes Urteil muss jedoch weiteren Forschungen vorbehalten bleiben, da aktuelle und systema-

[45] Innerhalb der römisch-katholischen Kirche geschah dies während des Zweiten Vatikanischen Konzils in der Erklärung „Nostra aetate" (→ **Expertise Blum**), und die EKD bezieht seit den 1980er-Jahren in regelmäßigen Presseerklärungen Stellung zum Antisemitismus (→ **Expertise Scherr**).

[46] Expertise Scherr, S. 15.

[47] Giovanni Battista Re, Dekret der Kongregation für die Bischöfe. Aufhebung der Exkommunikation von vier Bischöfen der Bruderschaft „St. Pius X", Rom 21. Januar 2009, http://www.vatican.va/roman_curia/congregations/cbishops/documents/rc_con_cbishops_doc_20090121_remissione-scomunica_ge.html [eingesehen am 13. April 2011].

[48] Peter Wensierski, Problem für den Papst, in: Der Spiegel 4 (2009), S. 32 f.; Stefan Berg/Christoph Schult u. a., So bitter, so traurig, in: Der Spiegel 6 (2009), S. 40–53; Richard Williamson, Entschuldigung für Leugnung des Holocaust, in: FAZ vom 26. Februar 2009; Williamson entschuldigt sich, in: Die Zeit vom 30. Januar 2009.

tische Analysen der Bildungspläne und Unterrichtsmaterialien nicht vorliegen.

Laut der Expertise von Matthias Blum (→ **Expertise Blum**) werden antijüdische Vorurteile heute „weder im Katechismus der katholischen Kirche noch im Gotteslob, in den Religionsbüchern oder im Religionsunterricht legitimiert". Im Gegensatz zu den Religionsbüchern können aber der Katechismus und das als „Gotteslob" bezeichnete katholische Gebet- und Gesangbuch diese Vorurteile „an einschlägigen Stellen durch einschlägige Rezeptionen ggf. bedienen". Demgegenüber muss jedoch berücksichtigt werden, dass die aktuellen Religionsbücher die Neubesinnung der katholischen Kirche widerspiegeln: „Der Religionsunterricht ist ebenfalls fern von einer Tradierung christlicher Antijudaismen, weist aber aktuell das Problem der Marginalisierung des Judentums sowie der Unkenntnis antijüdischer Vorurteile auf Seiten der Schüler auf. Eine besondere Herausforderung stellt – wie auch in anderen Fächern – die Korrektur des häufig verzerrten Bildes vom Staat Israel der Schüler dar." Blum ist zuzustimmen, wenn er zu dem Schluss kommt, dass trotz „aller aktuellen thematischen Diskurse und einer vielschichtigen Programmatik [...] eine breit angelegte und repräsentative Untersuchung, die den Gebrauch, die Rezeption und Wirkung der Schulbücher erhebt sowie den Religionsunterricht und die Lehrpläne einer einschlägigen Analyse unterzieht, weiterhin ein Desiderat" bleibt.

Wenig bekannt ist auch darüber, ob sich kirchliche Verbände, wie der Bund der Katholischen Landjugend, die Evangelische Jugend, die konfessionellen Pfadfinderverbände etc., mit möglichen antisemitischen Stereotypen, die auf christlichen Antijudaismus zurückgehen, auseinandersetzen. Dies konkreter zu untersuchen, wäre gleichermaßen wünschenswert wie die Frage, ob möglicherweise antisemitische Stereotype im Kontext christlicher Friedensinitiativen, die sich im Nahostkonflikt engagieren und denen sich vielfach Mitglieder dieser Jugendorganisationen anschließen, tradiert werden.

Neben den beiden großen Kirchen sollten auch andere christliche Religionsgruppen wie die russisch-orthodoxe Kirche, die Freikirchen oder die Pietisten bezüglich ihres Umganges mit Antisemitismus analysiert und in Folgeberichten zum Antisemitismus aufgenommen werden.

Antisemitismus im Vereinswesen am Beispiel Fußball und Feuerwehr

Angesichts der traditionellen Bedeutung des Vereinswesens in der deutschen Gesellschaft muss sich eine explorative Untersuchung zunächst mit der bisher wenig erforschten Frage beschäftigen, inwieweit Antisemitismus innerhalb der Vereine überhaupt thematisiert wird. Vor allem unter Berücksichtigung der verhängnisvollen und im öffentlichen Leben kaum rezipierten Rolle, die zahlreiche Vereine bei der Ausgrenzung von Juden – schon vor 1933 – übernahmen, erscheint eine Bestandsaufnahme zur Frage nach der Tradierung antisemitischer Stereotype und der Auseinandersetzung mit der eigenen (Vereins-) Geschichte notwendig. Dies soll hier an zwei Beispielen, den Fußballvereinen und dem Deutschen Feuerwehrverband, erläutert werden, die exemplarisch für die vielfältige Vereinskultur in Deutschland stehen.

Antisemitismus in Fußballvereinen

Im Jahr 2005 verlieh der Deutsche Fußball-Bund erstmals den Julius-Hirsch-Preis an den FC Bayern München für die Ausrichtung eines Freundschaftsspiels der U-17-Mannschaft gegen eine israelisch-palästinensische Auswahl des „Peres Center for Peace", das 50.000 Schulkinder sahen. Mit der Stiftung des Preises, der jährlich vergeben wird, erinnert der DFB an den ehemaligen Fußball-Nationalspieler Julius Hirsch (1892–1943) und an alle Opfer des NS-Regimes. Der DFB stellt sich damit auch explizit seiner eigenen Geschichte während des Nationalsozialismus und betont, dass in der Zivilgesellschaft, in der Demokratie, Menschenrechte sowie der Schutz von Minderheiten unveräußerliche Werte sind. DFB-Präsident Theo Zwanziger erhielt 2009 vom Zentralrat der Juden in Deutschland den Leo-Baeck-Preis für seine Verdienste um eine tolerantere Gesellschaft und sein Engagement gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Unter dem Motto „Am Ball bleiben – Fußball gegen Rassismus und Diskriminierung" fördert der DFB gemeinsam mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) aktiv den Kampf gegen jegliche Form der Diskriminierung im Fußball (→ **Präventionsmaßnahmen**). Dieses öffentlichkeitswirksame Engagement ist wichtig, weil es Zeichen setzt und Fans deutlich macht, dass der Dachverband des deutschen Fußballs keine Diskriminierungen von Minderheiten duldet. Allerdings heißt dies noch nicht, dass Rassismus und Antisemitismus aus dem fußballerischen Alltag verschwunden sind.

Antisemitismus im Kontext von Fußball hat eine lange Tradition. Insbesondere in den 1980er- und 1990er-Jahren waren antisemitische Fangesänge in beiden Teilen Deutschlands in den Stadien üblich. Zahlreiche Berichte machen deutlich, dass auch heute noch antisemitische – neben rassistischen, nationalistischen, homophoben und rechtsextremen, wie auch allgemein gewaltverherrlichenden – Parolen auf deutschen Fußballplätzen in allen Ligen zum Alltag gehören, wobei sich das Problem in den letzten Jahren eher in die

unteren Ligen verschoben hat. In der ersten und zweiten Bundesliga haben öffentlichkeitswirksame Maßnahmen wie Fanprojekte, Programme gegen Rassismus und Vereinsaktionen sowie ein erhöhtes Aufkommen von Sicherheitskräften zu positiven Veränderungen geführt. Eine häufig vermutete stärkere Ausprägung in den neuen Bundesländern ist empirisch nicht nachgewiesen. Alltags-Antisemitismus im Fußball betrifft heute mehrere Bereiche. Nach wie vor werden jüdische Spieler diskriminiert, beschimpft und angegriffen. Insbesondere bei Spielen gegen Mannschaften, die eine unmittelbare Verbindung zum Judentum haben, namentlich dem TUS Makkabi, kommt es immer wieder zu offenen Anfeindungen, die sowohl von gegnerischen Spielern als auch von Fans ausgehen.

Fangesänge sind eine Komponente. Besonders bekannt ist das sogenannte U-Bahnlied, in dem die Rede von einer U-Bahn ist, die aus der Stadt der gegnerischen Mannschaft nach Auschwitz gebaut wird.[49] Sprechchöre wie „Gib Gas, gib Gas, wenn der [...] [gegnerische Verein] durch die Gaskammer rast“ oder „Fußball in der Mauerstadt, Union spielt jetzt hinter Stacheldraht – was Neues in der DDR der BFC ist jetzt der Herr – Zyklon B für Scheiß Union – in jedem Stadion ein Spion – selbst Ordner sind in der Partei – Deutschland, Deutschland, alles ist vorbei“[50] sind aufgrund vieler Fanprojekte seltener geworden. Auch gibt es eine größere Bereitschaft, Fanclubs mit eindeutigen Namen wie „Zyklon B“, „Endsieg“ oder „Wannsee-Front“ den Einlass in die Stadien zu verweigern.[51] Häufig werden Schiedsrichter von Fans oder Spielern als „Juden“ tituliert, wenn sie Entscheidungen treffen, die für die eigene Mannschaft als nachteilig empfunden werden.[52] Dem Stereotyp des ewig wandernden Juden entsprechend, gehört der Schiedsrichter nirgendwohin, ist also heimatlos, pfeift das Spiel „kaputt“ und ist vermutlich gekauft.[53]

Aber auch Spieler und Fans gegnerischer Mannschaften werden als „Juden“ beschimpft, ein Verhalten, das enge Verbindungen zur Verwendung des Wortes als Beleidigung im jugendlichen Sprachgebrauch aufweist. Bei einem in bestimmten Gruppierungen der Fanszene beliebten Sprechchor wird vor Nennung des Ortsnamens des gegnerischen Vereins mehrfach das Wort „Jude“ skandiert. Antisemitische Inhalte finden sich auch auf Transparenten, Fanaccessoires sowie in internen Medien der Kommunikation, sei es im Internet oder in gedruckten „Fanzines“. Ebenso werden Bekleidungsstücke mit antisemitischem Aufdruck getragen.[54]

Antisemitische Beschimpfungen sind vornehmlich dann virulent, wenn es sich um Wettkämpfe mit Fußballvereinen handelt, die einst von Juden gegründet wurden oder früher jüdische Spieler hatten, beziehungsweise in solchen Fällen, in denen zu den Fangemeinden in überdurchschnittlich hohem Maße Personen gehören, die in den meisten Fanblocks abgelehnt werden, so etwa linke/alternative Jugendliche, Homosexuelle usw. Zu diesen Mannschaften zählen zum Beispiel Babelsberg 03, FC St. Pauli, Roter Stern Halle, Roter Stern Leipzig, Tennis Borussia Berlin, Eintracht Frankfurt, FC Bayern München oder die Stuttgarter Kickers.[55] So wird zum Beispiel der von Juden mitbegründete Verein Tennis Borussia Berlin regelmäßig mit dem antisemitischen Stereotyp des Wucherns mit Geld konfrontiert. In den 1930er-Jahren hatte der Verein, in dem damals viele jüdische Spieler aktiv waren, auch zahlreiche jüdische Mitglieder. Nach 1945 gehörte Tennis Borussia Berlin (TeBe) zu den wenigen Vereinen, in denen wieder jüdische Funktionäre tätig waren. Seit der Verein in den 1990er-Jahren vergleichsweise erfolgreich spielte und von einer Sponsorengruppe unterstützt wurde, die wegen finanzieller Ungereimtheiten in

49 Zum Beispiel „Wir bauen eine U-Bahn von Dortmund bis nach Auschwitz.“

50 Zitiert nach Martin Endemann/Gerd Dembowski: Immer noch U-Bahnen nach Auschwitz – Antisemitismus im Fußball, in: Diethelm Blecking/Gerd Dembowski (Hrsg.): Der Ball ist bunt – Fußball, Migration und die Vielfalt der Identitäten in Deutschland, Frankfurt a. M. 2010, S.181–189.

51 Hertha BSC Blog, veröffentlicht am 9. November 2009, http://www.hertha-blog.de/hertha-bsc-und-die-folgen-des-geteilten-deutschlands.html [eingesehen am 13. September 2010].

52 Reichelt, Das Lexem.

53 Endemann/Dembowski, Immer noch.

54 Dieses Eindringen antisemitischer Inhalte in die Alltagskultur, vermittelt über Produkte der industriellen „Massenkultur“, bedarf auch unter dem Gesichtspunkt des Alltagsantisemitismus noch eingehender Erforschung. Allerdings sind die Produzenten solcher Bekleidung in der Regel der rechtsextremen Szene verbunden.

55 Endemann/Dembowski, Immer noch.

56 Berichterstattung Jungle World vom 26. Juli 2000, taz vom 30. Oktober 1998, Spiegel Online vom 2. April2006 und hagalil.com vom 10. August 2008; zitiert nach: Endemann/Dembowski, Immer noch.

57 Maegerle, Antisemitismus, S. 5.

58 Information über http://www.amballbleiben.org/html/themenfelder/antisemitismus-03.html [eingesehen am 5. Mai 2011].

59 http://www.n-tv.de/politik/dossier/Antisemitismus-nimmt-zu-article271576.html [eingesehen am 5. Mai 2011].

die Schlagzeilen geriet, wurde TeBe mit antisemitischen Schmähungen überhäuft.[56] Beim Hallenturnier der Berliner Regional- und Oberligisten am 11. Januar 2009 in Berlin-Charlottenburg beleidigten beispielsweise Fans des 1. FC Union wiederholt die Fans von Tennis Borussia mit dem Ruf „Alle Juden sind Schweine“.[57]

Von antisemitischen Aktionen betroffen sind auch die etwa 30 heute in Deutschland aktiven jüdischen Makkabi-Fußballvereine,[58] bei denen nicht nur jüdische Spieler spielen. Sätze wie „Juden gehören in die Gaskammer“, „Auschwitz ist wieder da“ und „Synagogen müssen brennen“ sind bei Wettkämpfen in der Regionalliga keine Seltenheit.[59] Seit einigen Jahren sind auch zunehmend Anfeindungen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund festzustellen. So wurden in Frankfurt-Zeilsheim Spieler der A-Jugend von TUS Makkabi Frankfurt am 11. Februar 2009 beim Endspiel eines Jugendturniers gegen den SV Zeilsheim als „Kindermörder“ und „Besatzer“ beschimpft.[60] TUS Makkabi Berlin beklagt eine inkonsequente Ahndung derartiger Vorfälle.[61]

Insbesondere in Regionen mit einer zahlenmäßig starken und gut vernetzten rechtsextremen Szene sind antisemitische Vorfälle in den Vereinen und bei Spielen häufiger. Die Strategie, mit rechtsextremistischem, rassistischem und antisemitischem Gedankengut Fußballvereine zu beeinflussen, hat in einigen Fällen bereits Erfolg gehabt. In Laucha, Sachsen-Anhalt trainiert ein Abgeordneter der NPD im Stadtrat den Nachwuchs des BSC 99 Laucha. Im Kader der ersten Mannschaft spielt ein 20-Jähriger, der am 16. April 2010 einen 17-jährigen Jugendlichen israelischer Herkunft brutal zusammenschlug und ihn dabei als „Judenschwein“ beschimpfte.[62] Bei der Stadtligapartie Halle am 15. August 2009 prügelten Anhänger des Vereins Motor II auf Fans von Roter Stern Halle ein und beschimpften sie mit den Worten: „Ihr seid Zecken, ihr seid die neuen Juden, wir machen euch weg.“[63] Beim Spiel SV Mügeln-Ablaß 09 gegen Roter Stern Leipzig am 24. April 2010 kam es ebenfalls zu rechtsextremen, neonazistischen Sprechchören. Es wurde nicht nur der Hitlergruß gezeigt, sondern auch gesungen „Wir bauen eine U-Bahn von Jerusalem nach Auschwitz“. Die Verantwortlichen reagierten und ließen das Spiel abbrechen.[64]

Ob und inwiefern Antisemitismus im Kontext von Fußball tradiert wird, lässt sich meist nur schwer beantworten, da selbst eindeutig antisemitische Aktionen häufig unter die Kategorie Rassismus subsumiert werden. In der Zeitschrift „Lotta. Antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen“ etwa erschien zum Schwerpunktthema „Fußball, Rassismus und extreme Rechte“ ein Artikel,[65] in dem ausschließlich von rassistischen Vorkommnissen die Rede war. Der Text allerdings ist mit einem Foto illustriert, auf dem Fans ein Transparent in die Höhe halten, das mit der Aufschrift „Juden“ versehen ist, wobei das „d“ durch das Wappen von Dynamo Dresden ersetzt wurde. Auch in der Bildunterschrift wird der antisemitische Inhalt nicht thematisiert.

Feuerwehr

Im deutschen Vereinswesen nimmt der Deutsche Feuerwehrverband mit 1,34 Millionen[66] Mitgliedern in Freiwilligen, Jugend-, Berufs- und Werkfeuerwehren eine wichtige Rolle ein und stellt damit eine bedeutende Sozialisationsinstanz dar. Begrüßenswert ist, dass vor allem im Bereich der Jugendfeuerwehr, in der sich 240.000 Personen im Alter von 8 bis 18 Jahren engagieren,[67] ein wachsendes Problembewusstsein gegenüber antisemitischen Inhalten zu konstatieren ist.

Zwischen 2008 und 2010 nahm die Deutsche Jugendfeuerwehr am Bundesprogramm „kompetent. Für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ teil und initiierte das Modellprojekt „Jugendfeuerwehren strukturfit für

[60] Maegerle, Antisemitismus, S. 8; Hans Riebsamen, Auf dem Fußballplatz als „Kindermörder“ beschimpft, in: FAZ vom 12. Februar 2009.

[61] http://www.youtube.com/watch?v=oadHWod1-Dw [eingesehen am 12. August 2010].

[62] http://www.fr-online.de/politik/ein-ueberfall-in-laucha/-/1472596/4460310/-/index.html [eingesehen am 5. Mai 2011].

[63] Maegerle, Antisemitismus, S. 14.

[64] http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/die-stiftung-aktiv/gegen-as/antisemitismus-heute/chronik-antisemitischer-vorfaelle/chronik-antisemitischer-vorfaelle-2010/ [eingesehen am 13. August 2010].

[65] Martin Endemann, Am Tatort Stadion. Versuch einer Bestandsaufnahme, in: Lotta. Antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen, Nr. 39, Sommer 2010, S. 7. Die Zeitschrift „Lotta“ wurde eine Zeit lang vom Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen als linksextremistisch eingestuft. Das Verwaltungsgericht Düsseldorf hat 2009 in einem Beschluss festgestellt, dass das Organ keine verfassungsfeindlichen Bestrebungen vertritt. [http://npd-blog.info/2009/06/12/urteil-antifaschistisches-magazin-lotta-nicht-mehr-im-verfassungsschutzbericht/, eingesehen am 5. Mai 2011].

[66] http://www.dfv.org/ [eingesehen am 18. Mai2011].

[67] Benno Hafeneger/Reiner Becker, Deutsche Jugendfeuerwehr – strukturfit für Demokratie. Ein Jugendverband in Bewegung. Ergebnisse der quantitativen Erhebung, Marburg 2010, S. 7.

[68] Ebenda, S. 3.

[69] Ebenda, S. 12.

Demokratie“,[68] das erste empirische Erkenntnisse zur Verbreitung von rechtsextremen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Einstellungen lieferte. Im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung des Modellprojekts fand 2009 eine qualitative und quantitative Befragung in Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz und Thüringen statt. Obwohl das Sample der quantitativen Erhebung mit 571 Teilnehmern eher klein war, lassen sich doch Tendenzen erkennen: So gaben 3,7 Prozent der Befragten an, „dass es in ihren Jugendgruppen Ereignisse beziehungsweise Vorfälle mit einem rechtsextremen, fremdenfeindlichen und/oder antisemitischen Hintergrund gegeben hat“.[69] Bei einer Erweiterung auf das allgemeine persönliche Umfeld äußerten 5,3 Prozent, dass ihnen solche Ereignisse beziehungsweise Vorfälle bekannt seien.[70] Im Vergleich dazu hatten weitaus mehr Personen, 25 Prozent, Kenntnis von rechtsextremen Ereignissen in ihren Kommunen oder in ihrer Region.[71] Ein Großteil der bekannten Vorkommnisse sowohl im regionalen Bereich als auch im Kontext der Feuerwehr überhaupt ist dabei nach Einschätzung der Studienteilnehmer der Kategorie „Sprüche, Parolen und Witze“ zuzurechnen.[72] 16,2 Prozent gaben an, diese Vorfälle in der Gruppe zu thematisieren, 27,2 Prozent versuchten, diese im Einzelgespräch zu klären, und 11,5 Prozent nahmen sie zum Anlass, um „sich selbst fortzubilden“. Von allen Teilnehmern hatten nur 11,4 Prozent in der Vergangenheit Hilfe gesucht oder in Anspruch genommen,[73] über die Hälfte (50,6 Prozent) äußerte Bedarf an Informationsmaterial, und 24,4 Prozent würden Fortbildungen zum Thema begrüßen.[74] Besonders die letzten Aspekte offenbarten bestehende Defizite, denen das Modellprojekt der Jugendfeuerwehr entgegentreten sollte (→ **Präventionsmaßnahmen**).

Aussagen über antisemitische Vorkommnisse oder Diskriminierungserfahrungen innerhalb der Verbandsstrukturen waren bis 2010 nur implizit möglich, zum Beispiel anhand der Veröffentlichungen zur Vereinsgeschichte. Ein Blick in die große Zahl der Chroniken der Freiwilligen Feuerwehren in Deutschland zeigt zum Beispiel, dass die Rolle der Wehren während der „Reichskristallnacht“ wenig thematisiert und das Narrativ der „Deutschen als Opfer“ eindeutig im Vordergrund steht: Damit stellt sich die Frage, welches Geschichtsbild in dieser Institution an Jugendliche vermittelt wird und ob die Entstehung antisemitischer Stereotype, zum Beispiel des sekundären Antisemitismus, eine Folge dieser Vermittlung sein könnte. Allerdings ist auch das Trainingshandbuch zum Modellprojekt „Jugendfeuerwehren strukturfit für Demokratie“ nicht frei von Narrativen, die den Widerstand Einzelner während der Novemberpogrome 1938 in den Vordergrund stellen, wenn sie gegen Anweisungen verstießen und Synagogen löschten. Dabei wird freilich nicht verschwiegen, dass sich viele Feuerwehrleute an Diskriminierungen beteiligten und rassistischen beziehungsweise antisemitischen Ideologien während des Nationalsozialismus anhingen.[75] Das Modellprojekt der Jugendfeuerwehr lieferte erste Ergebnisse, die nur der Beginn einer weiteren Auseinandersetzung der verschiedenen Feuerwehreinheiten, aber auch des Dachverbandes, des Deutschen Feuerwehrverbandes, sein können, sich nicht nur mit der Vereinsvergangenheit, sondern auch mit aktuellen Formen von Antisemitismus und Rassismus zu beschäftigen.

[70] Ebenda, S. 14.

[71] Ebenda, S. 25.

[72] Mehrfachnennungen waren möglich. Ebenda, S. 12.

[73] Im Rahmen der Befragung wurde jedoch nicht erfasst, welche Motive oder Gründe fast 90 Prozent dazu bewogen hatten, keine Hilfe zu suchen, oder weshalb knapp 30 Prozent rechtsextremistische Vorfälle „ignorierten“. Ebenda, S. 25.

[74] Ebenda, S. 18.

[75] Deutsche Jugendfeuerwehr (Hrsg.), Demokratie steckt an – Trainingshandbuch für die JuLeiCa-Ausbildung und den Jugendfeuerwehralltag, Berlin 2010, S. 23.

5. Klischees, Vorurteile, Ressentiments und Stereotypisierungen in den Medien

Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern (zum Beispiel Frankreich, Griechenland, Großbritannien und die skandinavischen Staaten) finden sich in der deutschen Qualitätspresse beziehungsweise in den Fernsehmedien kaum dezidiert antisemitische Stereotype. Allerdings fließen etwa im Zusammenhang mit der Berichterstattung über den Nahostkonflikt, aber auch mit der jüngsten Finanzkrise, häufig unbewusst, seltener mit Absicht, über Generationen tradierte Vorurteile in die Texte ein beziehungsweise werden über Illustrationen transportiert. In rechtsextremen Postillen, aber auch in Presseerzeugnissen, die dem Islamismus nahestehen, finden sich hingegen explizit antisemitische Inhalte. Offen antisemitische Aussagen im Sinne eines möglichen Straftatbestandes werden dabei im Wesentlichen auf entsprechenden Internetplattformen verbreitet, die über ausländische Provider ins Netz gespeist werden.

Anhand einiger ausgewählter Beispiele soll hier ein Überblick über Stereotypisierungen von Juden in den Print- und Fernsehmedien und im Internet gegeben werden, der – insbesondere was die Qualitätspresse und die Fernsehanstalten betrifft – keine pauschale Verurteilung intendiert, sondern gegen die Verbreitung von Klischees sensibilisieren soll. Da im Zusammenhang mit der Radikalisierung des Nahostkonflikts seit der Jahrtausendwende eine Tendenz zu beobachten ist, die jüdische Bürger eines Landes gleichsetzt mit Israelis und damit gleichzeitig auch als „Fremde" sieht, muss hier das Thema „Israel in den Medien" ebenfalls berücksichtigt werden. Häufig erscheinen solche Stereotype, die nicht immer eine judenfeindliche Absicht intendieren, aber durchaus auch als antisemitisch konnotiert gelesen werden können, nur unterschwellig, nehmen subtile Formen des jahrhundertealten Ressentiments an oder werden über Codes transportiert, die im Allgemeinen ohne weitere Erklärung verstanden werden. So steht der Begriff „Ostküste" im rechtsextremen Diskurs für eine konstruierte Verbindung zwischen der Finanzwelt und den in New York lebenden Juden, „Auge um Auge, Zahn um Zahn" findet immer wieder Verwendung, um „den Juden" beziehungsweise „den Israelis" religiös bedingte Vergeltungssucht zu unterstellen.

Der Nahostkonflikt in den Medien

Auf nicht immer unberechtigte Kritik stößt die bisweilen einseitige Berichterstattung über den Nahostkonflikt, die durchaus zur Bestätigung beziehungsweise Verbreitung latent vorhandener antisemitischer Klischees beitragen kann. Der Nahostkonflikt bestimmt die Wahrnehmung Israels und der israelischen Gesellschaft in der Öffentlichkeit und den Medien gleichermaßen. Die Berichterstattung ist konfliktorientiert, im Fokus steht die physische Gewalt. Israelischer Alltag und die Vielfalt der Gesellschaft sind nur selten eine Nachricht wert, allenfalls in Features, Reportagen und in Hintergrundberichten wird der Normalität israelischen Lebens Raum gegeben. Der Nahostkonflikt und insbesondere Israel standen im Gegensatz zu anderen Krisenherden in der Welt schon immer im Mittelpunkt des medialen Interesses. Bereits nach dem Sechs-Tage-Krieg 1967 und mehr noch nach dem ersten Libanonkrieg 1982 hat sich in großen Teilen der deutschen Gesellschaft ein Stimmungswandel hin zu einer einseitig kritischen, wenn nicht gar negativen Haltung gegenüber Israel angedeutet. Seit Beginn der Zweiten Intifada im Herbst 2000 legt die Entwicklung den Schluss nahe, dass es heute legitim, manchmal sogar en vogue erscheint, eine antiisraelische/antizionistische Haltung einzunehmen. Damit schleichen sich antisemitische Denkstrukturen mehr und mehr in den öffentlichen und privaten Diskurs ein und werden von Gesellschaft, Politik und Presse seltener thematisiert und kritisiert. Auf diese Weise steigt die Akzeptanz antisemitischer Stereotype nahezu unbemerkt an. Welche Folgen dies für latent vorhandene antisemitische Ressentiments haben kann, wurde in der Umfrage zur „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit" unter Wilhelm Heitmeyer im Jahr 2004 deutlich, als über 44 Prozent der Befragten der Aussage zustimmten: „Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat." [1]

Die Präsenz des Nahostkonflikts in den Medien, linke Diskurse mit einer zum Teil unwidersprochen einseitig propalästinensischen Haltung, die sich in der Berichterstattung niederschlagen und damit auch im Mainstream verfestigen, und eine Gleichsetzung von Israelis und Juden tragen dazu bei, jüdische Bürger des Landes zu stigmatisieren, um eine negative Haltung oder gar den Hass gegen Israel auszuleben. Jugendliche mit arabischem/türkischem Migrationshintergrund fühlen sich in ihrer zum Teil antiisraelischen Haltung bestätigt und versuchen, mit antisemitischen Äußerungen, seltener mit Übergriffen, auch die eigene schlechte soziale Lage und persönliche rassistische Erfahrungen zu

[1] Aribert Heyder/Julia Iser/Peter Schmidt, Israelkritik oder Antisemitismus? Meinungsbildung zwischen Öffentlichkeit, Medien und Tabus, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände, Folge 3, Frankfurt a. M. 2005, S. 144–165, hier: S. 151.

kompensieren. Einen nicht zu unterschätzenden Einfluss haben hier vor allem arabische/türkische Medien, die antisemitische Stereotype – oft auch in manifester Form – transportieren und in den europäischen Ländern zugänglich machen.

Neutralität in solchen Auseinandersetzungen ist schwerlich zu gewährleisten, zumal, wenn es sich um ein derart schwieriges Beziehungsgeflecht wie im israelisch-palästinensischen Konflikt handelt. Emotionalität und unterschiedliche Interessen stehen einem neutralen Blick auf das Geschehen häufig entgegen. Nachrichten werden heute bestimmt von visuellen Darstellungen, Journalisten lassen Bilder sprechen, häufig ohne genauere Kontextualisierung der Aufnahmen. Den Konflikt, der längst ein Konflikt der Bilder geworden ist, sehen palästinensische Kameraleute oder Fotografen, ebenso wie israelische Bildjournalisten, jeweils mit ihren Augen. Der Zuschauer muss mit der Auswahl von Bildern und Filmsequenzen der Nachrichtenagenturen oder der Fernsehredaktionen vorlieb nehmen, er bekommt die Sicht des Journalisten, des Kameramanns oder des Fotografen vorgesetzt, häufig ohne deren Biographie zu kennen. Bilder aus den palästinensischen Gebieten werden überwiegend von palästinensischen Kameraleuten oder Fotografen erzeugt, dies gilt umgekehrt auch für Israel, allerdings gehören kritische Stimmen in diesem einzigen demokratischen Staat in der Region zur Normalität. Im Gegensatz zu den palästinensischen Gebieten, Syrien oder dem Libanon, wo Journalisten nur innerhalb der eng gesteckten Grenzen der Machthaber arbeiten können, herrscht dort Pressefreiheit. Beschränkungen unterliegen Journalisten aber auch in Israel, wenn sie über kriegerische Auseinandersetzungen wie etwa den Libanonkrieg im Sommer 2006 oder den Gaza-Krieg 2008/2009 berichten.

Medienforschung

Das Kölner Institut für empirische Medienforschung untersuchte im Auftrag der Bundeszentrale für politische Bildung die Nahost-Wortberichterstattung in den Hauptnachrichten für den Zeitraum 1999 bis März 2002 und kam zu dem Ergebnis, dass diese in den Sendern ARD, ZDF, RTL und SAT1 überwiegend neutral gewesen sei, anders verhielt es sich hingegen bei visuellen Darstellungen. Durch die Fokussierung der Bildberichterstattung auf spektakuläre Bilder der Gewalt und ihre Folgen, so die Analyse, entstehe eine „Asymmetrie der Konfliktstruktur und der Konfliktparteien“. Palästinensische Terroranschläge seien nie im Fernsehen zu sehen, nur deren Folgen. Der Zuschauer sieht Bilder mit Leichen, Opfer und Täter gleichermaßen, Ursache und Wirkung werden verwischt. Ins Bild gerückt werden Panzer, die in Flüchtlingslager eindringen oder nach einem Selbstmordattentat auf Wohngebiete feuern. Dass sich dort möglicherweise Terroristen aufhalten, kann der Rezipient nicht sehen, es sei denn, er wird darüber aus dem Off informiert. Die Bilder aber wirken stärker und vermitteln den einseitigen Eindruck von Israelis als Täter und Palästinensern als Opfer. Dabei spiele die Visualisierung der Gewalt eine Schlüsselrolle, so das Ergebnis der Studie.[2]

Das Bonner Medienforschungsinstitut Media-Tenor Deutschland kam in seiner von „Bild am Sonntag“ in Auftrag gegebenen Untersuchung der Hauptabendnachrichten in ARD und ZDF in der Zeit des Libanonkonflikts im August 2006 zu dem Ergebnis, beide Sendeanstalten würden ihrer überparteilichen Berichterstattung über die Vorgänge im Nahen Osten nicht gerecht. Als Täter würde in erster Linie Israel und als Opfer die Zivilbevölkerung im Libanon dargestellt. Israelische Soldaten seien ständig im Bild, Hisbollah-Kämpfer hingegen würden kaum gezeigt.[3] Kritiker werfen der Studie allerdings mangelnde Transparenz vor. Der kurze Untersuchungszeitraum von nur zwei Wochen, vom 21. Juli bis 3. August 2006, dem Höhepunkt des Konflikts, kann tatsächlich nur eine Momentaufnahme sein. Aufschlussreicher scheint hier eine Langzeitstudie desselben Instituts über das Medienbild Israels in den deutschen Fernsehnachrichten und dessen Auswirkungen auf die Touristenzahlen von 1998 bis 2005. Danach lag die Krisenberichterstattung in den Jahren 1999 und 2000 nur bei einem Anteil von 20 Prozent, bis zum Jahr 2002 vervierfachte sich ihr Stellenwert auf 80 Prozent. Seit 2003, so Media-Tenor, zeigten die TV-Nachrichten wieder vermehrt Bilder jenseits von Krieg und Terror.

Eine Studie, die die „Süddeutsche Zeitung“, die „taz“ und die „Welt“ im Hinblick auf die Berichterstattung zum Libanonkrieg 2006 untersuchte, kam zu dem Ergebnis, dass SZ und taz in Kommentaren und Nachrichten Israel zu über 60 Prozent die Täterrolle zuwiesen, die „Welt“ hingegen ausgewogener zu berichten schien. Dort wurde Israel tendenziell (51 Prozent, gegenüber 49 Prozent Täterrolle) eher als Opfer des Konflikts beschrieben.[4] Einseitige Zuschreibungen an die „Israelis“ als Verantwortliche für die Eskalation des Konflikts kann im Sinne einer

[2] bpb-Studie Nahostberichterstattung in den Hauptnachrichten des deutschen Fernsehens, http://www.bpb.de/files/EGYUH2.pdf [eingesehen am 20. August 2010].

[3] Die Darstellung des Krieges im Nahen Osten, 7. August 2006, http://www.zum-leben.de/aktuell/medienanalyse.pdf [eingesehen am 20. August 2010]; erfasst wurde nicht nur die Berichterstattung über den Libanonkrieg, sondern auch die Darstellung des Nahostkonflikts insgesamt seit dem 1. Juli 2001.

[4] Hannah Bloch, Hochgerüstete High-Tech-Armee gegen ziellose Guerilla-Truppe? Synchronisation der Berichterstattung deutscher Zeitungen über den Libanonkrieg 2006, München 2009.

Opfer-Täter-Umkehr, die andeutet, die ehemaligen Opfer des Nationalsozialismus seien nun zu Tätern geworden, durchaus Wirkung auf latent vorhandene antijüdische Ressentiments haben.

Stereotypisierungen

Vergeltung – Rache, das sind Attribute, die einige Medien immer wieder Israel zuschreiben. Besonders zugespitzt erfolgt dies, wenn Israel nach dem falsch interpretierten Bibelzitat unterstellt wird, eine Politik „Auge um Auge, Zahn um Zahn" zu verfolgen. Das Zitat wird von Politikern, TV-Dokumentationen und in vielen deutschen Zeitungen nicht nur, aber doch auffällig oft im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt verwendet. Es stammt aus dem 2. Buch Mose (Exodus 21:24). Die Übersetzung des Originals „ajin tachat ajin" als „Auge um Auge" ist falsch, richtig vielmehr ist „Auge für Auge". Das Bibelzitat betont die Verhältnismäßigkeit der Forderungen des Geschädigten und den Schadensersatz. Die jüdische Ethik widersetzte sich damit der in biblischen Zeiten üblichen Tradition, Gleiches mit Gleichem zu vergelten. In keiner jüdischen Quelle wird die Forderung aufgestellt, einem Menschen, der einem anderen – mit oder ohne Absicht – ein Auge ausgestochen hat, als Strafe das Gleiche anzutun. Bis heute verbindet sich aber mit diesem Sprachduktus die Vorstellung von Rache.[5] Ob intendiert oder aus Gedankenlosigkeit, Journalisten scheinen einen besonderen Gefallen an gerade diesem Bibelzitat zu finden, wenn sie über Israel berichten.[6] „Spiegel-TV" etwa brachte im Februar 2006 einen Bericht mit dem Titel „Auge um Auge, Zahn um Zahn. Israels Rache für München 1972 – Zwanzig Jahre nach dem Attentat auf die israelischen Sportler im Olympischen Dorf in München lässt der Mossad den letzten Mann auf seiner Todesliste liquidieren". Anlass war ein Interview mit dem Chef-Logistiker einer der israelischen Geheimdiensteinheiten, die die Hintermänner des Münchner Attentats verfolgt haben.[7] Bereits im April 2002, als der Nahostkonflikt im Mittelpunkt des Medieninteresses stand und europaweit eine antisemitische Welle auslöste, titelte der Spiegel „Auge um Auge – Der biblische Krieg". Eine Fotomontage setzt Arafat und Scharon ins Bild, vor dem Hintergrund biblischer Motive auf der oberen Bildhälfte, in der Mitte ein Kruzifix. Ganz im Sinne des falsch verstandenen Bibelzitats übermittelt die Collage das vermeintlich rachsüchtige Vorgehen der Israelis.[8]

Ein weiteres Beispiel für die stereotypisierende Darstellung von Juden/Israelis bot das Magazin „Stern" am 3. August 2006. Die zentrale Figur des Titelbildes ist ein junger Mann, der mit niedergeschlagenen Augen in konzentrierter Andacht verweilt. Über seinen Schultern liegt ein Gebetsschal, um den Kopf sind die Gebetsriemen gelegt und über seiner Stirn erheben sich die Kapseln der Gebetsriemen, in den Händen hält der etwa 20-Jährige ein Büchlein. Unter dem rituellen Gewand ist erst bei genauerem Hinsehen eine grüne Uniformkleidung zu erkennen. Der betende Soldat wächst förmlich aus dem die Bildmitte einnehmenden Schriftzug „Israel" heraus. Der Untertitel „Was das Land so aggressiv macht" liefert die zentrale Botschaft.

Ist es nur die Einfallslosigkeit der Journalisten, oder kann man den deutschen Printmedien Einseitigkeit unterstellen, wenn sie Parlamentswahlen in Israel nahezu ausschließlich mit ultra-orthodoxen Juden illustrieren? Bereits im Januar 2003 bebilderten viele Tageszeitungen ihre Berichte über die Wahlen mit strenggläubigen Juden. Kritische Stimmen gegen diese Art der Berichterstattung blieben offensichtlich folgenlos oder waren drei Jahre später in Vergessenheit geraten. Ende März 2006 wiederholte sich diese Szenerie. Vom „Handelsblatt" über die „Süddeutsche Zeitung", die „Welt Kompakt", den „Tagesspiegel" bis hin zur „Zeit" bebilderten seriöse Tages- und Wochenzeitungen ihre Berichte zu den Parlamentswahlen mit Pajes tragenden, schwarz gekleideten ultraorthodoxen Israelis.[9] Bei den Parlamentswahlen im Februar 2009 scheinen die kritischen Stimmen gegen die illustrative Stereotypisierung schließlich Gehör gefunden zu haben, vereinzelt wurden zwar

[5] So hatte zum Beispiel auch der US-amerikanische Journalist John Sack 1992 ein Buch unter dem Titel „An Eye for an Eye" veröffentlicht, dessen deutscher Titel „Auge um Auge" die falsche Übersetzung wiederholt und mit seinem Untertitel „Die Geschichte von Juden, die Rache für den Holocaust suchten" zurecht heftigen Widerspruch erntete, weil es jüdische Überlebende zu rachsüchtigen Peinigern stilisierte.

[6] Dazu den Kommentar von Heribert Prantl in der Süddeutschen Zeitung „Auge um Auge, Zahn um Zahn" (SZ vom 23. Juli 2006), der die inflationäre Verwendung der biblischen Formel kritisch hinterfragt und feststellt, sie würde Verwendung finden, um einen „angeblich religiös-genetischen Defekt" zu intendieren, aus dem dann ein „politisches Deutungsmuster" kreiert würde. Unter der Rubrik „Bilder des Tages" veröffentlichte „Der Stern" am 23. Oktober 2010 auf seinem Onlineportal ein Foto mit der Bildunterschrift „Auge um Auge, Zahn um Zahn. Jerusalem, Israel. Während des Leichenzugs für einen Palästinenser, der von dem Sicherheitsmann einer jüdischen Siedlung erschossen worden war, wurden orthodoxe Juden in einem Bus von Palästinensern angegriffen. Demonstranten bewarfen Polizisten mit Steinen, die wiederum mit Tränengasbeschuss reagierten. Die Spannungen am Ostrand der Stadt sind durch den Siedlungsbau wieder deutlich angestiegen." [http://www.stern.de/bdt/bilder-des-tages-auge-um-auge-zahn-um-zahn-1501450-ccb7aee0cf79601b.html, eingesehen 29. September 2010].

[7] Spiegel-TV, http://www.spiegel.de/sptv/special/a-397518.html [eingesehen am 29. Oktober 2010].

[8] Auch in Webportalen findet sich das falsch verstandene Bibelzitat, so betitelt ein gewisser Dirk seinen Beitrag über den Gaza-Krieg 2009 auf dem Blog „soldatenglück.de" mit „Auge um Auge, Zahn um Zahn: Hamas feuert weiter Kassam-Raketen auf Israel, Israels Luftwaffe fliegt Luftangriffe auf Gaza", 2. Februar 2009.

[9] Zum Beispiel Der Tagesspiegel vom 2. März 2006; Die Zeit vom 28. März 2006.

noch immer ultraorthodoxe Juden an der Wahlurne gezeigt (zum Beispiel Associated Press), aber es überwogen die Bilder von Wahlplakaten der Parteien und der zur Wahl stehenden Kandidaten.

Hatten kritische Stimmen gegen die illustrative Stereotypisierung offensichtlich zu einer größeren Sensibilität bei der Auswahl der Bilder im Zusammenhang mit der Wahlberichterstattung geführt, so bedeutete dies allerdings nicht, dass die Bebilderung von Texten über den Nahostkonflikt beziehungsweise über israelische Wahlen frei von solchen Klischees ist. Die „Frankfurter Rundschau“ etwa berichtete kurz vor den Wahlen im Februar 2009 unter dem Titel „Schießen und reden“ über Debatten innerhalb der israelischen Regierung bezüglich des weiteren Vorgehens im Nahostkonflikt.[10] Der Bericht ist seriös, sachlich und kompetent verfasst. Illustriert wird der Beitrag allerdings mit einem dpa-Foto einer antiisraelischen Protestdemonstration in Indien: Ein junges Mädchen hält ein Plakat in die Höhe, auf dem sich eine Karikatur der Webseite von „aljazeera“ befindet. Auf der linken Seite ist in großen Lettern „GUPS“ zu lesen, die Abkürzung der Generalunion der Palästinensischen Studenten. Die Karikatur nimmt 80 Prozent der Abbildung ein und zeigt den mittleren Teil eines männlichen Körpers, dessen Hände mit Gabel und Messer ein auf einem Teller liegendes palästinensisches Kind zerschneiden. Das Messer trägt den Schriftzug „GAZA“. Der Mann hat ein Lätzchen um, auf dem sich in der Mitte ein Davidstern befindet. Die Karikatur bedient das Klischee kindermordender Israelis und verweist damit auf die jahrhundertealte antisemitische Ritualmordlegende, die behauptet, Juden würden Kinder töten, um mit ihrem Blut ihr Pessach-Brot zu backen. Die Demonstration in Indien steht in keinerlei Zusammenhang mit dem Beitrag, in dem es nicht um antiisraelische Demonstrationen geht, sondern um die politische Auseinandersetzung innerhalb der israelischen Regierung.

Solche visuellen Darstellungen scheinen – ebenso wie Interviews mit extrem kritischen Stimmen aus Israel – das Ziel zu verfolgen, die eigene Meinung des Journalisten oder der Redakteure zu untermauern, die glauben, sie könnten oder dürften aufgrund der historischen deutschen Verantwortung selbst keine Kritik üben. Israelis, die sich vehement gegen die Politik ihres Landes stellen, werden häufig nicht zitiert, um die Vielfalt der Meinungen in Israel zu dokumentieren, sondern sie übernehmen eine Alibifunktion. Indirekt wird hier die These kolportiert, Israel zu kritisieren, sei ein Tabu, beziehungsweise eine unterstellte „jüdische Lobby“ würde jegliche Kritik unterbinden. Hier zeigt sich, dass es nicht um eine kritische Beurteilung des Sachverhalts geht, sondern vielmehr darum, wie eine solche Kritik geäußert wird und ob sie möglicherweise antisemitische Klischees transportiert.

Obgleich Stereotypisierungen besonders augenfällig im Zusammenhang mit der Berichterstattung über den Nahostkonflikt sind, finden sich für den Sachverhalt unerhebliche Markierungen von Personen als Juden auch in Artikeln, die eher unter die Rubrik „Vermischtes“ fallen, wie etwa jüngst anlässlich der Hochzeit von Chelsea Clinton und Marc Mezvinsky. Die „Süddeutsche Zeitung“ charakterisierte Mezvinsky als „Investmentbanker“ und „jüdischen Jugendfreund“ der Braut, obwohl diese Zuschreibung keinerlei sachdienliche Information vermittelte.[11] Zum gleichen Thema veröffentlichte die „Welt“ einen Text, in dem die Frage gestellt wurde, nach welchem Ritus die Brautleute wohl heiraten würden, ob nach christlichem oder nach jüdischem.[12] Vielleicht gelang es dem Reporter mit dieser Formulierung, die jüdische Herkunft des Bräutigams nur geschickter zu verpacken, möglich wäre aber auch, dass es sich hier um eine verklausulierte Fragestellung handelte, die mit dem Adjektiv „jüdisch“ beim Leser bestimmte Assoziationen wachrufen möchte. Jedenfalls kam der „Tagesspiegel“ in seinem Bericht über die Hochzeitsfeierlichkeiten gänzlich ohne eine entsprechende Markierung des Bräutigams aus.[13]

Als weiteres Beispiel sei hier noch der Artikel „Er bezahlt seine Schuld. Amerikas berüchtigtster Lobbyist arbeitet heute in einer Pizzeria“ aus der „Süddeutschen Zeitung“ vom Juni 2010 genannt.[14] Jack Abramoff, vormals ein bekannter US-amerikanischer Lobbyist, der wegen Betruges verurteilt wurde, verdient sich nach seiner Haftstrafe sein Geld heute in einer einfachen Pizzeria. Eine solche kurze, uninteressante Nachricht hätte es nicht auf die Seite 8 einer Tageszeitung gebracht, wenn sie nicht entsprechend ausgeschmückt worden wäre. Der Autor markiert Abramoff nicht explizit als Juden, aber er schreibt, dass es sich um eine „koschere Pizzeria“ handele, „CDs und Kassetten eines Rabbi“ an der Kasse erhältlich seien und der ehemalige Lobbyist seine Mitgefangenen im Gefängnis „in der Tora“ unterrichtet und „einen Gebetskreis“ abgehalten habe. Am Ende fragt man sich, was der Gehalt dieser Nachricht ist und ob ein entsprechender Text, in dem über einen bekannten politischen Aktivisten katholischen Glaubens berichtet wird, der in einer katholischen Pizzeria

[10] Frankfurter Rundschau vom 12. Januar 2009.

[11] Süddeutsche Zeitung vom 2. August 2010.

[12] Die Welt vom 29. Juli 2010.

[13] Der Tagesspiegel vom 30. Juli 2010.

[14] Süddeutsche Zeitung vom 25. Juni 2010.

arbeitet, in der Bibeltexte zu erwerben sind, ebenso eine Nachricht wert sein könnte. Der durch seine schwarze Rahmung hervorgehobene Text, der immerhin die Hälfte einer Spalte ausmacht, ist nicht antisemitisch, aber der Leser könnte die Informationen über Abramoff, der Indianerstämme in den USA um mehrere Millionenbeträge geprellt hat, durchaus zu einem Konstrukt formen, das klassische antisemitische Stereotype bedient.

Ein weiteres Beispiel aus der „Süddeutschen Zeitung" vom 18. Januar 2011 zeigt, wie unterschwellig Zuschreibungen tradiert werden, die völlig unerheblich für den Sachverhalt eines Artikels sind. Unter dem Titel „Hübsches Strohfeuer" beschreibt eine Kommentatorin im Feuilleton, wie sich Berlin für seine Kunstszene feiern lässt, ohne sich um deren Zukunft zu kümmern. In dem Beitrag werden einige Immobilien erwähnt, die bisher die Kunstszene beherbergten und nun an Investoren veräußert wurden. Es wird etwa vom ehemaligen Postfuhramt in Berlin berichtet, das an die „jüdische Investorengruppe Elad verkauft wurde". Im Gegensatz zu einem weiteren Areal, das ein „türkischer Privatinvestor" gekauft habe, wird im Zusammenhang mit dem Postfuhramt eine Zuschreibung vorgenommen, die jeglicher sachlichen Information entbehrt. Die Investorengruppe Elad ist eine zur israelischen Tschuva-Gruppe gehörende Gesellschaft. Anstatt von einem israelischen Investor zu sprechen, bringt die Autorin eine religiöse Konnotation ins Spiel, die keinerlei sachdienliche Hinweise bietet und durchaus einer Klischeebildung Vorschub leisten kann.[15]

Etikettierungen in guter Absicht

Auch die Krimiserien der öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten sind nicht frei von Stereotypisierungen, die Klischees wie die „schöne Jüdin" bedienen oder in gut gemeinter Absicht Juden und Judentum erklären oder über Ressentiments aufklären wollen, aber Vorurteile transportieren. Im Dezember 2003 strahlte das Erste Deutsche Fernsehen den Tatort „Der Schächter" aus.[16] Der orthodoxe Jude Jakob Leeb war erst kurz zuvor in seine ehemalige Heimatstadt Konstanz zurückgekehrt, als in seinem Garten eine Leiche gefunden wird. Er gerät unter Mordverdacht, weil das Opfer mit einem tödlichen Schnitt am Hals getötet wurde, der an den jüdischen Ritus des Schächtens erinnert. Der Staatsanwalt entfesselt eine antisemitische Kampagne gegen Jakob, dessen Art und jiddisches Idiom ihn durchaus unsympathisch erscheinen lassen. Stereotype Bilder über Juden bleiben unwidersprochen, und der ständig jüdische Gesetze zitierende Jakob Leeb wird zum Fremden aus einer klischeehaft skizzierten anderen Welt. Auch wenn sich schließlich herausstellt, dass Jakob nicht der Mörder ist, so verkehrt sich die eigentlich gute Absicht, dem Zuschauer das Judentum näherzubringen, ins Gegenteil, weil antisemitische Klischees transportiert werden.

Am 11. Januar 2004 wurde eine Sendung der Krimiserie „Schimanski" mit dem Titel „Das Geheimnis des Golem" ausgestrahlt, der eine Emmy-Nominierung erhielt. Der ehemalige Tatortkommissar wird verdächtigt, den jüdischen Diamantenhändler Rosenfeldt aus Antwerpen ermordet zu haben. Schimanski flieht ins jüdisch-chassidische Viertel in Antwerpen. „Gemeinsam mit Schimanski tauchen wir in die fantastische, für die meisten Leute unbekannte jüdische Kultur ein. Wir werden mit Schimanski mit unseren Vorurteilen, Berührungsängsten und Schuldgefühlen konfrontiert", so Produzentin Sonja Goslicki.[17] In Antwerpen trifft Schimanski auf die „schöne" Lea Kaminski, die ihm bei der Aufklärung des Mordes behilflich ist. Auch dieser Krimi transportiert eine Reihe von Klischees, nicht nur mit der Figur der „schönen Jüdin", sondern auch durch den Beruf des Toten, der einen klassisch den Juden zugeschriebenen Berufszweig kolportiert, der mit negativen Stereotypen besetzt ist.[18] „Die Juden", so der Literaturwissenschaftler Matthias N. Lorenz, „erscheinen im Film als okkultes, exotisches Völkchen, das aus einer anderen Zeit zu stammen scheint: Das jüdische Viertel von Antwerpen wird gezeigt wie ein ostjüdisches Stetl im 19. Jahrhundert."[19]

Die Finanzkrise 2008/2009

Anders als die Berichterstattung über einen schwierigen Konflikt im Nahen Osten, dessen komplexe Sachlage im journalistischen Tagesgeschäft selten vermittelt werden kann und so häufig unbeabsichtigt zu klischeehaften Wahrnehmungen beim Rezipienten führt, sind Artikel über andere Themen – wie etwa im Zusammenhang mit der Finanzkrise – durchaus eindeutiger als ressentimentbeladen zu verifizieren. Dies lässt sich an der Berichterstattung über den Fall des Fondsmaklers Bernard Madoff illustrieren.

[15] Süddeutsche Zeitung vom 18. Januar 2011.

[16] Das Drehbuch basierte auf einer wahren Geschichte: In Xanten am Niederrhein wurde 1891 ein Schächter für den Tod eines Jungen zu Unrecht verantwortlich gemacht.

[17] Homepage http://horstschimanski.info/2003.html [eingesehen am 30. Oktober 2010].

[18] Matthias N. Lorenz, Im Zwielicht. Filmische Inszenierung des Antisemitismus: Schimanski und „Das Geheimnis des Golem", in: Juden. Bilder – TEXT+KRITIK. Zeitschrift für Literatur, 9 (2008) 180, S. 89–102.

[19] Ebenda, S. 91.

Der „Tagesspiegel“ veröffentlichte am 23. März 2009 einen Kommentar unter dem Titel „Bernard Madoff und die Juden“, in dem zu lesen war, dass eine Reihe von bekannten Persönlichkeiten wie Steven Spielberg oder Elie Wiesel, die von dem Betrüger um ihr Geld gebracht worden waren, reflexartig, nach altem Muster gehandelt hätten, weil sie Madoff als Juden ihr Geld anvertrauten. Unterschwellig wird suggeriert, „die Juden“ seien selbst schuld, wenn sie ihr Geld aufgrund ihres Vertrauens in das „jüdische System“ verloren haben. Warum wird überhaupt die Tatsache thematisiert, dass Madoff jüdischen Glaubens ist? Haben Spielberg und Wiesel tatsächlich ihr Geld in die Hände des Vermögensberaters gegeben, weil er jüdisch ist, oder hatte es nicht vielmehr damit zu tun, dass sie ihm als bekanntem Investmentmanager und ehemaligem Nasdaq-Verwaltungsratschef vertrauten?[20] Die Reaktionen auf einen Artikel in der Welt vom 29. Januar 2009 unter dem Titel „Bernard Madoff – charmant, intelligent und eiskalt“ zeigen, wie stark antisemitische Ressentiments durch die Thematisierung des jüdischen Glaubens von Madoff angesprochen werden. Ein Kommentator schreibt unter dem Namen Hans Lang: „Erstaunlich und überraschend, WELT schreibt über Menschen mosaischen Glaubens und lässt Kommentare zu!“, und nochmal: „es sind billionen (reales geld) die systimatisch transferiert wurden und nicht lächerliche 750 milliarden.......ein teil davon ist in sicherheit wird in sicherheit in israelischen banken gebunkert und keiner (weder politiker noch unsere freien medien) wagen es in diese richtung nachzuforschenn [Schreibfehler im Original].“[21]

„Die Welt“ veröffentlichte am 17. März 2009 unter dem Titel „Der große Bluff des Bernard Madoff“ einen Artikel, in dem zu lesen ist: „Bernie Madoff ist Jude, ein Aufsteiger aus Queens.“[22] Die Erwähnung der Religionszugehörigkeit ist völlig unerheblich für den Sachverhalt. Der Autor mag dies erwähnt haben, ohne weiter darüber nachzudenken, aber solche Aussagen bedienen das klassische Stereotyp des angeblichen jüdischen „Wucherers“ und „Finanzspekulanten“.

Zahlreiche Artikel über den Finanzskandal erwähnen, dass „Bernie“ Madoff Jude ist. Welche antisemitischen Klischees diese Zuschreibung freisetzt, lässt sich an den Kommentaren in den Onlineausgaben der verschiedenen Zeitungen nachvollziehen. Die Ergebnisse der Umfragen der Forschungsgruppe „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ für das Jahr 2009 zeigen, wie hoch der Prozentsatz derer in der Bevölkerung ist, die solche Vorurteile hegen: 54,8 Prozent der Befragten stimmten dem Item „Ursache der Krise sind die ‚Banker und Spekulanten‘“ voll und ganz zu, und 34,1 Prozent stimmten dem eher zu. Die Forscher konnten mit Hilfe weiterer Fragen eine starke Korrelation mit antisemitischen Stereotypen feststellen. Je höher die zustimmenden Werte bei den Befragten ausfielen, desto ausgeprägter waren ihre antisemitischen Ressentiments, so das Fazit der Studie.[23]

An der Berichterstattung über den Fall Madoff lässt sich auch zeigen, wie antiamerikanische mit antisemitischen Vorurteilen korrelieren können. Es wird häufig nicht nur auf Madoffs jüdische Religionszugehörigkeit Bezug genommen, sondern gleichzeitig auch auf seine Herkunft aus Queens hingewiesen. Antiamerikanismus und Antisemitismus finden nicht nur parallel, bisweilen sogar synonym Verwendung, vielmehr rangieren antisemitische Vorurteilsmuster nicht selten gewissermaßen als Überbau antiamerikanischer Einstellungen, wobei sie sich durchaus gegenseitig bedingen. Für Letzteres steht die Parole „Jews rule America“, die bereits in die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg zurückreicht, aber heute vor allem auf dem World Wide Web rechtsextreme und radikale islamistische Seiten bestimmt.

Auch die Berichterstattung über den Verkauf der Kirch-Mediengruppe an den amerikanischen Investor Haim Saban im Jahr 2003 transportierte bisweilen unterschwellig antisemitische und antiamerikanische Stereotypenmuster. Unter dem Titel „Wer ist Haim Saban?“ zeichnete der „Tagesspiegel“ im März 2003 den Lebenslauf des Investors nach: „Geboren wurde Haim Saban im ägyptischen Alexandria, er wuchs in ärmlichen Verhältnissen auf. Sein Vater verkaufte Spielzeug, seine Mutter war Näherin. Nach dem Suez-Krieg, Saban war zwölf, zog er mit seiner jüdischen Familie nach Tel Aviv.“[24] Es ist von luxuriösen Partys die Rede, von den engen Kontakten zur Clinton-Familie. Mit solchen Aussagen werden mehrere Stereotype bedient – zum einen, dass Juden reich sind und sich alles kaufen können, zum anderen, dass „die Juden“

[20] Der Tagesspiegel vom 23. März 2009, http://www.tagesspiegel.de/meinung/kommentare/bernard-madoff-und-die-juden/1479976.html [eingesehen am 24. August 2010].

[21] Die Welt vom 29. Januar 2009, http://www.welt.de/finanzen/article3113153/Bernard-Madoff-charmant-intelligent-und-eiskalt.html [eingesehen am 24. August 2010].

[22] Die Welt vom 17. März 2009, http://www.welt.de/finanzen/article3392698/Der-grosse-Bluff-des-Bernard-Madoff.html [eingesehen am 24. August 2010].

[23] Julia Becker/Ulrich Wagner/Oliver Christ, Ursachenzuschreibung in Krisenzeiten: Auswirkungen auf Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände, Folge 8, Berlin 2010, S. 128–143, hier: S. 133, 137.

[24] Der Tagesspiegel vom 13. März 2003, http://www.tagesspiegel.de/medien/wer-ist-haim-saban/397508.html [eingesehen am 24. August 2010].

die Medien kontrollierten und damit die Meinung zu ihren Gunsten beeinflussten. Unterschwellig spielen dabei auch die US-amerikanischen Verbindungen Sabans eine Rolle.

Wie nicht anders zu erwarten, griff auch die „National-Zeitung“ den Kauf der Mediengruppe auf und titelte mit eindeutig antisemitischer Konnotation „Bestimmt Israel deutsches Fernsehen? Haim Sabans Machtübernahme und die Folgen.“[25] Die „National-Zeitung“ spricht eine Klientel an, die ein antisemitisches Weltbild hegt und dieses bestätigt sieht. Hier wird der Unterschied zur seriösen Medienlandschaft deutlich, bedienen die einen – meist gedankenlos – Stereotypen, die durchaus jahrhundertealte Vorurteile reflektieren können, aber in der Regel nicht absichtlich impliziert sind, so machen sich rechtsextremistische Printmedien wie die „National-Zeitung“ antisemitische Topoi dienstbar, die sie nur aufgrund befürchteter Strafverfolgung in moderate Anspielungen verpacken. Eine solche Praxis ist vor dem rechtsextremen Hintergrund der „National-Zeitung“ nicht verwunderlich. Problematischer wird es jedoch, wenn das Verkaufsportal „Amazon“ das Buch „Michel Friedman, Haim Saban und die deutsche Medienlandschaft“ von Tobias Brendle anbietet, das im Sinne verschwörungstheoretischer Ansätze eine „Friedman-Shaban-Connection“ unterstellt und auf subtile Art und Weise antisemitische Ressentiments bedient.[26] Ein Kunde, ein gewisser Erwin Meier, hat den Band rezensiert: „Das vorliegende Buch wirft ein paar Schlaglichter auf die Frage nach der Funktionsfähigkeit der Demokratie in diesem Lande. Schon lange wird diskutiert, ob nicht das Kapital, die von ihm dominierten Medien und kleine Minderheiten zu viel Macht besitzen. [...] Das Problem ist nur, daß hier mit unterschiedlichen Maßstäben gemessen wird. Während der eine kriminell wurde und damit gut weiterleben kann, wurden andere, wie Hohmann, Möllemann, usw. in ihrer Existenz getroffen, indem man sie irreparabel gesellschaftlich und wirtschaftlich geschädigt hat. [...] Haim Saban steht in dem Buch nicht nur exemplarisch für den Ausverkauf deutscher Medienunternehmen, sondern auch für die einseitig prozionistische Politisierung dieser.“ Auf der Bestellseite verweist „Amazon“ wie üblich auf Publikationen, die von Kunden neben dem angebotenen Buch gekauft wurden. Hier erscheint das höchst umstrittene Werk „Antisemitismus als politische Waffe“ von Norman Finkelstein.[27] Spätestens mit dem Namen des Vorwortverfassers des Brendle Buches – Alfred Mechtersheimer – wird klar, dass es sich hier um ein Elaborat des äußersten rechten Randes handelt, das die klassischen Vorurteile gegen Juden transportiert.

Die Onlineverkaufsplattform „Amazon“ bietet darüber hinaus auch Werke einschlägiger rechtsextremer Verlage an beziehungsweise Bücher von ehemaligen Nationalsozialisten, wie etwa des ehemaligen Chefs der wallonischen Waffen-SS Léon Degrelle, des engen Mitarbeiters von Joseph Goebbels Wilfred von Oven oder des SS-Obersturmbannführers Otto Skorzeny, der als der „Befreier“ Mussolinis gilt, aber auch des Holocaustleugners David Irving. Selbst indizierte Bücher sind über diesen Internetvertrieb erhältlich.[28] Durchaus kritischer ist allerdings zu sehen, dass auch die Onlinebuchshops der „Süddeutschen Zeitung“, der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ und des „Spiegels“ solche Titel anbieten. Nach Recherchen von „Report Mainz“ im Herbst 2010 werden mehr als 150 Werke dieser „Nazi-Literatur“, die vom Großdienstleister „Libri“ geliefert werden, über die Internetplattformen dieser seriösen Presseorgane vertrieben. Bereits im Juli 2010 hatte der Blog, der die „menschenfeindlichen Einstellungen“ der NPD dokumentiert, über den Vertrieb solcher Machwerke, darunter auch solche, bei denen zumindest der Verdacht besteht, volksverhetzendes Gedankengut zu verbreiten, bei den Onlineshops der Zeitungen berichtet. Auf Nachfrage räumte die „Süddeutsche Zeitung“ ein, mehrfach Beschwerden erhalten zu haben, aber keine „Zensur“ ausüben zu wollen.[29]

[25] National-Zeitung vom 22. August 2003. In einem Internetblog http://www.politik.de/forum/innenpolitik/36161-bestimmt.html [eingesehen am 16. März 2011], der sich auf den Artikel vom August 2003 bezieht, fügt der Autor „condor“ dem Titel „Haim Sabans Machtübernahme und die Folgen“ noch hinzu: „Der Griff Zions zur Machtübernahme im deutschen Fernsehen“. Siehe auch: „Verleger Dr. Christian Hornig über Tobias Brendles Studie ‚Michel Friedman, Haim Saban und die deutsche Medienlandschaft‘“, National-Zeitung vom 24. November 2006. Abbildung auf der Titelseite mit Hinweis auf den Artikel: „Wem dient Merkel wirklich? Haim Sabans genialer Deal“. Bundeskanzlerin Merkel in herzlicher Umarmung mit dem „US-jüdischen Milliardär und Medienmogul Haim Saban“.

[26] Tobias Brendle, Michel Friedman, Haim Saban und die deutsche Medienlandschaft, Gauting 2005.

[27] Amazon-Verkaufsportal, http://www.amazon.de/Michel-Friedman-Saban-deutsche-Medienlandschaft/dp/3936169101 [eingesehen am 25. August 2010].

[28] Zum Beispiel Léon Degrelle (übersetzt von Wilfred von Oven), Denn der Hass stirbt...: Erinnerungen eines europäischen Kriegsfreiwilligen, Dresden 2006. Der Winkelried-Verlag publiziert auch Bücher des Holocaustleugners David Irving, von Hans-Ulrich Rudel und anderen. [Amazon.de, eingesehen am 16. März 2011]. Es handelt sich bei dem hier angebotenen Band von Degrelle um eine Neuauflage des 1992 im Univeritas/Herbig Verlag erschienenen Buches Léon Degrelle, „Denn der Hass stirbt. Erinnerungen eines Europäers“, aus dem Spanischen übersetzt von Wilfred von Oven.

[29] Report Mainz, 8. November 2010, http://www.swr.de/report/-/id=233454/did=7136226/pv=video/nid=233454/1qwyhku/index.html und http://www.swr.de/report/naziliteratur/-/id=233454/nid=233454/did=7133134/mpdid=7137200/mtmh2x/index.html [beide eingesehen am 11. November 2010]; http://npd-blog.info/2010/11/08/sz-spiegel-und -faz-verbreiten-nazi-literatur/ [eingesehen am 8. November 2010].

Das Internet – Web 2.0

Die Gefahren antisemitischer Indoktrination liegen heute im weltweiten elektronischen Datenaustausch politisch unterschiedlicher Gruppierungen, die den Antisemitismus als einigendes Thema entdeckt haben und das Internet als Agitations- und Kommunikationsmedium nutzen.[30] Hier findet in den letzten Jahren auch der fundamentalistische Islam, der sich etwa seit Mitte der 1990er-Jahre mehr und mehr der „Auschwitzlüge“ als eines politischen Instrumentes bedient, Anknüpfungspunkte.[31] Als Transportmittel dieser sich im Wesentlichen gegen Israel, aber auch gegen die Juden in der Welt insgesamt richtenden Vorurteile dienen Weltverschwörungsphantasien und die Verharmlosung, wenn nicht gar Negation des nationalsozialistischen Genozids an den Juden. Das World Wide Web als leicht zugängliches, anonymes Kommunikations- und Propagandamedium wird nicht nur von radikalen Islamisten genutzt, um solche Inhalte zu verbreiten. Auch die Rechtsextremen vernetzen sich untereinander weltweit über diese Themen. In den letzten Jahren wurde deutlich, dass Gruppierungen aus beiden Lagern über Internet und Newsgroups beziehungsweise Chatforen und Blogs in Verbindung stehen und, trotz unterschiedlicher politischer Ziele, mit der Verbreitung der „Auschwitzlüge“ ein gemeinsames Interesse vertreten.

Die Zunahme antisemitischer Postings nach dem israelischen Angriff auf die Gaza-Flottille am 31. Mai 2010, in denen mit Sprüchen wie „scheiss juden, am besten alle vergasen ...“ etwa auch zum Mord gegen Juden aufgerufen wurde,[32] war sowohl in sozialen Netzwerken wie Facebook, aber auch auf rechtsextremen und islamistischen Seiten evident. Die verbreitete antiisraelische Haltung beschränkte sich weder auf die Gruppe der Jugendlichen noch auf rechtsextreme beziehungsweise islamistische Kreise, sie war in privaten Debatten und in Medien präsent, deren einseitige Berichterstattung erst allmählich einem genaueren Blick auf die tatsächlichen Ereignisse wich. Dies war auch der Fall, weil die Qualitätspresse sich zunächst schwer tat damit, über die Ereignisse differenzierter zu berichten und nicht nur die Friedensaktivisten zu Wort kommen zu lassen.

Die neuesten Ergebnisse von „jugendschutz.net“ zeigen, dass insbesondere die Aktivitäten rechtsextremer Gruppen im Netz zugenommen haben, die immer auch antisemitische Inhalte verbreiten. 2010 konnten 1708 rechtsextreme Webseiten (2009: 1872, davon 67 Prozent über deutsche Server) identifiziert werden. 2009 waren 107 rechtsextreme Blogs über den Szeneanbieter „logr“ zugänglich, und 93 soziale Neonazinetzwerke standen zur Verfügung. Trotz des im Vergleich zum Vorjahr verzeichneten leichten Rückgangs des Gesamtangebots stieg die aktive Beteiligung von Kameradschaften im Jahr 2010 um 20 Prozent an.[33] Gerade die jüngsten Entwicklungen im Internet machen deutlich, dass entgegen mancher Pressemitteilungen in den letzten Jahren – die stark auf den Islamismus und Jugendliche mit Migrationshintergrund fokussiert waren – die Gefahr des rechtsextremen Antisemitismus nicht unterschätzt werden darf. Entsprechende Inhalte werden vor allem über Musik transportiert und stehen nicht nur auf rechtsextremen Seiten zur Verfügung, sondern können auch über „iTunes“oder „YouTube“ heruntergeladen werden, jedenfalls so lange, bis die Betreiber auf die strafbaren Inhalte aufmerksam gemacht werden und sie löschen. Die Bundeszentrale für politische Bildung und „jugendschutz.net“ berichteten im August 2010, dass rechtsextreme Beiträge bei „YouTube“, „MyVideo“, „Facebook“ und „Twitter“ gegenüber dem Vorjahr von 2000 auf 6000 gestiegen seien.[34] Bereits zwei Jahre zuvor, im August 2007, hatte „Report Mainz“ darauf hingewiesen, dass Musik der rechtsextremen Gruppe „Zillertaler Türkenjäger“, die Ausländerhass, Homophobie und Antisemitismus verbreitet, lange Zeit über „YouTube“ zugänglich war und trotz starker Kritik erst sehr spät vom Netz genommen wurde.[35] Die Videoplattform versucht, entspre-

[30] Juliane Wetzel, Antisemitismus im Internet. Die Vernetzung der rechtsextremen Szene, in: Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien, BPjS Aktuell, Sonderheft Jahrestagung 1999, Mönchengladbach 2000, S. 16–25; dies., Rechtsextreme Propaganda im Internet. Ideologietransport und Vernetzung, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Auf dem Weg zum Bürgerkrieg? Rechtsextremismus und Gewalt gegen Fremde in Deutschland, Frankfurt a. M. 2001, S. 134–150.

[31] Juliane Wetzel, Die internationale Rechte und der arabische Antizionismus im World Wide Web, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 12 (2003), S. 121–144; dies., Antisemitismus und Holocaustleugnung als Denkmuster radikaler islamistischer Gruppierungen, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme, Berlin 2004, S. 253–272.

[32] Facebook-Einträge 2010 zum Beispiel.: Borak G.: „Gib jeden Juden ein Kopfschuss“, 1. Juni 2010 um 17.18 Uhr; Momo O.: „einfach nur ausrotten die scheiss juden“, 2. Juni 2010 um 19.28 Uhr; Bülent B: „scheiss juden, am besten alle vergasen...“, 2. Juni 2010.

[33] Jugendschutz.net (Hrsg.), Rechtsextremismus online beobachten und effektiv bekämpfen. Bericht 2009 über Recherchen und Maßnahmen, Mainz 2010, S. 17 f., http://www.hass-im-netz.info/fileadmin/dateien/PK_Berlin/Projektbericht_2009.pdf [eingesehen am 26. August 2010]; Jugendschutz.net (Hrsg.), Jugendschutz im Internet. Ergebnisse der Recherchen und Kontrollen, Bericht 2010, Mainz 2011, http://www.jugendschutz.net/pdf/bericht2010.pdf [eingesehen am 2. August 2011].

[34] Ebenda.

[35] Hass frei Haus. Wie YouTube verbotene Nazi-Musik massenweise verbreitet, 27. August 2007, 21.45 Uhr, REPORT MAINZ, Das Erste, http://www.swr.de/report/-/id=233454/nid=233454/did=2478134/kei2w4/index.html [eingesehen am 26. August 2010].

chende Inhalte zeitnah zu löschen, kann aber nicht verhindern, dass sie immer wieder von Usern hochgeladen und angeboten werden.

Aufklärung im Netz

Inzwischen hat „YouTube" auf die Kritik an der Bereitstellung rassistischer und antisemitischer Inhalte reagiert und einen Jugendwettbewerb ausgelobt, der unter der Schirmherrschaft von Familienministerin Kristina Schröder steht: „Filmt Eure Botschaft gegen Ausgrenzung und ladet sie auf YouTube". Bis Mitte Oktober 2010 konnten Schüler und Auszubildende zwischen 13 und 18 Jahren ihre Videos im „361 Grad Respekt"-„YouTube"-Kanal einstellen.[36] 14 Videos wurden als Gewinner auf der Seite vorgestellt, die zu Respekt, gegen Mobbing, gegen Nazis und andere Diskriminierung mit musikalischen und künstlerischen Beiträgen aufrufen.[37]

Stefan Glaser von „jugendschutz.net" gab im August 2010 im WDR ein Interview, in dem er die neuesten Entwicklungen im Netz zusammenfasste: „Früher stellten wir oft fest, dass viele rechtsextreme Inhalte zulässig waren, weil die Rechten sehr genau wussten, was sie dürfen und was nicht. Da hat man die Angebote bewusst unterhalb der Strafbarkeitsgrenze gehalten. Das hat sich neuerdings in den Neonazi-Communitys umgekehrt: Scheinbar wähnt man sich hier in einem unbeobachteten Zirkel, wo man tatsächlich alles machen kann. Die User verabreden sich zu Aktivitäten, sie verbreiten und tauschen zum Teil strafbares Neonazi-Material mit eindeutig volksverhetzendem Inhalt. Ein Beispiel: eine CD mit Gutenachtliedern, die schon im Mai 2010 in Neonazi-Foren aufgetaucht ist. Da hat ein junger Neonazi zur Melodie von 21 Schlaf- und Kinderliedern rassistische, auch zum Mord an Schwarzen und Juden anstachelnde Texte verfasst. Das hat sich schnell verbreitet über Neonazi-Blogs und Videoplattformen wie Youtube und sogar in Schüler-Communitys. Es gibt auch eine ganze Menge Erfolgserlebnisse. Zum Beispiel, dass alles, was wir an Facebook, SchülerVZ oder Youtube gemeldet haben, auch entfernt wurde. Für uns hat schon immer dazugehört, die Communitys zu sensibilisieren. Es kann nie nur darum gehen, dass eine einzelne Stelle aktiv wird, sondern wir brauchen eine Kultur gemeinsamer Verantwortung."[38]

Dass nicht nur die Betreiber von „YouTube", sondern auch die Onlineredaktionen von Zeitungen inzwischen verantwortlicher handeln, wird nicht zuletzt daran deutlich, dass sie immer häufiger die Möglichkeit ganz unterbinden, Kommentare zu eingestellten Filmen oder Beiträgen abzugeben. Entweder standen bereits volksverhetzende Inhalte kurzfristig im Netz, bis die Kommentarleiste deaktiviert wurde, oder kommentierende Einträge werden von vorneherein unterbunden, weil die Betreiber der Seiten strafbare Inhalte befürchten.[39] Seit Juni 2010 stellt „jugendschutz.net" gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung und dem International Network Against Cyber Hate die Webseite „hass-im-netz.info" bereit, die über Rechtsextremismus im Internet aufklärt.[40] „jugendschutz.net" engagiert sich dafür, rechtsextreme Inhalte vom Netz zu verbannen, Provider im In- und Ausland werden über problematische Inhalte informiert und dazu aufgefordert, diese zu löschen. In circa 80 Prozent der Fälle gelingt dies auch.

Ebenso aktiv ist die Webseite „Netz gegen Nazis – Mit Rat und Tat gegen Rechtsextremismus", die von der Amadeu Antonio Stiftung in Kooperation mit der Wochenzeitung „Die Zeit" und einer Reihe von Mitinitiatoren betrieben wird. 2010 erhielt „Netz gegen Nazis" als „Leuchtturm im Internet-

[36] Bild-online vom 25. August 2010, http://www.bild.de/BILD/digital/internet/2010/08/25/rechtsextrem-soziale-netzwerke-npd/neonazis-youtube-facebook-studivz-twitter.html [eingesehen am 27. August 2010]; Netz gegen Nazis, YouTube Schülerwettbewerb, http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/schuelerwettbewerb-361-grad-toleranz-rechtsextremismus-auf-youtube-gestartet-2910 [eingesehen am 30. August 2010]; http://www.youtube.com/user/361gradtoleranz [eingesehen am 18. Januar 2010].

[37] http://www.youtube.com/user/361gradtoleranz [eingesehen am 18. Januar 2010].

[38] Interview mit Stefan Glaser, 24. August 2010, WDR.de, http://www.wdr.de/themen/politik/deutschland02/internet/rechtsextremismus/interview_glaser.jhtml?rubrikenstyle=politik [eingesehen am 25. August 2010].

[39] Zum Beispiel mehrteilige ARD-Sendung „Die jüdische Lobby – Spurensuche in Amerika", 30. Juni 2010 auf YouTube, http://www.youtube.com/watch?v=IDcVdaqEEAE&feature=related [eingesehen 31. August 2010].

[40] http://www.hass-im-netz.info/.

[41] http://www.civismedia.eu/tv/civis/02wettbewerbe67_09.phtml [eingesehen am 30. August 2010].

[42] So nahm Altermedia etwa auch zur Einsetzung unseres Expertengremiums „Antisemitismus" Stellung: „Unterm Strich betrachtet, liegt die Aufgabe dieser illustren Runde lediglich darin, daß zu tun, was Verfassungsschutz, linke Antifa-Postillen und artverwandte Nutznießer staatlicher Anti-Rechtsprogramme bereits seit Jahr und Tag tun, Denunziationsberichte verfassen und Vorschläge formulieren, wie man alles, was in Sachen Israel und Judentum nicht so denkt wie die Bundesregierung und das etablierte Parteienkartell, nachhaltig bekämpft. [...] Was man mit Gremien dieser Art jedoch erreichen wird, ist lediglich die Bestätigung dessen, was Antijudaisten schon immer gesagt haben, daß in diesem Staat einzig und allein das Judentum das Kommando hat, vor dessen politischer Hegemonie sich alle etablierten Parteien und Organisationen in vorauseilendem Gehorsam ducken, um ihm jeden Wunsch von den Lippen abzulesen." In den Kommentaren zum Beitrag werden eindeutig antisemitische Inhalte verbreitet. Altermedia vom 6. August 2009, http://de.altermedia.info/general/die-experten-06-08-09_33158.html#more-33158 [eingesehen am 16. März 2011].

Dschungel“ den europäischen CIVIS Online Medienpreis.[41] „Netz gegen Nazis“ informierte im Juni 2010 etwa auch über das Neonazi-Portal „Altermedia/Störtebekernetz“, das sich als seriöse Onlinenachrichtenseite präsentiert und täglich Beiträge und Kommentare bereitstellt,[42] die zum Teil aus seriösen Medien übernommen und entsprechend umformuliert beziehungsweise kommentiert werden. Drei Klagen aus den Jahren 2008 und 2009 gegen die Betreiber des deutschen Ablegers der Neonazi-Plattform sind noch anhängig, ihnen wird unter anderem vorgeworfen, „Artikel verbreitet zu haben, in denen der Holocaust verharmlost, gebilligt oder geleugnet“ wurde.[43]

Verkaufsplattformen wie „Ebay“ setzen in ihrer deutschen Seite Suchmaschinen ein, die problematische Angebote herausfiltern, und beschäftigen eine größere Anzahl von Mitarbeitern, die anschließend noch einmal „per Hand“ prüfen. Auszuschließen ist dennoch nicht, dass zumindest zeitweise NS-Devotionalien, einschlägige Publikationen oder Musikangebote im Netz zur Verfügung stehen. Es wäre zu wünschen, dass sich dieser Praxis auch Onlineshops und Versandplattformen wie Amazon anschließen.

Einseitige Zuschreibungen

In jüngster Zeit scheint die Verbreitung antisemitischer Inhalte durch rechtsextreme Gruppierungen im Internet in der medialen Aufmerksamkeit in den Hintergrund zu treten. Im Fokus stehen vielmehr Jugendliche mit Migrationshintergrund, die durchaus die Möglichkeit des unkomplizierten Datenaustausches als Agitationsplattform nutzen und antisemitische Inhalte verbreiten, allerdings noch keineswegs die Präsenz rechtsextremer Hetze erreichen. So berichtete „Die Zeit“ im Juni 2010 unter dem Titel „Judenhass auf Facebook“ über rechtsextreme Inhalte und verwies darauf, dass der „Facebook“-Gruppe „We respect you hitler“ zahlreiche Holocaustleugner beitraten. Detaillierte Erkenntnisse über die Inhalte der NPD-Community auf „Facebook“ seien allerdings schwer zu verifizieren, weil dies nur ein zugelassenes Mitglied der Netzgemeinschaft könne. Auffällig seien bei einer Suche mit bestimmten Begriffen wie „Jude“ über die Seite „Openbook“, dass die Postings in deutscher Sprache häufig mit ausländisch klingenden Namen versehen seien. Die Autoren des Artikels vermuten, dass deutsche Neonazis geschickt ihre Einträge verschlüsseln und auf nicht so leicht zugänglichen Seiten verbreiten, sodass sie über „Openbook“, das eine Suchfunktion für öffentliche „Facebook“-Inhalte bereitstellt, nur schwer auszumachen sind.[44] Deshalb sollte von vorschnellen Verurteilungen und Zuschreibungen an Jugendliche mit Migrationshintergrund abgesehen und nicht aus einer namentlichen Kennzeichnung auf die tatsächliche Identität des Verfassers geschlossen werden.

Hingewiesen sei hier noch auf eine Problematik, die häufig bei der Beobachtung von Hass verbreitenden Webseiten außer Acht gelassen wird. Im Fokus stehen vor allem solche Internetauftritte, die antisemitische und allgemein rassistische Inhalte verbreiten. Viel weniger Aufmerksamkeit erfahren Seiten wie „Politically Incorrect“ oder „Die Grüne Pest“, die in höchstem Grade islamfeindlich sind, wenn nicht gar einen gegen alle Muslime gerichteten Hass verbreiten und sich dabei gleichzeitig mit ihrer bedingungslosen proisraelischen Haltung philosemitisch gerieren.[45]

Fazit

Kritischen Stimmen über die Medienberichterstattung in Bezug auf den Nahostkonflikt ist insofern recht zu geben, dass sich immer wieder Stereotypisierungen einschleichen, die antisemitische Konnotationen bedienen können. In keiner seriösen Zeitung allerdings finden sich solche Klischees durchgängig, zumal viele große Zeitungen unterschiedliche Stimmen zu Wort kommen lassen, die einen differenzierteren Blick auf Sachverhalte zulassen. Auch Markierungen einzelner Personen als Juden, die durchaus latent antisemitische Haltungen in der Leserschaft unterstützen können, sind kein verbreitetes Muster.

[43] Das Amtsgericht Stralsund verurteilte den Administrator des deutschen Portals im März 2010 wegen Volksverhetzung und Beleidigung zu 150 Tagessätzen. Netz gegen Nazis, http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/altermediainfo [eingesehen am 30. August 2010]. Seit dem 5. August 2011 ist die internationale Domain von Altermedia (inklusive ihrer nationalen Unterseiten) infolge einer Sperrung durch den Registrar nicht länger erreichbar. Der Eintrag im Domain Name System (DNS) vermerkte als Grund, dass „die Domain gegen Geschäftsbedingungen verstieß oder Spam verbreitete“. Laut Aussage der deutschen Betreiber sei bereits eine alternative Adresse registriert und ein neuer Server im Ausland gefunden, über den das deutsche Angebot von Altermedia zukünftig abrufbar wäre. Blick nach rechts, http://www.bnr.de/content/umleitung-ins-off [eingesehen am 11. August 2011].

[44] Die Zeit vom 4. Juni 2010, http://www.zeit.de/digital/internet/2010-06/antifa-antisemitismus-facebook [eingesehen am 31. August 2010].

[45] Yasemin Shooman, Islamfeindschaft im World Wide Web, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Islamfeindschaft und ihr Kontext. Dokumentation der Konferenz „Feindbild Muslim – Feindbild Jude“, Berlin 2009, S. 71–84.

[46] „Das beanstandete Schreiben der Bundeszentrale für Politische Bildung wird ihrer Aufgabe, die Bürger mit Informationen zu versorgen und dabei Ausgewogenheit und rechtsstaatliche Distanz zu wahren, nicht gerecht und verletzt den Beschwerdeführer in seinem allgemeinen Persönlichkeitsrecht.“ Bundesverfassungsgericht, Pressestelle, Pressemitteilung Nr. 87/2010 vom 28. September 2010, http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg10-087.html [eingesehen am 18. Januar 2011].

Im Unterschied zur Berichterstattung über den Nahostkonflikt, die nicht immer ohne antijüdische Stereotypisierungen auszukommen scheint, berichten Print- und Fernsehmedien in der Regel seriös über den Antisemitismus der NS-Zeit, setzen sich kritisch mit Apologeten auseinander und thematisieren revisionistische wie neonazistische Tendenzen. Jüngstes Beispiel ist die Rüge des Bundesverfassungsgerichts vom August 2010 gegenüber der Bundeszentrale für politische Bildung, die nach der Einschätzung des Gerichts unverhältnismäßig gehandelt habe, als sie sich 2004 von dem Aufsatz „Deutsche Identität in Verfassung und Geschichte“ in der Zeitschrift „Deutschland-Archiv“ des emeritierten Politikprofessors Konrad Löw distanzierte und die verbliebenen Hefte einstampfen ließ.[46] Die Bundeszentrale hatte damit auf heftige Kritik gegen den Beitrag von Löw in ihrer Fachzeitschrift reagiert, dem vorgeworfen wurde, gegen sämtliche historischen Sachverhalte argumentiert und antisemitische Stereotype bedient zu haben.[47] Die FAZ hatte Löw noch im März 2007 ein Podium gegeben, seine Thesen zu präsentieren,[48] die der Historiker Wolfgang Benz als „uralte Lebenslüge“ bezeichnete. Seine Zitate seien „willkürlich zusammengeklaubt und das äußerst dilettantisch“.[49] Inzwischen haben die Printmedien – auch die FAZ – Löws Thesen kritisch beleuchtet und Unverständnis über die Entscheidung der Ersten Kammer des Ersten Senats des Verfassungsgerichts geäußert, die in jüngster Zeit durch Urteile aufgefallen ist, die auch Neonazis Meinungsfreiheit zubilligen, weil rechte Gesinnung nicht ausreiche, um die öffentliche Ordnung zu gefährden.[50]

Im Gegensatz zu den Print- und Fernsehmedien ist im Internet eine Flut von antisemitischen Texten zugänglich, es bedarf freilich einer besonderen Kenntnis, um sie ausfindig zu machen. Die deutsche Google-Suchmaschine bietet bei entsprechender Eingabe erst ab der vierten beziehungsweise fünften Seite Links zu einschlägigen Webseiten, viele Einträge sind zudem aus Rechtsgründen gesperrt. Die Einträge der ersten Google-Ergebnisseiten bieten eine Vielzahl von seriösen Plattformen, in denen etwa das antisemitische Machwerk „Die Protokolle der Weisen von Zion“, des auf rechtsextremen, aber auch auf manchen Webseiten von Ufologen, Esoterikern und sektiererischen christlichen Gruppen sowie auf islamistischen Plattformen zu finden ist, als solches eingeordnet, erläutert und dechiffriert wird und Antisemitismus generell, aber auch die Leugnung des Holocaust, pädagogisch beziehungsweise wissenschaftlich aufgearbeitet wird.

[47] Siehe Die Welt vom 29. September 2010; Die Zeit vom 28. September 2010; Süddeutsche Zeitung vom 28. September 2010; Die Frankfurter Rundschau vom 29. September 2010 titelte gar mit „Karlsruher Verfehlung“: „Es wird hängenbleiben, dass man jetzt endlich wieder unwidersprochen sagen darf, dass die Juden selbst schuld an ihrer Vernichtung sind. Es sind die Richter, die ihr Ziel weit verfehlt haben.“

[48] FAZ vom 1. März 2007.

[49] Die Welt vom 14. April 2007.

[50] Die Welt vom 5. Januar 2011.

Antisemitismus in türkischsprachigen Medien

Die türkische Öffentlichkeit wurde nach den islamistischen Terroranschlägen auf zwei Synagogen in Istanbul am 17. November 2003 mit dem Problem des Antisemitismus konfrontiert.[1] In der darauffolgenden kurzen Debatte zeigte sich deutlich, dass in der Gesellschaft kein Bewusstsein für die antisemitische Dimension dieser Taten besteht. Die Mehrheit der Medien, Politiker und Intellektuellen bewertete die Anschläge als einen ausschließlich terroristischen Akt. Für den Istanbuler Historiker Rifat Bali stellen die Reaktionen auf die Attentate eine entschiedene Verweigerung der türkischen Gesellschaft dar, sich mit dem Antisemitismus, der dem politischen Islam inhärent ist, auseinanderzusetzen.[2]

Seit den Terroranschlägen auf die Istanbuler Synagogen im Zuge politischer Ereignisse wie dem Libanon-Krieg 2006, dem Gazakrieg 2009, der „One-Minute“-Krise[3] oder der Erstürmung der Gaza-Flottille 2010 sind Antisemitismus und Israelfeindschaft in der Türkei in bisher nicht gekanntem Maße virulent. Verstärkt werden die in der türkischen Gesellschaft vorhandenen Ressentiments gegenüber Juden und Israel durch die von der Regierung Erdoğan verfolgte israelkritische Außen- und Innenpolitik. Ein Novum in der Geschichte des Landes war etwa die vom Erziehungsministerium in allen Schulen angeordnete Gedenkminute für die getöteten Aktivisten der Gaza-Flottille. Landesweit fanden israelfeindliche Massendemonstrationen statt. Kritik an dieser politischen Entwicklung, die während des Libanon-Kriegs 2006 noch politisch und medial wahrnehmbar gewesen war, blieb in diesem Fall nahezu aus. Sowohl unter den staatlichen als auch unter den zivilgesellschaftlichen Akteuren – über die politischen und konfessionellen Grenzen hinweg – besteht ein weitestgehender Konsens darüber, dass es in der Türkei keinen Antisemitismus gibt.[4] Nur einige wenige liberale Intellektuelle kritisieren die zunehmende Judenfeindschaft in der Gesellschaft.

Soziologische Forschungen zeigen vor allem eine allgemeine Intoleranz gegenüber unterschiedlichen Lebensformen, darunter auch deutliche Ressentiments gegenüber Juden. Ersin Kalaycıoğlu von der Sabancı Universität in Istanbul stellte schon 2004 einen starken Rechtsruck in der Gesellschaft fest: Das geistige Klima in der Türkei habe sich hin zu einem religiösen und nationalistischen Konservatismus entwickelt, der zunehmend intolerant, fremdenfeindlich und antisemitisch sei.[5] Das amerikanische Forschungszentrum The Pew Research Center (PEW) bestätigte den Trend einer steigenden Judenfeindschaft seit 2004. Danach hatten 2004 49 Prozent der türkischen Bevölkerung eine negative Einstellung gegenüber Juden. Der Anteil erhöhte sich bis 2006 auf 65 Prozent und im Jahr 2008 auf 76 Prozent.[6] Es ist zu vermuten, dass der negative Trend durch den Gaza-Krieg 2009 und durch die Ereignisse um die Gaza-Flottille weiter zunimmt.

Trotz dieser eindeutigen Ergebnisse ist in der türkischen Gesellschaft kaum eine Reaktion zu spüren, dieser Tendenz entgegenzuwirken. Obwohl die bestehenden Gesetze die juristische Verfolgung von antisemitisch motivierten Hassverbrechen einschließen, sind bisher nur zwei Fälle bekannt, in denen die Staatsanwaltschaft eingeschaltet wurde, darunter die Verherrlichung Hitlers und die Befürwortung des Holocaust.

Der historisch einmalige Aufruf „Antisemitizme sıfır tahammül – Null Toleranz gegenüber Antisemitismus“[7] im Oktober 2004 fand kein großes Echo unter den Intellektuellen, sondern erntete eher Kritik von linken Publizisten. Antisemitismus ist schlicht kein Thema für die Linken, Linksliberalen, Kemalisten, islamischen Intellektuellen und Menschenrechtsaktivisten in der Türkei. Die Aussage des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdoğan „In der Geschichte dieses Landes

[1] Bei den Anschlägen haben 24 Menschen ihr Leben verloren, und es gab über 400 Verletzte. Zu dem gesamten Themenbereich Antisemitismus in türkischsprachigen Medien siehe auch Aycan Demirel, Antisemitismus in türkischsprachigen Medien, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung, 20 (2011), S. 211–237.

[2] Rıfat N. Bali: Anne, baba susmayın, peri masallarını anlatmaya devam edin…, in: Birikim 177 (2004), http://www.rifatbali.com/images/stories/dokumanlar/anne_baba_susmayin.pdf [eingesehen am 15. Oktober 2010].

[3] Im Februar 2009 löste die „One-Minute“-Krise eine politische Krise zwischen Israel und der Türkei aus. Als auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos über den Gazakrieg debattiert wurde, erhielt der türkische Ministerpräsident Erdoğan keine Möglichkeit, auf die Rede des israelischen Präsidenten Shimon Peres zu antworten. Erdoğan war entrüstet und verließ Davos umgehend.

[4] Marcel Russo, Post Gazze Antisemitizmi, in: Şalom vom 4. März 2009.

[5] Yunus Emre Kocabaşoğlu, Bilimin boy aynasi, 23. Januar 2010, http://bianet.org/biamag/biamag/119627-bilimin-boy-aynasi [eingesehen am 14. Oktober 2010].

[6] Studie vom PEW Research Center, Unfavourable views of Jews and Moslems on the increase in Europe, 17. September 2008, http://pewglobal.org/files/pdf/262.pdf [eingesehen am 9. Oktober 2010].

[7] Der von 117 jüdischen und nichtjüdischen Personen unterschriebene Aufruf wurde in der linksliberalen Theoriezeitschrift Birikim abgedruckt. Der Aufruf ist bei dem Nachrichtenportal bianet.org dokumentiert: Antisemitizme Karşı Ezberi Bozmak…, http://bianet.org/biamag/bianet/45212-antisemitizme-karsi-ezberi-bozmak [eingesehen am 10. Oktober 2010].

und in der Geschichte dieser Nation hat es Antisemitismus nie gegeben“[8] ist exemplarisch für die Haltung staatlicher Akteure zum Antisemitismus.

Ähnlich verhalten sich auch türkische Vertreter in Deutschland. Ein Beispiel dafür ist eine Veranstaltung, die vom Zentralrat der Juden in Deutschland und dem türkisch-islamischen Dachverband DITIB (Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e. V.) unter der Schirmherrschaft der türkischen und israelischen Botschafter im Mai 2006 organisiert wurde. Türkische Vertreter betonten den toleranten Umgang mit Juden in der türkischen Geschichte und sprachen von einer 500-jährigen türkisch-jüdischen Symbiose. In seiner Eröffnungsrede erwähnte Botschafter Mehmet Ali İrtemçelik mit keinem Wort den Antisemitismus unter der türkischen Bevölkerung. Ein anderer Redner, der als Türkei-Experte eingeladene damalige Leiter des Zentrums für Türkeistudien, Faruk Sen, trieb die allgemeine Haltung auf die Spitze, indem er behauptete, dass die Türken keine Antisemiten sein können, weil sie Türken seien.[9]

Türkischsprachige Medien in Deutschland

Seit Ende der 1960er-Jahre gibt es türkischsprachige Medien in Deutschland. Dauerhaft sind auf dem deutschen Markt „Hürriyet“ (seit 1969), „Türkiye“ (seit 1986) und „Zaman“ (seit 1992) vertreten. „Milliyet“ wurde nach fast 40 Jahren im Mai 2010 eingestellt. Derzeit werden in Deutschland die Tageszeitungen „Hürriyet“, „Sabah“, „Türkiye“, „Zaman“, „Taraf“ und „Milli Gazete““ vertrieben.

Die Zentralen der türkischen Medien in Deutschland befinden sich im Frankfurter Raum. Dort erfolgt die Produktion der Europaseiten der Zeitungen, der Mantelteil wird aus der türkischen Ausgabe übernommen. Die Europaseiten behandeln Themen aus Deutschland und dem übrigen Europa, die für türkische Leser relevant erscheinen.[10] „Zaman“ und „Milli Gazete“ werden nicht am Kiosk verkauft, sondern nur im Abonnement vertrieben. „Milli Gazete“ ist die halbamtliche Tageszeitung der „Milli Görüş“-Bewegung, die wie „Zaman“ zum Netzwerk des Predigers Fethullah Gülen gehört.

Die Auflagen der türkischen Zeitungen in Europa sind in den letzten Jahrzehnten zurückgegangen und bewegen sich zwischen wenigen Tausend und 60.000. Vermutlich liegt dies daran, dass die Türkei keinen unmittelbaren Bezugspunkt mehr für die Leser darstellt; hinzu kommen mangelnde Türkischkenntnisse der jüngeren Generationen sowie der fehlende Bezug der türkischen Zeitungen auf die gesellschaftliche Realität der Migranten in Europa.[11]

Türkischsprachige Medien spielen für Menschen mit entsprechendem Migrationshintergrund eine wichtige Rolle, allerdings, so die Ergebnisse der Forschung, beschränkt sich der Konsum nicht darauf; deutschsprachige Medien werden ebenso genutzt. Damit lässt sich die These einer medialen Parallelgesellschaft („mediales Ghetto“) widerlegen.[12] Für bestimmte Segmente der Bevölkerung mit türkischem Migrationshintergrund, etwa ein älteres Publikum, haben türkische Tageszeitungen und Fernsehbeiträge mehr Relevanz als deutschsprachige Medien.[13] Es ist davon auszugehen, dass gerade diese eher ältere Zielgruppe, die heimatsprachige Medien konsumiert, und die von ihnen politisch sozialisierten Folgegenerationen in den Interessenvertretungen des organisierten Teils der türkisch-deutschen Migranten-Community ein nicht zu unterschätzendes Gewicht haben. Auf diese Weise besitzen die in der türkischen Berichterstattung artikulierten antisemitischen Deutungen auch einen gewissen Einfluss auf den Meinungsbildungsprozess der türkischen Migranten in Deutschland. Eine besondere Rolle spielen dabei die hier vorgestellten Tageszeitungen, da sie als Mainstream-Medien die große Bandbreite des politischen Spektrums in der türkischen Gesellschaft bedienen.

Buchmarkt

In der Türkei sind traditionell die islamistischen und extrem nationalistischen Strömungen die Hauptträger des Antisemitismus. Nach Rıfat N. Bali

8 ADL Press Release vom 10. Juni 2005: Prime Minister Erdogan Tells ADL That „Anti-Semitism Has No Place in Turkey“, http://www.adl.org/PresRele/ASInt_13/4730_13.htm [eingesehen am 14. Oktober 2010].

9 Am 23. Juni 2006 fand in Berlin die Veranstaltung „Antisemitismus, Islamophobie und Fremdenfeindlichkeit“ im Türkischen Haus in Berlin statt.

10 Ismail Kul, Türkische Medien als Brücke zwischen den Kulturen. Vortrag zur Tagung der Evangelischen Akademie Hofgeismar: „was guckst du? Der Islam in den Medien“, http://www.ekkw.de/akademie.hofgeismar/publ/Vortraege/07189_Kul.pdf [eingesehen am 5. November 2010].

11 Ismail Kul, Türkische Medien.

12 Für den aktuellen Forschungsüberblick Sünje Paasch-Colberg/Joachim Trebbe, Mediennutzungsmuster türkischstämmiger Jugendlicher und junger Erwachsener in Nordrhein-Westfalen, in: Medien & Kommunikationswissenschaft 3 (2010), S. 368–387, hier: S. 370.

13 Ebenda, S. 372.

bedienen zwar beide Strömungen dieselben antisemitischen Mythen. Dabei wird jedoch die antisemitische Schrift „Die Protokolle der Weisen von Zion" primär vom islamistischen Spektrum verbreitet, während von den extremen Nationalisten Hitlers „Mein Kampf" propagiert wird.[14] Die „Protokolle" wurden bis zum Jahr 2005 über 100-mal aufgelegt.[15] Die „Protokolle" gelten für diese beiden extremen Milieus als authentische Belege für Weltherrschaftspläne der Juden. Sie werden in wissenschaftlichen und populären Publikationen zitiert, die zum Teil auch von Menschen mit türkischem Migrationshintergrund in Europa gelesen werden. Hitlers „Mein Kampf" – in türkischer Übersetzung zwischen 1940 und 2005 über 40-mal fast ausschließlich von nationalistischen Verlagen aufgelegt – stellt eine wichtige ideologische Basis für das extrem nationalistische Spektrum dar. Einen Boom erreichte das Buch im Jahr 2005, als es mit 13 Neuauflagen zum Bestseller wurde. Das gestiegene Interesse wurde dabei in der Öffentlichkeit nicht mit Antisemitismus in Verbindung gebracht, sondern nur mit dem steigenden Nationalismus begründet, der sich besonders im Kontext des Kurdenkonflikts äußere.[16]

Die antisemitischen Publikationen erreichen über das Internet oder türkische Buchläden auch Teile der türkischsprachigen Bevölkerung in Deutschland. Bei dem Vertrieb solcher Inhalte spielen auch Buchmessen eine wichtige Rolle, die in der Regel von religiös-politischen Organisationen und der islamistischen Strömung zuzuordnenden Moschee-Vereinen veranstaltet werden.[17] Die Buchmessen sprechen ein Publikum jenseits des unmittelbaren Umfelds der Organisationen an, da sie in der Regel breite Angebote haben und mit einem politisch-kulturellen Rahmenprogramm angeboten werden.

Antisemitische Publikationen auf türkischen Buchmessen im Umfeld der „Milli Görüş"-Moscheen

Die Türkische Buchmesse Berlin (Berlin Kitap Fuari), auf der türkische Verlage ihre Bücher präsentieren und verkaufen, findet seit 2002 jährlich in Berlin-Kreuzberg statt. Im Jahr 2005 und 2006 wurde sie im Hinterhof der Mevlana-Moschee veranstaltet, die der türkisch-islamistischen „Milli Görüş"-Bewegung nahesteht.

Im Jahr 2005 wurde auf der Messe für die inzwischen in Deutschland verbotene islamistische Tageszeitung Vakit geworben, die antisemitische Inhalte verbreitet. Ebenfalls waren Henry Fords „The International Jew", „Die Protokolle der Weisen von Zion" sowie die ins Türkische übersetzten Schriften Sayyid Qutbs und jene von Adnan Oktar alias Harun Yahya, der zumindest bis in das Jahr 2000 als Holocaustleugner galt, erhältlich (→ **Antisemitismus im Islamismus**). Im Jahr 2006 wurde auf der Messe „Müslümanın Müslümanlaşması" („Muslimisierung der Muslime") von Ahmed Kalkan, in dem ein angeblicher Abfall der muslimischen Identität als „Verjudung" beurteilt wird, angeboten. Die Messe lieferte auch eine antisemitische VCD-Produktion: die vom staatlichen iranischen TV-Kanal Sahar-1, dem „Milli Görüş"-Sender TV5 und von Hilal TV ausgestrahlte TV-Serie „Zahras Blaue Augen" in türkischer Übersetzung.

Die Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus e. V. (KIgA) machte im Jahr 2006 die Öffentlichkeit auf das Vorhandensein von islamistischen und antisemitischen Publikationen auf der Messe aufmerksam und bat die Staatsanwaltschaft Berlin um die Überprüfung des Sachverhaltes unter dem Gesichtspunkt des Straftatbestandes der Volksverhetzung. „Zahras blaue Augen", „Wer regiert die Welt? Die geheime Weltregierung" und „Muslimisierung der Muslime" wurden einer genauen inhaltlichen Untersuchung im Hinblick auf einen strafbaren Inhalt unterzogen.

Die Überprüfung der Videofilmproduktion „Zahras blaue Augen" ergab, dass diese keinen verfolgbaren Straftatbestand aufwies. Es würden zwar antisemitische Inhalte verbreitet, aber „die Handlung des Films [überschreite] trotz des unverhohlen antisemitischen Inhalts und der extrem einseitigen Darstellung des israelitisch-palästinensischen Konfliktes unter Berücksichtigung von Art. 5 Abs. 3 GG (Grundrecht der Kunstfreiheit) noch nicht die Grenze zur Volksverhetzung [...], zumal eine fiktive Geschichte erzählt werde und das menschenverachtende rassistische Vorgehen des Generals nicht auf alle Juden oder deren überwiegende Mehrheit übertragen werde."[18]

Auch bei dem Buch „Muslimisierung der Muslime" stellte die Ermittlungsbehörde fest, dass dieses strafbare volksverhetzende Passagen enthalte.

[14] Rıfat N. Bali, Musa'nın Evlâtları, Istanbul 2001, S. 315 ff.

[15] Rıfat N. Bali gibt eine ausführliche Bibliographie der „Protokolle" in der Türkei in seinem Buch „Musa'nın Evlâtları", S. 322–340.

[16] Ayşe Hür, Küreselleşen Anti-Semitizm ve Türkiye, in: Birikim vom 18. Oktober 2005, http://www.birikimdergisi.com/birikim/makale.aspx?mid=62 [eingesehen am: 28. April 2011].

[17] Dantschke, Feindbild Juden, S. 140.

[18] Schreiben der Staatsanwaltschaft Darmstadt an die Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus vom 2. Februar 2010. Tatbestand der Volksverhetzung in den Alternativen des böswillig Verächtlichmachens und Verleumdens gemäß §130 Abs. 1 Nr. 2 und §130 Abs.2 Nr. 1 2. und 3. Alt. StGB.

Das Ermittlungsverfahren gegen die Verkäufer wurde schließlich mangels eines begründbaren und hinreichenden Tatverdachts eingestellt, da den beiden Mitarbeitern der OKUSAN GmbH „eine strafrelevante Beteiligung an der Verbreitung der beiden Bücher volksverhetzenden Inhaltes nicht mit der für eine Anklageerhebung erforderlichen Sicherheit bewiesen werden“[19] konnte.

Es ist zu vermuten, dass die Betreiber solcher Buchmessen und Buchläden die scheinbare „Normalität“ der Publikationen in Referenz auf den gesellschaftlichen Umgang in der Türkei übertragen. Eine Ausnahme bildet Hitlers „Mein Kampf“, da inzwischen bekannt ist, dass dieses Machwerk in Deutschland verboten ist.[20]

Erscheinungsformen und Deutungsmuster

Verschwörungstheorien als Welterklärungsmuster

Der linksliberale Publizist Tanıl Bora charakterisierte schon im Jahr 1996 in der kritischen Theoriezeitschrift „Birikim“ die Türkei als „Vorzeigeland“ für eine Verschwörungsmentalität.[21] Heutige Analysen und der Boom der Verschwörungsliteratur bestätigen diese Annahmen. Im Folgenden wird unter Einbezug der Besonderheiten des türkischen Diskurses auf verschiedene Stereotypisierungen eingegangen:

Besonders unter Islamisten ist die Vorstellung verbreitet, dass Zionisten, Freimaurer und Kryptojuden („Dönme“) den Sturz von Sultan Abdülhamid II. herbeigeführt hätten, nachdem dieser Theodor Herzls Bitte um Zustimmung für eine zionistische Ansiedlung in Palästina abgelehnt hatte, um damit das Ende des Osmanischen Reiches herbeizuführen.[22] Die antisemitische Interpretation der historischen Ereignisse beruft sich auch auf die Tatsache, dass die Oppositionsbewegung der Jungtürken und aufklärerische Freimaurerlogen ihre Zentralen in der von Juden und Dönme geprägten Stadt Thessaloniki hatten. Dieser Geschichtsmythos bildet bis heute – und zwar weit über die türkischen Islamisten hinaus – ein zentrales Deutungsmuster, mit dem gesellschaftliche Wandlungsprozesse im Zusammenhang mit der Säkularisierung in der islamischen Welt scheinbar erklärt werden.

Ein anderer wirkungsmächtiger Geschichtsmythos der Islamisten ist die These von der sogenannten Lausanne-Verschwörung. Sie rekurriert auf die Teilnahme von Hayim Nahum, des letzten Oberrabbiners des Osmanischen Reiches, an der Lausanner Friedenskonferenz von 1923, wo dieser als Berater türkischer Diplomaten tätig war. Der einflussreiche Publizist der islamistischen „Milli Görüş“-Bewegung Mehmet Şevket Eygi deutet diese Begebenheit so, dass Hayim Nahum als Jude bewusst und gezielt dazu beigetragen habe, das Kalifat und die islamische Gesetzgebung abzuschaffen sowie europäische Gesetze einzuführen. Nahums Interessen seien schließlich in geheime Protokolle des Vertragswerks eingeflossen.[23]

Antisemitisch interpretiert werden häufig auch Terroranschläge, die sich gegen jüdische oder als jüdisch wahrgenommene Institutionen richten. Zahlreiche Artikel islamistischer Autoren implizieren, dass für die terroristischen Anschläge auf das World Trade Center in New York (2001) oder auf Synagogen in Istanbul (2003) nicht etwa islamistische Terroristen verantwortlich seien, wie die Weltöffentlichkeit glaube, sondern Juden. Angeblich dienten sie vor allem den politisch-strategischen Zielen des Zionismus, des Staates Israels und des „Weltjudentums.

Antisemitische Verschwörung auf Türkisch: Der Dönme-Wahn

Das Bild von einer Dönme-Verschwörung bildet eine spezifisch türkische Variante antisemitischer Verschwörungsideologien. Als Dönme, oft auch Sabbateisten genannt, werden in der Türkei zum Islam konvertierte Juden und ihre Nachkommen bezeichnet.[24]

Der Dönme-Mythos halluziniert die Beherrschung der Türkei durch eine kleine unsichtbare Minderheit von „Kryptojuden“. Anhänger dieser Verschwörungsphantasie haben es sich zur Aufgabe gemacht,

[19] Schreiben der Staatsanwaltschaft Darmstadt an die Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus vom 2. Februar 2010.

[20] In den 1970er- und 1980er-Jahren war die türkische Ausgabe vom „Mein Kampf“ an den Informationsständen der extremnationalistischen „Grauen Wölfe“ zu finden.

[21] Tanıl Bora, Komplo Zihniyetinin Örnek Ülkesi Türkiye, in: Birikim 90 (1996), S. 42.

[22] Für mehr Information siehe Bali, Musanin Evlatleri, S. 310 ff. Claudia Dantschke, Islamistischer Antisemitismus, in: Zentrum Demokratische Kultur der RAA Berlin, Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.), Vor Antisemitismus ist man nur noch auf dem Monde sicher – Antisemitismus und Antiamerikanismus in Deutschland, Leipzig 2004, S. 24–34, hier: S. 28 f.

[23] Mehmet Şevket Eygi, Lozan'ın Gizli Protokolleri, http://www.haberkalem.com/yazar/667-lozan39in-gizli-protokolleri.html [eingesehen am 2. Oktober 2010].

[24] Mehr über das Phänomen „Dönme“ auf Türkisch: Rıfat N. Bali, Musa'nın Evlâtları Cumhuriyet'in Yurttaşları, Istanbul 2001, S. 411–450; auf Deutsch: Jochen Müller, Antisemitismus in der Türkei. „Das sind die Gefährlichsten, weil man sie nicht kennt“, in: Verein für Demokratische Kultur in Berlin e. V. (Hrsg.), Antisemitismus in der Türkei. Hintergründe – Informationen – Materialien, Berlin 2009, S. 4–17.

politisch unliebsame Personen als „Kryptojuden“ zu „enttarnen“ und sie für alle gesellschaftlichen Missstände verantwortlich zu machen. Traditionell war der Dönme-Wahn in radikalnationalistischen und vor allem in islamistischen Kreisen verbreitet. Unter den antisemitischen Publizisten des islamistischen Spektrums ist insbesondere Mehmet Şevket Eygi hervorzuheben, der sich dem Thema seit den 1960er-Jahren widmet.

Bestimmte antisemitische Stereotypisierungen treten im Diskurs um die Dönme immer wieder auf. Eygi und andere islamistische Autoren werfen den Dönme vor, nur oberflächlich Türken und Muslime, tatsächlich aber Juden geblieben zu sein, die den Islam gezielt zu unterwandern versuchen. Eygi schreibt in „Milli Gazete“: „Ihr Glaube ist nicht ehrlich. Ihre wahre beziehungsweise echte Identität ist jüdisch“.[25] Das traditionelle antisemitische Feindbild des Juden als „Zersetzer“ der Nation spielt ebenso eine wichtige Rolle.

Die Etablierung des Dönme-Wahns in der Mitte der Gesellschaft erfolgte in den letzten zehn Jahren dagegen durch bekannte linke Publizisten, wie den ehemaligen Marxisten und heutigen Linksnationalisten Yalçın Küçük, der seit 2000 zehn Monographien veröffentlichte, sowie Soner Yalçın, von dem vier größere Publikationen erschienen sind. Beide Autoren behaupten, das Geheimnis der türkischen Geschichte enthüllt zu haben: Die Gründergeneration und die heutige führende Elite der Türkei seien Dönme – eine von Islamisten seit langem vertretene Theorie.

Religiös begründete Judenfeindschaft

Ein dem Christentum vergleichbarer traditioneller, religiös begründeter Antisemitismus ist dem Islam nicht inhärent. Trotz einiger Passagen im Koran, in denen sich feindliche Äußerungen gegen Juden finden, ist die Auseinandersetzung zwischen dem Propheten und einigen jüdischen Stämmen auf der arabischen Halbinsel für die klassische islamische Literatur ein relativ belangloses Ereignis.

Dennoch sehen Autoren einiger islamistischer Presseorgane im Kampf der Muslime gegen die Juden eine religiöse Aufgabe und Pflicht. Im August 2006 zum Beispiel erschien in der türkisch-islamistischen Zeitschrift „Vuslat“ ein Artikel mit dem Titel „Antizionistisch zu sein ist eine religiöse Handlung“. Der Autor Abdullah Bir betonte darin die Bedeutung der Al-Aqsa-Moschee für die Muslime: „Dieses Heiligtum in Besitz zu nehmen und die zionistischen Pläne zunichte zu machen ist eine ernste, nicht zu vernachlässigende religiöse Handlung.“[26] Für den Kampf um die heilige Stätte würden die Muslime „von Gott mit unzähligen Geschenken belohnt“, wenn sie „ihre antizionistische Handlung als eine religiöse Handlung“ verstünden.[27]

Religiöse Konnotationen finden sich auch in der These einer angeblichen „Judaisierung“ der Muslime. Dieser antisemitische Diskurs wurde von dem Prediger Mustafa İslamoğlu geprägt, der in den islamistischen Zeitungen „Vakit“ und „Yeni Şafak“ Kolumnen veröffentlicht. Mit Bezugnahme auf Koran und Hadith bezeichnet İslamoğlu alle moralisch negativen Verhaltensweisen und Charakterzüge sowie vermeintliche Abweichungen von der „wahren“ Lebensweise des Islams als Judaisierung.[28] Ihm folgen inzwischen andere Autoren, die unzählige Texte und Bücher über eine „Judaisierung der Muslime“ veröffentlichten. Einer dieser Autoren ist Ahmed Kalkan. Er sieht nur zwei Wege im Leben: Den Weg des Propheten oder den Weg der Judaisierung. Man habe die Wahl zwischen Glückseligkeit und Katastrophe, zwischen Paradies und Hölle.

Holocaustleugnung/-relativierung

Aufmerksamkeit erregte die türkisch-islamistische Tageszeitung „Vakit“ in der deutschen Öffentlichkeit, nachdem die damalige CDU-Bundestagsabgeordnete Kristina Köhler und heutige Familienministerin Schröder Strafanzeige wegen Volksverhetzung gegen das Blatt gestellt hatte. Auslöser war ein Holocaust leugnender Artikel des Chefredakteurs Hasan Karakaya, in dem dieser eine Kollaboration zwischen Nationalsozialisten und Zionisten unterstellte. „Das Gerede von ‚Gaskammern‘ ist nichts anderes als ein ‚zionistisches Geschwätz‘“, durch das der „Grundstein des Staates Israel“ gelegt worden sei.[29] Als Reaktion auf die Klage wurden Verlag und Zeitung vom Bundesministerium des Innern 2005 wegen antisemitischer Inhalte verboten.

Die Leugnung beziehungsweise Relativierung der Shoah erfolgt zum Teil über den Umweg, sich

[25] Mehmet Şevket Eygi, Dönmeleri Uyarıyorum, Milli Gazete vom 24. Mai 2005.

[26] Hamza Er, Anti-siyonist Olmak Bir İbadettir, in: Vuslat Dergisi, August 2006, http://www.tumgazeteler.com/?a=2683142 [eingesehen am 5. September 2010].

[27] Ebenda.

[28] Mustafa İslamoğlu veröffentlichte 1995 sein antisemitisches Werk „Yahudileşme Temayülü“ (Judaisierung). Der Prediger studierte in Al Azhar und besitzt seit 2005 einen eigenen TV-Sender (Hilal TV). Er ist ein sehr angesehener Koran-Kommentator, der als Experte für Veranstaltungen von islamistischen Organisationen nach Deutschland eingeladen wird.

[29] Hasan Karakaya, Hitler‘in „gaz“ı yalan, siyonistlerin „gaz“ı da, Vakit vom 1. Dezember 2004.

mit „revisionistischen“ Autoren zu solidarisieren oder für die Meinungsfreiheit von „Revisionisten“ zu plädieren. Nach der Niederlage des britischen Holocaustleugners David Irving vor dem Londoner High Court erklärte der Autor Mehmet Şevket Eygi, dass es für ihn legitim und berechtigt sei, Zweifel am Holocaust zu äußern. In völliger Verkennung des Prozessgegenstands schreibt Eygi, dass die Verurteilung einer solchen Aussage eine Menschenrechtsverletzung und nicht vereinbar mit der Meinungsfreiheit sei. Den eigentlichen Völkermord hätten die Amerikaner und Engländer während und nach dem Zweiten Weltkrieg durch die Tötung von Millionen deutscher Zivilisten und Soldaten verübt. Eygi bestreitet in der „Milli Gazete“ – bezugnehmend auf Revisionisten – den Völkermord an den Juden durch das nationalsozialistische Deutschland.[30]

NS-Vergleiche

In der Israelkritik findet die Bezugnahme auf den Nationalsozialismus auf verschiedene Weise statt. Während des Libanonkriegs 2006 bezeichnete der liberale Kolumnist Hadi Uluengin in der Tageszeitung „Hürriyet“ eine der israelischen Begründungen für den Kriegseinsatz, die Befreiung des entführten Soldaten Gilad Shalit, als einen Vorwand und setzte diesen mit der Auslösung der Novemberpogrome 1938 durch die Nationalsozialisten gleich: „Heute begeht Israel ein ‚Verbrechen‘, das dem von Nazideutschland gleicht. [...] Denn die Operation ‚Sommerregen‘ [...] bestraft das unterdrückte Volk kollektiv und erinnert an das Pogrom ‚Kristallnacht‘, das von Hitler gegen die Juden organisiert wurde.“[31]

In der liberalen Tageszeitung „Taraf“ bezichtigt Cihan Aktaş Israel einer besonderen Art des Völkermords. Der Umgang mit den Juden im Nationalsozialismus sei, so Aktaş, weniger willkürlich gewesen als jener der Israelis mit den Palästinensern im Gaza-Streifen, da hier nicht unterschieden würde, „ob man schuldig oder unschuldig“ sei, wie es die Nationalsozialisten angeblich bei der Verhaftung der Juden getan hätten.[32] Aus Sicht des islamisch-konservativen Intellektuellen Ali Bulaç handelte es sich in Gaza gar „um ein Konzentrationslager, das jene von den Nazis bei weitem übertrifft“.[33]

Der Kolumnist und Dichter İbrahim Tenekeci hält die Taten Hitlers für weniger schrecklich als jene von Scharon und Bush.[34]

Kinofilme

„Tal der Wölfe – Irak“

Der Kinofilm „Tal der Wölfe – Irak“ (Kurtlar Vadisi Irak) des türkischen Regisseurs Serdar Akar kam 2006 auch in die deutschen Kinos und wurde hier von etwa 400.000 Menschen gesehen.[35] Bisher ist der Film die teuerste türkische Filmproduktion und auch eine der erfolgreichsten. Er knüpft an eine gleichnamige Fernsehserie an, in der der Protagonist, Polat Alemdar, als Geheimagent des fiktiven türkischen Geheimdienstes gegen die Mafia kämpft. Der gleiche Filmheld reist in der Kinoversion in den Irak, um sich nach der sogenannten Sackaffäre an den US-Truppen für die Schmach der türkischen Armee zu rächen. In der „Sackaffäre“ im Jahr 2003 während des Irakkriegs waren türkische Armeeangehörige, die in Zivilkleidung im Norden des Irak operierten, von US-Truppen gefangengenommen, mit Säcken über den Köpfen abgeführt und verhört worden. Der Vorfall wurde als Verhöhnung des türkischen Militärs gewertet und hat vorhandene antiamerikanische Einstellungen in der türkischen Gesellschaft verstärkt.

Der liberale Autor Haluk Şahin von der Tageszeitung „Radikal“ ist der Meinung, „Tal der Wölfe“ würde die nationalistische Welle in der Türkei beflügeln, die sich in einem wahnhaften Gefühl von Bedrohung durch ein „Außen“ chauvinistisch, fremdenfeindlich, isolationistisch und expansionistisch äußert.[36] Neben einer Befriedigung der nationalen Ehre und des Stolzes bedient der Film hauptsächlich einen weitverbreiteten Antiamerikanismus. Im manichäischen Weltbild der Filmemacher stellen die amerikanischen Soldaten den bösen Hauptfeind dar. Nebenbei wird in einigen Szenen mit antisemitischen Klischees gespielt. Besonders Anstoß erregend ist eine Szene im Film, in der ein jüdischer Arzt den Irakern im Gefängnis in Abu-Ghuraib Organe entnimmt und diese nach Tel Aviv, New York und London sendet. Der jüdische Organraub ist ein altbekanntes Stereotyp, das an bis heute tradierte Ritualmordlegenden anknüpft.

30 Mehmet Şevket Eygi, Holocaust, Milli Gazete vom 12. April 2006.

31 Hadi Uluengin, Kristal, Yaz ve Israil, Hürriyet vom 11. Juli 2006.

32 Cihan Aktaş, Her kayıttan şarttan muaf İsrail, Taraf vom 19. Januar 2009.

33 Ali Bulaç, İsrail!, Zaman vom 29. Dezember 2008.

34 İbrahim Tenekeci, Yanlış Adam, Milli Gazete vom 6. Juli 2006.

35 Reinhard Mohr, Tal der Wölfe – Buddha und Gandhi gegen die Ungläubigen, Der Spiegel vom 2. März 2006, http://www.spiegel.de/kultur/kino/0,1518,403976,00.html [eingesehen am 15. August 2010].

36 Haluk Sahin, Radikal vom 10. Februar 2006, http://www.radikal.com.tr/haber.php?haberno=178295 [eingesehen am 28. April 2011].

37 Lobend bewertet wurde der Film von der AKP-Regierung, während liberale Zeitungen, darunter „Milliyet“ und „Radikal“, den Film kritisierten.

38 Jörg Lau, Die Freude der Zwerge, Die Zeit vom 23. Februar 2006.

Dabei spielt auch das Bild vom unmoralischen, profitsüchtigen Juden eine Rolle.

Der Film löste in Deutschland eine öffentliche Debatte aus, blieb aber auch in der Türkei nicht unwidersprochen.[37] Der Bundesvorsitzende der Partei Bündnis 90/Die Grünen Cem Özdemir konstatierte: „Wer einen solchen Film produziert, der will nicht einfach unterhalten, sondern rechnet damit, dass er rassistische Einstellungen bedient und den Dialog erschwert."[38] Der CSU-Politiker Edmund Stoiber forderte die Kinobetreiber auf, den Film sofort abzusetzen. Dies stieß allerdings nicht nur unter Menschen mit türkischem Migrationshintergrund, sondern auch bei Politikern der SPD und der Linkspartei auf Ablehnung.

Das deutsch-türkische Lifestyle-Magazin Pasha aus Berlin erschien im April 2010 mit dem Cover des türkischen Schauspielers Necati Şaşmaz, dem Darsteller des Polat Alemdar.[39] Laut einer Umfrage des Zentrums für Studien zu politischen und strategischen Fragen UPSAM (Uluslararası Politik ve Strateji Araştırmalar Merkezi) in der Türkei im November 2006 genießt die Figur „Polat Alemdar" eine wichtige Vorbildfunktion für Jugendliche. Auf die Frage „Welche Erwachsenen nehmen Sie sich als Vorbild?" gaben die meisten befragten jungen Leute die Antwort Polat Alemdar, noch vor der Nennung ihrer eigenen Eltern, Atatürks, Erdogans oder des Propheten Muhammed.[40] Würde man Jugendlichen mit türkischem Migrationshintergrund in Deutschland dieselbe Frage stellen, würde ein Teil von ihnen sicher ähnlich antworten. Deshalb überrascht es wenig, dass sich Pasha der Figur des Polat Alemdar bedient, schließlich ist er eine der populärsten Figuren nicht nur in der Türkei selbst, sondern auch darüber hinaus.

„Tal der Wölfe – Palästina"

Der neue Film „Tal der Wölfe – Palästina" (Kurtlar Vadisi Filistin) kam am 27. Januar 2011 in die deutschen Kinos, obwohl die Freiwillige Selbstkontrolle der Filmwirtschaft das umstrittene Werk zunächst nicht freigegeben hatte. In dem Film reist der türkische Agent Polat Alemdar nach Israel, um die acht türkischen Landsleute zu rächen, die bei dem Angriff auf das Gaza-Solidaritätsschiff „Mavi Marmara" im Mai 2010 ums Leben kamen.

Israel wird in dem Film als rassistischer Unrechtsstaat ohne Existenzberechtigung dargestellt. In einem Interview mit dem türkischen Nachrichtensender „ntv" unterstellt Drehbuchautor Bahadır Özdener Israel beziehungsweise dem Zionismus eine „rassistische Denkweise": „Wir zielen in diesem Film auf eine faschistische und rassistische Denkweise ab und versuchen, diese vor dem Publikum quasi abzutöten." Intention des Films, so die Filmemacher, sei es, das Publikum über das Drama des palästinensischen Volkes aufzuklären.[41] Letztlich ginge es darum zu zeigen, was aus einem friedlichen Volk und einer friedlichen Religion geworden sei. Der Subtext dieser Botschaft lautet: Die Opfer von gestern sind die Täter von heute. Das wird plakativ in Szene gesetzt: etwa, wenn der israelische Kommandant Moshe vom Fenster seines Hauptquartiers mit einem Gewehr auf ein vorbeifahrendes Auto feuert, nur um die Wirkungsweise neuer Munition zu testen. Sein unschuldiges Opfer – ein Araber. Das erinnert auf fatale Weise an den Film „Schindlers Liste", als Amon Göth, Herrscher über das Lager Plaszow, nach dem Aufstehen aus Spaß Häftlinge niederschoss.

In der Tradition des christlichen Antijudaismus lässt der Film die Kindermordlegende im Kontext des Nahostkonfliktes erneut wach werden. Der Kommandant Mosche, ein Sadist, veranlasst den Abriss eines palästinensischen Hauses. Während seine Soldaten die Familienangehörigen mit brutaler Gewalt aus dem Haus jagen, betritt er das Haus. Er schleudert ein 11-jähriges querschnittsgelähmtes Kind aus dem Rollstuhl und lässt es lebendig begraben, während er sadistisch die Szene genießt.

Nur eine Jüdin wird mit menschlichen Zügen gezeigt – aus propagandistischen Gründen: Die amerikanische Touristenführerin gerät zwischen die Fronten und wird Zeugin der hasserfüllten Vorgehensweise der Israelis. Mit der Figur, so Regisseur Zübeyr Şaşmaz, „haben [wir] versucht, dem Zuschauer zu vermitteln, dass ein Jude, der Araber für Tiere hält, zu der Erkenntnis kommen

39 http://issuu.com/rescue-it.de/docs/pasha_08_april_2010 [eingesehen am 18. Mai 2011].

40 Bei der UPSAM-Studie ging es um die Vorbilder der Jugendlichen in der Identitätsbildung. Die Forscher führten Interviews mit 1.850 Schülern aus den allgemein bildenden Schulen der Klassen 9 bis 11 in 17 Städten.
Vgl.: http://ilef.ankara.edu.tr/gorunum/2006/11/genclerin-rol-modeli-polat-alemdar [eingesehen am 18. Mai 2011].

41 Bahadır Özdener im Gespräch der Hauptnachrichten bei NTV. NTV-Ana Haber vom 25. Januar 2011, http://www2.yazete.com/video.asp?vid=7541 [eingesehen am 26. Januar 2011].

42 Filmcrew zu Gast im Fernsehmagazin „Skala" bei Habertürk. Kurtlar Vadisi Filistin Skala'da-1., gesendet am 24. Januar 2011, http://www2.yazete.com/video.asp?vid=7530 [eingesehen am 25. Januar 2011].

43 Eine längere Fassung der Filmanalyse ist unter dem Titel „In tödlicher Mission" in der Jüdischen Allgemeinen am 3. Februar 2011 erschienen.

44 http://www.welt.de/politik/deutschland/article12283038/Proteste-gegen-tuerkischen-Propaganda-Film.html [eingesehen am 28. April 2011].

45 http://www.koordinierungsrat-gegen-antisemitismus.org/ [eingesehen am 28. April 2011].

kann, dass auch sie Menschen sind“.[42] Doch das geht nur, wenn Israel – als Symbol der Unmenschlichkeit – abgelehnt wird. Das ist die gefährliche Botschaft des Filmes.[43]

In Deutschland wurde der Film von allen bürgerlichen Parteien heftig kritisiert, vor allem wegen des ausgewählten Kinostarts am Holocaustgedenktag.[44] Der „Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus e. V.“ verurteilte den Film, er zeige „antiamerikanische, antiisraelische und antisemitische Stereotyp-Bilder mit volksverhetzendem Charakter“.[45] Jüdische Organisationen in Deutschland haben gegen die Ausstrahlung des Films protestiert, und nach Dieter Graumann, dem Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, fördere der Film eine antisemitische Atmosphäre: „Das Tal der Wölfe ist ein Film, der Hetze und Hass transportiert. Hier wird der Filmsaal quasi zum Ort von Hasspredigten.“[46]

Auch in der Türkei erntete der Film harsche Kritik. Der berühmte Filmkritiker Atilla Dorsay bezeichnete ihn als eine „an Massenmord angrenzende Gewaltdarstellung“ und bezichtigte ihn, „ethnischen und religiösen Hass“ zu schüren.[47] Der konservative Autor Mustafa Akyol fand den Film dermaßen peinlich und realitätsfern, dass er wohl von allen anderen, außer „natürlichen Fans“, als lächerlich empfunden werden würde. In der regierungsnahen Tageszeitung Star kritisierte er die Darstellung der Israelis: „Das größte Problem bei dem Film ist, dass beinahe alle israelischen Charaktere als mordlustige Sadisten dargestellt werden.“[48]

Der Fall „Mavi Marmara“ – eine Analyse der Berichterstattung türkischer Tageszeitungen in Deutschland

Der Vorfall um die „Mavi Marmara“, der Gaza-Flottille im Mai 2010, löste in der türkischen Öffentlichkeit und türkischen Politik eine Welle der Empörung aus, die zu einer deutlichen Verschlechterung der israelisch-türkischen Beziehungen, aber auch des Images Israels in der türkischen Öffentlichkeit führte. Eine Zunahme der Solidaritätsbekundungen gegenüber den Palästinensern im Gaza-Streifen sowie Kritik an Israel als „Mörder- und Besatzerstaat“ waren die Folge.

Für diese Medienanalyse wurden Meinungsbeiträge in türkischen Printmedien zum „Mavi-Marmara“-Vorfall daraufhin untersucht, ob die ausgewählten Zeitungen in ihrer Berichterstattung tendenziös waren oder antisemitische Streotypisierungen transportierten. Ausgewählt wurden die drei Zeitungen „Hürriyet“, „Sabah“ und „Türkiye“.[49]

Insbesondere bei „Sabah“ und „Türkiye“ erwiesen sich die Meinungsbeiträge als eindeutig tendenziös. In den Kolumnen sind ausschließlich antiisraelische, aber auch antisemitische Deutungen zu lesen. Die Kolumnisten beider Zeitungen vertraten einhellig die Ansicht, dass es sich bei der türkischen Hilfsorganisation „İnsan Hak ve Hürriyetleri ve İnsani Yardım Vakfı“ (IHH), die einen Teil der Schiffe des Konvois stellte, um eine neutrale Organisation handele, deren humanitäres Hilfsunternehmen ohne moralische und rechtliche Grundlage von israelischen Streitkräften vereitelt wurde. In den Kolumnen von „Hürriyet“ hingegen findet sich ein solcher tendenziöser Journalismus nicht. Die Analyse ergibt vielmehr ein heterogenes Bild. So ist die Gesamtberichterstattung zwar als israelkritisch einzuordnen, gleichwohl werden aber auch Meinungsbeiträge abgedruckt, die sich um eine neutrale und distanzierte Analyse des Geschehens bemühen.

In seiner Kolumne vom 4. Juni 2010 warnt der Kolumnist Yavuz Donat von „Sabah“ seine Leser vor Provokationsversuchen des israelischen Geheimdienstes in der Türkei. Dieser sei wie eine unsichtbare Hand in der Türkei äußerst aktiv und möglicherweise auch bereit, die türkische Gesellschaft zu extremen antiisraelischen Reaktionen wie etwa im Zusammenhang mit dem „Mavi-Marmara“-Vorfall aufzuwiegeln, um so Israel für die Durchsetzung eigener Interessen eine größere Legitimationsbasis zu gewähren. Haşmet Babaoğlu schrieb am 2. Juni 2010, dass es in der türkischen Presse „Armselige mit Agentengeist“ gäbe, die die täuschende Meinung verbreiteten, Israel habe sogar an religiösen Feiertagen dafür gesorgt, dass die Hilfe rechtzeitig in Gaza ankommt.[50]

46 http://de.qantara.de/webcom/show_article.php/_c-299/_nr-881/i.html [eingesehen am 28. April 2011].

47 Eleştirmenlerden Kurtlar Vadisi Filistin‘e kötü not. Habertürk vom 28. Januar 2011, http://www.haberturk.com/kultur-sanat/haber/595999-elestirmenlerden-kurtlar-vadisi-filistine-kotu-not [eingesehen am 3. Mai 2011].

48 Mustafa Akyol, Kurtlar Vadisi ve Kahpe İsrail, Star vom 7. Februar 2011, http://www.mustafaakyol.org/islam-dunyasi-ve-ortadogu/kurtlar-vadisi-ve-kahpe-israil [eingesehen am 3. Mai 2011].

49 In der Untersuchung wurden 133 Beiträge aus den türkischen Tageszeitungen „Sabah“ (48), „Türkiye“ (22) und „Hürriyet“ (63) im Zeitraum vom 2. bis 11. 2010 der Analyse unterzogen. Berücksichtigt wurden dabei lediglich die Meinungsbeiträge in den Kolumnen, die sich entweder unmittelbar auf den Vorfall oder auf das Israel-Türkei-Verhältnis beziehen.

50 Haşmet Babaoğlu, Olup biteni bu medyayla anlayabilir miyiz?, Sabah vom 2. Juni 2010.

51 İsmail Kapan, İsrail‘in beşinci kol faaliyetleri, Türkiye vom 8. Juni 2010.

52 İsmail Kapan, İsrail‘in beşinci kol faaliyetleri.

İsmail Kapan bezeichnet in „Türkiye“ vom 8. Juni 2010 Israel als Banditenstaat, der weltweit seine unsichtbaren Handlanger mobilisiere, um die Beweise, die gegen Israel sprächen, zu unterdrücken und falsches Beweismaterial zu verbreiten. Betitelt ist der Beitrag mit „Die Aktivitäten der fünften Kolonne Israels“.[51] Die „fünfte Kolonne“, so der Autor, sei auch in der Türkei in Form des jüdischen Kapitals tätig. Die altbekannten Gestalten versuchten jetzt in der Presse, die Türkei in eine falsche Richtung zu lenken. Es gäbe ein zweites Israel in der Türkei, das versucht, den Blick auf die Wahrheit zu trüben. Hamas sei keine terroristische Organisation, sondern eine Widerstandsorganisation wie die PLO.[52]

Über das angeblich „weltweit operierende jüdische Netzwerk und Kapital“ hinaus bedient „Türkiye“ Verschwörungstheorien, die die geheime Verbindung zwischen dem Vorfall im Mittelmeer und weiteren tagespolitischen Ereignissen aufzudecken versuchen. Der Kolumnist Nuri Elibol behauptet am 2. Juni 2010, dass es zwischen dem PKK-Angriff auf den Marinestützpunkt in Iskenderun am selben Tag, bei dem sechs türkische Soldaten getötet wurden, und dem „Mavi-Marmara“-Vorfall einen Zusammenhang gebe. Die PKK sei, so der Autor, seit Jahren von Israel unterstützt worden, um die Türkei im Inneren zu schwächen.[53]

Okay Gönensin[54] vertrat gar in einem Beitrag in „Sabah“ die Meinung, dass nicht nur der am selben Tag geschehene PKK-Angriff, sondern auch die Ermordung des Bischofs Padovese von seinem türkischen Chauffeur in Antalya im Zusammenhang mit dem israelischen Angriff auf die „Mavi Marmara“ gestanden hätten. Mit einer ähnlichen Logik glaubte Yılmaz Öztuna in seinem Artikel in „Türkiye“ vom 2. Juni 2010 zu wissen, dass Israel mit dem Angriff auf das Hilfsgüterschiff eigentlich die Türkei gegen die USA aufbringen wollte, um später gegen die dann isolierte Türkei effektiver vorgehen zu können.[55]

[53] Nuri Elibol, PKK İsrail'e taşeronluk yapıyor, Türkiye vom 2. Juni 2010.

[54] Okay Gönensin schreibt für die Tageszeitung Vatan. Sabah druckte am 6. Juni 2010 seine israelkritische Kolumne aus der Vatan nach.

[55] Yilmaz Öztuna, İsrail'in hedefi, Türkiye vom 2. Juni 2010.

Antisemitismus in arabischsprachigen islamistischen Fernsehsendern: „Al-Manar-TV“ und „Al-Aqsa-TV“

Antisemitismus im Kontext der Entwicklung moderner Medienkommunikationssysteme

Seit den 1990er-Jahren lässt sich auch in der arabischen Welt eine tiefgreifende Modernisierung der Medienlandschaft beobachten, die insbesondere die elektronischen Medien betrifft. Dies gilt vor allem für Satellitenfernsehsender, von denen inzwischen etwa 120 arabische beziehungsweise arabischsprachige existieren. Diesbezüglich gibt es neben den nationalstaatlichen Sendern eine Reihe nichtstaatlicher kommerzieller Sender, die – wie etwa „al-Jazeera“ oder „al-Arabiya“ – eine gesamtarabische Perspektive einnehmen. Zunehmenden Erfolg haben allerdings auch Fernsehsender politischer Organisationen, die eine explizit islamistische und antisemitische Ausrichtung aufweisen. Hierzu zählen vor allem der libanesische Fernsehsender „Al-Manar“ sowie das palästinensische „Al-Aqsa-TV“.

Das Fallbeispiel „Al-Manar-TV“

Der Parteisender der „Hizb Allah“

Das 1991 gegründete libanesische „Al-Manar-TV“ („der Leuchtturm“) ist der parteieigene Fernsehsender der islamistischen „Hizb Allah“ („Partei Gottes“) mit Sitz in Beirut. Nach Darstellung der „Hizb Allah“ gehört „Al-Manar“ einem Privatunternehmen, an dem die Organisation 55 Prozent der Anteile hält.[1] Der als „Kommunikationsorgan“[2] der „Hizb Allah“ fungierende Sender hat eine ausgewiesen antiisraelische Agenda: Er negiert grundsätzlich das Existenzrecht Israels, propagiert den bewaffneten Kampf gegen den jüdischen Staat und ruft unmissverständlich zu dessen Zerstörung auf. In teils hochprofessioneller Weise verbreitet „Al-Manar“ neben Antisemitismusformen, die vor 1945 gebräuchlich waren, hauptsächlich antizionistischen Antisemitismus. Dies betrifft vor allem die Popularisierung einer – in erster Linie gegen Israel gerichteten – Ideologie des militärischen „Widerstands“[3] (Arabisch „Muqawama“), die politischen Aktivismus und eine spezifisch schiitische Leidensmythologie miteinander kombiniert[4] und die die „Hizb Allah“ selbst bei Angriffen auf Israel für legitim erklärt.[5]

Programminhalte und Verbreitungsgrad

Mit einer Mischung aus politischen Statements, Nachrichten, Frontberichterstattung sowie Spiel- und Rateshows, die sämtlich die vermeintliche Legitimität der militärischen „Widerstands“-Ideologie der „Hizb Allah“ zum Gegenstand haben, betreibt der Sender ein 24-Stunden-Programm, das eine Vielzahl von Menschen im Nahen und Mittleren Osten sowie in Europa erreicht. Der Satellitensender „Al-Manar“ hat im gesamten arabischen Raum und Europa einen Verbreitungsgrad von mehreren Dutzend Millionen Empfängern. Im Vergleich zu „al-Jazeera“ gilt er als einer der „meistgesehenen militanten Nachrichtensender in der Region“,[6] mit einem hohen Mobilisierungspotenzial.[7]

Zielgruppen

Im Nahen Osten fungiert „Al-Manar“ vor allem für die palästinensischen militanten Gruppen HAMAS und „Palästinensischer Islamischer Jihad“ (PIJ) als ein Ideologie, politische Ziele und Kampfpraktiken anbietender Impulsgeber.[8] Von zentraler Bedeutung ist hierbei die Visualisierung militärischer Kampfszenen von Palästinensern und Libanesen sowie die Verherrlichung der – auch von der „Hizb Allah“ als „Märtyrer-Operationen“ verbrämten – Praxis der Selbstmordanschläge der militärischen Flügel der „Hizb Allah“, der HAMAS und des „Palästinensischen Islamischen Jihad“.[9] Die permanente Thematisierung des andauernden israelisch-palästinensischen Konflikts in Kombination mit der Werbung für die Anwendung terroristischer und militärischer Gewalt übt auf viele Zuschauer, insbesondere auf Jugendliche, eine starke Anziehung aus. Dies gilt nicht allein

[1] Thanassis Cambanis, A Privilege to Die. Inside Hezbollah's Legions and Their Endless War against Israel, New York 2010, S. 131.

[2] Ebenda, S. 67.

[3] Amal Saad-Ghorayeb, Hizbu'llah. Politics and Religion, London 2002, S. 142 ff.

[4] Stephan Rosiny, Islamismus bei den Schiiten im Libanon, Berlin 1996, S. 235–240.

[5] Zu der vom antizionistischen Antisemitismus der „Hizb Allah“ ausgehenden Gefährdung, Olaf Farschid, Antisemitismus im Islamismus. Ideologische Formen des Judenhasses bei islamistischen Gruppen, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010, S. 435–485, hier: S. 483 ff.

[6] Hugh Miles, Al-Dschasira. Ein arabischer Nachrichtensender fordert den Westen heraus, Hamburg 2005, S. 65.

[7] Cambanis, A Privilege to Die, S. 5.

[8] Der Sender ist – trotz ideologischer Unterschiede – Vorbild für transnationale Jihadisten wie al-Qa'ida im Irak. Diese kopieren die von „Al-Manar“ eingeführte Praxis, terroristische Anschläge zu filmen, propagandistisch aufzubereiten und als Videoclips massenwirksam zu verbreiten, Ebenda, S. 224 f.

[9] Croitoru, Der Märtyrer als Waffe, S. 152 ff.

für nahöstliche Staaten, wo „Al-Manar“ gegenüber den nationalstaatlichen Fernsehsendern einen erheblichen Popularitätsvorsprung genießt. Auch in Deutschland ist „Al-Manar“ bei Jugendlichen arabischer beziehungsweise palästinensischer und libanesischer Herkunft populär. Die einschlägigen Programminhalte und Aufmachung des Senders sorgen dafür, dass selbst in der zweiten und dritten Einwanderergeneration antisemitische Einstellungen befördert werden und sich ein „Feindbild von Israel“ verfestigt.[10]

Antisemitischer Ideologietransfer

In seinen Nachrichten und politischen Statements bezeichnet „Al-Manar“ Israel vorwiegend mit – dessen Existenzrecht delegitimierenden – Begriffen wie „das zionistische Gebilde“ und „der sogenannte jüdische Staat“.[11] In Fällen, in denen die Bezeichnungen „Israel“ beziehungsweise „israelisch“ verwendet und visualisiert werden, geschieht dies ausschließlich mit Anführungszeichen.[12] Zentrale Funktion des Senders ist hierbei der verbale und visuelle Transfer der vor allem gegen Israel gerichteten politischen Agenda der „Hizb Allah“. Dies betrifft unterschiedliche Formen von Antisemitismus: Für religiösen Antisemitismus steht etwa eine Äußerung Hassan Nasrallahs, des Generalsekretärs der „Hizb Allah“, von 1998, der – entsprechend dem bereits von Khumaini betriebenen Rückgriff auf das koranische Judenbild[13] – Israel als „Staat der zionistischen Juden, der Nachkommen von Affen und Schweinen“ diffamierte.[14] Bei anderer Gelegenheit sprach Nasrallah anstelle von „Israelis“ ausdrücklich von „Juden“, die vor allem durch Feigheit gekennzeichnet seien: „Wenn wir den gesamten Erdball nach jemandem absuchen, der in seinem Geist und Verstand, seiner Weltanschauung und Religion feiger, niederträchtiger, schwächlicher und gebrechlicher [als andere] ist, werden wir niemand anderen finden als den Juden – und ich sage hier [ausdrücklich] nicht: den Israeli: Den Feind, den wir bekämpfen, sollten wir kennen.“[15] Das Stereotyp der „zionistischen Lobby“ bemühte wiederum Ahmed Kassir, Direktor von „Al-Manar“, der seinen Sender als mit dieser „in einem harten kalten Krieg“ befindlich bezeichnete.[16] Zu anderem Anlass präsentierte „Al-Manar“ Funktionäre der „Hizb Allah“, die die Politik Israels mit der des nationalsozialistischen Deutschland gleichsetzten.[17] 2001 verbreitete der Sender darüber hinaus das Gerücht, Juden stünden hinter den Anschlägen des 11. September. So behauptete „Al-Manar“, angeblich 4.000 im New Yorker World Trade Center beschäftigte Juden seien vorab davor gewarnt worden, an dem Tag ihre Arbeitsplätze aufzusuchen.[18]

Parallel zu diesen eher „klassischen“ antisemitischen Stereotypen – zu denen die Serie „al-Shatat“ („Diaspora“)[19] sowie Verweise auf die historische Schlacht von „Khaibar“[20] gehören – dominiert bei „Al-Manar“ ein ausgewiesen eliminatorisch konnotierter Antizionismus, der der Maxime der „Hizb Allah“, die Zerstörung Israels nicht allein zu propagieren, sondern auch auf der Handlungsebene zu betreiben, Ausdruck verleiht.[21] Diese Zielsetzung belegt nicht allein die massive, Israels Existenzrecht negierende Propaganda des Senders – etwa in Form von Videoclips mit dem Kampfmotto „Israel wird unweigerlich aufhören zu existieren“.[22] Vielmehr propagiert „Al-Manar“ durchgängig und unzweideutig die Vernichtung Israels – etwa durch Werbung für den bewaffneten Kampf und für Selbst-

[10] Jochen Müller, „Warum ist alles so ungerecht?“ – Antisemitismus und Israelhass bei Jugendlichen: Die Rolle des Nahostkonflikts und Optionen der pädagogischen Intervention, in: Amadeu Antonio Stiftung, Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft am Beispiel muslimisch sozialisierter Milieus, Berlin 2009, S. 30–36, hier: S. 31.

[11] Cambanis, A Privilege to Die, S. 133.

[12] The Full Speech of H.E. Sayyed Hassan Nasrallah: Hizbullahs New Political Manifesto, 30. November 2009.

[13] Cambanis, A Privilege to Die, S. 104.

[14] Ebenda, S. 8.

[15] „If we search the entire globe for a more cowardly, lowly, weak, and frail individual in his spirit, mind, ideology, and religion, we will never find anyone like the Jew – and I am not saying the Israeli: we have to know the enemy we are fighting.“, Nasrallah in einem Nachruf auf seinen bei einem militärischen Gefecht mit Israel getöteten Sohn Hadi Nasrallah, ebenda, S. 190.

[16] Ebenda, S. 133.

[17] Ebenda, S. 140.

[18] Miles, Al-Dschasira, S. 118.

[19] Wegen der Verbreitung des klassischen antisemitischen Ritualmordvorwurfs bildete diese Serie einen der zentralen Gründe für das 2004 erlassene Verbot der Ausstrahlung des Senders über den französischen Satellitenanbieter Eutelsat, auch Peter Philipp, Antisemitismus in nahöstlichen Medien, in: www.bpb.de/popup/popup_druckversion.html?guid=H71UMA [eingesehen am 28. April2011].

[20] Der Begriff Khaibar bezieht sich auf die Schlacht von Khaibar auf der Arabischen Halbinsel im Jahre 629, bei der jüdische Stämme vom Propheten Muhammad geschlagen wurden, Tania Puschnerat, Antizionismus im Islamismus und Rechtsextremismus, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Feindbilder und Radikalisierungsprozesse. Elemente und Instrumente im politischen Extremismus, Berlin 2005, S. 42–73, hier: S. 56.

[21] Auch das 2009 aktualisierte Manifest der „Hizb Allah“ negiert ausdrücklich die „Legitimität der Existenz [Israels]“ und bezeichnet es als „unnatural creation that is not viable and cannot continue to survive“, Cambanis, A Privilege to Die, S. 110.

[22] Zum Beispiel die „Al-Manar“-Sendung „Fackeln auf dem Weg nach Jerusalem“ (Arabisch) vom 22. Januar 2003.

mordattentäter.[23] Als nachzuahmende Beispiele präsentiert „Al-Manar“ etwa Bekennervideos von sogenannten lebenden Märtyrern, die Gott um Erlaubnis für ihre bevorstehenden Selbstmordanschläge anrufen.[24] Essentieller Bestandteil der aus zahllosen Videoclips mit Kampfszenen bestehenden massiven Militärpropaganda sind auch – auf die Herabwürdigung des Feindes zielende – Bilddarstellungen israelischer Attentatsopfer. Dies gilt vor allem für die 2003 mittwochs um 20 Uhr deutscher Sendezeit ausgestrahlte einstündige Reihe „Masha'il ala tariq al-quds“ („Fackeln auf dem Weg nach Jerusalem“). In einem Kampflied dieser – auf die Anwerbung von Selbstmordattentätern sowie auf die nachträgliche Rechtfertigung von Anschlägen abzielenden – Sendereihe heißt es unmissverständlich: „O Schwester, dein Ring ist der Sprenggürtel! Wir treffen uns in der Ewigkeit des Himmels. Ihnen [den Juden] gebührt die Verachtung in der Hölle. Ihr [der Schwester] Herz wird immer für den Jihad schlagen! Ich bin nicht tot, ich werde stets [alle] Grenzen durchbrechen. Mit menschlichen Bomben, die die Juden auslöschen! Und [werde] den Herzen der Aggressoren den Schrecken einpflanzen! Israel wird in seiner ganzen Existenz vergehen!“[25]

Rezeption und Wirkung

Parallel zu dieser einschlägigen Vernichtungspropaganda ruft „Al-Manar“ ausdrücklich zur Teilnahme an entsprechenden Demonstrationen in Europa auf[26] und verbreitet in diesem Zusammenhang eingängige Kampfslogans.[27] Dies gilt vor allem für Aufrufe zur Teilnahme an Demonstrationen zum alljährlichen „Al-Quds“-Tag, die von mehrstündigen Übertragungen entsprechender Demonstrationen und Militärparaden aus dem Libanon begleitet sind. Hierzu gehört auch die Ausstrahlung von Reden Hassan Nasrallahs, der 2005 – anlässlich einer unter dem Motto „Qadimun!“ („Wir kommen [nach Jerusalem]!“) veranstalteten Militärparade zum „Al-Quds“-Tag – den von seiner Organisation propagierten militärischen „Widerstand“ zu einem „legitimen Projekt“ erklärte und öffentlich davor warnte, dass Selbstmordanschläge „nirgendwo zu verhindern“ seien.[28]

Diese Propaganda bleibt nicht ohne Wirkung. Zu den in Deutschland auf entsprechenden Kundgebungen – etwa gegen den Libanonkrieg 2006 oder den Gazakrieg 2008/2009 – von Demonstranten aufgegriffenen Slogans des Senders gehört auch der auf die historische Schlacht von Khaibar anspielende Schlachtruf „Khaibar, Khaibar ya yahud, jaish Muhammad saya'ud“ („Khaibar, Khaibar, oh Ihr Juden, die Armee Muhammads wird zurückkehren“).[29] Es ertönte auch – neben dem persischsprachigen „Marg bar Esrail“ („Israel den Tod“) – der arabischsprachige Kampfliedrefrain „al-Maut, al-Maut, al-Maut li-Israil“ („den Tod, den Tod, den Tod für Israel“). Das Ausmaß der Rezeption der Vernichtungspropaganda von „Al-Manar“ in Deutschland zeigt auch der insbesondere von jugendlichen Demonstranten skandierte Schlachtruf „Ya Nasrallah, ya habib, nudammir, nudammir Tel Abib“ („Oh Nasrallah, Du Geliebter, wir zerstören, wir zerstören Tel Aviv“). Vor diesem Hintergrund ist zu konstatieren, dass die durch Satellitensender wie „Al-Manar“ verbreiteten antisemitischen Stereotype und Deutungsmuster zunehmen und dass sich insbesondere „unter Migranten mit arabischem und/oder muslimischem Familienhintergrund“ in Deutschland „die Wahrnehmung von Juden mit den Ereignissen im Nahen Osten“ vermengt.[30]

Unterbindung der Ausstrahlung über Eutelsat

Mit der Begründung, dass „Al-Manar“ zu Hass und Gewalt gegen Israel aufrufe und Sendungen mit eindeutig antisemitischem Charakter ausstrahle,[31] wurde dem Sender von Frankreich und von den USA 2004 die Lizenz entzogen. Seitdem ist die Ausstrahlung von „Al-Manar“ über den Satellitensender Eutelsat in Europa unterbunden. Gleichzeitig setzte das amerikanische Außenministerium „Al-Manar“

[23] Cambanis, A Privilege to Die, S. 9.

[24] So zum Beispiel das zuvor aufgezeichnete Selbstbezichtigungsvideo des Selbstmordattentäters Isma'il Bashir al-Ma'swabi, Mitglied der „Izz ad-Din al-Qassam-Brigaden“ (HAMAS), in der „Al-Manar“-Sendung „Fackeln auf dem Weg nach Jerusalem“ (Arabisch) vom 15. Januar 2003.

[25] U. a. die „Al-Manar“-Sendung „Fackeln auf dem Weg nach Jerusalem“ (Arabisch) vom 22. Januar 2003.

[26] Avi Jorisch, Beacon of Hatred: Inside Hizballahs Al-Manar Television, Washington 2004, S. XVI.

[27] Hierzu gehört auch der – ebenfalls auf zahllosen Postern – verbreitete Slogan „Gib mit den Worten Deines Jihads Israel den Tod zurück“.

[28] So der Generalsekretär der „Hizb Allah“ in einer mehrstündigen Übertragung einer Militärparade zum „Al-Quds“-Tag in der libanesischen Stadt Baalbek, „Al-Manar“ vom 12. Januar 2005.

[29] Das als Drohgebärde fungierende – und auch von der HAMAS verwendete – Sinnbild der Schlacht von Khaibar wurde von Hassan Nasrallah vor allem im Libanon-Krieg 2006 benutzt und von „Al-Manar“ gezielt verbreitet. Die „Hizb Allah“ verfügt darüber hinaus über eine Artillerierakete namens „Khaibar-1“.

[30] Götz Nordbruch, Nahostkonflikt und Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft, in: Bundeszentrale für Politische Bildung (Hrsg.), Antisemitismus in Europa. Vorurteile in Geschichte und Gegenwart. Handreichungen für Lehrkräfte, Bonn 2008, S. 31–33, hier: S. 31.

[31] Hierzu zählt vor allem die während des Ramadan 2003 ausgestrahlte Sendereihe „al-Shatat“ („Diaspora“), in der die Existenz einer seit Jahrhunderten bestehenden geheimen jüdischen Weltregierung unterstellt wird.

auf die Liste derjenigen terroristischen Organisationen, deren Unterstützung zu Einreiseverweigerung oder Ausweisung führen kann („Terrorist Exclusion List"). Allerdings ist „Al-Manar" in Deutschland trotz Unterbindung der Ausstrahlung über Eutelsat problemlos weiter über die in saudischem beziehungsweise ägyptischem Besitz befindlichen Satelliten Arabsat und Nilesat zu empfangen.

Vereinsrechtliches Betätigungsverbot 2008

In Deutschland erließ das Bundesministerium des Innern (BMI) am 29. Oktober 2008 darüber hinaus ein vereinsrechtliches Betätigungsverbot gegen „Al-Manar-TV". Begründet wurde dies damit, dass der Sender mit seinem Programm das friedliche Zusammenleben von Deutschen und Ausländern sowie von verschiedenen Ausländergruppen im Bundesgebiet, die öffentliche Sicherheit und Ordnung und sonstige erhebliche Interessen der Bundesrepublik Deutschland gefährdet. Die Verbotsverfügung des BMI benennt ausdrücklich „Programminhalte von aggressivster Hasspropaganda gegen Angehörige des jüdischen Glaubens, den Staat Israel und die USA".[32] Mit dem Betätigungsverbot ist eine öffentliche Ausstrahlung ebenso untersagt wie die Einfuhr und Verbreitung von Propagandamaterial oder die Verwendung von Kennzeichen und Logos des Senders.

Das Fallbeispiel „Al-Aqsa-TV"

Sender der HAMAS

Bei dem 2006 gegründeten palästinensischen „Al-Aqsa-TV" handelt es sich um den Fernsehsender der islamistischen HAMAS mit Sitz im Gaza-Streifen. Der Name spielt sowohl auf die als drittwichtigstes Heiligtum des Islam geltende und in Ost-Jerusalem gelegene „Al-Aqsa-Moschee" an als auch auf den – als „Al-Aqsa-Intifada" bekannt gewordenen – Aufstand der Palästinenser im Jahre 2000. Mediendirektor des privatrechtlich organisierten Senders ist mit Fathi Ahmad Hammad ein führendes Mitglied der „Izz ad-Din al-Qassam-Brigaden" im Gaza-Streifen,[33] die als militärischer Arm der HAMAS seit 2002 in der Terrorliste der EU aufgeführt werden. In seiner Funktion als Sprachrohr und Propagandasender der – seit 2003 in der EU-Terrorliste ebenfalls verzeichneten – HAMAS verbreitet das auch in Deutschland zu empfangende „Al-Aqsa-TV" zum einen „klassischen" Antisemitismus. Dies betrifft Vorwürfe der jüdischen Kontrolle amerikanischer Medien sowie explizite Holocaustleugnungen beziehungsweise die Gleichsetzung der Behandlung der Palästinenser durch Israel mit dem Holocaust.[34] Zum anderen propagiert der Sender moderne Formen eines antizionistisch-eliminatorischen Antisemitismus. Entsprechend der von der HAMAS verfolgten Gewaltstrategie bewirbt „Al-Aqsa-TV" in seinem aus Nachrichten, politischen Kommentaren, Koranrezitationen sowie Kindersendungen bestehenden Programm den bewaffneten Kampf gegen israelische Juden, propagiert die Notwendigkeit der Zerschlagung Israels und präsentiert Attentäter als Vorbilder.

Werbung für den militanten Jihad und für Selbstmordanschläge

In diesem Zusammenhang wirbt „Al-Aqsa-TV" für die Anwendung des militanten Jihad und von Selbstmordanschlägen. Dies gilt insbesondere für Selbstmordanschläge, die – wie bei islamistischen Organisationen üblich – für islamrechtlich legitim erklärt und als „Märtyrer-Operationen" (Arabisch „Amaliyat istishhadiya") bezeichnet werden.[35] Dies betrifft hauptsächlich von der HAMAS und vom PIJ verübte Selbstmordanschläge im israelisch-palästinensischen Konflikt.[36] In diesem Kontext popularisiert „Al-Aqsa-TV" eine spezifische, auf den Nahostkonflikt zentrierte Märtyrerideologie, die der Sender nicht nur im Nahen Osten, sondern auch in Deutschland verbreitet. Dies betrifft vor allem die Verherrlichung des „aktiven Märtyrers", des aus Sicht der HAMAS islamrechtlich vermeintlich legitimen Selbstmordattentäters. Ein „Märtyrer" ist hier ausdrücklich auch eine Person, die andere durch einen Sprengstoffanschlag tötet. Hierfür wird sowohl der Begriff des „Istishhadi" (wörtlich „derjenige, der zum Märtyrertod bereit ist") verwendet als auch der des „al-Shahid al-hayy" (wörtlich „der lebende Märtyrer") oder manchmal auch nur der Begriff „Shahid" („Märtyrer").[37] Welches Ausmaß eine derartige Verherrlichung annehmen kann, zeigt der Fall der Rim ar-Riyashi, Selbstmordattentäterin im Auftrag der „Izz ad-Din al-Qassam-Brigaden" und zweifache Mutter, die HAMAS-nahe Medien posthum als „eine vorbildliche Ehefrau und Mutter, die ihre beiden Kinder liebt", präsentierten.[38]

[32] Bundesanzeiger Nr. 171 vom 11. November 2008, S. 4060.

[33] http://wikipedia/Al-Aqsa TV.

[34] „Hamas radikalisiert Kinder mit Hass-Hasen", in: Welt-online vom 19. März 2008.

[35] Croitoru, Der Märtyrer als Waffe, S. 193 ff.

[36] Ebenda, S. 200 ff.

[37] Ebenda, S. 181.

[38] The Palestinian Media Centre, 17. August 2005 (Arabisch).

Förderung antisemitischer Einstellungen bei der Zielgruppe Kinder

Ein für „Al-Aqsa-TV“ zentrales Medium der Verbreitung von Antisemitismus sind Kindersendungen. Zu den hier verwendeten antisemitischen Stereotypen gehören Darstellungen von Juden als Betrüger, Weltverderber, Landräuber, Mörder sowie nicht zuletzt als „Feinde Allahs“. In einem seit 2007 regelmäßig gesendeten Zeichentrickfilm untergraben – im Stil des nationalsozialistischen „Stürmer“ dargestellte – Juden das Fundament der Jerusalemer Al-Aqsa-Moschee, mit dem Ziel, diese zum Einsturz zu bringen.[39] Durchgehendes Motto der hauptsächlich in Form von Shows und Puppenspielen gestalteten Kindersendungen sind Aufforderungen, „die zionistischen Verbrecher [...] zu bekämpfen“, „Jerusalem [...] zu befreien“ sowie „Juden [zu] töten“.[40]

Militarisierung von Kindern und Verbreitung von Vernichtungsantisemitismus

Hierbei spielt die Militarisierung der Zielgruppe Kinder eine wichtige Rolle. Visuell dargestellt werden vermummte Kinder im Kindergartenalter, die Exerzierübungen mit Waffenattrappen ausführen und von den Moderatoren auf den militanten Jihad eingeschworen werden. Bestandteil der Kindersendungen von „Al-Aqsa-TV“ sind auch Tötungsaufrufe. So rief in dem 2007 gesendeten arabischsprachigen Mehrteiler „Ruwwad al-ghad“ („Pioniere von Morgen“) eine der Disney-Maus ähnelnde Figur namens Farfour zur Tötung von Juden auf. Zentrale Aussagen des Hauptdarstellers der Serie waren „Wir werden die Juden vernichten“[41] oder „Wir werden niemals aufgeben im Kampf gegen den Feind – Kinder, Männer, Frauen und alte Menschen. Wir werden siegen, Bush! Wir werden siegen, Sharon – oh, Sharon ist tot! Wir werden siegen, Mofaz! Mofaz ist weg. Wir werden siegen, Olmert! Wir werden siegen, Condolezza!“[42] In einer weiteren Folge wurde die Maus von einem „israelischen Agenten“ getötet, als sie sich weigerte, ihren Grundbesitz zu verkaufen.[43] Nach ihrem „Märtyrertod“ präsentierte die Kinderserie eine Biene namens Nahoul sowie einen Löwen, die ankündigten, den Kampf der Maus fortzuführen[44]

Verbot der Ausstrahlung über Eutelsat

Das im Vergleich zum libanesischen „Al-Manar-TV“ wesentlich kleinere und weniger professionelle „Al-Aqsa-TV“ war bis Juni 2010 über drei Satelliten in Teilen des Vorderen Orients, Nordafrikas und Europas zu empfangen. Bereits im September 2007 war dessen Ausstrahlung im Westjordanland von der – laizistischen – palästinensischen Autonomiebehörde wegen aufhetzender Sendeinhalte verboten worden. In Europa erfolgte die Einschränkung des Wirkungsgrads von „Al-Aqsa-TV“ erst 2010. Nach mehreren 2008 und 2009 ergangenen formellen Mahnungen, dass „Al-Aqsa-TV“ eindeutig aufhetzende und antisemitische Programminhalte verbreitet, untersagte im Juni 2010 die französische Rundfunkaufsichtsbehörde CSA dem Satellitenanbieter Eutelsat die Ausstrahlung des HAMAS-Senders. Damit ist der Empfang von „Al-Aqsa-TV“ im europäischen Raum eingeschränkt.[45] Dessen ungeachtet lässt sich der Sender in Europa aber weiter über den Satellitenanbieter Arabsat empfangen.[46]

[39] „Fernsehsender verbreiten Antisemitismus“, in: Der Tagesspiegel vom 7. Juli 2010.

[40] Vor allem die arabischsprachige Sendereihe „Ruwwad al-ghad“ („Pioniere von Morgen“) vom 6. April 2007, 24. April 2007, 29. Juni 2007 und 13. Juli 2007.

[41] „Pioniere von Morgen“ (Arabisch) vom 6. April 2007.

[42] Ebenda, Folge vom 24. April 2007.

[43] Ebenda, Folge vom 29. Juni 2007.

[44] Ebenda, Folge vom 13. Juli 2007.

[45] „The European Foundation for Democracy (EFD) and the Coalition Against Terrorist Media (CATM) wholeheartedly applaud the decision by France’s High Audiovisual Council (CSA) ordering Eutelsat to desist immediately from broadcasting Al-Aqsa TV’s violent and hate-filled television programmes that incite hatred on grounds of race, sex, religion or nationality.“, http://europeandemocracy.org./index.php?option=com_content&view=article&id=13707&catid=4&Itemid=22 [eingesehen am 16. September 2010].

[46] „Fernsehsender verbreiten Antisemitismus“, in: Der Tagesspiegel vom 7. Juli 2010.

Deutschsprachige iranische und mit dem iranischen Regime sympathisierende Medien

Der weltweit zu empfangende Sender „Islamische Republik Iran Broadcasting“ (IRIB) sendet in Deutsch und in weiteren 26 Sprachen. Ayatollah Khomeini hatte zu Beginn der islamischen Revolution von 1979 deutlich gemacht, dass die Medien die Grundlage und das Mittel für den Export der revolutionären Ziele des Iran seien. Deutschsprachige iranische Staatsmedien sowie Pro-Khomeini-Organe in Deutschland spiegeln die iranische Staatsdoktrin wider, wenn sich auch die deutschsprachige IRIB-Webseite weltoffen gibt.

Die Berichterstattung des deutschen Programms des staatlichen Senders IRIB, mit Sitz im Bundespressehaus in Berlin, ist deutlich antisemitisch. IRIB verbreitet in deutscher Sprache nicht nur ideologisch gefärbte antidemokratische und antiamerikanische Nachrichten, sondern eindeutig antisemitische Hetze. Das deutschsprachige Programm des IRIB versucht, sich pluralistisch zu geben, indem auch prominente deutsche und deutsch-iranische Gäste interviewt werden. Die anhaltende Bemühung der Redaktion, namhafte deutsche Interviewpartner zu bekommen, lässt den Schluss zu, dass der deutschsprachige Konsumentenkreis erweitert werden soll. Wie groß dieser allerdings ist, ist nicht bekannt.

Sender wie IRIB und die mit dem iranischen Regime sympathisierenden Webseiten beweisen ihre politische Treue durch Loyalitätsbekundungen gegenüber dem iranischen Revolutionsführer Ayatollah Ali Khamene'i. In Anbetracht der Tatsache, dass das politische Staatsoberhaupt des Iran für manche extremistisch denkende Muslime auch in Deutschland als ein spiritueller Führer gilt – Khamene'i ist beispielsweise der Schirmherr des Islamischen Zentrums Hamburg (IZH) –, wirken solche Botschaften von Ali Khamene'i direkt auf in Deutschland lebende Muslime, die sich der Staatsdoktrin des Iran verbunden fühlen.

Der islamistische Antisemitismus in den iranischen Medien wird im Folgenden anhand der Kategorien politischer Antisemitismus, antizionistischer Antisemitismus, sekundärer Antisemitismus und ideologischer Vernichtungsantisemitismus belegt.

Politischer Antisemitismus: Verschwörungstheorien über 9/11

Für das deutsche Programm des IRIB sind die Verschwörungstheorien des französischen Journalisten Thierry Missan (9/11 The Big Lie, London 2002) ein Dokument mit unbestreitbarem Wahrheitsgehalt. Ähnlich wie der zum Islam konvertierte französische Holocaustleugner Roger Garaudy hat Missan eine linksradikale Vergangenheit. Missan behauptet, dass die „Anschläge vom 11. September in Washington“ geplant worden seien.[1] Die Anschläge seien lediglich ein „Vorwand für den US-Angriff auf Afghanistan gewesen“. Missan bewundernd, schreibt IRIB: „Missan gehört zu den ersten Personen, die dieses Ereignis angezweifelt haben.“ Die Hintermänner des Anschlages seien „in einer gemeinsamen Gruppe von mächtigen Militärs und der Rüstungsindustrie“ zu finden, die „in Zusammenarbeit mit England und Israel“ die Anschläge inszeniert habe.

Nach der Rede des iranischen Präsidenten Ahmadinedschad auf der UN-Vollversammlung am 23. September 2010 übernahmen die linke Zeitung „Junge Welt“ und IRIB einen Artikel, in dem sie Ahmadinedschads Positionen verteidigten.[2] Der iranische Präsident hatte erklärt, dass die USA hinter den Anschlägen stünden. In der Rede und in den Kommentaren des Textes wird nahegelegt, dass der Mossad der Drahtzieher des Attentats war. Wie dieses Beispiel zeigt, ist in Bezug auf die antizionistische Politik eine ideologische Schnittstelle nicht nur zwischen der extremen Linken und dem sunnitischen Islam, sondern auch zwischen dem schiitischen Islam und der traditionellen Linken erkennbar.[3]

In den Bereich des politischen Antisemitismus fallen auch jene Sendungen, in denen der „Zionismus“ für alles Übel der Welt verantwortlich gemacht wird. So haben nicht nur persischsprachige iranische Medien, sondern auch das deutsche Programm von IRIB für das Vorhaben einer Koranverbrennung durch einen evangelikalen Pastor in den USA die „Zionisten“ als Drahtzieher ausgemacht.[4] IRIB veröffentlichte ebenso wie die Nachrichtenagentur Farsnews ein Foto, das hinter dem US-amerikanischen christlichen Fundamentalisten Terry Jones einen Davidstern zeigte. Terry Jones, der 1981 die christliche Gemeinde Köln gegründet hatte und 2002 Pfarrer der „Dove-World-Outreach-Center-Gemeinde“ in Florida

[1] IRIB, 12. September 2010, http://german.irib.ir/programme/politik/item/115158-schattenregierung-in-den-usa-planer-vom-11-september [eingesehen am 3. Dezember 2010].

[2] IRIB, 25. September 2010, http://german.irib.ir/analysen/kommentare/item/115637-berichtjwirib-alle-jahre-wieder [eingesehen am 3.12.2010]; siehe auch: http://www.jungewelt.de/2010/09-25/030.php [eingesehen am 3. Dezember 2010].

[3] Siehe dazu: Timo-Christian Heger, Antiimperialistische Solidarität? Ideologische Schnittstellen zwischen der extremen Linken und dem sunnitischen Islamismus, in: Botsch/Kopke/Rensmann/Schoeps, Politik des Hasses, Hildesheim 2010, hier: S. 320.

[4] IRIB, 14. September 2010, http://german.irib.ir/component/k2/item/115230- [eingesehen am 28.Juli 2011].
تجمع طلاب حوزه علمیه قم در اعتراض به هتک حرمت به قرآن کریم در آمریکا

wurde, steht in keinerlei Verbindung mit Israel. Die beabsichtigte Koranverbrennung von Terry Jones dient hier den iranischen Medien als willkommener Grund, Israel dafür verantwortlich zu machen. Damit wird der Hass auf Juden und „Zionisten“ mittels staatlicher Propaganda geschürt.

Antizionistischer Antisemitismus

Um den „zionistischen Feind“ zu entmenschlichen, wird regelmäßig auch auf alte sowie auf religiöse Formen des Antisemitismus wie Ritualmordstereotype zurückgegriffen. Am 19. August 2010 berichtete das deutsche IRIB-Programm, dass „Militärs des zionistischen Regimes die Hand eines 10 Monate alten palästinensischen Säuglings vorsätzlich“ gebrochen hätten. Die entsprechende Illustration zeigt in weißen Tüchern gewickelte verstorbene Kinder.[5] Das Foto steht eindeutig in keinem Zusammenhang mit dem Bericht, dessen Inhalt obendrein nicht zu überprüfen ist.

IRIB ist eng mit Internetportalen wie „Muslim-Markt“ verknüpft. Die Internetplattform wurde 1999 gegründet, um nach eigenem Selbstverständnis allen Muslimen ein umfassendes Angebot bereitzustellen. Tatsächlich ist der „Muslim-Markt“ ein mit der Staatsideologie der „Islamischen Republik Iran“ konform gehendes Sprachrohr für einen kleinen Teil der in Deutschland lebenden Muslime. Das Portal wird von dem türkischstämmigen Verfahrensingenieur und Autor Yavuz Özoguz verantwortet, der die islamistische und antiisraelische Webseite zusammen mit seinem Bruder Gürhan Özoguz gegründet hat. Die Postadresse der deutschsprachigen Seite ist in Delmenhorst. Texte von Yavuz Özoguz erscheinen oft parallel auf „Muslim-Markt“ und bei IRIB. Die ideologische Strategie von Özoguz ist kaum von der staatlichen Propaganda des Iran zu unterscheiden. In seinen Veröffentlichungen unterscheidet Özoguz zwischen Judentum und Zionismus, was der iranischen Staatsdoktrin entspricht. Als Anhänger von Ali Khamene’i setzt Yavuz Özoguz Zionismus gleich mit Rassismus, um Israel als einen rassistischen Staat zu delegitimieren.[6] Gleichzeitig lehnt er die Idee von Israel als der „Heimstätte der Juden“ ab. Eine solche „Sprachregelung“ stamme von Zionisten und würde sogar von der deutschen Bundeskanzlerin Merkel verwendet, beanstandet Yavuz Özoguz.[7] Özoguz schreibt über sein Verhältnis zum iranischen Revolutionsführer Ali Khamene’i: „In einer Zeit, in der die meisten Länder der Erde durch Frevler und Tyrannen regiert und von den Zionisten beherrscht werden, [...] sind wir Muslime [...] dankbar, dass wir mit Gottes Erlaubnis einen Imam haben, der das Gute in seiner Person symbolisiert.“[8]

Welchen fundamentalistischen Islam Yavuz Özoguz tatsächlich vertritt, beschreibt er selbst wie folgt: „Für uns gibt es nur die Nation der Muslime, die islamische Umma, und der Imam Khamene’i ist nicht nur ein Bürger dieser Nation, oder besser dieser Umma, sondern ihr Oberhaupt. [...] Der einheitsstiftende Charakter Imam Khamene’is wird zum Beispiel in seiner Aussage über die Sprachen Persisch und Arabisch deutlich: ‚Arabisch ist die Sprache des Islam, und Persisch ist die Sprache der Islamischen Revolution‘.“[9]

Sekundärer Antisemitismus: Holocaustleugnung

Die Holocaustleugnung und -relativierung ist eine Form des sekundären Antisemitismus. Wie aus einem am 19. Juli 2006 übergebenen Brief von Ahmadinedschad an Bundeskanzlerin Merkel hervorgeht, setzte der iranische Präsident bei dem Wunsch mancher Menschen an, nicht mehr an den Holocaust erinnert werden zu wollen. In dem Brief schreibt der iranische Präsident: „Verehrte Frau Bundeskanzlerin, ich habe nicht vor, über den Holocaust zu streiten. Aber ist es nicht plausibel, daß manche Siegermächte des Zweiten Weltkrieges vorhatten, einen Vorwand zu schaffen, um die besiegten Völker auf Dauer in ihrer Schuld zu halten? Ihre Absicht war es, deren Moral und Lebenskraft zu schwächen, um auf diese Weise deren Fortschritt und Kraft zu obstruieren. Über das deutsche Volk hinaus trugen auch die Völker im Nahen und Mittleren Osten das Zeichen des Holocausts.“[10] Der iranische Präsident will gemeinsam mit der deutschen Bundeskanzlerin den „Schatten des zweiten Weltkrieges vertreiben.“ Ahmadinedschad fordert die Abwehr der Erinnerung und ruft zur Rache auf, wegen des „Machtstrebens“ der Zionisten und der Israelis. Denn die wahren Opfer seien die Palästinenser und nicht die Juden. Die politische Strategie des Präsidenten

5 IRIB, 19. August 2010, http://german.irib.ir/nachrichten/politik/item/114275-militaers-des-zionistischen-regimes-brechen-palaestinensischem-saeugling-die-hand [eingesehen am 3. Dezember 2010].

6 Muslim-Markt, 12. März 2010, http://www.muslim-markt.de/forum/messages/1642.htm [eingesehen am 3. Dezember 2010] und IRIB, 12.3.2010, http://german.irib.ir/analysen/beitraege/item/102590-yavuz-%C3%B6zoguz-us-vizepr%C3%A4sident-best%C3%A4tigt-zionisten-und-juden-sind-nicht-das-gleiche [eingesehen am 3. Dezember 2010].

7 IRIB, 28. Januar 2010, http://german.irib.ir/analysen/beitraege/item/102509-yavuz-%C3%B6zoguz-warum-spricht-peres-die-unwahrheit? [eingesehen am 3. Dezember 2010].

8 Yavuz Özoguz, Imam Khamenei. Das Leben des Imam-ul-Umma Ayatollah-ul-Uzma Seyyed Ali Al-Husaini Al-Khamene‘i, Bremen 2008, S. 111.

9 Ebenda, S. 107 f.

10 „Zwei große Nationen“, in: FAZ vom 1. September 2006.

Ahmadinedschad besteht darin, an Tendenzen des sekundären Antisemitismus in Deutschland anzuknüpfen, den Hass gegen Israel zu schüren und die Legitimität des Staates Israel in Frage zu stellen. Dem iranischen Präsidenten zufolge sei durch die „Verlegung von Hinterbliebenen des Holocaust nach Palästina“ eine neue „Bedrohung“ entstanden. Ahmadinedschad schreibt an die Bundeskanzlerin, dass „das kollektive Gewissen der Weltgemeinschaft“ unter den „täglichen Verbrechen der zionistischen Besatzer“ leiden würde. Für solche Aussagen bewundern deutsche Islamisten und auch manche Linksextremisten den iranischen Präsidenten. Solche Formen des sekundären Antisemitismus finden sich auch auf dem deutschsprachigen Internetportal „Islam.de“.

Yavuz Özoguz ist nicht nur im „Muslim-Markt“ aktiv, sondern auch beim islamistischen Portal „eslam.de“ in der Funktion der wissenschaftlichen Leitung. Sein Bruder Gürhan Özoguz fungiert als Geschäftsführer. Die deutschsprachige Webseite lobt Mohammad Ali Ramin, den Organisator der Konferenz „World without Zionism“, die am 26. Oktober 2005 in Teheran abgehalten wurde. Über eine den Holocaust relativierende beziehungsweise leugnende Konferenz, die ein Jahr später am 11. Dezember 2006 in Teheran stattfand, steht auf der deutschsprachigen Version des Internetportals zu lesen: „Er [Ramin] organisierte im Dezember 2006 in Teheran die ‚*International Conference on Review of the Holocaust: Global Vision*‘, die in Deutschland als Holocaust-Konferenz diffamiert wurde. Obwohl zahlreiche jüdische Geistliche teilnahmen sowie auch Nachkommen von Holocaust-Überlebenden und die Frage und das Ausmaß des Holocaust kontrovers diskutiert wurden, galt Ramin fortan in Deutschland als Antisemit.“[11] Der „Muslim-Markt“ schrieb, die Holocaust-Konferenz habe einen „durchaus kontroversen Rahmen“ gehabt. Sogar jüdische Rabbiner seien anwesend gewesen.[12] Es wird verschwiegen, dass es sich um Angehörige der jüdischen Sekte der Neturei Karta handelte, die das Existenzrecht Israels ablehnen.

Die Özoguz-Brüder wollen weder als Fundamentalisten noch als Antisemiten bezeichnet werden. Auf den islamistischen Webseiten, für die sie verantwortlich sind, wird jedoch der Holocaust relativiert und geleugnet, wenn es heißt: „Während der Tagung wurde Ramin als ‚Generalsekretär‘ der zuvor gegründeten ‚Weltstiftung für Holocauststudien‘ vorgestellt, die auch die Frage aufgeworfen hat, ob man unabhängige historische Forschung und Wissenschaft betreiben kann, wenn einem mit dem Strafgesetzbuch gedroht wird, ein bestimmtes Ergebnis zu erzielen.“[13] Dies unterscheidet sich nicht von dem Sprachduktus des iranischen Präsidenten Ahmadinedschad.

Özoguz verrät zudem seinen deutschsprachigen Lesern nicht, wer eine solche unabhängige Forschung durchführen soll, wenn er verschweigt, dass an dieser Konferenz im Dezember 2006 David Ernest Duke (Ex-Klu-Klux-Klan), der Holocaustleugner Robert Faurisson sowie der Revisionist und Holocaustleugner Gerald Fredrick Töben teilgenommen haben. Als vermeintlicher Garant des Judentums war auch der selbsternannte Rabbiner von Wien, Moshe Aryeh Friedmann, der der Neturei Karta angehört, anwesend.

Hier wird deutlich, wie die Unterscheidung zwischen Judentum und Zionismus politisch missbraucht wird, um nicht nur den Staat Israel zu delegitimieren, sondern auch den Holocaust zu relativieren oder gar zu leugnen.

Antisemitische Vernichtungsdrohungen gegen Israel

IRIB zitierte am 5. Juni 2010 in deutscher Übersetzung aus der Rede des gegenwärtigen Revolutionsführers Ali Khamene’i, der sich auf Ayatollah Khomeini bezieht: „Der Imam hat offen Israel als Krebsgeschwür bezeichnet und es versteht sich von selbst, dass die Behandlung eines Krebsgeschwürs in seiner Entfernung besteht.“[14] Israel wird als ein „illegaler Staat“ bezeichnet, der als „gefälschte geographische Einheit annulliert“ werden muss, stattdessen müsse Palästina als der „wahre Staat“ entstehen. Vier Tage später, am 9. Juni 2010, kommt in einem Artikel der deutschsprachigen IRIB-Version der iranische Revolutionsführer Ali Khamene’i abermals zu Wort, der den „Zionismus als eine neue Form des Faschismus“ bezeichnet. Israel wird mit Zionismus gleichgesetzt und als eine „brutalere Form des Faschismus“ bezeichnet, die von westlichen Demokratien unterstützt werde.[15] Die Gründung des Staates

[11] Siehe dazu Enzyklopädie des Islam (auf der Gebrüder-Özoguz-Webseite eslam.de), http://www.eslam.de/begriffe/r/ramin_mohammad-ali.htm [eingesehen am 3. Dezember 2010].

[12] http://www.muslim-markt.de/forum/messages/1250.htm [eingesehen am 3. Dezember 2010].

[13] http://www.eslam.de/begriffe/r/ramin_mohammad-ali.htm [eingesehen am 18. Mai 2011].

[14] IRIB, 5. Juni 2010, http://german.irib.ir/nachrichten/revolutionsoberhaupt/item/111496-freitagsgebetsansprachen-am-21-jahrestag-des-dahinscheidens-imam-khomeinis-rs [eingesehen am 3. Dezember 2010].

[15] IRIB, 9. Juni 2010, http://german.irib.ir/nachrichten/revolutionsoberhaupt/item/111619-zionismus-als-neue-form-des-faschismus-standpunkte-des-revolutionsf%C3%BChrers [eingesehen am 3. Dezember 2010].

[16] IRIB, 19. August 2010, http://german.irib.ir/nachrichten/politik/item/114279-ayatollah-khamenei-im-falle-eines-us-angriffs-wird-das-konfrontationsfeld-des-iranischen-volkes-weit-ueber-unsere-region-hinausgehen [eingesehen am 3. Dezember 2010].

Israel sei das „größte Unheil, welches in den letzten Epochen über die Muslime kam". Im offiziellen Sprachgebrauch des iranischen Staatsoberhaupts und Revolutionsführers Ayatollah Ali Khamene'i ist stets die Rede vom „zionistisch-israelischen Regime".[16]

Karikaturen, die ähnliche Positionen in iranischen Zeitungen widerspiegeln, sind im Iran weit verbreitet. Die Bezeichnung Israels als ein faschistischer Staat ist eine stereotype Schablone, die seit 30 Jahren im Iran auch in Form von Karikaturen sowie zur Relativierung und Leugnung des Holocaust Verwendung findet.

Fazit

Im Iran erschien im Jahr 2009 die nicht kommentierte und lediglich mit einem Vorwort versehene 18. Auflage von Hitlers „Mein Kampf". Die erste persische Übersetzung des Buches erschien Ende der 1940er-Jahre. Extremistische Nationalisten und Teile der iranischen Islamisten identifizieren sich bewusst mit Nationalsozialisten und mit Verschwörungstheorien, wie sie etwa in dem antisemitischen Machwerk „Die Protokolle der Weisen von Zion" angelegt sind. Gebildete Schichten des Iran sind sich der Existenz des Holocaust und des nationalsozialistischen Antisemitismus sehr wohl bewusst. Dennoch werden diese historischen Fakten ideologisch missbraucht.

Europäische Revisionisten sind seit über zwei Jahrzehnten willkommene Gäste in iranischen Fernsehpolitshows und Radiosendungen. Wenn europäische Intellektuelle die Existenz des Holocaust leugnen, dann stellen islamistische Journalisten und Wissenschaftler gerne die revisionistische Position als die einzige Wahrheit dar. Ferner wird behauptet, der Nationalsozialismus und der Holocaust seien zu wenig erforscht. Politisch werden auch nicht islamistische Verschwörer benutzt, um den Hass gegen Israel zum Ausdruck zu bringen. Eine solche Politik des Hasses vergiftet auch muslimische Gemeinden in Deutschland, wobei wissenschaftliche Untersuchungen, die den Einfluss iranischer Medien auf Leser oder Zuschauer in Deutschland erfassen und analysieren, fehlen.

6. Präsenz und Wahrnehmung von Antisemitismus in der Gesellschaft

Dieser Abschnitt handelt von Realitäten, allerdings nicht von messbaren, und er befasst sich auch nur mittelbar mit Ereignissen. Stattdessen geht es um Erfahrungen von und mit Antisemitismus; der Abschnitt beschäftigt sich mit der Bedeutung des Antisemitismus für den in Verbindung von geschichtlichem Wissen und Gegenwartsereignissen auf eigene Weise konditionierten Wahrnehmungshaushalt der deutschen Gesellschaft und ihrer Gruppen.

Insgesamt kann dieser Abschnitt nur Sondierungen vornehmen und Eckpunkte für eine weitere Bearbeitung benennen. Denn trotz mancher Anstöße und Vorarbeiten zum Thema fehlt ein hinlänglich erschlossenes Forschungsfeld. Bei Arbeiten zum Antisemitismus nach 1945 haben Ereignisse und Reaktionsweisen im Vordergrund der Forschung gestanden.[1] Dagegen ist die Wirkung von Antisemitismus auf Gesellschaft, Gruppen und Individuen bislang nicht umfassend, sondern nur in Einzelzusammenhängen und damit kaum systematisch belichtet worden.[2] Arbeiten zur Geschichte und Gegenwart jüdischen Lebens in Deutschland nach 1945 gehen auf judenfeindliche Ereignisse und verwandte Probleme ein, bieten aber kaum, zumal nicht jenseits der Schwelle von 1989, Ansätze für eine grundsätzliche Bestimmung ihrer Auswirkungen.[3] Ein breiterer Zugriff wurde zuletzt im lokalen Kontext geleistet.[4] Ansonsten wird unsere Thematik vom anhaltenden Interesse für „Jüdische Identitäten“, gerade bei nichtjüdischen Beobachtern und insofern mit den Juden in einer Statistenrolle, bestimmt, mit dem Fokus auf Traumabewältigung und transgenerationelle Prozesse. Wahrnehmung und Wirkung von Antisemitismus gerät dabei leicht in eine nachgeordnete Rolle, und insofern bleibt auch die Frage nach der Wechselwirkung zwischen beiden ungeklärt.[5]

Hier und in vergleichbaren Situationen werden unterschiedliche Selbstverortungen gegenüber Antisemitismus fassbar. Von Bedeutung für die Intensität seiner Wahrnehmung und Wirkung ist der jeweilige individuelle Standort im Gefüge der Gesellschaft. Antisemitismus und judenfeindliche Taten markieren eine Teilung der Gesellschaft in Juden und Nichtjuden: Ob der/die Einzelne individuell oder kollektiv Adressat antisemitischer Manifestationen ist und sich der persönlichen Betroffenheit kaum entziehen kann oder ob er/sie sich durch die Tat als Glied einer offenen Bürgergesellschaft indirekt angesprochen und betroffen fühlt, entscheidet über die Zumessung von Bedeutung und das Nachwirken des Geschehens. Antisemitische Manifestationen sind dazu angetan, Gefühle von Vereinzelung und Marginalisierung zu erzeugen; sie können einen Prozess der Entsolidarisierung innerhalb der Gesellschaft in Gang setzen, und es ist anzunehmen, dass die Aussicht auf eben diesen Effekt bei den Motiven der Akteure eine herausragende Rolle spielt.

Tatsächlich gibt es aber nicht einfach einheitliche „jüdische“ und „nichtjüdische“ Reaktionen auf Antisemitismus. Hier wirkt ein ganzes Set individueller und kollektiver Faktoren mit. Je nach eigenem Standort kann die Beurteilung einer antisemitischen Manifestation – oder ob es sich um eine solche handelt – zur Güterabwägung mit offenem Ausgang geraten. Eine Zugehörigkeit zu einer Partei oder die Abwägung zwischen Freiheit der Rede oder Freiheit der Kunst kann die individuelle Bewertung des Skandalons der antisemitischen Manifestation nachhaltig bestimmen. Zuletzt war es die Auseinandersetzung um die Wiederzulassung der Karfreitagsfürbitte nach der Fassung des *Missale Romanum* von 1962 für den außerordentlichen Ritus, die einer einzelnen Gruppe, hier der

[1] U. a. die wegweisende Studie von Werner Bergmann, Antisemitismus in öffentlichen Konflikten. Kollektives Lernen in der politischen Kultur der Bundesrepublik 1949–1989, Frankfurt a. M. 1997; ebenso Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Das Gewalt-Dilemma. Gesellschaftliche Reaktionen auf fremdenfeindliche Gewalt und Rechtsextremismus, Frankfurt a M. 1997; ferner ders., Deutsche Zustände, Bde. 1–8, Frankfurt a. M. 2002–10.

[2] Franziska Becker, Ankommen in Deutschland. Einwanderungspolitik als biographische Erfahrung im Migrationsprozess russischer Juden, Berlin 2001, S. 16 f.

[3] Einen über die im Folgenden zitierten Arbeiten hinausgehenden Forschungsüberblick bieten zum Beispiel: Stephanie Tauchert, Jüdische Identitäten in Deutschland, Berlin 2007, S. 19 f.; ferner Micha Brumlik, Zuhause. Keine Heimat? Junge Juden und ihre Zukunft in Deutschland, Gerlingen 1998.

[4] Alexander Jungmann, Jüdisches Leben in Berlin. Der aktuelle Wandel in einer metropolitanen Diasporagemeinschaft, Bielefeld 2007, S. 337–426.

[5] Stephanie Tauchert, Jüdische Identitäten, S. 18 f.; ferner Diana Treiber, Lech Lecha. Jüdische Identität der zweiten und dritten Generation im heutigen Deutschland, Pfaffenweiler 1998; Dieter Lamping (Hrsg.), Identität und Gedächtnis in der jüdischen Literatur nach 1945, Berlin 2003; Ariane Eichenberg, Zwischen Erfahrung und Erfindung. Jüdische Lebensentwürfe nach der Shoah, Köln etc. 2004; Susanne Schönborn, Im Wandel – Entwürfe jüdischer Identität in den 1980er und 1990erJahren, München 2010; dazu auch Wolfgang Benz, Zwischen Antisemitismus und Philosemitismus – Juden in Deutschland nach 1945, in: Katja Behrens (Hrsg.), Ich bin geblieben – warum? Juden in Deutschland – heute, Gerlingen 2002, S. 7–33, hier: S. 8 f.; Salomon Korn, Heiteres Identitätenraten. Zum Dauerbrenner »Jüdische Identität in Deutschland«, in: ders., Geteilte Erinnerung. Beiträge zur „deutsch-jüdischen“ Gegenwart, Berlin 1999, S. 145–148.

Katholiken, eine vom übrigen Teil der Gesellschaft unterschiedene spezifische Beschäftigung mit dem Gegenstand auftrug und im Ergebnis zu unterschiedlichen Folgerungen anleiten konnte.[6]

Jüdisches Leben – die Außenperspektive

Antisemitismus ist ein Thema, das alle angeht, aber in getrennt erscheinenden Räumen wahrgenommen wird. Dies fängt beim durchschnittlichen Blick der Mehrheitsgesellschaft auf den Raum von Judentum an. Von außen betrachtet bieten sich jüdische Einrichtungen vielfach als höchst bewehrte Einrichtungen dar. Polizeipräsenz, Sperrzäune, Zugangsschleusen sind Folgen gegebener Bedrohung von tatsächlich unterschiedlicher, im Grunde aber nicht genau bestimmbarer Intensität. Sicherheit ist ein zentrales Thema bei den Verantwortlichen vor Ort. An hohen Feiertagen und bei besonderen Veranstaltungen steigt die Spannung, zumindest im Raum der Verantwortlichen. Es ist eine Vielzahl einzelner und in ihrer Qualität und Beobachtung verschiedener Ereignisse, die diese Sorge speist. Anschläge auf jüdische Einrichtungen wie das Bombenattentat auf das Ignatz Bubis-Gemeindezentrum in Frankfurt 1988 (angeblich als „Vergeltung" für die Ermordung des militärischen Kopfs der PLO in Tunis), die Brandanschläge auf die Synagogen in Lübeck 1994 und Düsseldorf 2000, der geplante Anschlag während der Grundsteinlegung für die neue Synagoge am Münchener Jakobsplatz 2003 oder zuletzt 2010 die Brandanschläge in Worms und in Mainz[7] unterstreichen die Notwendigkeit solcher Maßnahmen.[8] Umfangreiche Sicherheitsvorrichtungen für Gemeindezentren, Synagogen, Schulen, Kindergärten, Altersheime, Büros von Verbänden und anderes mehr sind Standard; alles andere erschiene fahrlässig. In letzter Zeit wurden allerdings, wie etwa im Außenbereich der Frankfurter Westend-Synagoge, Schritte unternommen, den Eindruck der Abriegelung jüdischer Einrichtungen durch Korrekturen in der Art und der Sichtbarkeit abzumildern.[9]

Diese Situation kann nicht ohne Wirkung auf die Wahrnehmung von jüdischem Leben in Deutschland und von Judentum überhaupt bleiben: Judentum wird vielfach als distanziert und in weiterer Konsequenz dann auch als different wahrgenommen. So stellt sich vielfach der Eindruck von Exterritorialität jüdischen Lebens ein. Diese Situation ist weitergehend geeignet, an ältere Wahrnehmungsmuster anzuschließen und sie neu zu bestätigen: Bis in die Anfänge des 19. Jahrhunderts reicht, auf ältere Denkmuster und Praktiken aufbauend, die Definition des Jüdischen als different und als elementarer Gegensatz von „Juden und Deutschen" zurück. Auch im Zuge des Emanzipationsprozesses wurde diese Sicht nie überwunden[10] und hat im Nationalsozialismus dann schließlich ihre radikale Steigerung erfahren.

Solche Kontinuität ist beim heutigen Blick wohl kaum einmal intendiert, aber deswegen nicht minder wirkmächtig.[11] Einschlägig sind Umschreibungen wie „jüdische Mitbürger", „Menschen jüdischer Abstammung" oder „jüdische Menschen"[12], die vielfach aus Unbeholfenheit – einfach nur „Jude" zu sagen fällt offenbar weiterhin schwer – geboren sind, aber neue Irritationen erzeugen können. Martin Walsers gleichermaßen vereinnahmendes wie ausgrenzendes Konstrukt einer kollektiven deutschen Identität, dem ein „anderes" different bis feindlich gegenüberstehe, vorgebracht im eigent-

[6] Stellungnahme des Gesprächskreises „Juden und Christen" beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) zur Karfreitagsfürbitte „Für die Juden" in der Fassung für den außerordentlichen Ritus von 2008, http://www.vkpf.de/index.php?option=com_content&view=article&id=195:stellungnahme-zur-karfreitagsftte-qfie-judenq&catid=28:nachrichten&Itemid=44 [eingesehen am 28. Februar 2011]; dazu Hubert Wolf, „Pro perfidis Judaeis". Die Amici Israel und ihr Antrag auf eine Reform der Karfreitagsfürbitte für die Juden (1928). Oder Bemerkungen zum Thema katholische Kirche und Antisemitismus, in: Historische Zeitschrift 279 (2004), S. 611–658.

[7] Jungmann, Jüdisches Leben, S. 343, 347 ff.

[8] Aus der Berichterstattung zur Eröffnung der neuen Münchener Hauptsynagoge „Nie mehr Hinterhof", in: Focus vom 6. November 2006, S. 48; ferner „Betroffenheit und Demo nach mutmaßlichem Synagogen-Anschlag in Mainz", in: Allgemeine Zeitung [Mainz] vom 2. November 2010, http://www.allgemeine-zeitung.de/region/mainz/meldungen/9587922.htm. Dabei spielt es kaum eine Rolle, dass einem Bekennerschreiben zufolge der Mainzer Anschlag ein Versehen gewesen sein sollte, ein Halloween-Scherz: Ebenda, 10. November 2010, http://www.allgemeine-zeitung.de/region/mainz/meldungen/9619269.htm. Zuletzt kam es ohne nennenswerte Presseresonanz in zwei Fällen zu Attacken auf das Synagogengebäude in Kaiserslautern; vgl. http://www.swr.de/blog/rp/?p=4370 [alle eingesehen am 29. Januar 2011].

[9] „100 Jahre Westend-Synagoge. Früher von Nazis bedroht, heute von Terroristen", in: FAZ vom 28. September 2010, http://www.faz.net/s/RubFAE83B7DDEFD4F2882ED5B3C15AC43E2/Doc~E9B9B7FE8543E4D53B50521F279EBB436~ATpl~Ecommon~Scontent.html [eingesehen am 30. Januar 2011].

[10] Die weiterhin umfassendste Darstellung zum 19. Jahrhundert bieten Rainer Erb/Werner Bergmann, Die Nachtseite der Judenemanzipation. Der Widerstand gegen die Integration der Juden in Deutschland 1780–1860, Berlin 1989; ferner Shulamit Volkov, Jüdisches Leben und Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert, München 1990.

[11] Salomon Korn, Erbschaft der Nachgeborenen, in: Katja Behrens (Hrsg.), Ich bin geblieben – warum? Juden in Deutschland – heute, Gerlingen 2002, S. 163–179; ferner Wolfgang Benz, Bilder vom Juden. Studien zum alltäglichen Antisemitismus, München 2001, S. 7–12.

[12] Darauf hat bereits hingewiesen: Wolfgang Benz, Der schwierige Status der jüdischen Minderheit in Deutschland nach 1945, in: ders. (Hrsg.), Zwischen Antisemitismus und Philosemitismus. Juden in der Bundesrepublik, Berlin 1991, S. 9–21, hier: S. 9 f., 20 f.; ferner Charlotte Knobloch, Zur Lage der jüdischen Minderheit in der Bundesrepublik, in: Ebenda, S. 23–28, hier: S. 23 f.

lich zur Schlichtung der vorangegangenen Kontroverse vorgesehenen Gespräch mit Ignatz Bubis, spitzte diese Differenzierung noch zu und lud sie um eine ausgesprochen zeitbezogene Seite auf.[13] Kaum minder problematisch ist der sich vielfältig äußernde Rückzug in einen von Verkrampfungen gezeichneten und letztlich ebenso stereotypengeleiteten Philosemitismus samt der verschiedenen Spielarten intensiv-engagierter Verbundenheit mit allem Jüdischen.[14] Bis hin zu heftigen Umarmungsbewegungen äußert sich eine oft verstörende Vorliebe für alles Jüdische oder was als „typisch" jüdisch konnotiert wird: Bagel, Klezmer und anderes,[15] zumal die Rede von einer neuerlichen „jüdischen Renaissance", besonders wenn sie in den Köpfen all derer stattfindet, die festlegen wollen, was diese „Renaissance" ausmachen solle, und über puren Kulissendekor dann doch nicht hinausgelangen.[16]

Antisemitismus, Identität und jüdisches Leben

Individuelle Selbstbestimmungen von Juden in Deutschland können die Einbeziehung des Moments von Antisemitismus kaum umgehen; erst danach werden ganz unterschiedliche Umgangsweisen möglich.

Fraglos begeben sich alle hier anzustellenden Überlegungen in die Gefahr des zuspitzenden Blicks. Die Frage nach der individuellen wie auch kollektiven Verortung eines Moments von gewiss zentraler, aber nicht gleichförmig erlebter Dimension muss insgesamt weitaus komplexere und generationell wie kulturell von ganz unterschiedlichen Faktoren und Entscheidungen bestimmte Lebenswelten des Einzelnen und der Gemeinschaft in Rechnung stellen. Es wird hier also keine gleichförmige Lebenswelt geschildert, sondern ein variables Moment darin. Jüdisches Leben, um einen allgemeinen Nenner zu formulieren, ist mit Anfragen versehen, denen je nach Umständen und individueller Entscheidung mehr oder weniger Platz eingeräumt werden kann. Das häufig genannte „neue Selbstbewusstsein" von Juden in Deutschland macht sich nicht erst heute bemerkbar, sondern wurde so auch schon früher formuliert. Der Begriff meint aber keine einfache „Normalität", die von der anderen Seite so gerne eingefordert wird, sondern verweist ganz im Unterschied dazu auf einen komplexen Prozess der Selbstvergewisserung und drückt durchgängig eine mehr oder minder deutlich artikulierte Fragilität individueller Verortung aus.[17]

Wo Selbstbestimmungen stets durch eigene, familiär erworbene oder gesellschaftlich vermittelte Erfahrungen mitgeprägt sind, ist der für jüdische Existenz in Deutschland zur Verfügung stehende geschichtliche Fundus nicht nur nachhaltig belastet, sondern auch ausgesprochen heterogen. Wiedergewordenes jüdisches Leben in Deutschland kann heute als einigermaßen selbstverständlich erscheinen, doch es ist seit seinen Anfängen mit bis auf den heutigen Tag reichenden Auswirkungen provisorisch und paradox gewesen und von vielen Seiten angefochten geblieben.[18]

Bis heute fließen in den Erfahrungshaushalt jüdischen Lebens in Deutschland ganz unterschiedliche familien- und lebensgeschichtliche Horizonte ein. Jüdische Gemeinden entstanden nach dem Ende der NS-Herrschaft im Mai 1945 in den deutschen Städten in rascher Folge, aber in Ruinen und für die wenigen Überlebenden und Rückkehrer als Provisorien, als Gemeinden mit kaum näher umrissenen Zukunftsaussichten, meist auf den Übergang hin.

Im Rückblick ist kaum mehr zu ermessen, was es bedeutete, an wiedererkennbare Orte mit gleichwohl aufgekündigter, zerstörter Nachbarschaft zurückzukehren und überhaupt in einer Umwelt zu leben, in der jeder in die Herrschaft des gerade untergegangenen Systems verstrickt gewesen sein konnte. Was da Wissen oder nicht näher bestimmte, aber tiefsitzende Ahnung war,[19] wird

[13] Ignatz Bubis/Salomon Korn/Frank Schirrmacher/Martin Walser, „Wir brauchen eine neue Sprache für die Erinnerung", in: FAZ vom 14. Dezember 1998; Frank Schirrmacher (Hrsg.), Die Walser-Bubis-Debatte. Eine Dokumentation, Frankfurt a. M. 1999; Schönborn, Als jüdische Minderheit, S. 189 f.

[14] Frank Stern, Philosemitismus statt Antisemitismus. Entstehung und Funktion einer neuen Ideologie in Westdeutschland, in: Benz (Hrsg.), Zwischen Antisemitismus und Philosemitismus, S. 47–61, hier: insb. S. 52 ff.; so auch Tauchert, Jüdische Identitäten, S. 284; Jungmann, Jüdisches Leben, S. 289–336.

[15] Piritta Kleiner, Jüdisch, Jung und Jetzt. Identitäten und Lebenswelten junger Juden in München, München 2010, S. 38 f., 62 f.

[16] Kleiner, Jüdisch, Jung und Jetzt, S. 40 f., 71 ff.; ferner Y. Michal Bodemann, Eine jüdische Renaissance aus der Hauptstadt Berlin, in: ders. (Hrsg.), In den Wogen der Erinnerung. Jüdische Existenz in Deutschland, München 2002, S. 185–195.

[17] Brumlik, Zuhause. Keine Heimat?; auch Andreas P. Bechthold, Jüdische Jugend in Deutschland heute. Fotografien und Interviews, Konstanz 2006.

[18] Dass das auch zuletzt keineswegs allseits geteilte Überzeugung war, belegt der Umstand, dass nach dem Erscheinen der opulenten, aber gegenwartsblinden vierbändigen „Deutsch-Jüdischen Geschichte der Neuzeit" (1996/7) in Regie des Leo Baeck Instituts man sich erst zuletzt darauf verständigte, die jüdische Geschichte Deutschlands nach 1945 in einem eigenen fünften Band beizugeben: Michael Brenner, Vorwort, in: Susanne Schönborn (Hrsg.), Zwischen Erinnerung und Neubeginn – Zur deutsch-jüdischen Geschichte nach 1945, München 2006, S. 9.

[19] Aus Sicht der frühen Jahre noch immer wichtig: Harry Maor, Über den Wiederaufbau der jüdischen Gemeinden in Deutschland seit 1945, Diss. Mainz 1961; ferner Benz, Der schwierige Status, S. 10 f.; Tamara Anthony, Ins Land der Väter oder der Täter. Israel und die Juden in Deutschland nach der Shoa, Berlin 2004.

ja – bedenkt man offenkundige Manifestationen der Uneinsichtigkeit, wie sie Solidaritätsaktionen für verurteilte Funktionsträger des NS-Regimes an den Tag brachten,[20] oder die Absorption ehemaliger NS-Mitglieder, -Mitläufer und -Sympathisanten – durch die rückblickend erkennbare Vielzahl entsprechender Karriere-Verläufe bestätigt.[21] Distanz zu einer nicht nur vermutet überwiegend feindseligen Umwelt und die – seinerzeit kaum realisierbare – Absicht zu rascher Emigration prägten erst recht die Existenz von Überlebenden, die Zuflucht in den Camps für „Displaced Persons" (DPs) gefunden hatten, sei es in Nachfolge der Orte der Verfolgung, sei es in einer weiteren Etappe individuell und kollektiv erlebter Verfolgungsgeschichte auf der Flucht vor neuen Pogromen in Mitteleuropa (etwa Kielce 1946 bis zur „antizionistischen Kampagne" von 1968).[22] Innergemeindlich schuf der Abstand zwischen DPs osteuropäischer Herkunft und lokal verwurzelten Überlebenden, die – in der durch die Nationalsozialisten geprägten und insofern per se spannungsgeladenen Terminologie – häufig in „Mischehen" oder als „Geltungsjuden" überlebt hatten, neue Spannungen.[23]

In völligem Kontrast zur gegebenen Heterogenität, die für die Situation nach 1945 bestimmend war, wurde jüdisches Leben durch die nichtjüdische Mehrheit der Gesellschaft im Nachkriegsdeutschland als homogenes Gegenüber wahrgenommen und vielfach negativ konnotiert, anfangs auch ganz offen in der Mitte der Gesellschaft. Bis heute teilen sich die damaligen Sichtweisen in der Erzählung von DP-Lagern als Orte der „Schieberei" und des Schwarzmarkts mit, die ansonsten von rachsüchtigen Überlebenden bewohnt gewesen seien.[24] Solche und andere Faktoren beförderten ein Klima der Distanz, das sich den in Deutschland lebenden Juden und später ankommenden Zuwanderern ganz direkt mitteilte. Es sind Gründungserfahrungen, die sich transgenerationell weitervermitteln konnten und zu einem Element der Selbstverortung der nachfolgenden Generationen junger Juden in Deutschland wurden.[25] Die Folge solcher Erfahrungen und Deutungen war bis in die 1980er-Jahre hinein ein Rückzug jüdischen Lebens und damit auch jüdischer Erinnerung auf den gemeindlichen und familiären Binnenraum, der nach außen auf Unauffälligkeit der eigenen Lebensgestaltung und Abstand gegenüber einer distanziert beobachteten Umwelt bedacht war.[26]

Die Entwicklung gemeindlicher und verbandlicher Strukturen, etwa zu Entstehung und Wirken des Zentralrats der Juden in Deutschland oder einzelner Gemeinden, hat in der Forschung zuletzt immer breiteres Interesse gefunden; die Fülle von Eingaben, Gesprächen und Manifestationen, die dabei zur Darstellung kamen, sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese Geschichte sich seinerzeit zwar *in* Deutschland ereignete, aber bis weit in die 1980er-Jahre hinein weitgehend abgekoppelt von der Wahrnehmung durch eine breitere Öffentlichkeit blieb.[27] Im Grunde beherrschte wechselseitige Sprachlosigkeit das Bild, eine Sprachlosigkeit, die zur Umgehung absehbarer Konflikte letztlich auch gesucht sein konnte und Ergebnis einer stillschweigenden Übereinkunft war. Hier wirkte auf spezifische Weise, was Wolfgang Benz als „Opfer-Täter-Zirkel" beschrie-

[20] So etwa die Landsberger Solidaritätsdemonstration am 7.1.1951: http://www.buergervereinigung-landsberg.de/kriegsverbrecher/LandsbergAntisemitismus.pdf und http://www.zeit.de/2011/05/Landsberg-Antisemitismus [eingesehen am 28. Februar 2011].

[21] Norbert Frei, Karrieren im Zwielicht. Hitlers Eliten nach 1945, Frankfurt a. M. 2001.

[22] Benz, Der schwierige Status, S. 15; Angelika Königseder/Juliane Wetzel, Lebensmut im Wartesaal. Die jüdischen DPs (Displaced Persons) im Nachkriegsdeutschland, Frankfurt a. M. 1994; Beate Kosmala (Hrsg.), Die Vertreibung der Juden aus Polen 1968: Antisemitismus und politisches Kalkül, Berlin 2000; Jim G. Tobias, Vorübergehende Heimat im Land der Täter. Jüdische DP-Camps in Franken 1945–1949, Nürnberg 2002; ferner Yeshayahu A. Jelinek, Deutschland und Israel 1945–1965. Ein neurotisches Verhältnis, München 2004, S. 25–28; ferner http://www.buergervereinigung-landsberg.de/dplager/juedischeraufstand/aufstand.htm [eingesehen am 21. Januar 2011].

[23] Tauchert, Jüdische Identitäten, S. 29–52.

[24] Knappe Darlegung: Peter Waldbauer, Lexikon der antisemitischen Klischees – Antijüdische Vorurteile und ihre historische Entstehung, Murnau 2007, S. 167; ferner: Jacqueline Giere (Hrsg.), Ein Leben aufs neu. Das Robinson-Album. DP-Lager: Juden auf deutschem Boden 1945–1948, Wien 1995; Angelika Eder, Jüdische Displaced Persons im deutschen Alltag. Eine Regionalstudie 1945 bis 1950, in: Fritz Bauer Institut (Hrsg.), Überlebt und unterwegs: jüdische Displaced Persons im Nachkriegsdeutschland, Frankfurt a. M. 1997, S. 163–188, hier: S. 167.

[25] Als ungebrochene Aneignung elterlicher Erfahrungen mangels eigener gefestigter jüdischer Identität unvollkommen und verzerrt beschrieben bei Richard C. Schneider, In der Haut der Eltern, in: Benz, Zwischen Antisemitismus und Philosemitismus, S. 71–86, hier: S. 73; dagegen Kurt Grünberg, Trauma-Transfer. Über Kinder der Opfer im ‚Land der Täter', in: Schönborn, Zwischen Erinnerung und Neubeginn, S. 268–283; ferner Brumlik, Zuhause. Keine Heimat?; Treiber, Lech Lecha; Stephanie Tauchert, Die jüdische Identität der Juden in Deutschland seit 1945 bis zur Gegenwart, Hamburg 2001, S. 317–320.

[26] Gabriele Rosenthal, Erlebte und erzählte Lebensgeschichte. Gestalt und Struktur biographischer Selbstbeschreibungen, Frankfurt a. M. 1995, S. 120–130.

[27] Allein den aussagekräftigen Titel bei Michael Brenner, Von den Hintertüren der Diplomatie auf die Bühne der Öffentlichkeit: der Wandel in der Repräsentation des Zentralrats der Juden in Deutschland, in: Fritz Backhaus (Hrsg.), Ignatz Bubis. Ein jüdisches Leben in Deutschland, Frankfurt a. M. 2007, S. 124–133; auch Jürgen Zieher, Weder Privilegierung noch Diskriminierung. Die Politik des Zentralrats der Juden in Deutschland von 1950 bis 1960, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 13 (2004), S. 187–211.

[28] Benz, Der schwierige Status, S. 19 f.

ben hat,[28] der auf der deutschen Gesellschaftslandkarte bis heute, auch nach dem Anwachsen der jüdischen Gemeinschaft von zunächst circa 30.000 Personen auf mehr als 100.000 seit 1990, ganz eigene Kreise zieht. Wo offene antisemitische Agitation strafbewehrt ist und sich Antisemitismus eines dynamischen Sets verschleiernder Codes und semantischer Grenzbegriffe bedient, ist selbiger Antisemitismus, ungeachtet einzelner offener Manifestationen, vielfach auf den Bereich latenter Haltungen begrenzt. Im Ergebnis dieser spezifisch deutschen Ausgangssituation rechnen Juden wie auch Nichtjuden mit dem Vorhandensein nicht öffentlich artikulierter, aber dessen ungeachtet vorhandener antisemitischer Haltungen in einem nicht näher bestimmbar großen Teil der deutschen Bevölkerung.[29]

Die Unzulässigkeit von Antisemitismus im öffentlichen Raum kann – trotz dieser in Deutschland zumindest besonders dichten Ausgangssituation – also nicht dessen völlige Abwesenheit meinen. Einmal mehr: Für diesen Abschnitt spielen empirische Werte nur eine nachgeordnete Rolle. Für den persönlichen Erfahrungshorizont ist letztlich das einzelne erlebte oder erfahrene Ereignis maßgeblich.[30] Zur Verdeutlichung bedarf es nicht einmal des Hinweises auf die skandalösen Steinwürfe von Jugendlichen in Hannover auf etwa gleichaltrige jüdische Mitglieder einer Tanzgruppe bei einem Stadtteilfest im Sommer 2010; hier folgte immerhin eine öffentliche und auch polizeiliche Reaktion mit gerichtlicher Ahndung, sofern die Täter strafmündig waren.[31] Unbenommen davon ist aber die Wirkung, die ein solches Ereignis und die Kunde davon entfalten. Überhaupt ist immer wieder ein subtil organisiertes Wegmobben des öffentlichen und privaten Jüdischen aus dem öffentlichen Raum zu beobachten. Eklatantestes, aber bei weitem nicht singuläres Beispiel war das Entfernen zweier Israelfahnen durch Polizeikräfte während einer durch „Millî Görüş“ angemeldeten Palästina-Demonstration in Duisburg im Januar 2009.[32] Auch im Fall der Boykottaufrufe der „Palästina/Nahostinitiative Heidelberg“ gegen die Heidelberg-Tel Aviver Theaterkooperation im Zuge des „Heidelberger Stückemarkts“ im Sommer 2010 und in der Spielzeit 2010/11 musste der Anschein entstehen, als solle es über die politische Kritik hinaus letztlich um einen „Judenboykott“ gehen. Theaterbesucher wurden mit Flugblättern von Mitgliedern der Initiative am engen Zugang zum Theater bedrängt und sollten offensichtlich am Besuch der Aufführung gehindert werden.[33] Zu nennen ist auch der Fall des koscheren Lebensmittelladens im Berliner Bezirk Reinickendorf, dessen Besitzer sich nach gutem Start mit antisemitischen Manifestationen, zunächst aus der NS-Szene, dann zunehmend aus dem Kreis islamischer Akteure, konfrontiert sah und sich nach zermürbenden Durchhalteversuchen, bei gleichzeitiger Schrumpfung des Kreises der Laufkundschaft, am Ende zum Aufgeben gezwungen sah.[34] Ähnlich ergeht es den nichtjüdischen Besitzern eines Teppichladens in einer süddeutschen Kleinstadt, die mit einer israelischen Künstlerin zusammenarbeiten und deren Teppiche mit modern aufbereiteten Motiven aus der antiken jüdischen Kunstgeschichte ein Teilsegment des Programms ausmachen; regelmäßig ergehen anonyme beziehungsweise auch namentlich gekennzeichnete Zuschriften, und der an einer Ausfallstraße gelegene Laden wird verunreinigt und mit antisemitischen (und) israelfeindlichen Parolen beklebt.[35] Besorgniserregend ist in diesen Fällen, die beispielhaft für eine nicht näher bestimmbare Zahl anderer Ereignisse stehen, dass sich trotz öffentlicher Aufmerksamkeit, einschließlich Medienreaktionen, die mit der antisemitischen Initialaktion eingeleitete

[29] Rensmann, Demokratie und Judenbild.; Schwarz-Friesel/Friesel/Reinharz, Aktueller Antisemitismus; ferner Jungmann, Jüdisches Leben, S. 372 f.

[30] Benz, Zwischen Antisemitismus und Philosemitismus, in: Behrens, Ich bin geblieben, S. 11 f., 18 f.

[31] Die Welt vom 25. Juni 2010, http://www.welt.de/politik/deutschland/article8183559/Der-alltaegliche-Antisemitismus-in-Hannover-Sahlkamp.html [eingesehen am 25. Februar 2011].

[32] Der Westen vom 15. Januar 2009, http://www.derwesten.de/waz/rhein-ruhr/Neue-Demonstration-gegen-Israel-in-Duisburg-id1331887.html [eingesehen am 26. Februar 2011].

[33] „Offener Brief der Palästina/Nahostinitiative Heidelberg“ an den Intendanten des Heidelberger Stadttheaters Peter Spuhler, http://www.nachtkritik.de/index.php?option=com_content&view=article&id=4342. Die Gruppe steht der BDS-Bewegung nahe („Boykott – Deinvestition – Sanktionen gegen Israel“). Die Äußerungen einer Jurorin in der SZ hatten zudem Anklänge eines umgekehrten Hostienfrevelvorwurfs: „In der Süddeutschen Zeitung (6. Mai 2010) schreibt die Stückemarkt-Jurorin Christine Dössel: Durch gemeinsamen Genuss von patriotisch blauweißen Butterkeksen würden die Besucher des Israel-Schwerpunktes des Stückemarktes ‚als Glaubensgemeinschaft eingeschworen‘. Wohl deshalb frage kaum jemand, ‚wo in diesem Zusammenhang eigentlich Palästina bleibt‘“; vgl. http://www.nachtkritik.de/index.php?option=com_content&view=article&id=4330&catid=126 [eingesehen am 6. März 2011].

[34] http://www.antisemitismus.net/deutschland/berlin.htm [eingesehen am 25. Februar 2011].

[35] Adresse bekannt.

[36] Auch den Fall des jüdischen Jugendlichen Noam in Laucha/Unstrut, der Opfer eines antisemitischen Übergriffs wurde und trotz Reaktionen auch in der überregionalen Presse als Opfer vor Ort mit seiner Familie in zunehmende Isolation geriet: http://www.yasni.de/ext.php?url=http%3A%2F%2Fwww.dominik-brunner-stiftung.de%2Fuserfiles%2Ftraebert.pdf&name=Tsipi+Lev&cat=document&showads=1; http://www.zeit.de/2010/37/Laucha-Prozess [beide eingesehen am 25. Februar 2011].

Dynamik nicht aufhalten lässt, ja durch die Veröffentlichung womöglich noch beschleunigt wird.[36]

Stärker als die lebensgeschichtlichen Erfahrungen der Großeltern und deren innerfamiliäre oder gemeindliche Vermittlung sind es heute Ereignisse wie die oben bezeichneten, die gerade unter jüdischen Jugendlichen Irritation auslösen und auch Ängste freisetzen können.

Die Erfahrungen jüdischer Jugendlicher sind aus der Adoleszenzsituation heraus gewonnen, die intensive örtliche Mobilität (Wege zu Schule, Sport etc.) und vielfache, auch wechselnde Gruppenbezüge (Schule, Vereine, Wohngebiet) verlangt. Die Lebensumstände bringen gerade Jugendliche in exponierte Situationen, die eine eigenständige Bewältigung erfahrener antisemitischer Anfechtungen, ganz gleich welcher Qualität, häufig nicht zulassen. Es können bis heute nur wenige jüdische Gemeinden eigene Bildungseinrichtungen anbieten, erst recht wenn es, von Berlin abgesehen, um weiterführende Schulen geht. Insofern hat das Zusammentreffen junger Juden mit anderen Jugendlichen als Normalfall zu gelten. Gemeinsames Lernen meint aber nicht unbedingt Zusammenleben, zumal wenn jüdische Schüler gerade von Seiten der Lehrenden, wie es immer wieder vorkommt, als willkommene Exoten mit spezifischen Kompetenzen, auch und insbesondere in Angelegenheiten des Nahostkonflikts, vorgestellt werden. Häufig entstehen dabei asymmetrische Gespräche, die an das Jüdischsein eines einzelnen Kindes anknüpfen, auch zwischen den Schülerinnen und Schülern, und dies selbst im Grundschulbereich. Hier muss es nicht einmal um Antisemitisches gehen, aber immerhin um das durch Eltern und Umwelt vermittelte „Wissen“, dass „Jüdisches“ etwas „Besonderes“ sei. Anlass zur Besorgnis bietet dann insbesondere der Umstand, dass sich solche skurrilen Gespräche besonders in einschlägigen Zusammenhängen ereignen, etwa in Gefolge des Disputs um die „Gaza-Flottille“ im Mai 2010.[37]

Entsprechend wurden außerschulische Kontakte zur Vermeidung absehbarer Konfrontationen lange Zeit möglichst auf einen innerjüdischen Raum beschränkt, auf die Familien und ein Netz von gemeindlichen Einrichtungen und auf Verbandsebene (Zentralrat der Juden, Maccabi). Die Jugendlichen hätten ansonsten ja auch das verhandeln müssen, worüber ihre Eltern offen zu sprechen oft kaum im Stande waren. Dieser Befund gilt insbesondere für die frühen Nachkriegsjahre, wird aber immer noch auch für die Gegenwart berichtet und durch negative Erlebnisse, wie sie Jugendliche immer wieder schildern, bestärkt.[38] Erinnert sei an den Fall eines Schülers des Pforzheimer Kepler-Gymnasiums im Jahr 2009, der nach antisemitischen Angriffen durch Mitschüler, die relegiert, vor Gericht aber mangels Beweisen freigesprochen wurden, die Schule schließlich verließ.[39] Auf der anderen Seite berichten Eltern auch von einem Wandel im Bezugsgefüge. Wo es sich noch vor einigen Jahren selbstverständlich ergeben habe, dass die Kinder nur jüdische Gleichaltrige mit nach Hause brachten, habe sich die Situation bei dem nachwachsenden jüngeren Kind geändert, und nun kämen auch nichtjüdische Gleichaltrige ins Haus. Das sind Momentaufnahmen, die nur Indizien bieten und auf dem Wege einer profunden familiensoziologischen Studie untermauert werden müssten.

Beim gegenwärtigen Kenntnisstand weist im Vergleich zu einer Studie des Jahres 1996 auf der Basis von Gesprächen mit 130 jüdischen Jugendlichen der heutige Befund hinsichtlich der Konfrontation mit Antisemitismus keine nennenswerte Veränderung auf. Differenzierter verhält es sich bei der Frage nach dem Umgang damit. Gestiegen ist die Bereitschaft, sich gegen Antisemitismus zur Wehr zu setzen und bei entsprechenden Vorfällen entweder selbst zu reagieren oder Ordnungskräfte vor Ort beziehungsweise die Polizei einzuschalten. Ansonsten gab 1996 ein Drittel der Befragten an, sich durch Antisemitismus „persönlich bedroht“ zu fühlen.[40] An anderer Stelle lautet 2010, auf der Basis der Auswertung einer geringeren Zahl von Gesprächspartnern, der mit Beispielen illustrierte Befund, „fast jeder der Befragten [sei] mit dem Thema Antisemitismus konfrontiert worden“.

Dabei sind es vor allem öffentliche Ereignisse wie Volksfeste oder klar als „jüdisch“ erkennbare

[37] Namen bekannt.

[38] Kahn, Juden in Deutschland, S. 288 f.; auch http://www.n-tv.de/politik/Angriff-auf-juedische-Schueler-article287892.html [17. Januar 2008; eingesehen am 28. Januar 2011].

[39] Stuttgarter Nachrichten vom 3. März 2009, vgl. http://content.stuttgarter-nachrichten.de/stn/page/1965302_0_2147_angriff-auf-juedischen-schueler-die-heile-welt-des-kepler-ist-zerbrochen.html; Stuttgarter Zeitung vom 5. November 2009, vgl. http://www.stuttgarter-zeitung.de/stz/page/2266392_0_9223_-volksverhetzung-nicht-beweisbar-pforzheimer-schueler-freigesprochen.html; ferner FAZ vom 4. März 2009, vgl. http://www.faz.net/s/Rub5925252BCC9C45B880812B358AC3FFA4/Doc~ECF0A3F88C7CA4242858AC6067C0120FA~ATpl~Ecommon~Scontent.html; der Fall wurde in der rechtsradikalen Netzszene aufgegriffen und höhnisch kommentiert: http://de.altermedia.info/general/neulich-in-pforzheim-ein-neues-verbrechen-gegen-die-menschlichkeit-220209_23498.html [alle eingesehen am 30. Januar 2011].

[40] Ricarda Hartwich-Reick, Eine Umfrage unter jungen Juden. Antisemitismus gehört für jeden Dritten zum Alltag, in: AJW 51 (1996) 8, S. 3; Tauchert, Jüdische Identitäten, S. 283 mit Anm.

Veranstaltungen, etwa ein Informationsstand der Zionistischen Jugend Deutschlands, des Bundes jüdischer Studierender, oder ein Auftritt mit einer Gliederung des Sportverbandes Maccabi, die offen antisemitischen Manifestationen gegenüberstehen.[41] Die ständige Sorge vor solchen Übergriffen (bei individuell sehr verschiedener Umgangsweise damit) begleitet und beschränkt besonders die Lebenspraxis observanter Jüdinnen und Juden.[42] Der „Kippa-Test" – das Tragen der Kippa auf der Straße[43] – erfordert Mut und kann zu einschlägig negativen Erfahrungen führen. Im Umkehrschluss stellt sich die Erfahrung ein, nicht frei jüdisch sein zu können. „Mimikry-Existenz" hat das ein Jugendlicher genannt.[44]

Thematisiert wird im Vorfeld der Antisemitismusthematik auch das auf vielerlei Weise empfundene Gefühl, ob des eigenen Jüdischseins nicht zur deutschen Gesellschaft gerechnet zu werden. Als Beispiel wird neben dem Scheitern der Initiative, den damaligen Zentralratsvorsitzenden Ignatz Bubis zur Wahl für das Amt des Bundespräsidenten vorzuschlagen, insgesamt auf das Fehlen von Juden in hervorgehobenen öffentlichen Ämtern verwiesen, wofür ein stillschweigend wirkender Ausschlussmechanismus verantwortlich gemacht wird.[45] Ein Gesprächsworkshop mit jüdischen Jugendlichen aus Nordrhein-Westfalen im Alter von 16–18 Jahren im Rahmen eines Likrat-Ausbildungsseminars (→ **Präventionsmaßnahmen**) an der Hochschule für Jüdische Studien Heidelberg im Herbst 2010 bestätigt diesen Befund grundsätzlich:[46] Es sind Einzelerlebnisse, die vor der Gruppe geäußert werden, sich auf Erfahrungen der Eltern, von Gruppenleitern sowie auf eigene Erlebnisse gründen und sich in der wechselseitigen Mitteilung zu einem konsistenten Bild zusammenfügen. „Ich trage den Alien-Faktor mit mir herum" war noch eine moderat-ironische Beschreibung eines Gefühls permanenter, subtiler Stigmatisierung durch die Umwelt. Alle Gesprächsbeteiligten stimmen darin überein, mit einem Gefühl ständiger Gefährdung zu leben: „Wir haben uns daran gewöhnt, Angst zu haben" lautete die unbestrittene Aussage einer Teilnehmerin. Eine Jugendliche hatte nach den Vorkommnissen um die „Gaza-Flottille" Ende Mai 2010[47] Angst, in die Schule zu gehen, absehend, dass man sie für Ereignisse „haftbar" machen werde, die außerhalb ihres Lebenszusammenhangs lagen. Tiefsitzende Ängste äußerten sich auch in einem freimütigen Bericht eines Programmteilnehmers über Traumerlebnisse, in denen die eigene Familie vor der Realkulisse eines KZ erlebt wurde. Gleichzeitig äußerte ein Jugendlicher unter Zustimmung der anderen Gesprächsteilnehmer, dass „die Mehrheit der Leute positiv reagieren, wenn sie erfahren, dass ich Jude bin". Bezeichnend ist aber auch die folgende Einschränkung: „Wenn irgendetwas passiert, halten die den Mund." Auffallend war, dass die jüdischen Jugendlichen ihre Erfahrungen für ganz selbstverständlich zu halten bereit waren und es offenbar zugleich nicht gewohnt waren, diese Sorgen untereinander zu artikulieren. Es wurde geäußert, nötigenfalls auch zu Gegenwehr bereit zu sein, ein derartiges Gespräch mit jüdischen Gleichaltrigen oder Verwandten bislang aber noch nie geführt zu haben.

Nach alledem ist die Beobachtung, dass Antisemitismus sich eher außerhalb des engeren Alltags und der persönlichen Erfahrungsfelder abspiele[48] oder, wie es in einer schon etwas älteren Dokumentation heißt, „die Angst [...] bei der Frage nach jüdischer Identität in Deutschland nicht identitätsstiftend" sei,[49] zumindest unvollständig und muss genauer gefasst werden. Denn jenseits der Frage nach Adressaten, Ort und Form judenfeindlicher Manifestationen ist Antisemitismus für Juden ungleich stärker ein lebensweltlicher Faktor als für andere Gruppen der Gesellschaft. Allein die große Zahl feindseliger Zuschriften, die den Zentralrat der Juden in Deutschland, Landesverbände, Gemeinden und Privatleute sowie andere jüdische wie auch nichtjüdische, aber als „jüdisch" markierte Institutionen täglich erreichen, zeigen die Präsenz einschlägiger Haltungen und entsprechender Mitteilungsbedürfnisse in der

[41] Der Befund für München: Kleiner, Jüdisch, Jung und Jetzt, S. 37; ähnlich für Berlin: Jungmann, Jüdisches Leben, insb. S. 330 f., 377, 385 f., 405 f.

[42] Etwa Jungmann, Jüdisches Leben, S. 373 ff.

[43] taz vom 2. März 2007, http://www.taz.de/1/archiv/archiv/?dig=2007/03/02/a0203 [eingesehen am 24. Februar 2011].

[44] Beim Heidelberger Likrat-Seminar, von dem noch weiter berichtet wird.

[45] Jungmann, Jüdisches Leben, S. 367; zur doppelten Ausgrenzungserfahrung – als Jude in Deutschland und als Jude aus Deutschland unter Juden anderer Länder zum Beispiel Benz, Zwischen Antisemitismus und Philosemitismus, in: Behrens, Ich bin geblieben, S. 29.

[46] Gespräch des Autors an der HfJS mit 20 Jugendlichen aus dem Raum Düsseldorf/Duisburg im Rahmen eines Ausbildungsworkshops für das Programm „Likrat", http://www.likrat.de/ [eingesehen am 30. Januar 2011].

[47] Für eine umsichtige Einschätzung des Ereignisses und seiner Umstände: http://www.kas.de/israel/de/publications/19846/ [eingesehen am 30. Januar 2011].

[48] Tauchert, Jüdische Identitäten, S. 284.

[49] So der Befund aus einem Schreibwettbewerb, den die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland 1993 ausgeschrieben hatte; Alexa Brum (Hrsg.), Ich bin, was ich bin, ein Jude. Jüdische Kinder in Deutschland erzählen, Köln 1995, S. 11.

[50] Monika Schwarz-Friesel, „Ich habe gar nichts gegen Juden!" – Der „legitime" Antisemitismus der Mitte, in: Schwarz-Friesel/Friesel/Reinharz, Aktueller Antisemitismus, S. 27–50; Wolfgang Benz, Was ist Antisemitismus?, Bonn 2004.

Umwelt an,[50] ganz zu schweigen von verstreuten Äußerungen in Blogs und anderen Netzangeboten, die stichprobenartig gesichtet, hier aber nicht ausgewertet werden konnten.

Antisemitismus gehört, ganz gleich welche Bedeutung dem dann auf individueller Ebene zugestanden wird, zwangsläufig zum Vorstellungshaushalt von Juden; vielfach bedeutet er mehr als nur eine Vorstellung und ist nicht einfach ein Thema, mit dem man sich (nicht) befasst und der einer einfachen souveränen Entscheidung anheim gestellt bliebe.[51] Zentral erscheint in vielen Äußerungen gerade junger Juden die Frage nach Verlässlichkeit und Sicherheit. Das Vertrauen in die freiheitlich-demokratische Ordnung von Staat und Gesellschaft sowie ihre Durchsetzung ist, wie immer wieder betont wird, Voraussetzung für das Vertrauen in die Verlässlichkeit der eigenen Lebenssituation. So wird es positiv bis beruhigend und ermutigend erlebt, wenn gesellschaftliche Meinungsführer sich gegen Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit positionieren oder Polizei und Ordnungskräfte auf antisemitische Manifestationen reagieren. Es können – etwa im Abstand der Alltagsszenen zwischen Berlin, Frankfurt und München – auch Orte größerer und geringerer Sicherheit ausgemacht werden.[52] Entsprechend ist absehbar, wie leicht dieses Vertrauensgefüge aus der Balance kommen kann und welche über den Moment hinaus verheerend wirkenden Folgen gegenläufige Erfahrungen, wie oben an Einzelfällen beschrieben, haben können.

Fazit

Jenseits der für Juden und Nichtjuden unterschiedlich konturierten spezifischen Lebens- und Erfahrungswelten lassen sich Bereiche gemeinsamer Erfahrungen und ungeteilter Übereinkünfte ausmachen: In Hinsicht auf Geschichte und Judenfeindschaft gehört dazu das Bewusstsein für Kontinuitäten und Brüche sowie die zentrale Bedeutung der Ereignisse der NS-Herrschaft und der Shoa bis in die Gegenwart hinein. Die Erfahrungen der damit einhergehenden Umbrüche und Veränderungen, mit politischen Großereignissen, bilden gemeinsame Sozialisationsfaktoren, deren Bedingungen, Verläufe und Konsequenzen jedoch nicht deckungsgleich sind, sondern im Ergebnis unterschiedlicher lebensgeschichtlicher, familiärer und zeitgeschichtlicher Standorte nebeneinander verlaufen und beiderseits miteinander verwobene, aber differente Selbst- und Fremdbilder generieren.[53] In kritischer Fortschreibung älterer Deutungsmodelle ist diese unterschiedliche Teilhabe am Gleichzeitigen auch als „negative Symbiose“ gefasst worden.[54] Diese Beschreibung erscheint allerdings unzureichend. Sie verlängert den historischen Befund in die Gegenwart hinein und unterlässt es, den Blick für künftig mögliche Alternativen in der Gestaltung des Beziehungsgefüges zu öffnen. Zu betonen ist, dass trotz problematischer Anfänge und anhaltenden Lernbedarfs Judentum und Juden in Deutschland kein Randphänomen darstellen, sondern nachhaltig, womöglich unzertrennlich in das Gesellschaftsgefüge eingewoben sind. Für die Bundesrepublik Deutschland und nach dem Ende der DDR für Deutschland insgesamt erweisen sich der Umgang mit der antisemitischen Vergangenheit und die Selbstbestimmung der wieder entstehenden jüdischen Gemeinden nach 1945 als Abfolge zweier zeitlich und inhaltlich geschiedener, aber aufeinander bezogener Prozesse.

Der eine ist die Bändigung des antisemitischen Erbes als gesellschaftliche Unternehmung, der andere das Heraustreten der jüdischen Gemeinden aus der Zurückgezogenheit der frühen Jahre hinein in den öffentlichen Raum. Die Schnittstelle zwischen beiden Prozessen lag in den 1980er-Jahren, nämlich in einer Reihe von signifikanten politischen Ereignissen beziehungsweise wegweisender Reaktionen darauf. Diese Ereignisse und ihre Verläufe, für die so emblematische Momente wie die Weizsäcker-Rede zum 8. Mai 1985, Bitburg, Fassbinder-Streit, Börneplatz und Historikerstreit, aber auch die symbolträchtige Eröffnung des Jüdischen Museums Frankfurt am Main durch den damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl im November 1988 stehen können, gehören zu den formativen Momenten der Geschichte der Bundesrepublik. Sie haben wesentlich zu ihrer heutigen inneren Verfassung beigetragen; sie haben ein neues Gefüge zwischen Juden und Nichtjuden ermöglicht, das die bis dahin bestehende Polarität zwischen jüdischen und nichtjüdischen Teilen der Gesellschaft aufhob und neue Schnittstellen zuließ.[55]

Für die jüdische Gemeinschaft war besonders die Frankfurter Bühnenbesetzung von 1985 ein paradigmatisches Geschehen: Sie trat auf die Bühne der Öffentlichkeit, und dort wuchs ihr – zunächst zur eigenen Überraschung – sogleich eine weit

[51] Tauchert, Jüdische Identitäten, S. 284.

[52] Kleiner, Jüdisch, Jung und Jetzt, S. 39 f.

[53] Norbert Frei, 1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewusstsein der Deutschen, München 2005, S. 23–40.

[54] Dan Diner, Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz, Frankfurt a. M. 1988, S. 243.

[55] Zuletzt: Monika Halbinger, Das Jüdische in den Wochenzeitungen. Zeit, Spiegel und Stern (1946–1989) – Berichterstattung zwischen Popularisierungsbemühung, Vereinnahmung und Abwehr, München 2010, S. 372 ff.

über das Jüdische hinauswachsende Rolle zu. Diese erscheint im Rückblick ausgesprochen ambivalent. „Die Juden“ als abstrakte und mit einigen wenigen führenden Persönlichkeiten in Erscheinung tretende Gruppe gerieten unbeabsichtigt in die Position einer gesamtgesellschaftlichen Kontrollinstanz mit hohem Legitimationspotenzial, auch gegenüber dem Ausland. Besonders in der Debatte um das Asylrecht und vor dem Hintergrund pogromartiger Gewalttaten gegen Asylsuchende und Bürger ausländischer Herkunft in den frühen 1990er-Jahren gerieten die Repräsentanten der jüdischen Gemeinschaft in die Rolle eines „Anwalts“ für Demokratie und Bürgerrechte, teilweise mit hohen Erwartungen seitens der nichtjüdischen Bevölkerung versehen, teilweise kritisch beäugt – bis hin zu stereotypengeleiteter Abwehr.

Die offene Situation, die über die kritischen 1980er-Jahre erreicht wurde und in der Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit zum von Juden wie Nichtjuden gemeinsam bearbeiteten Themenfeld geworden sind, ist zwischenzeitlich einer komplexeren Konstellation mit widerstreitenden Signalen gewichen. Neben der dankbar aufgenommenen breiten öffentlichen Unterstützung für den Ausbau der wachsenden jüdischen Gemeinden und ihrer Institutionen werden auch Anzeichen einer neuen Verhärtung und neuer Selbstverständlichkeiten judenfeindlicher Manifestation erkannt.

Die Indizien dafür finden sich in ganz unterschiedlichen Feldern, weisen aber Gemeinsamkeiten auf. Beispielhaft genannt sei der Zuspruch, den Martin Walser für seine bereits eingangs dieses Abschnitts genannte Schuldabwehr-Rede anlässlich der Frankfurter Friedenspreis-Verleihung 1998 erhielt. Verschafften sich hier und in der folgenden Debatte noch die sattsam bekannten Abwehrreflexe Ausdruck, wird gerade innerhalb der jüdischen Gemeinschaft, aber nicht nur dort, mit wachsender Sorge die Überlagerung der Wahrnehmung von Judentum und Juden in Deutschland durch die Fokussierung auf den Nahostkonflikt und damit einhergehende Zerrbilder betrachtet. Die ostentative Verweigerung des Applauses für den israelischen Staatspräsidenten Shimon Peres durch einzelne Abgeordnete des Deutschen Bundestages im Anschluss an dessen Rede aus Anlass des 65. Jahrestages der Befreiung von Auschwitz am 27. Januar 2010[56] oder die zunehmende Akzeptanz von Boykottaufrufen gegen israelische Waren und gegen in Israel tätige deutsche und andere internationale Unternehmen,[57] aber auch der irritierende Erfolg populistischer Zuspitzungen, wie sie besonders in den Niederlanden durch Geert Wilders angestrengt und in Deutschland durch Thilo Sarrazin und die folgende Debatte kenntlich wurden,[58] müssen unter Juden für erhebliche Irritation sorgen.

Verlässliche Prognosen über die weitere Gestaltung des Beziehungsgefüges zwischen Juden und Nichtjuden in Deutschland erlaubt der gegenwärtige Befund nicht. Die Signale sind widersprüchlich, und es ist trotz erheblicher ideeller und materieller Investitionen in die Zukunft einer fruchtbaren Entwicklung des gemeinsamen Gesellschaftsraums kaum abzusehen, wie tragfähig die in der Vergangenheit erreichte Basis tatsächlich ist.

Auch über die Wirkung antisemitischer Manifestationen auf Juden und auf die Gesellschaft insgesamt können beim gegenwärtigen Stand nur annähernde Aussagen gemacht werden. Sie lassen sich zunächst einmal auf die einfache Formel bringen, dass das Thema weit davon entfernt ist, als erledigt gelten zu können. Sicher ist, dass nur eine allseits offene, kritische Auseinandersetzung mit Defiziten, einschließlich der Themen, die als solche benannt werden, mittel- und langfristig positive Aussichten auf die weitere Entwicklung zulassen werden. Das Thema Antisemitismus wird nicht aus den Schlagzeilen verschwinden. Die Sorge von Juden wie auch Nichtjuden gilt

[56] http://www.michael-leutert.de/articerung-zur-rede-von-shimon-peres-im-bundestag-am-27-januar-2010.html [eingesehen am 26. Februar 2011]; von der Seite der Bundestagsabgeordneten wurde die Erklärung offenbar heruntergenommen; vgl. http://www.sahra-wagenknecht.de/de/ung-zur-rede-von-shimon-peres-im-bundestag-am-27-januar-2010.html [eingesehen am 26. Mai 2010]; vgl. auch „Kaddisch im Bundestag“, in: Jüdische Allgemeine vom 4. Februar 2010, http://www.juedische-allgemeine.de//id/5199 [eingesehen am 26. Februar 2011].

[57] Mit einschlägigen antisemitischen Motiven („Informiert euch über die wahren Hintergründe des Judaismus!“) und Holocaustleugnung unterlegt ist der Aufruf zum Israel-Boykott bei http://www.angelfire.com/ar3/myimag.pdf [eingesehen am 1. März 2011]; so auch die Stellungnahme des Stellvertretenden Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Kassel, Grigori Lagodinsky, zur Vermietung von Räumen durch die Universitätsleitung an den Kassler Ableger von BDS („Boykott, Deinvestition und Sanktion gegen die völkerrechtswidrige und rassistische Politik Israels“) und die „Kritische Universität“, in: Nordhessische Zeitung vom 7. Juli 2010, http://www.nordhessische.de/news.php [eingesehen am 25. Februar 2011]. Zu den Aktivitäten der BDS-Initiative auch die Homepage der in Basel namenlos registrierten BDS-Initiative: http://www.bds-info.ch. Welche Reichweite Initiativen mittlerweile haben, verdeutlichen Blicke auf die Homepages der Rosa-Luxemburg-Stiftung, http://www.rosaluxemburg.ps/pdfs/RLe%20Boykottkampagne%20gegen%20Israel.pdf [eingesehen am 6. März 2011] und der katholischen Laiengemeinschaft Pax Christi, http://www.paxchristi.de/news/kurzm.news.km/index.html?entry=page.news.km.188 [die dort angegebenen Links sind bei Öffnung am 6. März 2011 abgeschaltet]

[58] Stephan J. Kramer, Ach, die Gene – Vorsicht Rassismus: Versuche, Völker durch ihr Erbgut zu „erklären“, erliegen einem gefährlichen Wahn – eine Erwiderung auf Thilo Sarrazin, in: Jüdische Allgemeine vom 2. September 2010, http://www.juedische-allgemeine.de//id/8566 [eingesehen am 28. Februar 2011].

dagegen der Möglichkeit, dass Antisemitismus in der allgemeinen Wahrnehmung als (gerade einmal noch peinliche) Normalität betrachtet werden könnte, die dann gerne unter „Kleine Meldungen" versteckt oder überhaupt geflissentlich übersehen wird. Nicht minder beunruhigt wird beobachtet, wie das Thema Antisemitismus an vielen Stellen zerredet und in der hybriden Welt der Blogs und Foren die Deutungshoheit darüber zum Gegenstand der Verhandlung offensichtlich sekundärer Interessen wird.

7. Internationales Engagement gegen Antisemitismus und Befunde aus anderen europäischen Ländern

Der Beginn der zweiten Intifada im Herbst 2000 hat gezeigt, welchen Einfluss Ereignisse im Nahostkonflikt auf antisemitische Einstellungen in Europa haben. In einer ganzen Reihe von europäischen Ländern war ein deutlicher Anstieg von antisemitischen Übergriffen und Straftaten zu beobachten. Eine regelrechte antisemitische Welle schließlich lösten zwei Jahre später, im Frühjahr 2002, zwei Ereignisse aus: das in der internationalen Presse fälschlicherweise als „Massaker“ titulierte Eingreifen des israelischen Militärs im palästinensischen Flüchtlingslager in Dschenin sowie die israelische Belagerung der Geburtskirche Anfang April 2002, in der sich bewaffnete Palästinenser verschanzt hatten. Obwohl die signifikant höheren antisemitischen Vorkommnisse nach einigen weiteren Spitzen, wie jene nach dem Ausbruch des Irak-Kriegs oder nach dem Libanonkrieg im Sommer 2006 beziehungsweise nach dem Gazakrieg 2008/2009, wieder auf ein niedrigeres Niveau zurückgefallen sind, lässt sich in etlichen Ländern, wie etwa in Großbritannien, Frankreich, Schweden, aber auch in Deutschland, noch immer ein deutlich höheres Maß an manifestem Antisemitismus konstatieren als in den neunziger Jahren.

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

Der europaweite Anstieg antisemitischer Übergriffe und verbaler Ausbrüche gegen Juden in Europa zu Beginn des neuen Jahrtausends ist allerdings nicht nur als Reaktion auf den Nahostkonflikt zu sehen. Antisemitische Stereotype und Klischees nahmen auch infolge der World Conference on Racism, Racial Discrimination, Xenophobia and Related Intolerance im südafrikanischen Durban Ende August/Anfang September 2001,[1] bei der es vor allem auf den Treffen der Nichtregierungsorganisationen (NGO) zu heftigen antisemitischen Ausbrüchen gekommen war, sowie der Anschläge vom 11. September 2001 auf das World Trade Center in New York, die insbesondere auf dem Internet zu antisemitischen Verschwörungstheorien führten, zu. Kritische Debatten und das Bewusstsein einiger europäischer Regierungen, auf diese antisemitischen Ausbrüche reagieren zu müssen, führten dazu, dass die damals 55 Mitgliedsstaaten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sich entschlossen, im Juni 2003 eine erste Konferenz in Wien abzuhalten, die sich ausschließlich dem Thema Antisemitismus widmete. Allerdings wurde rasch deutlich, dass es an einem Bewusstsein für die Besonderheiten des Antisemitismus fehlte. Der Terminus Antisemitismus erschien in Statements und Handouts – wenn überhaupt – immer erst am Ende einer Aufzählung von Rassismus, Antidiskriminierung und Xenophobie. Zweifellos sind dem Antisemitismus Teile dieser ausgrenzenden Verhaltensmuster immanent, aber Weltverschwörungstheorien, instrumentalisierte Holocaustleugnung, Antizionismus und Ausgrenzung von Juden als vermeintlich Verantwortliche für die israelische Politik sowie eine imaginierte Macht „Der Juden“ sind Elemente eines Stereotypenkatalogs, die nicht mit der Diskriminierung von Minderheiten im Allgemeinen gleichgesetzt werden können.[2]

Ein Jahr später lud die Bundesregierung zur zweiten OSZE-Antisemitismuskonferenz am 28./29. April 2004 nach Berlin ein. Es zeigte sich, dass sich in der Staatengemeinschaft durchaus ein Bewusstseinswandel abzeichnete und eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Spezifikum antisemitischer Stereotypisierungen nicht nur von NGOs gefordert wurde. Dies wurde nicht zuletzt durch die hohe Präsenz führender Politiker – unter anderem die Außenminister Colin Powell (USA), Joschka Fischer (Deutschland), Solomon Passy (Bulgarien) – zum Ausdruck gebracht. Allerdings war dies noch keine Garantie dafür, dass die „Berliner Erklärung“,[3] wie das Abschlusscommuniqué lautete, auch praktische Folgen haben würde. In der Erklärung wurde unter anderem bekräftigt, dass die OSZE-Teilnehmerstaaten „in der Erkenntnis, dass der Antisemitismus nach seiner vernichtenden Ausprägung im Holocaust nun unter neuen Erscheinungs- und Ausdrucksformen auftritt, die gemeinsam mit anderen Formen der Intoleranz eine Bedrohung der Demokratie, der Werte der Zivilisation und somit der Sicherheit insgesamt in der OSZE-Region und darüber hinaus darstellen […], vorbehaltlos alle Erscheinungsformen des Antisemitismus und alle anderen gegen Personen oder Gemeinschaften gerichtete Akte von Intoleranz, Hetze, Übergriffen oder Gewalt aufgrund ihrer ethnischen Herkunft oder ihrer religiösen Überzeugung, wo immer sie vorkommen“, verurteilen. Entsprechend der

[1] Siehe dazu auch Mark Strauss, Antiglobalism's Jewish Problem, in: Foreign Policy Nov./Dez. 2003, Onlineversion http://www.foreignpolicy.com/articles/2003/11/01/antiglobalisms_jewish_problem [eingesehen am 28. April 2011].

[2] Juliane Wetzel, Entwicklungen seit der Berliner Antisemitismus-Konferenz 2004, in: Horst Helas/Dagmar Rubisch/Reiner Zilkenat (Hrsg.), Neues vom Antisemitismus: Zustände in Deutschland, Berlin 2008, S. 87–95, hier: S. 88 f.

[3] „Berliner Erklärung“, OSZE, Bulgarischer Vorsitz. Der Amtierende Vorsitzende, OSZE Dokumente, PC.DEL /347/04, 29. April 2004, http://www.osce.org/cio/31432 [eingesehen am 28. April 2011].

„Erklärung“ verpflichteten sich die OSZE-Teilnehmerstaaten unter anderem, „gegebenenfalls erzieherische Programme zur Bekämpfung des Antisemitismus zu fördern; [...] gegen Hassdelikte vorzugehen, zu denen durch rassistische, fremdenfeindliche und antisemitische Propaganda in den Medien und im Internet angestiftet werden kann“, sowie „verlässliche Informationen und Statistiken über antisemitisch motivierte Straftaten und andere Hassdelikte, die in ihrem Hoheitsgebiet begangen werden, zusammenzutragen und auf dem neuesten Stand zu halten“. Zudem wurde mit der „Berliner Erklärung“ das OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR/ODIHR) beauftragt, „im gesamten OSZE-Raum Informationen über bewährte Praktiken zur Verhütung und Bekämpfung des Antisemitismus systematisch zu sammeln und zu verbreiten und die Teilnehmerstaaten auf Ersuchen bei ihren Bemühungen im Kampf gegen den Antisemitismus zu beraten“.[4]

Die OSZE ist ein Konsens-Gremium, das heißt Beschlüsse basieren in der Regel auf einem Minimalkonsens, dessen Umsetzung und Auslegung den einzelnen Ländern überlassen bleibt. Wie brüchig dieser Minimalkonsens war, zeigte die sogenannte Folgekonferenz in Cordoba bereits im darauffolgenden Jahr 2005.[5] Die spanische Regierung hatte bereits in Berlin die OSZE-Mitgliedsstaaten eingeladen, die Berliner Empfehlungen noch einmal ausführlich zu diskutieren und ihre Implementierung zu überprüfen; allerdings war offiziell nur noch ein Tag der zweitägigen Konferenz dem Thema Antisemitismus gewidmet.

Die „Erklärung von Cordoba“ verurteilte jedweden „Rassismus, Fremdenhass, Antisemitismus und andere Formen von Intoleranz und Diskriminierung, darunter auch gegen Muslime, Christen und andere Religionen“, reduzierte damit aber den Antisemitismus auf einen Teilaspekt des Generalthemas Diskriminierungen aus rassistischen oder religiösen Gründen. Explizit genannt wurde der Antisemitismus in jenem Passus, der darauf abhob, dass „internationale Entwicklungen oder politische Fragen, einschließlich jener in Israel oder anderswo im Mittleren Osten, niemals Antisemitismus rechtfertigen“ würden.[6] Ein ähnlicher Passus war auch in der „Berliner Erklärung“ enthalten.[7]

Bereits mit der „Berliner Erklärung“ waren erste konkrete politische Schritte eingeleitet worden. Beim ODIHR, dem Menschenrechtsbüro der OSZE mit Sitz in Warschau, wurde im August 2004 das Amt eines „Special Adviser on Antisemitism Issues“ geschaffen. Es folgte eine Reihe von ODIHR-initiierten Round-Table-Gesprächen mit Experten aus verschiedenen OSZE-Mitgliedsstaaten. 2005 schließlich erarbeitete das ODIHR gemeinsam mit der Europäischen Beobachtungsstelle für Rassismus und Xenophobie (EUMC), heute die Fundamental Rights Agency (FRA), und einigen jüdischen Organisationen eine „Arbeitsdefinition zum Antisemitismus“ (Working Definition of Antisemitism), die bis heute ihren „Arbeitscharakter“ nicht verloren hat, weil der erforderliche Konsens über eine Implementierung unter den OSZE-Mitgliedsstaaten kaum durchsetzbar wäre (→ **Antisemitismus Definition**).

Die „Berliner Erklärung“ empfahl insbesondere die Förderung von Bildungsprogrammen zur Bekämpfung von Antisemitismus. Deshalb initiierten das ODIHR und das Anne Frank House in Amsterdam in Kooperation mit Experten aus sieben Ländern (Niederlande, Deutschland, Polen, Ukraine, Dänemark, Litauen, Kroatien) im Jahr 2005 ein Pilotprojekt, um Unterrichtsmaterialien zu erarbeiten, die sich mit verschiedenen Aspekten des Themas Antisemitismus und jüdische Geschichte beschäftigen. Die deutsche Ausgabe dieser Arbeitshefte wurde vom Zentrum für Antisemitismusforschung, TU Berlin und dem Fritz Bauer Institut in Frankfurt a. M. entwickelt. Das Unterrichtsmaterial thematisiert jüdische Geschichte sowie Antisemitismus in Europa bis 1945, beschäftigt sich mit aktuellen Formen des Antisemitismus und setzt sich mit Eigen- und Fremddiskriminierung auseinander. Der Antisemitismus wird dabei als paradigmatisches Vorurteil im Rahmen anderer Formen der Diskriminierung von Minderheiten beleuchtet. Seit Mai 2008 ist die deutsche Ausgabe der Materialien über die Bundeszentrale für politische Bildung erhältlich.[8]

[4] Ebenda.

[5] Kerstin Müller, damalige Staatsministerin im Auswärtigen Amt, war eine der wenigen, die sich explizit zum Antisemitismus äußerte. Sie sagte unter anderem: „Wir sind es vor allem uns angesichts des Holocaust und unserer Geschichte schuldig, den scharfen Blick für die Besonderheiten, die Wurzeln und die Auswirkungen von Antisemitismus zu wahren. [...] Die Zunahme antisemitischer Auffassungen, die jüngste Umfragen nicht nur für Deutschland aufgezeigt haben, muss uns mit großer Sorge erfüllen und zu praktischem und energischem Handeln herausfordern.“ Erklärung von Kerstin Müller, Staatsministerin im Auswärtigen Amt, auf der OSZE-Konferenz zu Antisemitismus und anderen Formen der Intoleranz, 8./9. Juni 2005, Cordoba. Deutsche-Aussenpolitik.De – Online-Archive on German Foreign Policy, http://www.deutsche-aussenpolitik.de/daparchive/anzeige.php?zaehler=5885 [eingesehen am 24. Mai 2011].

[6] CORDOBA DECLARATION by the Chairman-in-Office, 9 June 2005, http://www.osce.org/cio/15548 [eingesehen am 28. April 2011].

[7] OSZE, Bulgarischer Vorsitz. Der Amtierende Vorsitzende, OSZE Dokumente, PC.DEL /347/04, 29. April 2004, http://www.osce.org/cio/31432 [eingesehen am 28. April 2011]: „Die OSZE-Teilnehmerstaaten erklären unmissverständlich, dass internationale Entwicklungen oder politische Fragen, darunter auch jene in Israel oder andernorts im Nahen Osten, niemals eine Rechtfertigung für Antisemitismus sind.“

[8] Siehe http://www.bpb.de/publikationen/UAHJQ8,0,Antisemitismus_in_Europa_Arbeitsmaterialien.html [eingesehen am 28. April 2011].

In Zusammenarbeit mit Yad Vashem hat das ODIHR darüber hinaus 2007 einen ausführlichen Leitfaden für „Pädagoginnen und Pädagogen“ mit dem Titel „Antisemitismus Thematisieren: Warum und Wie?“ entwickelt, der in deutscher Fassung vorliegt. Neben allgemeinen Bemerkungen zu methodischen Grundsätzen werden Formen antisemitischer Stereotypisierungen ausführlicher behandelt und für die pädagogische Arbeit aufbereitet.[9]

Das ODIHR veranstaltet in regelmäßigen Abständen Round-Table-Gespräche und Konferenzen in kleinerem Rahmen zum Thema Antisemitismus – zuletzt im März 2011 in Prag zum „Antisemitismus im öffentlichen Diskurs“[10] –, an denen politische Vertreter und Experten aus der Wissenschaft, aber auch NGOs aus einer Reihe von Mitgliedsstaaten teilnehmen. Der „Persönliche Vertreter des OSZE-Vorsitzenden zur Bekämpfung von Antisemitismus“ besucht regelmäßig die Mitgliedsstaaten und verfasst Berichte über die Ergebnisse seiner Gespräche mit Experten und Regierungsvertretern in den jeweiligen Ländern. Eigene hochrangige Konferenzen, die der Bekämpfung des Antisemitismus gewidmet sind, wurden seit Cordoba allerdings nicht mehr initiiert.

Die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI)

Die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI), die 1993 anlässlich des ersten Gipfeltreffens der Regierungsverantwortlichen der Mitgliedsstaaten des Europarates in Wien zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Intoleranz eingesetzt wurde, verabschiedete im Juni 2004 als Reaktion auf den Anstieg antisemitischer Übergriffe konkrete Handlungsempfehlungen, die „Recommendations No. 9“. Nach der im März 2000 durch die ECRI erarbeiteten „Declaration of Concern and Intent on ‚Antisemitism in Europe today‘“ forderten die nun erarbeiteten ECRI-„Recommendations No. 9“, dass die Regierungen der über 40 Mitgliedsstaaten „der Bekämpfung des Antisemitismus hohe Priorität einräumen und alle notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung all seiner Erscheinungsformen treffen, ohne Rücksicht auf deren Ursprung“ zu nehmen, und „sicher zu stellen, dass religiöse Führungspersönlichkeiten auf allen Ebenen vermeiden, Antisemitismus zu schüren, und sie ermutigt werden, Verantwortung für die Lehren zu übernehmen, die an der Basis verbreitet werden“. Darüber hinaus rief die ECRI dazu auf, sich der Tatsache bewusst zu werden, dass Opfer von Rassismus und Ausgrenzung in einigen europäischen Gesellschaften manchmal selbst Träger von antisemitischen Vorurteilen sind.[11]

Die Vereinten Nationen

Am 21. Juni 2004 veranstaltete die UNO erstmalig eine Konferenz zum Antisemitismus unter dem Titel „Confronting Anti-Semitism: Education for Tolerance and Understanding“, auf der der damalige Generalsekretär Kofi Annan die Resolution der UN-Generalversammlung des Jahres 1975, die Zionismus mit Rassismus gleichgesetzt hatte, zurückwies.[12] Annan forderte, die Vereinten Nationen sollten die „Berliner Erklärung“ der OSZE-Konferenz des Jahres 2004 übernehmen. Dies war allerdings nicht konsensfähig. Die UN-Generalversammlung verabschiedete jedoch am 26. Oktober 2005 eine Resolution, mit der der 27. Januar als internationaler Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust eingeführt und gleichzeitig jegliche Form der Holocaustleugnung zurückgewiesen wurde. Die UNO hatte am 24. Januar 2005 in New York erstmals in ihrer Geschichte bei einer UN-Generalversammlung der Holocaustopfer gedacht.[13]

Die Task Force for International Cooperation on Holocaust Education, Remembrance and Research (ITF)

Auf Initiative und Einladung des damaligen schwedischen Premierministers Göran Persson trafen sich 1998 Regierungsvertreter Schwedens, der Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritanniens in Stockholm, um zu beraten, wie die Erinnerung an den Holocaust auch für künftige Generationen gestaltet werden könne. Aus dieser Arbeitsgruppe entstand die Task Force for International Cooperation on Holocaust Education, Remembrance and Research (ITF).[14] Inzwischen gehören der Organisation 28 Länder, darunter auch Deutschland, an.

[9] Der Leitfaden steht in deutscher Sprache online zur Verfügung unter http://www.osce.org/de/odihr/29891 [eingesehen am 28. April 2011].

[10] „Anti-Semitism in Public Discourse“, ODIHR Press release: „Participants at OSCE meeting call for more decisive steps to confront anti-Semitism in public discourse“, http://www.osce.org/odihr/76202 [eingesehen am 28. April 2011].

[11] ECRI GENERAL POLICY RECOMMENDATION NO. 9 ON THE FIGHT AGAINST ANTISEMITISM, adopted 25 JUNE 2004, http://www.coe.int/t/dghl/monitoring/ecri/activities/gpr/en/recommendation_n9/Rec.09%20en.pdf [eingesehen am 28. April 2011].

[12] UN Chronicle Online Edition, http://www.un.org/Pubs/chronicle/2004/webArticles/062104_sg_remarks.asp [eingesehen am 28. April 2010]; siehe auch die Rede von Anne Bayefsky, abgedruckt in Übersetzung, Welt am Sonntag vom 27. Juni 2004.

[13] Sixtieth General Assembly Plenary 42nd Meeting (AM), GENERAL ASSEMBLY DECIDES TO DESIGNATE 27 JANUARY AS ANNUAL INTERNATIONAL DAY OF COMMEMORATION TO HONOUR HOLOCAUST VICTIMS, S. 5, http://www.un.org/News/Press/docs/2005/ga10413.doc.htm [eingesehen am 10. November 2010].

[14] Weitere Informationen auf der Webseite der ITF: http://www.holocausttaskforce.org/.

Grundlage des Zusammenschlusses ist die „Stockholmer Erklärung“, nach der sich die Staaten unter anderem dazu verpflichten, ihre „Anstrengungen zur Förderung der Aufklärung, des Erinnerns und der Forschung im Bereich des Holocaust zu verstärken, und zwar sowohl in den Ländern, die bereits viel in dieser Hinsicht geleistet haben, als auch in denjenigen, die sich unseren Bemühungen anschließen möchten“.[15] Die beteiligten nationalen Delegationen setzen sich aus Repräsentanten ihrer jeweiligen Regierungen (der Außenministerien beziehungsweise der Erziehungsministerien) und Experten aus Wissenschaft, Bildung und Gedenkstätten zusammen. Damit ist ein enger Austausch zwischen politischer und gesellschaftlicher Ebene gewährleistet.

Im Jahr 2010 hat die ITF eine eigene Arbeitsgruppe zum Thema Antisemitismus und Holocaustleugnung eingerichtet. Sie nahm damit die Anregung von Pädagogen aus verschiedenen Praxisfeldern der Mitgliedsstaaten auf, die darüber berichteten, dass Zweifel am Holocaust und die offene Artikulation antisemitischer Haltungen immer stärker Einzug halten in pädagogische Einrichtungen und Gedenkstätten. Ein Themenschwerpunkt ist die massive Verbreitung der Holocaustleugnung über das Internet und die mögliche Beeinflussung Jugendlicher. Um nicht die Arbeit anderer internationaler Organisationen zu duplizieren und das eigene Mandat der „Stockholmer Erklärung“ zu beachten, konzentriert sich die ITF auf die Leugnung des Holocaust als eine spezielle Form des Antisemitismus. Die ITF steht in diesem Arbeitsfeld noch ganz am Anfang. Ihre Anstrengungen werden hier, wie auch in den vergangenen 13 Jahren im Bereich des Holocaustgedenkens, einen Schwerpunkt auf die pädagogische Arbeit legen.

Entwicklungen in verschiedenen europäischen Ländern

Parallel zu den Initiativen internationaler politischer Organisationen widmeten sich auch einzelne Länder den Problemen des aktuellen Antisemitismus intensiver. Neben den im Folgenden thematisierten Ländern Frankreich, Großbritannien, Niederlande und Schweden stellen auch andere Länder wie Kanada[16] ähnliche Berichte über antisemitische Vorkommnisse zusammen.[17]

Frankreich

In Frankreich, das seit 2000 eine steigende Anzahl antisemitischer Übergriffe zu verzeichnen hatte, erhielt der Schriftsteller und Mitbegründer von „Ärzte ohne Grenzen“, Jean-Christophe Rufin, von der Regierung den Auftrag, einen Bericht über die aktuelle Situation des Rassismus und Antisemitismus in Frankreich zu verfassen. Rufin konstatierte in seinem Bericht „Chantier sur la lutte contre le racisme et l'antisemitisme“,[18] dass der überwiegende Teil antisemitischer Übergriffe in Frankreich von Tätern verübt werde, „die in keinerlei Verbindung mit der israelisch-arabischen Frage stünden, was deren mögliche Identifikation mit den Palästinensern als weitaus weniger ‚natürlich‘ erscheinen lässt“.[19] Was die Täter allerdings verbinde, sei ein ähnliches Milieu, dessen Merkmale Entwurzelung, soziales Versagen, Orientierungsverlust und Identitätsprobleme seien, alles Indikatoren, die eine „Armutskultur“ kennzeichneten. Besonders anfällig für Antisemitismus seien sie aufgrund einer Mischung aus Radikalität, Gewalt und Megalomanie, die sich in dieser „Armutskultur“ entwickeln könne und verführerische Muster bereitstelle, um sich eine eigene Identität zu verschaffen. Sowohl der radikale Islamismus wie neonazistische Ideologien, die sich beide des Antisemitismus als Grundlage bedienten, fänden hier einen fruchtbaren Boden. Einen Ausweg sah Rufin darin, Diskriminierungen und soziale Marginalisierung einzelner Bevölkerungsgruppen zu bekämpfen, aber auch polizeiliche Repressionen und disziplinarische Sanktionen in den Schulen zu verstärken. Zudem sei es unerlässlich, dass intensiver als bisher über „Nazismus“ und Shoah aufgeklärt werde.

Neben dem Rufin-Bericht liegt für Frankreich seit 2005 auch eine wissenschaftliche Studie zum Phänomen des Antisemitismus unter Franzosen mit Migrationshintergrund vor. Der Forschungsdirektor an der École des Hautes Études en Sciences

[15] Webseite der ITF, deutsche Fassung der „Stockholmer Erklärung“, www.holocausttaskforce.org/about-the-itf/stockholm-declaration.html?lang=de [eingesehen am 6. Juni 2011].

[16] 2008 Rapport des incidents d'antisémitisme – PRÉJUGÉS ET INTOLÉRANCE AU CANADA, http://bnaibrith.ca/publications/audit2008/faudit2008.pdf [eingesehen am 3. März 2011].
Die B'nai Brith League for Human Rights Canada teilte im April 2011 mit, dass antisemitische Vorkommnisse für das Jahr 2010 gegenüber dem Jahr 2009 um 3,3 Prozent gestiegen seien. Insbesondere im Bereich antisemitischer Hassseiten im Internet wäre ein deutlicher Anstieg festzustellen. Für 2010 wurden 564 Fälle mit einem Bezug zu Kanada gemeldet, 2009 waren es 435 und 2008 405. B'nai Brith Canada, League for Human Rights (Hrsg.), 2010 Audit of Antisemitic Incidents. Patterns of Prejudice in Canada, Toronto 2011, http://jewishtribune.ca/tribune/PDF/audit2010/ENAudit2010.pdf [eingesehen am 14. April 2011].

[17] Erste länderübergreifende wissenschaftliche Studien geben einen Einblick in die Komplexität des aktuellen Antisemitismus im internationalen Rahmen. Siehe zum Beispiel Dirk Ansorge (Hrsg.), Antisemitismus in Europa und in der arabischen Welt, Frankfurt a. M. 2006; Lars Rensmann/Julius H. Schoeps (Hrsg.), Feindbild Judentum. Antisemitismus in Europa, Berlin 2009.

[18] Ministere de l'Intérieur, de la Sécurité Intérieure et des Libertés Locales (Hrsg.), Jean-Christophe Rufin, Chantier sur la lutte contre le racisme et l'antisemitisme, 19. Oktober 2004, http://lesrapports.ladocumentationfrancaise.fr/BRP/044000500/0000.pdf, [eingesehen am 5. November 2010].

[19] Übersetzung nach Süddeutsche Zeitung vom 1. Dezember 2004.

sociales (EHESS) in Paris und Direktor des Centre d'Analyse et Intervention Sociologiques, Michel Wieviorka, hat sie zusammen mit seinem Team erarbeitet. Unter seiner Leitung hat ein Dutzend Soziologen zwei Jahre lang insbesondere in den migrantischen Communitys Feldforschung betrieben und die Ergebnisse in dem Band „La tentation antisémite. Haine des Juifs dans la France d'aujourd'hui" (Die antisemitische Versuchung. Judenhass in Frankreich heute) veröffentlicht.[20]

Das Team um Michel Wieviorka kam zu dem Ergebnis, dass sich Antisemitismus aus der Ausgrenzung und Nichtanerkennung sowohl der Erinnerungskulturen als auch der Herkunft nähre. Außerdem stellten die Forscher fest, dass entgegen einer verbreiteten Meinung die Muslime in Frankreich nicht mehrheitlich antisemitisch seien und auch der radikale Islamismus eher schwach vertreten sei. Wieviorka widerspricht damit der lange Zeit verbreiteten These, Menschen mit arabischem oder maghrebinischem Hintergrund trügen die zentrale Verantwortung für den Anstieg des Antisemitismus in Frankreich. Während der Projektphase trafen die Forscher aber auf junge Menschen, die unverblümt ihren Hass auf Juden äußerten. Wieviorka sieht die Ursache vor allem in den Identifikationsproblemen der Jugendlichen. Wenn die sozialen Unterschiede und die Probleme mit dem Vorgehen der Polizei von der Politik thematisiert werden, scheint es hingegen weniger Raum für Antisemitismus zu geben.[21]

Dass sich durchaus einige mit dem radikalen Islamismus identifizieren, wird immer wieder bei propalästinensischen Demonstrationen, aber auch bei Veranstaltungen deutlich, die von Islamisten organisiert werden. Der Bericht des Service de Protection de la Communauté Juive in Frankreich für das Jahr 2009 nennt eine solche Veranstaltung: Anlässlich der erstmals 2009 in Paris abgehaltenen Al-Quds-Tag-Demonstration (→ **Antisemitismus im Islamismus**) kam es zu gewalttätigen Übergriffen auf Juden, die von schiitischen Teilnehmern verübt worden seien.

Dies erklärt allerdings nur einen Teilaspekt des Anstiegs antisemitischer Übergriffe im Jahr 2009. Der Bericht des Service de Protection de la Communauté Juive konstatiert die Radikalisierung einer antizionistischen Allianz aus verschiedenen politisch extremen Gruppierungen von ganz rechts bis ganz links. An der Spitze steht die „Antizionistische Liste", die an den Europawahlen 2009 teilnahm und auf der Ile de France, die einzige Region, in der sie präsent war, 1,3 Prozent der Stimmen errang.[22]

Insgesamt notiert der Service de Protection della Communauté Juive für das Jahr 2009 (832) für Frankreich gegenüber 2008 (474) eine nahezu auf das Doppelte gestiegene Anzahl antisemitischer Übergriffe, wobei die höchste Zahl im Januar 2009 (354), also im Zeitraum des Gaza-Krieges, ermittelt wurde. 43 Prozent der Taten waren antisemitische Schmierereien, 10 Prozent gewalttätige Übergriffe.[23] Die höchsten Zahlen wurden allerdings in Frankreich im Jahr 2002 (936) und 2004 (974) registriert. Damit erweist sich einmal mehr die These als richtig, dass der Nahostkonflikt einen starken Einfluss auf antisemitische Vorkommnisse besitzt. 2002 waren es die Ereignisse in Dschenin, als die europäische Presse das Vorgehen des israelischen Militärs im Flüchtlingslager fälschlich als Massaker bezeichnete und dies in ganz Europa eine antisemitische Welle auslöste, 2004 tötete das israelische Militär Scheich Ahmad Yassin, einen der Begründer und einflussreichen Funktionär der islamistischen HAMAS, der zu Mordanschlägen gegen israelisches Militär und Zivilisten aufgerufen hatte. Die gezielte Tötung des schwer behinderten Scheichs löste in den Palästinensergebieten, aber auch darüber hinaus heftige Proteste aus, die letztlich auch in Europa nicht ohne Folgen blieben und zu antisemitischen Übergriffen auf die dort lebenden Juden führten.

Maßnahmen der Regierung und die strafrechtliche Verfolgung antisemitischer Anschläge führten ab 2004 zu einem Rückgang judenfeindlicher Vorgänge, allerdings ließ der Libanonkrieg 2006 das Pendel wieder in die andere Richtung ausschlagen. Einfluss auf den erneuten Anstieg hatte auch die Entführung, Misshandlung und Ermordung von Ilan Halami – Sohn eines marokkanischen Juden – durch franko-arabische und franko-maghrebinische Jugendliche im Januar 2006. Obgleich der Mord allgemein verurteilt wurde, dezidiert auch von muslimischen Verbänden, nahmen die Übergriffe auf Juden wieder zu. Die Menschenrechtsorganisation (Commission Nationale Consultative des Droits de l'Homme – CNCDCH) hatte bereits in ihrem Bericht vom März 2005 festgestellt, dass sich die Bedrohung der jüdischen Bevölkerung als eigenes Phänomen ver-

[20] Michel Wieviorka, La tentation antisémite. Haine des Juifs dans la France d'aujourd'hui, Paris 2005.

[21] Siehe die Zusammenfassung der Ergebnisse bei Michel Wieviorka, Antisemitismus in Frankreich, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 14 (2005), S. 285–292.

[22] Service de Protection de la Communauté Juive, Rapport sur l'antisémitisme en France, Paris Januar 2010, S. 14 ff., http://www.spcj.org/publications/rapport2009.pdf [eingesehen am 8. November 2010].

[23] Ebenda.

[24] Informationsdienst gegen Rechtsextremismus, online, 26. März 2005: „Menschenrechtskommission legt Jahresbericht vor." Siehe auch Danny Leder, Eine gefährliche Nachbarschaft? Juden und Muslime in Frankreich, in: Ansorge, Antisemitismus in Europa, S. 131–161.

selbständigt habe und eine Gefahr „dauerhafter Verankerung auf hohem statistischem Niveau“ bestehe.[24]

Großbritannien

Für Großbritannien, das in den letzten Jahren immer wieder eine hohe Zahl von antisemitischen Übergriffen zu verzeichnen hatte, stellte der Community Security Trust (CST) in London,[25] der in enger Absprache mit der Polizei die jüdischen Gemeinden in Sicherheitsfragen berät, für das erste Halbjahr 2008 fest, dass von 135 antisemitischen Vorkommnissen, 38 dem rechtsextremen politischen Spektrum zuzurechnen seien, bei 66 Fällen handele es sich um antizionistische Motive, der Rest verteile sich auf andere Spektren. Michael Whine vom CST äußerte sich im April 2008 in einem Interview zum Thema „Muslim-Jewish interactions in Great Britain“: Für das Jahr 2007 konstatierte er, dass von physischen Übergriffen auf Juden in 129 Fällen „weiße Briten“ die Täter gewesen seien, 15 hatten einen osteuropäischen Hintergrund, 27 waren Schwarze, 52 Asiaten, und 14 stammten aus einem arabischen Milieu. Die Mehrheit der letzten beiden Gruppen – so Whine – seien wohl Muslime. Soweit Täter ausgemacht werden konnten, hatten 2004 38 Prozent einen asiatisch beziehungsweise arabischen Hintergrund, 2005 waren es 30 Prozent, 2006 34 Prozent und 2007 27 Prozent, 53 Prozent der Täter allerdings sind „Weiße“ gewesen.

Einen eklatanten Anstieg antisemitischer Übergriffe verzeichnete der CST für das Jahr 2009. Gegenüber 2008 (546) hatte die Zahl (924) den Höchststand seit der ersten Erfassung solcher Daten 1984 erreicht. Zu diesem extrem hohen Wert hatten vor allem die antisemitischen Vorkommnisse im Januar 2009 (288) geführt.[26] Ähnlich wie in anderen Ländern motivierte der Gaza-Krieg und die Präsenz des Nahostkonflikts in den Medien die Täter, ihre Wut auf Israel auf die Juden im Land zu projizieren. Solche Diskurse sind in Großbritannien durchaus auch in öffentlichen Debatten und im privaten Rahmen virulent, wie der CST Antisemitic Discourse Report 2009 konstatiert: „Explicit antisemitism about Jews is rare in mainstream British discourse. It is, however, disturbingly common for older antisemitic conspiracy themes to be evoked by modern depictions of ‚Zionism‘ and ‚Zionist‘.“[27] Neben Vergleichen zwischen dem israelischen Vorgehen in den besetzten Gebieten und der nationalsozialistischen Judenverfolgung (zum Beispiel Gaza=Warschauer Ghetto)[28] spielen antizionistische Stereotype in allen politischen Spektren eine nicht unerhebliche Rolle. Daneben sind Verschwörungstheorien, die eine geheime jüdische Weltmacht unterstellen, nicht nur auf sektiererische Gruppen beschränkt. Der CST-Bericht weist vor allem auch darauf hin, dass Blogs der Mainstream-Medien antisemitische Inhalte verbreiten, die sie in ihren Printausgaben beziehungsweise in ihren regulären TV-Programmen nie publizieren würden.[29]

Michael Whine vom CST hatte bereits 2008 konstatiert, dass in Großbritannien eine deutliche Zunahme von antisemitischen Vorkommnissen in der Folge gewalttätiger Ereignisse im Nahen Osten festzustellen sei; insbesondere waren in diesen Fällen Täter mit muslimischem Migrationshintergrund stärker beteiligt – etwa während des zweiten Libanonkrieges im Sommer 2006. 2007 zeigten 46 gewalttätige Übergriffe eine direkte Koinzidenz zu Ereignissen im Nahen Osten; 2006 waren es 106 Fälle. Whine sieht damit die Ergebnisse einer Analyse des Kriminologen Paul Iganski bestätigt. Dieser führte zusammen mit zwei Kriminologen des Metropolitan Police Service in den Jahren 2001 bis 2004 eine Untersuchung durch, die ergab, dass in diesem Zeitraum 50 Prozent der ermittelten Täter von Hate Crimes gegen Juden „nicht-weiß“ waren, das heißt Schwarze, Asiaten und Araber.[30] Inzwischen hat sich das Bild allerdings wieder verändert und mehr als die Hälfte sind „Weiße“. Der CST stellte in seinem Bericht für 2007 fest, dass die Motive antisemitischer Übergriffe häufig nicht mit der politischen Einstellung oder Ethnie der Täter korrelieren. Die Bezugnahme auf rechtsextreme Inhalte sei nicht mehr ausschließlich der rechtsextremen Szene zuzuordnen, ebenso wenig wie der Bezug auf den Nahen Osten auf einen arabischen oder muslimischen Hintergrund schließen ließe. Deshalb – so der CST – sind Israel und die NS-Zeit gleichermaßen Inhalte, die von Antisemiten aller Couleur als Quellen genutzt werden, um judenfeindlich zu agieren.

[25] Der Expertenkreis lud Michael Whine am 15. Februar 2011 zu einem Gespräch, um von ihm über die Situation in Großbritannien und die Arbeit des CST informiert zu werden.

[26] CST ANTISEMITIC INCIDENTS REPORT 2009, London 2010, http://www.thecst.org.uk/docs/CST-incidents-report-09-for-web.pdf [eingesehen am 28. April 2011].

[27] Antisemitic Discourse in Britain in 2009, S. 5, http://www.thecst.org.uk/docs/Antisemitic%20Discourse%20Report%20for%202009%20-%20web1.pdf [eingesehen am 28. April 2011].

[28] „In 2009, the Gaza conflict caused Israel to be compared to Nazi Germany and its supporters to be compared to Nazis. Previously a fringe phenomenon, the Nazi comparison is now widespread and also appears in mainstream media. This causes significant upset to Jews and is an antisemitic abuse of the memory of the Holocaust“; ebenda.

[29] Ebenda.

[30] Muslim-Jewish Interactions in Great Britain, Interview with Michael Whine, Institute for Global Jewish Affairs, No. 32, 15 May 2008, http://www.jcpa.org/JCPA/Templates/ShowPage.asp?DRIT=4&DBID=1&LNGID=1&TMID=111&FID=623&PID=0&IID=2200&TTL=Muslim-Jewish_Interactions_in_Great_Britain [eingesehen am 12. November 2008]; CST – Protecting the Jewish community, Antisemitic incidents report 2007, London 2008, S. 11ff.

Die Niederlande

In den Niederlanden zeigt sich ein ähnliches Bild wie in Frankreich und Großbritannien, allerdings auf einem weit niedrigeren Niveau. Das 1974 gegründete Centrum Informatie en Documentatie Israel (CIDI) in Den Haag, das über Israel informiert, aber seit einigen Jahren auch eine Chronik über antisemitische Übergriffe führt und gleichzeitig Meldeeinrichtung für solche Taten ist, verwies in seinem Bericht für das Jahr 2009 (167) auf einen 55-prozentigen Anstieg antisemitischer Taten gegenüber 2008 (108), verglichen mit 2007 lässt sich gar eine Zunahme um 106 Prozent konstatieren.[31] Die Werte lagen jedoch deutlich unter jenen des Jahres 2006 (261), als der Libanonkrieg einen deutlichen Zuwachs auslöste. Die Spitze der antisemitischen Vorkommnisse in den Niederlanden allerdings war in den Jahren 2002 (359), 2003 (334) und 2004 (327) verzeichnet worden.[32]

Auch in den Niederlanden hatte der Gaza-Krieg Ende 2008/Anfang 2009 einen starken Einfluss auf die Zahl antisemitischer Übergriffe. Während des Krieges wurden alleine 98 Fälle registriert. Die über 50 bekannt gewordenen Hassmails an Juden und jüdische Einrichtungen lassen sich hauptsächlich autochthonen Niederländern zuschreiben, rechtsextreme Slogans oder Illustrationen fanden nur selten Verwendung, hingegen überwogen Holocaustvergleiche, die das Vorgehen des israelischen Militärs oder die Politik Israels mit dem nationalsozialistischen Völkermord an den Juden gleichsetzten. Antisemitische Übergriffe auf Personen wurden überwiegend von Einwanderern mit marokkanischem Hintergrund verübt beziehungsweise von Tätern, die als solche wahrgenommen wurden. Im Jahr 2008 registrierte die niederländische Polizei 141 Vorfälle gegen Juden, „weil sie Juden sind“, aber auch 116 gegen Muslime, weil sie als Muslime wahrgenommen wurden.[33]

Schweden

Auch in Schweden haben antisemitische Übergriffe in den letzten Jahren zugenommen. Vor allem der politische Diskurs leistet antisemitischen Ressentiments Vorschub, wie die Forscher Henrik Bachner von der Universität in Lund und Mikael Tossavainen, zur Zeit am Stephen Roth Institute in Tel Aviv, belegen.[34] Immer wieder erscheinen auch in der seriösen Tagespresse Karikaturen mit antisemitischem Inhalt. Verbreitet werden auch Verschwörungstheorien wie jene, dass die israelische Armee in Zusammenarbeit mit Ärzten getöteten Palästinensern Organe entnähme und damit Handel betriebe, so jedenfalls die Unterstellung eines freien Journalisten in einem Artikel in der Zeitung Aftonbladet im August 2009.[35] Das Swedish National Council for Crime Prevention (SNCCP) stellt in seinem Bericht für das Jahr 2009 fest, dass antisemitische Hasskriminalität gestiegen sei und sich damit von Vorkommnissen gegenüber anderen Minderheiten unterscheidet, die gesunken seien.[36] Gegenüber 2008 mit 159 Fällen wurden 2009 251 registriert, der höchste Wert, seit SNCCP 1999 mit der Registrierung begann. Im Städtevergleich stiegen die Zahlen in Malmö, aber auch in Göteborg stark an.[37]

Berichte zur Situation weltweit

Das Stephen Roth Institute for the Study of Contemporary Antisemitism and Racism in Tel Aviv hat es sich zur Aufgabe gemacht, weltweit Informationen über antisemitische Tendenzen und Vorfälle zusammenzutragen, die es in einzelnen Länderberichten und einer allgemeinen Analyse jährlich auf seiner Webseite unter dem Titel „Antisemitism Worldwide“ zur Verfügung stellt. Für das Jahr 2009 konstatiert das Institut einen extremen Anstieg antisemitischer Vorkommnisse als Folge des Gaza-Krieges, was für eine Reihe von Ländern zutrifft, für andere aber nicht. Im Gegen-

31 CIDI, 2009: Antisemitische incidenten in Nederland scherp gestegen, http://www.cidi.nl/Monitor-incidenten/2009-Antisemitische-incidenten-in-Nederland-scherp-gestegen.html [eingesehen am 11. November 2010].

32 CIDI – Monitor antisemitische incidenten in Nederland: 2008. Met een verslag van de Gazaperiod: 27-12-2008 – 23-1-2009, S. 9, http://www.cidi.nl/files/get/142.pdf [eingesehen am 28. April 2011].

33 Ebenda.

34 Henrik Bachner, Återkomsten. Antisemitism i Sverige efter 1945 [Die Wiederkehr: Antisemitismus in Schweden nach 1945], Stockholm 1999; Antisemitiska attityder och föreställningar i Sverige (med Jonas Ring) [Antisemitische Haltungen und Vorstellungen in Schweden], Stockholm 2006; Mikael Tossavainen, The Reepalu affair as a paradigm of Swedish Leftwing Antisemitism, Stephen Roth Institute for the Study of Contemporary Antisemitism and Racism Tel Aviv University, Topical Brief No. 6, 2010.

35 Siehe dazu etwa Die Welt vom 26. August 2009, http://www.welt.de/kultur/article4402053/Israel-und-Schweden-streiten-um-Pressefreiheit.html [eingesehen am 10. Oktober 2010].

36 The Swedish National Council for Crime Prevention (Brottsförebyggande rådet – Brå), Hate crimes 2009 – Statistics of reports to the police where the motivation for crime includes ethnic background, religious faith, sexual orientation or transgender identity or expression, Stockholm 2010, S. 36, http://www.bra.se/extra/measurepoint/?module_instance=4&name=Summary_Hate_crimes_2009.pdf&url=/dynamaster/file_archive/100819/f5301c2c8117cb8966a57c5dfad2df27/Summary%255fHate%255fcrimes%255f2009.pdf [eingesehen am 12. November 2010].

37 Annual Report Sweden 2009, Stephen Roth Institute for the Study of Antisemitism and Racism, http://www.tau.ac.il/Anti-Semitism/asw2009/sweden.html [eingesehen am 12. November 2010].

satz zu Frankreich, Großbritannien und Schweden war in Deutschland infolge des Gaza-Krieges kein derartiger Anstieg an antisemitischen Straf- und Gewalttaten zu verzeichnen. Die Zahlen blieben zwar auf hohem Niveau, erreichten in Bezug auf die Straftaten aber nicht die Werte der Jahre 2005 beziehungsweise 2006. Dies gilt auch für die Zahl der antisemitischen Gewalttaten im Jahr 2007. In der Ausgabe „Antisemitism Worldwide“ 2008/2009 wird Deutschland als eines der Länder genannt, das neben der Schweiz und Kanada infolge des Gaza-Krieges zu jenen Staaten gehöre, in denen ein deutlicher Anstieg antisemitischer Manifestationen zu verzeichnen sei.[38] Im Bericht für das Jahr 2009 wird dies dann korrigiert und nur von einer leichten Steigerung gesprochen.[39]

Die Berichte des Stephen Roth Institute sind eine wertvolle Quelle, um sich einen Überblick über die Entwicklungen in verschiedenen Ländern zu verschaffen. Sie müssen aber vor dem Hintergrund, dass die Autoren der jeweiligen Länderberichte über unterschiedliche Expertisen verfügen, kritisch hinterfragt werden. Die Einschätzung der Gesamtlage weist zudem an manchen Stellen Defizite auf. Der Bericht für das Jahr 2008/2009 etwa thematisiert zu Recht die erste antisemitische Welle in Ländern wie Frankreich nach Beginn der zweiten Intifada. Die antisemitische Welle nach den Ereignissen in Dschenin und Bethlehem 2002, die einen Großteil der europäischen Länder erfasste, aber wird nicht erwähnt. Zudem wird konstatiert, Umfragen und Analysen hätten ergeben, antisemitische Vorkommnisse seien bei der „wachsenden Immigrationspopulation“ angestiegen.[40] Diese Aussage ist allerdings bisher nur unzureichend belegt. Auf der Forschungs- und Handlungsebene gibt es inzwischen erste Ansätze, eine umfassende Analyse allerdings steht nach wie vor aus (→ **Migrationshintergrund und Antisemitismus**).

Neben dem Stephen Roth Institute veröffentlicht auch das amerikanische Außenministerium in unregelmäßiger Folge Berichte zum Antisemitismus in seinen Länderberichten zu „Human Rights Practices“. Zuletzt erschien im April 2011 der Bericht für das Jahr 2010,[41] in dem für Deutschland insbesondere auf antisemitische Übergriffe hingewiesen wird, deren Täter vermehrt „muslimische Jugendliche“ seien.[42] Es wird zwar einschränkend bemerkt, dass keine genauen Zahlen zur Verfügung stünden, allerdings erneut undifferenziert die mediale Präsenz einer solchen Zuschreibung übernommen, obgleich die im Bericht einzeln aufgeführten Fälle mit antisemitischem Hintergrund überwiegend dem rechtsextremen Spektrum zuzurechnen sind (→ **Antisemitisch motivierte Straftaten**).

Fazit

Die Bundesrepublik hat sich besonders in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) für eine stärkere Aufmerksamkeit für das Thema Antisemitismus engagiert. In der Folge der Berliner OSZE-Konferenz zum Antisemitismus im April 2004 wurde eine Reihe von Initiativen angestoßen, die sowohl auf staatlicher Ebene als auch im Bildungsbereich dem Thema „Antisemitismus“ zu mehr Präsenz verholfen haben. So hat etwa das Auswärtige Amt als Reaktion auf die politisch hochrangig besetzte Berliner Konferenz wesentlich dazu beigetragen, dass beim ODIHR die Stelle eines „Special Adviser on Anti-Semitism Issues“ eingerichtet wurde. Zunächst vom Auswärtigen Amt finanziert, ist die Stelle heute eine feste Einrichtung der Menschenrechtsabteilung der OSZE.

Im Bereich der Beobachtung und Quantifizierung antisemitischer Vorkommnisse gehört Deutschland neben Großbritannien, Frankreich und Schweden zu jenen Ländern, die bisher als einzige systematisch entsprechende Daten sammeln und veröffentlichen. Die Ergebnisse stehen internationalen Organisationen wie etwa dem ODIHR oder der FRA zur Verfügung, um Trendanalysen zu erstellen. Allerdings erfolgt die Datenerhebung nach unterschiedlichen Maßstäben, deshalb ist eine Vergleichbarkeit nur bedingt möglich. Um eine solche zu erreichen, müssten zumindest EU-weite Standards eingeführt werden. Im internationalen Rahmen bestehen nach wie vor Defizite, sowohl was die Meldung der Vorfälle etwa an die Menschenrechtsabteilung des ODIHR der OSZE überhaupt als auch was das staatliche Engagement betrifft.

38 Stephen Roth Institute for the Study of Contemporary Antisemitism and Racism, Antisemitism Worldwide 2008/9, General Analysis, S. 5, http://www.tau.ac.il/Anti-Semitism/asw2008/gen-analysis-08.pdf [eingesehen am 9. November 2010].

39 Stephen Roth Institute for the Study of Contemporary Antisemitism and Racism Antisemitism Worldwide 2009, General Analysis, S. 1, http://www.tau.ac.il/Anti-Semitism/asw2009/general-analysis-09.pdf [eingesehen am 9. November 2010].

40 Stephen Roth Institute for the Study of Contemporary Antisemitism and Racism, Antisemitism Worldwide 2008/9, General Analysis, S. 7, http://www.tau.ac.il/Anti-Semitism/asw2008/gen-analysis-08.pdf [eingesehen am 9. November 2010].

41 U.S. Department of State Country Reports on Human Rights Practices: Germany, 8. April 2011, Section 6 Discrimination, Societal Abuses, and Trafficking in Persons, http://www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2010/eur/154426.htm [eingesehen am 15. April 2011].

42 Ebenda: „A number of high-profile anti-Semitic incidents indicated that Muslim youths were increasingly involved in attacks on, and harassment of, Jews“.

IV. Präventionsmaßnahmen

Einleitung

Staatliche und nicht staatliche Einrichtungen haben in den letzten Jahren ein stärkeres Bewusstsein für das Problem Antisemitismus entwickelt. Dies zeigt sich sowohl an der Vielzahl von Maßnahmen, die unter dem Titel „Antisemitismusprävention“ durchgeführt werden, als auch an der Bereitschaft, sich mit Fragen des unabhängigen Expertenkreises auseinanderzusetzen. Deutlich wird jedoch auch eine große Unsicherheit dahingehend, was unter Antisemitismus zu verstehen ist und welche pädagogischen (und politischen) Schritte zu einer nachhaltigen Prävention sinnvollerweise zu ergreifen wären. Häufig zeigt sich aber auch die mangelnde Einsicht, Antisemitismus als ein eigenes, spezifisches Phänomen wahrzunehmen, dessen Brisanz nicht erfasst werden kann, wenn es nur als Teil von Rassismus und Xenophobie begriffen wird, da Menschenrechts- sowie Antirassismuspädagogik nur bedingt geeignet sind, antisemitischen Tendenzen entgegenzuwirken.[1]

Vor diesem Hintergrund wird im Folgenden zunächst beschrieben, welche Maßnahmen unterschiedliche staatliche und nicht staatliche Institutionen zur Prävention von Antisemitismus ergriffen haben. Im Anschluss wird die Reduktion von Antisemitismusprävention auf die Auseinandersetzung mit dem Holocaust kritisch diskutiert. Ebenso werden die nach Meinung des Expertenkreises für eine nachhaltige Prävention und Bekämpfung antisemitischer Haltungen notwendigen Instrumente vorgestellt. Schließlich folgt eine Analyse und Bewertung des Programmschwerpunkts „Historischer und Aktueller Antisemitismus“ des Bundesprogramms „Vielfalt tut gut“. Abschließend werden die sich aus der Analyse ergebenden Schlussfolgerungen und Empfehlungen des unabhängigen Expertenkreises benannt.

1. Maßnahmen staatlicher und gesellschaftspolitischer Institutionen zur Prävention und Bekämpfung von Antisemitismus

Die hier präsentierten Ergebnisse basieren im Wesentlichen auf einer Befragung derjenigen Institutionen, die für die Prävention und Bekämpfung antisemitischer Einstellungen als relevant betrachtet wurden:[2] entweder weil sie als Sozialisationsinstanzen im Hinblick auf die Tradierung antisemitischer Stereotype in Betracht zu ziehen sind (→ **Tradierung antisemitischer Stereotype durch gesellschaftliche Sozialisationsinstanzen**) oder weil ihnen im Hinblick auf den gesellschaftlichen Diskurs und die konkrete Verfolgung antisemitischer Straftaten eine besondere Rolle zukommt (→ **Antisemitisch motivierte Straftaten**). Dabei wurden an alle Einrichtungen sowohl Fragen zum Verständnis und zur Definition als auch zu konkreten Präventionsmaßnahmen gestellt. So befragte der Expertenkreis die Institutionen, ob Antisemitismus als gesondertes Phänomen im Kontext ihrer Tätigkeit berücksichtigt wird beziehungsweise ob spezielle Maßnahmen zur Prävention von Antisemitismus erfolgen, aber auch ob antisemitische Äußerungen innerhalb der Institutionen vorgekommen sind und diese eigens problematisiert würden. Um die Aussagen überprüfen zu können, sollten die Institutionen ihre Antworten mit konkreten Beispielen belegen. Schließlich wurden die Einrichtungen gebeten, zu erläutern, ob in ihrem Arbeitszusammenhang Projekte existieren, die sich präventiv gegen andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit richten oder demokratiefördernden Charakter haben, ferner ob die Präventionsarbeit auch in Netzwerken oder Kooperationen mit anderen Behörden oder Institutionen stattfindet. Es muss hervorgehoben werden, dass es bei der Beurteilung der Maßnahmen zum Antisemitismus nicht darum geht, die insgesamt

[1] OSCE/ODIHR (Hrsg.), Antisemitismus thematisieren: Warum und Wie? Leitfaden für Pädagoginnen und Pädagogen, Warschau 2007, S. 6.

[2] Der Fragenkatalog (1. Wird Antisemitismus als gesondertes Phänomen im Kontext der Tätigkeiten der Institution berücksichtigt oder fällt er unter andere Bereiche – Rassismus, Rechtsextremismus? 2. Gibt es besondere Maßnahmen, um präventiv gegen Antisemitismus beziehungsweise antisemitische Äußerungen vorzugehen? 3. Wenn ja, welche sind es? 4. Können Sie Beispiele für antisemitische Vorfälle nennen, die innerhalb der Institution gesondert diskutiert wurden? 5. Gibt es Projekte, die präventiv gegen andere Formen von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wirken sollen beziehungsweise im Kontext der Arbeit „umerzieherischen“ Charakter haben sollen? 6. Existieren in diesem Bereich Netzwerke oder Kooperationen mit anderen Institutionen, pädagogischen oder wissenschaftlichen Einrichtungen?) entsprach – den jeweiligen Institutionen angepasst – dem immer gleichen Schema. Angeschrieben wurden (2010 beziehungsweise 2011) zunächst die jeweiligen Pressestellen, und sofern diese nicht antworteten, erfolgte – zum Beispiel die Parteien betreffend – eine Nachfrage bei den Parteivorsitzenden.

engagierte Haltung gegenüber diskriminierenden und menschenfeindlichen Einstellungen und die daraus resultierenden Strategien zu kritisieren. Im Rahmen unseres Arbeitsauftrags kommt es jedoch auf die Feststellung an, dass in den meisten gesellschaftlichen Institutionen keine präzisen Handlungsstrategien speziell zum Phänomen Antisemitismus vorhanden sind.

Die Ergebnisse haben angesichts der Form der Erhebung[3] exemplarischen Charakter, weisen jedoch auf symptomatische Befunde hin.

1.1. Justiz

Die Antworten auf die Fragen des Expertenkreises aus dem Bereich der Justiz[4] zeigen, dass der Umgang mit dem Phänomen Antisemitismus auf Bundes- und Landesebene durchaus nicht einheitlich ist. Nicht alle Länder haben auf die Fragen des Expertenkreises reagiert, die eingegangenen Antworten jedoch weisen auf ein hohes Engagement hin.

So legt etwa im Freistaat Sachsen jeden Monat die Generalstaatsanwaltschaft dem Staatsministerium für Justiz und für Europa – als Reaktion auf die monatliche Anfrage einer Abgeordneten des Landtags zum Thema „Antisemitische Überfälle, Sachbeschädigungen, Leugnung der Shoah und andere antisemitische Straftaten“ – einen Bericht über alle durch sächsische Gerichte erfolgten Verurteilungen wegen antisemitischer Delikte vor.[5] Gleichwohl werden jedoch keine besonderen Maßnahmen ergriffen, um gegen Antisemitismus im Kontext der Justiz vorzugehen, noch konnten antisemitische Vorfälle genannt werden, die im Justizministerium gesondert diskutiert wurden. Das Ministerium ist in einer ganzen Reihe von Aktivitäten im Kampf gegen Rechtsextremismus engagiert (unter anderem Prävention, Fortbildung, Maßnahmen im Strafvollzug).[6]

Die zuständige Abteilung des Senators für Justiz und Verfassung in Bremen teilte mit, dass Antisemitismus nicht als gesondertes Phänomen berücksichtigt würde und es von daher weder Richtlinien für die Ausbildung noch Fortbildungsveranstaltungen gäbe. In den letzten Jahren sei nicht „über antisemitische Vorfälle (und ihre strafrechtliche Aufarbeitung)“ berichtet worden.[7] Der unabhängige Expertenkreis wird darauf hingewiesen, dass Prävention nicht die Aufgabe der Justiz sei, sondern in andere Ressorts falle. Die Justizbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg, die ihr großes Engagement in Bezug auf andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit betont, verweist zum Thema Antisemitismus vor allem auf ihre Beteiligung an der Erinnerungsarbeit in Bezug auf den Antisemitismus des Nationalsozialismus.[8]

Die Senatsverwaltung in Berlin berücksichtigt Antisemitismus nicht als gesondertes Phänomen und hat keine speziellen Maßnahmen entwickelt, um dagegen vorzugehen.[9] In der Prävention wird der Schwerpunkt auf die Auseinandersetzung mit anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gelegt.

Das Ministerium für Justiz in Sachsen-Anhalt sieht Antisemitismus vornehmlich „als Erscheinungsform des Rechtsextremismus“, weist gleichwohl auf Aktivitäten hin, die sich spezifisch gegen antisemitische Tendenzen und Einstellungen richten. Es handelt sich dabei vor allem um Auseinandersetzungen mit der NS-Vergangenheit sowie um Fortbildungsveranstaltungen zu den „modernen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus“.[10]

Das Ministerium der Justiz in Brandenburg erklärte, dass es „Straftaten mit antisemitischem Hintergrund aufmerksam verfolgt“ und die Staatsanwaltschaften, die über besonders geschulte Dezernenten verfügten, aufgefordert hat, dem Ministerium über einschlägige Straftaten zu berichten.[11] Das Brandenburger Justizministerium beteiligt sich unter anderem am Präventionsprogramm „Tolerantes Brandenburg“, und zwar mit spezifischen Maßnahmen, so etwa Informationsveranstaltungen an Schulen sowie Trainingsprogramme in Justizvollzugsanstalten.[12]

3 So wurde im Bereich der Justiz die Bundes- und die Länderebene befragt, die mehrheitlich antwortete. Im Hinblick auf die Polizei antworteten von 16 Bundesländern lediglich 8. Angesichts der hohen Zahl von kirchlichen und schulischen Initiativen gegen Antisemitismus wurden hier nur stellvertretend die Kultusministerkonferenz und die Kirchen auf Bundesebene befragt.

4 Aus den 16 Bundesländern reagierten lediglich 9 auf die Anfrage (Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen).

5 Schreiben des Sächsischen Staatsministeriums für Justiz und Europa vom 27. Januar 2011.

6 Mit dem Träger „Violence Prevention Network e. V.“ wird zum Beispiel das Projekt „Abschied von Hass und Gewalt“ durchgeführt, das speziell an Jugendstrafgefangene gerichtet ist, bei denen ein rechtsextremer Hintergrund als Motiv für die begangene Straftat erkennbar ist.

7 E-Mail des Senators für Justiz und Verfassung vom 7. Februar 2011.

8 „Kompetent für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“.

9 E-Mail der Senatsverwaltung für Justiz vom 8. Februar 2011.

10 E-Mail des Ministeriums für Justiz Sachsen-Anhalt vom 31. Januar 2011.

11 Schreiben des Ministeriums der Justiz vom 3. März 2011.

12 http://www.tolerantes.brandenburg.de/sixcms/detail.php?template=titelregister_tbb [eingesehen am 4. März 2011].

Das Justizministerium Thüringen informiert darüber, dass bei der Fortbildung der Justizbediensteten zwar Antisemitismus als gesondertes Phänomen behandelt würde, jedoch keine „schriftlich niedergelegten Richtlinien für die Aus- und Fortbildung, in denen dies Ausdruck findet, existieren"; das Phänomen wird den Fortbildungen zu „Rechtsextremismus im Vollzug" zugeordnet.[13] Der Thüringer Landtag wird über antisemitische Straftaten aufgrund einer vierteljährlich eingebrachten Kleinen Anfrage „Antisemitische Überfälle, Leugnung des Holocaust und andere Straftaten" unterrichtet. Die Präventionsmaßnahmen reichen von Fortbildungsveranstaltungen für Justiz, Polizei, Schule und Jugendhilfe in der Gedenkstätte Buchenwald über Seminare zu Justiz und Geschichte bis zu Gewaltpräventionsprogrammen.

Das Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen weist darauf hin, dass Antisemitismus in der Fortbildung teilweise im Kontext „Rassismus, Rechtsextremismus", teilweise im Zusammenhang mit Justiz und Nationalsozialismus behandelt werde. Das Ministerium erwähnt „zahlreiche Maßnahmen" der Präventionsarbeit, wobei die spezifisch anti-antisemitischen Aktivitäten ausschließlich die Auseinandersetzung mit dem historischen Antisemitismus betreffen.[14]

Das Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration des Landes Schleswig-Holstein antwortete, Antisemitismus werde „nicht speziell als gesondertes Phänomen berücksichtigt oder fällt unter andere Bereiche".[15]

Das Bundesministerium der Justiz weist in seinem Schreiben an den unabhängigen Expertenkreis in einer Vorbemerkung darauf hin, dass Justiz und Rechtspflege im Bereich Antisemitismus in der Hauptsache eine Angelegenheit der Länder seien und das Bundesministerium den Ländern keine Weisungen erteilen könne.[16] Im Rahmen seiner Zuständigkeit, vor allem der Vorbereitung von Gesetzen, aber auch der Überprüfung von Gesetzesentwürfen anderer Bundesministerien, tritt „das Bundesministerium der Justiz jedoch Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit entschieden entgegen". Das Ministerium befasse sich „mit der Prävention und der Bekämpfung von Antisemitismus in aller Regel im Zusammenhang mit der Prävention und Bekämpfung von anderen verfassungswidrigen beziehungsweise Individualrechte bedrohenden Bestrebungen wie zum Beispiel Rechtsextremismus".

Wie die Justizministerien mancher Bundesländer bezieht sich auch das Bundesjustizministerium auf die Fortbildung für Richter und Staatsanwälte, bei der „Rassismus und Rechtsextremismus" ein wichtiges Thema seien. Die von Bund und Ländern gemeinsam getragene Deutsche Richterakademie biete regelmäßig Fortbildungsveranstaltungen an, die sich mit Fragen des politischen Extremismus als Herausforderung an Gesellschaft und Justiz befassten. Dort würden speziell die aktuellen Entwicklungen des Rechtsextremismus thematisiert, analysiert und bewertet. Die Frage, ob es seitens des Bundesjustizministeriums spezifische Maßnahmen gibt, um gegen Antisemitismus vorzugehen, wird verneint. Auch sind dem Ministerium keine Beispiele für antisemitische Vorfälle bekannt.[17]

Im Rahmen von Tagungen habe das Ministerium darüber hinaus die Möglichkeit angeboten, sich fachübergreifend mit rechtsextremer Ideologie (zum Beispiel im Internet) zu beschäftigen. Die Ergebnisse eines Forschungsprojekts über unterschiedliche Ursachen und Motive rechtsextremer Gewaltbereitschaft wurden ebenso veröffentlicht wie die Ergebnisse einer vom Justizministerium initiierten Arbeitsgruppe, die sich insbesondere mit der Prävention von Hasskriminalität befasste.

Im Hinblick auf gemeinsame präventive Aktivitäten mit anderen Institutionen weist das Bundesministerium der Justiz (wie verschiedene Länderministerien) auf das im Jahr 2000 mit dem Innenministerium gemeinsam gegründete „Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt" (BfDT) hin, dessen Aufgabe es sei, zivilgesellschaftliches Engagement für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt – zu sammeln, zu bündeln, zu vernetzen und öffentlich zu machen. Darüber hinaus wirke das Bundesministerium der Justiz außerdem im Forum gegen Rassismus (FgR) mit, das mit seinen 80 staatlichen Stellen und Nichtregierungsorganisationen der Überwindung von Intoleranz und Gewalt dienen solle.

Die deutschen Justizbehörden, so könnte man diese Umfrage zusammenfassen, sehen das Thema Antisemitismus überwiegend im Kontext des Rechtsextremismus und setzen mit ihren präventiven Maßnahmen in erster Linie dort an. Falls sie spezifische Maßnahmen gegen eine Verbreitung des Antisemitismus ergreifen, beziehen sich diese vorwiegend auf die Aufklärung über die nationalsozialistische Politik, jedoch kaum auf Erscheinungsformen des heutigen Antisemitismus außerhalb des rechtsextremen Kontextes.

[13] Schreiben des Justizministeriums Thüringen vom 16. Februar 2011.

[14] Schreiben des Justizministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen vom 11. Februar 2011.

[15] Schreiben des Ministeriums für Justiz, Gleichstellung und Integration des Landes Schleswig-Holstein vom 19. Januar 2011.

[16] E-Mail des Bundesministeriums der Justiz vom 2. Dezember 2010.

[17] Ebenda.

Vollkommen offen bleibt nach dieser Umfrage, ob sich aus der Praxis der Rechtsprechung selbst Anhaltspunkte für eine Perpetuierung von Stereotypen oder Klischees über Juden ergeben. So wurde jüngst im Zusammenhang mit der Entscheidungspraxis der Sozialgerichte in „Ghettorenten"-Fällen der Umgang der Richter mit Opferbiographien als zum Teil oberflächlich und unangemessen kritisiert.[18] Es wäre nach Ansicht des unabhängigen Expertenkreises durchaus lohnend, der Frage nachzugehen, ob sich gegebenenfalls in den verschiedenen Zweigen der Rechtsprechung bestimmte verfestigte Vorstellungen von Juden und jüdischem Leben nachweisen lassen.

1.2. Polizei

In Bezug auf Präventionsmaßnahmen bei der Polizei weisen mehrere Innenministerien der Länder darauf hin, dass dem Phänomen Antisemitismus eine gesonderte Rolle zukomme. Dies bestätigt sich in einigen Bundesländern einerseits durch die explizite Nennung antisemitisch motivierter Straftaten, die im Kontext der Aus- und Fortbildungen von Polizeibeamten als Gesprächsanlass genutzt werden. So geht die Bayerische Polizei ausdrücklich auf den geplanten Anschlag anlässlich der Grundsteinlegung für das jüdische Kulturzentrum in München 2003 ein,[19] und bei der Rheinland-Pfälzischen Polizei werden die „Übergriffe auf die Synagogen in Worms im Mai 2010 und in Mainz am 30. Oktober 2010"[20] genannt. Gleichzeitig ist jedoch schwer zu beurteilen, ob und inwiefern die unterschiedlichen Behörden Antisemitismus als spezifische Erscheinungsform menschenfeindlicher Einstellungen behandeln. In der Regel wird das Phänomen der „Politisch Motivierten Kriminalität" (PMK) zugeordnet, in einem Fall im Themengebiet „antisemitisch" gesondert ausgewiesen, mehrfach dem Bereich „Rechtsextremismus" zugeordnet sowie einmal unter dem Oberbegriff „Hasskriminalität" beziehungsweise dem Bereich „PMK – rechts" subsumiert. Diese Zuordnung erschwert die Feststellung, ob die Erklärungs- und Definitionsansätze für Antisemitismus, anhand derer Präventionsmaßnahmen ausgerichtet sind, sich von denen zu Rassismus oder Xenophobie unterscheiden. Ähnlich unspezifisch sind die für die Thematisierung von Antisemitismus genannten Kontexte. So ist vielfach von der Aufgabe der Polizeibeamten die Rede, für die „Achtung und Wahrung der unantastbaren Menschenwürde" einzutreten. So wichtig diese Aufgabe prinzipiell ist, so unpräzise ist sie jedoch im Hinblick auf die Frage formuliert, wie Antisemitismus definiert und mit welchen Mitteln er bekämpft werden soll.

Die Bekämpfung und Prävention antisemitischer Einstellungen erfolgt bei der Polizei, wie in fast allen relevanten Instanzen, mehrheitlich im Kontext historischer Bildung. Je nach Bundesland wurden Kooperationen mit den Gedenkstätten Dachau, Neuengamme und der Gedenkstätte SS-Sonderlager/KZ Hinzert geschlossen, sodass die angehenden Polizisten während ihrer Ausbildung diese Orte besuchen. Die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Thema in den letzten Jahren ist jedoch auch daran zu erkennen, dass einzelne Innenministerien für die Aus- und Fortbildung ihrer Polizei Kooperationen mit Einrichtungen geschlossen haben, die vorwiegend zu aktuellen Formen des Antisemitismus arbeiten.[21]

Mehrere Innenministerien verfolgen eine integrative Aufgabenwahrnehmung und verzahnen Präventions- und Repressionsmaßnahmen sowie Opferschutz. Dies führt in vielen Fällen zu Kooperationen mit Schulen, im Rahmen derer Aufklärungsmaßnahmen und konkrete Gewaltpräventionsprojekte durchgeführt werden.

1.3. Parteien

Um den Stellenwert des Themas Antisemitismus bei den Parteien zu erfassen, wurden sämtliche im Bundestag vertretenen Parteien schriftlich befragt. Antworten, die in Gehalt und Länge allerdings deutlich differierten, sind von der CDU, der CSU, der SPD sowie der Partei „Die Linke" eingegangen. Von Seiten der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erfolgte auf die mehrfachen Anfragen des unabhängigen Expertenkreises keine Reaktion, obwohl bekannt ist, dass sich Vertreter beider Parteien aktiv gegen Antisemitismus engagieren.

Die Christlich Demokratische Union
Die CDU verweist in ihrem Antwortschreiben darauf, dass Antisemitismus von der Partei regelmäßig verurteilt würde. Die Benennung und Bewertung antisemitischer Vorfälle sei darüber hinaus einschlägigen Pressemitteilungen, Politiker-Statements sowie der CDU-Homepage[22] zu entnehmen.[23] In diesem Zusammenhang versteht die

[18] U. a. Stephan Lehnstaedt, Ghetto-„Bilder". Historische Aussagen in Urteilen der Sozialgerichtsbarkeit, in: Jürgen Zarusky (Hrsg.), Ghettorenten. Entschädigungspolitik, Rechtsprechung und historische Forschung, München 2010, S. 89–100; Constantin Goschler, Ghettorenten und Zwangsarbeiterentschädigung. Verfolgungsnarrative im Spannungsfeld von Lebenswelt und Recht, in: Zarusky, Ghettorenten, S. 101–111.

[19] Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums des Innern vom 21. Dezember 2010.

[20] Schreiben vom Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz vom 5. Januar 2011.

[21] Zu nennen sind hier das Berliner und das Brandenburgische Innenministerium, die unter anderem in Kontakt mit dem American Jewish Committee, dem Zentrum für Antisemitismusforschung und dem Moses-Mendelssohn-Zentrum stehen; Schreiben des Polizeipräsidiums in Berlin vom 5. Januar 2011 und des Ministeriums des Innern des Landes Brandenburg vom 11. Januar 2011. Schulungen der Berliner Polizei wurden etwa zu den Themen Al-Quds-Tag und Nahostkonflikt angeboten.

CDU Antisemitismus als Teilmenge des politischen Extremismus und verweist auf ihr Grundsatzprogramm: Man wehre sich „gegen jede Form von Intoleranz, Extremismus und Gewalt. Es ist für uns selbstverständlich, dass wir antisemitische Äußerungen aufs Schärfste verurteilen und jede Form von Antisemitismus politisch bekämpfen. Diese Auffassung spiegelt sich auch im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP wider, wonach wir uns dazu bekannt haben, dass wir Extremisten jeder Art, sei es Links- oder Rechtsextremismus, Antisemitismus oder Islamismus, entschlossen entgegentreten."[24]

Die Christlich Soziale Union

Analog zur CDU benennt die CSU die Vereinbarung im Koalitionsvertrag zum Umgang mit sämtlichen Formen des politischen Extremismus. Auch die CSU verweist auf ihr Grundsatzprogramm, in dem das im „Christentum mit seinen jüdischen Wurzeln" begründete Menschenbild der Partei benannt wird.[25] Aus diesem resultiere, dass es für Antisemitismus – „wie jede Form von Extremismus" – keinen Platz gebe; er werde „schärfstens verurteilt und politisch bekämpft".[26] Darüber hinaus betont die CSU, dass die Bekämpfung des Antisemitismus das Regierungshandeln bestimme und dass die Einrichtung des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus eine Folge davon sei.[27]

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Die SPD betont in ihrem Antwortschreiben, dass der Kampf gegen Antisemitismus und Rechtsextremismus eine staatliche und gesellschaftliche Aufgabe sein müsse und dass deren Prävention nicht als ein zeitlich begrenztes Projekt, sondern als eine dauerhafte und möglichst institutionalisierte Aufgabe zu behandeln sei. Diesbezüglich verweist sie auf ihre Veranstaltungen zum Antisemitismus. Hierzu gehörten etwa Workshops wie „Antisemitismus entgegentreten", die den historischen und den aktuellen Antisemitismus ebenso thematisierten wie den „sekundären Antisemitismus, Antizionismus und Verschwörungstheorien"[28] und die die Seminarteilnehmer mit unterschiedlichen Methoden zur Selbstreflexion anregen sollten. Auf lokaler Ebene würden SPD-Ortsvereine zudem das Verlegen von Stolpersteinen initiieren und Synagogen besuchen.

Antisemitische Vorfälle innerhalb der SPD seien nicht bekannt. Der Gesprächskreis gegen Rechtsextremismus sowie die Zukunftswerkstätten Integration und Demokratie thematisierten neben Antisemitismus noch andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Im Hinblick auf Netzwerke und Kooperationen zur Anti-Antisemitismusarbeit sei die SPD in der beim Berliner Büro des American Jewish Committee angesiedelten „Task Force Education und Antisemitism" vertreten und arbeite mit der Amadeu Antonio Stiftung intensiv zusammen.[29] Darüber hinaus biete die parteinahe Friedrich-Ebert-Stiftung sowohl ein umfangreiches, langjähriges Programm zur „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus" als auch Konferenzen zum Antisemitismus an, deren Ergebnisse in zahlreichen Publikationen veröffentlicht sind.[30] Ferner veranstalte die SPD einschlägige Podiumsdiskussionen und Lehrerfortbildungen zum Antisemitismus.

Die Linke

„Die Linke" betont in ihrem Antwortschreiben, dass Antisemitismus durch die antifaschistische Tradition der Partei seit längerem ein Thema sei und dass man sich mit dem Phänomen vielfältig auseinandersetze. So werde Antisemitismus „in den Strukturen und Arbeitszusammenhängen der Partei bearbeitet, die sich auch mit den Themen Rechtsextremismus oder Rassismus beschäftigen".[31] Darüber hinaus sähe die Bundestagsfraktion der Linken Antisemitismus als ein „eigenständiges, differenziertes und zahlreiche Facetten umfassendes Phänomen". Hierzu gehörten sowohl der Nationalsozialismus als

22 Eine am 10. März 2011 auf www.cdu.de zum „Antisemitismus" durchgeführte Stichwortsuche ergab jedoch keinen Treffer.

23 E-Mail vom 11. Januar 2011 sowie eine ausführlichere Stellungnahme vom 29. April 2011, in der es heißt: „Die CDU tritt jeder Form von Antisemitismus und Vergleichen, welche die Ungeheuerlichkeit der Shoa verharmlosen, oder der Infragestellung der Existenz Israels entgegen." Darüber hinaus wird darauf verwiesen, dass die CDU sich dafür einsetze, dass die „Gefahr des Antisemitismus und die Geschichte des Staates Israel in den Lehrplänen behandelt" wird. In der Anlage werden Veranstaltungen der Konrad-Adenauer-Stiftung genannt, die zum Themenkomplex Antisemitismus durchgeführt wurden.

24 Ebenda.

25 Schreiben des Hauptgeschäftsführers der CSU vom 27. Januar 2011.

26 Ebenda.

27 Ebenda.

28 E-Mail des SPD-Parteivorstands vom 17. Januar 2011.

29 Ebenda.

30 Hierzu gehörten etwa die am 15. September 2010 in Berlin zusammen mit dem „Jüdischen Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus" veranstaltete Fachtagung „Antisemitismus heute – Forschungsstand und aktuelle Tendenzen" sowie die Konferenz „Virtuelle Vernetzung des Rechtsextremismus" – Was tun? am 30. Mai 2011. Siehe zu weiteren Veranstaltungen: http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de beziehungsweise zu den Publikationen http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/inhalte/Publikationen.php [beide eingesehen am 5. Mai 2011].

31 E-Mail der Bundesgeschäftsstelle vom 24. Februar 2011; Konkret Bezug genommen wird auf den Rundbrief der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG), in dem regelmäßig Artikel zu historischem und aktuellem Antisemitismus abgedruckt sind. Neben der BAG gibt es innerhalb der Linksjugend den Bundesarbeitskreis Shalom, der sich regelmäßig mit Antisemitismus befasst.

auch der Antisemitismus im Kontext des israelisch-palästinensischen Konflikts sowie im Extremismusbereich des Islamismus. Zudem habe „Die Linke“ die Bekämpfung des Antisemitismus 2009 in ihr Wahlprogramm aufgenommen.[32] Aufklärung und Prävention würden darüber hinaus seitens der parteinahen Rosa-Luxemburg-Stiftung und in Form von Publikationen verschiedener Arbeitskreise betrieben. Innerhalb der Parlamente versuche die Stiftung, dem Thema durch diverse parlamentarische Initiativen mehr Öffentlichkeit zu verschaffen. Hierzu gehörten regelmäßige kleinere und größere Anfragen zu antisemitischen Straftaten, Schändungen jüdischer Friedhöfe oder auch zur „Holocaust-Erziehung“ und zur deutsch-israelischen Schulbuchkommission.[33] Auf politischer Ebene fordere „Die Linke“ zudem seit längerem die Schaffung einer Beobachtungsstelle zum Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Ferner organisiere sie Konferenzen zum Umgang mit Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus[34] und beteilige sich an einer überparteilichen Arbeitsgruppe des Bundestages zur Bekämpfung des Antisemitismus, die den gemeinsamen Antrag „Den Kampf gegen Antisemitismus verstärken, jüdisches Leben fördern“ erarbeitet habe.

Da zur Prävention gegen Antisemitismus auch die „historische Erinnerung an die Erfahrung des Faschismus“[35] gehöre, habe die Fraktion ferner Initiativen ergriffen, die zum Erhalt der NS-Gedenkstätten beitragen sollen. Schließlich verweist die Partei auf ihre Auseinandersetzung mit im Zuge der Weltwirtschaftskrise verstärkt benutzten antisemitischen Stereotypen sowie auf „die Frage der Israelkritik und wo hier die Grenzen verlaufen“.[36] Im Hinblick auf andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit betreibe „Die Linke“ zwei Querschnitts-AGs zum „Rechtsextremismus“ und zur „Demokratisierung der Demokratie“. Darüber hinaus unterhielten Fraktionsvertreter Kontakte zu einschlägigen, mit der Bekämpfung des Antisemitismus befassten Institutionen.[37]

Auch wenn „Die Linke“ sich im Bereich der Bekämpfung des Antisemitismus stark engagiert, so werden doch immer wieder problematische Äußerungen aus den Reihen der Partei bekannt. In jüngster Zeit sind zwei Ortsverbände der „Linken“ durch Boykottaktionen gegen Israel aufgefallen, die nicht frei von antisemitischen Konnotationen waren. Das Bremer Friedensforum rief am 11. März 2011 zum Boykott gegen Israel mit einer Demonstration vor einem Supermarkt auf.[38] In Duisburg befand sich jahrelang ein Flugblatt auf der Homepage des Jugendverbands „solid“, das mit der Abbildung eines Davidsterns, in den ein Hakenkreuz verwoben ist, gegen Israel hetzte und zum Boykott aufrief. Die Vorlage dieses Flugblattes stammt von der antisemitisch-islamistischen Homepage „Radio-Islam“. Nachdem das hetzerische Plakat auf der Homepage im April 2011 in die Kritik geriet, wurde es von der Seite gelöscht.[39] Bundestagsabgeordnete der Partei „Die Linke“ waren auch an der Gaza-Flottille beteiligt. Obwohl sich Teile der Linkspartei und der Parteivorstand deutlich gegen solche antizionistischen Äußerungen positionieren, müsste eine intensivere Auseinandersetzung innerhalb der Partei über Positionen geführt werden, die eine Grenze zwischen legitimer Israelkritik und Antisemitismus überschreiten.[40] Aufgrund einer neuen Abhandlung[41] zu antisemitischen und israelfeindlichen Positionen in der Linkspartei wurde am 25. Mai 2011 auf Antrag der CDU/CSU und FDP eine „Aktuelle Stunde“ im Deutschen Bundestag abgehalten.[42]

[32] Antisemitismus wurde dem Kapitel 4.5. „Den Feinden entschieden entgegentreten“ zugeordnet.

[33] Ebenda. Hier wird darüber hinaus auf Gespräche mit Vertretern von Yad Vashem oder dem Anne Frank Zentrum verwiesen, bei denen es um die Vermittlung von Wissen zu Antisemitismus und der Shoah, insbesondere an Jugendliche mit Migrationshintergrund, ging.

[34] 24./25. Januar 2009, Konferenz in Berlin „Gemeinsam gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus – Für Demokratie, Vielfalt und Toleranz“, organisiert von der Bundestagsfraktion und der Abgeordnetenhausfraktion.

[35] Ebenda.

[36] Ebenda.

[37] Genannt sind: Amadeu Antonio Stiftung, Anne Frank Zentrum, Moses-Mendelssohn-Zentrum, Zentrum für Antisemitismusforschung, zahlreiche NS-Gedenkstätten, Träger und Projekte der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus, Jüdische Gemeinde in Berlin, Zentralrat der Juden, weitere jüdische Einrichtungen, Internationale parlamentarische Koalition zur Bekämpfung des Antisemitismus (ICCA).

[38] http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/debatte/kommentare/bremer-linke-wollen-israel-durch-boykott-reinigen7654 [eingesehen am 4. Mai 2011].

[39] http://www.abbc.net/boycott-israel/flugblatt.pdf [eingesehen am 4. Mai 3011].

[40] Gegenpositionen finden sich unter anderem beim Bundesarbeitskreis Shalom der Linksjugend ['solid]. Pressemitteilung, 19. Mai 2011, „Parteiführung muss endlich konsequent handeln! – Genossinnen und Genossen dürfen Antisemitismus in der eigenen Partei nicht dulden!“, unter anderem wird dort Folgendes bemerkt: „Bereits vor zwei Wochen haben wir in einem Brief an die Partei- und Fraktionsführung auf die in den letzten Monaten extrem angestiegenen antisemitischen Vorfälle in der Partei hingewiesen. Bis heute haben wir keinerlei offizielle Rückmeldung erhalten. Dies ist symptomatisch für den Umgang mit der Problematik des Antisemitismus von links: Zwar werden solche Vorfälle immer wieder durch Teile der Parteiführung klar kritisiert, eine genaue Analyse der Problematik und konkrete Auseinandersetzung findet allerdings bis heute nicht statt.“, http://bak-shalom.de/index.php/2011/05/20/parteifuhrung-muss-endlich-konsequent-handeln [eingesehen am 25. Mai 2011].

1.4. Schule

Angesichts der großen Zahl an Projekten, die von einzelnen Schulen, oder sogar nur einzelnen Schulklassen, im Kontext von Antisemitismus durchgeführt oder wahrgenommen werden, ist eine realistische Bestandsaufnahme in diesem Feld im Rahmen dieses Berichts schlicht unmöglich. So gehören beispielsweise 840 Schulen dem Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ an, einem Zusammenschluss, der explizit auch das Thema Antisemitismus aufgreift. In der Internetpräsenz im Abschnitt „10 Fragen zum Projekt“ heißt es: „Deshalb nehmen wir zum Beispiel den Antisemitismus oder die Homophobie eines (alt)deutschen Jugendlichen genauso ernst wie den eines Jugendlichen mit türkischen oder arabischen Wurzeln.“ Adressaten von Präventionsprojekten von Initiativen wie die der Amadeu Antonio Stiftung, der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus, der Landes- und Bundesjugendringe oder anderer Träger außerschulischer historischer Bildung sind im Wesentlichen Schulen (→ Vielfalt Programm). Aus diesem Grund muss sich die Bestandsaufnahme auf Aussagen übergeordneter Institutionen wie der Kultusministerkonferenz beschränken. Auch hier ist die Bereitschaft zur Auseinandersetzung und Prävention mit und von Antisemitismus festzustellen. Obwohl die Kultusministerkonferenz in der Regel keine konkreten Richtlinien für die Ausgestaltung von Unterricht oder Aus- und Fortbildungen der Lehrkräfte herausgibt,[43] bringt sie sich mit Empfehlungen und Erklärungen in die Diskussion ein und beteiligt sich mit Partnerorganisationen an der Ausrichtung von Tagungen, in denen sich Schulpersonal qualifizieren kann. Speziell im Hinblick auf Antisemitismus wurde zum Beispiel gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung im November 2007 die Tagung „Antisemitismus und Rechtsextremismus im Unterricht – Inhalte des Lernens und Herausforderungen für den Schulalltag“ durchgeführt. Auf Länderebene richten sich Initiativen wie „Tolerantes Brandenburg“ oder „Werte machen stark“ an Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler.

Antisemitismus als spezifisches Problem wird sehr unterschiedlich thematisiert. Orientiert man sich an den Internetpräsenzen der Initiativen, ist festzustellen, dass zum Beispiel bei „Tolerantes Brandenburg“ unter dem Stichwort mehrfach Einträge zu finden sind, bis hin zu einer Broschüre zu „Argumentationsmustern im rechtsextremistischen Antisemitismus“,[44] während sich bei dem Programm „Werte machen stark“ erst durch verzweigtes Suchen auf Seite 198 von 320 Seiten im Bereich „Konkrete Umsetzungshilfe zur Werteerziehung an Schulen“, unter dem Stichwort externe Ausstellungen, der Hinweis „Antisemitismus heute (eine Ausstellung der Amadeu Antonio Stiftung Berlin)“ findet.[45]

Da alle Länderinitiativen eine Demokratisierung der Gesellschaft zum Ziel haben und von daher möglichst vielen undemokratischen Denk- und Verhaltensweisen entgegentreten wollen, werden häufig die zu bekämpfenden Phänomene unterschiedlich benannt und bewertet. Auch im schulischen Kontext wird Antisemitismus mehrheitlich nicht als eigenständiges Phänomen gesehen, sondern unter andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit subsumiert.

Inzwischen wurden von verschiedenen internationalen und nationalen Organisationen mehrere Unterrichtsmaterialien zum Thema Antisemitismus erstellt. So haben etwa das OSZE-Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) und das Anne Frank House in Amsterdam in Zusammenarbeit mit Experten aus sieben Ländern (Niederlande, Deutschland, Polen, Ukraine, Dänemark, Litauen, Kroatien) in den Jahren 2005 bis 2007 Unterrichtsmaterialien erarbeitet, die sich mit verschiedenen Aspekten des Antisemitismus (die insgesamt drei Themenhefte behandeln „Antisemitismus in Geschichte und Gegenwart“; „Antisemitismus – immer noch?“; „Vorurteile. You 2?“) beschäftigen und vor allem auch aktuelle Formen des Phänomens thematisieren. Die deutsche Ausgabe dieser Arbeitshefte wurde vom Zentrum für Antisemitismusforschung in Berlin und dem Fritz

[41] Samuel Salzborn/Sebastian Voigt, Antisemiten als Koalitionspartner? Die Linkspartei zwischen antizionistischem Antisemitismus und dem Streben nach Regierungsfähigkeit, http://www.fr-online.de/blob/view/-/8467798/data/5567673/-/Studie+Antisemitismus+in+der+Linkspartei.pdf [eingesehen am 25. Mai 2011].

[42] Bundestagsdebatte am 25. Mai 2011, Plenarprotokoll 17/110, S. 12548–12584, http://www.bundestag.de/dokumente/protokolle/plenarprotokolle/17110.pdf [eingesehen am 26. Mai 2011]. Die Fraktion der Partie „Die Linke“ hat – nach stundenlangen Debatten – am 7. Juni 2011 ein Grundsatzpapier verabschiedet, das sich mit der Formulierung „Rechtsextremismus und Antisemitismus haben in unserer Partei heute und niemals einen Platz“ klar von antisemitischen Positionen distanziert. Weiter heißt es in dem Papier: „Wir werden uns weder an Initiativen zum Nahost-Konflikt, die eine Ein-Staaten-Lösung für Palästina und Israel fordern, noch an Boykottaufrufen gegen israelische Produkte noch an der diesjährigen Fahrt einer ‘Gaza-Flottille‘ beteiligen.“ Pressemitteilung der Partei Die Linke vom 8. Juni 2011, http://www.die-linke.de/nc/dielinke/nachrichten/detail/zurueck/aktuell/artikel/entschieden-gegen-antisemitismus [eingesehen am 9. Juni 2011]. Eine Reihe von Abgeordneten entzog sich allerdings der Abstimmung und verließ den Raum; Die Welt vom 9. Juni 2011.

[43] Schreiben der Kultusministerkonferenz vom 13. Dezember 2010.

[44] Liste der Veröffentlichungen auf der Homepage: http://www.tolerantes.brandenburg.de/sixcms/detail. php?template= titelregister_tbb [eingesehen am 26. Januar 2011].

[45] http://www.km.bayern.de/eltern/erziehung-und-bildung/werte.html [eingesehen am 26. Januar 2010 und 10. März 2011].

Bauer Institut in Frankfurt a. M. entwickelt. Das Unterrichtsmaterial besteht aus drei Bausteinen und einer Lehrerhandreichung und wird von der Bundeszentrale für politische Bildung kostenlos vertrieben.[46] Gefördert von „entimon" und der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft" sowie dem Cornelsen Verlag entstand 2009 die DVD-Rom „Gegen Antisemitismus", eine Software für den Unterricht.[47] Das Anne Frank House Amsterdam veröffentlichte 2008 die deutsche Fassung eines Handbuchs mit dem Titel „‚Alle Juden sind…'. 50 Fragen zum Antisemitismus", das auch als Handreichung für Lehrerfortbildungen, insbesondere des Berliner Anne Frank Zentrums, dient.

Im Rahmen einer Reihe von Modellprojekten des Bundesprogrammes wurden weitere Materialien erarbeitet, die in Schulen und im außerschulischen Bildungsbereich eingesetzt werden.

Am 4. November 2008 beschloss der Deutsche Bundestag, den Antrag der Parteien mit dem Wortlaut „Den Kampf gegen Antisemitismus verstärken, jüdisches Leben in Deutschland weiter fördern" anzunehmen,[48] auf dem auch die Gründung des unabhängigen Expertenkreises beruht. Er beinhaltete auch die Forderung an die Bundesregierung, für die Erweiterung der „Lehrpläne in Schulen um Themen zum jüdischen Leben, zur jüdischen Geschichte und zum heutigen Israel"[49] zu werben.

Wie die bisherige Umsetzung des Beschlusses erfolgte, beantwortet ein Schreiben der Kultusministerkonferenz, das eine Übersicht zu den Bundesländern gibt.[50] Demnach sind die Themenfelder „jüdisches Leben", „jüdische Geschichte" und „heutiges Israel" feste Bestandteile in (fast) allen[51] Lehrplänen und werden vorwiegend im Religionsunterricht und in den Fächern Politik, Ethik und Geschichte behandelt. Vor allem im Geschichtsunterricht überwiegt die Thematisierung jüdischen Lebens und jüdischer Geschichte im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus und der „besonderen Verantwortung Deutschlands für Israel". Auch bei den aufgeführten Kooperationen von Schulen mit Gedenkstätten und jüdischen Gemeinden oder Lehrerfortbildungen (zum Beispiel Yad Vashem) liegt der Fokus primär auf dem Zeitraum bis 1945, also dem Holocaust. Obwohl die einzelnen Länder die Vermittlung einer demokratischen Grundhaltung, die Erziehung zur Toleranz und die Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus zu ihren wichtigsten Zielen erklären, benennen nur sieben ausdrücklich die Auseinandersetzung mit Antisemitismus im Schulunterricht, und zwei weitere (Berlin und Brandenburg) geben zumindest an, Aktivitäten gegen Antisemitismus im Rahmen zusätzlicher Projekte zu fördern.

1.5. Kirchen

In kirchlichen Zusammenhängen finden jährlich hunderte kleinerer und größerer Projekte statt, die von den Veranstaltern, einzelnen Kirchengemeinden oder kirchlichen Einrichtungen der Jugend- und Erwachsenenarbeit, unter dem Titel „Bekämpfung von Antisemitismus" gefasst werden. Darunter fallen Spurensuche-Projekte kirchlicher Jugendgruppen, Gedenkstättenbesuche von Konfirmandengruppen, Gedenkgottesdienste zum 9. November oder Zeitzeugengespräche – mit anderen Worten Veranstaltungen, die sich mit der Verfolgung der Juden während des Nationalsozialismus befassen. Angesichts der Vielzahl der Projekte ist eine Einschätzung der Wirksamkeit nach Meinung des Expertenkreises zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich. Wir beziehen uns daher hier lediglich auf Stellungnahmen übergeordneter Institutionen. So befasst sich etwa die katholische Kirche, laut Auskunft der Deutschen Bischofskonferenz, mit dem religiös begründeten Antijudaismus und dem aktuellen Antisemitismus im Kontext der Beziehungen zum Judentum und zu den jüdischen Gemeinden auf der Grundlage der Erklärung zum Verhältnis gegenüber anderen Religionen. Die sich daraus ergebende „grundsätzliche Absage an jede Form von Antijudaismus und Antisemitismus gilt für alle kirchlichen Handlungsfelder, insbesondere auch für die Verkündigung, die Katechese

[46] In der deutschen Fassung wurden die drei Thementeile zu einem Heft zusammengefasst, http://www.bpb.de/publikationen/UAHJQ8,0,Antisemitismus_in_Europa_Arbeitsmaterialien.html [eingesehen am 5. Mai 2011] sowie die Handreichungen für Lehrkräfte, http://www.bpb.de/publikationen/V294LR,0,Antisemitismus_in_Europa_Handreichungen_f%FCr_Lehrkr%E4fte.html [eingesehen am 5. Mai 2011]. Die Lehrerfortbildungen mit dem Material hat im Wesentlichen das Anne Frank Zentrum Berlin durchgeführt.

[47] Die Unterrichtssoftware „Gegen Antisemitismus" wurde 2009 mit dem „digita"-Preis in der Kategorie „Allgemein bildende Schule, Klasse 11–13" ausgezeichnet und erhielt im gleichen Jahr den „Erasmus EuroMedia Award 2009" in der Kategorie „Special Award for Education & Ethics". Erarbeitet wurde die DVD-Rom vom Zentrum für Antisemitismusforschung im Rahmen des Projekts „Fit Machen für Demokratie – Jugendliche setzen sich mit Antisemitismus auseinander", das vom Landesinstitut für Schule und Medien, Berlin-Brandenburg, vom Berliner Büro des American Jewish Committee und vom Zentrum für Antisemitismusforschung, TU Berlin in den Jahren 2005 bis 2007 durchgeführt wurde.

[48] Bundestagsdrucksachen 16/10775 (neu) und 16/10776.

[49] Bundestagsdrucksachen 16/10775 (neu) und 16/10776 Beschlussziffer III.3.

[50] Schreiben der Kultusministerkonferenz an das Bundesministerium des Innern vom 7. April 2011.

[51] Die Antworten aus Nordrhein-Westfalen und dem Saarland lagen bis Redaktionsschluss nicht vor; Schreiben der Kultusministerkonferenz an das BMI vom 7. April 2011.

(Glaubensunterweisung) und den Religionsunterricht in der Schule“.[52] Die Deutsche Bischofskonferenz ist sich zudem bewusst, dass sich aus der Geschichte der Shoah eine besondere Verantwortung der Kirchen für den christlich-jüdischen Dialog ergibt. Vor diesem Hintergrund wird besonderer Wert auf die Vermittlung von Kenntnissen über das Judentum und das christlich-jüdische Verhältnis im Religionsunterricht gelegt, was die Auseinandersetzung mit der Geschichte des christlichen Antijudaismus und der Shoah einschließt.[53] Innerhalb der katholischen Kirche gibt es ferner ein großes Engagement in Bezug auf andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Gleichzeitig ist – zumindest auf dieser institutionellen Ebene – eine eindeutige Definition von Antisemitismus vorhanden. So wird beispielsweise auf die Frage des unabhängigen Expertenkreises zu Diskussionen um antisemitische Sachverhalte im katholisch-kirchlichen Umfeld ausführlich auf die durch den Piusbruder Richard Williamson (→ **Tradierung antisemitischer Stereotype durch gesellschaftliche Sozialisationsinstanzen**) ausgelösten Debatten eingegangen.

In der evangelischen Kirche, so das Kirchenamt der EKD in seiner Antwort an den Expertenkreis, wird das Thema Antisemitismus auf der Ebene der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), der Union Evangelischer Kirchen (UEK) und der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche in Deutschland (VELKD) im gemeinsam getragenen Ausschuss „Kirche und Judentum“ behandelt. Die Fragen des unabhängigen Expertenkreises werden mehrheitlich mit Bezug auf dieses Gremium beantwortet und wenig auf die Institution evangelische Kirche als Ganzes bezogen. Der Ausschuss habe die Aufgabe, den Kontakt zu jüdischen Gemeinden und zum Präsidium des Zentralrats der Juden in Deutschland zu pflegen sowie den christlich-jüdischen Dialog zu fördern, letzteres insbesondere durch Publikationen und Stellungnahmen.[54] So habe der Ausschuss im Jahr 2006 einen Flyer mit dem Titel „Antisemitismus – Wir haben etwas dagegen!“ veröffentlicht, der vor allem an junge Leute gerichtet ist. In kurzen prägnanten Texten, die den Lesegewohnheiten vieler Jugendlicher entgegenkommen sollen, wird auf den christlichen Antisemitismus, aber auch auf Antisemitismus im Kontext des Nahostkonflikts eingegangen. Anders als in vielen anderen Publikationen wird der rassistische Antisemitismus im Nationalsozialismus nur am Rande gestreift und damit deutlich, dass der Ausschuss sehr wohl die Besonderheiten des aktuellen Antisemitismus erkennt. Ergänzt werden die Informationen mit knappen allgemeinen Aussagen etwa zur Entstehung von Vorurteilen.[55]

Das Thema Antisemitismus würde nicht unter andere Themen wie Rassismus und Rechtsextremismus subsumiert, da der Ausschuss „Kirche und Judentum“ sich in seiner Arbeit ständig mit den unterschiedlichen Erscheinungsformen des Phänomens auseinandersetzen müsse, so die Antwort an den Expertenkreis. Dennoch gäbe es auf der Ebene des Gremiums weder gesonderte Maßnahmen, um präventiv gegen Antisemitismus beziehungsweise antisemitische Äußerungen im Kontext der Kirche vorzugehen, noch besondere Projekte mit „umerzieherischem Charakter“[56]. Man gehe in Bezug auf Prävention gegen Antisemitismus davon aus, dass „es sie sicher in einzelnen Gliedkirchen“ gäbe.[57] Beispiele für antisemitische Vorfälle, die im Rahmen der Ausschussarbeit diskutiert wurden, gäbe es nicht.

Die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche weist in ihrer Antwort darauf hin, dass sie „versucht, in all ihren Arbeitsbereichen die Gefahr des Antisemitismus im Blick zu behalten“.[58] Das beträfe beispielsweise die liturgische Arbeit, in der Erkenntnisse aus dem jüdisch-christlichen Dialog berücksichtigt würden. Auch wird der Flyer gegen Antisemitismus des Ausschusses „Kirche und Judentum“ von 2006 erwähnt. Im Jubiläumsjahr der Reformation 2017, so heißt es abschließend, plane man, das „Luthertum und Judentum“ unter theologischen und historischen Aspekten zu behandeln.[59]

[52] Schreiben der Deutschen Bischofskonferenz vom 20. Oktober 2010.

[53] Nach Art. 7 Abs. 3 GG werden Inhalte und Ziele des Religionsunterrichts von der Kirche mitverantwortet. Expliziter Hinweis im oben genannten Schreiben der Bischofskonferenz.

[54] Kirchenamt der EKD, Schreiben vom 25. Februar 2011.

[55] Siehe http://www.ekd.de/download/antisemitismus.pdf [eingesehen am 30. März 2011].

[56] Dieser Begriff stammt aus den Fragen des Expertenkreises.

[57] Kirchenamt der EKD, E-Mail vom 25. Februar 2011.

[58] Schreiben der VELKD vom 22. Februar 2011.

[59] Ebenda.

[60] Deutsche Sportjugend (Hrsg.), Eine Frage der Qualität: Vereine und Verbände stark machen – zum Umgang mit Rechtsextremismus im und um den Sport, Frankfurt a. M. 2009, S. 11; Deutscher Fußball-Bund (Hrsg.), Gegen Extremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Fußballstadien. Für Toleranz und Fairness, o. O. 2008, S. 5; Deutsche Jugendfeuerwehr (Hrsg.), Jugendfeuerwehren strukturfit für Demokratie. Eine Dokumentation, Berlin 2010, S. 4; Deutsche Jugendfeuerwehr (Hrsg.), Demokratie steckt an. Trainingshandbuch für die JuLeiCa-Ausbildung und den Jugendfeuerwehralltag, Berlin 2010, S. 36.

1.6. Vereine

Sportvereine
Die Attraktivität hierarchischer Vereinsstrukturen für rechtsextreme Personen und deren Versuche, vor allem Sportveranstaltungen und -vereine zu unterwandern, sind zumindest auf der Ebene der bundesweit agierenden Dachverbände ein kritisch beobachtetes Phänomen.[60] Jedoch sehen sich insbesondere kleinere Vereine häufig außerstande, gegen rechtsextreme Personen vorzugehen oder sich mit rassistischen, antisemitischen oder sexistischen Äußerungen in den eigenen Reihen auseinanderzusetzen. Dafür gibt es verschiedene Gründe: Vor allem Sportvereine berufen sich auf ihre unpolitische Ausrichtung, andere nehmen das Problem mitunter gar nicht wahr, sie verkennen zum Beispiel die Gefahr, die von einzelnen Akteuren ausgeht, und definieren antisemitische oder rassistische Vorfälle als „Ausrutscher". Oftmals fehlen auch die personellen und finanziellen Mittel, um sich neben der regulären Vereinsarbeit noch zusätzlichen Maßnahmen zu widmen. Ferner kann mangelnde Kompetenz und Unsicherheit dazu führen, dass Missstände nicht thematisiert werden. Außerdem fehlte vor allem in der Vergangenheit die notwendige Kenntnis über mögliche Maßnahmen, sodass zum Beispiel vorhandene Angebote nicht wahrgenommen, vorliegende Materialien nicht angefordert oder Schulungen und Fortbildungen nicht angemeldet wurden.[61]

Diese Defizite veranlassten die Deutsche Sportjugend zur Veröffentlichung einer Broschüre mit dem Titel „Eine Frage der Qualität: Vereine und Verbände stark machen – zum Umgang mit Rechtsextremismus im und um den Sport". Darin finden sich unter anderem Literaturhinweise sowie Adressen zu Internetangeboten und Beratungsnetzwerken, in deren Fokus zwar der Rechtsextremismus steht, aber der Antisemitismus als integraler Bestandteil rechtsextremistischer Ideologie mit erfasst ist. Enthalten sind zudem zahlreiche praktische Hilfsmittel wie rechtliche Ratgeber für Vereine, eine Liste zur Erkennung einschlägiger Symbole und Codes sowie pädagogische Tipps, die sich direkt an Multiplikatoren wenden. Wie eine erfolgreiche Arbeit zum Rechtsextremismus im Kontext der Vereinsarbeit aussehen kann, wird exemplarisch an verschiedenen Projekten vorgestellt: Hierzu gehören die Mobilen Interventionsteams gegen Rechtsextremismus im Sport, die im Rahmen des Bundesprogramms „kompetent. für Demokratie" gegründet wurden,[62] das vom Deutschen Fußball-Bund und dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gemeinschaftlich geförderte Projekt „Am Ball bleiben – Fußball gegen Rassismus und Diskriminierung",[63] die von der Thüringer Sportjugend initiierte Beratungs- und Koordinierungsstelle für Gewaltprävention und gegen Extremismus im Sport,[64] die jährlich stattfindenden „Internationalen Wochen gegen Rassismus"[65] und die von der Wochenzeitung „Die Zeit" gegründete und aktiv vom Deutschen Olympischen Sportbund und der Deutschen Sportjugend unterstützte Internetplattform www.netz-gegen-nazis.de.[66]

Schwerpunkt Fußball
Verstärkte Kontrollen in den Stadien führten zusammen mit der veränderten Besucherstruktur und der in den letzten Jahren angestiegenen Zahl sozialpädagogischer Maßnahmen dazu, dass offen geäußerter Rassismus und Rechtsextremismus im Kontext der Bundesliga stark zurückgegangen ist.[67] Jedoch sind trotz dieser zu beobachtenden Entwicklung rassistische, fremdenfeindliche, rechtsextreme und antisemitische Verhaltensweisen nicht aus dem Kontext verschwunden. Aktuelle Studien weisen vielmehr darauf hin, dass sich deren Aktionsfeld in „sozial und ordnungspolitisch weniger kontrollierte Bereiche"[68] verlagert hat. Davon sind nun die An- und Abfahrtswege zu den Stadien, aber vor allem die unteren Ligen und der Amateurfuß-

[61] Deutsche Sportjugend, Eine Frage der Qualität, S. 14.

[62] Das Projekt mit Fokus auf Hessen war von 2007 bis 2010 befristet und darauf angelegt, punktuelle Veränderungen anzuregen und zu beraten. Eine dauerhafte Prozessbegleitung oder gar die notwendige Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen war nicht geplant, diese Umsetzung muss vereinsintern erfolgen. Deutsche Sportjugend, Eine Frage der Qualität, S. 107.

[63] Fachtagung und Abschlussberichte zu „Am Ball bleiben" auf: http://www.kos-fanprojekte.de/index.php?id=news-24-03-2010 [eingesehen am 2. April 2011].

[64] Daraus resultierte ein seit 2010 verpflichtender Grundlagenlehrgang zur Rechtsextremismusprävention für alle angehenden Übungsleiterinnen und -leiter des Landessportbundes Thüringen e. V.; Deutsche Sportjugend, Eine Frage der Qualität, S. 112.

[65] Die „Internationalen Wochen gegen Rassismus" entstanden als Folge einer Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen (34/24–15/11/79) aus dem Jahre 1979, in der die Mitgliedsstaaten zur jährlichen Organisation einer „Woche der Solidarität mit Gegnern und Opfern von Rassismus" aufgefordert wurden. Ebenda, S. 122 f.

[66] Ebenda, S. 124.

[67] Michaela Glaser/Gabi Elverich, Einführung: Das Handlungsfeld „Fußballsport" in der Rechtsextremismus- und Rassismusprävention, in: Michaela Glaser (Hrsg.), Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus im Fußball: Erfahrungen und Perspektiven der Prävention, Halle 2008, S. 5–15, hier: S. 6; Gunter A. Pilz, Rechtsextremismus, Rassismus und Diskriminierung im Fußballumfeld – Herausforderungen für die Prävention, in: Glaser, Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus im Fußball, S. 16–23, hier: S. 16.

[68] Ebenda.

ball betroffen, die in weitaus geringerem Maße der Beobachtung und Kontrolle durch Vereine, Polizei und Medienöffentlichkeit, aber auch durch den Deutschen Fußball-Bund unterliegen.[69]

Um erfolgreich gegen Diskriminierung und Rassismus im Fußball vorzugehen, haben sich verschiedene Träger zusammengeschlossen und gemeinsame Projekte und Maßnahmen initiiert. Dazu gehört zum Beispiel die vom „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ herausgegebene Publikation „11 Fragen nach 90 Minuten. Was tun gegen Rassismus und Diskriminierung im Fußball“, an der die Deutsche Sportjugend (dsj), das Projekt „Am Ball bleiben – Fußball gegen Rassismus und Diskriminierung“ und die „KOS – Koordinationsstelle Fan-Projekte bei der dsj“ mitgewirkt haben.[70] Ein weiteres Beispiel ist der von der Deutschen Sportjugend, in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung, erarbeitete multimediale Sprechbaukasten „KONTRA geben“[71], der Trainer und Übungsleiter bei ihrer Arbeit und im Umgang mit menschenfeindlichen Sprüchen unterstützen soll. Auch das im Rahmen eines internationalen Projekts von sieben durch die Deutsche Sportjugend koordinierten Sportverbänden entwickelte Programm „ARCTOS“ versucht anhand von Videoclips und einem Handbuch, praktische Hilfe bei der Auseinandersetzung mit Diskriminierung, Ausschluss und Mobbing zu leisten.[72]

Neben diesen Zusammenschlüssen verschiedener Träger haben sich in der jüngsten Vergangenheit der Deutsche Fußball-Bund und dessen Landesverbände besonders engagiert. Der DFB regte mehrere Maßnahmen und Projekte an, organisierte Fortbildungen zur Thematik und veröffentlichte Materialien zur Aufklärung, darunter zum Beispiel die Broschüre „Gegen Extremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Fußballstadien“,[73] die sich maßgeblich an Führungskräfte und Abschnittsleiter des Ordnungspersonals richtet. Um präventiv gegen Antisemitismus vorzugehen, betreibt der DFB durch eine enge Zusammenarbeit mit Vereinen, Fanbeauftragten und Fanprojekten Aufklärungsarbeit. Den Fanbeauftragten und Fanprojekten werden darüber hinaus regelmäßig Fortbildungsveranstaltungen angeboten. Zu diesen Maßnahmen gehören für den DFB die Teilnahme an der „FARE-Aktionswoche“[74] sowie den internationalen Wochen gegen Rassismus des interkulturellen Rats und die Teilfinanzierung des Projekts „Am Ball bleiben“. Bei letzterem geht es explizit auch um die Bearbeitung antisemitischer und antisemitisch motivierter Ausschreitungen im Rahmen des Fußballs.[75]

Zugleich stößt die Arbeit des DFB auch auf Kritik, da es mitunter an Transparenz fehlt. So sind die zahlreichen Maßnahmen im Bereich Antidiskriminierung selbst auf der Homepage des DFB nur schwer oder zum Teil gar nicht zu finden, und auch die Arbeitsgruppenberichte der Task-Force „zu Antidiskriminierung und Integration sind selbst den organisierten Fans nur in Ausnahmefällen bekannt“.[76] Dadurch kann bei einzelnen Maßnahmen mitunter der Eindruck entstehen, der Deutsche Fußball-Bund handele unkoordiniert und aktionistisch.[77]

Mit ganz anderen Problemen müssen sich Fanprojekte auseinandersetzen, die oftmals erst nach rechtsextremen Vorfällen gegründet werden und in betroffenen Vereinen, vor allem zu Beginn ihrer Tätigkeit, mitunter als „Nestbeschmutzer“ gelten. Sie sehen sich nicht nur mit den „enorm hohen Erwartungen des sportlichen und politischen Umfelds“ konfrontiert, sondern haben häufig auch mit „einer teilweise dramatischen personellen Unterbesetzung“ zu kämpfen, da sie im Durchschnitt nur mit 1,5 Stellen anstatt der empfohlenen drei hauptamtlichen Fachkräfte auskommen müssen.[78] Dennoch sind die Fanprojekte und deren jahrelange Arbeit mitverantwortlich für den Rückgang rassistischer Äußerungen im Stadion.[79] Eine Vorreiterrolle nahm dabei das 1993/94 gegründete

[69] Glaser/Elverich, Einführung, S. 6, 9; Pilz, Rechtsextremismus, Rassismus und Diskriminierung im Fußballumfeld, S. 16.

[70] Bündnis für Demokratie und Toleranz (Hrsg.), 11 Fragen nach 90 Minuten. Was tun gegen Rassismus und Diskriminierung im Fußball, Berlin/Frankfurt a. M. 2008.

[71] Bundeszentrale für politische Bildung/Deutsche Sportjugend (Hrsg.), Kontra geben. Betrifft Rechtsextreme: Dumme und radikale Sprüche, Bonn 2002.

[72] Deutsche Sportjugend (Hrsg.), ARCTOS. Gemeinsam gegen Diskriminierung, Rassismus und Fremdenhass, Eine Arbeitshilfe inkl. Compact Disk mit 10 Videoclips, Frankfurt a. M. 2006.

[73] Deutscher Fußball-Bund (Hrsg.), Gegen Extremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Fußballstadien. Für Toleranz und Fairness, o. O. 2008.

[74] Football against Racism in Europe, http://www.farenet.org [eingesehen am 18. Mai 2011].

[75] Siehe http://www.amballbleiben.org/html/themenfelder/antisemitismus.html [eingesehen am 10. März 2011].

[76] Gerd Dembowski, Zur Rolle von Fußballfans im Engagement gegen Rassismus und Diskriminierung, in: Glaser, Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus im Fußball, S. 53–62, hier: S. 59.

[77] Gerd Wagner, Prävention von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – die Rolle des DFB und der Verbände, in: Glaser, Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus im Fußball, S. 75–88, hier: S. 81.

[78] Jonas Gabler, Ultrakulturen und Rechtsextremismus, Fußballfans in Deutschland und Italien, Köln 2009, insb. S. 110–120; Michael Gabriel, Eine Fankurve ohne Nazis und Rassisten – Möglichkeiten und Grenzen der sozialpädagogischen Fan-Projekte, in: Glaser, Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus im Fußball, S. 35–52, hier: S. 37.

Bündnis „Aktive Fußballfans e. V.“ (BAFF) ein, das mit knapp 4000 Mitgliedern als Dachorganisation fungiert und zum Beispiel den Austausch unabhängiger örtlicher Fangruppen ermöglicht.[80]

Wie im Bereich Schule, greifen zahlreiche Vereine auf die zum Beispiel im Kontext der Modellprojekte des Vielfaltprogramms angebotenen außerschulischen Maßnahmen zurück oder organisieren eigenständig Besuche in NS-Gedenkstätten, um über die Vermittlung historischen Wissens Präventionsarbeit zu leisten. In der Antwort des Deutschen Fußball-Bunds auf die Anfrage des Expertenkreises wird Antisemitismus nicht als gesondertes Phänomen erwähnt, sondern fällt in der Fanarbeit in den Bereich Diskriminierung.[81] Dennoch scheint man sich des Spezifikums bewusst zu sein, da, nach Kenntnissen über antisemitische Äußerungen in der Fußballszene gefragt, auf „diskriminierende Gesänge“ hingewiesen wird, die „inzwischen glücklicherweise die Ausnahme in den Stadien der höchsten deutschen Spielklassen“ bildeten, „so dass in den letzten Jahren auch keine antisemitischen Gesänge bekannt wurden“.[82]

Um präventiv gegen andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit vorzugehen, insbesondere um Feindbilder bei Jugendlichen abzubauen, existieren in Deutschland 48 sozialpädagogisch arbeitende Fanprojekte, die zu je einem Drittel vom Bundesland, von der Kommune und dem DFB beziehungsweise der Deutschen Fußballliga finanziert werden. Außerdem bestehen in diesem Bereich Kooperationen mit dem Deutschen Olympischen Sportbund, der Jugendorganisation des Deutschen Sportbundes und der Leibniz-Universität Hannover.[83]

Ein grundlegendes Problem der Präventionsmaßnahmen im Bereich Fußball ist ihre mangelnde Kontinuität, da viele Maßnahmen „zu dem Zeitpunkt, wenn eine Arbeitsbasis gerade erst geschaffen wurde, also bevor Erfolge erzielt werden können“, enden.[84] Einigen Konzepten fehlt der Rückhalt des Vereins oder die Rücksprache mit den Fans, dabei hat sich gezeigt, dass vor allem „die soziale Verankerung von Maßnahmen ihre Wirksamkeit erhöht“.[85] Zudem sollten vorhandene Angebote und bereits realisierte Maßnahmen besser bekannt gemacht werden, damit verschiedene Initiativen auf diese zurückgreifen können.[86] Vor allem ist jedoch weiterhin ein hoher Forschungsbedarf bezüglich der Evaluation durchgeführter Maßnahmen und der Dokumentation von Praxiserfahrungen zu konstatieren.[87]

Feuerwehr

Die Deutsche Jugendfeuerwehr zum Beispiel sieht sich in ihrer Funktion als Jugendverband nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz dazu verpflichtet, die Demokratieerziehung ihrer Mitglieder als wichtigen Punkt ihrer Agenda zu erachten und demokratiefeindliche Elemente wie Ausgrenzung, Diskriminierung, rechtsextreme Äußerungen etc. abzuwehren. Daran orientiert sich auch das Bildungsprogramm der Deutschen Jugendfeuerwehren.[88] Von 2008 bis 2010 wurde das Modellprojekt „Jugendfeuerwehren strukturfit für Demokratie“ vom Bundesprogramm „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ gefördert und befasste sich „mit Rechtsextremismus und Maßnahmen zur Förderung von Demokratielernen“.[89] Im Rahmen des Projekts entwickelten seit 2009 die drei Pilotländer (Brandenburg, Hessen und Mecklenburg-Vorpommern) und die drei Erweiterungsländer (Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Thüringen) unterschiedliche Konzepte: Demokratiepartner (in Brandenburg), Klingelknöpfe (in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen), Rexlotsen (in Hessen) und Problemhelfer (in Rheinland-Pfalz).[90]

Außerdem wurde ein Trainingshandbuch entwickelt, das sich direkt an Multiplikatoren richtet und unter anderem zahlreiche Praxisbeispiele enthält, „die erkennen lassen, wo sich im Feuerwehralltag

79 Sabine Behn/Victoria Schwenzer, „Politik gehört nicht ins Stadion?“ Fandiskurse, Selbstregulierungsmechanismen der Fanszene und antirassistische Strategien der sozialen Arbeit im Fußballkontext, in: Glaser, Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus im Fußball, S. 24–34, hier: S. 30.

80 Gabriel, Eine Fankurve ohne Nazis und Rassisten, S. 44.

81 E-Mail des Deutschen Fußball-Bundes vom 4. August 2010.

82 Ebenda.

83 Ebenda.

84 Fachtagung und Abschlussberichte zu „Am Ball bleiben“, April 2010, http://www.kos-fanprojekte.de/index.php?id=news-24-03-2010 und http://www.kos-fanprojekte.de/fileadmin/user_upload/media/news/2010/pdf/20100324-projektbericht.pdf [beide eingesehen am 29. April 2010].

85 Ebenda.

86 Glaser/Elverich, Einführung, S. 10.

87 Ebenda.

88 Deutsche Jugendfeuerwehr, Demokratie steckt an, S. 19 f.

89 Benno Hafeneger/Reiner Becker, Deutsche Jugendfeuerwehr – strukturfit für Demokratie. Ein Jugendverband in Bewegung. Ergebnisse der quantitativen Erhebung, Marburg 2010, S. 3.

90 Deutsche Jugendfeuerwehr, Jugendfeuerwehren strukturfit für Demokratie, S. 9.

rechtsextreme Ideologien verstecken könnten, was dagegen unternommen werden kann, wie Argumentationen gegen rechtsextreme Äußerungen lauten können und wie sich Jugendfeuerwehrwarte/innen und andere Engagierte dann am besten verhalten".[91] Erweitert werden die praktischen Anleitungen durch Fallbeispiele, zahlreiche Spiel- und Diskussionsanregungen, Ausführungen zu den anzuwendenden Methoden, ein Glossar, Literaturempfehlungen und Adresslisten mit Ansprechpartnern. Die Handreichung soll somit „Hilfestellungen im Umgang mit Diskriminierungen, Ausgrenzungen, Vorurteilen, Vorfällen rechtsextremer Gewalt, Sprüchen, Witzen oder rassistischen, heterosexistischen Äußerungen" liefern, die sich im Idealfall „ohne Aufwand in Bestehendes integrieren lassen – ohne als Zusatzaufgabe wahrgenommen zu werden".[92]

Als Folge des Projekts wurden in einigen Bundesländern digitale Meldesysteme auf den Webseiten der Landesjugendfeuerwehren eingerichtet. Die Brandenburger Arbeitsgruppe „Demokratiepartner" konzipierte hierfür die Seite www.braunmelder.de, die es ermöglicht, Vorfälle zu melden[93] und Informationen zum Modellprojekt „Jugendfeuerwehren strukturfit für Demokratie" zu erhalten. Weiterhin ist geplant, die Internetseite als zentrale Onlinemeldestelle aller Bundesländer einzuführen, über die der Kontakt zu den regionalen Arbeitsgruppen ermöglicht werden soll.[94] Alternativ besteht auch die Möglichkeit, die Ansprechpartner der jeweiligen Länder direkt zu kontaktieren.[95]

Zu den erprobten Aktivitäten und durchgesetzten Neuerungen des Modellprojekts gehörten 2010 die Durchführung von Seminaren zum Thema Rechtsextremismus (zum Teil in Kooperation mit den Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus oder dem Verfassungsschutz), die Schaffung einer Referentenstelle mit dem Arbeitsschwerpunkt „Arbeit gegen Rechtsextremismus" (Sachsen-Anhalt) und die Eingliederung eines Moduls gegen Rechtsextremismus in die Jugendleiterausbildung.[96]

Aufgrund der erzielten Ergebnisse erkannte der Deutsche Jugendfeuerwehrausschuss im März 2010 „die Arbeit und das Engagement des Modellprojektes gebührend an" und beschloss einstimmig dessen Weiterführung.[97] Am 12. Juni 2010 verabschiedeten die Delegierten der Deutschen Jugendfeuerwehr eine Resolution gegen demokratiefeindliches Verhalten und legten unter anderem fest: „Die Jugendfeuerwehr steht für Zivilcourage, Hilfsbereitschaft und Demokratie. Die engagierten Mitglieder gestalten eine Gemeinschaft, in der Vielfalt und Pluralität geachtet werden. Diskriminierung aufgrund von Nationalität, Herkunft, Geschlecht, Religion oder Hautfarbe und vermeintlich nicht der ‚Norm' entsprechenden Mitmenschen stehen im Widerspruch zum Vielfaltgedanken. Schon deshalb schließen sich demokratiefeindliche Agitation und Mitgliedschaft in der Feuerwehr aus."[98]

2. Instrumente zur Prävention und Bekämpfung von Antisemitismus

Seit 1945 hat sich trotz der unterschiedlichen politischen Systeme in beiden deutschen Staaten die Meinung durchgesetzt, mit historischer Bildung präventiv gegen jede Form rassistischer, antisemitischer oder anderer menschenfeindlicher Einstellungen vorgehen zu können. Dabei spielten die Bestrebungen ehemaliger KZ-Häftlinge eine wichtige Rolle, die bereits in der frühen Nachkriegszeit die Forderung aufstellten, dass aus der Geschichte für ein „Nie wieder" gelernt werden müsse, aber auch Ereignisse, wie die antisemitischen Schmierereien an der Kölner Synagoge im Dezember 1959, in deren Folge die Vermittlung der Geschichte des Nationalsozialismus in die schulischen Curricula aufgenommen wurde. Theodor Adornos Rede über die „Erziehung nach Auschwitz" schließlich wurde und wird bis heute verkürzend auf die alleinige Möglichkeit reduziert, mit Auschwitz könne aus der Geschichte gelernt werden. Dabei gerät leicht der originäre historische Bildungsauftrag der Gedenkstätten und Dokumentationszentren aus dem Blick, und mit dem Besuch einer NS-Gedenkstätte oder einem Zeitzeugengespräch mit einem Überlebenden wird die Erwartung verbunden, die Konfrontation mit Geschichte werde das Überdenken rechter Positionen zwangsläufig erzwingen.

Der unabhängige Expertenkreis hebt hervor, dass eine nachhaltige und erfolgreiche Prävention und Bekämpfung antisemitischer Einstellungen nur

[91] Zudem fanden Schulungen zum Handbuch für Multiplikatoren statt. Ebenda, S. 26.

[92] Deutsche Jugendfeuerwehr, Demokratie steckt an, S. 9.

[93] Als mögliche Meldungen werden genannt: antisemitische Sprüche, rassistische Witze, Diskriminierungen oder Beleidigungen aufgrund von Hautfarbe, Religion, Geschlecht oder sexueller Orientierung, Tragen der Kleidung der Marke Thor Steinar oder ähnliches, das öffentliche Hören rechtsextremer Musik im Gerätehaus oder das Engagement in der NPD oder einer Kameradschaft, http://www.braunmelder.de/ueber_braunmelder.htm [eingesehen am 2. April 2011].

[94] Deutsche Jugendfeuerwehr, Jugendfeuerwehren strukturfit für Demokratie, S. 29.

[95] Deutsche Jugendfeuerwehr, Demokratie steckt an, S. 26.

[96] Ebenda, S. 61.

[97] Deutsche Jugendfeuerwehr, Jugendfeuerwehren strukturfit für Demokratie, S. 35.

[98] http://demokratie.jugendfeuerwehr.de/94-0-Klares-Signal.html [eingesehen am 2. April 2011].

mit Hilfe eines breit gefächerten Instrumentariums erfolgen kann. Es erscheint sinnvoll, sich nicht auf eine der folgenden Maßnahmen zu beschränken, sondern sich darum zu bemühen, diese in einem koordinierten Verfahren einzusetzen beziehungsweise je nach Situation die eine oder andere zu nutzen. Das setzt zwar eine weitreichende Qualifikation und Reflexion der Mitarbeitenden in Einrichtungen und Projekten voraus, berücksichtigt aber eine grundsätzliche Prämisse im Bildungsprozess: Es gibt kein „Schema F". Jede Situation ist individuell zu begutachten und dann mit der spezifisch notwendigen und sinnvollen Methode zu bearbeiten.

2.1. Historisch-politische Bildung

Die Vermittlung von Kenntnissen über den Nationalsozialismus und die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden ist bis heute von großer Bedeutung: Denn die in dieser Zeit begangenen Verbrechen besitzen eine solche Dimension, dass die Folgen insbesondere für die Nachkommen der Opfer, aber auch für die Nachkommen der Täter, Mitläufer, Zuschauer und wenigen Widerständigen bis auf den heutigen Tag zu spüren sind. Das Wissen um die Geschichte des Nationalsozialismus und seiner Massenverbrechen ist unabdingbarer Bestandteil eines verantwortungsvollen Umgangs mit der eigenen Geschichte und eine wesentliche Voraussetzung für die aktuelle Positionierung gegenüber den Phänomenen Antisemitismus und Rassismus. Die Auseinandersetzung mit diesem historischen Erbe ist eines der Kernelemente unserer heutigen politischen Kultur. Sie stellt jedoch kein alleiniges Präventivmittel gegen antisemitische oder rechtsextreme Einstellungen dar.

Aufklärung über den Holocaust kann Jugendliche für die Gefahren des Antisemitismus sensibilisieren, aber sie ist nur ein bedingt geeignetes Mittel, aktuelle Formen der Judenfeindschaft zu bekämpfen. Die „Holocaust Education", die nicht zur Antisemitismusprävention entwickelt wurde, stößt hier häufig „an ihre Grenzen".[99] Da jedoch Pädagoginnen und Pädagogen vielfach vor dem schwierigen Thema des aktuellen Antisemitismus zurückweichen, auch weil dies eine Selbstreflexion über mögliche eigene Vorbehalte gegenüber Juden erfordert, wird häufig auf das vermeintlich probate Mittel der Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus zurückgegriffen.

Auch wenn historisch-politische Bildung allein nicht zur Prävention oder gar zur Abkehr von antisemitischen Einstellungen dient, so stellt sie dennoch ein wichtiges Element in diesem Kontext dar. Die Kenntnis um den historischen Antisemitismus ist beispielsweise eine wichtige Voraussetzung, um das Phänomen des aktuellen Antisemitismus verstehen zu können. Wenn der systematische Massenmord an den Juden in eine weiter gefasste Darstellung von Verfolgung und Diskriminierung eingebettet wird, kann man durch historisch-politische Bildung auch lernen, durch welche gesellschaftlichen Strukturen die Verbreitung (nicht nur) antisemitischer Einstellungen begünstigt wird und welche Folgen dies haben kann. Dieser Bildungsprozess soll nicht verkürzende Parallelisierungen oder falsche Aktualisierungen hervorrufen. Es geht vielmehr darum, durch die spezifische Auswahl von Themen und Dokumenten die Adressaten zu sensibilisieren.[100]

2.2. Gegenwartsbezogene themenspezifische Ansätze

Antisemitismuskritische Bildungsarbeit muss dementsprechend über eine historisch-politische Bildung hinausgehen und aktuelle Ausprägungen des Antisemitismus thematisieren. Auf der Grundlage der Kenntnisse aus der Praxis wie der Empirie lassen sich vor allem vier Themenfelder identifizieren, die für eine Pädagogik, die sich kritisch mit Antisemitismus auseinandersetzt, von zentraler Bedeutung sind: der Nahostkonflikt, der Islamismus, der sekundäre Antisemitismus sowie die „verkürzte Ökonomiekritik". In der Arbeit mit herkunftsheterogenen Gruppen, insbesondere mit muslimisch geprägten Jugendlichen, müssen dabei spezifische Bezüge, Entstehungskontexte und Verschränkungen unterschiedlicher Erfahrungen berücksichtigt werden.

Der Nahostkonflikt dient häufig als Katalysator und Projektionsfläche für antisemitische Stereotype und Deutungsmuster – nicht nur, aber verstärkt unter muslimischen Jugendlichen. Beim Nahostkonflikt zeigen viele Jugendliche emotionale und identitäre Bezüge, sodass sie sich als Gegenspieler „der Juden" sehen. Dem Staat Israel werden das Existenzrecht und das Recht auf Selbstverteidigung abgesprochen. Es erfolgt eine Gleichsetzung von „den Juden", Israel und Zionismus.

In der islamistischen Propaganda (→ **Antisemitismus im Islamismus**) kommt der Judenfeindschaft eine zentrale Rolle zu. Historisch wie aktuell werden politische, ökonomische und kulturelle Ereignisse mit vermeintlich bösen Absichten „der Juden" erklärt. Islamismus vermittelt ein dichotomes Weltbild, in dem „die Juden" (und oft auch allgemein

[99] OSCE/ODIHR, Antisemitismus Thematisieren, S. 5 f.

[100] Hierzu u. a. die Richtlinien der International Task Force for Holocaust Remembrance and Research, http://www.holocausttaskforce.org/education/guidelines-for-teaching/how-to-teach-about-the-holocaust.html?lang=de [eingesehen am 26. Januar 2011].

die westliche Zivilisation) das feindliche Gegenüber darstellen. Tradierte antisemitische Bilder „vom Juden" als „raffend", „geldgierig" und „verschlagen" finden in einer Welt, in der die Schere zwischen arm und reich immer weiter auseinandergeht und die geprägt ist von ökonomischen Krisen, regen Zuspruch. Sie bieten scheinbar die Möglichkeit, sich selbst und anderen unverstandene gesellschaftliche Gefüge und vermeintlich undurchsichtige Machtverhältnisse erklärbar zu machen. Die Personalisierung ökonomischer und gesellschaftlicher Strukturen, also die Reduzierung komplexer Prozesse auf das Wirken einzelner Personen, gehört ebenso zum Repertoire antisemitisch aufladbarer Denkmuster wie die analytische Trennung der Zirkulations- und Finanzsphäre von der Produktion.

2.3. Begegnungspädagogik

Begegnung als pädagogische Maßnahme bezieht sich auf unterschiedliche Formen und Beteiligte. Da ist zunächst die Begegnung zwischen den Multiplikatoren und Adressaten. Erstere kommen in der Regel aus einem anderen wirtschaftlichen und sozialen Kontext als ihre Adressaten und haben in vielen Fällen auch einen anderen Bildungshintergrund. Wenn die Adressaten über einen Migrationshintergrund verfügen, unterscheidet sich meistens auch der kulturelle Hintergrund von Multiplikator und Adressat.[101] Gerade im Kontext der historisch-politischen Bildung zur Geschichte des Nationalsozialismus, des Holocaust und des Antisemitismus existieren weitreichende wechselseitige Vorannahmen. Die Adressaten von pädagogischen Maßnahmen meinen genau zu wissen, wer die Personen sind, die diese Maßnahmen durchführen, ebenso wie die durchführenden Pädagogen oder Multiplikatoren vielfach der Überzeugung sind, ihre Adressaten aufgrund einzelner Aussagen schnell kategorisieren zu können. Ein langfristiger Prozess kann diese wechselseitigen Bilder irritieren, und durch ein Miteinander, das auf gegenseitigem Respekt basiert, können neue Positionen diskutiert und erstritten werden. Dabei ist wesentlich, dass die Adressaten erleben, dass trotz inhaltlicher Differenzen ein freundlicher Umgang möglich ist.

Häufiger bezieht sich die Begegnungspädagogik auf die Begegnung zwischen Nichtjuden und Juden, durch die möglicherweise vorhandene Stereotype und Vorurteile irritiert werden und ein Umdenken angeregt werden soll. In den vergangenen Jahren handelte es sich vor allem um Zeitzeugengespräche mit Überlebenden, die ihre Geschichte erzählen. Dabei ging es und geht es auch heute immer noch darum, im persönlichen Gespräch Empathie für die Leiden der (jüdischen) Opfer im Nationalsozialismus zu erzeugen. Mit zunehmendem zeitlichen Abstand zur NS-Vergangenheit tritt an die Stelle des Zeitzeugengesprächs zunehmend die Begegnung mit jüdischen Jugendlichen und Erwachsenen.[102]

2.4. Pädagogik der Anerkennung

Wenn Menschen im Sinne der These Wilhelm Heitmeyers aufgrund mangelnden Selbstbewusstseins zu antisemitischen (und anderen menschenfeindlichen) Einstellungen neigen, so kann eine Maßnahme in der Stärkung der Persönlichkeit der betreffenden Person liegen. Die Gründe für wenig ausgeprägtes Selbstbewusstsein können vielfältig sein. Für diesen Kontext relevant sind vor allem eine schlechte soziale Situation und mangelnde Bildung, die beide nicht näher erläutert werden müssen, aber auch die – vor allem von Jugendlichen mit Migrationshintergrund wahrgenommene – Nichtbeachtung der eigenen Herkunftsgeschichte durch die Mehrheitsgesellschaft, die vielfach zu einer Unkenntnis der eigenen Familiengeschichte führt. Diese Nichtbeachtung und Unwissenheit kann von den Jugendlichen bewusst oder unbewusst mit dem Stellenwert der Geschichte des Nationalsozialismus im gesellschaftlichen Diskurs kontrastiert werden und in manchen Fällen zu so massiven Erinnerungskonkurrenzen führen, dass antisemitische Äußerungen die Folge sind.[103] Auch bei Erwachsenen können sich Erinnerungskonkurrenzen entwickeln. Aufgrund ihrer Kenntnis der Geschichte und der vielfach real vorhandenen eigenen (leidvollen) Erinnerung besteht bei Nichtwahrnehmung und fehlender Anerkennung die Möglichkeit, dass antisemitische Aussagen als Stellvertreterdiskurs geäußert werden. Gelingt es im pädagogischen Prozess, den Adressaten auf

[101] Rainer Geißler, Die Metamorphose der Arbeitertochter zum Migrantensohn. Zum Wandel der Chancenstruktur im Bildungssystem nach Schicht, Geschlecht, Ethnie und deren Verknüpfungen, in: Peter A. Berger/Heike Kahlert (Hrsg.), Institutionalisierte Ungleichheiten. Wie das Bildungswesen Chancen blockiert, Weinheim/München 2005, S. 71–100; Rainer Geißler/Sonja Weber-Menges. Bildungsungleichheit – Eine deutsche Altlast. Die bildungssoziologische Perspektive, in: Heiner Barz (Hrsg.), Handbuch Bildungsfinanzierung, Wiesbaden 2010, S. 155–165.

[102] Begegnungen mit Juden wurden zum Beispiel durch Studienreisen nach Israel ermöglicht. Die Erkenntnisse dieser Reisen sind ausnahmslos positiv. Hierzu Elke Gryglewski, Diesseits und jenseits gefühlter Geschichte. Zugänge von Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu Shoa und Nahostkonflikt, in: Georgi/ Ohliger, Crossover Geschichte, S. 237–245; Mit muslimischen Jugendlichen Israel bereisen, Dokumentarfilm KIgA 2010.

[103] So formulieren Jugendliche mitunter, es ginge „immer nur um die Juden", „keiner kümmert sich um uns" und „die Deutschen trauen sich wegen des Nationalsozialismus nicht, Israel zu kritisieren". Unter anderem Äußerungen Jugendlicher arabischer und palästinensischer Herkunft im Rahmen des Projekts „Zugangsmöglichkeiten zur Verfolgungsgeschichte der europäischen Juden für Jugendliche mit Migrationshintergrund", das 2007/2008 als Kooperation zwischen dem Haus der Wannsee-Konferenz und dem Jugendclub Karame e. V. stattfand.

unterschiedlichen Ebenen zu signalisieren, dass sie mit ihrem kulturellen, sprachlichen und historischen familiären Hintergrund anerkannt und wertgeschätzt werden, bleiben solche Äußerungen mehrheitlich aus. Pädagoginnen und Pädagogen sprechen in diesen Fällen vielfach von einer „Pädagogik der Anerkennung".[104]

Wichtig ist hervorzuheben, dass es sich bei der Pädagogik der Anerkennung nicht um eine Vorgehensweise handelt, die jede problematische Äußerung unkommentiert im Raum stehen lässt, weil die schlechte soziale Situation von vorneherein als Entschuldigung mitgedacht wird. Im Gegenteil: Anerkennung bedeutet, die Adressaten ernst zu nehmen, ihnen die Problematik möglicher Aussagen widerzuspiegeln und ihnen durch die Auseinandersetzung die Chance zu geben, etwas zu lernen. Führt man diesen Gedanken fort, wird deutlich, dass mangelnde reale Chancen (beispielsweise in der Ausbildung oder im Berufsleben) zur Herausbildung antisemitischer Einstellungen und anderer Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit beitragen können. Ohne diesen Aspekt im Detail zu diskutieren, weist der unabhängige Expertenkreis darauf hin, dass in diesen Fällen der Pädagogik Grenzen gesetzt und Politik beziehungsweise Gesellschaft allgemein gefragt sind. Je nach Ausprägung der Haltungen und den als Folge zustande kommenden Taten geht dies bis hin zu einer strafrechtlichen Verfolgung.

2.5. Zielgruppen der pädagogischen Prävention

Präventionsmaßnahmen richten sich vor allem an diejenigen Adressaten, die *nicht* über ein geschlossenes antisemitisches Weltbild verfügen, beziehungsweise diejenigen, die in ihrer Meinungsfindung noch schwankend sind. Weiterhin hebt der unabhängige Expertenkreis hervor, dass Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung von Antisemitismus sich sowohl an Jugendliche als auch an Erwachsene richten müssen, da die Bestandsaufnahme gezeigt hat, dass antisemitische Stereotype und Haltungen in unterschiedlichen Altersstufen vorhanden sind, nicht nur bei jungen Menschen. Die pädagogische Arbeit mit Jugendlichen ist deshalb nur bedingt erfolgreich, wenn diese aus einem Umfeld kommen, in dem die Erwachsenen selbst unverändert antisemitische Einstellungen vertreten. Auch gilt insbesondere im Hinblick auf Antisemitismus, dass selbst Erwachsene, die das Vorhandensein eigener antisemitischer Stereotype strikt von sich weisen würden, solche Vorurteile unbedarft weitergeben, wenn ihnen nicht die Möglichkeit zur Selbstreflexion und inhaltlichen Fortbildung geboten wird.[105]

3. Programme zur Förderung demokratischer Kultur

3.1. Die Vorgeschichte

Seit Anfang der 1990er-Jahre reagiert die Politik auf den Anstieg von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, insbesondere bedingt durch die Gewaltwelle im Herbst 1992, mit spezifischen präventiv-pädagogisch ausgerichteten Programmen. Die damalige Bundesregierung initiierte das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt AgAG (1992–1996)[106], das mit seiner Fokussierung auf „aggressive Jugendliche" eine täterorientierte tertiäre Prävention, also die Eindämmung einer bereits existierenden rechtsextremistischen oder antisemitischen Haltung, darstellte. Diese Ausrichtung stieß auf heftige Kritik, da damit die gesamtgesellschaftliche Dimension des Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit von der Mitte der Gesellschaft an den Rand („aggressive Ostjugendliche") verschoben wurde. Darüber hinaus schien die Bundesregierung „die bewährten westlichen Jugendhilfestrukturen und pädagogischen Formate" ohne eine notwendige Modifizierung auf die neuen Bundesländer übertragen zu wollen, was ebenso kritisiert wurde wie die gewünschte Einbettung des Programms in die „akzeptierende" Jugendarbeit des AgAG.

Mit der Einführung des „Aktionsprogramms Jugend für Toleranz und Demokratie gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus", dessen Auslöser der Anschlag auf die Synagoge in Düsseldorf im Oktober 2000 bildete, reagierte die Bundesregierung erneut auf Diskussionen in der Gesellschaft über den Anstieg des Rechtsextremismus. Um die fehlende Nachhaltigkeit des Vorgängerprogramms zu berücksichtigen, wurde die Bedeutung zivilgesellschaftlicher Organisationen bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus hervorgehoben. Zudem setzte sich die Erkenntnis durch, dass es sich nicht nur um ein Problem „gewaltbereiter" Jugendlicher handelte,

[104] Jochen Müller zur Haltung der Pädagogen. Der pädagogische Ansatz von KIgA e. V., Miphgasch/Begegnung e. V., HWK, etc.; Benno Hafeneger/Peter Henkenborg/Albert Scherr (Hrsg.), Pädagogik der Anerkennung. Grundlagen, Konzepte, Praxisfelder, Schwalbach/Ts. 2002.

[105] U. a. Heike Radvan, Pädagogisches Handeln und Antisemitismus. Eine empirische Studie zu Beobachtungs- und Interventionsformen in der offenen Jugendarbeit, Bad Heilbrunn 2010.

[106] Folgende Ausführungen basieren auf dem Abschlussbericht zur Evaluation des Berliner Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, http://www.berlin.de/imperia/md/content/lb-integration-migration/themen/rexpro/rex_abschlussbericht_25_04_2010_bf.pdf?start&ts=1280759427&file=rex_abschlussbericht_25_04_2010_bf.pdf [eingesehen am 5. Mai 2011].

sondern eines der politischen Kultur. Die neuen Programmziele sollten mit der Entwicklung und Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft durch politische Bildung, Vernetzung von Initiativen sowie den Aufbau von Beratungsstrukturen erreicht werden. In diesem Rahmen wurden zwischen 2001 und 2006 drei Teilprogramme umgesetzt. Mit „CIVITAS – Initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern“ wurden Maßnahmen zur Stärkung der demokratischen Kultur und zur Bekämpfung des Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern gefördert. Hierzu gehörten beispielsweise der Aufbau mobiler Beratungsteams sowie Beratungsstellen für Opfer und Aktivitäten zur Stärkung und Entwicklung zivilgesellschaftlicher, demokratischer Strukturen im Gemeinwesen, der Aufbau regionaler Netzwerkstellen sowie die Förderung überregionaler Modellprojekte. Über das Förderprogramm „entimon – Gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“ wurden Projekte zur Stärkung von Demokratie und Toleranz und zur Prävention und Bekämpfung von Rechtsextremismus und Gewalt im gesamten Bundesgebiet gefördert. Darunter fielen lokale Netzwerke, Methoden interkulturellen Lernens und die politische Bildungsarbeit. Wie in den Leitlinien des Programms vorgesehen, wurden die Eigen- und Drittmittelanteile bei mehrjährigen Projekten im Wesentlichen durch Mittel der Länder und Kommunen kontinuierlich angehoben. Im letzten Programmjahr 2006 erreichten die Projkete im Durchschnitt einen Ko-Finanzierungsanteil von etwa 24 Prozent.[107] Das dritte Teilprogramm „XENOS – Leben und Arbeiten in Vielfalt“ verband arbeitsmarktbezogene Maßnahmen mit Aktivitäten gegen Rassismus und Diskriminierung. Es ergänzte mit seiner arbeitsmarktlichen Ausrichtung bestehende Initiativen und Bundesprogramme. XENOS wurde durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds gefördert. Die ersten beiden Programme waren dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zugeordnet. Der Bund finanzierte rund 4.500 Projekte, Initiativen und Maßnahmen im präventiv-pädagogischen Bereich mit etwa 192 Millionen Euro, wobei auf Civitas 52 Millionen, entimon 65 Millionen und auf den Programmteil XENOS 75 Millionen entfielen.[108]

Die nächste Runde der Programme gegen Rechtsextremismus (2007–2010) wurde auf öffentlichen Druck hin wegen der Wahlerfolge rechtsextremer Parteien und einiger spektakulärer Gewalttaten initiiert. Auf Grundlage der Weiterentwicklung und Fortführung institutioneller und konzeptioneller Ansätze der Programme „Civitas“, „entimon“ und „XENOS“rief die Bundesregierung die Nachfolgeprogramme „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ (im Folgenden: „Vielfalt tut gut“), „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ (im Folgenden: „kompetent. für Demokratie“) und „XENOS – Integration und Vielfalt“ (2008–2014) ins Leben. Seit Anfang 2009 werden im Rahmen des vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) neu aufgelegten XENOS-Sonderprogramms „Ausstieg zum Einstieg“ insgesamt 15 Aussteigerinitiativen mit einem Fördervolumen von 5,8 Millionen Euro gefördert, davon 4,4 Millionen aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und 1,4 Millionen aus eigenen Bundesmitteln. Im Fokus stehen Aussteigerinitiativen und Aktionen, die vor Ort rechtsextremen Tendenzen entgegenwirken und neue Ideen entwickeln, um Ausstiegswilligen zu helfen, wieder in Gesellschaft, Arbeit und Ausbildung zu gelangen. Mehr als die Hälfte der geförderten Aussteigerinitiativen sind in den neuen Bundesländern aktiv.

Ziel des Programms war der Aufbau einer Beratungsstruktur gegen Rechtsextremismus, die berücksichtigt, dass alleine durch die Arbeit lokaler Initiativen und Projekte das Problem von verfestigten rechtsextremen Einstellungen und der zunehmenden Verwurzelung rechtsextremer Strukturen nicht bekämpft werden kann.[109] Um eine zielorientierte, kompetente Beratung und Unterstützung der Akteure vor Ort umzusetzen, initiierte der Bund im Rahmen des Förderprogramms „kompetent. für Demokratie“ den Aufbau von Landeskoordinierungsstellen, landesweiten Beratungsnetzwerken und mobilen Interventionsteams, die mit jährlich 5 Millionen Euro in den 16 Bundesländern gefördert wurden.

3.2. Landesprogramme

Neben den Initiativen des Bundes entstanden in einer Reihe von Bundesländern eigene Programme gegen Rechtsextremismus: „Berliner Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“, „Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz“, „beratungsNetzwerk hessen – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“, „Jugend für Demokratie, Menschenrechte und Toleranz – gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“ (Bremen), „Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus im Saarland“, „Tolerantes Brandenburg“, „Welt-

[107] Ebenda, S. 44.

[108] Abschlussbericht zur Umsetzung des Aktionsprogramms „Jugend für Demokratie und Toleranz – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“. S. 4, http://www.entimon.de/content/e28/e45/e826/Abschlussbericht_zum_Aktionsprogramm.pdf [eingesehen am 5. Mai 2011].

[109] Abschlussbericht der Bundesprogramme „Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ und „kompetent für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“, Förderphase 2007–2010. S. 11.

offenes Sachsen für Demokratie und Toleranz", „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!" (Mecklenburg-Vorpommern), „Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit" (seit 2010).

Exemplarisch werden im Folgenden die Konzepte und Strategien des Landes Berlin im Bereich der Antisemitismusbekämpfung dargestellt. Seit Anfang der 1990er-Jahre setzen sich die Berliner Politik und Verwaltung intensiv mit dem Themenfeld auseinander. Basierend auf den gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnissen, entwickelte das Land im Jahr 2007 das Berliner Integrationskonzept „Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken" und 2008 die „Berliner Landeskonzeption gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus". Dabei wurde die Integrationspolitik als „wichtiger Baustein im Handeln gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus" gesehen. Die beiden Konzeptionen stellen die Grundlage für Fördermaßnahmen dar, die vom Integrationsbeauftragten des Berliner Senats gefördert wurden. Im Landesprogramm findet die Bekämpfung antisemitisch motivierter Diskriminierungen und Gewalttaten eine besondere Beachtung. Erwähnt wird Antisemitismus in diesem Zusammenhang auch als „problematische Entwicklung innerhalb von Migranten-Communities" neben Ethnozentrismus und Gewaltakzeptanz.[110]

Das Landesprogramm erfüllt zudem eine wichtige Funktion bei der Ko-Finanzierung von Projekten, die durch Bundesprogramme wie „Vielfalt tut gut" gefördert werden. Landesmittel sind neben Bundesmitteln durch „kompetent. für Demokratie" auch zur Sicherstellung der Beratungsnetzwerke zur Verfügung gestellt worden. Allerdings wird im Evaluationsbericht des Programms auf den Mangel an „systematischen Überlegungen zu den Förderstrategien von Bund und Land, ihren möglichen Synergien und Konfliktpotenzialen" hingewiesen.[111]

Außer dem Landesprogramm fördern andere Fachverwaltungen einzelne Projekte, die im Kontext der Antisemitismusprävention relevant sind. Die Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung fördert die „Standpunkte-Pädagog/innen gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus" und das deutsch-amerikanische Demokratieprojekt „Hands across the campus". Zu erwähnen ist auch das Jugendförderprogramm „respectABel", das seit 2001 Kleinprojekte unterstützt, die gegen fremdenfeindliche, rassistische und antisemitische Einstellungen sowie gegen Gewalt aktiv sind. Eine Suchabfrage in der Projektdatenbank der Homepage ergab, dass in den respectABel-Programmen „Aktion Berlin" und „Zeitensprünge" und durch das Programm „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus"[112] in den Jahren 2002 bis 2010 in Berlin 606 Projekte gefördert wurden, darunter 32 zum Antisemitismus. Davon arbeiteten allerdings bei näherer Betrachtung lediglich fünf Projekte explizit zum Thema Antisemitismus, zwölf Projekte beschäftigten sich mit dem Themenfeld Holocaust, und die übrigen behandelten Antisemitismus nur im Kontext interreligiöser Annäherung oder unspezifisch im Gesamtkontext von Rechtsextremismus oder Gewaltprävention.[113] Die geringe Zahl der Projekte gegen Antisemitismus in neun Jahren überrascht zunächst, erklärt sich dann aber, wenn sie im Zusammenhang mit den in Berlin umgesetzten Modellprojekten des Programms „Vielfalt tut gut" gesehen wird. Der Evaluationsbericht des Berliner Landesprogramms verweist auf die Konzentration von Modellprojekten in Berlin (5 von 18).[114] Berlin hat sich mit vielen innovativen Projekten – mit bundesweiter Ausstrahlung – zu einem Kompetenzzentrum im Handlungsfeld „Antisemitismus" entwickelt.

Dabei spielt auch der bundesweite Netzwerkverbund „Task Force Education on Antisemitism" eine bedeutende Rolle, der die wichtigsten NGOs, die zum Thema Antisemitismus arbeiten, zusammenführt und vom Berliner Büro des American Jewish Committee (AJC) koordiniert wird. Seit 2002 treffen sich mehrmals jährlich Praktiker der schulischen und außerschulischen Bildung sowie Wissenschaftler, um sich fachlich auszutauschen und interne Fortbildungen für die Beteiligten zu organisieren. Durch die Möglichkeit des regelmäßigen intensiven Austausches werden Grundlagen für künftige Strategien zur Bekämpfung des Antisemitismus erarbeitet, die in die pädagogische Arbeit der vertretenen Organisationen einfließen.

3.3. Bundesprogramm: „Vielfalt tut gut"

Mit dem Ziel, Vielfalt, Toleranz und Demokratie als zentrale Werte der Gesellschaft zu festigen und mit präventiv-pädagogischen Maßnahmen Kinder

[110] Abschlussbericht zur Evaluation, S. 69.

[111] Ebenda, S. 72.

[112] Das Programm „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus" umfasste während seiner Laufzeit von 2001 bis 2006 die Teilprogramme CIVITAS, entimon und Xenos. Das Programm „Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Demokratie und Toleranz" wurde in den Jahren 2007 bis 2010 umgesetzt.

[113] http://respectabel.de/ger/lap/foerderprojektet.php [eingesehen am 5. Mai 2011].

[114] Fünf von 18 Modellprojekten wurden in Berlin und weitere zwei Modellprojekte von in Berlin ansässigen Trägern umgesetzt; Abschlussbericht zur Evaluation, S. 142 f.

und Jugendliche für ein demokratisches und friedliches Miteinander zu gewinnen, wurde 2007 das Bundesprogramm „Vielfalt tut gut“ initiiert. Das Programm hatte zwei Schwerpunkte:[115]

1. Förderung Lokaler Aktionspläne (LAP) in kommunaler Verantwortung zur Stärkung der Demokratieentwicklung vor Ort
Lokale Aktionspläne sind Steuerungsinstrumente zur Demokratieentwicklung und nachhaltigen Entwicklung von lokalen Bündnissen gegen Rechtsextremismus. In Abstimmung mit den Ländern und kommunalen Spitzenverbänden stufte das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 90 Regionen als besonders förderbedürftig ein. Dort wurden Koordinierungsstellen eingerichtet, über die jährlich 100.000 Euro (für Einzelprojekte bis zu 20.000 Euro) für Maßnahmen verteilt wurden. Welche Projekte in welcher Höhe bezuschusst wurden, entschied ein Begleitausschuss, der mehrheitlich aus zivilgesellschaftlichen Akteuren zusammengesetzt war.

Die 60 in den neuen und 30 in den alten Bundesländern angesiedelten Lokalen Aktionspläne führten mit einer jährlichen Summe von 9.700.000 Euro in der gesamten Programmlaufzeit etwa 5.000 Projekte durch. 30 Prozent der Projekte wählten als Förderschwerpunkt den Bereich „Demokratie und Toleranzerziehung“, 19 Prozent „Stärkung der demokratischen Gesellschaft“ und 16 Prozent „interkulturelles Lernen/antirassistische Bildung“. Als Hauptzielgruppe wurden mit 35 Prozent am häufigsten „junge Menschen in strukturschwachen Regionen und Kommunen“ genannt, gefolgt von „Kindern und jüngeren Jugendlichen“ mit 27 Prozent. Dabei richteten sich 48 Prozent der Maßnahmen an Kinder und Jugendliche zwischen 13 und 18 Jahren, darunter vor allem „Projekte der außerschulischen Bildung“ (14 Prozent), gefolgt von „Diskussions- und Informationsveranstaltungen (12 Prozent), Aktionstagen (11 Prozent) und Kulturprojekten (10 Prozent).[116]

Aus dem Abschlussbericht der Bundesprogramme wird nicht ersichtlich, wie viele von den 5.000 Projekten sich schwerpunktmäßig mit Antisemitismus beschäftigten. Jedoch konnte anhand einer nicht repräsentativen Auswahl von „Einzelprojekten zur Bekämpfung von Antisemitismus“ im Rahmen der Lokalen Aktionspläne Folgendes festgestellt werden (siehe Tabelle).[117]

Auffällig klein ist die Zahl der Projekte, die im Titel oder in der Kurzbeschreibung das Thema Antisemitismus erwähnen. Bis zur Endphase des Bundesprogramms (Stand März 2010) waren es lediglich 91 Projekte, wobei sich mehr als zwei Drittel (64) dem Themenkomplex Holocaust und Erinnerung (70 Prozent) widmeten. Darunter waren 22 Gedenkstättenfahrten (davon 19 nach Auschwitz), 17 Vorführungen des Theaterprojektes „Geschichten aus dem Tagebuch der Anne Frank“ sowie zehn Präsentationen der Wanderausstellung „Anne Frank – eine

	Historische Bildung zum Holocaust	Antisemitismus	Judentum/ interreligiöser Dialog	Rechtsextremismus/ Fremdenfeindlichkeit/Antisemitismus
Hessen	4	2		
Mecklenburg-Vorpommern	5			1
Hamburg		2		
Berlin	2	1		1
Sachsen	6			
Brandenburg	21	1	1	1
Sachsen-Anhalt	8	4		2
Rheinland-Pfalz	1	1	1	
Niedersachsen	2			
Saarland	4			
Bayern				2
Thüringen	8	1	2	2
Nordrhein-Westfalen	3	1		
Gesamt (91)	64	14	4	9

[115] Abschlussbericht der Bundesprogramme, S. 5.

[116] Abschlussbericht der Bundesprogramme, S. 45 ff.

[117] Regiestelle Vielfalt: Stand vom 25. März 2011. In der Aufstellung werden Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein und Bremen nicht genannt, da sich das LAP-Programm vor allem auf die neuen Bundesländer bezog (60 Projekte von insgesamt 90). Nur sieben Projekte wurden in Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein und Bremen im Rahmen der LAP umgesetzt. In der Stichprobe zu den LAP war kein Projekt dabei, das in diesen drei Bundesländern durchgeführt wurde.

Geschichte für heute“. Lediglich 14 Projekte (15 Prozent) setzten sich explizit mit dem Thema Antisemitismus auseinander, bei neun Projekten (10 Prozent) wurde das Thema im Kontext der Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus behandelt. Vier Projekte beschäftigten sich mit Judentum, jüdischem Leben und interreligiösem Dialog.

Diese Befunde decken sich mit den Ergebnissen einer Befragung von Projekten der Lokalen Aktionspläne durch das Expertengremium:[118] Die von den Projektträgern beschriebenen pädagogischen Ansätze und Ziele zeigen vielfach, dass Antisemitismus nicht als spezifisches Phänomen wahrgenommen wird. So verweisen die Einrichtungen beispielsweise auf die

- „antirassistische und antifaschistische Arbeit“,
- auf die Arbeit „gegen alle diktatorischen, antihumanen, antidemokratischen Einstellungen“,
- auf den „aufklärerischen, interkulturellen, antirassistischen, gegen Antisemitismus gerichtet[en]“ Ansatz

oder schließlich

- auf die „interreligiöse, antirassistische, antisemitische [sic!], begegnungspädagogische, kulturelle und historisch aufklärerische“ Arbeit.

Gleichzeitig fällt auf, dass man sich zu einseitig auf die Auseinandersetzung mit dem historischen Antisemitismus bezieht. „Bewährte“ Aktivitäten stehen ganz im Vordergrund:

- Gedenkstättenbesuche
- Zeitzeugengespräche
- Vortragsveranstaltungen zur Geschichte des Dritten Reichs

Um ein Bild von der konkreten Arbeit im Rahmen der Lokalen Aktionspläne zu vermitteln, sollen hier einige Projekte als Beispiele aufgeführt werden:

- Ausstellung „Antisemitismus in der DDR“, gezeigt von der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Trier (2008)
- „Projekttage und Schulprojekte zum Thema Judentum in Schulen und Jugendeinrichtungen“, durchgeführt von der Jüdischen Gemeinde Landkreis Barnim (2009)
- „Lernfeld Antisemitismus: pädagogische Ansätze, Konzepte und Methoden“: Die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland veranstaltete Fortbildungen mit Multiplikatoren im Landkreis Oberspreewald-Lausitz (2007)
- Wanderausstellung „Juden, Christen und Muslime in Jerusalem“, gezeigt von der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen (2008)
- „Schule und Jugendarbeit gegen (neuen) Antisemitismus“: Das Netzwerk ROPE e. V. entwickelte pädagogische Materialien (2007–2008)
- „Der Kampf gegen Antisemitismus – Funktion und Folgen seiner Verankerung“: Der Förderverein Junger Musiker e. V. in Dessau hat entsprechende Veranstaltungen durchgeführt (2009)
- „Lehrerfortbildung: Antisemitismus im Klassenzimmer“: Der Trägerverein Begegnungsstätte Alte Synagoge Wuppertal organisierte Fortbildungen mit den Unterrichtsmaterialien „Antisemitismus in Europa“[119] (2009)
- „Jüdisches Leben in der 3. Generation nach der Shoah in Deutschland“, durchgeführt vom Aktionsbündnis Courage in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Kirchgemeinde Pößneck/Thüringen (2007)
- „Auf den Spuren der Anne Frank – Demokratie jetzt erst recht“: Die Freunde und Förderer der Mittelschule „Anne Frank“ Stauchitz/Sachsen führten Zeitzeugengespräche durch, organisierten einen Ausstellungsbesuch in Berlin beim Anne Frank Zentrum und initiierten die Aufführung des Theaterstücks „Das Leben der Anne Frank“ sowie eine Gedenkstättenfahrt nach Auschwitz (2009)
- die Weiterbildungsorganisation „Arbeit und Leben“ des Deutschen Gewerkschaftsbunds und der Volkshochschulen Hamburg entwickelte Module für Qualifizierungskonzepte für Multiplikatoren mit dem Titel „Was tun gegen Antisemitismus?!“ (2009)

[118] Das Expertengremium befragte 80 LAP-Projekte. Der Rücklauf war sehr gering, nur zehn Projekte beantworteten die Fragen.

[119] http://www.bpb.de/publikationen/UAHJQ8,0,Antisemitismus_in_Europa_Arbeitsmaterialien.html [eingesehen am 5. Mai 2011]; sowie die Handreichungen für Lehrkräfte, http://www.bpb.de/publikationen/V294LR,0,Antisemitismus_in_Europa_Handreichungen_f%FCr_Lehrkr%E4fte.html [eingesehen am 5. Mai 2011].

2. Förderung von Modellprojekten (MP), die innovative Ansätze zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus verfolgen

Seit Förderbeginn 2007 wurden 93 Modellprojekte (MP), davon 42 in den neuen und 24 in den alten Bundesländern sowie 25 länderübergreifend, umgesetzt. Die Modellprojekte konnten mit maximal 450.000 Euro bis zu drei Jahre gefördert werden, wobei sie eine 50-prozentige Ko-Finanzierung durch Länder, Kommunen, Stiftungen, sonstige Institutionen und/oder Eigenmittel aufbringen mussten. Ziel war es, neue Ideen und Methoden zu entwickeln und zu erproben. Im Programm waren vier Themencluster (TC) mit Unterthemen festgelegt:

- TC1: Auseinandersetzung mit historischem und aktuellem Antisemitismus
- TC2: Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen
- TC3: Präventions- und Bildungsangebote für die Einwanderungsgesellschaft
- TC4: Frühansetzende Prävention

Das Bundesprogramm „Vielfalt tut gut“ mit der Programmsäule Modellprojekte hat zum ersten Mal in der Geschichte der politischen Programme Antisemitismus als einen eigenständigen Themenschwerpunkt festgelegt, während er bei

Träger	Projektbezeichnung	Unterthema	Hauptzielgruppe	Förderzeitraum	Bundesland
18 Projekte im Themencluster: „Auseinandersetzung mit historischem und aktuellem Antisemitismus“					
KIgA e. V.	Pädagogische Module gegen Antisemitismus für muslimisch geprägte Jugendliche	Antisemitismus bei jugendlichen Migranten/-innen	Migranten/ Migrantinnen	1.10.2007 bis 30.9.2010	Berlin
Verein für Demokratische Kultur e. V.	amira – Antisemitismus im Kontext von Migration und Rassismus	Antisemitismus bei jugendlichen Migranten/-innen	Multiplikatoren/ Multiplikatorinnen	1.9.2007 bis 31.8.2010	Berlin
American Jewish Committee Berlin	Aktiv gegen Antisemitismus – ein Programm mit drei Säulen	Antisemitismus bei jugendlichen Migranten/-innen	Migranten/ Migrantinnen	1.4.2008 bis 31.12.2010	Berlin
Anne Frank Zentrum Berlin e. V.	Entwicklung und Erprobung eines Materialpakets	Antisemitismus bei jugendlichen Migranten/-innen	Migranten/ Migrantinnen	3.7.2007 bis 31.10.2010	Länderübergreifend
Förderverein Stuttgarter Jugendhaus e. V.	Lernort – Gedenkstätte	Zeitgemäße Konzepte für die Bildungsarbeit zum Holocaust	Junge Menschen in strukturschwachen Regionen und Kommunen	1.8.2007 bis 31.12.2010	Baden-Württemberg
IMEDANA – Institut für Medien- und Projektarbeit e. V.	Wenn Mokkatassen sprechen – Mediale Konzepte gegen Antisemitismus	Zeitgemäße Konzepte für die Bildungsarbeit zum Holocaust	Junge Menschen in strukturschwachen Regionen und Kommunen	1.9.2007 bis 31.8.2010	Bayern
Gesicht Zeigen! Aktion weltoffenes Deutschland e. V.	Erarbeitung eines erlebnispädagogischen interaktiven Ausstellungskonzeptes	Zeitgemäße Konzepte für die Bildungsarbeit zum Holocaust	Kinder und jüngere Jugendliche	15.9.07 bis 31.12.10	Berlin
STEP 21 – Jugend fordert gGmbH	SELMA	Zeitgemäße Konzepte für die Bildungsarbeit zum Holocaust	Junge Menschen in strukturschwachen Regionen und Kommunen	1.9.2007 bis 30.9.2008	Länderübergreifend
Zentralrat der Juden in Deutschland/ Hochschule für Jüdische Studien	Likrat – Jugend und Dialog	Zeitgemäße Konzepte für die Bildungsarbeit zum Holocaust	Multiplikatoren	1.8.2007 bis 31.7.2010	Länderübergreifend
Stiftung Jugendgästehaus Dachau	Gedenkstättenpädagogik und Gegenwartsbezug	Zeitgemäße Konzepte für die Bildungsarbeit zum Holocaust	Multiplikatoren	1.10.2007 bis 30.9.2010	Länderübergreifend
Amadeu Antonio Stiftung	Antisemitismus in Ost und West: lokale Geschichte sichtbar machen	Zeitgemäße Konzepte für die Bildungsarbeit zum Holocaust	Multiplikatoren	1.9.2007 bis 31.12.2010	Länderübergreifend

Träger	Projektbezeichnung	Unterthema	Hauptzielgruppe	Förderzeitraum	Bundesland
Bildungsverbund für die Internationale Jugendbegegnungs-stätte Sachsen-hausen e. V.	kunst – raum – erinnerung	Zeitgemäße Konzepte für die Bildungsarbeit zum Holocaust	Junge Menschen in strukturschwachen Regionen und Kommunen	1.9.2007 bis 31.8.2010	Länderüber-greifend
Landesjugendring Mecklenburg-Vorpommern e. V.	Erinnern – Erforschen – Konfrontieren	Zeitgemäße Konzepte für die Bildungsarbeit zum Holocaust	Junge Menschen in strukturschwachen Regionen und Kommunen	1.1.2007 bis 31.12.2010	Mecklenburg-Vorpommern
Stiftung NEUE KULTUR	Geschichte erleben in Prora	Zeitgemäße Konzepte für die Bildungsarbeit zum Holocaust	Junge Menschen in strukturschwachen Regionen und Kommunen	1.9.2007 bis 31.10.2010	Mecklenburg-Vorpommern
HATIKVA – Bildungs- und Begegnungs-stätte für Jüdische Geschichte und Kultur Sachsen e. V.	Pädagogische Ausei-nandersetzung mit Täterinnen und Tätern im Nationalsozialismus	Zeitgemäße Konzepte für die Bildungsarbeit zum Holocaust	Multiplikatoren	1.8.2007 bis 31.12.2010	Sachsen
Hillersche Villa e. V.	Geschichtswerkstatt Hillersche Villa	Zeitgemäße Konzepte für die Bildungsarbeit zum Holocaust	Junge Menschen in strukturschwachen Regionen und Kommunen	1.8.2007 bis 31.7.2010	Sachsen
Verein Miteinander leben e. V.	OPEN MIND – Kinder mit dem gelben Stern	Zeitgemäße Konzepte für die Bildungsarbeit zum Holocaust	Kinder und jüngere Jugendliche	1.8.2007 bis 31.7.2010	Schleswig-Holstein
Zentralwohlfahrts-stelle der Juden in Deutschland e. V.	Perspektivwechsel Bildungsinitiativen gegen Antisemitismus und Fremdenfeind-lichkeit	Zeitgemäße Konzepte für die Bildungsarbeit zum Holocaust	Multiplikatoren	1.1.2007 bis 31.12.2010	Thüringen

den vorangegangenen Programmen dem Bereich „Rechtsextremismus“ zugeordnet wurde.

Die wissenschaftliche Begleitung der 18 Modellprojekte im TC1 „Auseinandersetzung mit historischem und aktuellem Antisemitismus“ wurde von „pro Val – Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Analyse und Evaluation“ und dem „Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld“ durchgeführt.

Die überwiegende Mehrheit (14/18) der Modellprojekte widmete sich dem Unterthema „Zeitgemäße Konzepte für die Bildungsarbeit zum Holocaust“, die restlichen vier Projekte widmeten sich dem „Antisemitismus bei jugendlichen Migrant/innen“. Diese Vorgabe der Programminitiatoren, sich auf diese zwei Unterthemen zu beschränken, war von Anfang an in der Kritik. Mit der besonderen Schwerpunktsetzung bestand die Gefahr der Stigmatisierung der Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die ohnehin vielfach von der Gesellschaft als „gewalttätig“, „bildungsfern“, „machistisch“ verurteilt werden. Auch impliziert diese Engführung, dass das Problem Antisemitismus bei herkunftsdeutschen Jugendlichen nicht relevant sei. Die Tatsache, dass die meisten antisemitischen Vorkommnisse nach wie vor einen rechtsextremen Hintergrund haben, blieb außen vor. Ein eigener Themenschwerpunkt Antisemitismus im Bereich Rechtsextremismus war nicht vorgesehen.

Geographisch waren die Projekte wie folgt verteilt: sechs länderübergreifend, vier in Berlin, zwei in Mecklenburg-Vorpommern, zwei in Sachsen sowie je eines in Thüringen, Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg und Bayern.

Als Hauptzielgruppe wählten die Projekte:

- Junge Menschen in strukturschwachen Regionen und Kommunen (7 MPs)
- Multiplikatoren/Multiplikatorinnen (6 MPs)
- Migranten/Migrantinnen (4 MPs)
- Kinder und jüngere Jugendliche (2 MPs)

Übersicht über die geförderten Modellprojekte im TC 1

Die Liste der aufgeführten Projekte zeigt die Vielfältigkeit der Maßnahmen und Zugänge. Es kann hier nicht auf jedes einzelne Projekt eingegangen werden, einige wurden bereits in den Bereichen Schule (Unterrichtsmaterialien) und Begegnungspädagogik thematisiert. Im Folgenden werden exemplarisch ausgewählte Modellprojekte vorgestellt, die unterschiedliche Ansätze vertreten, aber auch im Hinblick auf ihre Arbeit, die erstellten Materialien und die Ressourcen differieren.

1. „Entwicklung und Erprobung von Materialien zur Auseinandersetzung mit historischem und aktuellem Antisemitismus“ des Anne Frank Zentrums Berlin
Ziel des Projekts war die Entwicklung und Implementierung verschiedener, bereits in anderen Ländern erprobter und zum Teil auf europäischer Ebene entwickelter Materialien zum Thema Antisemitismus. Die Hauptaufgabe des Projektteams bestand darin, die Materialien bundesweit zu testen, an den deutschen Kontext anzupassen und – in Zusammenarbeit mit Verlagen – pädagogisches Begleitmaterial für Lehrkräfte zu entwickeln, um diese später in die Praxis umzusetzen.

Im Projekt sind folgende Materialien entstanden beziehungsweise zum Einsatz gekommen:

- Unterrichtsmaterialien und Lehrkräftehandreichung „Antisemitismus in Europa“. Die vom Anne Frank House in Amsterdam in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin entwickelten Materialien sollen Lehrkräfte dabei unterstützen, europäisch-jüdische Geschichte zu vermitteln und über Entstehung, Traditionen und Stereotype der Judenfeindschaft aufzuklären. Sie wurden 2008 in der Reihe „Themen und Materialien“ von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegeben.

- „Alle Juden sind ... – 50 Fragen zum Antisemitismus“. Die Auseinandersetzung mit jahrhundertealten antijüdischen Legenden, Lügen und Vorurteilen steht im Mittelpunkt dieser Handreichung, die vom Anne Frank House, Amsterdam mit dem Verlag an der Ruhr 2008 herausgegeben wurde.

- „Die Judenschublade – junge Juden in D.“ DVD mit Unterrichtsmaterialien. Der Dokumentarfilm „Die Judenschublade – junge Juden in D.“ hinterfragt gängige Klischees und Vorurteile.[120] Im Film kommen jüdische Jugendliche, die in Deutschland leben, zu Wort. Das gleichnamige pädagogische Begleitmaterial, an dessen Entwicklung das Anne Frank Zentrum maßgeblich beteiligt war, unterstützt Lehrende bei der Arbeit mit dem Film.

- „Die Suche“ – Comic und Unterrichtsmaterialien. Ein lebensweltlicher Zugang zu historischem Antisemitismus und der nationalsozialistischen Judenverfolgung ist der Comic „Die Suche“. Eine fiktionale Familiengeschichte transportiert auf rund 60 Comicseiten Fakten und historische Zusammenhänge, sie bietet aber vor allem einen Blick auf Menschen in Entscheidungssituationen. Dieser didaktische Schwerpunkt wird durch begleitende Unterrichtsmaterialien vertieft, die das Anne Frank Zentrum in Zusammenarbeit mit dem Bildungshaus Schulbuchverlage Westermann Schroedel entwickelte.

- Weitere Maßnahmen: In 50 Seminaren wurden bundesweit 730 Lehrkräfte und Multiplikatoren unter dem Titel „Antisemitismus im Klassenzimmer?!“ auf der Basis verschiedener Unterrichtsmaterialien fortgebildet. Zudem wurden Projektveranstaltungen für über 10.000 Jugendliche, vor allem aus Berlin, organisiert. Begleitend fanden außerdem Tagungen und Konferenzen statt.

2. „Pädagogische Auseinandersetzung mit Täterinnen und Tätern im Nationalsozialismus“/ HATIKVA – Bildungs- und Begegnungsstätte für Jüdische Geschichte und Kultur Sachsen e. V.
Hauptziel der entwickelten Handreichung für Multiplikatoren auf DVD-Rom sind die pädagogische Auseinandersetzung mit dem Thema „Täterinnen und Täter des Nationalsozialismus“ und die Sensibilisierung der Jugendlichen für persönliche Entscheidungsprozesse in Wertekonflikten. Die Objektivierung von Entscheidungssituationen anhand von Biographien historischer Personen soll den Jugendlichen die Selbstwahrnehmung erleichtern. Daraus ergibt sich einerseits das Problem der Quellenkritik (das heißt die Jugendlichen müssen befähigt werden, die Quelle nicht für die „ganze Wahrheit“ zu halten), andererseits die Gefahr der Instrumentalisierung von Quellen (das heißt die Teilnehmer sind gefordert, respektvoll mit der Komplexität menschlichen Lebens umzugehen und sie nicht zu stark im Hinblick auf das Lernziel zu vereinfachen).

Die Materialien verfolgen zwei Fragestellungen: einerseits die geschichtliche Perspektive, wie Menschen während des Nationalsozialismus zu Tätern geworden sind (oder nicht), und andererseits die Frage „Kann auch ich zum Täter werden?“ Unter kognitivem Aspekt wird dabei unter anderem nach dem Verhältnis von Schuld und Verantwortung, nach dem Täterbegriff und dem Erfassen von Handlungsspielräumen gefragt. Themen sind auch der Umgang mit Biographien der Täter durch die Justiz und das Erkennen von Situationen, die die Gefahr in sich bergen, zum Täter zu werden, sowie die Möglichkeiten, wie sich eigene Kriterien für Werteentscheidungen finden lassen.

[120] Der Film entstand nach einjähriger Recherchearbeit der Filmemacher Margarethe Mehring-Fuchs und Stefan Laur vom Freiburger Verein „Element 3 – Jugend, Kultur, Konzept“(Lingua Video 2005).

Unter affektivem Aspekt stehen im Vordergrund: Opferempathie, Nein-Sagen, Sensibilisierung der Jugendlichen für Entscheidungssituationen und Wertekonflikte sowie das Verinnerlichen der Pflicht zur Entscheidung.

Das pädagogische Material geht von Bildungszielen aus, die sich aus dem Kompetenzmodell der Lehrpläne des Freistaates Sachsen ergeben. Da in den anderen Bundesländern ähnliche Definitionen und Modelle benutzt werden, sind sie bundesweit ohne Weiteres übertragbar. Die Gliederung der Vorschläge ist so gewählt, dass regionale und lokale Quellen anstelle der sächsischen eingefügt werden können und sollen (Substitution).

Die Beispiele historischer Biographien in der DVD wurden unter dem Gesichtspunkt ausgewählt, dass sie von den Quellen ausgehend das Erfassen von Entscheidungssituationen ermöglichen. In der Mehrzahl der Beispiele wird außerdem eine gewisse Nähe zur Lebenswelt der Jugendlichen gesucht. Grundlage ist deshalb ein weiter Täterbegriff, der von der Verantwortlichkeit des Einzelnen für sein Handeln, das heißt nicht von der juristischen Entscheidung und nicht von der Tragweite des Handelns, ausgeht.

3. „Pädagogische Module gegen Antisemitismus für muslimisch geprägte Jugendliche“/Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIgA e. V.)
Das Kernziel des Projektes war, dem Bedarf an zeitgemäßen pädagogischen Konzepten sowie an für eine Bildungsarbeit gegen Antisemitismus in der Migrationsgesellschaft qualifiziertem Personal gerecht zu werden. Im Mittelpunkt standen schüler- und lebensweltorientierte Ansätze, die mittels methodisch abwechslungsreicher Konzepte den jeweiligen Zielgruppen Kompetenzen, Erfahrungen und Wissen vermittelten, auf deren Grundlage antisemitische Deutungsmuster hinterfragt werden können. Darüber hinaus ging es um die Sensibilisierung und Ausbildung von Multiplikatoren für eine Bildungsarbeit gegen Antisemitismus in der Migrationsgesellschaft. Unter anderem wurden folgende Maßnahmen initiiert:

- Die Entwicklung von sechsstündigen Unterrichtseinheiten (UE) zu verschiedenen Themen. In der für Haupt- und Realschulen konzipierten UE zum „islamistischen Antisemitismus“ setzen sich die Schüler kritisch mit der von Islamisten behaupteten „ewigen Feindschaft zwischen Muslimen und Juden“ auseinander. In der zweiten, für dieselbe Zielgruppe entwickelten EU zum Nahostkonflikt geht es um die Frage nach der Bedeutung der Auseinandersetzungen in der Region für jüdische und muslimische Jugendliche in Deutschland. In einer weiteren UE zum Nahostkonflikt für Gymnasien beschäftigen sich die Schüler kritisch mit einer unter muslimisch geprägten Jugendlichen einseitigen Wahrnehmung des Konflikts. Eine andere UE nimmt sich des „Antisemitismus im Kontext von Ökonomiekritik“ an. Hier erarbeiten die Schüler spielerisch die wesentlichen ökonomischen Strukturen kapitalistischer Gesellschaften und setzen sich kritisch mit personalisierender Kapitalismuskritik und deren Zusammenhang mit Antisemitismus auseinander.

- Innerhalb des Projektes wurde eine einjährige Fortbildungsreihe entwickelt und durchgeführt, bei der sich die Teilnehmenden auf einer wissenschaftlich-theoretischen wie einer praxisorientierten Ebene mit Themen wie Rassismus, Migration, Antisemitismus, Judentum, Nationalsozialismus, „Holocaust-Education“ sowie Nahostkonflikt und Islamismus auseinandersetzten. Als Vertiefung und Ergänzung diente eine zweiwöchige Bildungsreise nach Israel, die in enger Kooperation mit der Stiftung EVZ und der Gedenkstätte Yad Vashem durchgeführt wurde.

- Bei dem außerschulischen Bildungs- und Begegnungsprojekt „Was geht mich Palästina an? Identität im Spannungsfeld von Migration und Herkunft“ stand die Auseinandersetzung mit den Themen Heimat, Migration, Identität und Nahostkonflikt im Mittelpunkt. Über das Projekt wurde ein Dokumentarfilm mit dem Titel „Mit muslimischen Jugendlichen Israel bereisen“ gedreht und die Projektdokumentation „Israel, Palästina und der Nahostkonflikt – Ein Bildungs- und Begegnungsprojekt mit muslimischen Jugendlichen im Spannungsfeld von Anerkennung und Konfrontation“ erstellt.

- Transfer: Fortbildungen und Tagungen „Kompetent gegen Antisemitismus“. Insgesamt wurden drei jeweils mehrtägige Fachtagungen in Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Partnern in verschiedenen Bundesländern zu Fragen des Transfers von Erfahrungen und Konzepten durchgeführt.[121] Zudem fanden bundesweit Fortbildungen für Pädagogen sowie eine Schülerkonferenz in Kooperation mit der DGB-Jugend in Nordrhein-Westfalen statt.

[121] Unter anderem mit der Bundeszentrale für politische Bildung, den Evangelischen Akademien Loccum und Arnoldshain, dem Fritz Bauer Institut sowie der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft.

4. Likrat
Likrat ist Hebräisch und heißt „in Begegnung". Das gleichnamige Projekt sucht die Begegnung unter Jugendlichen mit unterschiedlichen religiösen Hintergründen. Junge Jüdinnen und Juden stellen in Zweierteams ihr Judentum in Schulklassen vor. Likrat-Begegnungen ermöglichen ein lebendiges, bleibendes und bildendes Erlebnis. Auf diese Weise möchte das Projekt Schülerinnen und Schülern einen unbefangenen Zugang rund um das Thema Judentum geben. Ziel ist es, so stereotype Wahrnehmungen zu durchbrechen und stattdessen ein gegenwartsbezogenes Judentum zu vermitteln. Bevor die jüdischen Jugendlichen in die Schulklassen gehen, durchlaufen diese eine Seminarreihe. Neben der Wissensvermittlung zu Religion, Geschichte, Tradition sowie Rhetorik und Gesprächsführung reflektieren sie dort in der Gruppe ihre jüdische Identität, ihre Selbstwahrnehmung und Fremdwahrnehmungen. Innerhalb dieser Gespräche drängt sich eine Frage immer stärker auf: Wie gehen jüdische Jugendliche mit Vorurteilen, Stereotypen und Alltagsantisemitismus um? Der Gesprächsbedarf seitens der jüdischen Jugendlichen zu diesem Thema wird zusehends größer. Aufgrund dieser Erfahrungen werden die Likratinos innerhalb dieses Projektes in Form einer Supervision betreut.

Ergebnisse:

- Seit mehr als drei Jahren organisiert Likrat Ausbildungsseminare für jüdische Jugendliche, die zu Dialogpartnern (Likratinos) ausgebildet und anschließend zu Begegnungen in Schulen geschickt werden. Bisher fanden Begegnungen mit mehr als 2.500 Schülerinnen und Schülern in Süddeutschland (hauptsächlich in Baden-Württemberg und Bayern) statt. Im Jahr 2010 wurden die ersten Peereducators für Likrat in Nordrhein-Westfalen ausgebildet, seitdem wird Likrat auch in Nordrhein-Westfalen als interreligiöses Dialogprogramm angeboten.

- Vor zwei Jahren wurde eine interne Evaluation eingeführt, die mit Pre- und Postfragebögen die einzelnen Begegnungen auswertet. Mit diesem Instrument unterzieht sich Likrat einer Selbstkontrolle, die eine kontinuierliche Verbesserung des Projekts ermöglicht.

Erkenntnisse aus der Evaluation:

- Schülerinnen und Schüler können sich nach den Begegnungen besser vorstellen, wie jüdische Jugendliche in Deutschland leben.

- Unterschiede im Alltagsleben von jüdischen und nichtjüdischen Jugendlichen werden als weniger bedeutend beschrieben: Die Perspektivübernahme wird innerhalb einer Begegnung durch Informationen über das Judentum unterstützt.

- Begegnungen mit muslimischen Jugendlichen: Jüdische Jugendliche machen als Minderheit in Deutschland ähnliche Anfeindungs- und Ausgrenzungserfahrungen – junge Juden und Muslime entdecken im Dialog religiöse und kulturelle Gemeinsamkeiten.

- Offene Kommentare aller Befragten zeigen: Die Darstellung von unterschiedlichen Meinungen trägt zum Gelingen der Begegnungen bei.[122]

5. „Gedenkstättenpädagogik und Gegenwartsbezug – Selbstverständigung und Konzeptentwicklung"/Stiftung Jugendgästehaus Dachau
In Kooperation mit dem Pädagogischen Zentrum des Fritz Bauer Instituts und dem Jüdischen Museum Frankfurt sowie der Akademie Führung & Kompetenz am Centrum für angewandte Politikforschung der LMU München wurde ein Projekt zum kritischen Fachdiskurs im Arbeitsfeld Gedenkstättenpädagogik mit den Schwerpunktsetzungen Gegenwartsbezüge und Demokratieförderung (unter anderem Prävention gegen Antisemitismus) unter Beteiligung von zwölf deutschen, österreichischen und polnischen Gedenk- und Bildungsstätten initiiert. In diesem Rahmen wurden Qualitätsmerkmale demokratischer und zeitgemäßer Gedenkstättenpädagogik diskutiert und benannt. Zudem wurde ein Weiterbildungsangebot zur Förderung der Professionalität entwickelt. Konsens unter den beteiligten Pädagogen aus KZ- und NS-Euthanasie-Gedenkstätten bestand darüber, dass Gedenkstättenbesuche nicht der Prävention gegen antisemitische Haltungen dienen. Sie können aber die Empathie mit jüdischen Opfern (und selbstverständlich auch anderen Opfergruppen) wecken beziehungsweise verstärken, wenn diese Gefühle nicht „verordnet" werden. Als angemessener pädagogischer Weg wurden Beachtung und Einbezug der vielfältigen Perspektiven der Besucher erachtet. Ziel der Professionalisierung von Mitarbeitern war es unter anderem, zu einem reflektierteren Umgang mit antisemitischen Äußerungen zu befähigen.

[122] Selbstdarstellung „Likrat" (angesiedelt an der Jüdischen Hochschule Heidelberg) an das Expertengremium, E-Mail vom 29. April 2011.

Ergebnisse des Projekts waren:

- Ein „Berufsbild Gedenkstättenpädagogik“, das erstmalig Qualitätsmerkmale gedenkstättenpädagogischer Arbeit zusammenfasst.

- Eine parallel zum Projekt entstandene Publikation „Verunsichernde Orte. Selbstverständnis und Weiterbildung in der Gedenkstättenpädagogik“, die einen Theorie- und Praxisteil enthält.[123]

- Die Neuentwicklung beziehungsweise Adaption von circa 25 Übungen, die Kern des entwickelten Angebotes „Verunsichernde Orte – Weiterbildung Gedenkstättenpädagogik“ sind, das bundesweit und einrichtungsübergreifend gebucht werden kann. Die Seminare dienen vorrangig der Reflexion des eigenen Rollen- und Selbstverständnisses, des Umgangs mit Teilnehmenden und mit Vermittlungsmedien.

6. „Perspektivwechsel“ – Bildungsinitiativen gegen Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit/Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V.
Das Modellprojekt „Perspektivwechsel“ entstand 2007 auf Initiative der „Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland“ (ZWST) und der Landesstelle Gewaltprävention des Freistaates Thüringen. Ziel war die Aus- und Weiterbildung pädagogischer Fachkräfte und Multiplikatoren im Bereich der gesellschaftspolitisch orientierten Bildungsarbeit. Die angebotenen Lernprogramme sollten die Sensibilität der Adressaten für die fortdauernde Aktualität von Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit schärfen und zugleich ihre Kompetenzen im Umgang mit jeglichen Erscheinungsformen von Intoleranz und Ausgrenzung stärken.

Die methodische Konzeption des „Perspektivwechsels“ schließt Zugänge und Methoden ein, die eine selbstreflexive Annäherung der Adressaten an identitätsstiftende historisch-politische Prozesse der Vergangenheit und Gegenwart gewähren können. Mit Hilfe der Qualifizierungsseminare und mittels Anti-Bias-Methoden, also eines handlungsorientieren Ansatzes, die auf Verringerung von Vorurteilen und Diskriminierung abzielen, kann die Kontinuität des „verdeckten“ und unterschwelligen Antisemitismus (hier auch der Fremdenfeindlichkeit) aufgespürt und thematisiert werden. Durch die Anwendung des Anti-Bias-Ansatzes wird nicht nur der „Perspektivwechsel“ gefördert, sondern auch das routinierte pädagogische Selbstverständnis kritisch überprüft. Um diese Auseinandersetzung zu ermöglichen, hat das Modellprojekt Zugänge entwickelt, Methoden erprobt und in verschiedenen Handlungsfeldern umgesetzt.

Als zentrale Ergebnisse können festgehalten werden:

- Die Zielgruppen wurden motiviert, sich mit den „schwierigen“ Projektthemen aktiv und selbständig zu befassen. Es wurde Bereitschaft geweckt, die Projektinhalte in die eigene Praxis zu integrieren. Im Laufe der Projektarbeit erfolgte eine partielle Verankerung der Projektinhalte und Methoden. Ein Beispiel hierfür ist die Etablierung eines interdisziplinären Arbeitskreises „Lehrer handeln gegen Antisemitismus“ (in Kooperation mit dem „Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien“ – ThILLm), aber auch die Durchführung von langfristig angelegten und mehrphasigen Fortbildungsseminaren einschließlich der Übertragung und Implementierung von ausgewählten Unterrichtskonzepten/Methoden.

- Im Rahmen des Projekts wurden jährlich (im Schnitt) circa 70 bis 90 Seminar- und Veranstaltungstage organisiert und durchgeführt. Schätzungsweise haben alleine im Jahr 2010 circa 850 Personen an den Projektaktivitäten teilgenommen. Außerdem veranstaltete das Projekt jährlich eine dreitägige Fachkonferenz mit circa 150 bis 250 Teilnehmern. Darüber hinaus wurde eine Reihe von Publikationen zum Thema vorgelegt.

- Es gelang dem Projektteam, die Zielgruppen zu motivieren, stabile Kooperationsstrukturen zu schaffen und auf eine Weise über die Projektinhalte zu kommunizieren, die es ermöglichte, auch außerhalb der Fortbildungsseminare für die im Projekt verhandelten Themen zu sensibilisieren. Zur Qualitätssicherung und Gewährleistung der Nachhaltigkeit wird die Arbeit des in Thüringen etablierten Modellprojekts in den Jahren 2011 bis 2013 weitergeführt.

3.4. Anmerkungen zum Bundesprogramm „Vielfalt tut gut“

Enge Themensetzung

Die Clusterstruktur des Bundesprogramms „Vielfalt tut gut“ stieß in mehrfacher Hinsicht auf Kritik – auch von Seiten der Programmbeteiligten. Zum einen erwies sich die Auswahlbeschränkung auf ein bestimmtes Subthema in der Praxis als hinderlich. Praktiker machten immer wieder die Erfahrung, dass antisemitische Äußerungen bei denselben Ziel-

[123] Barbara Thimm/Gottfried Kößler/Susanne Ulrich (Hrsg.), Verunsichernde Orte. Selbstverständnis und Weiterbildung in der Gedenkstättenpädagogik, Frankfurt a. M. 2010.

gruppen in unterschiedlichen Kontexten auftreten. Jugendliche, die sich antisemitischer Stereotypisierungen im Kontext des Nahostkonfliktes bedienen, können durchaus auch Formen des sekundären Antisemitismus verinnerlicht haben. Im Unterricht über die Geschichte des Holocaust sehen sich Pädagogen häufig mit Positionen zum Nahostkonflikt konfrontiert, die die israelische Politik mit der der Nationalsozialisten gleichsetzen. Deshalb wäre es wünschenswert gewesen, die Cluster durchlässiger zu gestalten und die Antragsteller nicht bereits im Vorfeld vor die Entscheidung zu stellen, ob sie zum historischen Kontext oder zu aktuellen Erscheinungsformen des Antisemitismus arbeiten wollten. Es wäre von großem Vorteil gewesen, wenn die Projekte Kompetenzen in beiden Bereichen entwickeln und diese einsetzen hätten können.

Fokus auf Jugendliche mit Migrationshintergrund

Zu Recht wurden darüber hinaus sowohl die besondere Schwerpunktsetzung auf Jugendliche mit Migrationshintergrund kritisiert als auch das Fehlen des Themas Antisemitismus im Themencluster „Rechtsextremismus“,[124] obwohl Judenfeindschaft integraler Bestandteil der rechtsextremen Ideologie ist. Die Hervorhebung junger Migranten als Problemgruppe suggeriert, dass das Phänomen Antisemitismus bei herkunftsdeutschen Jugendlichen weniger Relevanz hätte.[125]

Ko-Finanzierung

Als problematisch erwiesen sich für viele Antragsteller – häufig kleinere Vereine und Institutionen – die Ko-Finanzierungsvorgaben des Programms „Vielfalt tut gut“ von 50 Prozent, die ohne zusätzliche Landesförderung kaum zu realisieren waren. Je nach Projektumfang wurden für eine dreijährige Projektlaufzeit sechsstellige Summen benötigt, die selbst für etablierte Träger eine große Herausforderung bedeuteten und kleine Initiativen ohne institutionelle Förderung vor nahezu unüberwindliche Hürden stellten. Die Akquise von Drittmitteln wurde vor allem auch durch die Förderlogik der Programme erschwert, da die Träger ihre Projektideen zunächst an den Förderrichtlinien des Bundesprogrammes orientieren mussten und erst dann für das bereits fertig konzipierte Projekt Drittmittelgeber suchen konnten. Damit blieb wenig Spielraum für die Wünsche und Erwartungen potenzieller Sponsoren. Das führte zu einem Dilemma: Je konkreter die Projektidee, desto höher war die Chance vom Bundesprogramm zur Förderung ausgewählt zu werden, während sich gleichzeitig die Gestaltungsmöglichkeiten hinsichtlich der Förderprioritäten der Drittmittelgeber reduzierten.

Modellvorgabe

Modellprojekte setzen voraus, dass die Träger immer wieder neue innovative Ansätze entwickeln. Die in den Modellphasen entstandenen Ansätze, Konzepte und Methoden können in der Regel über die Projektlaufzeit hinaus keine Bundesförderung mehr erhalten, weil davon ausgegangen wird, dass für die Nachhaltigkeit andere öffentliche Träger den Etat übernehmen sollen.

Der Bund sieht seine Aufgabe in der Anstoßfinanzierung von Projekten, die nachhaltig wirken und modellhaft übertragbar sein sollen, um später von Land und Kommunen übernommen zu werden. Das aber passiert in den seltensten Fällen. Die in mühevoller Arbeit und mit öffentlichen Mitteln finanzierten Konzepte, Programme und Materialien bleiben demzufolge häufig in den Regalen der Projektträger ungenutzt liegen, sodass die notwendige breit angelegte Implementierung ausbleibt. Viele Modellprojekte sind, bedingt durch die auf drei Jahre beschränkte Förderfrist, nicht in der Lage, eine solche Implementierung umzusetzen. Das ist bedauerlich, weil Konzepte und Materialien bundesweit stark nachgefragt werden. Häufig können allenfalls die in den Modellphasen gewonnenen Erfahrungen in Nachfolgeprojekte fließen, vorausgesetzt, sie werden durch das neue Programm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ finanziell unterstützt.

Strukturprobleme

Die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gewünschte Übertragung der Konzepte und Methoden in die Regelstrukturen von Schule und Jugendhilfe erwies sich als schwierig. Hier könnte ein Umdenken hilfreich sein, um von der Zielsetzung einer Fokussierung auf die Übertragung in Regelstrukturen wegzukommen. Die Zielsetzung sollte stärker darauf ausgerichtet werden, Wege zu ermöglichen, die über die Jahre hinweg entwickelten Kompetenzen und Res-

[124] Auf dieses Problem wies der Projektleiter Roland Koch vom Modellprojekt im TC 2 „Kompetente Konzepte für Demokratie und Toleranz“ auf der Konferenz „Evaluation von Programmen und Projekten zur Förderung einer pluralistischen und demokratischen Kultur“ in Bielefeld vom 16.–18.2.2011 hin. Von den 18 Projekten im TC „Rechtsextremismus“ berücksichtigte nur ein einziges explizit das Thema Antisemitismus.

[125] Julia Franz/Patrick Siegele: „Zum Schluß: Erfahrungen und Perspektiven“, in: Anne Frank Zentrum (Hrsg.), Von Anne Frank zum Nahostkonflikt? Zur Auseinandersetzung mit historischem und aktuellem Antisemitismus. Entwicklung pädagogischer Materialien, Projektdokumentation 2007–2010, Berlin 2010, S. 40.

sourcen der außerschulischen Bildungsträger in die staatlichen Bildungseinrichtungen einzubringen. Dazu bietet beispielsweise der Ansatz von Bildungspartnerschaften zwischen Schulen und außerschulischen Bildungsträgern eine gute Möglichkeit. Erfahrungen, Methoden und Ansätze könnten so nachhaltig eingesetzt und zielgruppenorientierte langfristige Strategien für die Bekämpfung des Antisemitismus in Schulen entwickelt werden. Analog bestünde die Option, Bildungspartnerschaften auch für die Jugendhilfe-Strukturen einzuführen.

Allerdings ergeben sich hier zwei Probleme: Wer fördert diese Art der Zusammenarbeit, und wie lässt sich so eine enge Einbindung der externen Akteure in das System Schule umsetzen? Die Rahmenbedingungen der Schulen sind starr, und die Zusammenarbeit mit den außerschulischen Bildungsträgern erfolgt nicht auf gleicher Ebene, sodass in der Kooperation oft Probleme entstehen. Einerseits sind die Schulen auf unterstützende Kompetenzen von außen angewiesen, andererseits bringen sich die staatlichen Bildungsinstitutionen nur eingeschränkt in Kooperationen ein. Insbesondere entstehen Probleme bei den Fortbildungen, die die Modellprojekte für Lehrkräfte in Zusammenarbeit mit Lehrerfortbildungsinstituten anbieten. Dabei fühlen sich die Projekte oft alleine gelassen und erhalten wenig Unterstützung durch die vom Ministerium beauftragte wissenschaftliche Begleitung, die vor allem für die Evaluation zuständig ist, und die Regiestellen.

Evaluation

- Die Projektträger stehen einer Evaluation häufig skeptisch gegenüber, weil sie befürchten, dass die Arbeit der Evaluatoren dem Fördermittelgeber als Kontrollinstrument dient. Gewünscht wird eher eine projektbegleitende kollegiale Beratung.

- Die Evaluation und wissenschaftliche Begleitung von Projekten beginnt in der Regel erst zu einem Zeitpunkt, wenn die Projekte bereits mit ihrer Arbeit begonnen haben. Damit bleibt die Startphase unberücksichtigt.

- Die betriebswirtschaftliche Kosten-Nutzen-Kalkulation der Projektförderung mag aus Sicht der Regularien für öffentliche Gelder unerlässlich sein, wird aber bei den Projektträgern kritisch gesehen, weil Veränderungsprozesse in der Gesellschaft nicht nur unter ökonomischen Gesichtspunkten zu sehen sind.

- Befürchtet wird zudem die Instrumentalisierung der Evaluationsergebnisse durch die Politik, zumal die Bundesregierung nicht verpflichtet ist, diese zu veröffentlichen.

- Projektträger plädieren dafür, die für die Evaluation eingeplanten Mittel eher für die Projektarbeit zu nutzen, weil bisher nicht ersichtlich ist, inwiefern die Ergebnisse tatsächlich zu einer besseren Umsetzung der Bundesprogramme beitragen.

3.5. Erfolge der Programme

Trotz aller kritischen Einwände ist zu konstatieren, dass die Programme des Bundes viele lokale Projekte angestoßen haben, die über ihren örtlichen Kontext hinaus bundesweit Aufmerksamkeit erzielten. Nicht nur in der Praxis, sondern auch im Bereich der Wissenschaft haben sie wesentliche fachliche Impulse für die Antisemitismusprävention gegeben. Kompetente Organisationen sind entstanden, und innovative Ansätze wurden erprobt, deren Arbeit für den pädagogisch-präventiven Bereich wichtige Lücken füllt und Schule und Jugendhilfe in der Erfüllung von Erziehungs- und Bildungsaufgaben unterstützt. Sowohl im Bereich der Entwicklung zeitgemäßer Konzepte in der historischen Bildung als auch bei der Entwicklung adäquater Bildungskonzepte zu aktuellen Erscheinungsformen des Antisemitismus haben die durch die Bundesprogramme geförderten Projekte die neuen Herausforderungen angenommen. Entsprechende Methoden, Konzepte und Strategien wurden entwickelt und Netzwerke aufgebaut. Es hat sich eine fachkundige außerschulische Bildungslandschaft entwickelt, die sowohl über wissenschaftliche Sachkenntnisse als auch über methodisch-didaktische Fachkenntnisse verfügt.

Wie die Ausführungen über die LAP-Projekte zum Antisemitismus und die über respectABel geförderten Berliner Maßnahmen zeigen, machen diese in der Gesamtheit aller Projekte nur einen geringen Teil aus. Die Bilanz, zumindest für die zurückliegende Förderperiode des Bundesprogramms (2007–2010), ist ernüchternd. Ursprünglich waren die Lokalen Aktionspläne entwickelt worden, um den wesentlichen Teil der Arbeit im Bereich Antisemitismusbekämpfung zu übernehmen und diese in den Kommunen zu verankern. Die letzten Jahre haben aber gezeigt, dass die Modellprojekte einspringen mussten, obwohl sie eigentlich innovative Ansätze entwickeln und nicht so sehr ins operative Geschäft eingreifen sollten. Das bedeutet, dass die Arbeit gegen Antisemitismus im präventiv-pädagogischen Bereich hauptsächlich im Rahmen der Modellprojekte realisiert wurde und damit im Widerspruch zur Ausrichtung des Bundesprogramms steht. Eine Rolle hat hier sicherlich die Tatsache gespielt, dass im Bereich der pädagogischen Praxis der aktuelle Antisemitismus als eigenständiges Diskriminierungsphänomen relativ neu ist. Zum anderen engagierten sich viele Akteure aus der Bildungsträgerlandschaft mit entsprechender Kompetenz im Bereich der Modellprojekte, stan-

den also für die Lokalen Aktionspläne eher nicht zur Verfügung. Es ist davon auszugehen, dass das aktuelle Bundesprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ mehr Projekte im Bereich Antisemitismusbekämpfung einbindet. In der zurückliegenden Förderperiode des Bundesprogramms „Vielfalt tut gut“ wurden einige innovative Ideen erfolgreich erprobt und wirksame Methoden und Konzepte entwickelt.[126] Die gewonnenen Erkenntnisse können in die Projekte des neuen Programms einfließen und damit tatsächlich zu einer Weiterentwicklung der Präventionsmaßnahmen führen.

Fazit

Für eine Nachhaltigkeit der inzwischen aus den Modellprojekten gewonnenen Erkenntnisse wäre zu wünschen, dass hervorragende Maßnahmen verstetigt werden und die Antragsteller nicht nur auf drei Jahre hinaus – solange sie im Rahmen der Modellprojekte gefördert werden – planen können. Planungssicherheit würde auch der Entwicklung geeigneter Maßnahmen und Materialien eine längerfristige Perspektive geben und nicht in Frustrationen der Beteiligten darüber münden, dass ihre Ergebnisse nicht zur praktischen Umsetzung von Programmen führen, sondern in Mappen gepresst ungenutzt bleiben. Wenn auch eine Verstetigung der Programme aus den verschiedensten Gründen bei den staatlichen Stellen kritisch gesehen wird, so sollte doch eine Verlängerung der Modellprojektphase auf fünf bis sechs Jahre anvisiert werden, damit noch Zeit bleibt, die Ergebnisse der Projektarbeit zu implementieren.

Der einseitige Fokus auf Jugendliche mit Migrationshintergrund in Teilen des Bundesprogramms „Vielfalt tut gut“ ist ebenso ein Indiz dafür, dass die Mehrheitsgesellschaft, also vor allem auch Jugendliche mit autochthonem deutschen Hintergrund, nicht in den Blick genommen wird, obwohl auch dort antisemitische Äußerungen und Haltungen zu bekämpfen wären.

Auch wenn in einer Reihe von Institutionen, Parteien und Vereinen inzwischen Ansätze einer Sensibilisierung für das Thema Antisemitismus zu erkennen sind, ist vieles noch immer der historisch-politischen Bildung verhaftet, beziehungsweise wird aktueller Antisemitismus nach wie vor in erster Linie vor dem Hintergrund des Rechtsextremismus bekämpft. Damit bleiben Stereotype, Vorurteile, Ressentiments und Klischees gegenüber Juden, die in der Mehrheitsgesellschaft virulent sind, unbearbeitet und Teil des öffentlichen Diskurses. Wenn Parteien in ihren Antworten auf die Fragen des unabhängigen Expertenkreises als Präventionsmaßnahme angeben, sie hätten die Gründung dieses Kreises mit dem Beschluss des Deutschen Bundestages „Den Kampf gegen Antisemitismus verstärken, jüdisches Leben in Deutschland weiter fördern“ unterstützt, dann ist dies zwar richtig, lässt aber erkennen, dass mit dem politischen Bekenntnis keine wirkliche Sensibilisierung für die vielen Facetten des alltäglichen Antisemitismus heute erfolgt ist.

Staatliche Institutionen und große gesellschaftliche Organisationen sollten eigene Strukturen nach dem Vorbild erprobter Programme aufbauen und Schulungen für die Mitarbeiter anbieten. Zum Erfahrungsaustausch und zur gemeinsamen Abstimmung sollten die Institutionen sich besser vernetzen (Runder Tisch) und sich im Sinne der Nachhaltigkeit für dauerhafte Förderungen einsetzen. Eine längerfristige, gemeinsam erarbeitete Programmstruktur würde es ermöglichen, nicht nur einzelne Bereiche der Gesellschaft, die Teil der Arbeit der Modellprojekte sind, präventiv gegen Antisemitismus zu schulen, sondern diese auch auf andere Gruppen auszuweiten, die von den Ergebnissen profitieren könnten. Zu denken wäre hier etwa an die Polizei, die Justiz, die parteinahen Stiftungen oder Gewerkschaften und schließlich das große Spektrum der Vereine.

[126] Abschlussbericht der Bundesprogramme, S. 20.

V. Fazit – die wichtigsten Ergebnisse des Berichts

Der Expertenkreis hat seiner Arbeit eine Definition des Begriffs Antisemitismus vorangestellt, derzufolge es sich um eine Sammelbezeichnung für alle Einstellungen und Verhaltensweisen handelt, die Juden und als Juden wahrgenommenen Einzelpersonen, Gruppen oder Institutionen aufgrund dieser Zugehörigkeit negative Eigenschaften unterstellen. Antisemitismus ist demnach immer als eine Aversion gegen eine Gruppe beziehungsweise ein Kollektiv zu verstehen; der einzelne Jude wird nicht als Individuum, sondern als Angehöriger einer Gemeinschaft mit zugeschriebenen Eigenschaften wahrgenommen. Antisemitismus ist also eine feindselige Einstellung gegenüber einer imaginierten Gruppe; sie ist das Ergebnis einer verzerrten Darstellung gesellschaftlicher Realität und keinesfalls als Reaktion auf die Existenz oder das Verhalten von Juden misszuverstehen. Das Phänomen des Antisemitismus existiert wiederum in einem Umfeld, das vielfach durch Unkenntnis sowie durch Stereotype und Vorurteile über Juden bestimmt ist, ohne dass diese durchgehend als antisemitisch anzusehen sind.

Im ersten Teil des Berichts haben wir einen Überblick über den Antisemitismus im Kontext verschiedener extremistisch geprägter politischer Lager erstellt.

Das rechtsextremistische Lager, das nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes zurzeit etwa 26.000 Anhänger umfasst, stellt nach wie vor den bedeutendsten politischen Träger des Antisemitismus in Deutschland dar. Gleichzeitig ist der Antisemitismus ein bedeutendes ideologisches Bindeglied in der Ideologie des keineswegs homogenen Rechtsextremismus und hat schon von daher besondere Bedeutung für die Integration der aktiven Anhängerschaft und deren Identität. In der Außendarstellung wird der Antisemitismus demgegenüber häufig von anderen Feindbildern und Themenkomplexen überlagert. Dazu gehören Angehörige anderer Bevölkerungsgruppen wie „Ausländer", „Fremde" und „Muslime", während inhaltlich Themen wie „Globalisierung", „Sozialpolitik" und „Überfremdung" im Vordergrund stehen.

Grundsätzlich äußert sich der Antisemitismus im rechtsextremistischen Lager in zwei Formen: in häufig mit Gewaltaufforderungen und Vernichtungsphantasien verbundenen Hassbildern oder aber in Form von Insinuationen und Andeutungen, die mit Hilfe von Kodierungen und Subtexten eine antisemitische Botschaft vermitteln, ohne dabei – nicht zuletzt zur Vermeidung juristischer und politischer Folgen – die Judenfeindschaft allzu plakativ zu formulieren.

Der religiös motivierte Antisemitismus spielt im Rechtsextremismus nur noch eine untergeordnete Rolle, hinsichtlich rassistischer Begründungen legt man sich im Allgemeinen Zurückhaltung auf, um in der Außenwirkung eine explizite Nähe zum nationalsozialistischen Vernichtungsantisemitismus zu vermeiden. Unter den „klassischen" Antisemitismusvarianten kommt demgegenüber nationalistischen, politischen und sozialen Argumentationsmustern eine große Bedeutung zu, daneben aber auch den modernen Formen des antizionistischen und sekundären Antisemitismus.

Während der Antisemitismus im rechtsextremen Spektrum zum konstitutiven Bestandteil der Ideologie und des Lagerzusammenhalts gehört, ist dies beim Linksextremismus – zu dem knapp 32.000 Personen gerechnet werden – eindeutig nicht der Fall. Trotzdem gab und gibt es unter Linksextremisten auch Positionen, die einen antisemitischen Diskurs befördern können.

Dies gilt vor allem für die Israelkritik, die häufig durch eine einseitige Verurteilung des jüdischen Staates, ein Ignorieren seiner legitimen Sicherheitsinteressen und eine leichtfertige Infragestellung seiner Existenzberechtigung geprägt ist. Man scheut nicht vor Vergleichen mit dem Nationalsozialismus zurück und verbindet die Kritik der Unterstützung Israels durch die Bundesregierung mit einer pejorativen Bewertung der deutschen „Vergangenheitsbewältigung". Zwar leiten sich solche Einstellungen primär aus dem linksextremistischen Verständnis von Antiimperialismus und Antikapitalismus ab, doch ergeben sich häufig inhaltliche Anknüpfungspunkte für den Antisemitismus.

Der Umgang der globalisierungskritischen Bewegung und des Netzwerks „Attac" mit Antisemitismusvorwürfen wurde hier beispielhaft thematisiert, um einerseits auf die Gefahren einer bedenklichen Form der Kapitalismuskritik

aufmerksam zu machen, andererseits um die letztlich erfolgreichen Abwehrstrategien führender Persönlichkeiten in diesem heterogenen Netzwerk hervorzuheben.

Als ein neuer Träger von Antisemitismus erweist sich inzwischen auch der Islamismus. Islamismus wird hier als eine neuzeitliche extremistische politische Ideologie verstanden, die sich im Nahen und Mittleren Osten wie auch in Europa findet und die von der Religion Islam und ihren Glaubensanhängern, den Muslimen, zu unterscheiden ist. Im Unterschied zu diesen verstehen Islamisten den Islam nicht allein als eine Religion, sondern als ein Herrschaftssystem und als eine Gesellschaftsordnung. Diese Ideologie wird in Deutschland von einschlägigen Organisationen beziehungsweise Gruppen verbreitet.

Für sämtliche der vom Verfassungsschutz mit 29 Einzelorganisationen und 37.400 Anhängern bezifferten islamistischen Gruppen in Deutschland ist Antisemitismus ein konstitutiver Bestandteil ihrer Ideologie. Erweitert um häufig pseudoreligiös begründete Stereotype finden sich bei Islamisten sämtliche Ausprägungen des religiösen, politischen und sozialen Antisemitismus sowie des sekundären Antisemitismus in Form der Holocaustleugnung.

Im Zentrum der antisemitischen Agenden islamistischer Organisationen steht vor allem die Delegitimierung des Existenzrechts Israels. Entsprechend propagieren fast sämtliche Gruppen Gewaltanwendung gegen Israel und seine Staatsbürger und verlangen die Auslöschung des jüdischen Staates. Eine in Deutschland inzwischen verbotene arabische Organisation (HuT) sowie das Terrornetzwerk „al-Qa'ida“ fordern darüber hinaus, Juden weltweit zu bekämpfen und zu töten.

Die weitgehend nicht offen agierenden islamistischen Gruppen in Deutschland wirken hauptsächlich im Ideologietransfer, der vor allem über moderne Kommunikationsmittel erfolgt. Verschiedene Ereignisse der letzten Jahre zeigen, dass dieser islamistische Antisemitismus insbesondere arabisch- und türkischstämmige Jugendliche zu mobilisieren vermag und in einigen Fällen Radikalisierungen befördert. Aussagen darüber, inwieweit der islamistische Antisemitismus unter nichtextremistisch gesinnten „Muslimen“ generell verbreitet ist, werden hier allerdings nicht getroffen und sollen aufgrund unzureichender empirischer Untersuchungen auch nicht Gegenstand von Spekulationen sein, wie dies in der Medienberichterstattung häufig geschieht.

Als wichtige Basis eines islamistisch geprägten Antisemitismus ist schließlich die „Islamische Republik Iran“ zu nennen. In ihr gilt die gegen Israel gerichtete Judenfeindschaft als Staatsdoktrin, was die Leugnung des Existenzrechts Israels sowie eindeutige Aufforderungen zur Zerstörung des jüdischen Staates einschließt. Der Iran unterstützt wiederum finanziell und militärisch sowohl die HAMAS wie die „Hizb Allah“, die ebenfalls die Vernichtung Israels propagieren. Der Iran organisiert einschlägige antisemitische Veranstaltungen und Holocaustleugnungskonferenzen, unterstützt weltweit Demonstrationen zum Al-Quds-Tag (auf dem die Zerstörung Israels propagiert wird) und verbreitet antisemitische Propaganda nach Deutschland (→ **Klischees, Vorurteile, Ressentiments und Stereotypisierungen in den Medien**).

Der Radikalismus der Angehörigen dieser verschiedenen extremistischen Lager schlug sich in sehr unterschiedlichem Umfang in antisemitischen Straftaten nieder. Insgesamt zeichnete sich bei den antisemitischen Straftaten, die als „Politisch motivierte Kriminalität“ (PMK) erfasst wurden, im Jahre 2010 ein verhältnismäßig starker Rückgang ab, nachdem die Delikte in den Jahren 2005 und 2009 einen relativ hohen Stand erreicht hatten (2010: 1.268, demgegenüber zwischen 2005 bis 2009 zwischen 1.559 und 1.809 Straftaten). Dabei entfielen wie in den meisten vorangegangenen Jahren mehr als 90 Prozent aller antisemitischen Straftaten auf den Bereich „PMK rechts“. Es handelt sich dabei in erster Linie um Propaganda- und Volksverhetzungsdelikte. Die antisemitischen Gewalttaten sanken auf insgesamt 37 ab, wobei auch hier wiederum die „rechts“ motivierte Kriminalität eindeutig dominierte. In den Bereich „PMK Ausländer“ fielen 2010 insgesamt 6 antisemitische Gewalttaten, im Gesamtzeitraum seit 2001 waren es insgesamt 47, im Bereich „PMK Links“ seit 2006 war es eine einzige.

Was die Verbreitung antisemitischer Einstellungen in der Bevölkerung anbelangt, so geben die durch den Expertenkreis ausgewerteten demoskopischen Untersuchungen übereinstimmend eine Größenordnung von etwa 20 Prozent latentem Antisemitismus an. Die Umfragen verdeutlichen im Einzelnen, dass dabei neben den „klassischen“ antisemitischen Bezichtigungen – Juden besäßen zu viel Einfluss (Verschwörungsvorwurf) oder seien wegen ihres eigenen Verhaltens selbst „schuld“ an ihrer Verfolgung – Mutmaßungen und Vorwürfe sehr viel stärker eine Rolle spielen, die erst als Reaktion auf den Holocaust und die Existenz des Staates Israel entstanden sind: Es handelt sich dabei insbesondere um den Vorwurf, Juden zögen Vorteile aus dem Holocaust oder nutzten ihn für ihre Zwecke zulasten deutscher Belange aus („sekundärer“ Antisemitismus), sowie um eine mit Antisemitismus aufgeladene Kritik an Israel, die den Staat schlechthin mit „den Juden“ identifiziert und die israelische Politik mit der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik gleichsetzt.

Aus dieser Schwerpunktverlagerung antisemitischer Inhalte erklärt sich auch, dass der Antisemitismus in Deutschland nicht mehr – wie von den 1950er- bis in die 1970er-Jahre – relativ kontinuierlich mit dem demographischen Rückgang der durch den Nationalsozialismus geprägten älteren Generationen abnimmt. Vielmehr ist seit den 1980er-Jahren eine Wellenbewegung zu konstatieren, die offenbar sehr stark durch die Ereignisse im Nahen Osten und die innenpolitische Debatte, insbesondere die Auseinandersetzung um Rechtsextremismus und Nationalsozialismus, geprägt ist.

Für das vergangene Jahrzehnt lässt sich zeigen, dass – nach einem deutlichen Rückgang antisemitischer Einstellungen in den Jahren 2004 bis 2006 – seit 2007/2008 wiederum ein Anstieg antisemitischer Einstellungen festzustellen ist, ohne dass bisher das Niveau von 2002 erreicht wurde. Die vorhandenen Daten erlauben eine Reihe von Differenzierungen hinsichtlich einzelner Teile der Bevölkerung; hervorgehoben sei, dass die noch in den 1990er-Jahren deutlich geringeren Antisemitismuswerte in den neuen Bundesländern sich mittlerweile an den gesamtdeutschen Durchschnitt angenähert haben.

Im Vergleich mit anderen europäischen Ländern nimmt Deutschland, was die Verbreitung antisemitischer Einstellungen anbelangt, einen Mittelplatz ein. Dabei ist zu betonen, dass Deutschland trotz einer beständigen Auseinandersetzung mit seiner nationalsozialistischen Vergangenheit und trotz einer weitgehenden öffentlichen Tabuisierung des Antisemitismus im Allgemeinen höhere Werte erreicht als die westeuropäischen Länder Italien, Großbritannien, Niederlande und Frankreich. Dass Deutschland im europäischen Vergleich trotzdem einen mittleren Platz einnimmt, ist vor allem auf zum Teil extrem hohe Antisemitismuswerte in Polen, Ungarn und Portugal zurückzuführen (Vergleichsdaten liegen nicht für alle europäischen Länder vor).

Lassen sich antisemitische Einstellungen mit Hilfe der Meinungsforschung zumindest in ihrer Größenordnung und in ihrem Trend mit einiger Sicherheit erfassen, ist unser Wissen über das Ausmaß des Antisemitismus im deutschen Alltag außerordentlich rudimentär.

Als gesichert gelten kann die tiefe Verankerung antisemitischer Stereotype und Wahrnehmungsmuster in der Alltagskultur, doch ist völlig ungeklärt, in welchem Umfang sich dieser Bodensatz an Vorurteilen und Ressentiments in konkreten Handlungen (einschließlich verbaler Angriffe) in der alltäglichen gesellschaftlichen Interaktion äußert und welche Folgen dies für Juden und Nichtjuden hat. Die Dimensionen dieses Phänomens lassen sich nur erfassen, wenn man die unterschiedlichen Bereiche fokussiert, in denen solche alltäglichen Formen des Antisemitismus nachweisbar sind: private Geselligkeiten, Kneipengespräche, Schulhöfe, Fußballspiele, Internetblogs etc. Die weder von den – auf die politischen Extreme konzentrierten – Verfassungsschutzbehörden noch von der Strafverfolgung erfasste alltägliche Ausgrenzung, Diffamierung, Beschimpfung und Boykottierung von Juden ist jedenfalls fester Bestandteil des Erfahrungshorizonts der in Deutschland lebenden Juden.

Die Skandale der Jahre 1998 bis 2003, die mit den Namen Walser, Möllemann und Hohmann verbunden sind, haben zwar ein erhebliches Abwehrpotenzial gegen öffentlich geäußerten Antisemitismus mobilisiert, doch die langfristige Breitenwirkung solcher provozierender Tabubrüche ist schwer abzuschätzen, da die drei Genannten vielfach als Opfer von Medienkampagnen betrachtet werden und insofern Momente in die Bewertung einfließen, die über die umstrittenen Inhalte hinausgehen.

Es spricht einiges dafür, dass die für die deutsche Situation seit Kriegsende kennzeichnende weitgehende Tabuisierung antisemitischer Äußerungen in der Öffentlichkeit durch eine mittlerweile bis weit in die Mitte der Gesellschaft verbreitete Gewöhnung an alltägliche judenfeindliche Tiraden und Praktiken unterlaufen wird oder bereits unterlaufen ist. Dabei spielen vor allem eine mit Antisemitismus unterfütterte Israelkritik und die Abwehr von (behaupteten) Schuldvorwürfen wegen der nationalsozialistischen Judenverfolgung eine wesentliche Rolle.

Vor dem Hintergrund des andauernden Nahostkonflikts sowie der zunehmenden Solidarisierung vor allem von türkisch-muslimischen Jugendlichen mit den Palästinensern und einer damit einhergehenden einseitig kritischen Sicht auf Israel stellt sich die Frage einer besonderen Disposition dieser Bevölkerungsgruppe für antisemitische Propaganda, die leicht durch arabische Satellitenprogramme sowie durch die Aktivitäten extremistischer islamistischer Gruppen bezogen werden kann. Jedoch fehlen zuverlässige wissenschaftliche Befunde über die tatsächliche Verbreitung antisemitischer Stereotype unter in Deutschland lebenden Muslimen, während die Zahl der von dieser Bevölkerungsgruppe ausgehenden antisemitischen Übergriffe laut Kriminalitätsstatistik vergleichsweise marginal ist.

Was die Verbreitung von Stereotypen über Juden und den Antisemitismus anbelangt, so hat sich der Expertenkreis in diesem Bericht schwerpunktmäßig mit der Rolle der Medien beschäftigt.

Entsprechend der öffentlichen Tabuisierung des Antisemitismus sind die deutschen Print-, Hörfunk- und Fernsehmedien weitgehend frei von antisemitischen Inhalten. Positiv hervorzuheben ist, dass die Medien insgesamt kritisch über den Antisemitismus der NS-Zeit berichten und apologetischen, revisionistischen und neonazistischen Tendenzen entgegentreten. Allerdings finden sich immer wieder Stereotype und Klischees über Juden und jüdisches Leben, die auch antisemitische Einstellungen ansprechen können. Dies gilt insbesondere für den Nahostkonflikt, in dem Israel – schon aufgrund des asymmetrischen Charakters der gewalttätigen Auseinandersetzungen – überwiegend in der Rolle des handelnden Täters erscheint und die Fokussierung auf den israelischen Militärapparat kaum noch Raum für die Darstellung anderer Aspekte der Lebensrealität in diesem Land zuzulassen scheint. Die Berichterstattung gibt auch Raum für die Gleichsetzung von „Israelis“ und „Juden“. Allerdings sind solche Klischees zumindest in den seriösen Medien nicht als durchgängiges Muster zu beobachten. Auch die immer wieder zu findenden Markierungen einzelner Personen als Juden – so zum Beispiel, durchaus ressentimentbeladen, im Zusammenhang mit der Finanzkrise –, die durchaus latent antisemitische Haltungen in der Leserschaft unterstützen können, sind kein durchgängig verbreitetes Muster.

Das Internet ist heute der wichtigste Kommunikationsort für den Austausch zwischen radikal-antisemitischen politischen Gruppierungen und Einzelpersonen. Rechtsextreme, Holocaustleugner und extremistische Islamisten benutzen das Internet in großer Selbstverständlichkeit als Plattform zur Verbreitung ihrer antisemitischen Propaganda. Besondere Aufmerksamkeit verdient das Eindringen solcher Inhalte in Mainstreamangebote wie „YouTube“, „Facebook“ oder „Twitter“ oder in die Onlinemeinungsteile relevanter Medien, ebenso wie das Anbieten von antisemitischen Schriften oder NS-Devotionalien auf anerkannten Verkaufsplattformen.

Antisemitismus gelangt in einem nicht unerheblichen Umfang auch über türkische Medien nach Deutschland. In der in Deutschland vertriebenen türkischen Presse finden sich immer wieder Beispiele für antisemitische Ausfälle, die im Bericht beispielhaft ausführlicher zitiert wurden. Solche Ausfälle umfassen vor allem antisemitische Verschwörungsvorstellungen, einen religiös begründeten „Antizionismus“, Aspekte der Holocaustleugnung sowie Vergleiche zwischen Israel und NS-Deutschland. Auf türkischen Buchmessen im Umfeld der „Milli Görüş“-Moscheen sind in den vergangenen Jahren nachweislich mehrfach antisemitische Publikationen vertrieben worden. Der türkische Film „Tal der Wölfe-Palästina“, der im Januar 2011 in Deutschland anlief, ist in seiner verzerrenden Darstellung Israels als rassistisch und antisemitisch kritisiert worden.

Über die durch Satelliten zu empfangenden islamistischen TV-Sender „Al-Manar-TV“ (der parteieigene Sender der „Hizb Allah“ mit Sitz in Beirut) sowie „Al-Aqsa-TV“ (der Sender der HAMAS mit Sitz im Gaza-Streifen) gelangt massive antisemitische Propaganda, die unter anderem die Verherrlichung von Selbstmordanschlägen beinhaltet und auf die Forderung nach einer Vernichtung Israels hinausläuft, nach Europa und Deutschland.

Wegen der eindeutig antisemitischen Inhalte dieser Sender hat die französische Aufsichtsbehörde die Ausstrahlung beider Sender über den Satelliten Eutelsat unterbunden. In Deutschland erließ das Bundesministerium des Innern am 11. November 2008 darüber hinaus ein vereinsrechtliches Betätigungsverbot gegen „Al-Manar-TV“. Beide Sender sind jedoch in Deutschland weiterhin über andere Satelliten zu empfangen.

Der weltweit zu empfangende Sender „Islamische Republik Iran Broadcasting“ (IRIB) sendet in deutscher und in weiteren 26 Sprachen. Die Berichterstattung des deutschen Programms dieses Senders mit Sitz im Bundespressehaus in Berlin ist deutlich antisemitisch. Der Iran exportiert seine antisemitische Ideologie auch über internationale Buchmessen in Deutschland sowie über iranische Buchläden in Europa.

Angesichts der relativ weiten Verbreitung antisemitischer Einstellungen in der Bevölkerung und der Präsenz von Judenfeindschaft im Alltag stellt sich – gerade angesichts der weitgehenden Tabuisierung des Antisemitismus im öffentlichen Raum – die bisher vollkommen unbeantwortete Frage, wie antisemitische Stereotype, Vorurteile und Einstellungen in unserer Gesellschaft tradiert werden. Von der Beantwortung dieser Frage hängt insbesondere die Entwicklung wirksamer Gegenstrategien ab.

Um die Tradierung antisemitischer Vorurteile und Einstellungen aufzudecken, sollten nach Auffassung des Expertenkreises vorrangig diejenigen Großorganisationen in den Blick genommen werden, in denen junge Menschen über einen längeren Zeitraum sozialisiert werden. Diese „Sozialisationsinstanzen“ folgen in ihrer Arbeit bestimmten – formellen oder informellen – Regeln und Normen und sind somit auch für Außenstehende ausreichend transparent. Hier bietet sich zudem die Möglichkeit, durch eine Veränderung von Rahmenrichtlinien, Schulung von Mitarbeitern etc. gegebenenfalls langfristig korrigierend einzugreifen.

In einem späteren Schritt wird man sich der komplexeren Frage zuwenden müssen, ob und wie Stereotype über Juden und Antisemitismus innerhalb von Familien beziehungsweise innerhalb von informellen kleinräumigen Milieustrukturen – Stammtische, Nachbarschaftskreise etc. – weiterverbreitet werden.

Zu den Sozialisationsinstanzen sind zunächst die öffentlichen Bildungseinrichtungen zu zählen. Neben der Besorgnis, dass Kitas und Kindergärten insbesondere in den neuen Bundesländern zu Zielpunkten rechtsextremer Aktivitäten werden, sind hier vor allem die Schulen zu nennen. Denn trotz nachhaltiger Bemühungen, die junge Generation gegen Antisemitismus zu sensibilisieren, kann gerade die Schulausbildung bei der Tradierung antisemitischer Stereotype in mehrfacher Hinsicht eine Rolle spielen – und zwar gerade gegen die Intentionen der Verantwortlichen und der Lehrenden. Erste einschlägige Forschungen über die Schulpraxis, die der Expertenkreis gesichtet hat, haben verschiedene Anhaltspunkte für diese Vermutung ergeben:

Dazu gehört die Frage, ob nicht antisemitische Stereotype durch die einseitige Hervorhebung von Juden als Opfer über Rahmenpläne und Schulbücher tradiert werden. Solche Stereotype können auch über Kinder- und Jugendliteratur transportiert werden, die im Unterricht in verschiedenen Fächern Verwendung finden. Im Zuge der Behandlung des Holocaust im Schulunterricht werden häufig überzogene moralische Erwartungen an die Schüler gestellt, die bei den Betroffenen Frustration zurücklassen und in einem typischen „Schuldabwehr“-Antisemitismus münden können. Die unreflektierte Nutzung von NS-Propagandamitteln im Unterricht kann dazu führen, dass sich bestimmte rassistisch-antisemitische Bilder in den Köpfen der Schüler festsetzen. Die Tatsache, dass der Nahostkonflikt im Allgemeinen im Schulunterricht wenig thematisiert wird, hat ein Informationsdefizit bei Schülern zur Folge, dass sie besonders anfällig für eine einseitig negative und überzogene Darstellung der Rolle Israels in diesem Konflikt macht.

Antisemitische Vorurteile und Stereotype finden sich auch im universitären Umfeld, allerdings eher als Randerscheinung. So kommt es immer wieder vor, dass Universitäten für Gastredner geöffnet werden, die mit eindeutig antisemitischen Stereotypen hervortreten, und Studenten sind, wie eine Reihe von Hinweisen zeigt, gegenüber einschlägigen Vorurteilen keineswegs immun.

Obwohl die christlichen Kirchen heute Antisemitismus eindeutig verurteilen, stellt sich vor dem Hintergrund eines jahrhundertealten christlichen Antijudaismus dennoch die Frage, ob nicht Elemente dieser Judenfeindschaft zumindest in Nischen kirchlicher Arbeit überlebt haben könnten und weiterhin virulent sind. Im Zuge seiner Arbeit hat der Expertenkreis verschiedene Anhaltspunkte dafür zusammengetragen, die zumindest eine Reihe von kritischen Fragen nahelegen. Erreicht, so ist etwa zu fragen, der christlich-jüdische Dialog wirklich die Basis der Kirchenmitglieder, einschließlich jener Gruppen, die zum Beispiel in der evangelischen Kirche am „Auftrag“ der Judenmission festhalten? Wie weit verbreitet sind heute noch der Überlegenheitsanspruch der christlichen Religion gegenüber Juden oder Gefühle einer Anfechtung der eigenen christlichen Identität? Inwieweit werden heute im Religionsunterricht Juden immer noch als Gegner der christlichen Religion präsentiert? Welche Wirkung hat der christliche Religionsunterricht generell auf das Bild, das sich junge Menschen von Juden machen? Wie weit geht die kritische Auseinandersetzung mit der Tradition des christlichen Antijudaismus?

Zu den Sozialisationsinstanzen gehört auch das gerade in Deutschland bedeutende und breit gefächerte Vereinswesen. Der Expertenkreis hat sich, um die komplexe Problematik zumindest schlaglichtartig zu beleuchten, zunächst näher mit zwei Beispielen beschäftigt:

Trotz erheblicher Gegenmaßnahmen seitens des Deutschen Fußball-Bundes sind auch heute noch rassistische, rechtsextreme und antisemitische Parolen auf deutschen Fußballplätzen an der Tagesordnung, wobei sich das Geschehen in den letzten Jahren auf das Umfeld der Stadien und auf die unteren Ligen verschoben hat. Beschimpfungen gegnerischer Mannschaften als „Juden“ sowie insbesondere Beleidigungen jüdischer Spieler und Angehöriger jüdischer Mannschaften gehören zum deutschen Fußballalltag. Diese Vorkommnisse spielen sich, das erschwert Gegenmaßnahmen, weniger im Vereinsleben selbst als im Umfeld der Fangemeinden ab.

Die Jugendfeuerwehren, um diesen immerhin 240.000 Mitglieder umfassenden Zweig des Vereinswesens als zweites Beispiel zu nennen, haben in einem Modellprojekt im Jahre 2009 in mehreren Bundesländern systematisch die Verbreitung von Ereignissen beziehungsweise Vorfällen mit einem rechtsextremen, fremdenfeindlichen beziehungsweise antisemitischen Hintergrund in ihrer Organisation untersuchen lassen. Die Ergebnisse sind zwar nicht alarmierend, jedoch so aussagekräftig, dass sie Anlass für die Entwicklung einer Gegenstrategie bieten.

Die Beschäftigung mit den Sozialisationsinstanzen führte den Expertenkreis unmittelbar zu der Frage nach wirksamen Präventionsmaßnahmen. Unter dem Stichwort Antisemitismusprävention entfalten

staatliche Institutionen und gesellschaftliche Organisationen eine große Zahl höchst unterschiedlicher Initiativen. Der Expertenkreis hat sich zunächst darum bemüht, eine erste Bestandsaufnahme vorzunehmen, die notwendigerweise exemplarisch und kursorisch bleiben muss. Sie folgt in einem erheblichen Umfang Selbstauskünften der jeweiligen Institutionen beziehungsweise Organisationen, die zum Teil durch zusätzliche Materialien ergänzt werden konnten. Als erstes Ergebnis lässt sich festhalten, dass die gegen den Antisemitismus unternommenen Maßnahmen je nach Trägerorganisation weitgehend uneinheitlich und unkoordiniert erfolgen, sie gehen von unterschiedlichen Vorstellungen aus, was Antisemitismus ist und wie er zu bekämpfen sei, und erfassen ihn häufig in zu geringem Maße als eigenständiges Phänomen. Eine umfassende Strategie zur Bekämpfung des Antisemitismus in Deutschland existiert nicht. Der Expertenkreis betrachtet es jedoch als seine wesentliche Aufgabe, aus seiner Kenntnis des Gesamtfeldes Wege für die Entwicklung einer solchen Strategie aufzuzeigen.

Originär zuständig für die Bekämpfung von Antisemitismus sind zunächst Justiz und Polizei. Der Expertenkreis versuchte zunächst, die Frage zu klären, ob die jeweiligen Behörden in diesem Zusammenhang auch präventive Maßnahmen, also etwa im Bereich der Schulung von Mitarbeitern, ergreifen. Als erstes Ergebnis kann festgehalten werden, dass Polizei- und Justizbehörden das Thema Antisemitismus überwiegend im Kontext des Rechtsextremismus verorten und mit präventiven Maßnahmen in erster Linie dort ansetzen. Falls sie spezifische Maßnahmen gegen eine Verbreitung des Antisemitismus ergreifen, beziehen sich diese vorwiegend auf die Aufklärung über die nationalsozialistische Politik im Rahmen der historisch-politischen Bildung, jedoch kaum auf Erscheinungsformen des heutigen Antisemitismus außerhalb des rechtsextremen Kontextes.

Als wesentliche Träger der politischen Willensbildung kommt den politischen Parteien auch im Bereich der Antisemitismusprävention eine wichtige Rolle zu. Dem Expertenkreis fiel es jedoch nicht leicht, ein umfassendes Bild über die entsprechenden Aktivitäten der Parteien zusammenzustellen: Während Die Grünen und die FDP nicht auf die Anfragen des Expertenkreises reagierten, beziehen sich die Antworten von CDU und CSU auf die Programmatik der beiden Parteien und ihre grundsätzliche Haltung, Antisemitismus wie jede Form des politischen Extremismus zu bekämpfen. SPD und vor allem „Die Linke“ verwiesen in ihren Antworten auf eine Fülle von weiteren Aktivitäten ihrer Organisationen (Veranstaltungen, Publikationen, Anstöße zu diversen Aktivitäten etc.), die zudem durch die parteinahen Stiftungen unterstützt würden.

Die Frage nach der Antisemitismusprävention im Rahmen der staatlichen Bildungspolitik war schließlich für die Einschätzung des Expertenkreises zentral. In seinem Beschluss vom 4. November 2008 „Den Kampf gegen Antisemitismus verstärken, jüdisches Leben in Deutschland weiter fördern“ forderte der Bundestag unter anderem die Bundesregierung auf, sich bei den Ländern für die Erweiterung um „Themen zum jüdischen Leben, zur jüdischen Geschichte und zum heutigen Israel“ einzusetzen. Diese Vorstellung ist laut Auskunft der Kultusministerkonferenz mittlerweile in fast allen Lehrplänen umgesetzt, wobei der Schwerpunkt offenbar eindeutig auf der Auseinandersetzung mit der Judenverfolgung in der NS-Zeit und der hieraus abgeleiteten „besonderen Verantwortung Deutschlands für Israel“ liegt. Nur ein Teil der Länder benennt ausdrücklich die Auseinandersetzung mit Antisemitismus im Schulunterricht als eigenständiges Thema. Mit welchen konkreten Ergebnissen die Vorgaben der Ministerien in der Schulpraxis umgesetzt werden, ist allerdings eine weitgehend offene Frage. Neben der Behandlung des Themas im Unterrichtskanon sind zahlreiche Schulen in einer unüberschaubaren Vielzahl von Projekten zur Antisemitismusbekämpfung involviert.

Ebenso wird innerhalb von zahlreichen kirchlichen Gemeinden eine große Zahl von Projekten zur Bekämpfung des Antisemitismus betrieben, vorwiegend zur Auseinandersetzung mit der Judenverfolgung im Nationalsozialismus. In beiden Kirchen sind – laut Auskunft der Deutschen Bischofskonferenz und vom Kirchenamt der EKD – auf der zentralen Ebene institutionelle Zuständigkeiten zur Antisemitismusbekämpfung und ein entsprechendes Problembewusstsein vorhanden.

Im Bereich des Sports sind insbesondere Initiativen der Deutschen Sportjugend sowie des Deutschen Fußball-Bundes hervorzuheben, die einzelnen Vereinen nachhaltige Hilfestellungen gegen die Infiltration der Vereinsarbeit und der Fangemeinden seitens rechtsextremer Kreise geben. Dabei wird der Antisemitismus durchaus als integraler Bestandteil rechtsextremer Ideologie erkannt und als eigenständiges Phänomen angesprochen.

Im Bereich der Deutschen Jugendfeuerwehren ist in den letzten Jahren ein Konzept zur Stärkung der innerverbandlichen Demokratie und zur Bekämpfung des Rechtsextremismus entwickelt und erprobt worden. In diesem Zusammenhang werden auch Maßnahmen zur Bekämpfung antisemitischer Erscheinungen ergriffen.

Eine nachhaltige und erfolgreiche Prävention und Bekämpfung antisemitischer Einstellungen kann nur mit Hilfe eines spezifischen, durch gut qualifizierte Kräfte betreuten und breitgefächerten pädagogischen Instrumentariums erfolgen.

Die Vermittlung historischer Kenntnisse über die nationalsozialistische Judenverfolgung ist sicher ein wichtiger Bestandteil einer solchen Strategie, reicht aber keinesfalls aus.

Vielmehr müssen solche gegenwartsbezogenen Ansätze deutlich im Vordergrund stehen, die dezidiert auf jene Themenfelder eingehen, in denen heute Antisemitismus vorwiegend geäußert wird, also den Nahostkonflikt, den sekundären Antisemitismus, den Islamismus sowie die Verkürzung komplexer ökonomischer Probleme auf dem Wege bestimmter Personalisierungen. Aus der Praxis empfiehlt sich eine pädagogische Arbeit, die insbesondere mit den Elementen „Begegnung" und „Anerkennung" arbeitet. Pädagogische Arbeit richtet sich sinnvollerweise an Menschen, die nicht über ein geschlossenes antisemitisches Weltbild verfügen, und sie erscheint insbesondere dann als sinnvoll, wenn sie neben Jugendlichen auch die Lebenswelt der Erwachsenen einbezieht.

Die Bundesprogramme zur Förderung einer demokratischen Kultur wurden einer gesonderten Prüfung und Bewertung unterzogen. Der Expertenkreis kam dabei zu der Schlussfolgerung, dass die Programme des Bundes „Civitas", „entimon", „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus" und „Vielfalt tut gut" viele lokale Projekte angestoßen haben, die über ihren örtlichen Kontext hinaus bundesweit Aufmerksamkeit erzielten. Nicht nur in der Praxis, sondern auch im Bereich der Wissenschaft haben sie wesentliche fachliche Impulse für die Antisemitismusprävention gegeben. Kompetente Organisationen sind entstanden, und innovative Ansätze wurden erprobt. Es hat sich eine fachkundige außerschulische Bildungslandschaft entwickelt, die sowohl über wissenschaftliche Sachkenntnisse als auch über methodisch-didaktische Fachkenntnisse verfügt. Allerdings ist der einseitige Fokus auf Jugendliche mit Migrationshintergrund in Teilen des Bundesprogramms „Vielfalt tut gut" auch ein Indiz dafür, dass die Mehrheitsgesellschaft, also vor allem Jugendliche mit autochthonem deutschen Hintergrund, nicht in den Blick genommen wird, obwohl auch dort antisemitische Äußerungen und Haltungen zu bekämpfen wären. Im neu aufgelegten Förderprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken" ist dem zumindest mit der Erweiterung auf die „Integrationsgesellschaft" zum Teil Rechnung getragen.

Für eine Nachhaltigkeit der inzwischen aus den Modellprojekten gewonnenen Erkenntnisse wäre zu wünschen, dass hervorragende Maßnahmen verstetigt werden und die Antragsteller nicht nur auf drei Jahre hinaus – solange sie im Rahmen der Modellprojekte gefördert werden – planen können. Besonders die Übertragung der Konzepte und Methoden in die Regelstrukturen von Schule und Jugendhilfe erwies sich als schwierig. Die Zielsetzung sollte daher stärker darauf ausgerichtet werden, Wege zu ermöglichen, die über die Jahre hinweg entwickelten Kompetenzen und Ressourcen der außerschulischen Bildungsträger in die staatlichen Bildungseinrichtungen einzubringen. Zudem sollte eine Verlängerung der Modellprojektphase auf fünf bis sechs Jahre anvisiert werden, damit noch Zeit bleibt, die Ergebnisse der Projektarbeit zu implementieren.

Eindeutig hat dieser Bericht das rechtsextremistische Lager als nach wie vor wichtigsten Träger des Antisemitismus in Deutschland benannt. Dieser Befund wird insbesondere durch die Tatsache unterstrichen, dass mehr als 90 Prozent aller antisemitischen Straftaten durch Täter begangen werden, die dem rechten Spektrum zugeordnet werden.

Offen ist in diesem Bericht hingegen die Frage geblieben, ob und inwieweit der von extremistischen Islamisten auch in Deutschland propagierte islamistische Antisemitismus unter den hier lebenden Muslimen verbreitet ist. Angesichts fehlender empirischer Untersuchungen ist damit eine genauere Gefahrenabschätzung zurzeit nicht möglich und bleibt als wichtige Aufgabe künftiger Forschungen bestehen.

Der Bericht konnte zeigen, dass in der deutschen Mehrheitsgesellschaft in erheblichem Umfang antisemitische Einstellungen in unterschiedlichen inhaltlichen Ausprägungen vorhanden sind, die wiederum auf weitverbreiteten Vorurteilen und tief verwurzelten Klischees beziehungsweise auf schlichtem Unwissen über Juden und Judentum basieren. Angesichts moderner Kommunikationsformen, wie sie insbesondere im Internet bestehen, ist eine Verbreitung dieses Gedankenguts kaum zu unterbinden. Die weitgehende Tabuisierung des Antisemitismus im öffentlichen Diskurs, die bisher für die Bundesrepublik kennzeichnend war, droht damit, entscheidend an Wirksamkeit zu verlieren. Besonders gefährlich erscheint die Anschlussfähigkeit des bis weit in die gesellschaftliche Mitte reichenden und nicht hinreichend geächteten Antisemitismus für rechtsextremistisches Gedankengut. Nicht zuletzt angesichts der verheerenden historischen Auswirkungen des nationalsozialistischen Antisemitismus ist entschlossenen Gegenmaßnahmen eine hohe Priorität einzuräumen.

Die tiefe Verwurzelung von klischeehaften Judenbildern und antisemitischen Einstellungen in der deutschen Kultur und Gesellschaft wird sich nur langfristig und mit nachhaltigen Maßnahmen

verändern lassen. Dieser Befund macht die Erarbeitung einer umfassenden Abwehrstrategie in Zusammenarbeit von staatlichen Institutionen und gesellschaftlichen Organisationen notwendig, die das in Wissenschaft, Pädagogik und zivilgesellschaftlichen Initiativen vorhandene Potenzial systematisch nutzen muss.

Hierzu hat der Expertenkreis einen umfangreichen Katalog von Empfehlungen ausgearbeitet.

VI. Empfehlungen

Zusammenfassung

In Deutschland bestehen auf den unterschiedlichen Ebenen von Staat und Gesellschaft gute Voraussetzungen für eine aktive Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus in seinen verschiedenen Erscheinungsformen. Es muss künftig um die Optimierung und den abgestimmten Ausbau beziehungsweise die Ergänzung vorhandener Strukturen gehen. Dazu bedarf es des Zusammenwirkens von Bund, Ländern, Kommunen, Verbänden, Kirchen und Initiativen sowie spezifischer Maßnahmen auf den einzelnen Ebenen von Politik und Gesellschaft. Für Bereiche, in denen empirische und analytische Defizite zu konstatieren sind, müssen in den kommenden drei bis sechs Jahren im Rahmen bestehender Förderlinien des Bundes und der Länder entsprechende Untersuchungen in einem auf geeignete Weise einzurichtenden Forschungsverbund geleistet werden. Es wird empfohlen, dass Bund und Länder die entsprechenden Ressourcen vorhalten. Für die evaluative Begleitung der vorgeschlagenen Projekte und die regelmäßige Fortschreibung des Berichts erscheint ferner die Fortführung des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus, der über die notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen verfügen muss, angezeigt.

Antisemitismus und Prävention in Deutschland – Empfehlungen an den Deutschen Bundestag

Der unabhängige Expertenkreis konnte sich für die Erarbeitung seines Berichts zum Antisemitismus auf eine für Deutschland und in Deutschland selbst ausgesprochen breite Forschungslandschaft stützen und Informationen aus einer weit gefächerten Szenerie in Wissenschaft und Gesellschaft beziehen. Hier zeigt sich, dass in Deutschland im internationalen Vergleich ausgesprochen günstige Voraussetzungen nicht nur für Erhebungen, sondern auch für aktive gesellschaftliche Gestaltung und Prävention bestehen. Institute, Forschungszentren, einzelne Lehrstühle und Arbeitsstellen, aber auch die über akademische Disziplinen und Bildungseinrichtungen in öffentlicher und privater Trägerschaft sowie Initiativen und Netzwerke ganz unterschiedlicher Art verteilten Kompetenzen sind für diesen Aktionsraum ganz wesentliche Voraussetzungen. Die föderale Verfassung der Bundesrepublik, die wesentliche Gestaltungsmöglichkeiten auf der Ebene von Ländern und Kommunen belässt sowie „on the ground“ eine effiziente Zusammenarbeit zwischen Akteuren öffentlicher und nichtöffentlicher Institutionen und Gruppierungen möglich macht, trägt wesentlich zu diesen insgesamt günstigen Voraussetzungen bei. Dasselbe gilt für die Handlungsebene auch von mehrstufigen Bundesprogrammen zur Förderung von Lokalen Aktionsplänen, Modellprojekten und Beratungsnetzwerken wie „Vielfalt tut gut“ oder „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“.

Der 2009 vom damaligen Bundesminister des Innern, Dr. Wolfgang Schäuble, einberufene unabhängige Expertenkreis Antisemitismus hat sich als sinnvolles Instrumentarium erwiesen, das entsprechend den Besonderheiten der föderalen Struktur und der dezentralen Handlungsebenen der Bundesrepublik Deutschland einen anderweitig so kaum möglichen Mehrwert an inhaltlichem Ertrag bewirkt hat. Die Zusammenführung von Experten aus unterschiedlichen Räumen, Disziplinen und Tätigkeitsfeldern kann insofern auch in struktureller Hinsicht als fruchtbar betrachtet werden. Deshalb sollte der unabhängige Expertenkreis fortgeführt werden und in länger angelegter Folge, nach Möglichkeit einmal in der Legislaturperiode beziehungsweise spätestens alle vier Jahre, eine Fortschreibung des Berichts vorlegen. Dabei ist neben einer aktualisierten Beschreibung des Problemfeldes insbesondere eine kritische Bestandsaufnahme der zwischenzeitlich unternommenen Schritte und neuen Entwicklungen in Forschung und gesellschaftlicher Praxis zu unternehmen.

Hierzu muss der Expertenkreis, dem für die Erstellung seines ersten Berichts vom Bundesministerium des Innern eine befristete freie wissenschaftliche Mitarbeiterin zur Verfügung gestellt wurde, auch weiterhin über die entsprechenden Ressourcen verfügen, um unabhängig agieren zu können. Eine kontinuierlich besetzte wissenschaftliche Arbeitsstelle ist hierfür unabdingbare Voraussetzung.

Wenn es im Folgenden um Empfehlungen des Expertenkreises für künftige Maßnahmen in Forschung und gesellschaftlicher Praxis geht, werden zwar auch bestehende Defizite benannt, die sich aber aus dem Abgleich mit dem beschriebenen Befund ergeben und auf der Basis eines guten Ausgangsbestandes formuliert werden. Die Arbeit des Expertenkreises in den Jahren 2009 bis 2011

benennt unter diesen Prämissen eine Reihe von Maßnahmen und Aktivitäten, die für die weitere Interventions- und Präventionsarbeit vordringlich erscheinen und für die im Zusammenwirken von Bund und Ländern im Rahmen bestehender Programme ein geeigneter wissenschaftsorganisatorischer Rahmen geschaffen werden soll, sowie Aufgabenfelder künftiger Forschung.

1. Politische Handlungsebene

Folgende Empfehlungen werden für die Ebene praktischen politischen Handels gegeben:

1.1. Konkretisierung der Erfassung

Es wird empfohlen, dass

- der vom Bundesministerium des Innern herausgegebene **„Verfassungsschutzbericht“** ebenso wie die entsprechenden Berichte der Länder künftig ein Kapitel zum Antisemitismus in linksextremen und islamistischen Gruppen und Zirkeln nach dem Vorbild des jährlichen Berichtsteils zum Rechtsextremismus im Bundesbericht aufnehmen;

- die **Polizeibehörden** bei der Erfassung antisemitischer Straftatbestände gegebenenfalls die Kategorie „Ausländer“ nach Staatsangehörigkeiten aufschlüsseln beziehungsweise sonstige aussagekräftige Kategorien für Täter mit Migrationshintergrund einführen;

- Schritte unternommen werden, die eine **Verbesserung der Kommunikation** zwischen staatlichen Exekutivorganen und nichtstaatlichen Organisationen und Initiativen über bestehende und geplante Maßnahmen zur Antisemitismusprävention sicherstellen,
  - dies kann am besten durch einen kontinuierlichen Informationsaustausch zwischen staatlichen Institutionen, gesellschaftlichen Organisationen (Kirchen, Verbänden) sowie einschlägig arbeitenden Initiativgruppen sowie Wissenschaftlern über bestehende und geplante Maßnahmen zur Antisemitismusprävention geschehen. Als ersten Schritt regt der Expertenkreis an, hierzu eine Arbeitsgruppe nach dem Vorbild der in Berlin angesiedelten und bundesweit tätigen „Task Force for Education on Antisemitsm“ einzurichten;

- die **Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“** antisemitische Stereotypisierungen und antisemitische Inhalte im Internet thematisiert und ihrerseits entsprechende Empfehlungen erarbeitet.

1.2. Schwerpunktsetzung in Bildungseinrichtungen des Bundes, der Länder und der Verbände

- **Programme der Bundesregierung: Vom Modell zur Regelpraxis**
  Die Förderprogramme der Bundesregierung (bislang Modellprojekte) sollten ohne effizienzmindernde Förderlücken längerfristig angelegt und nach vorangegangener positiver Evaluation in die Regelpraxis überführt sowie verstetigt werden. Dabei sollten die Einzelprogramme zu stärker übergreifend arbeitendem Vorgehen mit dem Ziel der Abstimmung von Konzepten zur Bekämpfung von Antisemitismus angeleitet werden, um das bislang zu beobachtende Nebeneinander von Aktivitäten samt Informationsdefiziten über vorliegende Konzepte und bestehende Programme zu vermeiden.

  Bundesprogramm „Vielfalt tut gut“

  Themencluster:
  - Die Logik der Themencluster sollte beibehalten, bei überzeugenden Ansätzen sollten aber auch clusterübergreifende Projekte ermöglicht werden, die mehrere Unterthemen bearbeiten können.
  - Eine Fortführung des Themenclusters Antisemitismus ist zu begrüßen, jedoch sollte zukünftig die Stigmatisierung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund vermieden werden, wie sie zum Beispiel durch die bisher gewählten Unterthemen geschah. Stattdessen ist die Ausweitung der Programmschwerpunkte auf die „gesellschaftliche Mitte“ sinnvoll.

  Ko-Finanzierung:
  - Die Senkung der hohen Ko-Finanzierungsvorgaben für Modellprojekte erscheint notwendig, um deren nachhaltige Arbeit nicht zu gefährden.

  Lokale Aktionspläne:
  - Die bisherige Förderungspraxis sollte überdacht werden. Insbesondere die enge Koppelung der Vergabe finanzieller Mittel an kommunale Strukturen kann die Arbeit kleinerer Projekte unnötig erschweren, falls beispielsweise die nötige Problemwahrnehmung innerhalb der Stadt-/Kreisverwaltung fehlt, Sorgen um „den guten Ruf“ der Region überwiegen oder rechtsextreme Tendenzen stillschweigend geduldet werden.

- Bildungseinrichtungen verwaltungstätiger Behörden und Exekutivorgane des Bundes und der Länder, die in ihrer Arbeit auf das Thema Antisemitismus bezogen sein können, sollten regelmäßig **Fortbildungsseminare** zu den Besonderheiten und der geschichtlichen

Entwicklung des Antisemitismus durchführen, damit die Mitarbeiter dieser Organe einschlägige Vorkommnisse in ihrem Arbeitsbereich angemessen zuordnen können. Diese Empfehlungen beziehen sich insbesondere auf die Schule für Verfassungsschutz, die Deutsche Hochschule der Polizei, die Landespolizeischulen und Polizeiakademien der Länder. Empfohlen werden ferner Polizeischulungen über Ergebnisse der Mobilen Beratungsteams in Bezug auf Wahrnehmung rechter antisemitischer Gewalt nach dem Vorbild gemeinsamer Veranstaltungen von NGOs und der Berliner Polizei im Vorfeld des „Al-Quds-Tages“ 2010.

■ **Justiz: Präventionsmaßnahmen**
Der Expertenkreis empfiehlt für den Bereich der Justiz eine stärkere Fokussierung der Justizbehörden auf den Antisemitismus als ein eigenständiges Phänomen, und zwar sowohl innerhalb als auch außerhalb des rechtsextremen Kontextes. Als erster Schritt wird eine Bestandsaufnahme im Rahmen einer von den Justizministerien auszurichtenden **Fachtagung** vorgeschlagen.

■ **Länder**
Opferhilfe
- Zur Verbesserung sollten über die bestehenden Angebote für Opfer rechtsextremer Übergriffe und Gewalt hinaus speziell auch für Opfer antisemitischer Übergriffe Hilfsangebote bereitgestellt werden. Dies bezieht sich insbesondere auf Einrichtungen der Gerichtshilfe und der Opferschutzbeauftragten bei Polizeidienststellen.

Lehrerfortbildung:
- Als Länderaufgabe sollte die Lehrerfortbildung in den notwendigen Strukturen erhalten beziehungsweise adäquat ausgebaut werden und mit entsprechenden Angeboten eine zentrale Rolle in der aktiven Antisemitismus- und Vorurteilsprävention einnehmen können.

Bildungspartnerschaften:
- Sie sollten zwischen schulischen und außerschulischen Bildungsbereichen aktiv gefördert werden.

■ **Kommunen, Gebietskörperschaften und kommunale Spitzenverbände**
Auf kommunaler Ebene und denen der Landkreise sollten für Personal und Mandatsträger **Weiterbildungsangebote** bereitstehen, auch mit dem Ziel, aus der Kommunalverwaltung heraus Initiativen zu befördern, die der Besetzung und „Normalisierung“ des öffentlichen Raums durch rechtsextreme Gruppierungen entgegenarbeiten. Die kommunalen Spitzenverbände sollten ihre Mitglieder in der Entwicklung lokal angepasster Programme und Strukturen unterstützen.

■ **Schwerpunktsetzung in anderen Bildungseinrichtungen**
Regelmäßige **Fortbildungsseminare** zu den ideologischen Besonderheiten und der geschichtlichen Entwicklung des Antisemitismus sollten auch anderweitig an geeigneten Stellen durchgeführt und die Fortführung bereits bestehender Angebote sollte sichergestellt werden. Dazu zählen insbesondere die Deutschen Richterakademien in Trier und Wustrau sowie die parteinahen Stiftungen, die Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung sowie Akademien in kirchlicher, gewerkschaftlicher und anderer Trägerschaft.

■ **Förderung von Initiativen – Förderung von Nachhaltigkeit**
Es wird empfohlen, die Förderung solcher zivilgesellschaftlicher Organisationen sicherzustellen, die dem Anliegen aktiver Antisemitismus- und Vorurteilsprävention zuarbeiten und über eigene Kompetenz hierfür verfügen. Dazu zählen etwa Gruppen, die sich in Zuarbeit zu den Forschungen zur Medienrezeption das Monitoring in Deutschland rezipierter ausländischer Medienangebote zur Aufgabe machen, samt Unterstützung begleitender medienpädagogischer Projekte (**Medienkompetenz**). Angeregt wird ferner die weitere Förderung und qualitativ auswertende Begleitung von Projekten, die nichtjüdische und jüdische Jugendliche miteinander ins Gespräch bringen und Aushandlungsorte für wechselseitige Vorstellungen und Schnittmengen schaffen.

2. Empirisch-wissenschaftliche Ebene

Die hier folgend verzeichneten Aufgaben dienen der gebotenen Gewinnung eines aktualisierten Befunds zu Profil und Verbreitung antisemitischer und sonstiger Vorurteilsstrukturen sowie ihres speziellen und gesamtgesellschaftlichen Effekts. Sie schaffen die Voraussetzung zur genaueren Bestimmung und langfristigen Durchdringung von Gegenwartsphänomen, die sich beim aktuellen Kenntnisstand nur annähernd beschreiben und analysieren lassen. Zur Erfüllung dieser Aufgaben bedarf es entsprechender finanzieller Ausstattungen, die aus bestehenden Förderlinien des Bundes und der Länder zu beziehen sind.

2.1. Forschungsgegenstände

Im Einzelnen werden folgende Bereiche zur Untersuchung als vordringlich und als unverzichtbare Grundlage für die weitere Erfassung erachtet:

- eine **umfassende gesamtdeutsche Untersuchung** in Zusammenarbeit des Expertenkreises mit einem oder mehreren qualifizierten Meinungsforschungsinstituten zum Antisemitismus auch in Hinblick auf sonstige Vorurteilsstrukturen mit entsprechend umfangreich abgesicherter methodischer und praktischer Vorbereitung;

- in der Folge eine daraus konzeptionell abgeleitete, langfristig jährlich zu unternehmende **Update-Umfrage**, die nach einheitlichen Standards vorgenommen wird.

Vordringlich erscheint ferner

- eine auf diesen Ergebnissen basierende **Untersuchung in Hinblick auf migrantische Bevölkerungsgruppen** insbesondere zur Frage nach dem Zusammenhang zwischen nationaler beziehungsweise religionsgemeinschaftlicher Identität und dem Themenkomplex Antisemitismus, zumal die bis dato vorliegenden Untersuchungen diese Gruppen entweder ausdrücklich ausgeschlossen beziehungsweise ungenau erfasst haben.

Empfohlen werden ferner

- **Einzeluntersuchungen** zu Umfang und Profil antisemitischer Einstellungen auch in Hinblick auf sonstige Vorurteilsstrukturen in
  a.) Schulen und Universitäten,
  b.) Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften,
  c.) Vereinen und Verbänden (gegebenenfalls als Fallstudien zu ausgewählten Beispielen);

- Medien:
  - eine Einzeluntersuchung zur Verbreitung von antisemitischen und sonstigen vorurteilsgeleiteten Inhalten in den in Deutschland rezipierten Medien, einschließlich: empirisch abgesicherter Erhebungen und Analysen der Wirkung antisemitischer und sonstiger vorurteilsgeleiteter Momente im Alltag, sowohl hinsichtlich des gesamtgesellschaftlichen Effekts wie auch der Auswirkung auf jüdisches Leben und Juden in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der lebensweltlichen Situation junger Juden;
  - eine Einzeluntersuchung zum Einfluss von Kriegen, politischen Konflikten oder wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krisensituationen;
  - eine medienwissenschaftliche Analyse von offenen oder halboffenen Internetplattformen (Blogs, Foren, Kommentare) im Hinblick auf ähnliche Strukturen mit Übergängen zu antisemitischen Haltungen;
  - eine bevölkerungsrepräsentative Medienreichweiten- beziehungsweise Mediennutzungsanalyse unter Einbeziehung der migrantischen Bevölkerungsteile;
  - eine Studie zur Mediendynamik im Umfeld des Themenkreises Antisemitismus samt Analyse des Zusammenwirkens institutionell etablierter wie unabhängiger Akteure.

2.2. Forschungsverbund

Für die Durchführung der bezeichneten Forschungsprojekte wird die Einrichtung eines Forschungsverbundes angeregt, der in Zusammenarbeit mit dem Expertenkreis an eine bestehende Universitätsstruktur angebunden sein soll und institutionell niederschwellig die anstehenden Projekte verbinden, begleiten und in einem Zeitraum von drei bis sechs Jahren durchführen soll. Angemessen erscheint eine temporäre Strukturierung, etwa als Graduiertenschule, die unter Leitung einer Forschungsprofessur dezentral Nachwuchskräfte aus den Sozial- und Kulturwissenschaften auf der Ebene von Promovierenden und Postdocs in ihren Arbeiten begleitet und zu regulären Arbeitssitzungen zusammenführt.

2.3. Forschungsförderung

Der skizzierte Forschungsverbund sollte im Zeitraum von sechs Jahren aus Förderplänen des Bundes und der Länder zur Gewinnung einer gesicherten empirischen Basis für langfristig nachhaltige politische und gesellschaftliche Intervention und Prävention gefördert werden.

2.4. Didaktik

Vordringlich erscheinen die

- Erarbeitung von fachlich abgesicherten Strategien durch ausgewiesene Forschende mit Akzent auf der Verfeinerung und Vermittlung wirksamer Gegennarrative zu den wichtigsten antisemitischen Argumentationsmustern und Ideologemen des rechtsextremen und des islamistischen, aber auch des linksextremen Spektrums, gegebenenfalls durch Auftragsvergabe an geeignete akademische Einrichtungen;

- qualitätsgesicherte Weiterentwicklung bestehender und Förderung künftiger Begegnungsprogramme zur Erweiterung wechselseitiger Kenntnis zwischen jüdischen und nichtjüdischen Bevölkerungsgruppen, insbesondere auf schulischer Ebene und in sonstigen Formen der Jugendarbeit, samt fachlich absichernder und auswertender Begleitung.

3. Gesellschaftliche Handlungsebene

3.1. Antisemitismus und Vorurteilsstrukturen in ihrem Gegenwartszusammenhang vermitteln

Es wird empfohlen, im Bereich der politischen Bildung und der sonstigen Bildungsarbeit, insbesondere auf der Ebene von Multiplikatoren, die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus nicht auf den Holocaust und einzelne geschichtliche Momente zu reduzieren, sondern Informationsarbeit umfassend und in der historischen und sozialwissenschaftlichen Vorurteilsforschung aufgehoben fundiert in deutlich gegenwartsbezogenem Zusammenhang zu vermitteln. Um dies zu gewährleisten, sollten die bereits vorliegenden Materialien (zum Beispiel Bundeszentrale für politische Bildung, Anne Frank Zentrum Berlin, Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus, Amadeu Antonio Stiftung Berlin, amira Berlin), die sich explizit mit aktuellen Formen des Antisemitismus auseinandersetzen, genutzt werden.

3.2. Bessere Bekanntmachung vorhandener Instrumentarien

Wo vielfach bereits etablierte Programme und Instrumentarien zur Antisemitismus- und Vorurteilsprävention bestehen, die aber oft nur unzureichend genutzt werden, sind auf geeignete Weise Anstrengungen zu unternehmen, diese besser bekannt zu machen (zum Beispiel Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften, „Hass-im-Netz“, „jugendschutz.net“, „Netz gegen Nazis“, „Nazi-Propaganda melden“, Deutscher Bildungsserver). Dies kann etwa durch eine entsprechende Onlineplattform geschehen, die bei der benötigten Arbeitsstelle des Expertenkreises anzusiedeln ist und entsprechend aktuelle Informationen und Verweise vorhält.

3.3. Einbeziehung gesellschaftlicher Bildungsträger

In Analogie zu den Empfehlungen in 1.2. und 2.1. wird angeregt, dass Journalistenschulen in öffentlich-rechtlicher, unternehmensgebundener und freier Trägerschaft in Zusammenarbeit mit externen Experten in ihren Programmen das Bewusstsein für die Tradierung antisemitischer Stereotype und Klischees über Juden schärfen und eigene Themenblöcke dazu anbieten. Beim unabhängigen Expertenkreis ist eine Liste möglicher Partner vorhanden.

3.4. Sonstige gesellschaftliche Aktionsräume

Aufgabe der benötigten wissenschaftlichen Arbeitsstelle des Expertenkreises wird es unter anderem sein, weitere Aktionsräume auf der gesellschaftlichen Handlungsebene zu erschließen, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit geeigneten Partnern wie der Moses Mendelssohn Akademie in Halberstadt oder dem Fritz Bauer Institut, Universität Frankfurt a. M. Dazu gehören etwa:

- Trainings- und Fortbildungsveranstaltungen für Multiplikatoren;
- Erfassung und Konsultierung einschlägiger Programme und Initiativen sowie ihrer Schwerpunkte samt Publikation und Zielgruppen-Verlinkung (lehrer-online, Schulen ans Netz e. V. etc.);
- Mediatoren-Trainees für Provider sozialer Netzwerke in Zusammenarbeit mit der Freiwilligen Selbstkontrolle Multimedia-Diensteanbieter e. V. (FSM);
- Förderung der Attraktivität deutschsprachiger Medien für migrantische Zielgruppen durch eine interkulturelle Öffnung in Berichterstattung und Personal. Vorgeschlagen wird die Gründung eines entsprechenden öffentlich-rechtlichen Programms nach dem Vorbild von arte in Verbindung mit *dw-tv* und *dw-world.de*.

Die Mitglieder des unabhängigen Expertenkreises

Aycan Demirel
Studium der Publizistik, Politik und Geschichte, Mitbegründer und Leiter der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIgA). Seine Arbeitsschwerpunkte liegen in den Themenbereichen Antisemitismus und Islamismus in der Einwanderungsgesellschaft Deutschlands und in der Türkei. Seit 2000 ist er in der Jugendbildung tätig und leitete seit 2004 verschiedene Projekte der KIgA, darunter zuletzt das Bundesmodellprojekt „Pädagogische Module gegen Antisemitismus für muslimisch geprägte Jugendliche“ im Rahmen des Bundesprogramms „Vielfalt tut gut“ und seit Oktober 2010 das Modellprojekt „Präventive Bildungsprozesse zum Islamismus im Rahmen der Ganztagsschule gestalten“.

Dr. Olaf Farschid
Islamwissenschaftler mit Schwerpunkt islamistische Ideologie, Islamische Ökonomik und politische Ikonographie des Nahen Ostens. Von 1994 bis 1999 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Arbeitsstelle Politik des Vorderen Orient der Freien Universität Berlin. 1999 Promotion zum Dr. phil. am dortigen Institut für Islamwissenschaft; 1999 bis 2002 wissenschaftlicher Referent am Orient-Institut der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft (OIB), Beirut. Seit 2002 wissenschaftlicher Referent für Islamismus und islamistischen Terrorismus in der Senatsverwaltung für Inneres Berlin.

Elke Gryglewski
Studium der Politologie in München, Santiago de Chile und Berlin. Wissenschaftlich-pädagogische Mitarbeiterin der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz.

Prof. Dr. Johannes Heil
Studium der Mittleren und Neueren Geschichte, Kunstgeschichte und Religionsphilosophie in Frankfurt am Main sowie Judaistikstudien in Frankfurt, Tel Aviv und Haifa. Promotion in Frankfurt 1994, Habilitation an der Technischen Universität Berlin 2003. Nach Forschungsaufenthalten in Madison/Wisconsin und Notre Dame/ Indiana ist er seit 2005 Inhaber der Ignatz-Bubis-Stiftungsprofessur für Geschichte, Religion und Kultur des europäischen Judentums an der Hochschule für Jüdische Studien Heidelberg und seit 2008 zudem Erster Prorektor der Hochschule für Jüdische Studien Heidelberg.

Prof. Dr. Peter Longerich
ist Professor für Moderne Deutsche Geschichte am Royal Holloway College der Universität London und Gründer des dortigen Research Centre for the Holocaust and Twentieth-Century History. Er war von 1983 bis 1989 am Institut für Zeitgeschichte in München tätig und wurde 1995/1996 vom International Center for Holocaust Studies in Yad Vashem gefördert. 2002/2003 lehrte er als Gastprofessor am Fritz Bauer Institut und forschte anschließend 2003/2004 als J. B. and Maurice Shapiro Senior Scholar in Residence am Centre for Advanced Holocaust Studies des Holocaust Memorial Museum in Washington.

Prof. Dr. Armin Pfahl-Traughber
Dipl.-Pol, Dipl.-Soz., Dr. phil, ist hauptamtlich Lehrender an der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Brühl, Dozent an der Schule für Verfassungsschutz in Heimerzheim, Lehrbeauftragter an der Universität in Bonn, Herausgeber des „Jahrbuchs für Extremismus- und Terrorismusforschung“. Seine Arbeitsschwerpunkte sind: Antisemitismus, Extremismus, Ideengeschichte, Kommunismus, Nationalsozialismus, Totalitarismus und Zeitgeschichte.

Dr. Martin Salm
Studium der Altamerikanistik, Ethnologie und Volkswirtschaftslehre, Vorstandsvorsitzender der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" (EVZ), Berlin (Ende 2010 aus gesundheitlichen Gründen ausgeschieden).

Prof. Dr. Julius H. Schoeps
geb. 1942 Djursholm/Schweden, Politikwissenschaftler und Historiker, Direktor des Moses Mendelssohn Zentrums für europäisch-jüdische Studien in Potsdam.

Dr. Wahied Wahdat-Hagh
Dipl.-Soziologe und Dipl.-Politologe, Dr. rer. Pol. Er ist Senior Research Fellow bei der European Foundation for Democracy (EFD) in Brüssel und seine Arbeitsschwerpunkte sind: Islamismus als eine neue totalitäre Ideologie, Islamistischer Antisemitismus und Anti-Bahaismus, Menschenrechtsbewegungen und Demokratisierungsprozesse im Nahen Osten.

Dr. Juliane Wetzel
studierte Geschichte und Kunstgeschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität in München. Sie war von 1987 bis Anfang 1991 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Institut für Zeitgeschichte, München und ist seit 1991 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin. Sie ist geschäftsführende Redakteurin des Jahrbuchs für Antisemitismusforschung und Mitglied der Task Force for International Cooperation on Holocaust Education, Remembrance and Research als Vorsitzende der Akademischen Arbeitsgruppe. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind: Juden unter nationalsozialistischer Verfolgung (Deutschland, Frankreich, Italien), jüdische Nachkriegsgeschichte (jüdische Displaced Persons), Rechtsextremismus und Antisemitismus im Internet sowie aktuelle Formen des Antisemitismus in Deutschland und Europa.

Abkürzungsverzeichnis

ADL	Anti-Defamation League
AJC	American Jewish Committee
Attac	Association pour une taxation des transactions financiers pour l'aide aux Citoyens (Vereinigung für eine Besteuerung von Finanztransaktionen zum Nutzen der Bürger)
BDIMR	Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (deutsche Übersetzung von ODIHR → siehe dort)
CIDI	Centrum Informatie en Documentatie Israel
CST	Community Security Trust
DFB	Deutscher Fußball-Bund e. V.
DITIB	Dachverband Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e. V.
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DVU	Deutsche Volksunion
ECRI	European Commission against Racism and Intolerance
EHESS	École des Hautes Études en Sciences sociales
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
EUMC	European Union Agency for Fundamental Rights
EVZ	Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft
FRA	Fundamental Rights Agency
GMF	Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit
HuT	Hizb al-Tahrir al-islami
IGMG	Islamische Gemeinschaft Millî Görüş e. V.
IRIB	Islamische Republik Iran Broadcasting
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
MLPD	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands
MMZ	Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien
NGO	Non-Governmental Organization
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
ODIHR	Office for Democratic Institutions and Human Rights
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PLO	Palestine Liberation Organization
PMK	Politisch motivierte Kriminalität
SAV	Sozialistische Alternative Voran
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SNCCP	Swedish National Council for Crime Prevention
StGB	Strafgesetzbuch
TC	Themencluster der Bundesprogramme (unter anderem „Vielfalt tut gut“)
UNO	United Nations Organization
VELKD	Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands

Literaturverzeichnis

A

Klaus Ahlheim/Bardo Heger, Die unbequeme Vergangenheit. NS-Vergangenheit, Holocaust und die Schwierigkeiten des Erinnerns, Schwalbach/Ts. 2002.

American Jewish Committee (Hrsg.), German Attitudes Toward Jews, The Holocaust and the U.S, 16. December 2002, http://www.ajc.org/site/apps/nl/content3.asp?c=ijITI2PHKoG&b=846741&ct=1032137 [eingesehen am 28. April 2011].

Dirk Ansorge (Hrsg.), Antisemitismus in Europa und in der arabischen Welt, Frankfurt a. M. 2006.

Tamara Anthony, Ins Land der Väter oder der Täter. Israel und die Juden in Deutschland nach der Shoa, Berlin 2004.

Anti-Defamation League (Hrsg.), Attitudes Toward Jews in Twelve European Countries, May 2005, http://www.adl.org/anti_semitism/european_attitudes_may_2005.pdf [eingesehen am 28. April 2011].

Anti-Defamation League (Hrsg.), Attitudes Toward Jews and the Middle East in Six European Countries, May 2007, http://www.adl.org/anti_semitism/European_Attitudes_Survey_May_2007.pdf [eingesehen am 28. April 2011].

Anti-Defamation League (Hrsg.), Attitudes Toward Jews in Seven European Countries, February 2009, http://www.adl.org/Public%20ADL%20Anti-Semitism%20Presentation%20February%202009%20_3_.pdf [eingesehen am 28. April 2011].

Antisemitiska attityder och föreställningar i Sverige (med Jonas Ring) [Antisemitische Haltungen und Bilder in Schweden], Stockholm 2006.

Attac, Grenzen der Offenheit. Eine Klarstellung. Diskussionspapier des Attac-Koordinierungskreises zu Antisemitismus, Rassismus und Nationalismus (2002), in: www.attac.de [eingesehen am 13. Juli 2010].

B

Henrik Bachner, Återkomsten. Antisemitism i Sverige efter 1945 [Die Wiederkehr: Antisemitismus in Schweden nach 1945], Stockholm 1999.

Uwe Backes/Hendrik Steglich (Hrsg.), Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei, Baden-Baden 2007.

Brigitte Bailer-Galanda/Wolfgang Benz/Wolfgang Neugebauer (Hrsg.), Die Auschwitzleugner. „Revisionistische“ Geschichtslüge und historische Wahrheit, Berlin 1996.

Richard Bartholomew, „Eine seltsam kalte Zuneigung“. Christlicher Zionismus, Philosemitismus und „die Juden“, in: Hanno Loewy (Hrsg.), Gerüchte über die Juden. Antisemitismus, Philosemitismus und aktuelle Verschwörungstheorien, Essen 2005, S. 235–256.

Andreas P. Bechthold, Jüdische Jugend in Deutschland heute. Fotografien und Interviews, Konstanz 2006.

Franziska Becker, Ankommen in Deutschland. Einwanderungspolitik als biographische Erfahrung im Migrationsprozess russischer Juden, Berlin 2001.

Julia Becker/Ulrich Wagner/Oliver Christ, Ursachenzuschreibung in Krisenzeiten: Auswirkungen auf Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände, Folge 8, Berlin 2010, S. 128–143.

Sabine Behn/Victoria Schwenzer, „Politik gehört nicht ins Stadion?“ Fandiskurse, Selbstregulierungsmechanismen der Fanszene und antirassistische Strategien der sozialen Arbeit im Fußballkontext, in: Michaela Glaser (Hrsg.), Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus im Fußball: Erfahrungen und Perspektiven der Prävention, Halle 2008, S. 24–34.

Wolfgang Benz, Bilder vom Juden. Studien zum alltäglichen Antisemitismus, München 2001.

Wolfgang Benz (Hrsg.), Das Handbuch des Antisemitismus, Band 1–4, Berlin 2008–2011.

Wolfgang Benz (Hrsg.), Legenden, Lügen, Vorurteile. Ein Wörterbuch zur Zeitgeschichte, München 1991.

Wolfgang Benz, Der schwierige Status der jüdischen Minderheit in Deutschland nach 1945, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Zwischen Antisemitismus und Philosemitismus. Juden in der Bundesrepublik, Berlin 1991, S. 9–21.

Wolfgang Benz, Was ist Antisemitismus?, Bonn 2004.

Wolfgang Benz, Zwischen Antisemitismus und Philosemitismus – Juden in Deutschland nach 1945, in: Katja Behrens (Hrsg.), Ich bin geblieben – warum? Juden in Deutschland – heute, Gerlingen 2002, S. 7–33.

Wolfgang Benz/Juliane Wetzel, Antisemitismus und radikaler Islamismus, in: Wolfgang Benz/Juliane Wetzel (Hrsg.) Antisemitismus und radikaler Islamismus, Berlin 2007, S. 9–23.

Werner Bergmann, Antisemitismus in Deutschland, Berlin 2010 (Expertise für den unabhängigen Expertenkreis).

Werner Bergmann, Antisemitismus in öffentlichen Konflikten. Kollektives Lernen in der politischen Kultur der Bundesrepublik 1949–1989, Frankfurt a. M. 1997.

Werner Bergmann, „Nicht immer als Tätervolk dastehen“. Zum Problem des Schuldabwehr-Antisemitismus in Deutschland, in: Dirk Ansorge (Hrsg.), Antisemitismus in Europa und in der arabischen Welt, Paderborn/Frankfurt a. M. 2006, S. 81–106.

Werner Bergmann, „Störenfriede der Erinnerung“ – zum Schuldabwehr-Antisemitismus in Deutschland, in: Klaus M. Bogdal (Hrsg.), Literarischer Antisemitismus nach Auschwitz, Stuttgart 2007, S. 13–35.

Werner Bergmann, Vergleichende Meinungsumfragen zum Antisemitismus in Europa und die Frage nach einem „neuen europäischen Antisemitismus“, in: Lars Rensmann/Julius H. Schoeps (Hrsg.), Feindbild Judentum. Antisemitismus in Europa, Berlin 2008, S. 473–507.

Werner Bergmann, Was heißt Antisemitismus?, Bundeszentrale für politische Bildung, http://www.bpb.de/themen/CHJOW7,0,0,Was_hei%DFt_Antisemitismus.html [eingesehen am 16. Mai 2011].

Werner Bergmann, Wie viele Deutsche sind rechtsextrem, fremdenfeindlich und antisemitisch? Ergebnisse der empirischen Forschung von 1990 bis 2000, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Auf dem Weg zum Bürgerkrieg? Rechtsextremismus und Gewalt gegen Fremde in Deutschland, Frankfurt a. M. 2001, S. 41–62.

Werner Bergmann/Rainer Erb, Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der empirischen Forschung von 1946–1989, Opladen 1989.

Werner Bergmann/Rainer Erb, „Mir ist das Thema Juden irgendwie unangenehm“ – Kommunikationslatenz und die Wahrnehmung des Meinungsklimas im Fall des Antisemitismus, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 43 (1991) 3, S. 502–519.

Werner Bergmann/Rainer Erb, Kommunikationslatenz, Moral und öffentliche Meinung – Theoretische Überlegungen zum Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 38 (1986), S. 209–222.

Werner Bergmann/Rainer Erb, Rechtsextremismus und Antisemitismus, in: Jürgen W. Falter/Hans-Gerd Jaschke/Jürgen R. Winkler (Hrsg.), Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, Opladen 1996, S. 330–343.

Werner Bergmann/Wilhelm Heitmeyer, Communicating Anti-Semitism – Are the „Boundaries of the Speakable“ Shifting?, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 33 (2005), S. 70–89.

Hannah Bloch, Hochgerüstete High-Tech-Armee gegen ziellose Guerilla-Truppe?: Synchronisation der Berichterstattung deutscher Zeitungen über den Libanonkrieg 2006, München 2009.

Matthias Blum, Katholische Kirche und Antisemitismus, Berlin 2011 (Expertise für den unabhängigen Expertenkreis).

B’nai Brith Canada (Hrsg.), 2008 Rapport des incidents d’antisémitisme – PRÉJUGÉS ET INTOLÉRANCE AU CANADA, http://bnaibrith.ca/publications/audit2008/faudit2008.pdf [eingesehen 3. März 2011].

B’nai Brith Canada/League for Human Rights (Hrsg.), 2010 Audit of Antisemitic Incidents. Patterns of Prejudice in Canada, Toronto 2011, http://jewishtribune.ca/tribune/PDF/audit2010/ENAudit2010.pdf [eingesehen 14. April 2011].

Janusz Bodek, Die Fassbinder-Kontroversen: Entstehung und Wirkung eines literarischen Textes. Zu Kontinuität und Wandel einiger Erscheinungsformen des Alltagsantisemitismus in Deutschland nach 1945, seinen künstlerischen Weihen und seiner öffentlichen Inszenierung, Frankfurt a. M. 1991.

Y. Michal Bodemann, Eine jüdische Renaissance aus der Hauptstadt Berlin, in: Y. Michal Bodemann (Hrsg.), In den Wogen der Erinnerung. Jüdische Existenz in Deutschland, München 2002, S. 185–195.

Dierk Borstel, „Braun gehört zu bunt dazu“. Rechtsextremismus und Demokratie am Beispiel Ostvorpommern, Münster 2011.

Gideon Botsch, Gewalt, Profit und Propaganda. Konturen des rechtsextremen Musik-Netzwerkes, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 46 (2001), S. 335–344.

Elmar Brähler/Oskar Niedermayer, Ergebnisse einer repräsentativen Erhebung im April 2002, Berlin/Leipzig 2002.

Michael Brenner, Von den Hintertüren der Diplomatie auf die Bühne der Öffentlichkeit: der Wandel in der Repräsentation des Zentralrats der Juden in Deutschland, in: Fritz Backhaus (Hrsg.), Ignatz Bubis; ein jüdisches Leben in Deutschland, Frankfurt a. M. 2007, S. 124–133.

Michael Brenner, Vorwort, in: Susanne Schönborn (Hrsg.), Zwischen Erinnerung und Neubeginn – Zur deutsch-jüdischen Geschichte nach 1945, München 2006, S. 9.

Katrin Brettfeld/Peter Wetzels, Muslime in Deutschland. Integration, Integrationsbarrieren, Religion sowie Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt, Hamburg 2007.

Henryk M. Broder, Antizionismus – Antisemitismus von links?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 24 (1976), S. 31–46.

Matthias Brosch u. a. (Hrsg.), Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland, Berlin 2007.

Alexa Brum (Hrsg.), Ich bin, was ich bin, ein Jude. Jüdische Kinder in Deutschland erzählen, Köln 1995.

Micha Brumlik, Zuhause. Keine Heimat? Junge Juden und ihre Zukunft in Deutschland, Gerlingen 1998.

Micha Brumlik/Hajo Funke/Lars Rensmann, Umkämpftes Vergessen. Walser-Debatte, Holocaust-Mahnmal und neuere deutsche Geschichtspolitik, Berlin 2004.

Ingrid Buchloh, Veit Harlan – Goebbels’ Starregisseur, Paderborn 2010.

Bündnis für Demokratie und Toleranz (Hrsg.), 11 Fragen nach 90 Minuten. Was tun gegen Rassismus und Diskriminierung im Fußball, Berlin/Frankfurt a. M. 2008.

Bundeszentrale für politische Bildung/Deutsche Sportjugend (Hrsg.), Kontra geben. Betrifft Rechtsextreme: Dumme und radikale Sprüche, Bonn 2002.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.), Sonja Haug/Stephanie Müssig/Anja Stichs, Muslimisches Leben in Deutschland, Nürnberg 2009.

Bundesamt für Verfassungsschutz, Massiver ideologischer Streit zum Nahost-Konflikt unter Linksextremisten, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme, Berlin 2004, S. 197–210.

Manfred Bursten, Wie sympathisch sind uns die Juden? Empirische Anmerkungen zum Antisemitismus aus einem Forschungsprojekt über Einstellungen deutscher Studenten in Ost und West, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 4 (1995), S. 107–129.

C

Thanassis Cambanis, A Privilege to Die. Inside Hezbollah’s Legions and Their Endless War against Israel, New York 2010.

Centrum Informatie en Documentatie over Israel (Hrsg.), 2009: Antisemitische incidenten in Nederland scherp gestegen, http://www.cidi.nl/Monitor-incidenten/2009-Antisemitische-incidenten-in-Nederland-scherp-gestegen.html [eingesehen am 11. November 2010].

Centrum Informatie en Documentatie over Israel (Hrsg.), CIDI – Monitor antisemitische incidenten in Nederland: 2008. Met een verslag van de Gazaperiod: 27-12-2008 – 23-1-2009, http://www.cidi.nl/files/get/142.pdf [eingesehen am 28. April 2011].

Community Security Trust (Hrsg.), CST ANTI-SEMITIC INCIDENTS REPORT 2009, London 2010, http://www.thecst.org.uk/docs/CST-incidents-report-09-for-web.pdf [eingesehen am 28. April 2011].

Community Security Trust (Hrsg.), Antisemitic Discourse in Britain in 2009, http://www.thecst.org.uk/docs/Antisemitic%20Discourse%20Report%20for%202009%20-%20web1.pdf [eingesehen am 28. April 2011].

Joseph Croitoru, Hamas. Der islamische Kampf um Palästina, München 2007.

Joseph Croitoru, Der Märtyrer als Waffe. Die historischen Wurzeln des Selbstmordattentats, München 2003.

D

Sabine Damir-Geilsdorf, Fundamentalismus und Terrorismus am Beispiel religiös-politischer Bewegungen im Nahen und Mittleren Osten, in: Clemens Six/Martin Riesebrodt/Siegfried Haas (Hrsg.), Religiöser Fundamentalismus, Wien u. a. 2004, S. 201–225.

Sabine Damir-Geilsdorf, Herrschaft und Gesellschaft. Der islamistische Wegbereiter Sayyid Qutb und seine Rezeption, Würzburg 2003.

Claudia Dantschke, Feindbild Juden – zur Funktionalität der antisemitischen Gemeinschaftsideologie in muslimisch geprägten Milieus, in: Wolfram Stender/Guido Follert/Mihri Özdogan (Hrsg.), Konstellationen des Antisemitismus. Antisemitismusforschung und sozialpädagogische Praxis, Wiesbaden 2010, S. 129–146; zuvor erschienen in: „Die Juden sind schuld“. Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft am Beispiel muslimisch sozialisierter Milieus, Berlin 2009 (Amadeu-Antonio-Stiftung, http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/diejuden.pdf [eingesehen am 28. April 2011], S. 14–19.

Claudia Dantschke, Islamistischer Antisemitismus, in: Zentrum Demokratische Kultur u. a. (Hrsg.), Antisemitismus und Antiamerikanismus in Deutschland, Bulletin Nr. 5, Berlin 2004, S. 24–34.

Oliver Decker/Elmar Brähler, Bewegung in der Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2008 mit einem Vergleich von 2002 bis 2008 und der Bundesländer, Berlin 2008.

Oliver Decker/Elmar Brähler, Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 42 (2005), S. 8–17.

Oliver Decker/Elmar Brähler, Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellung und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, Berlin 2006.

Oliver Decker/Elmar Brähler (u. a.), Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010, Berlin 2010.

Gerd Dembowski, Zur Rolle von Fußballfans im Engagement gegen Rassismus und Diskriminierung, in: Michaela Glaser (Hrsg.), Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus im Fußball: Erfahrungen und Perspektiven der Prävention, Halle 2008, S. 53–62.

Deutscher Fußball-Bund (Hrsg.), Gegen Extremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Fußballstadien. Für Toleranz und Fairness, o. O. 2008.

Deutsche Jugendfeuerwehr (Hrsg.), Demokratie steckt an. Trainingshandbuch für die JuLeiCa-Ausbildung und den Jugendfeuerwehralltag, Berlin 2010.

Deutsche Jugendfeuerwehr (Hrsg.), Jugendfeuerwehren strukturfit für Demokratie. Eine Dokumentation, Berlin 2010.

Deutsche Sportjugend (Hrsg.), Eine Frage der Qualität: Vereine und Verbände stark machen – zum Umgang mit Rechtsextremismus im und um den Sport, Frankfurt a. M. 2009.

Adolf Diamant, Geschändete Jüdische Friedhöfe in Deutschland 1945 bis 1999, Potsdam 2000.

Irene A. Diekmann/Elke-Vera Kotowski (Hrsg.), Geliebter Feind – gehasster Freund. Antisemitismus und Philosemitismus in Geschichte und Gegenwart, Berlin 2009.

Dan Diner, Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz, Frankfurt a. M. 1988.

Christian Dornbusch/Jan Raabe (Hrsg.), RechtsRock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien, Münster 2002.

E

Europarat (Hrsg.), ECRI GENERAL POLICY RECOMMENDATION NO. 9 ON THE FIGHT AGAINST ANTISEMITISM, adopted 25 JUNE 2004, http://www.coe.int/t/dghl/monitoring/ecri/activities/gpr/en/recommendation_n9/Rec.09%20en.pdf [eingesehen am 28. April 2011].

Angelika Eder, Jüdische Displaced Persons im deutschen Alltag. Eine Regionalstudie 1945 bis

1950, in: Fritz Bauer Institut (Hrsg.), Überlebt und unterwegs: jüdische Displaced Persons im Nachkriegsdeutschland, Frankfurt a. M. 1997, S. 163–188.

Ariane Eichenberg, Zwischen Erfahrung und Erfindung. Jüdische Lebensentwürfe nach der Shoah, Köln u. a. 2004.

Helga Embacher/Margit Reiter, Israel-Kritik und (neuer) Antisemitismus seit der Zweiten Intifada in Deutschland und Großbritannien im Vergleich, in: Monika Schwarz-Friesel/Evyatar Friesel/Jehuda Reinharz, Aktueller Antisemitismus – Ein Phänomen der Mitte, Berlin 2010, S. 187–212.

Emnid (Hrsg.), Die gegenwärtige Einstellung der Deutschen gegenüber Juden und anderen Minderheiten, Bielefeld 1994.

Martin Endemann/Gerd Dembowski, Immer noch U-Bahnen nach Auschwitz – Antisemitismus im Fußball, in: Diethelm Blecking/Gerd Dembowski (Hrsg.): Der Ball ist bunt – Fußball, Migration und die Vielfalt der Identitäten in Deutschland, Frankfurt a. M. 2010, S.181–189.

Rainer Erb, Antisemitische Straftäter in den Jahren 1993 bis 1995, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 6 (1997), S. 160–180.

Rainer Erb, „Er ist kein Mensch, er ist ein Jud'“. Antisemitismus im Rechtsrock, in: Dieter Baacke/Klaus Farin/Jürgen Lauffer (Hrsg.), Rock von Rechts II. Milieus, Hintergründe und Materialien, Bielefeld 1999, S. 142–159.

Rainer Erb, Der ewige Jude. Die Bildersprache des Antisemitismus in der rechtsextremen Szene, in: Archiv der Jugendkulturen (Hrsg.), Reaktionäre Rebellen. Rechtsextreme Musik in Deutschland, Berlin 2001, S. 131–156.

Rainer Erb/Werner Bergmann, Die Nachtseite der Judenemanzipation. Der Widerstand gegen die Integration der Juden in Deutschland 1780–1860, Berlin 1989.

Rainer Erb/Michael Kohlstruck, Die Funktionen von Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit für die rechtsextreme Bewegung, in: Stephan Braun/Alexander Geisler/Martin Gerster (Hrsg.), Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, Wiesbaden 2009, S. 419–439.

Andreas Exner, Antisemitismus und Globalisierungskritik. Thesen zu einem Verhältnis, in: Attac Österreich (Hrsg.), Blinde Flecken der Globalisierungskritik. Gegen antisemitische Tendenzen und rechtsextreme Vereinnahmung, Wien 2005, S. 9–12.

F

Klaus Faber/Julius H. Schoeps/Sacha Stawski (Hrsg.), Neu-alter Judenhass. Antisemitismus, arabisch-israelischer Konflikt und europäische Politik, Berlin 2006.

Francesca Falk, Grenzverwischer. „Jud Süss“ und „Das Dritte Geschlecht“: Verschränkte Diskurse von Ausgrenzung, Innsbruck 2008.

Klaus Farin (Hrsg.), Die Skins. Mythos und Realität, Berlin 1997.

Olaf Farschid, Antisemitismus im Islamismus. Ideologische Formen des Judenhasses bei islamistischen Gruppen, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010, Brühl, S. 435–485.

Olaf Farschid, Islam als System. Grundzüge islamistischer Ideologie, in: Senatsverwaltung für Inneres (Hrsg.), Islamismus. Diskussion eines vielschichtigen Phänomens, Berlin 2005. S. 14–32.

Forsa (Hrsg.), Deutsche und Juden Anfang 1996, Berlin 1996.

Forsa (Hrsg.), Studie zum Antisemitismus in Deutschland, Berlin 1998.

Julia Franz/Patrick Siegele, „Zum Schluß: Erfahrungen und Perspektiven“, in: Anne Frank Zentrum (Hrsg.), Von Anne Frank zum Nahostkonflikt? Zur Auseinandersetzung mit historischem und aktuellem Antisemitismus. Entwicklung pädagogischer Materialien, Projektdokumentation 2007–2010. Berlin 2010.

Norbert Frei, Karrieren im Zwielicht. Hitlers Eliten nach 1945, Frankfurt a. M. 2001.

Norbert Frei, 1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewusstsein der Deutschen, München 2005.

Norbert Frei u. a. (Hrsg.), Die Praxis der Wiedergutmachung. Geschichte, Erfahrung und Wirkung in Deutschland und Israel, Göttingen 2009.

Wolfgang Frindte/Dorit Wammetsberger, Antisemitismus in Deutschland: Sozialwissenschaftliche Befunde, in: Lars Rensmann/Julius H. Schoeps (Hrsg.), Feindbild Judentum. Antisemitismus in Europa, Berlin 2009, S. 261–295.

G

Jonas Gabler, Ultrakulturen und Rechtsextremismus, Fußballfans in Deutschland und Italien, Köln 2009.

Michael Gabriel, Eine Fankurve ohne Nazis und Rassisten – Möglichkeiten und Grenzen der sozialpädagogischen Fan-Projekte, in: Michaela Glaser (Hrsg.), Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus im Fußball: Erfahrungen und Perspektiven der Prävention, Halle 2008, S. 35–52.

Wolfgang Geiger, „Christen, Juden und das Geld. Über die Permanenz eines Vorurteils und seine Wurzeln", in: Einsicht 4 (2010), S. 30–37.

Rainer Geißler, Die Metamorphose der Arbeitertochter zum Migrantensohn. Zum Wandel der Chancenstruktur im Bildungssystem nach Schicht, Geschlecht, Ethnie und deren Verknüpfungen, in: Peter A. Berger/Heike Kahlert (Hrsg.), Institutionalisierte Ungleichheiten. Wie das Bildungswesen Chancen blockiert, Weinheim/München 2005, S. 71–100.

Rainer Geißler/Sonja Weber-Menges, Bildungsungleichheit – Eine deutsche Altlast. Die bildungssoziologische Perspektive, in: Heiner Barz (Hrsg.), Handbuch Bildungsfinanzierung, Wiesbaden 2010, S. 155–165.

Geralf Gemser, „Unser Namensgeber". Widerstand, Verfolgung und Konformität 1933–1945 im Spiegelbild heutiger Schulnamen, München 2009.

Philipp Gessler, Antisemitismus und Antizionismus in der bundesrepublikanischen Linken bis 1989/90 und ihr Fortleben bis zur Diskussion über den Libanon-Krieg 2006, in: Matthias Brosch u. a. (Hrsg.), Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland, Berlin 2007, S. 347–365.

Philipp Gessler, Antisemitismus unter Jugendlichen in Deutschland. Neue Entwicklungen und offene Fragen, in: Klaus Faber/Julius H. Schoeps/ Sacha Stawski (Hrsg.), Neu-alter Judenhass. Antisemitismus, arabisch-israelischer Konflikt und europäische Politik, Berlin 2006, S. 225–231.

Jacqueline Giere (Hrsg.), Ein Leben aufs neu. Das Robinson-Album. DP-Lager: Juden auf deutschem Boden 1945–1948, Wien 1995.

Michaela Glaser (Hrsg.), Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus im Fußball: Erfahrungen und Perspektiven der Prävention, Halle 2008.

Michaela Glaser/Gabi Elverich, Einführung: Das Handlungsfeld „Fußballsport" in der Rechtsextremismus- und Rassismusprävention, in: Michaela Glaser (Hrsg.), Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus im Fußball: Erfahrungen und Perspektiven der Prävention, Halle 2008, S. 5–15.

Constantin Goschler, Ghettorenten und Zwangsarbeiterentschädigung. Verfolgungsnarrative im Spannungsfeld von Lebenswelt und Recht, in: Jürgen Zarusky (Hrsg.), Ghettorenten. Entschädigungspolitik, Rechtsprechung und historische Forschung, München 2010, S. 101–111.

Christiane Grefe/Mathias Greffrath/Harald Schumann, Attac. Was wollen die Globalisierungskritiker?, Reinbek 2003.

Kurt Greussing, „Esel mit Büchern", Agenten und Verschwörer. Von den Judenbildern des Koran zum modernen islamischen Antisemitismus, in: Hanno Loewy (Hrsg.), Gerüchte über die Juden. Antisemitismus, Philosemitismus und aktuelle Verschwörungstheorien, Essen 2005, S. 149–172.

Kurt Grünberg, Trauma-Transfer. Über Kinder der Opfer im ‚Land der Täter', in: Susanne Schönborn (Hrsg.), Zwischen Erinnerung und Neubeginn – Zur deutsch-jüdischen Geschichte nach 1945, München 2006, S. 268–283.

Elke Gryglewski, Diesseits und jenseits gefühlter Geschichte. Zugänge von Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu Shoa und Nahostkonflikt, in: Viola B. Georgi/ Rainer Ohliger (Hrsg.), Crossover Geschichte. Historisches Bewusstsein Jugendlicher in der Einwanderungsgesellschaft, Hamburg 2009, S. 237–245.

H

Benno Hafeneger/Reiner Becker, Deutsche Jugendfeuerwehr – strukturfit für Demokratie. Ein Jugendverband in Bewegung. Ergebnisse der quantitativen Erhebung, Marburg 2010.

Benno Hafeneger/Peter Henkenborg/Albert Scherr (Hrsg.), Pädagogik der Anerkennung. Grundlagen, Konzepte, Praxisfelder, Schwalbach/Ts. 2002.

Monika Halbinger, Das Jüdische in den Wochenzeitungen Zeit, Spiegel und Stern (1946–1989) – Berichterstattung zwischen Popularisierungsbemühung, Vereinnahmung und Abwehr, München 2010.

Christoph Hamann, Bilderwelten und Weltbilder. Fotos, die Geschichte(n) mach(t)en, hrsg. vom Berliner Landesinstitut für Schule und Medien, Teetz 2001.

Christoph Hamann, Geschichtsaneignung durch Fotografie, in: Geschichte, Politik und ihre Didaktik 31 (2003), S. 23–38.

Gerhard Hanloser (Hrsg.), „Sie warn die Antideutschesten der deutschen Linken“. Zu Geschichte, Kritik und Zukunft antideutscher Politik, Münster 2004.

Wanja Hargens, Der Müll, die Stadt und der Tod: Rainer Werner Fassbinder und ein Stück deutscher Zeitgeschichte, Berlin 2010.

Ricarda Hartwich-Reick, Eine Umfrage unter jungen Juden. Antisemitismus gehört für jeden Dritten zum Alltag, in: AJW 51 (1996) 8.

Thomas Haury, Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR, Hamburg 2002.

Thomas Haury, Der Antizionismus der Neuen Linken in der BRD. Sekundärer Antisemitismus nach Auschwitz, in: Arbeitskreis Kritik des deutschen Antisemitismus (Hrsg.), Antisemitismus – die deutsche Normalität. Geschichte und Wirkungsweise des Vernichtungswahns, Freiburg 2001, S. 217–229.

Thomas Haury, Der neue Antisemitismusstreit in der Linken, in: Doron Rabinovici/Ulrich Speck/Natan Sznaider (Hg.), Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte, Frankfurt a. M. 2004, S. 143–167.

Thomas Haury, Von der linken Kritik des Zionismus zum antisemitischen Antizionismus von links, in: Samuel Salzborn, Antisemitismus – Geschichte und Gegenwart, Bamberg 2004, S. 127–160.

Timo-Christian Heger, Antiimperialistische Solidarität? Ideologische Schnittstellen zwischen der extremen Linken und dem sunnitischen Islamismus, in: Gideon Botsch/Christoph Kopke/Lars Rensmann/Julius H. Schoeps (Hrsg.), Politik des Hasses. Antisemitismus und radikale Rechte in Europa, Hildesheim u. a. 2010.

Carsten Heinze, Identität und Geschichte in autobiographischen Lebenskonstruktionen. Jüdische und nichtjüdische Vergangenheitsbearbeitungen in Ost- und Westdeutschland, Wiesbaden 2009.

Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände, Folge 1–9, Frankfurt a. M. 2002–2010.

Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Das Gewalt-Dilemma. Gesellschaftliche Reaktionen auf fremdenfeindliche Gewalt und Rechtsextremismus, Frankfurt a. M. 1997.

Wilhelm Heitmeyer, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und erste empirische Ergebnisse, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände, Folge 1, Frankfurt a. M. 2002, S. 15–34.

Wilhelm Heitmeyer, Krisen – Gesellschaftliche Auswirkungen, individuelle Verarbeitungen und Folgen für die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände 2010, Folge 8, S. 13–46.

Wilhelm Heitmeyer/Jürgen Mansel, Gesellschaftliche Entwicklung und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit: Unübersichtliche Perspektiven, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände, Folge 6, Frankfurt a. M. 2008, S. 13–35.

Christina Herkommer/Juliane Wetzel, Zum Antisemitismus der NPD. Eine Analyse von drei Zeitungen von NPD-Landesverbänden 1998–2001, Manuskriptfassung eines Gutachtens für die Partei „Die Grünen/Bündnis 90, Juni 2002, S. 3–5.

Aribert Heyder/Peter Schmidt, Deutscher Stolz. Patriotismus wäre besser, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände, Folge 1, Frankfurt a. M. 2002, S. 71–82.

Aribert Heyder/Julia Iser/Peter Schmidt, Israelkritik oder Antisemitismus? Meinungsbildung zwischen Öffentlichkeit, Medien und Tabus, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände, Folge 3, Frankfurt a. M. 2005, S. 144–165.

Matthias Heyl, „Erziehung nach Auschwitz“ und „Holocaust Education“. Überlegungen, Konzepte und Vorschläge, in: Ido Abram/Matthias Heyl (Hrsg.), Thema Holocaust. Ein Buch für die Schule, Hamburg 1996, S. 61–66.

Gerhard Hirscher/Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Was wurde aus der DKP? Beiträge zu Geschichte und Gegenwart der extremen Linken in Deutschland, Brühl 2008.

Lucian Hölscher (Hrsg.), Political Correctness. Der sprachpolitische Streit um die nationalsozialistischen Verbrechen, Göttingen 2008.

Daniel Hofer, Ein Literaturskandal, wie er im Buche steht. Zu Vorgeschichte, Missverständnissen und medialem Antisemitismusdiskurs rund um Martin Walsers Roman „Tod eines Kritikers“, Berlin 2007.

Detlef Hoffmann, Ein Foto aus dem Ghetto Lodz oder: Wie die Bilder zerrinnen, in: Hanno Loewy (Hrsg.), Holocaust. Die Grenzen des Verstehens. Eine Debatte über die Besetzung der Geschichte, Reinbek bei Hamburg 1992, S. 233–246.

Everhard Holtmann, Die angepassten Provokateure. Aufstieg und Niedergang der rechtsextremen DVU als Protestpartei im polarisierten Parteiensystem Sachsen-Anhalts, Opladen 2001.

Klaus Holz, Neuer Antisemitismus? Wandel und Kontinuität der Judenfeindschaft, in: Dirk Ansorge (Hrsg.), Antisemitismus in Europa und in der arabischen Welt, Paderborn 2006, S. 51–80.

Klaus Holz/Michael Kiefer, Islamistischer Antisemitismus. Phänomen und Forschungsstand, in: Wolfram Stender/Guido Follert/Mihri Özdogan (Hrsg.), Konstellationen des Antisemitismus. Antisemitismusforschung und sozialpädagogische Praxis, Wiesbaden 2010, S. 109–138.

Rudolf van Hüllen, Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands, in: Frank Decker/Viola Neu (Hrsg.), Handbuch der deutschen Parteien, Wiesbaden 2007, S. 329–331.

Rudolf van Hüllen, Das trotzkistische Spektrum im Linksextremismus, in: www.bpb.de/themen/1RQDMP [eingesehen am 5. Mai 2011].

I

Initiative Sozialistisches Forum (Hrsg.), Furchtbare Antisemiten, ehrbare Antizionisten. Über Israel und die linksdeutsche Ideologie, Freiburg 2002.

Institut für Demoskopie Allensbach (Hrsg.), Deutsche und Juden vier Jahrzehnte danach. Eine Repräsentativbefragung im Auftrag des STERN, Allensbach 1986.

J

Hans-Gerd Jaschke, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, Wiesbaden 2001.

Hans-Gerd Jaschke, Politischer Extremismus, Wiesbaden 2006.

Yeshayahu A. Jelinek, Deutschland und Israel 1945–1965. Ein neurotisches Verhältnis, München 2004, S. 25–28.

Günther Jikeli, „Jude“ als Schimpfwort im Deutschen und Französischen. Eine Fallstudie unter jungen männlichen Berliner und Pariser Muslimen, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 18 (2009), S. 43–66.

Avi Jorisch, Beacon of Hatred: Inside Hizballahs Al-Manar Television, Washington 2004.

Jüdisches Museum der Stadt Wien (Hrsg.), Die Macht der Bilder. Antisemitische Vorurteile und Mythen, Wien 1995.

Jugendschutz.net (Hrsg.), Rechtsextremismus online beobachten und effektiv bekämpfen. Bericht 2009 über Recherchen und Maßnahmen, Mainz 2010.

Martin H. Jung, Gottesmord – ein ungeheuerlicher Vorwurf und seine Folgen. Christlicher Antijudaismus, in: Welt und Umwelt der Bibel 2 (2010), S. 58 ff.

Ruth Jung, Attac: Sand im Getriebe, Hamburg 2002.

Alexander Jungmann, Jüdisches Leben in Berlin. Der aktuelle Wandel in einer metropolitanen Diasporagemeinschaft, Bielefeld 2007, S. 337–426.

K

Mario Kessler, Die KPD und der Antisemitismus in der Weimarer Republik, in: Utopie kreativ 173 (2005), S. 223–232.

Stefan Kestler, Antisemitismus und das linksextremistische Spektrum in Deutschland nach 1945, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Neuer Antisemitismus?, S. 75–107.

Shida Kiani, Zum politischen Umgang mit Antisemitismus in der Bundesrepublik, in: Stephan A. Glienke u. a. (Hrsg.), Erfolgsgeschichte Bundesrepublik? Die Nachkriegsgesellschaft im langen Schatten des Nationalsozialismus, Göttingen 2008, S. 115–145.

Michael Kiefer, Antisemitismus in den islamischen Gesellschaften, Der Palästina-Konflikt und der Transfer eines Feindbildes, Düsseldorf 2002.

Michael Kiefer, Islamischer, islamistischer oder islamisierter Antisemitismus?, in: Die Welt des Islams 46 (2006), S. 277–306.

Michael Kiefer, „Islamistischer oder islamisierter Antisemitismus?“, in: Wolfgang Benz/Juliane Wetzel (Hrsg.), Antisemitismus und radikaler Islamismus, Essen 2007, S. 71–84.

Michael Kiefer, Was wissen wir über antisemitische Einstellungen bei muslimischen Jugendlichen? Leitfragen für eine künftige Forschung, in: Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.), „Die Juden sind schuld“. Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft am Beispiel muslimisch sozialisierter Milieus, Berlin 2009, S. 20–23.

Olaf Kistenmacher, Vom „Judas“ zum „Judenkapital“. Antisemitische Denkformen in der Kommunistischen Partei Deutschlands der Weimarer Republik, 1918–1933, in: Matthias Brosch u. a. (Hrsg.), Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland, Berlin 2007, S. 69–86.

Andreas Klärner/Michael Kohlstruck, Rechtsextremismus – Thema der Öffentlichkeit und Gegenstand der Forschung, in: Andreas Klärner/Michael Kohlstruck (Hrsg.), Moderner Rechtsextremismus in Deutschland, Hamburg 2006, S. 7–41.

Piritta Kleiner, Jüdisch, Jung und Jetzt. Identitäten und Lebenswelten junger Juden in München, München 2010.

Martin Kloke, Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses, Frankfurt a. M. 1994.

Charlotte Knobloch, Zur Lage der jüdischen Minderheit in der Bundesrepublik, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Zwischen Antisemitismus und Philosemitismus. Juden in der Bundesrepublik, Berlin 1991, S. 23–28.

Angelika Königseder/Juliane Wetzel, Lebensmut im Wartesaal. Die jüdischen DPs (Displaced Persons) im Nachkriegsdeutschland, Frankfurt a. M. 1994.

Gottfried Kößler, Antisemitismus als Thema im schulischen Kontext, in: Fritz Bauer Institut/Jugendbegegnungsstätte Anne Frank (Hrsg.), Neue Judenfeindschaft? Perspektiven für den pädagogischen Umgang mit dem globalisierten Antisemitismus, Frankfurt a. M. 2006, S. 172–186.

Salomon Korn, Erbschaft der Nachgeborenen, in: Katja Behrens (Hrsg.), Ich bin geblieben – warum? Juden in Deutschland – heute, Gerlingen 2002, S. 163–179.

Salomon Korn, Heiteres Identitätenraten. Zum Dauerbrenner »Jüdische Identität in Deutschland«, in: Salomon Korn, Geteilte Erinnerung. Beiträge zur „deutsch-jüdischen“ Gegenwart, Berlin 1999, S. 145–148.

Beate Kosmala (Hrsg.), Die Vertreibung der Juden aus Polen 1968: Antisemitismus und politisches Kalkül, Berlin 2000.

Gudrun Krämer, Islam und Islamismus. Zurück in die Zukunft, in: „Das Parlament“ 3–4 (2002), 18./25. Januar 2002.

Wolfgang Kraushaar, Abspaltung und Potenzierung. Zum Verhältnis von Antizionismus und Antisemitismus in der militanten Linken der Bundesrepublik, in: Matthias Brosch u. a. (Hrsg.), Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland, Berlin 2007, S. 325–346.

Wolfgang Kraushaar, Die Bombe im Jüdischen Gemeindehaus, Hamburg 2005.

Beate Küpper/Andreas Zick, Riskanter Glaube. Religiosität und Abwertung, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 4, Frankfurt a. M. 2006, S. 179–192.

Robert Kurz, Die antideutsche Ideologie. Vom Antifaschismus zum Krisenimperialismus, Münster 2003.

Robert Kurz, Politische Ökonomie des Antisemitismus. Die Verkleinbürgerung der Postmoderne und die Wiederkehr der Geldutopie von Silvio Gesell (2003), in: www.krisis.org [eingesehen am 19. Juli2010].

L

Stéphane Lacroix, Ayman al-Zawahiri, der Veteran des Dschihads, in: Gilles Kepel/Jean-Pierre Milelli (Hrsg.), Al-Qaida. Texte des Terrors, München 2006, S. 271–296.

Dieter Lamping (Hrsg.), Identität und Gedächtnis in der jüdischen Literatur nach 1945, Berlin 2003.

Kristin Land/Hans-Jürgen Pandel, Bildinterpretation praktisch: Bildgeschichten und verfilmte Bilder, Schwalbach/Ts. 2009.

Danny Leder, Eine gefährliche Nachbarschaft? Juden und Muslime in Frankreich, in: Dirk Ansorge (Hrsg.), Antisemitismus in Europa und in der arabischen Welt, Frankfurt a. M. 2006, S. 131–161.

Claus Leggewie, Die Globalisierung und ihre Gegner, München 2003.

Stephan Lehnstaedt, Ghetto-„Bilder“. Historische Aussagen in Urteilen der Sozialgerichtsbarkeit, in: Jürgen Zarusky (Hrsg.), Ghettorenten. Entschädigungspolitik, Rechtsprechung und historische Forschung, München 2010, S. 89–100.

Jürgen Leibold/Steffen Kühnel, Einigkeit in der Schuldabwehr. Die Entwicklung antisemitischer Einstellungen in Deutschland nach 1989, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände, Folge 7, Frankfurt a. M. 2009, S. 131–151.

Heiner Lichtenstein (Hrsg.), Die Faßbinder-Kontroverse oder: Das Ende der Schonzeit, Königstein 1986.

Martin Liepach, Wie erzählt man jüdische Geschichte? Narrative Konzepte jüdischer Geschichte in Schulbüchern, in: Einsicht 4 (2010), S. 38–43.

Annette Linke, Der Multimillionär Frey und die DVU. Daten, Fakten, Hintergründe, Essen 1994.

Deborah E. Lipstadt, Betrifft: Leugnen des Holocaust, Zürich 1994.

Hanno Loewy (Hrsg.), Gerüchte über die Juden. Antisemitismus, Philosemitismus und aktuelle Verschwörungstheorien, Essen 2005.

Matthias N. Lorenz, Auschwitz drängt uns auf einen Fleck. Judendarstellung und Auschwitzdiskurs bei Martin Walser, Stuttgart 2005.

Matthias N. Lorenz, Im Zwielicht. Filmische Inszenierung des Antisemitismus: Schimanski und „Das Geheimnis des Golem“, in: Juden. Bilder – TEXT+KRITIK. Zeitschrift für Literatur 9 (2008) 180, S. 89–102.

M

Aladin El-Mafaalani, Antisemitische Einstellungen bei muslimischen Jugendlichen, in: Politisches Lernen, 1–2 (2010), S. 19–23.

Harry Maor, Über den Wiederaufbau der jüdischen Gemeinden in Deutschland seit 1945, Mainz 1961.

Paul W. Massing, Vorgeschichte des politischen Antisemitismus, Frankfurt a. M. 1959.

MediaTenor (Hrsg.), Die Darstellung des Krieges im Nahen Osten, 7. August 2006. Medienanalyse der Berichterstattung von ARD und ZDF, http://www.zum-leben.de/aktuell/medienanalyse.pdf [eingesehen am 20. August 2010].

Christian Menhorn, Skinheads: Portrait einer Subkultur, Baden-Baden 2001.

Marcus Meier, „Wie die Heuschrecken kommen sie über unser Land“. Über die Fallstricke einer verkürzten Kapitalismuskritik, in: Richard Gebhardt/Dominik Clemens (Hrsg.), Volksgemeinschaft statt Kapitalismus? Zur sozialen Demagogie der Neonazis, Köln 2009, S. 147–169.

Lothar Mertens, Davidstern unter Hammer und Zirkel. Die Jüdischen Gemeinden in der SBZ/DDR und ihre Behandlung durch Partei und Staat 1945–1990, Hildesheim 1997.

Wolfgang Meseth, Aus der Geschichte lernen. Über die Rolle der Erziehung in der bundesdeutschen Erinnerungskultur, Frankfurt a. M. 2005.

Astrid Messerschmidt, Verstrickungen. Postkoloniale Perspektiven in der Bildungsarbeit zum Antisemitismus, in: Fritz Bauer Institut/Jugendbegegnungsstätte Anne Frank (Hrsg.), Neue Judenfeindschaft? Perspektiven für den pädagogischen Umgang mit dem globalisierten Antisemitismus, Frankfurt a. M. 2006, S. 150–171.

Hugh Miles, Al-Dschasira. Ein arabischer Nachrichtensender fordert den Westen heraus, Hamburg 2005.

Ministere de l’Intérieur, de la Sécurité Intérieure et des Libertés Locales (Hrsg.), Jean-Christophe Rufin, Chantier sur la lutte contre le racisme et l’antisemitisme, 19. Oktober 2004, http://lesrapports.ladocumentationfrancaise.fr/BRP/044000500/0000.pdf [eingesehen am 5. November 2010].

Patrick Moreau, „Die Welt ist keine Ware“ – Aspekte der Bewegung der Globalisierungskritiker am Beispiel von „Attac“ Frankreich und Deutschland, in: Jahrbuch Extremismus und Demokratie 14 (2002), S. 134–154.

Patrick Moreau/Jürgen P. Lang, Linksextremismus. Eine unterschätzte Gefahr, Bonn 1996.

Jochen Müller, „Warum ist alles so ungerecht?“ – Antisemitismus und Israelhass bei Jugendlichen: Die Rolle des Nahostkonflikts und Optionen der pädagogischen Intervention, in: Amadeu Antonio Stiftung, Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft am Beispiel muslimisch sozialisierter Milieus, Berlin 2009, S. 30–36.

N

Gabriele Nandlinger, „Ehre, Freiheit, Vaterland!“. Burschenschaften als Refugium für intellektuelle Rechtsextremisten, http://www.bpb.de/themen/TGE8K9,0,Ehre_Freiheit_Vaterland!.html [eingesehen am 2. Mai 2011].

Irit Neidhardt/Willi Bischof (Hrsg.), Wir sind die Guten. Antisemitismus in der radikalen Linken, Münster 2000.

Marion Neiss, Diffamierung mit Tradition – Friedhofsschändungen, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Antisemitismus in Deutschland. Zur Aktualität eines Vorurteils, München 1995, S. 140–156.

Marion Neiss, Schändungen jüdischer Friedhöfe in Deutschland, in: Wolfgang Benz/Angelika Königseder (Hrsg.), Judenfeindschaft als Paradigma. Studien zur Vorurteilsforschung, Berlin 2002, S. 319–326.

Benno Nietzel, Die jüdische Presse und die Debatte um die Rückerstattung entzogenen Eigentums 1945–1952, in: Susanne Schönborn (Hrsg.), Zwischen Erinnerung und Neubeginn – Zur deutsch-jüdischen Geschichte nach 1945, München 2006, S. 135–159.

Götz Nordbruch, Nahostkonflikt und Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft, in: Bundeszentrale für Politische Bildung (Hrsg.), Antisemitismus in Europa. Vorurteile in Geschichte und Gegenwart. Handreichungen für Lehrkräfte, Bonn 2008, S. 31–33.

O

ODIHR (Hrsg.), „Anti-Semitism in Public Discourse“, ODIHR Press release: „Participants at OSCE meeting call for more decisive steps to confront anti-Semitism in public discourse“, http://www.osce.org/odihr/76202 [eingesehen am 28. April 2011]

OSZE (Hrsg.), „Berliner Erklärung“, OSZE, Bulgarischer Vorsitz. Der Amtierende Vorsitzende, OSZE Dokumente, PC.DEL /347/04, 29.4.2004, http://www.osce.org/cio/31432 [eingesehen am 28. April 2011].

OSZE (Hrsg.), CORDOBA DECLARATION by the Chairman-in-Office, 9 June 2005, http://www.osce.org/cio/15548 [eingesehen am 28. April 2011].

OSZE (Hrsg.), OSZE, Bulgarischer Vorsitz. Der Amtierende Vorsitzende, OSZE Dokumente, PC.DEL /347/04, 29.4.2004, http://www.osce.org/cio/31432 [eingesehen am 28. April 2011].

OSCE/ODIHR (Hrsg.), Antisemitismus Thematisieren: Warum und Wie? Leitfaden für Pädagoginnen und Pädagogen, o. O. 2007.

Cem Özdemir, Muslimische Migranten und Antisemitismus, in: Klaus Faber/Julius H. Schoeps/Sacha Stawski (Hrsg.), Neu-alter Judenhass. Antisemitismus, arabisch-israelischer Konflikt und europäische Politik, Berlin 2006, S. 219–223.

Yavuz Özoguz, Verfassung der Islamischen Republik Iran, Bremen 2007.

P

Sünje Paasch-Colberg/Joachim Trebbe, Mediennutzungsmuster türkischstämmiger Jugendlicher und junger Erwachsener in Nordrhein-Westfalen, in: Medien & Kommunikationswissenschaft 3 (2010), S. 368–387.

Hans-Jürgen Pandel, Bildinterpretation. Die Bildquelle im Geschichtsunterricht, Schwalbach/Ts. 2008.

Armin Pfahl-Traughber, Antifaschismus als Thema linksextremistischer Agitation, Bündnispolitik und Ideologie. Zu den ideologischen Hintergründen und politischen Implikationen eines Kampfbegriffs, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010, Brühl 2010, S. 273–300.

Armin Pfahl-Traughber, Antisemitische und nicht-antisemitische Israel-Kritik. Eine Auseinandersetzung mit den Kriterien zur Unterscheidung, in: Aufklärung und Kritik 14 (2007) 1, S. 49–58.

Armin Pfahl-Traughber, Antisemitismus in der deutschen Geschichte, Opladen 2002.

Armin Pfahl-Traughber, Der Ideologiebildungsprozess beim Judenhass der Islamisten. Zum ideengeschichtlichen Hintergrund einer Form des „Neuen Antisemitismus“, in: Martin H. W. Möllers/Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.), Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2004/2005, S.189–208.

Armin Pfahl-Traughber, Der zweite Frühling der NPD. Entwicklung, Ideologie, Organisation und Strategie einer rechtsextremistischen Partei, Berlin/Sankt Augustin 2008.

Armin Pfahl-Traughber, Die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD). Eine analytische Betrachtung zu Entwicklung und Stellenwert einer politischen Sekte, in: www.bpb.de/themen/KT8PGR [eingesehen am 5. Mai 2011].

Armin Pfahl-Traughber, Ideologien des islamistischen, linken und rechten Extremismus in Deutschland – Eine vergleichende Betrachtung, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Gefährdungen der Freiheit: Extremistische Ideologien im Vergleich, Göttingen 2006, S. 205–221.

Armin Pfahl-Traughber, Ideologische Erscheinungsformen des Antisemitismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 31 vom 30. Juli 2007, S. 4–11.

Armin Pfahl-Traughber, Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, München 2006.

Armin Pfahl-Traughber, Revisionistische Behauptungen und historische Wahrheit. Zur Kritik rechtsextremistischer Geschichtsverfälschungen, in: Aufklärung und Kritik, 7 (2000) 2, S. 84–97.

Peter Philipp, Antisemitismus in nahöstlichen Medien, in: www.bpb.de/popup/popup_druckversion.html?guid=H71UMA [eingesehen am 28. April 2011].

Gunter A. Pilz, Rechtsextremismus, Rassismus und Diskriminierung im Fußballumfeld – Herausforderungen für die Prävention, in: Michaela Glaser (Hrsg.), Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus im Fußball: Erfahrungen und Perspektiven der Prävention, Halle 2008, S. 16–23.

Dina Porat, The Road that led to an internationally accepted definition of Antisemitism, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 16 (2007), S. 117–137.

Moishe Postone, Die Logik des Antisemitismus, in: Merkur 36 (1992) 403, S. 13–25.

Peter G. J. Pulzer, Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867 bis 1914, Gütersloh 1966.

Uwe Puschner, Die völkische Bewegung im wilhelminischen Kaiserreich. Sprache – Rasse – Religion, Darmstadt 2001.

Uwe Puschner/Walter Schmitz/Justus H. Ulbricht (Hrsg.), Handbuch zur „Völkischen Bewegung" 1871–1918, München 1996.

Tania Puschnerat, Antizionismus im Islamismus und Rechtsextremismus, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Feindbilder und Radikalisierungsprozesse. Elemente und Instrumente im politischen Extremismus, Berlin 2005, S. 42–73.

R

Doron Rabinovici/Ulrich Speck/Natan Sznaider, Einleitung, in: Doron Rabinovici, Ulrich Speck/ Natan Sznaider (Hrsg.), Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte, Frankfurt a. M. 2004, S. 7–18.

Doron Rabinovici/Ulrich Speck/Natan Sznaider (Hrsg.), Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte, Frankfurt a. M. 2004.

Heike Radvan, Pädagogisches Handeln und Antisemitismus. Eine empirische Studie zu Beobachtungs- und Interventionsformen in der offenen Jugendarbeit, Bad Heilbrunn 2010.

Annette Ramelsberger, Ein Dorf, ein Mord und das ganz normale Leben, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 2, Frankfurt a. M. 2003, S. 188–195.

Michael Reichelt, Das Lexem „Jude" im jugendlichen Sprachgebrauch. Eine Untersuchung am Beispiel sächsischer Fußballplätze, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 18 (2009), S. 17–42.

Lars Rensmann, Demokratie und Judenbild. Antisemitismus in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2004.

Lars Rensmann, Kritische Theorie über den Antisemitismus. Studien zu Struktur, Erklärungspotential und Aktualität, Berlin/Hamburg 2001.

Lars Rensmann, Parameter einer selbstreflexiven Antisemitismusforschung, in: Sozialwissenschaftliche Literaturrundschau 29 (2006) 52, S. 63–79.

Lars Rensmann/Julius H. Schoeps (Hrsg.), Feindbild Judentum. Antisemitismus in Europa, Berlin 2009.

Lars Rensmann/Julius H. Schoeps (Hrsg.), Politics and Resentment. Antisemitism and Counter-Cosmopolitanism in the European Union, Leiden/Boston 2010.

Andrea Röpke/Andreas Speit (Hrsg.), Braune Kameradschaften. Die neuen Netzwerke der militanten Neonazis, Berlin 2004.

Lisa Rosa, Unterricht über Holocaust und Nahostkonflikt: Problematische Schüler oder problematische Schule?, in: Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.), „Die Juden sind schuld". Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft am Beispiel muslimisch sozialisierter Milieus; Beispiele, Erfahrungen und Handlungsoptionen aus der pädagogischen und kommunalen Arbeit, Berlin 2009, S. 47–50.

Gabriele Rosenthal, Erlebte und erzählte Lebensgeschichte. Gestalt und Struktur biographischer Selbstbeschreibungen, Frankfurt a. M. 1995.

Stephan Rosiny, Islamismus bei den Schiiten im Libanon, Berlin 1996.

Roland Roth/Dieter Rucht, Globalisierungskritische Netzwerke, Kampagnen und Bewegungen, in: Roland Roth/Dieter Rucht (Hg.), Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt a. M. 2008, S. 493–512.

S

Amal Saad-Ghorayeb, Hizbu'llah. Politics and Religion, London 2002.

Thomas Sablowski, Fallstricke der Globalisierungskritik? Zur Diskussion über Antisemitismus bei Attac, in: Attac-Reader, Globalisierungskritik und Antisemitismus. Zur Antisemitismusdiskussion in Attac, Frankfurt a. M. 2004, S. 9–23.

Samuel Salzborn, „Denken, das ist manchmal ein Gefühl auch…": Neue Erkenntnisse über latenten Antisemitismus in Deutschland, in: Gideon Botsch/ Christoph Kopke/Lars Rensmann/Julius H. Schoeps (Hrsg.), Politik des Hasses. Antisemitismus und radikale Rechte in Europa, Hildesheim 2010.

Samuel Salzborn, Halbierte Empathie – Antisemitische Schuldprojektionen und die Angst vor der eigenen Vergangenheit, in: Monika Schwarz-Friesel/Evyatar Friesel/Jehuda Reinharz, Aktueller Antisemitismus – Ein Phänomen der Mitte, Berlin 2010, S. 51–72.

Chaim Schatzer, Die Juden in den deutschen Geschichtsbüchern. Schulbuchanalyse zur Darstellung der Juden, des Judentums und des Staates Israel, Bonn 1981.

Jan Schedler, „Autonome Nationalisten“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 44 (2010) vom 1. November 2010, S.20–26.

Albert Scherr, Verbreitung von Stereotypen über Juden und antisemitischer Vorurteile in der evangelischen Kirche, Freiburg 2011 (Expertise für den unabhängigen Expertenkreis).

Albert Scherr/Barbara Schäuble, „Ich habe nichts gegen Juden, aber...“ Ausgangsbedingungen und Perspektiven gesellschaftspolitischer Bildungsarbeit gegen Antisemitismus, Berlin 2007.

Frank Schirrmacher (Hrsg.), Die Walser-Bubis-Debatte. Eine Dokumentation, Frankfurt a. M. 1999.

Monika Schmidt, Schändungen jüdischer Friedhöfe in der DDR. Eine Dokumentation, Berlin 2007.

Richard C. Schneider, In der Haut der Eltern. Eine Entgegnung auf die Leserbriefe, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Zwischen Antisemitismus und Philosemitismus. Juden in der Bundesrepublik, Berlin 1991, S. 71–86.

Susanne Schönborn, Im Wandel – Entwürfe jüdischer Identität in den 1980er und 1990er Jahren, München 2010.

Julius H. Schoeps, Sepulcra hostium religiosa nobis non sunt. Zerstörung und Schändung jüdischer Friedhöfe seit 1945, in: Adolf Diamant, Geschändete Jüdische Friedhöfe in Deutschland 1945 bis 1999, Potsdam 2000, S. 87–95.

Julius H. Schoeps/Joachim Schlör (Hrsg.), Antisemitismus. Vorurteile und Mythen, Frankfurt a. M. o. J. [1995].

Thomas Schultze/Almut Gross, Die Autonomen. Ursprünge, Entwicklung und Profil der Autonomen Bewegung, Hamburg 1997.

Jan Schwarzmeier, Die Autonomen zwischen Subkultur und sozialer Bewegung, Göttingen 2001.

Monika Schwarz-Friesel, „Ich habe gar nichts gegen Juden!“. Der „legitime“ Antisemitismus der Mitte, in: Monika Schwarz-Friesel/Evyatar Friesel/Jehuda Reinharz (Hrsg.), Aktueller Antisemitismus – Ein Phänomen der Mitte, Berlin 2010, S. 27–50.

Monika Schwarz-Friesel/Evyatar Friesel/Jehuda Reinharz, Aktueller Antisemitismus als ein Phänomen der Mitte. Zur Brisanz des Themas und der Marginalisierung des Problems, in: Monika Schwarz-Friesel/Evyatar Friesel/Jehuda Reinharz (Hrsg.), Aktueller Antisemitismus – Ein Phänomen der Mitte, Berlin 2010, S. 1–14.

Monika Schwarz-Friesel/Evyatar Friesel/Jehuda Reinharz (Hrsg.), Aktueller Antisemitismus – ein Phänomen der Mitte, Berlin 2010.

Senatsverwaltung für Inneres. Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.), Antisemitismus im extremistischen Spektrum Berlins, Berlin 2004.

Service de Protection della Communauté Juive (Hrsg.), Rapport sur l’antisémitime en France, Paris Januar 2010, http://www.spcj.org/publications/rapport2009.pdf [eingesehen 8. November 2010].

Zohar Shavit, Gesellschaftliches Bewusstsein und literarische Stereotypen, oder: Wie Nationalsozialismus und der Holocaust in der deutschen Kinder- und Jugendliteratur behandelt werden, in: Werner Anders/Malte Dahrendorf/Maria Fölling-Albers (Hrsg.), Antisemitismus und Holocaust. Ihre Darstellung und Verarbeitung in der deutschen Kinder- und Jugendliteratur, Oldenburg 1988, S. 97–107.

Yasemin Shooman, Islamfeindschaft im World Wide Web, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Islamfeindschaft und ihr Kontext. Dokumentation der Konferenz „Feindbild Muslim – Feindbild Jude“, Berlin 2009, S. 71–84.

Guido Steinberg, Der nahe und der ferne Feind. Die Netzwerke des islamistischen Terrorismus, München 2005.

Guido Steinberg, Islamismus und islamistischer Terrorismus im Nahen und Mittleren Osten, Sankt Augustin 2002, http://www.kas.de/wf/doc/kas_209-544-1-30.pdf?040415180009 [eingesehen am 15. Juni 2002].

Wolfram Stender, Konstellationen des Antisemitismus, in: Wolfram Stender/Guido Follert/Mihri Özdogan (Hrsg.), Konstellationen des Antisemitismus. Antisemitismusforschung und sozialpädagogische Praxis, Wiesbaden 2010, S. 7–40.

Wolfram Stender/Guido Follert, „das kommt jetzt wirklich nur aus der muslimischen Welt“. Antisemitismus bei Schülern in der Wahrnehmung von Lehrern und Schulsozialarbeitern – Zwischenergebnisse aus einem Forschungsprojekt, in: Wolfram Stender/Guido Follert/Mihri Özdogan (Hrsg.), Konstellationen des Antisemitismus. Antisemitismusforschung und sozialpädagogische Praxis, Wiesbaden 2010, S. 199–224.

Stephen Roth Institute for the Study of Contemporary Antisemitism and Racism (Hrsg.), Annual Report Sweden 2009, http://www.tau.ac.il/Anti-Semitism/asw2009/sweden.html [eingesehen 12. November 2010].

Stephen Roth Institute for the Study of Contemporary Antisemitism and Racism (Hrsg.), Antisemitism Worldwide 2008/9 General Analysis, http://www.tau.ac.il/Anti-Semitism/asw2008/gen-analysis-08.pdf [eingesehen 9. November 2010].

Stephen Roth Institute for the Study of Contemporary Antisemitism and Racism (Hrsg.), Antisemitism Worldwide 2009, General Analysis, http://www.tau.ac.il/Anti-Semitism/asw2009/general-analysis-09.pdf [eingesehen am 9. November 2010].

Stephen Roth Institute for the Study of Contemporary Antisemitism and Racism (Hrsg.), Antisemitism Worldwide 2008/9, General Analysis, http://www.tau.ac.il/Anti-Semitism/asw2008/gen-analysis-08.pdf [eingesehen 9. November 2010].

Frank Stern, Philosemitismus statt Antisemitismus. Entstehung und Funktion einer neuen Ideologie in Westdeutschland, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Zwischen Antisemitismus und Philosemitismus. Juden in der Bundesrepublik, Berlin 1991, S. 47–61.

William Stevenson (mit Uri Dan), 90 Minuten in Entebbe, Frankfurt a. M. 1977.

Richard Stöss, Rechtsextremismus im Wandel, Berlin 2011.

Richard Stöss, Zur Charakterisierung von Rechtsextremismus. Theoretische Verständigungen, in: Robert Harnischmacher (Hrsg.), Angriff von rechts, Rostock 1993, S. 5–29.

Mark Strauss, Antiglobalism’s Jewish Problem, in: Foreign Policy Nov./Dec. 2003, [online-Version http://www.foreignpolicy.com/articles/2003/11/01/antiglobalisms_jewish_problem, eingesehen am 28. April 2011].

T

Stephanie Tauchert, Die jüdische Identität der Juden in Deutschland seit 1945 bis zur Gegenwart, Hamburg 2001.

Stephanie Tauchert, Jüdische Identitäten in Deutschland, Berlin 2007.

Martin Thein, Wettlauf mit dem Zeitgeist. Der Neonazismus im Wandel. Eine Feldstudie, Göttingen 2009.

Barbara Thimm/Gottfried Kößler/Susanne Ulrich (Hrsg.), Verunsichernde Orte. Selbstverständnis und Weiterbildung in der Gedenkstättenpädagogik, Frankfurt a. M. 2010.

Nikola Tietze, Zugehörigkeiten rechtfertigen und von Juden und Israel sprechen, in: Wolfram Stender/Guido Follert/Mihri Özdogan (Hrsg.), Konstellationen des Antisemitismus. Antisemitismusforschung und sozialpädagogische Praxis, Wiesbaden 2010, S. 147–164.

Jim G. Tobias, Vorübergehende Heimat im Land der Täter. Jüdische DP-Camps in Franken 1945–1949, Nürnberg 2002.

Mikael Tossavainen, The Reepalu affair as a paradigm of Swedish Leftwing Antisemitism, Stephen Roth Institute for the Study of Contemporary Antisemitism and Racism Tel Aviv University, Topical Brief No. 6, 2010.

Diana Treiber, Lech Lecha. Jüdische Identität der zweiten und dritten Generation im heutigen Deutschland, Pfaffenweiler 1998.

V

Shulamit Volkov, Jüdisches Leben und Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert, München 1990.

W

Gerd Wagner, Prävention von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – die Rolle des DFB und der Verbände, in: Michaela Glaser (Hrsg.), Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus im Fußball: Erfahrungen und Perspektiven der Prävention, Halle 2008, S. 75–88.

Wahied Wahdat-Hagh, Christenverfolgung in der Islamischen Republik. In: Ursula Spuler-Stegemann (Hrsg.) Feindbild Christentum im Islam, Freiburg 2009.

Klaus Wahl (Hrsg.), Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rechtsextremismus. Drei Studien zu Tatverdächtigen und Tätern, Berlin 2001.

Peter Wahl, Zur Antisemitismusdiskussion in und um Attac, in: Attac-Reader, Globalisierungskritik und Antisemitismus. Zur Antisemitismusdiskussion in Attac, Frankfurt a. M. 2004, S. 5–8.

Peter Waldbauer, Lexikon der antisemitischen Klischees – Antijüdische Vorurteile und ihre historische Entstehung, Murnau 2007.

Esther Webman, Anti-Semitic Motifs in the Ideology of Hizballah and Hamas, July 9, 1998, in: www.ict.org.il/articles/articledet.cfm?articleid=51 [eingesehen am 7. Februar 2003].

Juliane Wetzel, Antisemitismus im Internet. Die Vernetzung der rechtsextremen Szene, in: Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien, BPjS Aktuell, Sonderheft Jahrestagung 1999, Mönchengladbach 2000, S. 16–25.

Juliane Wetzel, Antisemitismus und Holocaustleugnung als Denkmuster radikaler islamistischer Gruppierungen, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme, Berlin 2004, S. 253–272.

Juliane Wetzel, Damals war es Friedrich. Vom zähen Leben misslungener guter Absicht, in: Wolfgang Benz (Hrsg.): Vorurteile in der Kinder- und Jugendliteratur, Berlin 2010, S. 183–211.

Juliane Wetzel, Entwicklungen seit der Berliner Antisemitismus-Konferenz 2004, in: Horst Helas/ Dagmar Rubisch/Reiner Zilkenat (Hrsg.), Neues vom Antisemitismus: Zustände in Deutschland, Berlin 2008, S. 87–95.

Juliane Wetzel, Die internationale Rechte und der arabische Antizionismus im World Wide Web, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 12 (2003), S. 121–144.

Juliane Wetzel, Moderner Antisemitismus unter Muslimen in Deutschland, in: Thorsten Gerald Schneiders (Hrsg.), Islamverherrlichung. Wenn die Kritik zum Tabu wird, Wiesbaden 2010, S. 379–391.

Juliane Wetzel, Rechtsextreme Propaganda im Internet. Ideologietransport und Vernetzung, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Auf dem Weg zum Bürgerkrieg? Rechtsextremismus und Gewalt gegen Fremde in Deutschland, Frankfurt a. M. 2001, S. 134–150.

Michel Wieviorka, Antisemitismus in Frankreich, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 14 (2005), S. 285–292.

Michel Wieviorka, La tentation antisémite. Haine des Juifs dans la France d’aujourd’hui, Paris 2005.

Manfred Wilke/Hans-Peter Müller/Marion Brabant, Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP). Geschichte, Organisation, Politik, Köln 1990.

Hellmut Willems/Paul B. Hill (Hrsg.), Fremdenfeindliche Gewalt. Einstellungen, Täter, Konflikteskalation, Opladen 1993.

Hubert Wolf, „Pro perfidis Judaeis“. Die Amici Israel und ihr Antrag auf eine Reform der Karfreitagsfürbitte für die Juden (1928). Oder Bemerkungen zum Thema katholische Kirche und Antisemitismus, in: Historische Zeitschrift 279 (2004), S. 611–658.

Z

Andreas Zick, Aktueller Antisemitismus im Spiegel von Umfragen – ein Phänomen der Mitte, in: Monika Schwarz-Friesel/Evyatar Friesel/ Jehuda Reinharz (Hrsg.), Aktueller Antisemitismus – ein Phänomen der Mitte, Berlin 2010, S. 225–246.

Andreas Zick/Beate Küpper, Antisemitische Mentalitäten. Bericht über Ergebnisse des Forschungsprojekts Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland und Europa, Universität Bielefeld 2010/11 (Expertise für den unabhängigen Expertenkreis).

Jürgen Zieher, Weder Privilegierung noch Diskriminierung: die Politik des Zentralrats der Juden in Deutschland von 1950 bis 1960, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 13 (2004), S. 187–211.



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333